


SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes





Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

8. Band:

Die Anfänge des Neuen Kurses

II

Die Stellung Englands zwischen den Mächten

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

 Gesetzt in der Buchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig / Gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des achten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände VII—XII erscheint am Schlusse des XII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel LI

Erster Annäherungsversuch Deutschlands. Der Helgoland – Sansibar-Vertrag Französische Gegenwirkung 1890



Nr. 1672

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. 549 London, den 7. Dezember 1889

Meine Beobachtungen seit meiner Rückkehr haben mich zu der Überzeugung geführt, daß in kolonialen Fragen, bei welchen deutsche Interessen konkurrieren, sich hier nicht nur in den beteiligten geschäftlichen Kreisen, sondern im großen Publikum eine gewisse Mißstimmung eingeschlichen hat, welche die Lösung solcher Fragen wesentlich erschwert.

Diese Mißstimmung ist nach allem, was ich aus verschiedenen Kreisen zu hören Gelegenheit habe, zunächst auf die Entwicklung der Dinge in Sansibar zurückzuführen. Es herrscht hier der Eindruck, daß Sansibar, auf welches England als eine englische Schöpfung allein Anspruch gehabt, durch die Schwäche der Regierung verlorengegangen, und daß überdies durch unsere Mitwirkung dort der englische Handel empfindlich geschädigt worden sei. Es hat sich im Anschluß hieran der Eindruck festgesetzt, daß England in seinen berechtigten kolonialen Bestrebungen jetzt überall auf deutsche Interessen stoßen werde, und daß jede Verständigung zwischen den beiden Regierungen über Begrenzung ihrer Interessensphären stets zu einer neuen und unbequemen Beschränkung der englischen Expansionsbedürfnisse führen müsse.

Diese unberechtigte Auffassung würde an sich wohl keine besondere Beachtung verdienen, wenn sie nicht eine durch die hiesigen Verhältnisse allein erklärliche Rückwirkung auf die Regierung ausübte. Es erklärt sich meines gehorsamsten Erachtens zum großen Teil dadurch, daß Lord Salisbury, dessen guter Wille unverändert ist, seit einiger Zeit in kolonialen Fragen, die zwischen uns zu erledigen sind, eine gewisse Zaghaftigkeit an den Tag legt, die darauf bezüglichen Entscheidungen hinauszuschieben sucht und nur von Fall zu Fall sich zu einer solchen entschließt.

Ich darf hier gehorsamst daran erinnern, daß Oberst Euan Smith** eine gütliche und gleichzeitige Verständigung über alle mit Sansibar in Verbindung stehenden Differenzen zwischen uns hier mehrfach und lebhaft befürwortet hat. Meinerseits habe ich im vertraulichen Gespräch mit Lord Salisbury zuweilen den persönlichen Eindruck geltend gemacht, daß alle kolonialen Fragen zwischen Deutschland und Eng-

* Des Zusammenhangs halber werden einige noch in die Bismarckzeit zurückreichende Schriftstücke, die sich auf die Anfänge der neuen Sansibarverhandlungen beziehen, hier eingereiht.

** Englischer Generalkonsul und politischer Agent in Sansibar.

land, und zwar nicht nur in Sansibar, in einer Stunde geregelt sein könnten, wenn Vertreter der beiden Regierungen sich mit dem guten Willen, dieses für beide Länder und ihre politischen Beziehungen so wünschenswerte Ergebnis herbeizuführen, um einen Tisch zur Beratung darüber setzen wollten. Lord Salisbury hat mir gegenüber niemals verkannt, daß dies an sich sehr möglich und ebenso wünschenswert sein würde, mich aber mit offenbarer Ängstlichkeit darauf verwiesen, daß eine solche mit mehrfachen Konzessionen seinerseits verbundene Erledigung hier keinen für die Regierung günstigen Eindruck machen würde, und daß er deshalb mit Rücksicht auf seine Stellung vorziehen müsse, mit Erledigung der schwebenden Fragen allmählich vorzugehen.

Ich habe geglaubt, mir diese Darstellung gestatten zu dürfen, um die Schwierigkeiten, mit welchen Lord Salisbury zu kämpfen hat, in ein helles Licht zu setzen und dem Eindruck vorzubeugen, als ob aus der jetzt oft langsamen und schleppenden Behandlung kolonialer Fragen auf weniger guten Willen seinerseits geschlosssen werden müsse. Ich glaube hier noch besonders erwähnen zu dürfen, daß das Mißtrauen der beteiligten englischen Kreise, welche ihrerseits wieder auf die öffentliche Meinung einwirken, wesentlich mit der angeblichen Verteilung von Waffen an den Sultan von Witu zusammenhängt. Demselben werden die feindlichsten Absichten gegen England zugeschrieben, und aus der Überlassung von Waffen an ihn wird der Schluß gezogen, daß die Deutsche Ostafrikanische Gesellschaft den Hintergedanken hegt, ihn und seine Macht eventuell später gegen englische Interessen ins Feuer zu schicken.

Lord Salisbury ist in verschiedenen ganz vertraulichen Unterhaltungen mit mir über das Verbot der Einfuhr von Waffen und Munition nach Sansibar auf diesen Umstand zurückgekommen, welcher seinen Bemühungen, die Englisch-Ostafrikanische Gesellschaft auf diesem Gebiete zu Konzessionen zu bewegen, ernstlich im Wege stehe. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 1673

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 1050. Berlin, den 18. Dezember 1889

[abgegangen am 21. Dezember]

Euer pp. gefälligen Bericht vom 7. d. Mts.*, betreffend die Stellung der dortigen Regierung in kolonialen Fragen, habe ich mit Interesse gelesen und würdige vollständig die Schwierigkeiten, welche für Lord Salisbury aus den weitgehenden Ansprüchen der englischen Interessenten entstehen, zumal wenn dieselben in parlamentarischen Kreisen

* Siehe Nr. 1672.

und in der öffentlichen Meinung, welche durch chauvinistische Zeitungsartikel irregeleitet ist, Unterstützung finden. Wir sind aber auf kolonialem Gebiete in ganz gleicher Lage. Euer pp. werden sich erinnern, welche leidenschaftlichen Angriffe im vergangenen Sommer von seiten sonst wohlgesinnter Blätter in Deutschland gegen die auswärtige Politik des Reichskanzlers gerichtet wurden, lediglich auf die Beschuldigung hin, daß dieselbe in kolonialen Angelegenheiten eine zu große Nachgiebigkeit gegen England zeige. Wir haben uns durch diese publizistischen Auswüchse in unserer traditionellen Politik einer loyalen und freundschaftlichen Verständigung mit England über die schwebenden kolonialen Fragen nicht beirren lassen und zweifeln nicht, daß auch Lord Salisbury persönlich von der gleichen Gesinnung beseelt ist. Der Premierminister wird an derselben um so leichter festhalten können, als er den Vorwurf, daß durch die Schwäche seiner Regierung England irgendwelche Einbuße an Ansehen und Einfluß in überseeischen Ländern erlitten hat, durch die Tatsachen widerlegen kann.

Die Ausdehnung der kolonialen Unternehmungen Englands hat gerade in den letzten Jahren durch Gewährung von Schutzbriefen an die Niger-Gesellschaft, die Britisch-Ostafrikanische und die Südafrikanische Gesellschaft größere Fortschritte gemacht, als dies während der letzten Dezennien unter irgendeinem anderen liberalen oder konservativen Ministerium der Fall gewesen ist. Wenn trotzdem eine Mißstimmung im englischen Publikum gegen die deutschen Kolonialbestrebungen in Afrika hervorgetreten ist, welcher die dortige Regierung bei Erledigung einzelner Differenzen geglaubt hat, Rechnung tragen zu müssen, so beruht dies auf der den englischen Interessenten eigentümlichen Unterschätzung der Gleichberechtigung deutscher und englischer Kolonialunternehmungen in überseeischen Ländern. Gerade aus den Vorgängen in Witu, welche Lord Salisbury und nach Ihrem ferneren Berichte vom 13. d. Mts. Nr. 557 auch Sir Philip Currie* Ihnen gegenüber vertraulich zur Sprache gebracht haben, ergibt sich, daß die Aspirationen der Englisch-Ostafrikanischen Gesellschaft auf Kosten früherer Rechte der deutschen Witu-Gesellschaft verwirklicht werden sollen.

Die englische Beschwerde wegen einer Waffenlieferung an den Sultan in Witu ist unbegründet und nicht haltbar. Nach den hier eingegangenen Berichten des Kaiserlichen Konsulats in Sansibar braucht der unter deutschem Schutze stehende Sultan diese Waffen lediglich zu dem Zwecke, um sich der wiederholten Angriffe benachbarter Somalistämme zu erwehren, durch welche auch Leben und Eigentum der in Witu ansässigen Deutschen bedroht werden. Der Vizekonsul Steifensand, dessen Bericht vom 15. Oktober d. Js. über die vorliegende Angelegenheit ich zur geeigneten Verwertung auszugsweise beifüge,

* Unterstaatssekretär im englischen Departement des Äußern.

handelte mithin nur korrekt, wenn er die nachgesuchte Genehmigung zur Ausfuhr der lediglich zu Schutzzwecken bestimmten Waffen aus Sansibar erteilte. Der englischen Schlußfolgerung, daß nach diesem Vorgange auch der Englisch-Ostafrikanischen Gesellschaft die uneingeschränkte Einfuhr von Pulver und Waffen in ihre Interessensphäre freistehen müsse, fehlt somit die logische Basis. Das Territorium der englischen Gesellschaft ist, soweit hier bekannt, von Einfällen räuberischer Stämme nicht bedroht. Auch würde, wenn dies der Fall wäre, immer nur die Zulassung der zur Verteidigung bestimmten Waffen in Frage kommen können, nicht aber die uneingeschränkte Erlaubnis, Kriegsmaterial einzuführen und damit Handel zu treiben.

Euer pp. heben am Schluß des gefälligen Berichts vom 13. d. Mts. mit Recht hervor, daß es im Sommer d. Js. der Englisch-Ostafrikanischen Gesellschaft ein leichtes gewesen wäre, sich mit der Witu-Gesellschaft durch finanzielle Leistungen abzufinden. Gegenwärtig hat sich diese Sachlage insofern verändert, als zwischen der Witu-Gesellschaft und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft Fusionsverhandlungen schweben, welche voraussichtlich zu einem Abschluß führen werden. Immerhin wollen Euer pp., sofern dieses Thema Ihnen gegenüber aufs neue berührt werden sollte, sich nicht ablehnend verhalten, sondern durchblicken lassen, daß ein finanzielles Arrangement mit der Witu-Gesellschaft und ihrer eventuellen Rechtsnachfolgerin immerhin noch schneller zum Ziele führen würde als unberechtigte Übergriffe gegen bestehende Rechte und Versuche, mit Gewaltmaßregeln gegen den unter unserem Schutze stehenden Sultan Fumo Bakari vorzugehen.

Auch abgesehen von der Witufrage bitte ich Euer pp., sich gelegentlich über die deutschen und englischen Kolonialangelegenheiten Lord Salisbury gegenüber im Sinne der allgemeinen Bemerkungen dieses Erlasses freundschaftlich auszusprechen. Ew. wollen dabei hervorheben, daß beide Regierungen leider gleichmäßig der Unbequemlichkeit einer Rücksichtnahme auf die häufig unvernünftigen Äußerungen der beiderseitigen öffentlichen Meinungen Rechnung zu tragen haben, daß aber die vertrauensvollen und intimen Beziehungen der Kabinette darüber stets erhaben bleiben und es uns wie bisher ohne Zweifel in jedem einzelnen Falle ermöglichen werden, dank dem gegenseitigen guten Willen zu befriedigenden Erledigungen zu gelangen.

H. Bismarck

Nr. 1674

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 577 London, den 22. Dezember 1889

Im Laufe meiner letzten vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury ergriff derselbe die Initiative zu der Bemerkung, daß es doch

sehr wünschenswert wäre, einige der schwebenden kolonialen Differenzen, namentlich in Sansibar, durch eine gleichzeitige Verständigung aus der Welt zu schaffen.

Als ich ihn hierauf erinnerte, daß Colonel Euan Smith eine solche Verständigung mehrfach befürwortet, und daß ich schon früher meine persönliche Ansicht in demselben Sinne ausgesprochen hätte, erwiderte mir der Minister, daß er, wie ich wohl wisse, persönlich den Wunsch vollständig teile, gewisse Fragen zwischen uns erledigt zu sehen, daß er aber nicht in der Lage sei, gewisse Entscheidungen selbst zu treffen und der öffentlichen Meinung gegenüber die Verantwortlichkeit dafür auf sich zu nehmen. Jede für englische Interessen ungünstige Lösung würde, wie die Dinge lägen, ihm hier zur Last gelegt werden, wenn eine solche Lösung sich auf einen freiwilligen Verzicht der englischen Regierung auf das, was man hier im Publikum mit Recht oder mit Unrecht als ein berechtigtes englisches Interesse betrachte, zurückführen ließe.

In dieser schwierigen Situation sehe er, so fuhr Lord Salisbury fort, nur einen Weg, durch welchen, falls er Euerer Durchlaucht paßte, der Zweck erreicht werden könnte, gewisse verwickelte Fragen gleichzeitig zu erledigen, ohne ihn und seine Regierung der Gefahr preiszugeben, für zu große Nachgiebigkeit gegen unsere Wünsche Angriffen ausgesetzt zu sein, welche für die Regierung sehr unbequem werden könnten. Ganz vertraulich fügte der Minister hinzu, daß er seinerseits gar nichts dagegen haben würde, wenn in gewissen Fragen unsere Wünsche mehr Berücksichtigung finden könnten, als dies hier in manchen Kreisen für annehmbar gelten würde, vorausgesetzt, daß er sich dabei auf eine Autorität stützen könne, welche ihn der Verantwortlichkeit überheben würde.

Dies würde sich erreichen lassen, wenn Euere Durchlaucht es für annehmbar und nützlich halten sollten, auf eine näher zu vereinbarende Arbitrage über die fraglichen Punkte einzugehen.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich selbstverständlich nicht in der Lage sei, eine Ansicht darüber auszusprechen, ob der vorgeschlagene Weg Euerer Durchlaucht überhaupt annehmbar erscheinen würde. Unter ausdrücklichem Vorbehalt dieses Punktes hätte ich den Eindruck, daß die vertraulich von ihm angeregte Frage sich überhaupt nur dann mit Aussicht auf praktischen Nutzen prüfen lasse, wenn wir übersehen könnten, auf welche Punkte Lord Salisbury sich eine Arbitrage als anwendbar denke. Von vornherein schiene mir persönlich, soweit ich mir ein Urteil gestatten könnte, daß wir gewisse Rechte, die auf einem unzweifelhaften Rechtstitel beruhten, einer Arbitrage überhaupt nicht mehr unterwerfen könnten. Dies würde meines unmaßgeblichen Erachtens unter anderem der Fall sein, wenn man englischerseits etwa daran dächte, das zuletzt von uns übernommene Protektorat an der ostafrikanischen Küste, welches der Eng-

lisch-Ostafrikanischen Gesellschaft bekanntlich sehr unbequem sei, auf diesem Wege in Frage zu stellen.

Lord Salisbury entgegnete mir mit Lebhaftigkeit, daß er nicht daran denke, solche Fragen aufzuwerfen. Er habe bei seinem ganz vertraulichen Vorschlag namentlich im Sinne, durch die Arbitrage zweifelhafte Fragen aus der Welt zu schaffen und gleichzeitig durch gewisse Delimitationen und genaue Bezeichnung der Interessensphären künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Übrigens erkenne er meine Bemerkung, daß die fraglichen Punkte genauer präzisiert werden müßten, als durchaus begründet an. Er wolle daher nach vorheriger Rücksprache mit seinen technischen Beiräten versuchen, ein Verzeichnis der in Frage kommenden Punkte aufzustellen, und mir dasselbe dann ganz vertraulich mitteilen.

Seitdem ist mir das abschriftlich gehorsamst beigefügte eigenhändige Privatschreiben des Ministers zugegangen, in welchem derselbe die Fragen bezeichnet, welche durch eine Arbitrage gelöst werden könnten. Es fällt mir darin auf, daß eigentlich nur von Sansibar die Rede ist, und daß andere koloniale Differenzen zwischen uns und England, deren Beseitigung im Interesse der allgemeinen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vielleicht ebenso wünschenswert wäre, keine Erwähnung gefunden haben.

Lord Salisbury bemerkte noch am Schluß unserer letzten Unterredung, daß es sich bei seiner Anregung um eine verwickelte und schwierige Frage handle, die sich nicht übereilen lasse. Es werde daher volle Zeit für eine reifliche Prüfung derselben auch bei uns bleiben, und er behalte sich seinerseits nur vor, wenn sein Vorschlag bei uns etwa prinzipiell als annehmbar erscheine, im Laufe des künftigen Monats hier die Sache weiter vertraulich mit mir zu besprechen*.

P. Hatzfeldt

Nr. 1675

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 239 London, den 30. April 1890

In bezug auf die bevorstehenden Besprechungen habe ich zunächst Lord Salisbury gesagt, daß eine kurze Verzögerung mir nur

---

* Deutscherseits ging man — Erlaß an Hatzfeldt vom 19. Januar 1890 — bereitwillig auf die Idee eines Schiedsspruches ein, den man nur nicht auf die von Lord Salisbury aufgeworfenen Fragen beschränkt, sondern auf weitere Fragen ausgedehnt sehen wollte. Es wurde dann in Aussicht genommen, daß der Leiter

deshalb erwünscht gewesen sei, damit Euere Exzellenz und der Herr Staatssekretär vorher Zeit hätten, sich eingehend zu informieren. Er verstand dies vollständig und hielt außerdem eine Besprechung zwischen mir und Sir Percy Anderson, den er selbst erst heute sprechen wollte, vor der Abreise desselben noch für wünschenswert.

Im allgemeinen äußerte sich Lord Salisbury dahin, daß es sich um eine schwierige Aufgabe handele; er deutete dabei an, daß es in Afrika leicht sei, sich an den Küsten zu verständigen, während die Schwierigkeiten sich im Innern des Landes, namentlich in der Nähe der Seen, einstellten. Für England gebe es dabei zum Beispiel gewisse „sentiments"-Fragen, die er berücksichtigen müsse, wie die Missionen im Westen des Nyassasees.

Ich erwiderte, daß von beiden Seiten Schwierigkeiten zu überwinden seien. Seine Majestät der Kaiser lege Wert auf die Entwickelung unserer Kolonien, für welche sich auch die öffentliche Meinung erwärmt habe. Bei gegenseitigem Entgegenkommen lasse sich aber ein befriedigendes Ergebnis hoffen, und der Versuch müsse, wie ich aus den oft zwischen uns besprochenen Gründen glaubte, jedenfalls gemacht werden.

Sir Percy Anderson, der mich im Auftrag des Ministers gestern aufsuchte, war darüber mit mir einig, daß es hohe Zeit sei, den Versuch einer Verständigung zu machen. Nach seiner Ansicht hätten schon früher, bei seinen letzten Besprechungen mit Geheimrat Dr. Krauel* die künftigen Grenzen beider Interessensphären weiter hinaus gütlich vereinbart werden sollen, wenn man damals ein so schnelles Vordringen beider Teile in noch unbekannte Gegenden hätte voraussehen können. Jetzt liege die Sache so, daß auf der einen Seite das Unternehmen Emin Paschas, hier der Stanley-Enthusiasmus eine noch größere Tätigkeit in Afrika und vielleicht neue und ernstere Schwierigkeiten zwischen uns bringen werde. Diese Schwierigkeiten seien namentlich hervorgerufen durch die Eifersucht und das Mißtrauen der englischen und deutschen Gesellschaft in Sansibar gegeneinander. Die englischen kolonialen Gesellschaften seien hier überhaupt mächtig und einflußreich. Die Regierung befinde sich aber in kolonialen Fragen auch deshalb in einer schwierigen Lage, weil die verschiedenen Gesellschaften selbstverständlich ganz verschiedene Interessen hätten, und keine die Verpflichtung einsehe, zugunsten einer anderen Opfer zu bringen.

Mit besonderem Nachdruck hob Sir Percy Anderson die Schwierig-

---

der kolonialen Angelegenheiten im Foreign Office Sir Percy Anderson nach Berlin kommen sollte, um die Frage des Schiedsgerichts weiter zu klären und vorzubereiten. Die Abreise Sir Percy Andersons zog sich indessen bis Anfang Mai 1890 hin.

* Der Vortragende Rat Dr. Krauel war schon 1886 zu Verhandlungen über die Sansibarfrage nach London gesandt worden. Vgl. Bd. IV, S. 152ff.

keiten in Sansibar und die Notwendigkeit hervor, durch eine andere Abgrenzung weiteren Differenzen für die Zukunft vorzubeugen. Er gab dabei deutlich zu verstehen, daß vor allem Witu in unseren Händen der Stein des Anstoßes und der Grund des englischen Mißtrauens sei. Er fügte hinzu, der richtige Weg, um dauernde freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nationen dort zu begründen, würde eine Abgrenzung sein, welche beide Gebiete vollständig und so trennte, daß das deutsche Gebiet sich im Süden, das englische nördlich von der fraglichen Grenzlinie befände.

Ich erwiderte, in bezug auf Witu und unser anschließendes Protektorat könne ich nur sagen, daß man, wie ich mich in Berlin überzeugt, darin bei uns jetzt eine große und zukunftsreiche Besitzung erblicke, die man schwerlich aufgeben oder einschränken lassen könne.

Ich benutzte diese Gelegenheit, ohne auf diese Frage weiter einzugehen, um anzudeuten, daß beide Gesellschaften sich überhaupt besser entwickeln würden, wenn der deutsche und englische Besitztitel für die vom Sultan übertragenen Territorien durch gütliche Abmachung mit dem letzteren definitiv festgestellt wäre. Sir Percy Anderson erkannte an, daß dies eventuell nur eine finanzielle Frage sein würde, und schien im ganzen dem Gedanken nicht abgeneigt. Diese Frage wird aber meines Erachtens schließlich davon abhängen, ob Lord Salisbury mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung für ratsam hält, dem Sultan die Abtretung seiner Souveränitätsrechte zuzumuten.

Sir Percy Anderson, welcher wohl schon von mir einige bestimmte Vorschläge erwartet hatte, schien besonders durch die Frage beunruhigt, auf welcher Basis in Berlin verhandelt werden solle. Ich sagte ihm, der richtige Weg scheine mir, daß beide Teile sich dort ganz offen aussprechen mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß etwaige im Laufe der Erörterung von dem einen Teil für gewisse Kombinationen angebotene Konzessionen von dem anderen im Fall des Scheiterns der Unterhandlungen nicht mehr geltend gemacht werden dürfen. Hierauf ging er bereitwillig ein und schien offenbar erfreut, sich unter dieser Voraussetzung gegen Geheimrat Dr. Krauel, dessen früheres freundliches Entgegenkommen er rühmt, ohne Bedenken offen äußern zu können. Es scheint mir durchaus geboten, Sir Percy Anderson, der etwas ängstlich ist, von vornherein ausdrücklich die fragliche Beruhigung zu geben.

Im allgemeinen habe ich letzterem gegenüber in bezug auf Sansibar den Grundsatz aufgestellt, welchen er nicht bestritt, daß solche Abmachungen wünschenswert erschienen, durch welche beide Nationen künftig in der Lage wären, sich in den ihnen zugewiesenen, klar begrenzten Territorien nach Belieben zu entwickeln und auszudehnen.

Im Anschluß hieran wird es sich wohl zunächst darum handeln,

vertraulich festzustellen, unter welchen Voraussetzungen und wie weit der englische Unterhändler unserer Ausdehnung nach den Seen zustimmen kann.

Hatzfeldt

Nr. 1676

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 14. Mai 1890

Lord Salisbury, mit welchem ich Montag abend bei der Königin in Windsor zusammentraf, konnte dort nicht mit mir sprechen und gab mir für gestern ein Rendezvous im Foreign Office.

Ich eröffnete die Unterhaltung damit, daß ich ihm sagte, es schiene mir mit Rücksicht auf die in Berlin aufgetauchten Schwierigkeiten* wünschenswert, daß wir die koloniale Frage einmal vertraulich besprächen und unsererseits den Versuch machten, über die Schwierigkeiten fortzukommen. Ich fügte hinzu, dieser Versuch könne meines Erachtens nur dann einen wirklichen Nutzen haben, wenn wir in der Lage wären, ganz offen und rückhaltlos zu sprechen, sans aucun préjudice, wie ich dies für Krauel und Anderson vorgeschlagen hätte. Noch besser wäre es, wenn wir in diesem Fall unsere offizielle Eigenschaft einmal ganz beiseite setzten und lediglich als Lord Salisbury und Graf Hatzfeldt uns persönlich und in vollem Vertrauen aussprechen könnten.

Letztere Voraussetzung gefiel Lord Salisbury und beruhigte ihn offenbar; er nahm sie ausdrücklich an, indem er daran die Frage knüpfte, ob ich ihm persönlich irgendwelche Vorschläge machen könne. Ich verneinte dies und bemerkte dazu, daß das Auswärtige Amt in Berlin mich lediglich von dem Gange der Besprechungen fortlaufend unterrichtete, ohne damit Aufträge zu verbinden. Es liege mir aber persönlich viel daran, die ganze Angelegenheit zu einem befriedigenden Resultat zu bringen, und ich hätte deshalb eine vertrauliche Besprechung mit ihm nachgesucht.

Hieran knüpfte sich nun zunächst eine kurze Diskussion über die in Berlin aufgetauchten Differenzen und die prinzipielle Bedeutung derselben. Lord Salisbury kam dabei gleich auf das streitige Territorium nordwestlich vom Nyassasee und wies darauf hin, daß die Hinterlandstheorie, die bei uns erfunden und hier nicht anerkannt

* Bei den Beratungen des Anfang Mai 1890 in Berlin eingetroffenen englischen Unterhändlers Sir Percy Anderson mit dem deutschen Kommissar Dr. Krauel trat die Frage eines Schiedsspruchs, da sich Aussichten auf direkte Verständigung boten, sogleich in den Hintergrund. Wie dem Grafen Hatzfeldt am 10. Mai telegraphiert wurde, traten ernstere Schwierigkeiten nur wegen Abgrenzung der Interessensphären westlich vom Nyassasee hervor.

worden sei, im internationalen Rechte noch keine Aufnahme gefunden habe. Sie könne auch auf Territorien, die von Engländern entdeckt worden, und wo sich lange vor unserer Zeit englische Interessen etabliert hätten, unmöglich Anwendung finden. Dies sei aber gerade in dem fraglichen Landstrich der Fall, wo die bekannten englischen Missionen ihre Niederlassungen hätten, von welchen er mir seit mehreren Jahren stets gesagt habe, daß er sie aus ernsten Gründen nicht fallenlassen könne. Dazu komme die von Engländern gebaute Straße vom Nordende des Nyassasees nach dem Süden des Tanganikasees, deren Aufgabe ihm hier im höchsten Grade verdacht werden würde.

Ich erwiderte dem Minister zunächst, daß ich die Hinterlandstheorie von meinem persönlichen Standpunkte aus vorläufig unerörtert lassen könne. Für mich liege die Frage so, daß ein Ausgleich in der kolonialen Frage im beiderseitigen Interesse aus vielen Gründen überhaupt notwendig sei, und zwar so, daß fernere Reibungen vermieden würden, und jeder Teil in Zukunft sich innerhalb der ihm zufallenden Sphäre nach Belieben ausbreiten könne. Als Basis dafür gebe es aber nichts anderes, welchen Namen man dafür auch anwenden wolle, als von der Küste auszugehen, die bereits von beiden Teilen anerkannten Grenzlinien nach dem Innern weiter zu verfolgen und in einer den Interessen beider Teile möglichst gleichmäßig entsprechenden Weise definitiv festzustellen. Wolle man diesen Weg nicht einschlagen und die sich daran knüpfenden Fragen unerledigt lassen, so würde das Expansionsbedürfnis auf beiden Seiten, welches sich nicht hemmen lasse, zu unangenehmen Überraschungen führen, wie sich bereits auf englischer Seite in Uganda gezeigt habe. Ähnliche Dinge schienen mir dann auch bei uns unausbleiblich. Es müsse aber ein unlösbarer Zustand eintreten, wenn jeder auf eigene Faust vorgehe, und in jedem derartigen Fall der andere die Berechtigung der Besitzergreifung bestritte oder dagegen protestierte.

Im vorliegenden Falle, wo es sich um die Nordwestküste des Nyassasees handle, möge er, Lord Salisbury, mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, soweit es sich um die Missionen handle, obwohl letztere sich unter unserem Schutz wohlbefinden würden. Es handle sich aber bei dem vorliegenden Arrangement nicht nur um einen einzelnen Punkt, sondern um ein ganzes Ensemble, und der Fall erscheine mir doch denkbar, daß die eventuelle Verständigung in anderen Punkten dem englischen Interesse Vorteile biete, welche den Verlust oder die Verlegung jener Stationen aufwiegen würden. Ich deutete gleichzeitig an, daß wir ebensowenig auf das ganze streitige Gebiet verzichten könnten, und daß sich wenigstens eine Teilung des streitigen Objektes empfehlen würde.

Lord Salisbury faßte nunmehr und nach einigem Zögern den Entschluß, das Ensemble unserer Differenzen in Ostafrika ins Auge zu

fassen und seine Wünsche im großen und ganzen zu formulieren, indem er nochmals ausdrücklich hervorhob, daß dies im Vertrauen auf die mir im Eingang unserer Unterhaltung vorgeschlagenen Bedingungen geschehe.

Ich fasse diese Wünsche, die allerdings weiter gehen, als ich erwartet hatte, hier kurz zusammen:

1. Bezüglich des wiederholt erwähnten Territoriums nordwestlich vom Nyassa würde er, wenn wir im übrigen einig würden, zu einer Teilung die Hand bieten (bis wohin uns das Land dort zufallen würde, ist noch nicht näher erörtert worden).
2. Von dem streitigen Territorium im Südwesten des Victoria-Nyanzasees würde uns ebenfalls ein Teil zufallen, indem als Grenze eine Linie angenommen wird, welche etwa vom Nordende des Tanganikasees aus, angeblich einem Höhenzug folgend, ungefähr im nordöstlichen Winkel des streitigen, auf der mir übersandten Karte rot eingezeichneten Vierecks in den Victoria-Nyanzasee münden würde.
3. Gegen die vorstehenden Konzessionen würde Deutschland zugunsten von England auf Witu nebst Manda und Patta und das daranstoßende Protektorat verzichten.

Im Anschluß an diese drei Punkte sprach Lord Salisbury einen bisher unbekannten und sehr bedeutenden Wunsch aus, und zwar:

4. Es möge England gestattet werden, das Protektorat über die Insel Sansibar zu übernehmen.

   Dagegen würde

5. die englische Regierung einen Parlamentsbeschluß herbeiführen, durch welchen die Insel Helgoland an Deutschland abgetreten würde.
6. Im Fall der Einigung hierüber würde die englische Regierung damit einverstanden sein, daß unsere Territorien an der festländischen Küste von Sansibar, die uns bisher vom Sultan zur Verwaltung übertragen sind, definitiv in unseren Besitz übergehen.

Alle sonstigen Äußerungen des Ministers haben, wie ich nicht unerwähnt lassen darf, die schon in Berlin von mir ausgesprochene Vermutung bestätigt, daß hier schwerlich auf irgendeine Verbindung der englischen Interessen im Süden nach den nördlichen Seen verzichtet werden wird.

Da Lord Salisbury zu einem Ministerkonseil abberufen wurde, blieb gestern keine Zeit zur Erörterung der vorstehenden Punkte, und ich mußte mich deshalb vorläufig auf die Bemerkung beschränken, daß die englischen Wünsche viel weitergehend seien, als ich erwartet hätte, und ich nicht wissen könne, ob in irgendeinem der fraglichen Punkte unsererseits eine Konzession gemacht werden könnte.

Lord Salisbury bat mich schließlich, über seine Äußerungen noch nichts nach Berlin zu melden, da er erst noch die Direktoren der englischen Gesellschaften sehen und dann weiter mit mir sprechen wolle. Ich sagte dies zu und erlaube mir deshalb die dringende Bitte, diesen Brief geneigtest vollständig sekretieren zu wollen, bis ich über meine nächste Unterredung mit dem Minister berichten kann. Dies wird wahrscheinlich schon in einigen Tagen der Fall sein.

Ich habe Lord Salisbury übrigens, wie ich es erwartet hatte, unter dem Eindruck gefunden, daß seine Stellung zur kolonialen Frage durch die aufhetzenden Reden Stanleys wesentlich erschwert ist und ihm große Vorsicht zur Pflicht macht. Aus den von mir eingesandten Zeitungsartikeln, namentlich auch in der konservativen „St. James's Gazette", haben Eure Exzellenz inzwischen ersehen, daß es der hiesigen Tätigkeit Stanleys gelungen ist, den kolonialen Chauvinismus anzufachen und die öffentliche Meinung über die Berechtigung unserer Ansprüche in Ostafrika irrezuführen. Der Minister gab mir auch vertraulich zu, daß Stanley im Inneren Verträge abgeschlossen habe, die von der englischen Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht vollständig ignoriert werden könnten.

P. Hatzfeldt

Nr. 1677

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 65 Berlin, den 17. Mai 1890

Zu Privatbrief* und Nr. 77**.

Nach den Vorschlägen, welche Lord Salisbury für weitere Abgrenzung unserer Interessensphären in Ostafrika gemacht hat, würde England sich bis zum nördlichen Ende des Tanganikasees und zwischen dem südlichen Ende desselben und dem Nyassasee zwischen das deutsche Gebiet und den Kongostaat keilförmig einschieben, und unsere Grenze sich an keiner Stelle mit derjenigen des Kongostaates direkt berühren. Eine solche Umschließung durch England im Rücken unserer Interessensphäre widerspricht der Note Lord Salisburys an Sir Edward Malet vom 2. Juli 1887 und ist für uns unannehmbar. Wir müssen verlangen, daß unsere Grenze nördlich des Tanganika durch den 1. Grad südlicher Breite gebildet wird, im Süden durch eine Linie,

---

* Siehe Nr. 1676.

** In Telegramm Nr. 77 vom 16. Mai hatte Graf von Hatzfeldt um baldmöglichste telegraphische Instruktion betreffs der in seinem Privatbrief vom 14. Mai mitgeteilten Salisburyschen Vorschläge gebeten, indem er zugleich dringend riet, eine Verständigung, wenn sie überhaupt möglich sei, baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.

welche vom Rovuma aus den Nyassa überschreitend bis zur Grenze des Kongostaats läuft. Ob diese Linie vom Westufer des Nyassa westlich oder nordwestlich gezogen werden soll, darüber lassen wir mit uns reden; in diesem Sinne lehnen wir den Gedanken einer Teilung des Gebietes westlich vom Nyassa nicht prinzipiell ab.

Nur unter der Voraussetzung, daß England bereit wäre, den obigen Wünschen entgegenzukommen, könnten wir die Abtretung von Witu, Manda, Patta und der Somaliküste in Erwägung ziehen. Daß wir dem englischen Handel, der sich vom Norden durch die Seen nach dem Zambesi bewegt, volle Freiheit gewähren werden, sind wir bereit zuzusichern.

Auf den Besitz des Ngamisees sind wir bereit zu verzichten, falls in Togo uns eine durch Sir Percy Anderson bereits in Aussicht gestellte Gegenkonzession gemacht würde.

Bezüglich der weitergehenden Vorschläge Lord Salisburys wollen Ew. sich nicht a priori ablehnend verhalten, vielmehr überlasse ich Ew., Lord Salisbury als Ihre persönliche Ansicht auszusprechen, daß wir, falls eine Verständigung über die schwebenden Fragen erzielt sei, voraussichtlich geneigt sein würden, in einen Meinungsaustausch über die angeregten Fragen einzutreten.

Marschall

Nr. 1678

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 83 London, den 22. Mai 1890

In streng vertraulicher Unterhaltung streitige Punkte in Ostafrika nochmals eingehend mit Lord Salisbury erörtert. Durch die fortgesetzten gehässigen und aufzreizenden Angriffe Stanleys ist seine Stellung sehr erschwert, und er neigte zu der Auffassung, daß es besser wäre, unsere Verhandlungen überhaupt bis zur Beruhigung der Gemüter zu vertagen. Schließlich gelang es, einige kleine Konzessionen bezüglich des streitigen Vierecks westlich vom Nyassasee von ihm zu erwirken. Daß unser Territorium sich bis an die Ostküste des Tanganikasees erstreckt, wird nicht bestritten. In dem streitigen Viereck westlich vom Victoria-Nyanza machte Lord Salisbury diesmal noch eine Konzession, nach welcher unser Territorium nördlich vom Tanganikasee eine Strecke lang direkt die Kongogrenze berühren würde. Ich glaube, daß in diesem Punkt bei weiterer freundschaftlicher Verhandlung noch etwas mehr erreicht werden kann.

Bericht folgt morgen abend durch Geheimsekretär Rosenfeld.

Hatzfeldt

Nr. 1679

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Eigenhändiges Konzept

Nr. 69 Berlin, den 23. Mai 1890
Ganz geheim

Zu Telegramm Nr. 83*.

Vertagung der Verhandlungen wäre höchst unerwünscht wegen Eindrucks auf öffentliche Meinung und der Gefahr, daß durch Expeditionen ins Innere Ostafrikas weitere Differenzen entstehen. Zu Ihrer Information und eventueller streng vertraulicher Verwertung bei Lord Salisbury teile ich Euer pp. mit: wir sind bereit, gegen die nach Telegramm Nr. 83 angebotenen bzw. noch in Aussicht stehenden Konzessionen Witu und die Somaliküste samt Hinterland England zu überlassen, sowie das englische Protektorat über Sansibar zuzugestehen, wenn England uns außerdem Helgoland abtritt und uns bei dem Sultan von Sansibar behufs Abtretung der festländischen Küste, die bisher vom Sultan der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zur Verwaltung übertragen ist, unterstützt. Bei Witu müssen wir selbstverständlich vorbehalten, uns mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Marschall

Nr. 1680

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Eigenhändiges Konzept

Nr. 70 Berlin, den 25. Mai 1890
Ganz geheim

Der Besitz von Helgoland ist für uns militärisch wegen des Nordostseekanals von größter Bedeutung, die Erwerbung des vom Sultan verpachteten Küstenstrichs für eine definitive Ordnung unsrer ostafrikanischen Verhältnisse unentbehrlich. Bezüglich der Abgrenzung der Interessensphären steht für uns das streitige Gebiet im Norden des Tanganikasees im Vordergrund; in zweiter Linie kommt das Gebiet südlich des Tanganika und nordwestlich des Nyassasees. Auf den Ngamisee legen wir keinen Wert; auf Witu usw. können wir eventuell verzichten.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus würden wir, falls England uns Helgoland abtritt und seine Unterstützung zur Erwerbung

---

* Siehe Nr. 1678.

des von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verwalteten Küstengebiets zusagt, in unseren Konzessionen so weit gehen:

1. im Norden die Linie zu akzeptieren, die vom Alexandrasee ausgehend östlich längs dem Kagerafluß bis zum Victoria-Nyanza, westlich geradeaus bis zum Kongostaat führt, im Süden die Teilung des streitigen Gebiets nach dem Vorschlage Lord Salisburys. Räumt uns England im Norden die gerade Linie von der Mündung des Kagera bis zum Kongostaate ein, sind wir bereit, auf das streitige Gebiet im Süden ganz zu verzichten.
2. Witu, Manda, Patta und die Somaliküste samt Hinterland an England abzutreten,
3. England das Protektorat über Sansibar zuzugestehen,
4. den Ngamisee nach Maßgabe der Vorschläge Sir Percy Andersons England zu überlassen.

Auf dieser Basis sind wir zu sofortigem Abschlusse bereit. Dabei wird vorausgesetzt, daß England die von Anderson angebotene Konzession wegen Abgrenzung des Togogebietes aufrechterhält, während wir auf alle übrigen bestrittenen Forderungen verzichten.

Ohne die im Eingang erwähnten Konzessionen Englands — Helgoland und Küstenstrich — müssen wir im Norden auf der geraden Linie von der Mündung des Kagera bis zum Kongostaat und auf der Teilung des streitigen Gebietes im Süden bestehen, und wir könnten die Abtretung von Witu usw. nur in dem Falle in Erwägung ziehen, wenn uns im Süden erheblich größere Konzessionen als die angebotenen gewährt würden.

Ohne zuviel Empressement zu zeigen, wollen Euer pp. Lord Salisbury darauf aufmerksam machen, daß sich die Chancen einer Verständigung bei längerem Zögern naturgemäß stetig verschlechtern werden, auch können Euer pp. in ganz vertraulicher Weise verwerten, was Ihnen über hiesige Stimmungen bekannt ist.

Marschall

Nr. 1681

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 72 — Berlin, den 29. Mai 1890

Ganz geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 88*.

Ew. wollen im Auge behalten, daß der Besitz von Helgoland,

---

* Durch Telegramm 88 vom 28. Mai hatte Graf Hatzfeldt ein weiteres Entgegenkommen Salisburys signalisiert. Doch wollte sich der englische Premier vor einer

wie schon in meinem Telegramm Nr. 70* erwähnt, für uns von größter Bedeutung und weitaus der wichtigste Gegenstand bei der ganzen jetzt schwebenden Verhandlung ist. Seine Majestät teilt die bereits im Telegramm 70 erwähnte Ansicht des Herrn Reichskanzlers, daß ohne Helgoland der Nordostseekanal keine Bedeutung für unsre Flotte hat. Wir werden daher den Erwerb von Helgoland selbst gegen die in Telegramm 70 erwähnten oder ähnliche erhebliche koloniale Konzessionen immer noch als Gewinn ansehen.

Sie können Lord Salisbury darauf aufmerksam machen, daß nach Ihrer Überzeugung eine gleich günstige Gelegenheit schwerlich sobald wiederkommen wird, um zwei für die Zukunft deutsch-englischer Beziehungen gleichmäßig bedrohliche Fragen — Ostafrika und Helgoland — in einer Weise zu regeln, welche den deutschen ebensowenig wie den englischen Chauvinisten gegründeten Anlaß zur Beschwerde bietet. Auf die Dauer wird es keiner deutschen Regierung gelingen, der öffentlichen Diskussion die Frage vorzuenthalten, warum denn England auf den Besitz dieses Inselchens unverhältnismäßigen Wert legt, das für friedliche Zwecke ohne jede Bedeutung, dagegen lähmend für deutsche Küstenverteidigung und eine Erleichterung feindlicher Beobachtung und feindlichen Angriffs ist.

Das deutsche Billigkeitsgefühl ist empfänglich für die Erwägung, daß niemand einen Besitz umsonst aufzugeben braucht. Da wir bisher England nichts Greifbares zu bieten hatten, so war es leicht, die Erörterung der Helgolandfrage durch Publikum und Presse in den bescheidenen Grenzen einer gelegentlichen Erwähnung zu halten. Anders gestaltet sich aber die Sache von dem Augenblick an, wo wir gegen die Abtretung von Helgoland auf Territorialansprüche verzichten wollen, deren Behauptung resp. Erwerbung wichtig genug erscheint, um die öffentliche Meinung von ganz England in Aufregung zu versetzen. Sollte auch jetzt noch von England der Tausch abgelehnt werden, so würde Deutschland vor der Tatsache stehen, daß England um keinen Preis einen Besitz aufgeben will, der nur die eine Bedeutung hat, im Kriegsfalle als Mittel zur Schädigung Deutschlands zu dienen.

In Vorstehendem habe ich ausführlicher, als das im Telegramm 70 geschah, den Standpunkt der Regierung Seiner Majestät des Kaisers dahin präzisieren wollen, daß mit der Erwähnung Helgolands durch Salisbury dieses sofort für uns die Hauptsache geworden ist, neben welcher unsre ostafrikanischen Interessen wesentlich nur als Konzessionsobjekte in Betracht kommen.

Seine Majestät hofft, daß Ew. mit der schon oft bewährten diplo-

---

bindenden Erklärung erst der Zustimmung der Interessenten (im Norden des strittigen Gebiets Mackinnon, im Süden schottische Missionare und Südafrikanische Gesellschaft) versichern.

* Siehe Nr. 1680.

matischen Gewandtheit und mit den Ihnen geeignet scheinenden diplomatischen Aktionsmitteln dasjenige erreichen werden, was er im Interesse des Reichs für dringend wünschenswert erachtet.

Zur Beseitigung eines möglichen Zweifels bemerke ich noch, daß unter der in meinem Telegramm Nr. 70 erwähnten von Anderson angebotenen Konzession wegen des Togogebiets die Begrenzung desselben durch den Volta gemeint ist; vergleiche Nr. 5 der Aufzeichnung des Geheimen Legationsrats Dr. Krauel*. Marschall

Nr. 1682

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 London, den 30. Mai 1890

Ganz geheim

Telegramm Nr. 72** erhalten.

Ich verliere Bedeutung von Helgoland keinen Augenblick aus den Augen, würde es aber gerade deshalb nicht für richtig halten, Lord Salisbury, welcher bis jetzt Helgoland als ein in Wirklichkeit ziemlich wertloses Objekt für uns betrachtet, über die wahre Bedeutung zu früh aufzuklären. Es wäre dann keinerlei koloniale Konzession mehr dafür zu erlangen, und wir müßten, um die Insel zu bekommen, bedingungslos alle hiesigen kolonialen Forderungen bewilligen.

In letzter Unterredung habe ich deshalb nicht von Helgoland angefangen, sondern Lord Salisbury damit kommen lassen. Er sagte darüber am Schluß, daß er diese Frage jetzt auch mit seinen Kollegen besprechen wolle, von welchen einige in diesem Punkt mit Rücksicht auf Parlament und öffentliche Meinung ängstlich wären, während er diese Auffassung nicht teile. Ich bestärkte ihn hierin und fügte hinzu, daß ich ihm dafür Protektorat Sansibar zu verschaffen hoffte.

Die wahre und größte Schwierigkeit der jetzigen Unterhandlung liegt in den widerstreitenden Interessen der englischen Gesellschaften etc. im Süden und Norden unseres Gebiets. (Die heutige „Times" enthält darüber lehrreichen Leitartikel.) Während Mackinnon uns im Norden gegen Abtretung von Witu ohne Schaden gefällig sein kann, haben wir der Südafrikanischen Gesellschaft, wenn sie hier auf freien Durchzug nach Norden besteht, bisher keine Kompensation für die dort von uns verlangte gemeinschaftliche Kongogrenze zu bieten.

---

* Bei den Beratungen zwischen Sir Percy Anderson und Dr. Krauel, über welche eine sehr eingehende Aufzeichnung des letzteren vom 20. Mai vorliegt, hatte der englische Bevollmächtigte für das Togogebiet die Begrenzung durch den Voltafluß angeboten, falls Deutschland am Ngamisee Zugeständnisse bewillige.

** Siehe Nr. 1681.

Lord Salisbury schreibt mir eben von Hatfield, daß die Interessenten sich bisher nicht geeinigt haben, und daß er mich Dienstag hier nach dem Ministerkonseil zu sehen wünsche. Ich werde mich bemühen, ihn früher zu sprechen, und dann, wenn es notwendig und Erfolg sichert, äußerstenfalls noch auf das streitige Gebiet im Süden ganz verzichten. Es wäre aber notwendig für mich zu wissen, ob und welche äußerste Konzession ich dann auch im Norden machen könnte. Mehr als für Erfolg unbedingt notwendig, werde ich nach keiner Richtung fortgeben.

Hatzfeldt

Nr. 1683

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 74 Berlin, den 31. Mai 1890
Ganz geheim
Zu Nr. 89*

Nach Vortrag bei Seiner Majestät, allerhöchstwelche sich mit der von Euer pp. bezüglich Helgolands eingehaltenen Taktik vollkommen einverstanden erklärten, bitte ich Euer pp., bei den weiteren Verhandlungen mit Lord Salisbury nachstehendes zur Richtschnur zu nehmen:

Wenn wir auf das streitige Gebiet im Süden ganz verzichten, d. h. eine vom Südende des Tanganikasees bis zum Nordende des Nyassasees gezogene gerade Linie als Grenze akzeptieren, so müssen wir andererseits im Norden darauf bestehen, daß unsere Grenze durch eine von der Mündung des Kagera westlich nach dem Kongostaat führende gerade Linie gebildet wird. Wäre dies trotz unseres Verzichts im Süden absolut nicht zu erreichen, bestände vielmehr England auf der Linie Kageralauf—Alexandrasee—Kongostaat, und hinge schließlich von dieser Frage das Zustandekommen der Vereinbarung ab, so wollen Euer pp. telegraphisch weitere Instruktionen einholen.

Ich wiederhole dabei, daß die völlige Aufgabe des im Süden streitigen Gebiets neben dem Verzicht auf Witu usw. nur möglich ist unter der Voraussetzung, daß die Abtretung von Helgoland und die Erwerbung des Küstenstrichs nach Maßgabe meines Telegramms Nr. 70** Gegenstand der Vereinbarung bildet.

Ohne diese Voraussetzung können wir die Preisgabe Witus usw. nur dann ins Auge fassen, wenn uns nicht nur die erwähnte Grenze

* Siehe Nr. 1682.
** Siehe Nr. 1680.

im Norden, sondern auch ein erheblicher Teil des streitigen Gebiets im Süden eingeräumt wird.

Wenn Lord Salisbury auf den Gedanken einer Vertagung der Verhandlungen zurückkommt, so wollen Euer pp. ihn darauf aufmerksam machen, daß Dr. Peters Ende Juni an der Küste eintreffen wird, und nach seinen Antezedenzien und seiner Persönlichkeit mit Sicherheit zu erwarten steht, daß er unter Geltendmachung der von ihm abgeschlossenen Verträge unsere öffentliche Meinung in ähnlicher Weise gegen England aufregen wird, wie dies Stanley in England gegen Deutschland getan hat. Marschall

Nr. 1684

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 4. Juni 1890

In gestriger Konferenz zwischen Grafen Hatzfeldt und Lord Salisbury erklärte letzterer, daß er bei seinen Kollegen bezüglich der bewußten Konzession große Ängstlichkeit[1] gefunden habe, und deutete an, daß es besser wäre, dies und die damit zusammenhängende Frage[1] wegen des Protektorats über Sansibar noch zu vertagen[2] und einem späteren Abkommen vorzubehalten[3]. Graf Hatzfeldt erwiderte, daß die bisher angedeuteten Konzessionen diesseits nur gemacht werden könnten, wenn alle Punkte gleichzeitig geregelt würden[4] und ein nach jeder Richtung befriedigendes Ensemble darböten.

Nächste Konferenz morgen 5 Uhr. Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Nein! Zusammen oder Nichts!

[3] nein!

[4] richtig!

Nr. 1685

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 76 Berlin, den 4. Juni 1890

Ganz geheim

Zu Nr. 94*.

Mit Ihrer Lord Salisbury abgegebenen Erklärung, daß unsere bisher in Aussicht gestellten Konzessionen nur aufrechterhalten werden

---

* Hatzfeldts Telegramm Nr. 94 vom 3. Juni 1890 hatte neue Schwierigkeiten Salisburys, besonders bezüglich der Abtretung der Stephenson Road, der Verbindungsstraße zwischen Tanganika und Nyassa, gemeldet.

können, wenn ein nach jeder Richtung befriedigendes Ensemble bezüglich aller schwebenden Fragen erzielt wird, bin ich vollkommen einverstanden. Wir können so große Konzessionen vor der öffentlichen Meinung nur dann rechtfertigen, wenn mit dem Übereinkommen für absehbare Zeit alle erheblichen Streitpunkte zwischen uns und England aus dem Wege geräumt sind, und wir in die Lage gesetzt werden, unsere ostafrikanische Kolonie unbehelligt durch englische Prätensionen entwickeln zu können. Solange die Fragen des Küstenstrichs, des Protektorats über Sansibar und der Zugehörigkeit von Manda und Patta ungelöst bleiben, fehlt uns jeder Anlaß, auf große Länderstrecken in unserm Hinterland zu verzichten, auf welche wir mindestens die gleichen Ansprüche haben wie England; dies gilt insbesondere von dem im Süden streitigen Gebiete.

Von diesen Gesichtspunkten aus könnten wir auf das streitige Gebiet im Süden — Stephenson Road inbegriffen — nur dann verzichten, wenn uns im Norden der 1. Grad südlicher Breite vom Victoria-Nyanza bis zum Kongostaat als Grenze eingeräumt wird; die von Lord Salisbury vorgeschlagene gegenseitige Handelsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Kultusfreiheit können wir konzedieren.

Eine Kombination, bei welcher uns Witu verbleibt, dagegen die Zugehörigkeit von Manda und Patta einem Schiedsspruch vorbehalten wird, hat für uns keinen Wert.

Ew. wollen dabei unter Verwertung der geeigneten Teile meines Telegramms Nr. 72* bei Lord Salisbury besonders hervorheben, daß der bedeutsamste Erfolg eines solchen Übereinkommens der sein wird, beiden Teilen eine Gewähr zu geben, daß nicht unausgetragene koloniale Differenzen Verstimmungen hervorrufen, welche in unberechenbarer Weise störend auf die Kontinuität der europäischen Politik einwirken könnten.

Von diesem allgemeinen Gesichtspunkte aus bilden für uns die schwebenden ostafrikanischen Fragen samt Sansibar und Helgoland in ihrer Gesamtheit ein untrennbares Ganzes.

Marschall

Nr. 1686

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 London, den 5. Juni 1890

Ganz geheim

Da heute nach mehrstündiger Erörterung noch kein definitives Ergebnis zustande kam, haben wir schließlich auf meinen Vorschlag ein das Ensemble aller Punkte umfassendes Projekt aufgestellt mit der

* Siehe Nr. 1681.

Maßgabe, daß Lord Salisbury mir nach nochmaliger Rücksprache mit seinen Kollegen künftigen Sonnabend die definitive Entscheidung der englischen Regierung bezüglich dieses Projekts mitteilt, während ich mir bis dahin ebenfalls die Zustimmung meiner Regierung reserviert habe.

Nach diesem Projekt würden wir im Norden den 1. Grad südlicher Breite, im Süden eine Linie vom Ausfluß des Rukura am Nyassasee nach dem Ausfluß des Kilambo im Süden des Tanganika als Grenzen erhalten. Die englische Regierung würde uns zur Erlangung der Souveränität beim Sultan behülflich sein, wobei Lord Salisbury voraussetzt, daß dem Sultan eine Indemnität für die ihm zugesicherten Zolleinnahmen bewilligt werden wird. Bitte über diesen Punkt um spezielle Instruktion.

Die von Lord Salisbury verlangte, in meinem Telegramm Nr. 94* bezeichnete Handelsfreiheit, Niederlassungs- und Kultusfreiheit wird von uns konzediert.

Wir verzichten auf Ngamisee unter der Voraussetzung der von Sir P. Anderson vorgeschlagenen Grenze.

Bezüglich Togo erhalten wir den Volta als Grenze und Inconia.

Wir treten Witu und das daranstoßende Protektorat nebst Patta und Manda ab.

England erhält das Protektorat über Sansibar und Pemba.

Die Insel Helgoland wird an Deutschland abgetreten. Hierbei verlangt Lord Salisbury eine Bestimmung, wonach Einführung der allgemeinen Dienstpflicht . . . .** eine näher zu bestimmende Zeit vertagt und den Einwohnern Recht der Option gewahrt wird.

Im Fall definitiver und bindender Verständigung am Sonnabend soll Sir P. Anderson zur Erledigung der verbleibenden Detailfragen und zum Abschluß der Verhandlungen nach Berlin kommen.

Hatzfeldt

Nr. 1687

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 78 — Berlin, den 6. Juni 1890

Ganz geheim

Zu Nr. 97***

Nach Vortrag bei Seiner Majestät ermächtige ich Euer pp., die Zustimmung der deutschen Regierung zu dem Projekt der Verständigung,

* Vgl. Nr. 1685, Fußnote.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Siehe Nr. 1686.

wie es in Nr. 97 des näheren dargelegt ist, zu erklären. Im einzelnen bemerke ich:

1. Die Voraussetzung Lord Salisburys, daß dem Sultan von Sansibar bei Abtretung der Souveränität über den von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verwalteten Küstenstrich unsererseits eine Indemnität für die ihm vertragsmäßig zugesicherten Zolleinnahmen zu gewähren sei, trifft zu.
2. Wir konzedieren den ungehinderten und steuerfreien Transit für Engländer und englische Güter zwischen Tanganikasee und unserer Grenze im Norden westlich des Victoria-Nyanza gegen gleiche Vergünstigung für uns zwischen Nyassa und Tanganika, sowie Nyassa und Kongogrenze; ferner gegenseitige Freiheit des Kultus und Unterrichts, sowie Recht der Niederlassung und des Handels nach Maßgabe des Telegramms Ew. Nr. 94*.
3. Das Recht der Einwohner von Helgoland zur Option wird diesseits zugestanden, auch prinzipiell nichts dagegen eingewendet, daß bezüglich des Zeitpunktes der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nähere Vereinbarung eintritt.

Seine Majestät betrachten dieses Projekt in seiner Gesamtheit als die äußerste Grenze dessen, was wir gewähren können. Allerhöchstderselbe hat sich mit Bestimmtheit dahin ausgesprochen, daß, wenn England dasselbe so, wie es von Ew. mit Lord Salisbury aufgestellt ist, nicht akzeptiert, auf weitere Verhandlungen zu verzichten sei, und danach lediglich die effektive Besitznahme über die Zugehörigkeit der streitigen Territorien entscheiden könne.

Marschall

Nr. 1688

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 322 London, den 11. Juni 1890

Ganz geheim

Die langwierigen und mühsamen Verhandlungen in der Kolonialfrage, welche durch die fortgesetzten Reden Stanleys und die aufreizenden Artikel in der hiesigen Presse in hohem Grade erschwert wurden, haben gestern insofern einen Abschluß gefunden, als der Ministerrat sich unter gewissen Voraussetzungen mit den bis jetzt zwischen dem Premierminister und mir getroffenen vertraulichen Verabredungen einverstanden erklärt hat. Diese Tatsache ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da, wie Lord Salisbury mir noch gestern wiederholt und vertraulich versichert hat, einige Minister ihm bis zuletzt Wider-

* Vgl. Nr. 1685, Fußnote.

stand geleistet haben, teils aus Besorgnis vor den möglichen Rückwirkungen auf die Stellung des Kabinetts, teils weil sie, so seltsam es klingen mag, auf den Besitz von Helgoland einen wirklichen Wert glaubten legen zu müssen. Es ist von jenen Mitgliedern des Kabinetts dafür auch geltend gemacht worden, daß die Möglichkeit eines Kriegs mit Deutschland nicht für alle Zukunft ausgeschlossen sei, und daß für einen solchen Fall Helgoland der englischen Flotte unzweifelhaft einen wertvollen Stützpunkt bieten würde.

Das einzige Bedenken, welches nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten einem politisch ängstlichen englischen Minister die Abtretung Helgolands ernstlich unerwünscht machen könnte, die Besorgnis nämlich, daß der Übergang der Insel in deutschen Besitz vielleicht die Mißstimmung der Franzosen gegen England wesentlich erhöhen wird, scheint nicht erkannt oder doch nicht zur Erörterung gelangt zu sein. Ebensowenig hat das englische Kabinett sich klargemacht, welchen Wert Helgoland mit Rücksicht auf den Ostseekanal für uns hat, und ich habe es selbstverständlich auf das sorgfältigste vermieden, diese Erkenntnis aufkommen zu lassen. Dagegen verwertete Lord Salisbury mir gegenüber wiederholt den Umstand, daß bei einem deutsch-französischen Kriege Helgoland den Franzosen einen uns unbequemen Stützpunkt bieten könnte. Ich erwiderte ihm sofort, daß es grade im wohlverstandenen politischen Interesse Englands liege, einer solchen Eventualität vorzubeugen, die England unwiederbringlich um alle Sympathien in Deutschland bringen und voraussichtlich in eine ernste Differenz mit uns verwickeln würde. Ich bin es Lord Salisbury schuldig hinzuzufügen, daß er diese Einwendung ohne weiteres gelten ließ und dabei das Interesse dieses Landes, der fraglichen Eventualität vorzubeugen, bereitwillig anerkannte. pp. P. Hatzfeldt

Nr. 1689

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 London, den 14. Juni 1890

Ganz geheim

Der Premierminister ermächtigt mich zu melden, daß wir einig sind, da die Zustimmung Ihrer Majestät der Königin nicht mehr zweifelhaft sei. pp.* Hatzfeldt

* Die weiteren Verhandlungen bis zum Abschluß des Abkommens am 1. Juli sind ohne wesentliches Interesse und können hier übergangen werden; dagegen mögen noch eine Anzahl Schriftstücke folgen, die sich auf den französischerseits gegen das Abkommen eingelegten Protest beziehen. Das Abkommen vom 1. Juli, das in seinen Grundzügen schon am 17. Juni in Deutschland und England bekannt gegeben wurde, ist gedruckt u. a. in: Das Staatsarchiv Bd. 51 (1891), S. 157 f. Vgl. auch die im „Reichs- und Staatsanzeiger" vom 30. Juli 1890 veröffentlichte Denkschrift der Deutschen Regierung über die Beweggründe zum Abkommen.

Nr. 1690

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 159 Paris, den 19. Juni 1890

Die Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrages über die afrikanischen Kolonien und namentlich die Abtretung Helgolands an Deutschland hat hier alle Kreise überrascht und sehr verstimmt.

Es gab hier viele Politiker, welche auf eine Verständigung mit England und auf die Reibereien rechneten, welche in Ostafrika unter Deutschland und Engländern bestanden und wirklich drohten, die beiden Nationen zu verfeinden.

Unsere Verständigung auf diesem Gebiete mußte den Franzosen daher äußerst unangenehm sein, und die Abtretung Helgolands regt sie besonders deshalb auf, weil sie annehmen, daß die Engländer darin niemals eingewilligt haben würden, wenn wir nicht Verpflichtungen, namentlich in Beziehung auf Ägypten eingegangen wären.

Herr Ribot* konnte gestern, als ich ihn beim Mittwochsempfang sah, seinen Ärger kaum verbergen, meinte, es sei ein großer diplomatischer Erfolg, den wir mit sehr geringen Opfern erreicht hätten.

Lord Lytton** gegenüber ist er offenherziger gewesen und hat ihm geradezu gesagt, es müßten geheime Abmachungen existieren.

Mein englischer Kollege, der ein großer Anhänger Deutschlands und ein Feind Rußlands stets war, ist über diesen Abschluß unserer Verhandlungen außerordentlich erfreut und hofft sehr, daß das Parlament keine Schwierigkeiten machen werde.

Letzteres hoffe und glaube ich auch, weil Mr. Gladstone, den ich kürzlich in England sah, und der durch Lord Salisbury über dessen Absichten unterrichtet zu sein schien, mir versprach, Lord Salisbury in Beziehung auf seine Verhandlungen mit uns keinerlei Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich über den Erwerb Helgolands gefreut habe. Ich habe stets die Ansicht vertreten, daß Helgoland für uns äußerst wichtig sei, habe unter der Hand oft versucht, die Abtretung Helgolands vorzubereiten, konnte aber niemals den Fürsten Bismarck dazu bewegen, in dieser Sache vorzugehen. Er legte keinen Wert darauf.

Die hiesige Presse weiß noch nicht recht, wie sie die Sache auffassen soll, spricht aber mit großer Bitterkeit, die, wie ich glaube, noch wachsen wird.

Diese Erregung der öffentlichen Meinung wird sich schon wieder

---

* Minister des Äußern im Kabinett Freycinet.

** Englischer Botschafter in Paris.

legen, und der Vorteil, den wir haben, ist größer als der Schaden, den uns diese momentane Mißstimmung bringen kann.

Münster

Nr. 1691

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 179 — Paris, den 12. Juli 1890

Die Stimmung gegen England wird immer gereizter, wogegen sie gegen uns entschieden sich im allgemeinen gebessert hat.

Die Verhandlungen wegen Sansibar* ziehen sich in die Länge und werden erschwert dadurch, daß die Radikalen gegen die Herren Ribot und Waddington einen unterirdischen Krieg führen und sie bei dieser Gelegenheit stürzen möchten.

Drei Fragen sind es, die Herr Ribot gern zusammen behandeln möchte, die aber Lord Salisbury entschieden auseinanderhalten will: Ägypten, Sansibar und die Fischereigerechtsame auf Neufundland. pp.

Was die Verhandlungen über die Anerkennung des Protektorats über Sansibar betrifft, so hält Lord Salisbury noch an dem Standpunkt fest, daß die Zustimmung Frankreichs nicht erforderlich sei, und macht geltend, daß Frankreich in bezug auf Tunis stets den Grundsatz vertreten habe, daß durch das Protektorat die Souveränität des Staates nicht beeinträchtigt werde.

Lord Salisbury hat dabei versichert, daß er nicht wünsche, durch die Übernahme des Protektorats in Sansibar die guten Beziehungen zu trüben, und gern etwaigen Wünschen, welche Frankreich bei dieser Gelegenheit zur Sprache bringe, nachkommen werde.

Anfänglich richteten sich diese Wünsche auf den Ausgleich einiger Differenzen in Madagaskar und eine Grenzregulierung in Westafrika am Niger.

Von Tunis war nur beiläufig die Rede. Herr Ribot fand bei den ersten Andeutungen darüber sowohl bei Lord Salisbury als auch bei

---

* Noch vor Abschluß des Abkommens vom 1. Juli hatte die französische Regierung in London zu verstehen gegeben, daß sie im Hinblick auf die im Jahre 1862 zwischen Frankreich und England festgelegte Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar eine Kompensation erwarte. In Italien herrschten lebhafte Besorgnisse, daß Frankreich diese Kompensation in Tunis suchen werde, etwa in der Weise, daß England auf alle ihm gemäß der früheren Kapitulationen zustehenden Rechte in Tunis verzichte und so Frankreich den Weg zur vollen Annexion ebne. Am 26. Juni wurde der italienische Geschäftsträger in Berlin deswegen bei dem Staatssekretär von Marschall vorstellig, und dieser wies alsbald Hatzfeldt an, dahin zu wirken, „daß, falls ein Kompensationsobjekt von England an Frankreich für erforderlich erachtet wird, dieses in Madagaskar und nicht in Tunis gesucht werde". Näheres darüber in Kap. LIII, B, Nr. 1865.

Lord Lytton so bestimmte Abneigung, auf diese Frage einzugehen, daß er sie ganz fallen gelassen hatte.

In den letzten Tagen ist er wieder damit hervorgetreten und hat es Lord Lytton gegenüber geradezu eingestanden, daß seine Stellung wegen Tunis ernstlich bedroht sei.

Die Radikalen unter Führung von Floquet, Lacroix und Clémenceau verlangen, daß die Regierung bei dieser Gelegenheit unbekümmert um Italien den Engländern ein Paroli bieten und geradezu die Annexion von Tunis aussprechen solle. Ob sie damit durchdringen, und das jetzige, im ganzen ziemlich starke Kabinett darauf eingehen würde, scheint mir zweifelhaft, und bis jetzt ist selbst in der Presse diese Intrige noch nicht bis zur Oberfläche gedrungen. pp.

Die Rede in der Deputiertenkammer, in welcher der sonst vorsichtige Minister sehr weit ging und die Möglichkeit einer Annexion durchblicken ließ, war ein Notanker, den er für seine Selbsterhaltung auswarf. Deshalb will er jetzt auch gern einen, wenn auch unbedeutenden Erfolg erringen und nachträglich doch noch Tunis in die Verhandlungen mit hineinziehen.

Er verlangt jetzt wenig, nur einige Änderungen des englisch-tunesischen Handelsvertrages. Lord Lytton ist entschieden dagegen aus politischen Gründen wegen Italiens und meint, daß man auf die Dankbarkeit französischer Politiker doch nicht rechnen dürfe. pp.

Münster

Nr. 1692

Der französische Botschafter in Berlin Herbette an den Reichskanzler von Caprivi

Note. Ausfertigung

Berlin, le 18 Juillet 1890

Dans son No. du 10 de ce mois, le „Reichsanzeiger" a publié le texte définitif d'un arrangement conclu entre l'Allemagne et l'Angleterre et dont l'article 11* tend à la reconnaissance de la cession éventuelle à l'Empire Allemand par le Sultan de Zanzibar de l'île Mafia et de territoires de terre ferme dépendant du Sultanat de Zanzibar.

Le Gouvernement de la République Française croit devoir faire toutes réserves quant à la réalisation de ce projet avant que, d'un commun accord, l'Allemagne ne soit déliée vis-à-vis de lui, de l'en-

* Nach Artikel 11 des deutsch-englischen Abkommens sollte der Sultan von Sansibar durch den Einfluß Englands vermocht werden, seine festländischen Besitzungen neben der Insel Mafia gegen eine billige Entschädigung an Deutschland abzutreten, wogegen Deutschland sich verpflichtete, die englische Schutzherrschaft über Sansibar selbst anzuerkennen. Siehe den Wortlaut des Artikels in „Das Staatsarchiv" Bd. 51, S. 156 f.

gagement qu'elle a pris, par son adhésion du 27 Novembre 1886* à la déclaration anglo-française du 10 Mars 1862, de respecter l'indépendance du Sultan de Zanzibar.

L'Ambassadeur de France soussigné est, d'ailleurs, autorisé à entrer en échange de vues avec la Chancellerie Impériale pour le réglement de cette question.

Jules Herbette

Nr. 1693

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 18. Juli 1890

Der französische Botschafter überreichte heute die anliegende Note seiner Regierung**. Letztere macht ihre Vorbehalte hinsichtlich des deutsch-englischen Abkommens unter Hinweis auf die deutsche Erklärung vom 10. März 1886, wo wir im Anschluß an die deutsch-englische Erklärung von 1862 versprechen, die Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar zu respektieren.

Der Botschafter fügte hinzu, es gebe für alles Kompensationen.

Ich erwiderte, ja, harmlose Kompensationen (inoffensives) und solche, die es nicht sind. Übrigens sei nach französischer Erklärung anläßlich der Okkupation von Tunis ein Protektorat kein Besitzwechsel.

Der Botschafter erwiderte, nach außen hin mache ein Protektorat doch einen gewissen Unterschied gegen vorher. Herr Herbette kam dann auf Tunis und sagte, er habe die Anfänge davon als Sekretär von Waddington im Jahre 1878 erlebt. Letzterem habe damals Fürst Bismarck — sowie angeblich auch zur selben Zeit den Italienern — Tunis angeboten***. Herbette will damals an Waddington gesagt haben: „Wenn Sie Tunis überhaupt nehmen wollen, nehmen Sie es jetzt gleich mit Datum Berlin".

Ich bemerkte, auf jene Vorgänge zurückzukommen sei ungefähr dasselbe, als wenn man auf eine junge Person zurückkommen wollte, die man vor Jahr und Tag hätte heiraten können, und die sich inzwischen verheiratet habe.

Im übrigen nahm ich die Note ad referendum.

Der Botschafter stellte sich zur Verfügung für eine etwaige Antwort.

Holstein

---

* Diese Akzession war erfolgt laut Artikel 7 des deutsch-englischen Abkommens vom 29. Oktober/1. November 1886: „Deutschland macht sich verbindlich, der Erklärung beizutreten, welche Großbritannien und Frankreich am 10. März 1862 mit Bezug auf die Anerkennung der Unabhängigkeit von Sansibar gezeichnet haben."

** Siehe Nr. 1692.

*** Vgl. dazu Bd. III, Nr. 657, Fußnote.

Nr. 1694

Aufzeichnung des Dirigenten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Kayser

Eigenhändig

Berlin, den 18. Juli 1890

Der Protest beweist, daß die französisch-englischen Verhandlungen keinen guten Fortgang haben.

An und für sich würde sich empfehlen, hierbei Hand in Hand mit England zu gehen und amtlich den Protest zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen. Letztere scheint aber die Frage allein mit Frankreich ausfechten zu wollen — sonst würde sie schon Anlaß gehabt haben, unseren Beistand zu erbitten. Eine Initiative in London von unserer Seite könnte auch den Eindruck der Ängstlichkeit hervorrufen und den Anhalt dazu bieten, daß die Verhandlung über das Abkommen im Unterhause bis zur Verständigung mit Frankreich vertagt wird.

Aus diesem Grund würde ich dahin votieren,

den Protest lediglich zu vertraulicher Kenntnis des Grafen Hatzfeldt zu bringen und

ihn im übrigen vorläufig unbeantwortet zu lassen.

Kayser

Nr. 1695

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 546 Berlin, den 18. Juli 1890

Ew. beehre ich mich beifolgend eine vom französischen Botschafter übergebene Note vom heutigen Tage zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden.

Der Herr Reichskanzler ist der Ansicht, daß unsere Position Frankreich gegenüber sich mit derjenigen Englands in dieser Frage nicht deckt. Deutschland beabsichtigt, von dem Sultan mit dessen Einwilligung ein Stück seines Territoriums zu erwerben. Darin kann man ernstlich eine Zuwiderhandlung gegen den Vertrag von 1862 nicht sehen.

Aus diesem Grund liegt für uns kein Anlaß vor, gemeinschaftlich mit der großbritannischen Regierung uns über unser Verhalten zu Frankreich zu verständigen. Sollten Ew. es jedoch für angemessen und nützlich erachten, der dortigen Regierung von dem Protest Kenntnis zu geben, so stelle ich Ihnen das Weitere ergebenst anheim. Wir beabsichtigen, dem französischen Protest zunächst keine Folge zu geben, sondern erst auf erneute Mahnung dem vorstehenden Gesichtspunkt Ausdruck zu geben.

Holstein

Nr. 1696

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Legationsrats von Mutzenbecher

Nr. 164 Berlin, den 20. Juli 1890
[abgegangen am 21. Juli]

Euerer pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift einer Note dd. 18. d. Mts., welche der französische Botschafter hier überreicht hat, ergebenst zu übersenden.

Euere pp. wollen dieselbe zunächst lediglich als zu Ihrer Information bestimmt ansehen, und behalte ich mir weitere Mitteilung über die Haltung, welche wir dieser Einsprache gegenüber einnehmen werden, ergebenst vor.

Holstein

Nr. 1697

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 168 Berlin, den 23. Juli 1890

Im Anschluß an den Erlaß Nr. 164* und mit Bezug auf den gleichzeitig eintreffenden Erlaß wegen der tunesischen Frage** beehre ich mich, Ew. folgende Instruktion zu erteilen:

Sobald Ew. pp. wegen der gerüchtsweise angeblich erfolgten Abtretung von Tunis an Frankreich nach dem Tode des Beys die unauffällige und gelegentliche Anfrage an Herrn Ribot gestellt und dessen Antwort erhalten haben, wird es sich empfehlen, wenn Sie, obschon ohne Verbindung mit der vorhergehenden Angelegenheit, aber doch in der Zeitfolge unmittelbar darauf, den französischen Protest wegen Sansibar zur Sprache bringen. Bei Beurteilung desselben sind rechtliche und politische Gesichtspunkte in Erwägung zu ziehen.

Vom juristischen Standpunkt aus kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Garantievertrag zwischen England und Frankreich vom 10. März 1862, welchem Deutschland im Jahre 1886 beigetreten ist, nur die Bedeutung hat, daß wider seinen Willen die Unabhängigkeit und namentlich der Besitzstand des Sultans von Sansibar nicht soll angegriffen werden dürfen. Denn daß auch ein Souverän, dessen Besitzstand von anderen Mächten garantiert ist, in der Freiheit der Ver-

---

* Siehe Nr. 1696.

** Siehe Kap. LIII, B, Nr. 1880.

fügung über sein Territorium unbeschränkt bleibt, wird niemals bestritten werden können. Garantie des Eigentumsrechts ist keine Beschränkung desselben. Es wird genügen, wenn von vielen Beispielen auf das eine hingewiesen wird, daß der König der Niederlande im Jahre 1867 sein Großherzogtum Luxemburg, dessen Besitzstand ihm durch den bekannten Vertrag von 1839 seitens der Großmächte garantiert worden war, an Frankreich verkaufen wollte, und daß gegen die Zulässigkeit dieser Maßregel namentlich seitens der französischen Regierung kein Einwand erhoben worden ist. Der Verkauf scheiterte damals nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Gründen, weil dabei auch das Besatzungsrecht der Festung Luxemburg durch Preußen in Frage kam. Vorliegendenfalls ist übrigens die Tatsache, auf welche Frankreich seinen Protest begründet, noch gar nicht eingetreten. Die Kaiserliche Regierung wird erst mit dem Sultan von Sansibar wegen der Abtretung der Festlandküste in Verhandlung treten, und diese Abtretung wird gegen eine billige Entschädigung, also mit dem freien Willen des Sultans stattfinden.

Aber auch was die politischen Gründe angeht, liegt für Frankreich ein Anlaß zu einer Reklamation nicht vor. In der Anlage übersende ich Ew. ergebenst eine Aufzeichnung der Kolonialabteilung über die Konzessionen, welche die Kaiserliche Regierung seinerzeit Frankreich in der Frage der Komoreninseln gemacht, und über die Zusicherungen, welche insbesondere damals Herr von Freycinet dahin abgegeben hat, daß Deutschland auf das französische Entgegenkommen in Sansibar- und andern Kolonialfragen rechnen könne*. In der Tat war im Jahre 1886 dasjenige Interesse, dessen Entscheidung durch die Abtretung der Festlandküste an Deutschland formell verwirklicht werden soll, materiell bereits zur Erledigung gelangt. Die damalige Abgrenzung der Interessensphären** hatte das Schicksal der Küste bereits endgültig entschieden. Frankreich hat hierfür in den Komoren seine Entschädigung erhalten, und es wäre befremdlich, wenn eine solche noch ein zweites Mal beansprucht werden sollte.

Ich darf der Überzeugung Ausdruck geben, daß sich die französische Regierung, der zurzeit auch Herr von Freycinet angehört, dem Gewicht dieser Argumente nicht wird verschließen können.

v. Caprivi

---

* Nach der vom 22. Juli 1890 datierten Aufzeichnung der Kolonialabteilung hatte der damalige Minister des Äußern de Freycinet gelegentlich der bereitwilligen Anerkennung des französischen Protektorats über die Komoreninseln im Mai 1886 dem Grafen Münster erklärt, „es sei selbstverständlich, daß Deutschland sowohl hinsichtlich Sansibars als auch in allen anderen Kolonialfragen auf sein volles Entgegenkommen rechnen könne".

** Sie war erfolgt durch das deutsch-englische Abkommen vom 29. Oktober/1. November 1886, das die festländischen Besitzungen des Sultans von Sansibar in die deutsche Interessensphäre einbezogen hatte. Vgl. Bd. IV, S. 158, Fußnote **.

Nr. 1698

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 388 London, den 22. Juli 1890

In der weiteren gestrigen Unterhaltung mit Lord Salisbury habe ich gelegentlich und ganz vertraulich einfließen lassen, daß nach meinen Nachrichten die Franzosen auch bei uns gewisse Reserven gegen das Abkommen bezüglich Sansibars gemacht haben. Ich bemerkte dazu, daß Frankreich nach meiner Meinung eine Berechtigung irgendwelcher Art hierzu nicht hätte, daß mir die Sache aber auffällig erschiene, da ich mir den Zweck dieses Verhaltens nicht erklären könnte und vergeblich versucht hätte, mir klarzumachen, welchen Hintergedanken die französische Diplomatie dabei haben könnte.

Lord Salisbury meinte, soweit er sich darüber ein Urteil bilden könnte, nähme er an, daß diese Art des Vorgehens wahrscheinlich nur auf die geschäftliche Pedanterie der Franzosen zurückzuführen sein dürfte, die, nachdem sie sich nun einmal auf den Standpunkt gestellt hätten, das Recht zum Einspruch zu haben, für nötig gehalten hätten, in Berlin dasselbe zu tun, was sie in London getan. An einen Hintergedanken, etwa wegen Tunis, glaubt der Premierminister nicht.

Bei dieser Gelegenheit kam Lord Salisbury auch auf seine Verhandlungen mit Herrn Waddington zurück und sagte mir diesmal ganz vertraulich, daß dieselben schwerlich zu einem Abschluß kommen würden, namentlich wegen des Punktes, der sich auf den englischen Handelsvertrag mit Tunis beziehe, da man darüber zu keiner Einigung gelangen könnte. Ich warf dabei die Bemerkung hin, daß mir dies mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Italiener für alles, was Tunis beträfe, recht erwünscht schiene, und daß ich auch nicht einsehen könnte, wenn diese Verhandlung wirklich nicht zum Abschluß käme, welchen Schaden England dabei haben würde, da es doch das Objekt, den Sultan von Sansibar und sein Gebiet, nach unserem Abkommen in der Hand behielte. Lord Salisbury stimmte mir hierin bei, indem er lächelnd bemerkte, er wäre, wie er mir schon mehrmals gesagt hätte, durchaus nicht eilig mit der Proklamierung des englischen Protektorates und könnte den jetzigen Zustand in Sansibar ohne Nachteil auch noch länger dauern lassen.

Im Laufe dieser Unterhaltung machte der Premierminister eine Äußerung, die ich nicht unerwähnt lassen will, daß nämlich die Politik der Franzosen eine recht ungeschickte wäre, da alles, was sie täten, darauf hinausliefe, England vollständig in die Arme von Deutschland zu treiben.

P. Hatzfeldt

Nr. 1699

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 London, den 24. Juli 1890
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 155*.

Die Haltung Lord Salisburys erklärt sich aus dem Wert, den er sachlich und parlamentarisch auf Abschluß eines guten Geschäfts mit Frankreich in der Sansibar- und noch mehr in der Neufundlandfrage legt, sowie aus der Besorgnis, durch zu schroffes Auftreten unsererseits mit in eine Komplikation verwickelt zu werden, für die er hier verantwortlich gemacht werden würde.

Daher auch der mehrfach gemeldete Wunsch, daß er Zeit gewinnen möchte. Ist Helgoland erst votiert**, kommt Verständigung mit Frankreich bezüglich Sansibars wegen übertriebener Forderungen desselben hier nicht zustande, dann würde es viel eher möglich sein, Beteiligung Englands an einer diplomatischen Aktion zu gewinnen, wenn wir dabei allmählich vorgehen, und ich darüber beruhigen kann, daß kriegerische Verwickelung weder beabsichtigt noch durch zu schroffe Sprache herbeigeführt werden soll.

Hatzfeldt

Nr. 1700

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 176 London, den 24. Juli 1890
Geheim

Lord Salisbury hält für unbedingt geboten, bis zur definitiven Annahme der Helgolandbill seinerseits alles zu vermeiden, was den Anschein einer Provokation Frankreichs tragen und der franzosenfreundlichen Opposition Waffen gegen ihn und gegen unser Abkommen in die Hand geben könnte. Er hegte auch bis jetzt die Besorgnis, daß er durch Eingehen auf gemeinsame Behandlung der französischen Proteste zur Teilnahme an scharfen Erklärungen in Paris geführt werden könnte, welche ihm hier als Provokation des Nachbars vorgeworfen werden würden.

---

* Durch Telegramm Nr. 155 vom 23. Juli war Graf Hatzfeldt angewiesen worden: „Sehen Sie doch zu, daß die Engländer sich uns anschließen in der Sansibar-Entschädigungsfrage. Ich glaube, daß Malet gestern auch in dem Sinne an Salisbury geschrieben hat. Wollen sie hinausschieben, so schieben wir auch."

** Das heißt: im englischen Parlament genehmigt.

Nachdem ich ihm versichert, daß wir im Fall der Bereitwilligkeit seinerseits zur gemeinsamen Behandlung der Proteste ihm gern die erforderliche Zeit, jedenfalls bis nach Erledigung der Helgolandbill, lassen würden, ihn auch darüber beruhigt hatte, daß wir weder selbst Konflikt mit Frankreich wünschen noch ihm Teilnahme an Erklärungen vorschlagen würden, die in Paris oder hier als Provokation ausgelegt werden könnten, ermächtigte mich Lord Salisbury, Euerer Exzellenz zu melden, daß er unter diesen Voraussetzungen zur gemeinsamen Behandlung der französischen Proteste nach Erledigung der Helgolandbill bereit sein werde.

Bis zu diesem Zeitpunkt müßte unsere heutige Verständigung über diesen Punkt selbstverständlich geheim gehalten werden.

Lord Salisbury ermächtigte mich gleichzeitig zu melden, daß nach seinem besten Wissen in den bisherigen Verhandlungen mit dem französischen Botschafter nichts zur Sprache gekommen sei, was unsere Interessen in Afrika hätte berühren können.

Es wäre sehr nützlich, wenn ich telegraphisch zu der Mitteilung an Lord Salisbury ermächtigt würde, daß Euere Exzellenz die von mir erteilten Versicherungen billigen und über die von Lord Salisbury zugesagte, im beiderseitigen Interesse gleich wünschenswerte Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Behandlung aufrichtig erfreut sind.

Hatzfeldt

Nr. 1701

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs von Holstein

Nr. 157 Berlin, den 25. Juli 1890

Antwort auf Telegramm Nr. 176*.

Ew. erteile ich die Ermächtigung zu der gewünschten Erklärung. Ich setze bei Frankreich keine kriegerischen Pläne voraus und glaube bei dem — wie Herr Crispi vorgestern dem Grafen Solms sagte — von Frankreich gemachten Anerbieten einer Entschädigung in Tripolis** zunächst an diplomatische Beweggründe: erstens das Bestreben, Italien im Hinblick auf etwaige *spätere* Eventualitäten schon jetzt mehr von uns ab und zu Frankreich hinzuziehen; zweitens durch den Wunsch, der Welt und namentlich dem Sultan die Machtstellung Frankreichs als Leiter einer großen diplomatischen Aktion fühlbar zu machen, dadurch den Einfluß Englands und des Dreibunds in Kon-

* Siehe Nr. 1700.
** Vgl. Kap. LIII, Nr. 1881.

stantinopel zu verschlechtern und die französische Republik als begehrenswerten Verbündeten für Rußland erscheinen zu lassen.

Für jetzt handelt es sich wohl lediglich um Diplomatisches. Deshalb würde schon eine leise diplomatische Beteiligung Englands bei unseren Verhandlungen geeignet sein, die Franzosen, welche sich damit einem unberechenbaren Faktor gegenübersehen, vorsichtig zu machen. Diese englische Beteiligung kann ihre volle Wirksamkeit allerdings erst dann erlangen, wenn Lord Salisbury nicht mehr der Gefahr ausgesetzt ist, auf eine Interpellation hin gleich sein ganzes Programm darlegen zu müssen.

v. Caprivi

Nr. 1702

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Paris, den 25. Juli 1890

Nachdem ich die Antwort wegen Tunis* erhalten, brachte ich die Sprache auf Sansibar.

Herr Ribot gab zu verstehen, daß er die Sache zur Sprache gebracht habe, um sich vor etwaigen Angriffen zu sichern.

Ich sagte darauf, daß wir juristisch im Recht seien, sofern wir die Freiheit des Sultans respektieren, und wies auf unser Entgegenkommen wegen der Komoreninseln hin. Herr Ribot gab das zu, meinte, wir würden noch Gelegenheit haben, darüber zu sprechen und uns sehr leicht verständigen.

Münster

Nr. 1703

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 184 Paris, den 25. Juli 1890

Wie Euere Exzellenz mir gütigst gestattet haben, war ich einige Tage zu einer Hochzeitsfeier in London und habe dort viele leitende Persönlichkeiten, unter anderen Lord Salisbury und Mr. Gladstone gesehen. Im allgemeinen habe ich eine ganz andere Stimmung gefunden, als sie kurz vor unserem Vertrage war, und ist meine Überzeugung darin bestärkt worden, daß es die höchste Zeit war, denselben abzuschließen, wenn die uns feindliche Partei nicht an Macht und Einfluß gewinnen sollte. Jetzt bedeutet sie nichts mehr. Lord Salisbury

---

* Vgl. Nr. 1697.

hat mir im Vertrauen zugestanden, daß die Besorgnis vor einer sich bildenden Russenpartei ihn vor allem dazu gebracht habe, mit uns eine Verständigung zu suchen.

Was die Verhandlungen mit Frankreich betrifft, so fand ich, daß die Äußerungen des Botschafters Waddington mit denen Lord Salisburys durchaus nicht übereinstimmten. Herr Waddington sagte mir, daß nach den letzten Äußerungen Lord Salisburys er sicher hoffe, bald von England das zu erreichen, was Frankreich wünsche, wogegen Lord Salisbury mir sagte, die Franzosen schienen gar nicht zu wissen, was sie wollten. Eigentlich verlangten Herr Waddington und Herr Ribot Konzessionen nur, um sich ihren Parlamenten gegenüber halten zu können, und schienen dabei ganz zu vergessen, daß Lord Salisbury auf sein Parlament auch Rücksichten zu nehmen habe.

In Beziehung auf Tunis hätten die Franzosen verlangt, daß England den unkündbaren Vertrag mit Tunis zu einem kündbaren machen sollte; das habe er aber rundweg abgeschlagen. Weitere Forderungen wegen Tunis seien nicht gestellt worden, und sei die Besorgnis der Italiener ungegründet. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Lord Salisbury des Gerüchts, daß Frankreich mit dem Bey von Tunis einen Erbvertrag abgeschlossen haben soll. Er glaubt nicht daran*.

Tunis sei eine Karte, die schon Ägyptens wegen England in der Hand behalten müsse. Außerdem würde jede Konzession Englands in dieser Frage Crispi über alle Maßen beunruhigen und diesen etwas gefährlichen Staatsmann dazu verführen können, unüberlegte und gefährliche Handlungen zu begehen.

In Beziehung auf Madagaskar würde er auf die französischen Wünsche eingehen können**.

Was die Konzessionen in Afrika betreffe, so haben die Franzosen jetzt auch die Theorie des Hinterlandes adoptiert und verlangen das Hinterland von Algerien, namentlich den Weg nach Timbuktu und die Regionen des oberen Nigers. Lord Salisbury meinte, die Wüste Sahara sei das eigentliche Hinterland Algeriens, und die könne man ihnen gern überlassen.

Im allgemeinen hatte ich den Eindruck, daß Lord Salisbury Lord Lyttons Rat, die Verhandlungen bis nach der Vertagung der französischen Kammer hinzuziehen, zu befolgen wünscht.

Lord Salisbury wird zwei Beamte herschicken, welche hier mit der französischen Regierung eine Verständigung wegen des beanspruchten Hinterlandes suchen sollen.

---

* Vgl. darüber Kap. LIII, B.

** Tatsächlich kam es am 5. August zum Abschluß eines englisch-französischen Abkommens, durch das England das Protektorat Frankreichs in Madagaskar, Frankreich dasjenige Englands in Sansibar anerkannte. Außerdem einigten sich beide Mächte nach dem Vorbilde des deutsch-englischen Abkommens über die Abgrenzung ihrer unmittelbaren Besitzungen in Afrika.

Herr Ribot klagte darüber, daß es schwer sei, mit Lord Salisbury zu verhandeln, solange das Parlament versammelt sei; er schiene vor der Vertagung nichts abschließen zu wollen. Als ich Herrn Ribot sagte, er sei etwa in derselben Lage, gab er das zu.

Bei dieser Gelegenheit sagte mir Herr Ribot, er müsse England gegenüber so sehr vorsichtig sein, weil die öffentliche Meinung in letzter Zeit für England immer feindlicher werde, wogegen sie Deutschland gegenüber sich immer mehr beruhige.

Ein ihm sehr erfreuliches Zeichen dafür sei für ihn gewesen, daß ihm vom Polizeipräfekten mitgeteilt worden sei, daß, als ich neulich in einem offenen Wagen durch einen dichten Volkshaufen gefahren sei, ein Mann gerufen habe: „C'est l'Ambassadeur d'Allemagne", und das Publikum mich freundlichst begrüßt habe. Das ist richtig und wäre noch vor zwei Jahren unmöglich gewesen.

Münster

Nr. 1704

Der französische Botschafter in Berlin Herbette an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Note. Abschrift

Berlin, le 17 novembre 1890

Au cours des entretiens que nous avons eus ensemble au mois d'août dernier, sur les rapports réciproques de l'Allemagne et de la France à la côte orientale d'Afrique, Votre Excellence m'a déclaré que le Gouvernement Impérial était disposé à recônnaître le protectorat de la France à Madagascar avec toutes ses conséquences.

De mon côté j'ai été en mesure Vous donner, lors de notre entrevue du 6 de ce mois, l'assurance que, dans ces conditions, le Gouvernement de la République Française n'éléverait pas d'objection contre l'acquisition par l'Allemagne de la partie continentale des Etats du Sultan de Zanzibar ainsi que de l'île de Mafia.

Il a, d'ailleurs, été entendu que les ressortissants allemands à Madagascar et les ressortissants français dans les territoires cédés à l'Allemagne par le Sultan de Zanzibar bénéficieraient, sous tous les rapports du traitement de la nation la plus favorisée.

Dans le but de consacrer définitivement le complet accord des deux Gouvernements sur les points ci-dessus spécifiés, j'ai l'honneur d'adresser à Votre Excellence la présente communication et je Vous prie de m'en faire parvenir un accusé de réception confirmatif.

(signé) Jules Herbette

Nr. 1705

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den französischen Botschafter in Berlin Herbette

Note. Abschrift

Berlin, den 17. November 1890

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Exzellenz dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Französischen Republik, Herrn Herbette, den Empfang des Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen und das Einverständnis der Kaiserlichen Regierung zu den darin enthaltenen Erklärungen auszusprechen. Demnach erhebt die Regierung der Französischen Republik keinen Einspruch gegen die Erwerbung der festländischen Besitzungen des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland, und letzteres erkennt die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen ihren Folgen an. Dabei wird ausdrücklich verabredet, daß die deutschen Reichsangehörigen in Madagaskar und die französischen Staatsangehörigen in den bezeichneten, von dem Sultan von Sansibar an Deutschland abgetretenen Gebieten in allen Beziehungen diejenige Behandlung erfahren sollen, welche den Angehörigen der meistbegünstigsten Nation daselbst zuteil wird.

(gez.) Marschall



Kapitel LII

Auf dem Wege zur Quadrupelallianz: Der Dreibund und die Entente à trois

A. Unter dem Kabinett Salisbury 1890–1892



Nr. 1706

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 London, den 26. März 1891

Geheim

Der italienische Botschafter* hat sich, wie er mir im strengsten Vertrauen sagt, kürzlich in einem Privatbrief an seinen Minister** dahin ausgesprochen, daß das bisher mit England bestehende geheime Abkommen*** weder zur Deckung der italienischen Interessen genüge, noch der Wichtigkeit Italiens für die englische Politik entspreche, und daß es sich daher empfehle, hier, und zwar durch unsere Vermittelung, weitergehende und bestimmte Verpflichtungen zu verlangen.

Hatzfeldt

Nr. 1707

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 111 Rom, den 12. April 1891

Geheim

pp. Sehr präokkupiert scheint Marquis Rudini von der Haltung Englands. Er wünscht, daß Deutschland und Österreich ihm helfen möchten, England zu Abmachungen mit Italien in bezug auf die Mittelmeerfragen zu bestimmen, wie solche bezüglich des Orients beständen †. Lord Salisbury sei in bezug auf die ersteren auffallend zurückhaltend,

---

* Graf Tornielli.

** Marchese di Rudini.

*** Vgl. Bd. IV, Kap. XXVIII, Nr. 938, Anlage und Nr. 940, Anlage.

† Die sogenannten „Mittelmeerabkommen" von Februar/März und Dezember 1887 (vgl. Bd. IV, Kap. XXVI und XXVIII) enthalten bekanntlich keinerlei Bestimmungen über die Mittelmeerfragen im engeren Sinne, sondern nur über die Orientfragen. Die Tendenz der italienischen Politik ging nun dahin, auch ihre Mittelmeerinteressen durch analoge Abkommen möglichst weitgehend zu sichern. Dieses Bestreben war schon bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes zutage getreten. Tatsächlich ließ Deutschland, nach anfänglichem starken Widerstreben seiner leitenden Staatsmänner sich bereit finden, die Bestimmungen seines Separatvertrages mit Italien vom 20. Februar 1887 (Art. III) im Sinne der Sicherung der italienischen Mittelmeerinteressen in dem Vertrage vom 6. Mai 1891 noch zu erweitern. Vgl. Bd. VII, Kap. XLV: „Erneuerung des Dreibundvertrages." Der neue Artikel IX des Dreibundvertrags von 1891 sah auch bereits vor, daß Deutschland und Italien sich gegebenenfalls in gleicher Richtung des Einvernehmens mit England sichern wollten. Vgl. Nr. 1426, S. 101.

und von Herrn Crispi wisse er nicht, wie weit dieser mit dem englischen Premier engagiert war*.

Auf meine Bemerkung, Herr Crispi habe Lord Salisbury manchmal etwas zu sehr gedrängt, namentlich wegen des Hafens von Biserta**, und sich damit wenig genützt, entgegnete der Marquis, er messe dieser Frage keine große Bedeutung bei, denn wenn die Franzosen auf tunesischem Gebiete, wo sie zu Hause seien, einen Hafen anlegen wollten, so könne man sie schwer daran verhindern; es sei schon genug, die Anlage eines Kriegshafens durch gewisse Vorstellungen zu verzögern. Für ihn sei einzig und allein wichtig, daß Italien Englands Beistand gesichert sei, im Falle es mit Frankreich zum Kriege komme, denn Italien könne allein seine Küsten nicht verteidigen.

Übrigens habe sich Lord Salisbury bei den Verhandlungen über die Abgrenzung der Interessensphären in Afrika so kulant gezeigt, daß er die Hoffnung hege, sich mit ihm auch über die für Italien wichtigste Frage der Küstenverteidigung zu verständigen. Er werde mit Marquis Dufferin*** die Sache besprechen, sobald dieser zurückgekehrt sein werde. pp.
Graf Solms

Nr. 1708

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 293 — Berlin, den 18. April 1891

Ganz vertraulich

pp. Es bedarf Euerer Exzellenz gegenüber nicht erst der Versicherung, daß wir jeder englisch-italienischen Annäherung nicht nur wohlwollend gegenüberstehen, sondern auch, soweit dies möglich erscheint, unsererseits Vorschub zu leisten bereit sind.

Nach den vertraulichen Mitteilungen, welche der italienische Minister dem Grafen Solms gemacht hat†, geht sein Wunsch zunächst

---

* Gegen Caprivi hatte sich Crispi im November 1890 wiederholt dahin geäußert, daß er Englands völlig sicher sei, auch über das ministerielle Dasein Lord Salisburys hinaus. Vgl. Bd. VII, Kap. XLV, Nr. 1395. Er dürfte dabei den Mund etwas voll genommen haben. Der Schriftwechsel zwischen Crispi und Salisbury aus den Jahren 1887 und 1890 (abgedruckt bei J. Palamenghi-Crispi, Die Memoiren Francesco Crispis, deutsch von W. Wichmann, S. 194 f., 464 ff.) zeigt im Gegenteil, daß Salisbury über die allgemeinen Zusicherungen der Abkommen von 1887 nicht wesentlich hinausgegangen war, und daß er es speziell abgelehnt hatte, eine Militärkonvention mit Italien vor einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr abzuschließen. Vgl. auch Nr. 1719.

** Vgl. Kap. LIII, B, Nr. 1876 ff.

*** Englischer Botschafter in Rom.

† Siehe Nr. 1707.

dahin, daß wir — und auch Österreich — ihm behülflich sein mögen, seine persönlichen Beziehungen zu dem leitenden Staatsmann Englands zu möglichst freundschaftlichen und vertrauensvollen zu machen. Daß sich Marquis Rudini damit an uns und Österreich wendet, erklärt sich aus der am Schlusse des Berichts aus Rom angeführten und Euerer pp. auch sonst bereits bekannten Tatsache, daß der gegenwärtige italienische Botschafter in London wenig geeignet ist, zur Herstellung und Befestigung gegenseitigen Vertrauens beizutragen. pp.

Wie weit es möglich ist, Lord Salisbury zu weiteren Abmachungen mit Italien über die Mittelmeerfragen zu bestimmen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Daß jede derartige Verständigung, die über den englisch-italienischen Notenaustausch von 1887 hinausgehen und speziell den Punkt 4 desselben in konzisere und bindendere Form bringen würde, unseren Wünschen entspricht, ist selbstverständlich. Ich muß es Euerer pp. bewährten Kenntnis der dortigen Verhältnisse überlassen, ob Sie eine Anregung in dieser Beziehung jetzt für opportun halten und habe das volle Vertrauen in Euere pp., daß Sie in diesem Punkte Lord Salisbury bis zu dem überhaupt Erreichbaren bringen werden. Aus Euerer pp. Berichterstattung weiß ich, daß Lord Salisbury persönlich, nach seiner Auffassung der politischen Interessen Englands, zu tunlichst enger Fühlung mit Italien auch bei Verwicklungen an den Küsten des letzteren bereit ist, daß diese Bereitwilligkeit aber durch die notwendige Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England eingeschränkt wird. Eine englisch-italienische Verständigung über den Schutz der italienischen Küste gegen Bedrohung seitens feindlicher Flotten dürfte, falls sie bekannt werden sollte, vielleicht vor der öffentlichen Meinung in England jetzt, angesichts der zunehmenden maritimen Entwicklung Frankreichs, leichter zu rechtfertigen sein als früher. Auch das große englische Publikum wird einsehen, daß die zwischen Biserta und Toulon durchführende Straße nach Ägypten und Indien leichter an der italienischen Küste mit dem befreundeten Italien verteidigt wird, als gegen eine französische Flotte, die in den Häfen des um seine schutzlosen Küsten besorgten und dadurch — trotz unseres Schutzes von der Landseite — in französisches Fahrwasser geratenden Italiens Stützpunkte findet. Marschall

Nr. 1709

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 115 Wien, den 21. April 1891
Geheim

Graf Kálnoky hat mir heut ganz vertraulich mitgeteilt, daß sich die italienische Regierung mit folgenden Wünschen an ihn gewendet hätte.

So wichtig für Italien die Beteiligung Englands an den Abmachungen über das Litorale des östlichen Beckens des Mittelmeeres sei, und so große Garantien Italien auch hieraus für seine Interessen ziehen könnte, so würde es doch noch von viel höherem Werte sein, wenn sich England auch in ähnlicher Weise für den westlichen Teil dieses Meeres engagieren wollte. Marquis Rudini, so hat Graf Nigra bemerkt, weiß nicht recht, wie er es anfangen sollte, um mit diesen seinen Wünschen vor das englische Kabinett zu treten und wende sich daher mit der Bitte an den Grafen Kálnoky, ihm dabei behülflich zu sein.

Der Minister hat dem Botschafter versichert, er wisse das Anliegen der italienischen Regierung vollständig zu würdigen, er sei auch gern bereit, seine guten Dienste bei Lord Salisbury eintreten zu lassen, sobald dieser von seiner Reise auf dem Kontinent nach London zurückgekehrt sein würde. Ob eine solche Demarche von Erfolg gekrönt sein werde, könne er nicht vorhersagen; jedenfalls würde hierzu mehr Hoffnung sein, wenn ein gleicher Schritt, auch von Deutschland ausgehend, die hiesige Anregung unterstützen werde. Er könne den Italienern daher nur raten, ihr Anliegen auch in Berlin vorzubringen. Wenn Graf Hatzfeldt gemeinschaftlich mit dem Grafen Deym* vorgehen würde, so würde dies die Chancen des Erfolgs sichern.

Graf Kálnoky will nun dem Grafen Deym einen zum Vorlesen bestimmten Privatbrief schreiben, worin nicht nur die italienischen Wünsche, sondern auch die Vorteile auseinandergesetzt sind, die England selbst aus der Erfüllung derselben ziehen würde. England, so meint der Minister, kann nicht ruhig zusehen, daß Italien von Frankreich zertrümmert und die Herrschaft im Mittelmeer ohne den für England sehr nützlichen Faktor Italien fernab zwischen Frankreich und England allein geteilt würde. Ein solcher Zustand liege nicht in dem Interesse Großbritanniens, und er hoffe, daß Lord Salisbury diesem italienischen Gedanken in der einen oder anderen Form näher zu treten geneigt sein werde. H. VII. P. Reuß

Nr. 1710

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 London, den 18. Mai 1891
Geheim

Zu Erlaß Nr. 293 vom 18. v. Mts.**

Bei ganz vertraulicher Besprechung der Wünsche Herrn Rudinis sagte mir Lord Salisbury heute, daß mir seine persönlichen Ansichten

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.
** Siehe Nr. 1708.

bekannt seien, daß ich aber auch wissen müsse, daß er keinen Vertrag schließen könne. Auf meine Bemerkung, daß es nicht nur auf verbindliche Abmachungen, sondern in erster Linie auch darauf ankomme, seinerseits das jetzige italienische Kabinett zum Festhalten an seiner Politik zu ermuntern, und daß dies vielleicht durch eine Redaktionsveränderung der 1887 ausgetauschten Noten erreicht werden könne, zeigte sich der Premierminister nicht abgeneigt, diese Frage in Erwägung zu ziehen, indem er aber gleichzeitig darauf hinwies, daß er eventuell mit seinen Kollegen, deren Ängstlichkeit in solchen Fragen mir bekannt sei, Rücksprache nehmen müßte. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden, daß ich ihm demnächst Vorschläge bezüglich einer Redaktionsveränderung mache, die er dann prüfen wolle.

Es scheint mir ratsam, diese Anknüpfung zu erneuter Besprechung der in Frage kommenden Punkte und die augenblickliche Geneigtheit des Premierministers nicht unbenutzt zu lassen. Falls Euere Exzellenz damit einverstanden sind, bitte ich um baldigste Übersendung des in den Botschaftsakten nicht vorhandenen Wortlauts der 1887 zwischen England und Italien ausgetauschten Noten. Erwünscht wäre dabei gleichzeitige Auskunft, die Graf Solms voraussichtlich beschaffen könnte, in welchem Punkte Herr Rudini auf andere Redaktion besonderen Wert legen würde.

Lord Salisbury wünscht keine Versetzung des Grafen Tornielli. Es ist daher zu erwägen, ob meine weiteren Besprechungen mit dem Premierminister vor dem italienischen Botschafter geheim zu halten sind, oder ob ich ihn einweihen soll. Ersteres scheint mir, wenn überhaupt, nur dann möglich, wenn Herr Rudini damit einverstanden ist und seinerseits dem italienischen Botschafter keine Mitteilung macht.

Hatzfeldt

Nr. 1711

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 122 Berlin, den 20. Mai 1891

Geheim

Ew. wollen Lord Salisbury im Auftrage der drei Regierungen mitteilen, daß die Verlängerung des Dreibundes ratifiziert worden ist*.

---

* Die Mitteilung an Lord Salisbury erfolgte laut Telegramm Marschalls an Prinz Reuß vom 19. Mai auf Wunsch Rudinis. Daß Lord Salisbury seinerseits die von ihm erbetene Zusicherung eventueller englischer Beschützung der italienischen Küste geradezu von der vorgängigen Erneuerung des Dreibundes abhängig gemacht habe, wie Julius von Eckardt in seiner anonymen Schrift „Berlin—Wien—Rom" (1892), S. 131 auf Grund von italienischen Angaben behauptet, findet in den Akten keine Bestätigung und ist angesichts des weiteren Verhaltens der englischen Regierung wenig wahrscheinlich.

Marquis Rudini wünscht vorläufig noch aus handelspolitischen Gründen Geheimhaltung der Tatsache.

Marschall

Nr. 1712

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 277 London, den 23. Mai 1891
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 122*.

Ich habe Lord Salisbury die vorgeschriebene Mitteilung gemacht, welche er mit Befriedigung aufnahm.

Hatzfeldt

Nr. 1713

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 137 London, den 23. Mai 1891
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 129**.

In letzter Unterhaltung teilte mir der Premierminister mit, daß Herr Rudini durch Lord Dufferin von ihm den Abschluß eines Allianzvertrages verlangt habe, welchen er, wie ich wisse, mit Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse und Ängstlichkeit seiner Kollegen nicht eingehen könne. Auf meine Bemerkung, daß Zeit und Umstand kommen könnten, welche auch Abschluß eines Vertrags angezeigt und ihm selbst wünschenswert erscheinen lassen würden, stellte Lord Salisbury dies keineswegs in Abrede, wies aber darauf hin, daß dies aus den mir bekannten Gründen jetzt noch verfrüht wäre.

Auf meine fernere Bemerkung, daß ich seit unserer Unterhaltung am 18. d. Mts. den Text der im Jahre 1887 ausgetauschten englisch-italienischen Noten wieder geprüft und den Eindruck hätte, daß namentlich die von ihm der italienischen Regierung erteilte Antwort sehr vage und nichtssagend sei, erwiderte mir Lord Salisbury, daß er damals von der Ängstlichkeit seiner Kollegen nicht mehr habe erreichen können. Schließlich behielt ich mir mit Zustimmung Lord Salisburys nochmals vor, ihm demnächst Redaktionsveränderungen vorzuschlagen.

---

* Siehe Nr. 1711.
** Siehe Nr. 1710.

Es wäre meines Dafürhaltens nützlich gewesen, wenn ich bei dieser Unterhaltung schon in der Lage gewesen wäre, die bezüglichen Wünsche des Marquis Rudini zu verwerten.

Lord Salisbury, welchen ich nunmehr erst Dienstag oder Mittwoch sehen kann, wird unsere vertraulichen Besprechungen über die vorliegende Frage bis auf weiteres vor dem Grafen Tornielli geheim halten.

Hatzfeldt

Nr. 1714

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 158 — Rom, den 25. Mai 1891

Geheim

Den Inhalt Euerer Exzellenz hohen telegraphischen Erlasses Nr. 45 vom 19. d. Mts.* betreffend die Anknüpfung engerer Beziehungen Italiens zu England, habe ich dem Marquis Rudini nach seiner Rückkehr aus Mailand am 23. d. Mts. mitgeteilt. Daß Lord Salisbury des Grafen Tornielli Versetzung nicht wünscht, habe ich nicht gesagt, auch vorläufig die Erwähnung der Personalfrage unterlassen.

Marquis Rudini war sehr befriedigt von meiner Mitteilung und äußerte, er werde die erforderliche Redaktionsveränderung der 1887 ausgetauschten Noten entwerfen und dann die Sache noch einmal mit mir besprechen.

Heute besuchte mich der Ministerpräsident.

Er sagte, er sei in seinem Entwurfe etwas weiter gegangen; er lege mir denselben zur Begutachtung vor und nur, wenn ich damit einverstanden sei, wolle er ihn mir übergeben, um ihn Euerer Exzellenz einzureichen.

Wie Euere Exzellenz aus dem anliegend ganz vertraulich beigefügten Schriftstück des näheren entnehmen wollen, enthält dasselbe einen Entwurf zu einem Notenaustausch zwischen den drei alliierten Mächten und England.

Nach § 2 soll England sich, wenn Italien genötigt wäre, seine Aktion in dem bedrohten Mittelmeergebiet effektiv eintreten zu lassen, schon jetzt bereit erklären, sich Deutschland anzuschließen, um die Aktion Italiens zu unterstützen. Die §§ 4 und 5 erscheinen mindestens bedenklich.

---

* Erlaß Nr. 45 vom 19. Mai hatte dem Botschafter in Rom den Inhalt der Hatzfeldtschen Meldungen vom 18. Mai (siehe Nr. 1710) übermittelt.

Ich habe dem Marquis Rudini, nachdem er mir das Schriftstück vorgelesen, erwidert: er habe den Wunsch zu erkennen gegeben, daß Deutschland und Österreich-Ungarn ihm helfen möchten, England zu Abmachungen mit Italien in bezug auf die Mittelmeerfragen zu bestimmen, wie solche bezüglich des Orients beständen. In Berlin und Wien sei man bereitwillig auf seinen Wunsch eingegangen, und Graf Kálnoky habe den Grafen Hatzfeldt als die zu den bezüglichen Verhandlungen mit Lord Salisbury geeignetste Persönlichkeit bezeichnet. Hieraus sei schon zu erkennen, welchen Grad von Vorsicht man für die Anknüpfung von Verhandlungen mit dem englischen Premier für geboten erachtet. Graf Hatzfeldt habe hierauf die nötigen Instruktionen erhalten und darauf den Bericht erstattet, den ich ihm mitgeteilt hätte. Ich wiederholte hierauf dem Marquis Rudini nochmals den Inhalt des Telegramms Nr. 45 vom 19. d. Mts. und fügte hinzu, ich hätte ihn infolgedessen gebeten, mir einen Entwurf zur Abänderung der 1887 ausgetauschten Noten zu übergeben, damit Graf Hatzfeldt auf Grund desselben mit Lord Salisbury weiter verhandeln könnte.

Da er mich nach meiner persönlichen Ansicht fragte, so erlaubte ich mir, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß mir das Projekt, welches er ausgearbeitet habe, mehr die Basis zu einer Quadrupelallianz zu sein schiene, und daß dasselbe einen zeitraubenden Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten von Berlin, Rom und Wien erfordern würde, um sich über die Lord Salisbury zu machende Vorlage zu einigen. Wenn man hierbei in Erwägung ziehe, daß Lord Salisbury überhaupt schwer an derartige Abmachungen herantrete, daß er nur, um dem italienischen Kabinett das Festhalten an seiner Politik zu erleichtern, sich herbeiließ, den Vorschlag einer Redaktionsveränderung der 1887 ausgetauschten Noten in Erwägung zu ziehen, daß er auch hierbei eventuell mit seinen ängstlichen Kollegen Rücksprache zu nehmen genötigt sei und daß er sich schließlich einverstanden erklärte, daß Graf Hatzfeldt ihm Vorschläge bezüglich einer Redaktionsveränderung mache, die er prüfen wolle, so hielte ich es für außerordentlich gewagt und keinen Erfolg versprechend, gleich mit so weitgehenden Forderungen an ihn heranzutreten.

Marquis Rudini entgegnete mir hierauf, er sehe ein, daß einige Vorschläge zu sehr den Punkt auf das i setzten; er sei von der Idee geleitet gewesen, daß man einmal den Versuch machen könnte, England endgültig an den Dreibund heranzuziehen. Hierzu sei er durch die Mitteilung Seiner Majestät bestimmt worden, daß Herr Crispi einen Privatbrief Lord Salisburys in Händen hat, durch welchen dieser sich Italien gegenüber sehr weit engagiert habe*. Herr Crispi verschweige aber ihm gegenüber diesen Brief und habe ihn für sich behalten.

Die hingeworfene Idee, ich möchte in Berlin telegraphisch an-

---

* Vgl. Nr. 1707, S. 44, Fußnote *.

fragen, ob Euere Exzellenz eventuell mit dem Vorschlage eines Notenaustausches unter den vier Mächten und mit der Präzisierung des casus foederis für England, wie er in §§ 4 und 5 enthalten ist, einverstanden sein würden, redete ich dem Minister aus, weil man in Berlin ein Urteil sich nur würde bilden können, wenn man das Projekt in extenso vor Augen hätte.

Der Minister fand schließlich meine Bedenken gerechtfertigt und sagte, er werde nunmehr einen Entwurf zur Redaktionsveränderung der 1887 ausgetauschten Noten aufsetzen und noch einmal mit mir durchsprechen.

Um den Minister nicht zu verstimmen, habe ich mich bereit erklärt, Euerer Exzellenz seinen Entwurf für einen Notenaustausch zwischen den drei alliierten Mächten und England vorzulegen.

Ich sagte dem Minister bei dieser Gelegenheit, es würde wohl am praktischsten sein, wenn dem Grafen Hatzfeldt allein die Verhandlungen mit Lord Salisbury überlassen würden und erst, wenn ein Ergebnis erzielt, die Sache offiziell durch die Botschafter zum Abschluß gebracht würde. Marquis Rudini wiederholte mir hierbei, er glaube nicht, daß Graf Tornielli dem Lord Salisbury angenehm sei. Daß die von letzterem gemachte Äußerung diese Annahme nicht ganz rechtfertigt, werde ich dem Marquis später einmal sagen. Derselbe wiederholte mir zum Schluß, er werde in der Angelegenheit nichts tun, ohne des vollen Einverständnisses Euerer Exzellenz sicher zu sein.

Am Abend gab ich dem Herrn Malvano* das Projekt zum Notenaustausch, nachdem ich Abschrift genommen, persönlich zurück, und da es von ihm entworfen war, habe ich ihm wiederholt, was mir an demselben bedenklich erschien. Ich habe hinzugefügt, daß es jetzt darauf ankomme, das augenblicklich Mögliche zu erreichen.

Graf Solms

Anlage

Abschrift von der Hand des Botschafters in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Projet de notes que chacun des Ministres des Affaires Etrangères remettrait aux Ambassadeurs respectifs des trois autres Puissances.

Les notes échangées à Londres le 12 Février et à Vienne le 16 Décembre 1887 entre l'Italie, l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie règlent d'une manière pratique l'attitude et la ligne de conduite que ces trois Puissances ont adoptée pour le présent ainsi que pour les éventualités de l'avenir, au sujet des questions se rattachant à la situatior de l'Empire Ottoman.

---

* Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern.

Les Cabinets de Rome, de Berlin et de Vienne, ayant à l'occasion du récent renouvellement de leur traité d'alliance appelé l'attention particulière du Cabinet de Londres sur l'avantage qu'offrirait, pour la cause de la paix européenne, l'adhésion de l'Angleterre aux principes que les trois Alliés ont pris pour base de leurs arrangements mutuels, soit en vue de leur sécurité, soit en vue de l'équilibre dans le bassin central et occidental de la Méditerranée, il s'en est suivi entre les quatre Cabinets un échange confidentiel d'idées, par l'effet duquel ceux-ci ont arrêté les points suivants qui complètent et précisent les énonciations contenues dans les notes échangées le 12 Février et le 24 Mars 1887 entre l'Italie, l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie.

1. Maintien par les efforts combinés des quatre Puissances du status quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée: à savoir la Cyrénaïque, la Tripolitaine, la Tunisie et le Maroc. Les Représentants des quatre Puissances dans ces régions auront pour instruction de se tenir dans la plus étroite intimité de communications et assistance mutuelles.

2. Si, le maintien du status quo devenant malheureusement impossible, l'Italie devait entreprendre dans les régions susénoncées, en vue d'un intérêt d'équilibre et de légitime compensation son action effective dans la forme d'occupation ou autre prise de garantie, l'Angleterre se déclare dès maintenant prête à s'associer à l'Allemagne après accord formel et préalable, pour appuyer l'action de l'Italie dans le sens ci-dessus indiqué.

3. Les trois Puissances alliées appuieront en toute occasion l'œuvre de l'Angleterre en Egypte.

4. Si la France faisait acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, ou si elle voulait troubler l'œuvre de l'Angleterre en Egypte, la tentative de la France serait par l'Allemagne, l'Italie et l'Angleterre considérée comme portant atteinte à leurs intérêts communs. Si l'une d'elles prenait, en pareil cas, l'initiative d'une action militaire, les deux autres, après accord formel et préalable, appuieraient militairement cette action*.

5. Les quatre Puissances s'échangent dès maintenant, et sauf accord préalable et formel en temps opportun, une déclaration analogue pour le cas où l'aggression de la France se produirait en Europe contre l'une d'elles.

Le soussigné Ministre des Affaires Etrangères (ou autre titre) de... adresse la présente note à l'Ambassadeur de Sa Majesté le...

---

* Im wesentlichen entsprechen Artikel 1, 2 und 4 des Rudinischen Entwurfs dem Artikel IX des Dreibundvertrages vom 6. Mai 1891. Vgl. Bd. VII, Nr. 1426.

en constatant que les cinq points ci-dessus énumérés constituent pour la conduite et attitudes éventuelles de son propre gouvernement une règle indéclinable.

Nr. 1715

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 159 Rom, den 27. Mai 1891
Geheim

Nachdem Marquis di Rudini den in meinem gehorsamsten Berichte Nr. 158 vom 25. d. Mts. beigefügten Entwurf zu einem Notenaustausche der drei alliierten Mächte mit Lord Salisbury*, betreffend die Anknüpfung engerer Beziehungen Italiens zu England, zurückgezogen hatte, hat er mir heute einen neuen Entwurf zu einem Notenaustausch nur zwischen ihm und Lord Salisbury übergeben, welchen ich anliegend Euerer Exzellenz gehorsamst einzureichen mich beehre. Der neue Entwurf präzisiert und erweitert die in den Noten vom 12. Februar 1887 enthaltenen Punkte und vermeidet die in dem ersten mir vorgestern übergebenen Entwurfe enthaltenen Schärfen.

Marquis Rudini trägt mir auf, an Euere Exzellenz die Bitte zu richten, das Notenprojekt dem kaiserlichen Botschafter Grafen Hatzfeldt behufs Verhandlung mit Lord Salisbury geneigtest übermitteln zu wollen. Der Ministerpräsident wird dem Grafen Tornielli nicht eher Mitteilung von der Angelegenheit machen, als bis die Bemühungen des Grafen Hatzfeldt zu einem Resultate geführt haben werden und der offizielle Weg beschritten werden kann. Dem Grafen Launay dagegen wird Marquis Rudini von der Sache im strengsten Vertrauen Kenntnis geben; Graf Launay steht mit Graf Tornielli nicht in Verbindung.

Den schließlichen Notenaustausch würde Marquis Rudini gern mit Lord Dufferin vornehmen, fürchtet jedoch, daß derselbe zu der Zeit bereits seinen Urlaub angetreten haben wird.

Dem Marquis Rudini würde es sehr erwünscht sein, wenn er es ermöglichen könnte, nach Abschluß des Abkommens mit Lord Salisbury eine Zusammenkunft des Königs mit Ihrer Majestät der Königin von England oder mit dem Prinzen von Wales herbeizuführen, um das intimere Verhältnis Italiens zu England auch äußerlich erkennbar zu machen. Dies würde nach Ansicht des Marquis Rudini dazu beitragen, den Dreibund dem italienischen Volke noch populärer zu machen.

Graf Solms

---

* Siehe Nr. 1714, Anlage.

Anlage

Projet de Note (Lord Salisbury au Comte Tornielli)

Reinschrift

N. B. Une note identique serait adressée par le Marquis de Rudini à Lord Dufferin.

Les Notes échangées à Londres le 12 et à Vienne le 16 décembre 1887 entre l'Angleterre, l'Italie et l'Autriche-Hongrie règlent en termes pratiques l'attitude et la ligne de conduite que ces trois Puissances ont adoptées pour le présent comme pour les éventualités de l'avenir au sujet des questions se rattachant à la situation de l'Empire ottoman.

Le Cabinet de Rome ayant appelé l'attention du Cabinet de Londres sur l'avantage, qu'il y aurait également à compléter et à mieux préciser dans un intérêt de sécurité et d'équilibre les énonciations concernant le bassin central et occidental de la Méditerranée, telles qu'elles se trouvent consignées dans les Notes échangées à Londres le 12 février 1887 entre l'Angleterre et l'Italie, avec adhésion subséquente de l'Autriche-Hongrie, les pourparlers qui s'en sont suivi ont abouti à une entente parfaite, dont voici les points essentiels:

1. — Les deux Puissances voueront tous leurs efforts au maintien du status quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée à savoir la Cyrénaïque, la Tripolitaine, la Tunisie et le Maroc. Les Représentants des deux Puissances dans ces régions auront pour instruction de se tenir dans la plus étroite intimité de communications et assistance mutuelles;

2. — Si, le maintien du status quo devenant malheureusement impossible, l'Italie devait entreprendre dans ces régions, en vue d'un intérêt d'equilibre et de juste compensation, une action effective sous la forme d'occupation ou autre prise de garantie, l'Angleterre se déclare, dès maintenant, prête à appuyer l'action de l'Italie dans le sens ci-dessus indiqué;

3. — L'Italie, à son tour, appuiera en toute occasion l'œuvre de l'Angleterre en Egypte;

4. — Si la France faisait acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, la tentative de la France serait considérée par l'Angleterre et l'Italie comme portant atteinte à leurs intérêts communs. Si l'Italie prenait, en pareil cas, l'initiative d'une action militaire, l'Angleterre, après accord formel et préalable, lui prêterait sa coopération effective;

5. — Il en serait de même dans le cas où l'aggression de la France contre l'Italie se produirait sur le territoire même du Royaume.

En constatant que les cinq points ci-dessus énumérés constituent pour les deux Gouvernements une règle de conduite et d'attitude éventuelles, le soussigné saisit etc.

Nr. 1716

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 392 Berlin, den 30. Mai 1891

Ew. beehre ich mich, in der Anlage zwei Berichte des Grafen Solms nebst zwei Entwürfen für eine italienisch-englische Verständigung* abschriftlich zu übersenden mit dem Anheimstellen, die Angelegenheit in der Ihnen geeignet scheinenden Weise bei Lord Salisbury zur Sprache zu bringen.

Von Interesse wird es auch sein, hier zu erfahren, ob Lord Salisbury der Versetzung des Grafen Tornielli entgegen ist, um Aufsehen zu vermeiden, oder weil er zu der Persönlichkeit des italienischen Botschafters neuerdings Vertrauen gefaßt hat.

Marschall

Nr. 1717

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 London, den 1. Juni 1891
Geheim

Erlaß Nr. 392** erhalten und werde Lord Salisbury voraussichtlich übermorgen sehen. Falls ich keine andere Weisung erhalte, beabsichtige ich, je nach Umständen die fragliche Redaktion zunächst als meine eigene zu bezeichnen und mich dabei nur auf meine allgemeine Kenntnis der Wünsche Italiens zu berufen. Unter dieser Voraussetzung wird der Premierminister voraussichtlich den Vorschlag unbefangener und offener mit mir besprechen, während die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen ist, daß er einem offiziellen italienischen Text gegenüber sich jeder vertraulichen Äußerung enthalten und auf die Notwendigkeit berufen würde, einen so wichtigen Vorschlag zunächst im Ministerrat zur Sprache zu bringen.

Es erscheint mir dringend wünschenswert, falls Euere Exzellenz einverstanden sind, daß meine Auffassung auch baldigst zur Kenntnis des Herrn Rudini gelange, damit nicht etwa durch Lord Dufferin oder sonst eine widersprechende Äußerung hierher gelangt.

Es ist auch dringend notwendig, daß Herr Rudini nicht drängt, sondern mir die Wahl des geeigneten Moments zur Besprechung hier

---

* Siehe Nr. 1714 f. nebst Anlagen.
** Siehe Nr. 1716.

überläßt. Nach meiner Kenntnis von Lord Salisburys Eigentümlichkeiten muß ich im Interesse der Sache den Augenblick abwarten, wo er freie Zeit hat und zur Besprechung allgemein politischer Fragen geneigt ist.

Hatzfeldt

Nr. 1718

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 316 London, den 3. Juni 1891

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses interpellierte Mr. Labouchère den Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten bezüglich einer Rede des italienischen Deputierten Chiala, welche dieser am 14. v. Mts. im italienischen Parlament zugunsten der Erneuerung der Tripelallianz gehalten habe. Herr Chiala habe die Aufmerksamkeit der Kammer darauf gerichtet, daß im Jahre 1887 zwischen England und Italien zur Wahrung der italienischen Interessen, welche sich mit den englischen zugestandenermaßen deckten, Vereinbarungen von solcher Wichtigkeit getroffen worden seien, daß im Ministerrat Herr Depretis* erklärt habe, kein Ministerium habe jemals gehofft, das zu erreichen, was Graf Robilant erreicht habe. Herr Depretis habe hinzugesetzt, daß jetzt Italiens Stellung zu Land und Wasser gesichert sei, und daß, solange der enge Zusammenhang Italiens und Englands mit den Zentralmächten bestände, Frankreich, selbst wenn es auf Rußland zählen könne, nicht leicht einen Eroberungskrieg beginnen könne. Herr Labouchère wünschte zu wissen, ob Signor Chialas Ausführungen über die zwischen Italien und England im Jahre 1887 geschlossenen Vereinbarungen begründet seien, ob letztere wirklich derartige seien, daß sie die von Herrn Chiala gezogenen Konsequenzen rechtfertigten, und ob im bejahenden Falle die Regierung dem Hause genaue Auskunft über die Italien im Jahre 1887 gemachten Zusicherungen geben würde.

Der Unterstaatssekretär Sir James Fergusson erwiderte, daß die von Herrn Labouchère gestellten Fragen im Jahre 1888 bei Gelegenheit eines Antrages zu einer Adresse und im Juli des folgenden Jahres im Parlament bereits genau erörtert worden seien, und daß die Regierung ihren damals gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen habe, da sich die politische Lage seitdem nicht verändert habe**.

Herr Labouchère fragte alsdann, ob die Regierung damit zu verstehen geben wolle, daß die Ausführungen des Deputierten Chiala

---

* Seit 4. April 1887 Minister des Äußern, als Nachfolger Graf Robilants, der das Abkommen vom 12. Februar 1887 mit England abgeschlossen hatte; † 29. Juli 1887.
** Vgl. Bd. IV, Nr. 941.

jeder Unterlage entbehrten; Sir James Fergusson verneinte dies und verwies Herrn Labouchère nochmals auf die früheren Verhandlungen im Hause.

P. Hatzfeldt

Nr. 1719

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 325 London, den 5. Juni 1891

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte der parlamentarische Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Sir James Fergusson, auf eine Interpellation des Mr. Labouchère wegen Veröffentlichung aller Schriftstücke, welche zwischen der englischen und italienischen Regierung in bezug auf die Tripelallianz seit 1887 ausgetauscht wurden, es sei, wie schon früher bemerkt, nicht möglich, einen Schriftwechsel, welcher zwischen Ihrer Majestät Regierung und auswärtigen Ländern zu einer Zeit, wo die europäische Lage eine ziemlich kritische gewesen sei, stattgefunden habe, zu veröffentlichen, ohne England eines für die Erhaltung des Friedens günstigen Einflusses zu berauben. Er wiederhole bei dieser Gelegenheit, Ihrer Majestät Regierung sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen, welche die Armee oder die Flotte Englands an irgendeine andere Macht binden. Die Regierung habe sich in allen nur denkbaren Verhältnissen ihre volle Freiheit der Beschlußfassung und der Handlung vorbehalten. Italienische Staatsmänner wüßten genau, daß Ihrer Majestät Regierung mit ihnen darin übereinstimme, die bestehenden Verhältnisse im Mittelländischen Meere sowie in den angrenzenden Gewässern aufrechtzuerhalten, und daß Englands Sympathien auf der Seite derer sein würden, welche die bestehenden Verhältnisse, die für die britischen Interessen von so hohem Werte seien, aufrechterhalten würden.

P. Hatzfeldt

Nr. 1720

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 149 London, den 6. Juni 1891
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 146*.

In letzter vertraulicher Unterhaltung zeigte Lord Salisbury dasselbe politische Wohlwollen für Italien, blieb auch dabei, daß er meine

---

* Siehe Nr. 1717.

demnächstigen Redaktionsvorschläge prüfen und mit mir diskutieren wolle, bat mich aber mit Rücksicht auf die durch die letzten Interpellationen* in der hiesigen Kammer gerade jetzt vermehrte Ängstlichkeit seiner Kollegen mit der Sache noch etwas zu warten.

Um nicht durch Drängen Verstimmung oder Mißtrauen zu erregen, bin ich bereitwillig auf seinen Wunsch eingegangen, werde aber in etwa 14 Tagen, oder doch sobald ich den Eindruck habe, daß die Nachwirkungen der fraglichen Interpellationen überwunden sind, die Frage wieder anregen. Auffallend war mir eine streng vertrauliche Äußerung des Premierministers, wonach er die Angaben der französischen Presse bezüglich der dem König von Italien zugeschriebenen Mitteilung an den Prinzen Napoleon** nicht für unbegründet hält und dieselbe dem damaligen Wunsch des Königs zuschreibt, Frankreich von einer etwa geplanten Aggression gegen Italien abzuschrecken.

Hatzfeldt

Nr. 1721

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Paris, den 7. Juni 1891

Herr Ribot hat italienischen Botschafter auf die Enthüllungen des Prinzen Bonaparte*** angeredet und dabei bemerkt, daß ihm schon früher solche Nachrichten zugekommen seien und er daran glaube. Menabrea hat darauf geantwortet: Ob durch die indiskreten Enthüllungen die Worte des Königs richtig wiedergegeben seien, wisse er nicht, auch nicht, ob schriftliche Abmachungen existieren; das sei

---

* Vgl. Nr. 1718 und Nr. 1719.

** Am 3. Juni hatte der „Figaro" unter der Überschrift „Quadrupelalliance" einen Brief des französischen Deputierten Millevoye an das Mitglied des englischen Unterhauses Labouchère veröffentlicht, der diesem neue Unterlagen für seine indiskreten parlamentarischen Anfragen liefern sollte. Der Brief gab Äußerungen wieder, die König Humbert von Italien vor einiger Zeit zu dem im März 1891 verstorbenen Prinzen Jérome Napoleon über die Natur der englisch-italienischen Engagements gemacht haben sollte. Darnach hätte König Humbert u. a. gesagt: „Je n'ai rien à craindre pour la sécurité des côtes italiennes. J'ai du cabinet de Saint-James la promesse formelle que la flotte anglaise se joindra à la mienne, le cas échéant, pour couvrir l'Italie contre toute opération maritime." Und weiter: „Je n'ai pas à vous en dire davantage. Ce que je puis vous affirmer, c'est que les gouvernements anglais et italien ont échangé des dépêches qui contiennent des engagements précis; et j'ai pleine confiance dans la parole écrite du gouvernement anglais."

*** Siehe die voraufgehende Fußnote.

auch gleichgültig, denn falls Frankreich versuche, das Gleichgewicht in dem Mittelländischen Meer zu stören, so würden auch ohne solche Abmachungen die englische und italienische Flotte sich zusammenfinden.

Herr Ribot ist über diese energische Antwort sehr verstimmt.

Münster

Nr. 1722

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 340 London, den 8. Juni 1891
Geheim

pp. Im Laufe unserer Unterhaltung war von der anscheinend jetzt in Petersburg eingetretenen Auffassung die Rede gewesen, daß Rußland keiner förmlichen Allianz mit Frankreich bedürfe und darauf hinzielende Vorschläge jetzt ablehnen könne, weil die militärische Unterstützung Frankreichs ihm doch eintretendenfalls gewiß sein würde. Lord Salisbury bemerkte, als wir später über den „Standard"-Artikel* sprachen, wobei von den russisch-französischen Beziehungen gar nicht mehr die Rede war, daß die Situation mit Bezug auf England und Italien eine ganz analoge sei, weil Italien auf den Schutz Englands bei gewissen Eventualitäten doch rechnen könne, wenn auch gar keine Abmachungen vorhanden wären.

Ohne Initiative meinerseits knüpfte sich hieran eine kurze Besprechung der Frage, ob und wie weit unter diesen Umständen Lord Salisbury auf den italienischen Wunsch eingehen könne, sich bei einem etwaigen neuen Notenaustausch über die von ihm Italien gegenüber beabsichtigte Politik deutlicher auszusprechen. Ich beschränkte mich dabei auf die Bemerkung, daß ich mir die Frage, seitdem wir zu-

* Am 4. Juni hatte der „Standard" aus Anlaß der Millevoyeschen Enthüllungen einen großen Artikel über die englisch-italienischen Beziehungen gebracht, der in die These auslief, daß zwar bindende Engagements nicht beständen, daß aber England kraft eines instinktiven Triebs der Selbsterhaltung sich an die Seite Italiens gesellen müsse und werde, falls dieses von Frankreich angegriffen werden sollte. In dem Artikel kam eine ausgesprochene Hinneigung zu dem Dreibunde als zu einem Friedensbunde zur Geltung: „The Triple Alliance, it cannot be too often repeated, is a defensive Compact, and a defensive Compact only." Kaiser Wilhelm II. bemerkte zu dem Artikel: „sehr gut" und „bravo"! Er schien auch dem Auswärtigen Amt bedeutungsvoll genug, um beim Grafen Hatzfeldt anzufragen (Erlaß vom 6. Juni), welche Beurteilung er bei der übrigen Presse gefunden habe. Nach Hatzfeldts Antwort vom 6. Juni hätte indessen der Artikel keine starke Resonanz gefunden.

letzt darüber gesprochen, vielfach überlegt hätte und eventuell, wenn es ihm einmal paßte, auch in der Lage sein würde, ihm meine Gedanken darüber mitzuteilen. Aus seinen Äußerungen darüber ergab sich, daß er für den Fall einer neuen Redaktion in derselben gewisse Vorbehalte immer für nötig erachten wird, um sich einerseits hier gegen den späteren möglichen Vorwurf zu decken, als ob er bestimmte und zu weitgehende Verpflichtungen für England übernommen habe, andererseits aber auch gegen die Möglichkeit, daß Italien durch die hier übernommenen Verpflichtungen ermuntert würde, einen Konflikt in leichtsinniger Weise mit seinen Nachbarn zu provozieren, während der englischen Regierung durch diese Verpflichtungen die Hände gebunden wären und sie blindlings in diesen Konflikt hineingezogen werden würde.

In dieser Hinsicht möchte ich schon jetzt gehorsamst darauf aufmerksam machen, daß die mir mit dem hohen Erlasse übersandte zweite Redaktion* einige Bestimmungen enthält, welche, wenn sie hier angenommen würden, die englische Regierung unzweifelhaft dieser Gefahr aussetzen und daher nach meiner Überzeugung hier schwerlich angenommen würden. Ich darf mir vorbehalten, da durch die eingetretene Vertagung der ganzen Frage auch Zeit geboten ist, demnächst darauf eingehender zurückzukommen und die Punkte der italienischen Redaktion genauer zu bezeichnen, welche nach meiner Auffassung modifiziert werden müssen, ehe ich einen entsprechenden Vorschlag hier formuliere, um nicht von vornherein einen ungünstigen Eindruck hervorzurufen, der das Ganze in Frage stellen könnte.

Am Schluß unserer Unterhaltung bat mich Lord Salisbury aus den Euerer Exzellenz bereits bekannten Gründen mit der ganzen Sache noch etwas zu warten, und ich glaube, auf Euerer Exzellenz Zustimmung rechnen zu dürfen, indem ich mit Bereitwilligkeit auf diesen Wunsch einging. Es würde, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, Lord Salisbury mißtrauisch gemacht haben, wenn ich in diesem Augenblicke hätte drängen oder auch nur auf eine beschleunigte Erörterung der speziellen Fragen hätte insistieren wollen, und es ist mir auch nicht zweifelhaft, daß seine Angabe über die vermehrte Ängstlichkeit seiner Kollegen begründet ist, mein etwaiges Drängen also auch für den Augenblick erfolglos geblieben wäre. Es wird mir aber bei meinen fortlaufenden und vertraulichen Beziehungen zu ihm nicht schwer werden, mir darüber Klarheit zu verschaffen, wann der Eindruck der Labouchèreschen Interpellation etwas mehr verwischt und der geeignete Augenblick zur Wiederaufnahme der betreffenden Verhandlungen gekommen sein wird, und ich werde dann nicht unterlassen, diesen Augenblick in geeigneter Weise zu benutzen.

P. Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 1715, Anlage.

Nr. 1723

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 172 Wien, den 10. Juni 1891

Geheim

Die Erklärungen, welche Herr Fergusson im englischen Unterhause infolge der Interpellation des Herrn Labouchère über Englands Politik gegenüber Italien abgegeben hat, haben den Grafen Kálnoky sehr befriedigt und beabsichtigte er, dies sowohl dem hiesigen englischen Botschafter*, als auch direkt in London dem Lord Salisbury auszusprechen.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, war Marquis Rudini nach erfolgter Erneuerung unserer Verträge immer noch besorgt, weil er wünschte, die darin befindliche Lücke möchte durch England ausgefüllt werden. Er hatte daher den Grafen Kálnoky wiederholt bitten lassen, er möchte den englischen Premier zu einer Erklärung zu bringen suchen, die Englands Interesse an der Erhaltung des status quo im Mittelmeer in einer möglichst bindenden Weise ausspräche.

Graf Kálnoky war auch nicht abgeneigt, einen solchen Schritt zu tun. Er zweifelte nicht an den Gesinnungen Lord Salisburys, wohl aber an der Möglichkeit, daß der Premier in der Lage sein würde, den italienischen Minister vollkommen zu befriedigen.

Diesem Übelstand ist nun nach Ansicht des Grafen Kálnoky durch die Erklärungen Herrn Fergussons vollständig abgeholfen worden. Das, was Lord Salisbury im besten Falle in camera caritatis hätte aussprechen können, sei nun öffentlich erklärt worden; hierdurch habe die Politik, die das konservative Kabinett im Mittelmeer zu befolgen gedenke, gewissermaßen schon die Sanktion des Parlaments erhalten. Diese Politik würde daher auch noch über die Existenz Lord Salisburys hinaus dauern. Hierdurch sei den Italienern eine große Sicherheit und Beruhigung für die Zukunft gegeben; andererseits wüßten aber die Franzosen nunmehr genau, auf was sie zu rechnen oder vielmehr, auf was sie nicht zu rechnen haben würden, wenn es ihnen einfallen sollte, den status quo im Mittelmeer (welches Fergusson nicht limitiert hat) zu stören.

Daß diese Gewißheit in Paris verstimmt, wie auch Graf Münster meldet**, scheint dem Grafen Kálnoky begreiflich; er ist aber der Ansicht, daß es für den Frieden weit nützlicher ist, wenn man in Paris klar sähe, als daß man sich Illusionen über die Haltung Englands hingäbe.

Mein französischer Kollege***, den ich gestern im Wartezimmer des

---

* Sir A. R. Paget.

** Vgl. Nr. 1721.

*** Decrais.

Ministers antraf, sprach mir von der Sache, und ich erlaubte mir, die vorstehende Ansicht als meine persönliche auszusprechen. Er war offenbar ebenso unmutig, wie sein Minister Ribot dies Herrn Menàbrea gegenüber kundgegeben hat. Aber er gab mir schließlich doch recht, daß es in der Politik besser für alle Teile wäre, klar zu sehen, als im Finstern zu tappen.

Herr Decrais vertraute mir übrigens an, wie er überzeugt wäre, daß die Enthüllungen des Herrn Millevoyes auf Wahrheit beruhten. Er kenne den König Humbert genau, erkenne auch gern seine vortrefflichen Eigenschaften an. Aber Seine Majestät sei „un peu Gascon et hâbleur" und sagte oft Dinge, wie er, Decrais, aus eigener Erfahrung wisse, die er besser für sich behalten würde; daß er dem Prinzen Napoleon gegenüber sich der englischen Hülfe gerühmt, sei gar nicht zu verwundern, wenn es auch noch so unwahrscheinlich erscheine.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1724

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall, z. Z. in Windsor Castle*

Reinschrift

Windsor Castle, den 6. Juli 1891

pp. Lord Salisbury kam dann auf Italien zu sprechen und gab neben warmem Lob für Rudini auch seinem scharfen Tadel gegen Crispi Ausdruck, der ihm offenbar in seinem ganzen Wesen zuwider war. Er lobte die maßvolle, staatsmännische Art Rudinis, seine verständige und würdige Haltung gegen Frankreich und schien besonders froh darüber, daß die question de Bizerte** begraben ist. Ich stimmte in diese Darlegungen durchaus ein und zog aus der gegenwärtigen, für den Zusammenhalt der Zentralmächte und damit für den Weltfrieden überaus günstigen Haltung des italienischen Kabinetts den Schluß, daß man wohl daran tun werde, dieses Kabinett nach Kräften zu unterstützen: dabei sprach ich meine Befriedigung über die einmütige Haltung der englischen Presse aus Anlaß der Enthüllungen des Mr. Millevoye*** aus und betonte, einen wie günstigen Eindruck diese Haltung in Italien hervorgerufen habe. Lord Salisbury sprach seine

* Gelegentlich der Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. in England (4.—13. Juli) hatte Staatssekretär Freiherr von Marschall eine eingehende Aussprache mit Lord Salisbury über die aktuellen Fragen der hohen Politik. Aus der ausführlichen Aufzeichnung darüber, die ihrem Hauptteil nach an anderer Stelle (Bd. IX, Nr. 2112) zum Abdruck gelangt, seien hier die Äußerungen des englischen Premiers über Italien und Frankreich wiedergegeben.

** Vgl. Bd. VII, Nr. 1395.

*** Vgl. Nr. 1720, Fußnote **.

Bereitwilligkeit aus, das Kabinett Rudini zu unterstützen, und ging demnächst — da ich diesen Punkt absichtlich nicht weiter verfolgte — auf die italienisch-französischen Beziehungen über, wobei er den gegenwärtigen französischen Botschafter in Rom, M. Billot, einen ungeschickten Diplomaten nannte. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem für Humor sehr empfänglichen Premier einige Proben der Geschicklichkeit der französischen Diplomaten, speziell des Herrn Ribot, in der Behandlung Italiens zum besten zu geben. Lord Salisbury schien ebenfalls eine sehr geringe Idee von M. Ribot zu haben; er erzählte, daß er jüngst mit Frankreich einen modus vivendi über die Frage der Neufundländer Fischerei verabredet habe, der englischerseits gewisse Durchführungsbestimmungen voraussetze; nun verlange M. Ribot, daß die englische Regierung diese Bestimmungen vor ihrer Publikation der französischen Regierung zur Prüfung mitteile; das sei mehr das Verlangen eines „légiste et avocat“ als eines Diplomaten. —

Sehr schien sich Lord Salisbury für das russisch-französische Verhältnis, speziell für die Stellung des Zaren zu Frankreich zu interessieren; er glaubte in der Lethargie des russischen Kaisers eine starke Friedensgarantie zu finden. Ich bemerkte, daß neben dieser Lethargie vielleicht auch der Glaube des Kaisers, von der Vorsehung zum Verbreiter des orthodoxen Glaubens auserlesen zu sein, eine gewisse Friedensgewähr biete, so traurig die Folgen für die betroffenen Andersgläubigen seien. Ein Punkt, bei dem man unter Umständen bei dem Zaren erfolgreich einsetzen könne, sei das monarchische Interesse, was Lord Salisbury mit dem Bemerken bestätigte, daß die russische Regierung sich jüngst, zwar mit der gebührenden Rücksicht gegen England, aber doch sehr entschieden für die Erhaltung der portugiesischen Monarchie verwendet habe.

Zu der französischen Politik zurückkehrend kam Lord Salisbury auf französische Aspirationen in Marokko* zu sprechen, die, wie mir schien, ihn etwas beunruhigten; er erwähnte neue Abgrenzungen, die Besitznahme von Oasen und die Anlegung von Wegen und meinte dann, daß Spanien wenigstens unter dem früheren Minister Moret bereit gewesen sei, sich mit Frankreich wegen einer Teilung von Marokko zu verständigen. Ich erwiderte, daß wir bezüglich französischer Aspirationen im Hinterlande von Marokko ähnliche Informationen hätten; irgendein direktes Interesse bestehe für uns in jenen Gegenden nicht; unsere diplomatische Unterstützung stehe also unseren Freunden zu Gebote, und wir würden uns lebhaft freuen, wenn England dort Hand in Hand mit Spanien und Italien gehe. Lord Salisbury bemerkte hierzu, daß die Italiener sich in Marokko nicht gut benähmen; er wolle der italienischen Regierung keinen Vorwurf machen; aber die Haltung des italienischen Konsuls daselbst gebe ihm Anlaß zu Klagen. pp.

Marschall

* Vgl. darüber Kap. LIII, C.

Nr. 1725

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 410 London, den 11. Juli 1891

Bei Gelegenheit der Debatte wegen des Budgets für das Foreign Office griffen einige Redner der Opposition wiederum die Regierung wegen ihrer Stellungnahme zum Dreibund an.

Der Abgeordnete Mr. Labouchère protestierte dagegen, daß in Italien noch länger die Illusion genährt werde, Lord Salisburys Erklärungen seien auch für seine Nachfolger bindend. Die Wähler müßten notwendig davon überzeugt werden, daß Lord Salisbury, wenn bei einer Neuwahl die Konservativen am Ruder blieben, England in einen kontinentalen Krieg verwickeln würde.

Der parlamentarische Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Sir James Fergusson, erwiderte hierauf, er habe wiederholt erklärt, daß die sogenannte geheime Verständigung zwischen England und Italien lediglich in einem Austausch von Ansichten bestehe, welche sich auf die Erhaltung des europäischen Friedens und des status quo im Mittelmeer bezögen. Sir James Fergusson wies die Behauptung Mr. Labouchères, daß England in irgendeiner Verbindung mit dem Dreibunde stünde, entschieden zurück, ebenso wie die Bemerkung des Abgeordneten, daß bei einem deutsch-französischen Kriege Englands Sympathien auf der Seite Frankreichs sein würden. Die guten Beziehungen, welche immer zwischen England und Frankreich bestanden hätten, seien durch die Politik der Regierung keineswegs verändert worden. Englands Sympathien seien aber auf Seite der Mächte anzutreffen, die den Frieden zu erhalten strebten und die internationalen Verträge rückhaltlos anerkennten.

Den der „Times" entnommenen Wortlaut der Debatte beehre ich mich in der Anlage gehorsamst einzureichen.

Im Auftrage des Kaiserlichen Botschafters

P. Metternich

Nr. 1726

Der Geschäftsträger in Petersburg Alfred von Bülow an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 229 St. Petersburg, den 19. Juli 1891
Vertraulich

Euerer Exzellenz hatte ich die Ehre, unter dem 9. d. Mts. (Bericht Nr. 220) zu melden, daß man sich in hiesigen maßgebenden

Kreisen in einer empfindlichen, im ganzen aber doch maßvollen Weise über die Erneuerung des Dreibundes äußerte.

Seitdem machte ich häufiger die Beobachtung, daß sich hinter einer nach außen hin ruhigen Beurteilung der Sachlage doch ein Gefühl der Besorgnis besonders im Hinblick auf das Verhältnis Großbritanniens zum Dreibund verborgen hielt. Die Besuche, welche Seine Majestät der Kaiser von Österreich, sowie seine Majestät der König von Italien dem englischen Geschwader in Fiume bzw. Venedig* abstatteten, die Begeisterung, mit welcher Seine Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, auf englischem Boden empfangen wurde**, in Verbindung mit der laut und freudig verkündigten und erörterten Erneuerung der Tripelallianz haben hier Befürchtungen und allerhand weitgehende Vermutungen über Abmachungen zwischen der großbritannischen und italienischen Regierung wachgerufen***.

Ich vermied es, mit dem Adjoint des Ministers des Äußern über die für Rußland peinlichen Ereignisse zu sprechen. Der hiesige italienische Botschafter, Baron Marochetti, war aber — wie er mir ganz vertraulich mitteilte — offenherzig genug, um Herrn Schischkin auseinanderzusetzen, welche Vorteile die Erneuerung des Friedensbundes indirekt auch für Rußland habe. Der Adjoint des Ministers hat daraufhin in etwas verletzter Weise die vom Baron Marochetti geäußerte Auffassung der Sachlage zurückgewiesen und demselben zu verstehen gegeben, daß der nunmehr erneuerte Dreibund einen für Rußland bedrohlicheren Charakter annehme[1].

Etwas später, so erzählte mir der italienische Botschafter vertraulich weiter, wäre ihm der von Herrn Schischkin kommende französische Geschäftsträger Graf Vauvineux begegnet. Von letzterem sei

---

* Am 6. Juli weilte König Humbert in Venedig aus Anlaß des Stapellaufs der „Sicilia". Er stattete bei dieser Gelegenheit der englischen Mittelmeerflotte einen Besuch ab, bei dem von seiten des englischen Admirals die „intimen und herzlichen Beziehungen zwischen Italien und England" gefeiert wurden. Schon vorher hatte am 23. Juni Kaiser Franz Joseph die englische Flotte in Fiume begrüßt.

** Nachdem Kaiser Wilhelm II. schon in den Jahren 1889 und 1890 dem englischen Hofe zweimal Besuche abgestattet hatte, erfolgte während des neuen Aufenthalts des Kaiserpaars in England zum ersten Male ein offizieller Besuch in der Hauptstadt des Landes. Gelegentlich eines dem Kaiser in der Guildhall gegebenen Frühstücks erwiderte dieser auf einen Toast des Lordmayors mit einer englischen Ansprache, in der es u. a. hieß: „Dem Beispiele Meines Großvaters und unvergeßlichen Vaters folgend, werde Ich stets, soweit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche, wie Eure Herrlichkeit erwähnte, man so oft nebeneinander gesehen zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit." Am 12. Juli weilte das deutsche Kaiserpaar auch bei dem englischen Premierminister Lord Salisbury in Hatfield zu Besuch. Nach — irrigen — Zeitungsmeldungen wäre in Hatfield, wohin der Kaiser von dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall begleitet wurde, ein Protokoll ausgefertigt worden, das die Identität der Interessen des Dreibundes mit denjenigen Englands feststellte.

*** Vgl. Bd. VII, Nr. 1507.

ihm des weiteren bestätigt worden, daß das Einverständnis (les bons accords) Italiens und Englands auch hier Besorgnisse einflöße.

„Et quant à l'empereur Alexandre," so habe Graf Vauvineux versichert, „il voit rouge."

In letzter Zeit haben übrigens der so friedliche Inhalt der Rede, welche Seine Majestät der Kaiser und König bei Gelegenheit des Cityfestes in der Guildhall zu London gehalten, sowie die auf den Dreibund bezüglichen im englischen Parlament abgegebenen Erklärungen des Unterstaatssekretärs Fergusson* die hiesigen maßgebenden Kreise wesentlich beruhigt.

Was die russische Presse betrifft, so fährt dieselbe fort, die Notwendigkeit eines formellen Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich zu predigen. Die morganatische Ehe zwischen beiden Staaten müsse aufhören, erklären die „St. Peterburgski Wedomosti", und durch eine ebenbürtige gleichberechtigte Ehe ersetzt werden.

A. v. Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na da bitt' ich!

Nr. 1727

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Privatbrief. Ausfertigung.

London, den 21. Juli 1891

pp. Die Aufnahme, welche das hiesige Publikum aller Klassen Seiner Majestät bereitet hat, ist, wie Euere Exzellenz wissen, eine durchaus befriedigende gewesen und hat, wie ich hinzufügen darf, meine Erwartungen sogar übertroffen. Um dies richtig zu beurteilen, muß die Tatsache in Rechnung gezogen werden, daß die Presse, zum großen Teil auch die englische, sich seit mehreren Jahren mit Erfolg bemüht hatte, die hiesige öffentliche Meinung in bezug auf die politischen Tendenzen Seiner Majestät und andere Fragen mehr persönlicher Natur vollständig irre zu leiten. Dies war auch, wie ich hier bemerken darf, der Grund, weshalb ich in den beiden letzten Jahren dem Drängen einiger hochgestellter hiesiger Persönlichkeiten gegenüber glaubte ablehnen zu müssen, schon damals einen offiziellen allerhöchsten Besuch der Hauptstadt zu befürworten. Ich habe kürzlich noch, vor der Abreise Seiner Majestät des Kaisers von hier, Gelegenheit gehabt, mich vor allerhöchstdemselben über diese Frage offen auszusprechen, und hatte dabei die von mir nicht hoch genug an-

---

* Vgl. Nr. 1719, 1725.

zuschlagende Befriedigung, daß Seine Majestät meine Auffassung als vollständig begründet anerkannte und gleichzeitig die vollste Genugtuung über den warmen Empfang des hiesigen Publikums ausdrückte.

Wenn man auch die politische Tragweite dieses Empfangs durch das englische Publikum nicht überschätzen und auch nicht daraus schließen darf, daß die öffentliche Meinung deshalb nunmehr einem aktiven Eintreten der englischen Politik für die Interessen der Tripelallianz ohne weiteres zustimmen würde, so bleibt immer die erfreuliche Tatsache bestehen, daß ein englisches Kabinett, welches, wie das jetzige, den Vorteil des Landes in der Unterstützung der Friedenspolitik der drei Mächte erblickt, vorkommendenfalls nicht mehr in dem bisherigen Maße durch persönliche Vorurteile des hiesigen Publikums und durch die Besorgnis der öffentlichen Meinung gehemmt sein wird, daß England durch freundschaftliche Beziehungen mit uns in kriegerische Abenteuer verwickelt werden könnte.

Noch kurz vor dem Eintreffen Seiner Majestät habe ich zu der Beobachtung Gelegenheit gehabt, daß selbst Lord Salisbury von der doppelten Sorge nicht ganz frei war, einmal, daß doch während des Besuchs der Versuch gemacht werden könnte, ihn zu irgendwelchen Engagements für die Zukunft zu drängen, namentlich aber, daß in der öffentlichen Meinung der Verdacht erweckt und durch die Feinde der Regierung ausgebeutet werden könnte, als ob bei dieser Gelegenheit politische Verabredungen getroffen worden wären. Wenn ich ihm dies auch schon vorher bis zu einem gewissen Grade ausgeredet hatte, so ist es doch dem wohlüberlegten und in der geschicktesten Weise durchgeführten Auftreten Seiner Majestät ihm gegenüber vorbehalten geblieben, den Minister von jener Besorgnis, soviel davon noch übrig sein konnte, vollständig zu befreien. Schon in Windsor hatte mir der Kaiser in einer von allerhöchstdemselben befohlenen Unterredung mit mir, in welcher fast alle aktuellen Fragen der europäischen Politik zur Sprache kamen, die bestimmte Absicht ausgesprochen, in seinen Besprechungen mit Lord Salisbury vor allem den Eindruck zu vermeiden, als ob Seine Majestät den englischen Premierminister zu diplomatischen Schritten nach irgendeiner Richtung drängen oder irgendwelche Zusicherungen auf diesem Gebiete von ihm erwirken wolle. Ich darf hierbei nicht unerwähnt lassen, daß ich auf die Frage Seiner Majestät, ob und welche Fragen ich ihm zur Besprechung mit Lord Salisbury besonders empfehlen würde, mir die Erwiderung gestattet hatte, daß ich es für besonders wünschenswert halten würde, wenn Seine Majestät Gelegenheit nehmen wolle, dem Premierminister im allgemeinen möglichstes Entgegenkommen gegen das jetzige italienische Kabinett und eine wohlwollende Haltung gegen den Sultan zu empfehlen. pp.

Eine längere vertrauliche Besprechung Seiner Majestät mit dem englischen Premierminister hat erst einige Tage später in Hatfield

stattgefunden, von wo aus sich Seine Majestät am 13. d. Mts. mit der Kaiserin und dem ganzen Gefolge nach Windsor begab, um von Ihrer Majestät der Königin Abschied zu nehmen. Auf der Rückfahrt von Windsor nach London befahlen Seine Majestät mich in seinen Salonwagen, um sich während der Fahrt hierher noch über politische Fragen allein mit mir zu unterhalten. Der Kaiser, allerhöchstwelcher bei dieser Gelegenheit die vollste Befriedigung über den Verlauf des hiesigen Besuchs und über den warmen Empfang, den er überall beim Publikum gefunden, aussprach, bestätigte mir gleichzeitig, daß er in einer ausführlichen Unterredung mit Lord Salisbury, dessen politische Äußerungen ihn vollständig befriedigt hätten, nicht unterlassen habe, demselben möglichstes Entgegenkommen gegen die italienische Regierung und eine wohlwollende Haltung gegen den Sultan zu empfehlen. Sehr erfreulich sei Seiner Majestät dabei die Beobachtung gewesen, daß Lord Salisbury dem korrekten Auftreten und der vornehmen Haltung des Marquis Rudini im Gegensatz zu seinem Vorgänger die vollste Anerkennung gezollt habe. Ganz besonders hob Seine Majestät noch hervor, daß er die in Windsor an den Tag gelegte Absicht nicht aus den Augen verloren und in seiner Unterredung mit dem Premierminister sorgfältig den Schein vermieden habe, als ob derselbe zu einer diplomatischen Aktion oder zu irgendwelchen Zusicherungen gedrängt werden solle.

Aus einer leider nur kurzen Unterhaltung, welche ich wenige Tage darauf mit Lord Salisbury hatte, habe ich mich überzeugen können, daß er seinerseits von den Äußerungen und der ganzen Haltung Seiner Majestät in der Unterredung mit ihm außerordentlich befriedigt war, und daß namentlich der Zweck des Kaisers, dem Eindruck vorzubeugen, als ob irgendwelche Forderungen an ihn gestellt werden sollten, im vollsten Maße erreicht worden ist. Ich stehe, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, auf einem so vertraulichen und freundschaftlichen Fuße mit dem Premierminister, daß ich in dieser Hinsicht eine direkte Frage an ihn stellen konnte. Auf meine Bemerkung: „Est-ce que j'avais raison en vous affirmant d'avance qu'on ne vous demanderait rien?“ erwiderte mir Lord Salisbury mit offenbarer Befriedigung, daß sich meine Voraussagung vollständig bestätigt habe. Seine Befriedigung hierüber ist nach meiner Überzeugung wesentlich darauf zurückzuführen, daß er, falls von seiten der Opposition noch irgendwelche Anfragen gestellt oder Verdächtigungen versucht werden sollten, in der Lage ist, dieselben mit der kategorischen Versicherung zurückzuweisen, daß unsererseits keinerlei politische Anforderungen an ihn gestellt, und daher auch keinerlei Abmachungen getroffen worden seien. Euerer Exzellenz hochgeneigter Aufmerksamkeit wird ein vor einigen Tagen von mir eingereichter Artikel des „Observer“ nicht entgangen sein, welcher in dieser Hinsicht noch weiter ging, indem er dem englischen Publikum zu verstehen gab, daß politische Abmachungen schon

deshalb nicht hätten stattfinden können, weil Seine Majestät der Kaiser dies selbst nicht gewollt haben würde.

Einen besonders guten Eindruck auf Lord Salisbury hat auch unser Verfahren in bezug auf die von Seiner Majestät in der City gehaltene Rede hervorgebracht. Auf meinen Wunsch ermächtigte mich der Staatssekretär in Windsor, nachdem der Inhalt der beabsichtigten Rede festgestellt war, Lord Salisbury vertraulich bezüglich der englischen Redaktion zu Rate zu ziehen, und das damit bewiesene Vertrauen hat den Minister sehr angenehm berührt, wie auch die Rede selbst, mit welcher er sich vollständig einverstanden zeigte, hier allgemein und namentlich auch bei Ihrer Majestät der Königin den besten Eindruck hervorgebracht hat.

In den ersten Tagen des Aufenthalts in Windsor hat auch eine von mir herbeigeführte längere und vertrauliche Unterhaltung zwischen dem Herrn Staatssekretär und Lord Salisbury stattgefunden, welcher ich jedoch nicht beigewohnt habe. Aus den nachherigen Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs, welcher Euerer Exzellenz darüber direkt berichtet haben wird*, ging hervor, daß derselbe von den Äußerungen Lord Salisburys über seine Auffassung der europäischen Politik durchgängig befriedigt, durch die Bestimmtheit aber, mit welcher der Premierminister ihm gegenüber seine eventuelle Bereitwilligkeit zum Schutze des Sultans im Fall eines Angriffs aussprach, geradezu überrascht war. Gerade die mir bekannte Bestimmtheit des Ministers in diesem so wichtigen Punkt ist es, wie ich hier hervorheben möchte, die mir seit längerer Zeit eine politische Annäherung zwischen England und dem Sultan im Interesse der Friedenspolitik der drei Mächte dringend wünschenswert erscheinen ließ. Dieser Zweck kann aber nach meiner Überzeugung nur erreicht werden, wenn eine Verständigung über Ägypten vorhergeht. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 1728

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 242 Wien, den 24. August 1891
Vertraulich

Graf Kálnoky sprach mir heut von dem Besuch, den die französische Flotte in Portsmouth** abgestattet hat.

---

* Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall vom 6. Juli, Nr. 1724.

** Vom 19. bis 26. August stattete die von Kronstadt zurückkehrende französische Flotte dem englischen Hafen Portsmouth einen Besuch ab. Am 20. gab die Königin Viktoria den französischen Offizieren in Osborne ein Festmahl, bei dem

Er bezeichnete die Art und Weise, wie die Engländer ihre Nachbarn empfangen haben, als einen ganz ausnehmend geschickten Schachzug Lord Salisburys. Es sei dadurch verhindert worden, daß die großen Mächte in zwei sich schroff gegenüberstehende Gruppen geteilt erschienen. Eine solche Konstellation sei immer für den Frieden gefährlich, weil die nationalen Eitelkeiten und Empfindlichkeiten leicht dadurch verletzt und zu Exzentrizitäten getrieben werden könnten.

Jetzt sei gewissermaßen das Gleichgewicht wieder hergestellt, weil der französischen Eitelkeit geschmeichelt, andererseits aber das Nebeneinanderleben der beiden großen Seemächte wieder ermöglicht worden sei. Überdies ärgerten sich Franzosen wie Russen darüber, daß jetzt nicht bloß von den russisch-französischen Liebenswürdigkeiten mehr die Rede sei.

Deutschland und dessen Bundesgenossen brauchten sich über den Austausch von Liebenswürdigkeiten in Portsmouth nicht zu beunruhigen. Das ändere nichts an der Stellung, welche England zum Dreibunde einnähme. Die großbritannische Regierung habe bekanntlich erklärt, sie würde nie auf der Seite des Angreifers sein; sie habe ferner erklärt, daß sie im Mittelmeer den status quo wolle. Das wäre alles, worauf wir von seiten Großbritanniens zu rechnen hätten, auf mehr aber nicht. Diese beiden Ziele könnten ja, je nachdem die Karten gerade lägen, bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich recht nützlich für uns sein, eine wirkliche Bundesgenossenschaft bedeute dies aber nicht. Er glaube auch, daß sich niemand darüber eine Illusion machen könne, daß eine solche bestünde.

Daß, wie er anfangs sagte, die freundliche Aufnahme der Franzosen eine gute Politik Englands gewesen, das könne man aus dem Geschrei ersehen, welches die französischen Chauvinisten darüber angehoben hätten.

Über die Einladungsfrage, die ja in der französischen Presse so lebhaft diskutiert wird, sagte mir Sir A. Paget folgendes:

Schon im Monat Mai d. Js. habe die französische Regierung der englischen Mitteilung von dem beabsichtigten Besuch der französi-

---

sie, wie vor ihr Zar Alexander III. in Peterhof die Marseillaise stehend anhörte; am 21. stattete sie der Flotte selbst einen Besuch ab. Lord Salisbury beteiligte sich jedoch nicht an dem Empfang der Franzosen und den zu ihren Ehren gegebenen Festen. In Berlin verursachte der demonstrative Empfang der Franzosen in England Unbehagen; Graf Hatzfeldt wurde schon am 31. Juli angewiesen, sich über die Gründe der englischen Haltung zu äußern, die zu vielfachen Mißdeutungen führen und insbesondere dem Sultan ein noch erhöhtes Gefühl von der Macht Frankreichs geben werde. Graf Hatzfeldt antwortete noch am gleichen Tage, vorläufig glaube er nicht, daß eine Demonstration zugunsten Frankreichs in der Absicht der englischen Regierung liege; vielmehr werde diese wesentlich durch innere Rücksichten bestimmt, namentlich auch durch die Besorgnis, daß eine andere Haltung ihr bei den Wahlen als Parteinahme gegen Frankreich vorgeworfen werden könnte.

schen Flotte in Rußland gemacht und angefragt, ob es den Engländern genehm sein würde, wenn das Geschwader auf dem Rückweg einen englischen Hafen anliefe. Hierauf sei von London aus geantwortet worden, man werde sich sehr freuen, die Flotte in einem englischen Hafen zu sehen, und, wenn es mit den Plänen Ihrer Majestät der Königin paßte, so würde höchstdieselbe die französischen Offiziere gern in Osborne empfangen.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1729

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 487 London, den 26. August 1891

Das französische Geschwader unter dem Befehl des Admirals Gervais hat heute die gastfreie englische Küste verlassen und sich nach Cherbourg zurückbegeben. pp.

Wenn ich den Gesamteindruck der hiesigen öffentlichen Meinung mit Bezug auf die Anwesenheit des französischen Geschwaders an der englischen Küste, insoweit dieselbe in der Presse vertreten ist, kurz zusammenfassen soll, so möchte ich mich dahin ausdrücken, daß in den Äußerungen der Presse unverkennbar der Zug liegt, die Welt von der völligen Aktionsfreiheit Englands zu überzeugen und der etwaigen Annahme den Boden zu entziehen, als ob England nach der einen oder der andern Seite hin in seinen Entschließungen für die Zukunft gefesselt sei. Wenn ich ferner meine persönliche Ansicht auszusprechen mir gestatten darf, so möchte ich dieselbe dahin präzisieren, daß trotz der bei dieser Gelegenheit hervorgetretenen außerordentlich freundschaftlichen Beteuerungen die öffentliche Meinung in England doch nicht in höherem Maße nach Frankreich hinneigt, als dies vor denselben der Fall war, und daß insbesondere keine nachhaltigen Wirkungen von dem französischen Besuche zu erwarten sind. Meines gehorsamsten Dafürhaltens ist die Popularität Deutschlands und des Dreibundes im Gegenteil hier im Steigen begriffen. In der jüngsten Vergangenheit hat die konservative Presse mit einer für englische Verhältnisse ungewöhnlichen Wärme für die Politik des Dreibundes Partei ergriffen, und ganz England hat noch kürzlich für Seine Majestät den Kaiser und die von allerhöchstdemselben befolgte Politik unzweideutige Sympathien kundgegeben. Bei der bekannten traditionellen Richtung der öffentlichen Meinung in England, möglichst lange eine neutrale Haltung in auswärtigen Fragen zu bewahren, scheint dieselbe durch ihre ziemlich offene Parteinahme für den Drei-

bund vor der ungewohnten Kühnheit, mit der sie sich hervorgewagt hatte, zeitweilig zurückgeschreckt zu sein und den Besuch der französischen Flotte freudig als Anlaß benutzt zu haben, um ihrer Neutralität in auswärtigen Dingen in gewohnter Weise Ausdruck zu geben. pp.

P. Metternich

Nr. 1730

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Rom von Mutzenbecher

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 395 Berlin, den 30. August 1891
Geheim

Mit Bezug auf den Schlußsatz des Berichts Nr. 211 vom 25.* zu Ihrer Orientierung:

Jede Annäherung und engere Fühlung zwischen Italien und England kann uns nur erwünscht sein, und das Zustandekommen eines „festen Abkommens", an dem wir allerdings auch noch zweifeln müssen**, könnte nur zur Befestigung Italiens in seinem jetzigen bundestreuen Verhältnis zu uns beitragen.

Marschall

---

* In seinem Berichte vom 25. August hatte der Geschäftsträger von Mutzenbecher angeführt, daß die italienische Regierung einen ganz besonderen Wert auf das Zustandekommen eines festen Abkommens mit England zu legen scheine, um die Küste Italiens vor Angriffen der französischen Flotte sicherzustellen. Daran war die Bemerkung geknüpft: „Sollte es Italien gelingen, dieses feste Abkommen zustande zu bringen, was allerdings sehr zweifelhaft ist, so dürfte meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Tripelallianz für die italienische Regierung an Wert verlieren und Italien ein lauerer und anspruchsvollerer Alliierter für uns und Österreich werden als bisher."

** Tatsächlich haben die Bemühungen Italiens um das Zustandekommen eines „festen Abkommens" mit England, in denen es von Deutschland wie von Österreich unterstützt wurde, keinen Erfolg gehabt. Seit der Unterredung mit Graf Hatzfeldt vom 8. Juni (vgl. Nr. 1722), in der Lord Salisbury diesen gebeten hatte, „mit der ganzen Sache noch etwas zu warten", war der englische Premier darauf nicht mehr zurückgekommen. Die einschlägigen Akten des Auswärtigen Amtes weisen einen großen Sprung von Ende August 1891 bis zum Abgang Lord Salisburys im August 1892 auf.

B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895



Nr. 1731

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 97 — Berlin, den 18. Juli 1892

Der Herr Reichskanzler ersucht Ew. pp. um eine baldigste gutachtliche Äußerung, inwieweit der jetzt feststehende Ausfall der englischen Wahlen* die kontinentale Politik Englands voraussichtlich beeinflussen dürfte. Insbesondere wird hierbei das Verhältnis Englands zu Italien und zur Türkei zu berücksichtigen sein. Vielleicht sind Ew. pp. noch in der Lage, auch Lord Salisburys Ansichten darüber zu hören.

Rotenhan

Nr. 1732

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 — London, den 19. Juli 1892

Telegramm Nr. 97** erhalten.

Die kontinentale Politik des neuen Kabinetts, über welche die voraussichtlichen Mitglieder desselben schwerlich unter sich schon einig sind, wird wesentlich von der Persönlichkeit des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten abhängen, und es ist vorläufig noch zweifelhaft, ob Lord Rosebery diesen Posten einnehmen wird und nicht Earl of Kimberley, der viel weniger als der erstere mit Lord Salisburys auswärtiger Politik übereinstimmt, auch nicht so unabhängig von Gladstone sein würde.

Lord Salisbury selbst ist der Meinung, die ich teile, daß Gladstone größere Freundlichkeit für Frankreich zeigen wird. Er fürchtet dabei besonders, daß derselbe sich bestimmt für die Enthaltung Englands

---

* Die englischen Parlamentswahlen vom Juli 1892 hatten eine Majorität für die liberale Partei ergeben. Obwohl damit das Schicksal des Kabinetts Salisbury entschieden war, blieb es noch bis Mitte August im Amt. Erst am 16. August war das neue Kabinett Gladstone mit Earl Rosebery als Staatssekretär des Auswärtigen und Marquis of Ripon als Staatssekretär der Kolonien konstituiert.

** Siehe Nr. 1731.

von jeder Intervention zugunsten Italiens aussprechen und letzteres dadurch Frankreich gegenüber entmutigen wird. Dazu kommt, daß Mr. Morley auf Evakuation Ägyptens, weil England dazu verpflichtet sei, bestehen will, während Lord Rosebery entschieden dagegen ist.

Ein definitives Urteil über die voraussichtliche auswärtige Politik Englands wird daher erst möglich sein, sobald feststeht, ob der zurzeit noch abwesende Lord Rosebery, welchem auch manche seiner Freunde, namentlich die Rothschilds, abraten, sich jetzt abzunutzen, eintritt, und ob in diesem Fall ihm von seinen Kollegen die angeblich von ihm beanspruchte größere Selbständigkeit in bezug auf Behandlung der auswärtigen Politik zugestanden wird.

Hatzfeldt

Nr. 1733

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau

Reinschrift

Einwirkung der englischen Wahlen auf die auswärtige Politik des Landes.

Berlin, den 20. Juli 1892

Wenn man aus der Vergangenheit der voraussichtlich ans Ruder kommenden Persönlichkeiten und deren Äußerungen aus Anlaß des Wahlkampfs sowie aus der Haltung der bisher oppositionellen Presse einen Schluß auf die Zukunft ziehen kann, so wird ein ungefähres Bild der demnächst befolgten auswärtigen Politik immerhin sich konstruieren lassen. Gerade in allerletzter Zeit war man in ganz England wohl zufrieden mit der von Lord Salisbury befolgten Politik, und auch Gladstone hatte in einer seiner letzten Wahlreden ihr keine Vorwürfe zu machen; er suchte im Gegenteil das Gute daraus für sich in Anspruch zu nehmen, indem er den Ursprung nach der früheren (liberalen) Zeit zurückzuverlegen versuchte. Auch sonst ist in der liberalen Presse keine größere Aktion der Konservativen ernster bekämpft worden. Es läßt sich darnach mit einiger Sicherheit annehmen, daß eine entscheidende Wendung in der Behandlung dieser oder jener Frage vorerst nicht eintreten dürfte. Wie aber in den diplomatischen Beziehungen die Form sehr häufig die Sache überwiegt, so werden voraussichtlich auch hier sehr bald gewisse Neigungen und Antipathien der herrschenden Partei und gewisse theologisch-moralische Liebhabereien des Leiters der Behandlung der Dinge eine veränderte Gestalt geben. Vielleicht wird der letztere Einfluß bei dem Alter Gladstones und seiner Beschränkung auf die inneren Vorgänge sich nicht mehr so wie unter seiner letzten Regierung fühlbar machen, und falls Lord Rosebery die Leitung der auswärtigen Geschäfte erhält, dieser

noch mehr imstande sein, die Politik in den jetzigen Bahnen zu erhalten. Tritt ein anderer an die Spitze, so wird man bis auf eine nähere Kenntnis von dessen Antezedenzien mit einem Urteil zurückhalten müssen.

Vor allen Dingen aber muß auch dann, wenn man annehmen will, der Kurs bleibe in der Hauptsache der alte, im Auge behalten werden, daß in der jetzt zur Herrschaft kommenden Partei mehr Franzosenfreunde vorhanden sind als in der konservativen. Dilke, Labouchère, Gladstone selbst, die Irländer neigen mehr nach Frankreich als nach Deutschland. Das wird nicht hindern, daß in englischen Interessenfragen man den unabhängigen Weg wandeln wird, immerhin wird die Vorliebe einiger Führer nicht ohne alle Wirkungen sein. Man braucht dabei gar nicht so weit wie Lord Salisbury nach dem Telegramm des Grafen Hatzfeldt* zu gehen und anzunehmen, daß Gladstone sich für Enthaltung jeder Intervention zugunsten Italiens aussprechen wird. Die Vernichtung der italienischen Stellung im Mittelmeer wäre ein schwerer Schlag für England, und die öffentliche Meinung würde eine Intervention früher oder später nach aller Voraussicht erzwingen. In der Äußerung des scheidenden Ministers möchte daher wohl mehr eine persönliche captatio benevolentiae zu erblicken sein.

Immerhin ist wahrscheinlich, daß, wer auch der kommende auswärtige Minister sein mag, unter Gladstones Premierschaft die Aktionslust einige Grade tiefer stehen wird als unter Salisbury. Die ganze Vergangenheit (namentlich in den Jahren 1884—86) läßt das voraussehen. Diese Wahrscheinlichkeit ist an sich ein Faktor, mit dem wir rechnen müssen, insofern als andere Mächte, namentlich Frankreich und Rußland, von vornherein durch die verminderte Besorgnis vor einem Eingreifen Englands in ihren eigenen Aktionen sich werden leiten lassen. Das ist zunächst vielleicht die schlimmste Seite des Ergebnisses der Wahlen. Auch solche, welche um innerer Fragen willen sich als Gladstonianer bekennen, geben zu, daß seine letzten Regierungen eine Reihe von schweren Fehlern, die aus seiner Schwäche und Zögerung entsprangen, aufweisen. Ich erinnere nur (aus der letzten Zeit) an den mißglückten Entsatz von Gordon Pascha, an den Kolonialstreit mit Deutschland, an die Ablehnung des englisch-portugiesischen Kongovertrages und die damalige Isolierung Englands, an das Scheitern der ägyptischen Finanzkommission, an die diplomatische Niederlage in Afghanistan.

Es dürften überhaupt diese und ähnliche Fakta noch am geeignetsten einen Anhalt bieten, zumal solange die Person des auswärtigen Ministers nicht feststeht, um Mutmaßungen bezüglich der Entwickelung eines Ministeriums Gladstone aufzustellen.

---

* Siehe Nr. 1732.

Da ist zunächst wiederum die afghanische Frage, welche anscheinend den Engländern demnächst zu schaffen machen wird. Der Emir führt eine höchst aufsässige Sprache gegen den Vizekönig, der ihm das Vorrücken im Osten untersagt; das Land ist in halbem Aufruhr, und im Nordwesten werden aus demselben Pendjdeh, das einst hauptsächlich die Unpopularität Gladstones in England und seinen Sturz veranlaßt hatte* — russische Übergriffe gemeldet. Es wäre nicht zu verwundern, wenn mit Gladstones Antritt die ernste Sprache des indischen Vizekönigs nachgiebiger, und Rußland vordringlicher würde. Im Jahre 1885 war es die größere Entschiedenheit Salisburys, welche zu einer halbwegs erträglichen Lösung der verfahrenen Situation führte.

Ebenso schwächlich und zögernd war die Politik Gladstones im Orient. Hier ist es Ägypten, welches das letzte Gladstonesche Regiment fast dauernd in Anspruch genommen hat. Es ist nicht recht klar, welches die letzten Absichten des Ministers in der Frage damals gewesen sind. Er fand in Deutschland, das sich Frankreich genähert hatte und den scharfen Notenwechsel über die neuen Kolonialerwerbungen mit England führte**, eine sehr ernste Gegnerschaft. Die damals von uns beobachtete Politik läßt den hohen Wert erkennen, welchen unsere in Ägypten noch bestehenden Prärogativen gegenüber einem feindlichen englischen Ministerium haben. Wir haben damals jede britische Unfreundlichkeit mit einer Versagung auf ägyptischem Boden beantwortet, und wir werden unter Umständen dort wieder unsere Stimmung bekunden können. Denn nach wie vor bleibt die ägyptische Frage eine offene. Daß Gladstone Ägypten aufgeben oder auch nur neutralisieren sollte, d. h. irgendetwas tun, was das englische Übergewicht dort beseitigen könnte, möchte man trotz aller moralischen Bedenken, von denen er und Morley sich auch sonst leiten lassen mögen, kaum für möglich erachten und, wenn schon, darin das Ende seiner Laufbahn sehen. Lord Rosebery denkt jedenfalls nicht an eine Aufgabe Ägyptens***.

Im übrigen hört man, was den Orient betrifft, im liberalen Lager häufig den Satz vertreten, daß es nicht Englands Sache sei, dort Wacht gegen Rußland zu halten. Man möchte diese Aufgabe den Zentralmächten ausschließlich überlassen. Man hofft dadurch die Aufmerksamkeit Rußlands von Zentralasien und Indien abzuwenden. In diesem Punkte dürften sich die beiden herrschenden Parteien noch am meisten unterscheiden. Die weitausschauende Disraelische Politik, die ganz Kleinasien in den englischen Schutzbereich ziehen wollte, wird auch von den konservativen Staatsmännern wohl nur noch in der Theorie festgehalten, dagegen die Meerengenfrage fest im Auge behalten.

---

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXII.

** Vgl. Bd. III, Kap. XX; Bd. IV, Kap. XXIII.

*** Über die Behandlung der ägyptischen Frage unter dem Ministerium Rosebery vgl. Kap. LIII, A.

Der „unaussprechliche Türke" hat dagegen bei Gladstone auf geringe Sympathien zu hoffen.

Hiermit im Zusammenhange steht die Stellung der Gladstonianer zu Rußland. Man möchte mit diesem Lande — vielleicht selbst um den Preis gewisser Entschädigungen in der Türkei, wenn dabei nur Indien ungefährdet bleibt — auf gutem Fuße verharren. Die Beziehungen Gladstones zur Frau von Nowikow, seine Tändeleien mit der orthodoxen Kirche sind bekannt. Erst in letzter Zeit hat er sich durch positive Anfragen seiner Anhänger veranlaßt gefunden, mit Bezug auf die Judenverfolgungen einige scharfe Bemerkungen über Rußland zu machen. Gemüts- und Moralfragen werden die Politik Gladstones stets etwas beeinflussen; immerhin wird man besser tun, sich bei ihm bezüglich russischer Dinge auf möglichste Enthaltsamkeit gefaßt zu machen.

Bezüglich Italiens wird voraussichtlich das Gladstonesche Regiment an Dingen wie Biserta und Tunis noch weniger Anteil nehmen als Salisbury, aber an ein Aufgeben des Interesses, das lange vor Gründung der Einheit Italiens die liberale Partei an der Halbinsel nahm, braucht man, wie oben bemerkt, deswegen kaum zu denken.

Auch das französische Verhältnis ist oben erwähnt. Könnte sich ein Kampf heute in Europa lokalisieren lassen, so würden wir gegenüber Rußland oder Frankreich noch weniger als 1870 auf eine besonders wohlwollende Neutralität Englands rechnen dürfen; im Gegenteil. Das Korrektiv würde dann in der verhältnismäßigen Schwäche der herrschenden Partei und der sich bei solchen Vorgängen stark äußernden öffentlichen Meinung zu suchen sein.

Noch darf ein Wort bezüglich Marokkos* an dieser Stelle gesagt sein. Die Haltung Salisburys erscheint in dieser Frage mindestens zweifelhaft. Man läßt den remuanten Gesandten Smith ganz nach Gutdünken und ganz chauvinistisch handeln, macht wohl zwar tadelnde Bemerkungen, würde aber wahrscheinlich jeden Vorteil — so schwer die Konsequenzen mal später sein mögen — indossieren. Gladstone wird aller Voraussicht nach auf territorialen Gewinn dort nicht ausgehen. Der Mann, der, wenn es ginge, lieber Ägypten verlassen würde, der das „hands off" wegen Bosniens gesprochen, Transvaal seine Unabhängigkeit zurückgegeben hat, wird nicht ohne die zwingendste Not fremdes Gebiet nehmen. Damit dürfte vielleicht eine Korrektur des Smithschen Vorgehens eintreten, das die Dinge — und namentlich die Teilung Marokkos mit Frankreich — forcieren wollte.

Als Fazit läßt sich sagen, daß, wenn auch, wie oben erwähnt, die theoretischen Grundsätze der auswärtigen Politik sich nicht wesentlich ändern werden, die Exekutive nicht unwahrscheinlich einen gewissen hippokratischen Zug annehmen wird, der die Mutigen unter

---

* Vgl. dazu Kap. LIII, C.

den Gegnern zu ermuntern geeignet ist. Man darf es danach als eine glückliche Wendung ansehen, daß das neue Ministerium in die Zeit einer besonders schwierigen Aktionsfähigkeit Rußlands fällt.

Raschdau

Nr. 1734

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt, z. Z. in Cowes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Cowes, den 4. August 1892
Geheim

In ganz vertraulicher Unterhaltung mit Lord Salisbury warf ich die Frage auf, ob er etwa Lord Rosebery schon in die geheime Abmachung mit Italien eingeweiht habe oder dies eventuell tun wolle. Er erwiderte mir zunächst, daß Lord Rosebery (dessen Ernennung jedoch noch immer nicht ganz sicher sei) die fraglichen Abmachungen jedenfalls in den Akten des Auswärtigen Amts vorfinden würde, sprach sich aber, als ich auf die Frage näher einging, bestimmt dahin aus, daß er eventuell Lord Rosebery darüber aufklären und ihm dringend raten wolle, an seiner, Lord Salisburys, Politik Italien gegenüber festzuhalten. Der Premierminister fügte hinzu, daß er in den Beziehungen zu Italien, die er sogar für wichtiger als die orientalische Frage halte, den Schlüssel zur ganzen auswärtigen Politik erblicke, da ein Abweichen davon eine veränderte und für England unerwünschte Gruppierung der Mächte herbeiführen könnte.

In diesem Sinne werde er sich daher aussprechen, falls Lord Rosebery eintrete und ihm Gelegenheit dazu gebe.

Hatzfeldt

Nr. 1735

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 169 Rom, den 18. August 1892
Sehr vertraulich

Heute beim diplomatischen Empfange kam zwischen dem Minister Herrn Brin* und mir das Gespräch wieder auf die Situation in England. Der Minister hatte noch keine offizielle Bestätigung der Ernennung Lord Roseberys zum Minister des Äußern erhalten.

Ich sagte, ich begrüßte diese Ernennung, in der Hoffnung, daß

* Minister des Äußern im Kabinett Giolitti (seit Mitte Mai 1892).

die Zeitungsnachricht gegründet sei, mit Freuden als ein Anzeichen, daß die bisherige Richtung der äußern Politik Englands keine wesentliche Veränderung erleiden würde. Die Entscheidung hätte allerdings etwas lange auf sich warten lassen.

Herr Brin entgegnete, es erfreue ihn die Nachricht um so mehr, als er nach den Berichten des Grafen Tornielli bis jetzt gefürchtet habe, Lord Rosebery werde nicht in das Ministerium eintreten. Graf Tornielli müsse leberleidend sein, er berichte so pessimistisch, daß einem nach der Lektüre alles ganz schwarz erscheine. „Ich will einmal," fügte Herr Brin hinzu, „nicht als Minister sprechen: Graf Tornielli geht von der Idee aus, daß England schon längst nicht mehr das alte England sei; es denke nur an seinen Vorteil, habe die größte Angst vor Frankreich, werde Frankreich niemals den Krieg machen, und wer auf England sich stütze, habe auf Sand gebaut."

Herr Brin fuhr dann fort, in gewisser Beziehung möge Graf Tornielli nicht ganz unrecht haben. England sei noch unter Palmerston ein anderes gewesen als unter Salisbury, welcher sich immer ängstlich zurückhielt, aber Graf Tornielli übertreibe die Gefahren. England werde sich bestimmt nicht gegen die Tripelallianz wenden. England bedürfe des Dreibundes viel notwendiger als der Dreibund Englands. Im Falle der Abwendung Englands von den Mächten der Tripelallianz brauchten diese sich nur mit Rußland zu verständigen, um Englands Einfluß im Orient zu vernichten.

Ich habe dem Minister darauf erwidert, daß das heutige England mit innern Schwierigkeiten zu kämpfen habe, welche zu Lord Palmerstons Zeiten nicht bestanden, und daß die Entwickelung der Dampfflotten das frühere Übergewicht Englands zur See herabgemindert hätte, ich wäre aber überzeugt, daß es sehr wohl seine alte Energie wiederfinden würde, wenn seine Machtstellung ernstlich bedroht würde. Graf Tornielli sage: „England werde Frankreich nie den Krieg machen", davon sei auch vorläufig nicht die Rede. Es gebe zwischen Allianz oder Krieg mit Frankreich noch eine ganze Menge Zwischenstadien. Kein Mensch verlange von England, daß es Frankreich gleich den Krieg erklären solle; aber es könne uns schon einen großen Dienst leisten, wenn es eine Stellung einnehme, die Frankreich in der Ungewißheit darüber läßt, ob es England eventuell nicht doch auf Seite seiner Feinde erblicken würde.

Es sei auch die Aufgabe Italiens, England auf seiten des Dreibundes festzuhalten und England zu überzeugen, daß es an der Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeere ein ebenso großes Interesse hat wie Italien.

Der Minister bemerkte hierzu, der englische Botschafter Lord Vivian* habe ihm wiederholt gesagt, sollte Italien Frankreich angreifen,

---

* Botschafter in Rom seit Dezember 1891.

dann würde die öffentliche Meinung in England eine aktive Unterstützung Italiens schwerlich gestatten, würde Italien aber von Frankreich angegriffen, dann könne es sicher auf die sofortige Hülfe Englands rechnen.

Herr Brin hat dem Botschafter erwidert: „Wenn das nur wahr ist! Da Italien bestimmt an Frankreich nicht den Krieg erklären wird, der Friede also nach dieser Seite hin gesichert ist, so könnten wir, wenn wir des englischen Beistandes sicher sind, getrost der Zukunft entgegensehen.“

Ganz ungefährlich scheint dem Minister die Situation nicht zu sein. Er hat den Eindruck, daß den Franzosen seit den letzten englischen Wahlen der Kamm wächst, und will dies aus der französischen Presse und einigen jüngst gehaltenen Reden schließen. pp.

Graf Solms

Nr. 1736

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 London, den 20. August 1892

Bei dem heutigen Empfang der fremden Vertreter zeigte mir Lord Rosebery das frühere freundschaftliche Entgegenkommen und bemerkte mit Befriedigung, daß seine Ernennung, wie man ihm versichere, in Berlin einen guten Eindruck gemacht habe, während sie in Paris wenig zu gefallen scheine. Er deutete dabei an, daß er nur ungern und hauptsächlich deshalb eingetreten sei, um die Stabilität der auswärtigen Politik Englands zu sichern. Gleichzeitig sprach er sich mit Anerkennung über die auswärtige Politik seines Vorgängers aus, die auf seine, Lord Roseberys, Veranlassung von der liberalen Partei niemals angegriffen worden sei, beklagte aber lebhaft und schien auch persönlich verletzt, daß Lord Salisbury nicht für gut gehalten habe, ihn vor seiner Abreise persönlich über die Lage der Dinge aufzuklären.

Hatzfeldt

Nr. 1737

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 London, den 6. September 1892

Ganz geheim

Lord Rosebery hat nunmehr mir gegenüber Initiative zu eingehender und streng vertraulicher Besprechung der englischen Beziehungen zu Italien genommen, indem er dazu bemerkte, daß er den

Wortlaut des geheimen Abkommens Lord Salisburys mit der italienischen Regierung noch nicht gelesen habe.

Er wünscht offenbar, die Italiener möglichst zu beruhigen, bezeichnete aber, abgesehen von unverbürgter Diskretion in Rom, schriftliche Zusicherung dort als zu gefährlich, einmal weil er der Zustimmung eines Teiles seiner Kollegen, die er für einen solchen Schritt nicht entbehren könnte, jetzt noch nicht sicher sei, und weil er außerdem persönlich bei nächstem Zusammentritt der Kammer auf Interpellationen Labouchères und der übrigen Radikalen gerade bezüglich seiner etwaigen Verbindlichkeiten gegen Italien gefaßt sein müsse. Wenn man sich aber in Italien die hiesige Lage der Dinge klarmache, liege auch ohne erneute schriftliche Zusicherung keinerlei Grund zur Beunruhigung vor.

Herr Gladstone sei alt und übe nicht mehr den früheren dominierenden Einfluß im Kabinett aus, während er, Lord Rosebery, wie er mir ohne Überhebung versichern könne, dem an sich schwachen Ministerium jetzt beinahe unentbehrlich und daher viel stärker als früher sei. Dazu komme aber vor allem der Umstand, daß hier jetzt jedes Ministerium, auch unter Herrn Gladstone, durch die öffentliche Meinung genötigt sein würde, Italien zu helfen, wenn es angegriffen würde.

Ich erwiderte hierauf, daß erneute schriftliche Zusicherung meines Wissens jetzt in Rom nicht beansprucht werde, und daß die Beunruhigung dort, abgesehen von den früheren Äußerungen Herrn Gladstones in der Presse*, besonders durch den Umstand hervorgerufen sei, daß er, Lord Rosebery, bisher sowohl in Rom wie Graf Tornielli gegenüber jede Äußerung über seine Auffassung der Frage vermieden habe. Selbstverständlich würde ich, wenn er dies wünschte, nicht unterlassen, seine Äußerungen gegen mich nach Berlin zu berichten, von wo sie vielleicht zur Kenntnis unseres Vertreters in Rom gelangen würden.

Meine gleichzeitige Andeutung, ob er nicht mit Graf Tornielli direkt in demselben Sinne wie mit mir sprechen wolle, lehnte Lord Rosebery, weil ihm die Persönlichkeit desselben offenbar wenig sympathisch ist, ab, war aber mit streng vertraulicher Übermittelung

---

* Graf Hatzfeldt hat hierbei einen eben damals vom „Corriere di Napoli" veröffentlichten Brief Gladstones an den Besitzer dieses Blattes im Auge, in dem Italiens „enormous military expenditure and its embarrassing alliances" beklagt wurden, und in dem es weiterhin hieß: „I can not like the Triple or the Double Alliances, because the ultimate design and scope of these alliances is not a peaceful one." In einem Bericht vom 1. September 1892 erinnert Graf Hatzfeldt noch an den allgemein Gladstone zugeschriebenen (in Wirklichkeit wohl von Labouchère herrührenden) Artikel der „Contemporary Review" vom Oktober 1889, in dem Englands und Italiens Beziehungen zum Dreibund einer feindseligen Kritik unterzogen worden waren. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1889, S. 203 f.

seiner Äußerungen durch mich nach Berlin und eventueller Verwertung derselben in Rom bereitwillig einverstanden. Auf meine Bemerkung, daß jedes Wort dabei von Bedeutung sei, und ich daher wünschen müsse, den Wortlaut seiner Äußerungen in seiner Gegenwart schriftlich festzustellen, wenn er dies nicht etwa selbst tun wolle, sagte er zu, mir vor seiner demnächstigen Abreise nach Balmoral eine schriftliche Aufzeichnung zu geben, die ich als mündliche Mitteilung in Berlin verwerten könne.

Bis zum Eingang derselben bitte ich dringend, die vorstehende Meldung zu sekretieren und noch nicht in Rom zu verwerten; die geringste Indiskretion dort, auch Graf Tornielli gegenüber, könnte das entstehende Vertrauen Lord Roseberys in mich wieder erschüttern und mich der Möglichkeit berauben, weiter vertraulich auf ihn einzuwirken.

Hatzfeldt

Nr. 1738

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 586 London, den 7. September 1892
Geheim

pp. Im weiteren Verlauf unserer ganz vertraulichen Unterhaltung kam Sir Philip Currie* nochmals auf die geheime Abmachung Lord Salisburys mit Italien zurück, indem er geltend zu machen suchte, daß für die italienische Regierung kein Grund vorliege, die weitere Gültigkeit der Abmachung zu bezweifeln, solange das jetzige englische Kabinett keine Erklärung abgebe, daß es sich daran nicht binden wolle. Ohne diesem Argument eine zu große praktische Bedeutung beilegen zu wollen, bin ich doch der unmaßgeblichen Ansicht, daß die italienische Regierung gut tun würde, ihm eine gewisse Bedeutung beizulegen, solange Lord Rosebery Minister ist, da von demselben schwerlich befürchtet werden kann, daß er die Hand dazu bieten würde, das mit Lord Salisbury getroffene Abkommen ausdrücklich zurückzunehmen.

P. Hatzfeldt

Nachschrift

Der Unterstaatssekretär hat mir eben eine Aufzeichnung Lord Roseberys über seine Unterhaltung mit mir vorgelesen**, indem er

* Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office.
** Vgl. Nr. 1740, Anlage.

mir anheimstellte, von dem letzteren Teil derselben, welcher die Äußerungen des Ministers und seine persönliche Auffassung in bezug auf Italien enthält, Abschrift zu nehmen und als mündliche Äußerung zu verwerten. Ich habe aber zunächst noch einige Ausstände daran zu machen gehabt, vor allem in bezug auf einen Passus, dessen Sinn ungefähr dahin geht, daß die öffentliche Meinung und das Interesse Englands die Unterstützung Italiens im Falle eines grundlosen (groundless) Angriffs auf dasselbe verlangen würden. Wir sind schließlich dahin übereingekommen, daß Sir Philip Currie durch den heute nach Balmoral abgehenden Kurier Lord Rosebery eine Fassung vorschlägt, deren Sinn ungefähr dahin gehen würde: Lord Rosebery könne keine amtliche Erklärung abgeben, ohne seine Kollegen zu befragen, welche derselben vielleicht nicht zustimmen würden. Seine persönliche Meinung sei aber, daß Italien keinen Grund zur Beunruhigung habe, weil sowohl die öffentliche Meinung als das wohlverstandene Interesse England zur Unterstützung Italiens im Falle eines Angriffs auf dasselbe führen würden.

Sir Philip Currie wird Lord Rosebery bitten, ihm seine Zustimmung hierzu telegraphisch mitzuteilen. Sobald die Fassung endgültig feststeht, werde ich dieselbe durch den königlichen Feldjäger nach Berlin befördern, falls mir dann keine andere sichere Gelegenheit zur Verfügung steht.

Lord Rosebery hat sich damit einverstanden erklärt, daß ich eventuell den Grafen Tornielli von unseren Besprechungen vertraulich in Kenntnis setze.

P. Hatzfeldt

Nr. 1739

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 587 London, den 7. September 1892
Geheim

Aus meiner eingehenden und streng vertraulichen Unterhaltung mit Lord Rosebery über Italien* habe ich den Eindruck erhalten, der sich seitdem befestigt hat, daß derselbe den aufrichtigen Wunsch hat, die italienische Regierung über seine Absichten möglichst zu beruhigen, und daß die Reserve und Vorsicht, die er sich dabei auferlegt, lediglich durch die nicht unbegründete Besorgnis bedingt ist, daß die geringste Indiskretion ihn zunächst in Schwierigkeiten mit seinen Kollegen verwickeln und, falls dieselben sich auch überwinden

* Vgl. Nr. 1737.

ließen, beim Zusammentritt des Parlaments zu Angriffen Anlaß geben würde, welche die Existenz des Kabinetts oder seine eigene Stellung in Frage stellen könnten.

Es läßt sich meines gehorsamsten Erachtens nicht leugnen, daß diese Besorgnisse begründet sind. Wie unentbehrlich Lord Rosebery auch heute Herrn Gladstone sein möge, so würde der erstere doch nicht in der Lage sein, Italien heute bestimmte Zusicherungen bezüglich militärischer Unterstützung im Fall eines Angriffs zu erteilen, ohne eine so weitgehende politische Frage dem Premierminister vorzulegen, welcher, wenn er überhaupt darauf einginge, jedenfalls eine Beratung im Ministerkonseil zur Vorbedingung machen würde. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß dort von einigen Seiten gegen die Übernahme von irgendwelchen Verpflichtungen ernster Widerspruch erhoben werden würde, welcher den für Italien gewiß nicht erwünschten Austritt Lord Roseberys zur Folge haben könnte.

Andererseits ist es ein offenes Geheimnis, daß Herr Labouchère, welcher über seine Ausschließung aus dem Kabinett und speziell über die Ernennung Lord Roseberys, welchen er bereits öffentlich als den Vertreter Lord Salisburys im Kabinett bezeichnet hat, in hohem Grade aufgebracht ist, nur auf die Gelegenheit wartet, die auswärtige Politik der Regierung anzugreifen. Die Übernahme weitgehender Verpflichtungen gegen Italien würde ihm dabei die erwünschte Handhabe bieten und seinen Angriffen die Unterstützung der übrigen Radikalen im Parlament sichern, zu welchen sich unzweifelhaft der als parlamentarischer Gegner sehr gefährliche Sir Charles Dilke gesellen würde, der um jeden Preis wieder eine öffentliche Rolle spielen will und schon jetzt von den Radikalen im Gegensatz zu Lord Rosebery als Autorität in auswärtigen Fragen hingestellt wird. Die Gefahr ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß eine parlamentarische Verhandlung über Zusicherungen an Italien, wenn dieselben sich nicht leugnen ließen, zu einer Krisis führen könnte. Eine etwaige Lösung derselben durch den Austritt Lord Roseberys würde aber sicherlich um so weniger im Interesse Italiens liegen, als der Nachfolger desselben unter solchen Umständen an eine Politik der Enthaltung in bezug auf Italien gebunden wäre.

Diese Sachlage enthält meines gehorsamsten Erachtens eine Bestätigung dessen, was ich in Berlin dem italienischen Minister Herrn Brin* zu entwickeln Gelegenheit hatte, daß hier für Italien alles auf

---

* Minister Brin hatte das italienische Königspaar auf seinem Besuch am Berliner Hofe (23. Juni) begleitet und bei dieser Gelegenheit Aussprachen mit dem Reichskanzler Caprivi und dem Grafen Hatzfeldt, der gerade in Berlin weilte, gehabt. Über seine Berliner Eindrücke äußerte sich Minister Brin nach seiner Rückkehr zu dem Botschafter Grafen Solms (laut dessen Bericht vom 11. Juli) dahin: „Ganz wunderbar müsse es erscheinen, und die Welt könne nicht dankbar genug dafür sein, daß ein junger, tatkräftiger Monarch, der durch und durch Soldat sei und sich an der Spitze des prächtigsten, schlagfertigsten Heeres der Welt sehe, der

die Ernennung Lord Roseberys ankommen würde. Diese Auffassung glaube ich auch heute noch als richtig betrachten zu dürfen, auch wenn Lord Rosebery jetzt nicht in der Lage ist, erneute und bestimmte Zusicherungen zu erteilen, und aus seinen Äußerungen nur der Schluß gezogen werden kann, daß er seinerseits an der Auffassung Lord Salisburys festhält und in der Lage zu sein glaubt, eventuell danach handeln zu können. Die allgemeine politische Situation läßt, wenn ich mich nicht täusche, vorläufig keine Störung des Friedens erwarten, welche die Frage der englischen Unterstützung zu einer brennenden für die italienische Regierung machen könnte, und die Möglichkeit ist keineswegs ausgeschlossen, daß, wie die Konservativen erwarten, im nächsten Frühjahr hier ein neuer Wechsel in der Regierung eintritt.

Ich glaube hier nicht unerwähnt lassen zu dürfen, daß Graf Tornielli mir gegenüber immer wieder auf die Frage zurückkommt, ob Lord Rosebery sich bei den offenbaren Gegensätzen im Kabinett auf seinem Posten wird halten können. Bei der Unmöglichkeit, sich vorläufig darüber ein eigenes Urteil zu bilden, bin ich der unmaßgeblichen Meinung, daß man sich in Rom mit seiner Versicherung mir gegenüber, daß er sich stark fühlt und unbequeme Einmischungen Mr. Gladstones in seine Behandlung der auswärtigen Politik nicht fürchtet, zunächst begnügen kann. Wenn er aber wirklich mit Schwierigkeiten bei einigen seiner Kollegen zu kämpfen hat, dürfte es sich um so mehr im Interesse Italiens empfehlen, alles zu vermeiden, was diese Schwierigkeiten ohne zwingende Notwendigkeit vermehren und seine Stellung erschüttern könnte.

P. Hatzfeldt

Nr. 1740

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 599 London, den 11. September 1892
Geheim

Der Unterstaatssekretär teilte mir gestern vertraulich mit, daß er einen Privatbrief von Lord Rosebery aus Schottland erhalten habe, in welchem derselbe sich dahin ausspreche, daß er aus verschiedenen Gründen die von ihm, Sir Philip Currie, vorgeschlagene Fassung

---

Versuchung widerstehe, von seiner Macht Gebrauch zu machen und Lorbeeren zu pflücken, und statt dessen seine Aufgabe und seinen Ruhm darin suche, der Welt den Frieden zu erhalten.“ Zu den durch Sperrdruck hervorgehobenen Worten bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Dann wäre ich ja blos ein Condottiere, aber kein Kaiser aus dem Hause Hohenzollern.“

seiner Äußerungen gegen mich bezüglich Italiens für bedenklich halte und deshalb an seiner ursprünglichen Redaktion derselben glaube festhalten zu müssen.

Soweit Sir Philip Currie sich darüber ganz vertraulich aussprach, scheint Lord Rosebery in seinem Schreiben an ihn besonders geltend gemacht zu haben, daß auf die im Vordergrund stehende Friedensliebe der englischen Nation besondere Rücksicht genommen, und deshalb alles vermieden werden müsse, was von derselben später irgendwie als eine Förderung oder Erleichterung kriegerischer Komplikationen in Europa durch das englische Kabinett ausgelegt werden könnte. Ferner hat Lord Rosebery den Vorschlag des Unterstaatssekretärs, das Wort „groundless“ zu streichen, weil dasselbe in Rom vielleicht Bedenken erregen, außerdem aber bei wirklichem Eintritt eines französischen Angriffs auf Italien die damit noch vorbehaltene und vielleicht langwierige Untersuchung der Frage, ob es sich um einen grundlosen Angriff handle, der rechtzeitigen Unterstützung Italiens im Wege stehen würde, mit der Erwägung beantwortet, daß, wenn die öffentliche Meinung sich dann für die Unterstützung Italiens ausspreche und der Regierung dadurch die Möglichkeit des Handelns in diesem Sinn biete, kein Zeitverlust bezüglich der dazu erforderlichen Maßregeln zu befürchten sein würde.

Der Unterstaatssekretär bemerkte hierzu streng vertraulich, daß die Stellung Lord Roseberys, wie ich wohl wisse, eine außerordentlich schwierige sei und ihm die größte Vorsicht auferlege. Es werde mir, nachdem ich mit Lord Rosebery ausführlich gesprochen und mich dadurch über seine Auffassung der Lage informiert hätte, nicht schwer fallen, die Übermittlung der Anlage mit Erläuterungen zu begleiten, die in Rom etwaige Bedenken bezüglich der darin wiedergegebenen Äußerung beseitigen würden. Außerdem würde ich wohl später, wenn die Situation sich hier etwas mehr geklärt, und die Stellung des Ministers sich mehr befestigt hätte, Gelegenheit haben, ihm gegenüber auf die Frage wieder zurückzukommen und dann etwas weitergehende Erklärungen zu provozieren, als der Minister sie heute in einer immerhin mehr oder weniger schriftlich festgesetzten Äußerung für zulässig oder vorsichtig halte.

Indem ich Eurer Exzellenz in der Anlage die fragliche Aufzeichnung abschriftlich gehorsamst überreiche, glaube ich vor allem zur Klarstellung der Sachlage hervorheben zu müssen, daß dieselbe nur die Schlußsätze eines Promemorias wiedergibt, welches Lord Rosebery über seine ganze Unterhaltung mit mir lediglich für die Akten des Foreign Office aufgesetzt hat. pp.

Ganz vertraulich muß ich dazu bemerken, daß die Anlage jene Äußerungen Lord Roseberys mir gegenüber nicht ganz korrekt wiedergibt, was sich wohl aus erneuter Ängstlichkeit bei Abfassung des Schriftstücks erklärt. In unserer Unterhaltung ist mit keinem Wort

von einem „grundlosen" Angriff, sondern lediglich von einem Angriffe überhaupt die Rede gewesen. Außerdem hat Lord Rosebery nicht, wie es aus der Anlage beinahe den Anschein gewinnt, eine persönliche Meinung als Privatmann ausgesprochen, sondern als Minister, was schon aus dem Umstand hervorgeht, daß er sich bemühte, den Nachweis zu führen, daß er dem Kabinett unentbehrlich sei und daher nach aller Voraussicht in der Lage sein werde, seine Ansichten eventuell zur Geltung zu bringen.

Wie dem aber auch sein möge, und wenn die anliegende Redaktion auch keine Verbindlichkeit enthält, welche in Rom als unbedingte Garantie für die englische Unterstützung ausgelegt werden wird, so wird man meines gehorsamsten Erachtens dort doch nicht umhin können, wenn man die hiesige Situation und die Vorsicht, zu welcher Lord Rosebery durch die Schwierigkeiten seiner Stellung genötigt ist, in Erwägung zieht, darin den Beweis zu erblicken, daß derselbe im Grunde seines Herzens die Auffassung seines Vorgängers in bezug auf Italien teilt und den Wunsch hegt, die italienische Regierung hierüber so weit zu beruhigen, als dies ohne Gefährdung seiner ganzen Stellung heute möglich ist.

Meinerseits kann ich mit voller Überzeugung versichern, daß ich, wie die Dinge vorläufig hier liegen, für die ganze erste Zeit noch nicht eine solche allerdings formell unverbindliche, aber doch für die Umstände ziemlich weitgehende und immerhin mehr oder weniger schriftliche Stellungnahme Lord Roseberys zugunsten Italiens für möglich und erreichbar gehalten hätte. Es ist mir auch nicht zweifelhaft, wenn seine Äußerung, so allgemein sie gehalten ist, jetzt schon zur Kenntnis seiner Kollegen gelangte, daß er Angriffen und Schwierigkeiten ausgesetzt sein würde, die vielleicht seinen Austritt zur Folge haben könnten.

P. Hatzfeldt

Anlage.

Copy

My personal view was this, but it must be held to be nothing more, that in the event of France groundlessly attacking Italy, the interests of England as a Mediterranean and Indian Power, would bring her naturally to the rescue of Italy, while her sympathy as having so long and ardently cooperated in the cause of Italian freedom, would lead her in the same direction. That was my personal conviction, but beyond that I could say nothing, and in any case I could not make an authoritative communication as from the British Cabinet to the Italian Government. My belief was simply this, that in the eventuality that was dreaded and contemplated, the natural force of things would bring about the defensive cooperation they desired.

Nr. 1741

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 Rom, den 14. September 1892

Herr Malvano* findet die Aufzeichnung Lord Roseberys sehr artig und zufriedenstellend; Italien könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr verlangen.

Er wird Herrn Brin, der noch einige Tage fortbleibt, Bericht erstatten. Sobald letzterer zurück ist, werde ich die Angelegenheit auch mit ihm besprechen.

Solms

Nr. 1742

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 187 Rom, den 26. September 1892
Geheim

Der mir von Eurer Exzellenz erteilten hohen Weisung, die italienische Regierung von den Besprechungen in Kenntnis zu setzen, welche der Kaiserliche Botschafter in London bezüglich der italienisch-englischen Beziehungen mit Lord Rosebery gehabt hat, hatte ich mich, wie bereits gehorsamst gemeldet**, bisher nur dem Herrn Malvano gegenüber entledigen können, da der Minister Brin abwesend war.

Ich habe gestern die Angelegenheit auch mit Herrn Brin besprochen.

Aus den dem geheimen Erlasse Nr. 425 vom 14. d. Mts. beigefügten Berichten des Kaiserlichen Botschafters Grafen Hatzfeldt*** habe ich alles verwertet, was dazu beitragen konnte, die guten Dispositionen Lord Roseberys ins rechte Licht zu stellen und Herrn Brin zu überzeugen, daß derselbe in seinen Zusagen so weit gegangen sei, als es die gegenwärtigen Umstände überhaupt gestatten; daß es notwendig sei, daß die italienische Regierung sich vorläufig damit begnüge, und daß sie die Stellung Lord Roseberys, welche sich vor-

---

* Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern.
** Siehe Nr. 1741.
*** Identisch mit Nr. 1733, 1739, 1740.

aussichtlich immer mehr befestigen werde, durch das Verlangen weitergehender Erklärungen, zu denen bei der gegenwärtigen politischen Lage eine Notwendigkeit nicht vorliege, nicht erschwere oder gar gefährde.

Ich hatte befürchtet, daß die Phrase: „im Falle eines grundlosen Angriffs" auf Herrn Brin einen etwas deprimierenden Eindruck machen würde, nachdem ich aber bemerkt, daß diese Phrase weder Herrn Malvano noch dem Minister Brin aufgefallen war, so habe auch ich vermieden, die Herren auf diesen Punkt noch besonders aufmerksam zu machen, und die in den Berichten enthaltenen Erörterungen über den „grundlosen Angriff", eine Phrase, welche durch die Entschiedenheit, mit der sie von Lord Rosebery aufrechterhalten wurde, noch an Bedeutung gewinnt, mit Stillschweigen übergangen.

Herr Brin sprach sich dahin aus, daß man von Lord Rosebery wohl nicht mehr erwarten könne; England halte sich stets zurück, und Lord Salisbury habe im Grunde auch keine sehr bindende Erklärung abgegeben. Man müsse eben abwarten, was England im gegebenen Falle tun werde.

Für Italien sei überhaupt nur wichtig zu erfahren, ob es unter allen Umständen bei einem französischen Angriffe auf England rechnen könne. Lord Vivian habe ihn gefragt, ob Italien im Falle eines deutsch-französischen Krieges gegen Frankreich vorgehen würde, worauf er geantwortet, es verstehe sich von selbst, daß, wenn Frankreich Deutschland angriffe, Italien letzterem sofort beistehen würde. Auf die Frage, ob Italien auch dann auf Englands Beistand rechnen könne, wenn es auf diese Weise in einen Krieg mit Frankreich verwickelt würde, habe Lord Vivian geantwortet, in dem Falle sei es doch sehr fraglich, ob dies die öffentliche Meinung in England gestatten werde.

Und gerade über diesen Punkt, fügte der Minister hinzu, Klarheit zu gewinnen, ist für mich von der allergrößten Bedeutung. pp.

Graf Solms

Nr. 1743

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 235 Paris, den 12. Oktober 1892

Als Mr. Gladstone in England wieder an das Ruder kam, träumten die hiesigen, doch meistens sehr kurzsichtigen Politiker von Wiedererlangung des französischen Einflusses in Ägypten, der entente cordiale, Verständigung Englands mit Italien und dergleichen mehr.

Durch Lord Roseberys Übernahme des Auswärtigen Amtes wurden diese Illusionen schon etwas zerstört.

Besonders unangenehm aber hat es hier berührt, daß Sir Charles Dilke und Labouchère, die beiden englischen Franzosenfreunde par excellence, nicht allein keine Stellung im Kabinette gefunden, sondern sich mit Gladstone verfeindet haben.

Die Freunde Mr. Gladstones hier, zu deren bedeutendsten Léon Say zu zählen ist, gehören alle der freihändlerischen Richtung an und haben in diesem Augenblicke, wo das Schutzzollfieber noch nicht abgekühlt ist, sehr wenig Einfluß.

In England sind natürlicherweise durch den neuen Tarif, welcher den englischen Handel sehr schädigt, die kommerziellen Kreise sehr verstimmt*. Daß Mr. Gladstone sehr wünschen würde, die Franzosen mehr freihändlerisch zu sehen, als sie jetzt sind, und es gern sehen würde, wenn Frankreich auf diesem Gebiete namentlich mit Italien, Spanien und der Schweiz zu einer Verständigung gelangen könnte, glaube ich gern, halte aber seinen Einfluß hier für zu schwach, um dabei ins Gewicht fallen zu können.

Das Mißtrauen zwischen den beiden Auswärtigen Ministerien ist, wenn mich meine Beobachtungen nicht sehr täuschen, womöglich noch größer als zu Zeiten Salisburys.

Lord Dufferin** beklagt sich bitter über Herrn Ribot***, mit dem er schon einige sehr unangenehme Auftritte gehabt hat. Die Stellung des Botschafters Waddington in London leidet darunter, daß man dort weiß, daß Herr Ribot nur darauf sinnt, wie er ihn beseitigen könnte.

Die Vorgänge in Uganda† haben zu den unangenehmsten Erörterungen geführt, und es schweben noch Verhandlungen über Schadenersatz, den die französische Regierung für die geschädigten französischen Missionen verlangt.

Die Art und Weise, wie Herr Ribot diese Ansprüche geltend gemacht habe, hat in England verletzt.

Das alles macht den Eindruck, als sei man von einer entente cordiale noch weit entfernt.

Münster

---

* Während Deutschland seit dem Beginn der 90er Jahre sich einem neuen System der Handelsverträge zuwandte, bildete Frankreich seit 1891 das bisherige System der Autonomie und Isolierung nur noch schärfer aus. Am 1. Februar 1892 traten erhöhte Schutzzölle in Kraft, die namentlich die englischen Interessen schwer schädigten.

** Seit 1891 englischer Botschafter in Paris.

*** Seit März 1890 französischer Minister des Äußern, seit Dezember 1892 auch Ministerpräsident.

† Mitte April 1892 war es zu einem großen Konflikt zwischen den englischen und französischen Missionen in Uganda gekommen.

Nr. 1744

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 773 London, den 24. November 1892

Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 795* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte, bevor ich zur Beantwortung der darin gestellten Fragen, soweit dies heute möglich ist, übergehe, um hochgeneigte Erlaubnis, mich zunächst über meine Beziehungen zu Lord Rosebery bei dieser Gelegenheit eingehend äußern zu dürfen.

Zu dem Umstand, daß im vorliegenden Fall die Verwertung der Anlage des hohen Erlasses mit Rücksicht auf die Quelle an sich ausgeschlossen ist, tritt noch besonders hinzu, daß ich seit dem Amtsantritt Lord Roseberys immer mehr zu der Erkenntnis gelangt bin, daß der einzige Weg, allmählich sein volles Vertrauen zu gewinnen, darin besteht, in den großen politischen Fragen keine Initiative zu nehmen, sondern ihn damit kommen zu lassen. Sobald er den Eindruck hat, daß er zu einer möglicherweise bedenklichen Äußerung verleitet werden soll, wird er ängstlich und zurückhaltend. Aus demselben Grunde habe ich ihn vorläufig nur selten und nur dann aufgesucht, wenn ich besondere Geschäfte mit ihm zu besprechen hatte. Dieses Verfahren, welches mir auch fürs erste noch ratsam erscheint, hat sich insofern bereits bewährt, als Lord Rosebery seitdem mehrmals aus eignem Antrieb den Wunsch gezeigt hat, mich zu sehen, und dann jedesmal mehr Offenheit und Vertrauen bewiesen hat.

Hierbei wirkt noch ein Umstand mit, der nicht offen hervortritt, mir aber wohlbekannt ist. Noch vor seinem Abgang sprach Lord Salisbury mir gegenüber im Vertrauen, aber rückhaltlos aus, daß er, wenn Mr. Gladstone die Leitung der englischen Politik jetzt wieder in die Hand bekomme, vollständig darauf gefaßt sei, uns bei seiner, Lord Salisburys, eventuellen Rückkehr zur Macht als Alliierte Rußlands wiederzufinden. Aus Äußerungen des Unterstaatssekretärs, welcher das volle Vertrauen Lord Salisburys besaß, habe ich die feste Überzeugung, daß letzterer ihm seine Besorgnisse in dieser Hinsicht nicht verheimlicht hat. Es ist mir auch nicht zweifelhaft, daß Sir Philip Currie, welcher seinen neuen Chef in die Geschäfte einzuweihen hatte, denselben (vielleicht im Auftrage Lord Salisburys) nachdrück-

---

* Siehe Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2127. Der Erlaß, dem ein Bericht des Generalkonsuls in Bombay Freiherrn von Heyking mit ausführlichen Mitteilungen über die Vorbereitungen der anglo-indischen Regierung gegen einen etwaigen russischen Angriff beilag, stellte die Frage, welche Stellung die leitenden englischen Staatsmänner, insbesondere Salisburys Nachfolger im Foreign Office Rosebery gegenüber einem russischen Vorstoß auf Konstantinopel einnehmen würden.

lich auf die Gefahr hingewiesen hat, uns durch eine franzosenfreundliche Politik oder andere Fehler zu gewissen für England unerwünschten Konzessionen an Rußland zu treiben.

Diese Besorgnis wird meines Dafürhaltens um so mehr bei Lord Rosebery nachwirken, wenn wir daran festhalten, ihm persönlich Vertrauen zu zeigen, ohne jedoch empressement zur Verständigung über politische Zukunftsfragen an den Tag zu legen, zu deren Besprechung er nicht selbst die Initiative ergreift. Aus meiner Haltung muß er, wie ich glaube, den Eindruck erhalten, daß ich zwar an seiner persönlichen Übereinstimmung mit seinem Vorgänger nicht zweifle, dagegen von seinem durchschlagenden Einfluß im Kabinett und von seiner Festigkeit etwaigen abweichenden Tendenzen Mr. Gladstones oder anderer Minister gegenüber noch nicht überzeugt bin, daß mir deshalb Zurückhaltung geboten erscheint, vielleicht auch auferlegt ist, und daß wir dabei wahrscheinlich auch die Möglichkeit im Auge haben, eine andere als die bisherige Politik einzuschlagen und unseren Alliierten zu empfehlen, wenn wir schließlich zu der Überzeugung gelangen, daß auf eine loyale und wirksame Unterstützung der Tripelallianz oder doch derjenigen Zwecke derselben, welche sich mit wesentlichen Interessen Englands decken, hier unter dem jetzigen Kabinett doch niemals gerechnet werden kann.

Weiterzugehen und schon jetzt eine Schwenkung unserer Politik in gewissen für England wichtigen Fragen in irgendeiner Form in Aussicht zu stellen, würde ich, falls nicht andere schwerwiegende Gründe der europäischen Politik dafür sprechen, mit Rücksicht auf die hiesige Situation nicht für ratsam halten. Es darf meines gehorsamsten Erachtens nicht übersehen werden, daß Lord Rosebery dasjenige Element im jetzigen Kabinett ist, auf dessen Erhaltung und Befestigung es für uns ankommt, weil er das einzige Gegengewicht zu den phantastischen und mehr oder weniger franzosenfreundlichen Neigungen Gladstones bildet, Ägypten nicht aufzugeben wünscht, überhaupt mehr zur Tripelallianz hinneigt und im allgemeinen die Traditionen Lord Salisburys in bezug auf die auswärtige Politik Englands repräsentiert. Gerade deshalb hat er aber in seiner Partei und wahrscheinlich im Kabinett selbst manche Gegner, und seine Stellung ist eine äußerst schwierige und nötigt ihn zur größten Vorsicht. Wenn wir ihm diese Stellung erschweren wollten, indem wir schon jetzt gewisse Zusicherungen, z. B. für den Fall eines russischen Vorgehens gegen Indien, verlangen oder unsererseits eine Veränderung unserer Politik in bezug auf Konstantinopel in Aussicht stellen*, ließen sich, soweit ich es übersehen kann, nur zwei Fälle denken: entweder er versucht es, die Zustimmung des Kabinetts zu Äußerungen zu gewinnen, welche eine entschiedene Parteinahme gegen Rußland und eventuell Frankreich

* Vgl. dazu Bd. IX, Kap. LV.

in sich schließen und zu gespannten Beziehungen mit beiden Mächten führen könnten, wenn sie zur Kenntnis derselben gelangten, und in diesem Falle würde er, wie die Dinge heute liegen, wenigstens bei einem Teil seiner Kollegen auf bestimmten Widerspruch stoßen und nur die Wahl haben, nachzugeben oder sich zurückzuziehen, oder aber es tritt der Fall ein, den ich keineswegs für undenkbar halte, daß Lord Rosebery, bei welchem der persönliche Ehrgeiz eine sehr bedeutende Rolle spielt, vor allem seine Stellung zu erhalten sucht, und daß er, wenn er die Unmöglichkeit sieht, uns zu befriedigen, ohne sich unmöglich zu machen, lieber ohne weiteres selbst eine Schwenkung nach der anderen Seite macht.

In beiden Fällen würde das einzige Gegengewicht im jetzigen Kabinett gegen die französischen und anderweitigen verderblichen Tendenzen einiger Mitglieder desselben zerstört sein, und derjenige Minister für uns fortfallen, von welchem, soviel ich weiß, die Russen und Franzosen selbst annehmen, daß er einer Verwirklichung ihrer Absichten, wenn sie dabei auch auf die Schwäche Gladstones rechnen könnten, ernstlich im Wege steht.

Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich stets den Eindruck gehabt, daß die Erhaltung Lord Roseberys gerade mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Zukunft für uns und unsere Freunde besonders erwünscht ist. Dieser Eindruck wird noch durch die Erwägung verstärkt, daß, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, ernste Komplikationen in der europäischen Politik fürs erste kaum zu befürchten sind, und daß wir es hier mit einer vorläufig jedenfalls sehr schwachen Regierung zu tun haben, deren Aufmerksamkeit fast ausschließlich durch innere Schwierigkeiten und die Sorge um die Erhaltung ihrer Existenz in Anspruch genommen ist. Diese Umstände würden, wenn die Ernennung Lord Roseberys mit Erfolg hintertrieben worden wäre, Herrn Gladstone heute vielleicht nicht hindern, phantastische Seitensprünge nach Frankreich zu zu unternehmen und Rußland gegenüber eine Schwäche an den Tag zu legen, die beide Mächte bei ihren politischen Bestrebungen zu kühnerem Vorgehen ermutigen könnten. Wie die Dinge heute liegen, ist wenigstens so viel gewonnen, daß Mr. Gladstone, welcher sich offenbar dazu verstehen muß, seinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine ziemlich große Selbständigkeit zu bewilligen, dadurch von gefährlichen Ausschreitungen abgehalten wird, und daß Rußland und Frankreich auf die Schwäche Englands nicht rechnen können, solange Lord Rosebery die auswärtige Politik leitet, ja daß sie sich nicht einmal sicher fühlen, ob derselbe ihnen nicht aktiv entgegentreten würde, wenn es sich um einen französischen Angriff auf Italien oder ein russisches Vorgehen gegen Konstantinopel handeln sollte.

Für uns kommt noch hinzu, daß wir es hier mit einer vorübergehenden Situation zu tun haben, in welche der Zusammentritt des

Parlaments im Februar künftigen Jahres voraussichtlich in kurzer Zeit Klarheit bringen wird. Wenn ich auch die sanguinischen Hoffnungen mancher Konservativen nicht teile, daß das Kabinett Gladstone ohne weiteres in der irischen Frage zu Fall kommen muß, so wird sich doch voraussichtlich bald, vielleicht schon im Februar oder März nächsten Jahres, zeigen, ob die schwache und aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Majorität der Regierung fest zusammenhält, und ob die letztere auf eine längere Amtsdauer rechnen kann.

Sollte der letztere Fall eintreten, so würde ich, falls Eure Exzellenz mir hochgeneigtest gestatten wollen, eine Ansicht darüber zu äußern, dann den Augenblick für gekommen halten, Herrn Gladstone darüber keinen Zweifel zu lassen, daß wir und unsere Verbündeten uns nicht für verpflichtet halten können, englische Interessen zu vertreten und uns dafür gefährlichen europäischen Verwicklungen auszusetzen, solange wir nicht volle Klarheit darüber haben, ob und wie weit England das Seinige dazu beizutragen entschlossen ist.

Indem ich Eurer Exzellenz Nachsicht für die vorstehende sehr ausführliche Erörterung der augenblicklichen hiesigen Situation und meine Auffassung derselben erbitte, darf ich gehorsamst bemerken, daß es mir von hohem Wert für mein weiteres Verhalten Lord Rosebery gegenüber sein würde, darüber unterrichtet zu werden, ob Eure Exzellenz mit dieser Auffassung und der dem jetzigen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gegenüber von mir beobachteten Haltung einverstanden sind*.

Die in dem hohen Erlaß Nr. 795 angeregten speziellen Fragen gestatte ich mir in einem besonderen Bericht (Nr. 774**) gehorsamst zu beantworten, soweit mir dies nach Lage der Dinge heute schon möglich ist.

P. Hatzfeldt

Nr. 1745

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 426 London, den 26. Mai 1893

Ganz vertraulich

Es war mir, als ich meinen italienischen Kollegen kürzlich nach längerer Zeit zuerst wiedersah, aufgefallen, daß derselbe, als Lord

* Die Antwort des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall vom 10. Dezember sprach dessen Einverständnis aus. „Ich bin vollständig der Ansicht Euerer pp., daß es zurzeit nicht nützlich, Lord Rosebery zu irgendwelchen Äußerungen zu drängen, daß wir vielmehr mit seinem bisherigen Verhalten vorläufig zufrieden sein und die weitere Entwicklung zunächst abwarten können"

** Siehe Bd. IX, Nr. 2128.

Rosebery gesprächsweise zwischen uns erwähnt wurde, sich mit größerer Lebhaftigkeit und Wärme über den Minister äußerte, als ich es früher von ihm gewohnt war. Auf der anderen Seite machte ich auch bald die Beobachtung, daß die Stimmung Lord Roseberys, welchem der italienische Botschafter in der ersten Zeit seiner ministeriellen Tätigkeit anscheinend sehr wenig sympathisch gewesen war, sich in dieser Hinsicht ebenfalls wesentlich und zugunsten desselben verändert hatte. Es schien mir nicht ohne Interesse, den Gründen dieser auffallenden gegenseitigen Annäherung, welche für die politischen Beziehungen beider Länder und daher auch für uns von Bedeutung werden kann, näher nachzuforschen.

In einer längeren und vertraulichen Unterhaltung, die ich heute mit dem Grafen Tornielli hatte, bot sich dazu Gelegenheit, und meine Aufgabe stellte sich dabei als eine um so leichtere heraus, als er mit großer Bereitwilligkeit darauf einging, mir seine Erfahrungen mit dem Minister und seine Auffassung über denselben mitzuteilen.

Zu meiner Überraschung knüpfte der Botschafter dabei an Lord Salisbury an, über den er sich mit einer gewissen Bitterkeit aussprach, indem er ihm geradezu Mangel an politischer Aufrichtigkeit zum Vorwurf machte. In allen Geschäften, die er mit dem konservativen Premierminister zu verhandeln gehabt, habe er, Tornielli, stets den Eindruck erhalten, daß die Äußerungen desselben nicht aufrichtig gemeint seien und nur den Zweck verfolgten, sich durch mehr oder weniger plausible Vorwände den italienischen Wünschen zu entziehen. In dieser Hinsicht bliebe ihm unvergeßlich, wie Lord Salisbury seinerzeit, als Italien auf eine gemeinschaftliche Demarche in Paris wegen der Anlage eines Kriegshafens in Biserta* Wert legte, schließlich, als ihm kein anderer Vorwand mehr einfiel, zu der beinahe kindischen Behauptung seine Zuflucht genommen habe, daß die englische Admiralität, weit entfernt, in der Anlage jenes französischen Kriegshafens einen Nachteil zu erblicken, die Teilung der französischen Mittelmeerflotte, die im Kriegsfalle dadurch herbeigeführt werden müsse, als einen Vorteil für die englische Flotte begrüße.

Ganz andere Erfahrungen habe er, Tornielli, seit einigen Monaten mit dem jetzigen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gemacht. Lord Rosebery sei ein Staatsmann von festem Willen und klarer Erkenntnis, dessen bei jeder Gelegenheit bekundete Aufrichtigkeit volles Vertrauen erwecke. In allen Punkten, die er, Tornielli, mit ihm besprochen, habe derselbe ihm, ohne Ausflüchte zu suchen, stets offen gesagt, ob und wie weit er seinerseits darin gehen könne, und die Erfahrung habe dann bewiesen, daß er daran auch unbedingt festhalte. pp.

---

* Vgl. Kap. LIII, B.

Seine Lobrede auf den Minister beschloß Graf Tornielli damit, daß er ihn auf gleiche Stufe mit den früheren großen Staatsmännern der alten englischen Schule stellte und dazu noch die bedeutsame Bemerkung machte, daß eine Äußerung Lord Roseberys über die von ihm in gewissen Fällen beabsichtigte Politik bei der Wahrheitsliebe und Festigkeit dieses Ministers in seinen, Torniellis, Augen viel mehr Wert habe als ein Blatt Papier, wenn dasselbe auch schwarz auf weiß einige Versprechungen enthalte, an welchen nachher herumgedeutet werden könne.

Dazu komme noch der Umstand, daß Lord Rosebery seine Unabhängigkeit Herrn Gladstone und den anderen Ministern gegenüber bewiesen habe, und daß der Bestand des Kabinetts, in welchem Lord Rosebery eine solche Rolle spiele, auf unbestimmte Zeit hinaus keineswegs bedroht erscheine. Wenn das Haus der Lords die Homerule-Vorlage auch wirklich gegen Ende dieses Jahres verwerfe, so sei der Rücktritt des Kabinetts doch dadurch keineswegs bedingt, und es stehe Herrn Gladstone vollständig frei, sie im nächsten Jahre wieder einzubringen. Diesem Kabinett, solange es überhaupt bestehe, werde Lord Rosebery aber, wie sich immer deutlicher herausstelle, stets ein unentbehrliches Mitglied bleiben, und der Einfluß, welchen derselbe in auswärtigen Fragen auch auf die persönliche Haltung des Premierministers jetzt ausübe, habe sich unverkennbar in der Rede gezeigt, in welcher der letztere zum ersten Male und im Widerspruch mit seinen Antezedenzien kategorisch ausgesprochen habe, daß Frankreich keine speziellen Rechtstitel auf Einmischung in die ägyptische Frage besitze*.

Nachdem ich mich, wie Eurer Exzellenz bekannt ist, kurz nach dem Dienstantritt Lord Roseberys besonders bemüht hatte, den letzteren zu beruhigenden Äußerungen für die italienische Regierung zu bewegen und dadurch vertraulichere Beziehungen zwischen den beiden Regierungen herbeizuführen, hatte ich um so weniger Veranlassung, der jetzigen Zufriedenheit meines italienischen Kollegen mit dem Minister entgegenzutreten, und ich stimmte daher seinen Lobeserhebungen, die ich zum großen Teil für begründet halte, zu, indem ich gleichzeitig in bezug auf die gegen Lord Salisbury erhobenen Vorwürfe meine Reserven machte** und meine Überzeugung nicht verheimlichte,

---

* Am 1. Mai hatte Gladstone im Unterhause bei Beantwortung von Sir Charles Dilkes Anfrage, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sei, um die oft versprochene Evakuierung Ägyptens durchzuführen, es im Widerspruch mit seiner früheren Ansicht entschieden abgelehnt, irgendeinen Zeitpunkt für die Räumung in Aussicht zu nehmen: ehe die im Augenblicke der Okkupation übernommene Verpflichtung, am Nil vollkommen geordnete und gesicherte Zustände herzustellen, nicht gelöst sei, könne die segensreiche englische Kontrolle nicht aufhören.

** Vgl. Graf Hatzfeldts ausführliche Auslassungen über Lord Salisbury in Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2128.

daß Italien von diesem Staatsmann unter Umständen bereitwillige Hülfe und Unterstützung zu erwarten hatte.

Vor meiner heutigen Unterredung mit Graf Tornielli hatte ich bereits Gelegenheit gefunden, mich in vertraulicher Unterhaltung mit Lord Rosebery zu überzeugen, daß derselbe nicht nur von seiner früheren Eingenommenheit gegen den Vertreter Italiens zurückgekommen ist, sondern auch mit der Haltung des jetzigen italienischen Kabinetts im ganzen zufrieden ist. Er machte in dieser Hinsicht nur eine Reserve, welche sich auf die häufigen und angeblich nicht immer glücklichen Ratschläge der Italiener in Sofia und Konstantinopel bezog.

Zur Erläuterung muß ich hier zunächst anführen, daß eine angebliche Äußerung des Fürsten Bismarck, wonach über orientalische Fragen eine Art Einverständnis zwischen Italien und Rußland bestehen, und ersteres jedenfalls in diesen Fragen zu einem Entgegenkommen in Petersburg geneigt sein würde, den englischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten besonders frappiert und wohl auch beunruhigt hatte. Als Lord Rosebery mir gegenüber diese angebliche Äußerung des vormaligen Reichskanzlers gesprächsweise erwähnte, vielleicht in der Erwartung, daß ich sie als unbegründet bezeichnen würde, habe ich mich damit begnügt, Unkenntnis der Äußerung vorzuschützen, ohne jedoch die nachdrückliche Überzeugung auszusprechen, daß Italien unter keinen Umständen in orientalischen Fragen, an welchen es kein direktes Interesse hat, sich jede Liebenswürdigkeit gegen die russische Regierung versagen würde. Ganz abgesehen davon, daß ich aus früheren Vorgängen den Eindruck habe, daß wenigstens Herr Crispi seinerzeit nicht abgeneigt gewesen ist, sich auf dem bezeichneten Gebiet der russischen Regierung zu nähern, schien es mir kaum wünschenswert, die darauf bezüglichen Besorgnisse Lord Roseberys vollständig zu zerstreuen. Wenn ich mich in dieser Hinsicht geirrt habe, so wollen Eure Exzellenz mich hochgeneigtest darüber belehren*.

Vorläufig kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die von Lord Rosebery in der Stille vollzogene Annäherung an Italien und seinen hiesigen Vertreter zum Teil auf jene Besorgnisse zurückzuführen ist, und daß der Minister, wenn er auch die politische Notwendigkeit intimer Beziehungen zu Italien überhaupt zu würdigen weiß, dabei heute auch den besonderen Zweck im Auge hat, dasselbe von unerwünschten anderweitigen Verbindungen abzuhalten und sich zu diesem Zweck einen entscheidenden Einfluß in Rom zu sichern.

P. Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 1748.

Nr. 1746

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 431 London, den 27. Mai 1893
Vertraulich

Da Lord Rosebery mir wiederholt den Wunsch ausgesprochen hat, mich möglichst häufig zu sehen, so habe ich ihn in der letzten Zeit mehrmals auch ohne spezielle geschäftliche Veranlassung aufgesucht, in der Annahme, daß es mir in zwangloser Unterhaltung am besten gelingen würde, mir über seine gegenwärtige Stimmung wie über seine Auffassung der im Vordergrund stehenden Fragen ein richtiges Bild zu machen.

Zunächst hatte ich wieder den Eindruck, den er auch offenbar zu machen wünschte, daß er auf nahe und vertrauliche Beziehungen zu uns großen Wert legt. Immer wieder kam er darauf zurück, von welcher Wichtigkeit es sei, daß er und ich in fortgesetzter Fühlung bleiben, die am wirksamsten dazu beitragen werde, unter Ausschließung jedes Mißverständnisses zwischen den beiden Regierungen die wünschenswerte weitere Entwicklung der Dinge zu sichern. Ganz im Hintergrunde dieser für uns wie für mich persönlich sehr freundschaftlichen allgemeinen Äußerungen glaubte ich dabei einige kleine Symptome zu bemerken, daß er auf noch intimere Beziehungen mit uns gerechnet hatte, als tatsächlich bisher stattgefunden haben, und daß er auf eine noch größere Dosis von Vertrauen, Entgegenkommen und vielleicht auch Unterstützung seiner Stellung und persönlichen Bestrebungen von unserer Seite den größten Wert legen würde.

Es schien mir angezeigt, die freundschaftlichen Zusicherungen des Ministers mit derselben persönlichen Gesinnung zu erwidern, wie sie schon durch unsere langjährigen Beziehungen gerechtfertigt ist, ohne jedoch durch meine Äußerungen eine Handhabe für die Vermutung zu bieten, daß meine Regierung ein unbedingtes Vertrauen in das Kabinett des Herrn Gladstone setzt. Einerseits scheint es mir eher nützlich, wenn Lord Rosebery zwar an unsere guten Gesinnungen für seine Person glaubt, gleichzeitig aber doch in einer gewissen Unsicherheit darüber bleibt, ob und wie weit wir uns gegebenenfalls zu einer Unterstützung dieses Kabinetts entschließen würden. Andererseits halte ich es doch vorläufig für ausgeschlossen, so vertrauliche persönliche Beziehungen auch zwischen uns bestehen, ihm gegenüber an den Tag zu legen, daß wir in das jetzige Kabinett und namentlich in den Leiter desselben nicht hinreichendes Vertrauen setzen können, um uns in schwierigen politischen Fragen für dasselbe anderweitig zu kompromittieren. Eine solche Äußerung, selbst

in Form einer freundschaftlichen Andeutung, würde Lord Rosebery vielleicht sogar persönlich verletzen, nachdem er sich seit seinem Dienstantritt stets bemüht hat, uns zu überzeugen, daß er im Kabinett auf durchaus festen Füßen steht und sich in auswärtigen Fragen eine Unabhängigkeit gesichert hat, die ihm die Fortführung der Politik Lord Salisburys nach außen unbedenklich gestattet*. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 1747

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 436 London, den 31. Mai 1893

Ganz vertraulich

Der österreichische Botschafter, welcher mich gestern aufsuchte, äußerte sich im Laufe der Unterhaltung sehr anerkennend über die politische Haltung Lord Roseberys, die auch in Wien als eine durchaus befriedigende betrachtet werde. Bei seiner letzten Anwesenheit in Wien habe Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph in der Audienz, welche höchstderselbe dem Botschafter erteilte, auch diesen Punkt berührt und dabei besonders hervorgehoben, daß Lord Rosebery bald nach seinem Dienstantritte durch meine Vermittlung dazu bewogen worden sei, sich offen darüber auszusprechen, daß er die von seinem Vorgänger mit Österreich und Italien eingegangene Verständigung als weiterbestehend und verbindlich betrachte. Dies sei ihm, dem Botschafter, nachher auch durch den Grafen Kálnoky bestätigt worden, welcher, wie er annehme, darüber von Berlin aus informiert worden sei.

Graf Deym fügte hinzu, daß Lord Rosebery seitdem nach allen Anzeichen an der damals von ihm ausgesprochenen Auffassung entschieden festhalte. Zu seiner Überraschung sei der Minister in einer Unterhaltung mit ihm, dem Botschafter, neulich sogar so weit gegangen, sich offen darüber auszusprechen, daß die kürzlich in Wien von Sir Augustus Paget** bei einem Abschiedsfest an den Tag gelegte politische Auffassung, welche überall in der Presse eine gewisse Sensation gemacht hat, von ihm, dem Minister, vollständig geteilt und gebilligt werde.

Es ist, wie ich hier gehorsamst hervorheben darf, und sich aus meiner Berichterstattung vom September vorigen Jahrs ergibt, eine

---

* Den Schluß des Berichts siehe in Kap. LIII, A, Nr. 1835.

** Der in den Ruhestand versetzte englische Botschafter in Wien hatte am 13. Mai bei einer Abschiedsfeier eine Ansprache gehalten, in der er Österreich als den „natürlichen Alliierten" Englands pries.

irrtümliche Annahme des Grafen Deym, daß ich in jener Zeit meine Bemühungen darauf gerichtet habe, Lord Rosebery zu einer speziellen Äußerung über das zwischen Lord Salisbury und Österreich bestehende Einverständnis zu veranlassen. Wir haben es, wie Eure Exzellenz sich hochgeneigtest erinnern werden, seit dem Abschluß desselben stets vermieden, hier in dieser Hinsicht ohne ein ausdrückliches Ersuchen der österreichischen Regierung die Geschäfte von Österreich zu machen, und dieses Verfahren war, wenn ich mich nicht täusche, um so mehr gerechtfertigt und ist es auch heute noch, als die zu allen Zeiten geringe politische Aktivität Österreichs in London voraussichtlich noch mehr erlahmen würde, wenn die österreichische Regierung sich auf die Vertretung ihrer hiesigen Interessen durch uns und die Ausbeutung des persönlichen Einflusses, den ich mir durch siebenjährige Tätigkeit vielleicht erworben habe, zu diesem Zwecke stets blindlings verlassen könnte.

Meinem österreichischen Kollegen, welcher mich zu einer Äußerung über die Richtigkeit der ihm in Wien gemachten Mitteilungen drängte, habe ich nur erwidert, daß ich, soviel ich mich erinnern könne, damals Lord Rosebery gegenüber die Verständigung mit Italien besonders erwähnt hätte, weil dort eine Beruhigung über die Auffassung des neuen englischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten besonders erwünscht schien, während dieser Fall in Wien, soweit ich es beurteilen konnte, nicht vorlag, daß das Ergebnis der damaligen Besprechungen aber offenbar auch Österreich zugute gekommen sei, da die Anerkennung der Italien unter dem vorigen englischen Kabinett erteilten Zusicherung sich schwerlich ohne die gleiche Anerkennung Österreich gegenüber denken lasse.

P. Hatzfeldt

Nr. 1748

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 355 Berlin, den 3. Juni 1893

Ew. beehre ich mich auf den gefälligen Bericht Nr. 426 vom 26. v. Mts.* zu erwidern, daß ich mit der Haltung, welche Sie gegenüber den Besorgnissen Lord Roseberys vor einer Annäherung Italiens an Rußland in Fragen der Orientpolitik eingenommen haben, durchaus einverstanden bin. Ew. Ansicht, daß die vom englischen Minister neuerdings in der Stille vollzogene Annäherung an Italien und seinen

---

* Siehe Nr. 1745.

Londoner Vertreter auf jene Besorgnis zurückzuführen ist, teile ich vollkommen.

Es kann uns nur erwünscht sein, wenn Lord Rosebery auch weiter darauf hinarbeitet, Italiens Sympathien immer mehr auf die Seite Englands zu ziehen, und auf diese Weise die italienische Politik von anderweitigen Verbindungen abzuhalten sucht.

Ich stelle Ew. pp. daher anheim, in Ihren vertraulichen Gesprächen mit dem englischen Minister demselben zu empfehlen, die mit Graf Tornielli angeknüpften guten Beziehungen zu pflegen* und womöglich immer enger zu gestalten. Ob es angezeigt ist, demselben nahezulegen, mit Graf Tornielli in neue Verhandlungen betreffend die bekannten neun Punkte** zu treten, werden Ew. pp. an Ort und Stelle am besten beurteilen können. Eine deutsche Vermittelung, welche seinerzeit nur durch das Mißtrauen Lord Salisburys gegen den Grafen Tornielli notwendig war, würde bei diesen Verhandlungen jetzt nicht mehr in Betracht kommen.

Marschall

Nr. 1749

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 London, den 26. Juli 1893

Ganz geheim

Ich fand Lord Rosebery heute in sehr gedrückter Stimmung***. Nachdem er als Bedingung vorausgeschickt, daß er nur streng ver-

---

* In gleichem Sinne war auch der Botschafter in Rom Graf Solms instruiert worden. In seinem Berichte vom 9. Juni, Nr. 109 (siehe denselben in Kap. LIII, B, Nr. 1906) bemerkte dieser dazu: „Ich teilte heute dem Minister Brin mit, wie sehr man in Berlin über die zwischen dem Grafen Tornielli und dem Lord Rosebery bestehenden guten Beziehungen erfreut sei; Lord Rosebery vertrete gewissermaßen die Ansichten, welche sich unter den jüngeren Schichten der englischen Politiker immer mehr verbreiten, daß England Frankreich gegenüber zu schwach sei, um isoliert zu bleiben, und daß es eine Anlehnung an andere Staaten, den Dreibund, suchen müsse. Der Minister entgegnete, das sei alles sehr schön, aber England hielte sich doch immer sehr zurück, und man könne nie mit Bestimmtheit auf seine Mitwirkung zählen.“

** Es handelt sich um das bekannte Entente à trois-Abkommen vom 12. Dezember 1887. Vgl. Bd. IV, Nr. 938, Anlage I, Nr. 940, Anlage.

*** Um die Mitte des Jahres 1893 war es infolge verschiedener Zwischenfälle zu einem ernsten französisch-siamesischen Konflikt gekommen, der zu einem französischen Ultimatum mit der Forderung u. a. des ganzen linken Mekongufers führte. Diese Vorgänge erregten in England um so mehr böses Blut, als Frankreich früher wiederholt erklärt hatte, die Integrität Siams respektieren zu wollen. Wie Lord Rosebery am 24. Juli 1893 dem deutschen Botschafter vertraute, war

traulich und nicht als Minister, sondern als Freund mit mir spreche, klagte er lebhaft über die neuerliche Schwierigkeit seiner Lage. Er sei überzeugt, daß ein festes Auftreten Englands, namentlich wenn China seinerseits das Seinige tue, genügen würde, die französische Regierung, welche unzweifelhaft einen Krieg mit England schon wegen der unberechenbaren weiteren Folgen scheue, auch jetzt noch zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Er wisse aber nicht, und es erscheine ihm sogar zweifelhaft, ob er zu einer solchen Politik die Zustimmung seiner Kollegen finden würde.

Lasse man sich aber hier in der Sache jetzt alles gefallen, so zweifle er keinen Augenblick, daß der Übermut der Franzosen maßlos steigen, und daß auch in keinen anderen zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen irgendeine Verständigung mit ihnen möglich sein würde. Gleichzeitig gab Lord Rosebery bereitwillig zu, daß durch unbedingte Nachgiebigkeit Englands in Siam sein Prestige in Indien bedenklich erschüttert werden würde.

Dagegen stellte der Minister (welcher seine neuliche Äußerung wohl vergessen hatte*) heute lebhaft in Abrede, daß er China zurückhalten wolle. Es war ihm ganz klar, daß China, ohne sich vorläufig offiziell zu engagieren, durch schwarze Flaggen usw. die Franzosen namentlich in Tonkin schwer schädigen und vielleicht zum Einlenken bringen könnte, und er fügte hinzu, daß er jeden Augenblick ein Telegramm aus Peking über die dortigen Absichten erwarte.

Lord Dufferin hat seit erster Unterredung mit Herrn Develle keine Gelegenheit mehr finden können, den Minister zu sehen. Lord Rosebery hat deshalb gestern mit dem französischen Geschäftsträger gesprochen, ihm alle nicht gehaltenen Zusicherungen seiner Regierung bezüglich Siams rekapituliert und schließlich, wie er versichert, bestimmt erklärt, daß, wenn Frankreich auf diesem Wege fortfahre, auch von keinerlei Konzession Englands bezüglich Ägyptens jemals mehr die Rede sein könne.

Der Minister kam auch gesprächsweise wieder auf unsere Auffassung der siamesischen Vorgänge, indem er die Richtigkeit meiner

---

es für England „beinahe unannehmbar", Frankreich zum Grenznachbar in Birma zu erhalten. Indessen schreckte doch das englische Kabinett vor einem Bruch mit Frankreich zurück, und so sandte die englische Regierung zunächst den beurlaubten Botschafter Lord Dufferin nach Paris zurück, um mit dem französischen Minister des Äußern Develle eine Verständigung zu suchen. Da der französisch-englische Konflikt wegen Siams im engsten Zusammenhang mit der Frage der Quadrupelallianz steht, so werden die darauf bezüglichen Schriftstücke zweckmäßig in diesem Zusammenhange abzudrucken sein.

* Am 24. Juli hatte Graf Hatzfeldt telegraphiert (Nr. 103): „Aus den weiteren streng vertraulichen Äußerungen Lord Roseberys hatte ich den Eindruck, daß China jetzt nicht abgeneigt ist, sich Siams anzunehmen, daß er aber dort bis zum Abschluß seiner Verhandlungen mit der französischen Regierung vorläufige Enthaltung empfiehlt."

ihm neulich darüber ausgesprochenen Meinung zugab*, unsere Presse lobte, deren Haltung bezüglich der siamesischen Frage jetzt besser als im Anfang sei, und schließlich andeutete, daß unser Interesse an der Frage im Fall eines englisch-französischen Krieges doch wohl zunehmen würde, da eine solche Eventualität Gelegenheit bieten würde, die Quadrupelallianz zustande zu bringen.

Als ich mich im Hinblick auf meine baldige Abreise nach Cowes empfahl und dazu bemerkte, daß ich, wenn er es wünschte, von dort leicht zu einer Unterredung mit ihm herüberkommen könne, schien der Minister erfreut und bemerkte dazu, es sei jetzt ein kritischer Moment hier, und es könne leicht zu einer Ministerkrisis kommen.

Hatzfeldt

Nr. 1750

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 27. Juli 1893

Zu Telegramm Nr. 107 aus London**, betreffend den Versuch Englands, Italien und Deutschland in den englisch-französischen Zwist hineinzuziehen:

Man muß zunächst besorgen, daß Lord Rosebery, nicht, wie es im Schlußsatz des Telegramms heißt, „um einen Druck auf die Entschlüsse seiner Kollegen auszuüben“, sondern um durch Einschieben Dritter den Rückzug Englands zu decken bzw. zu ermöglichen, dem deutschen und dem italienischen Botschafter Konfidenzen gemacht hat, die keinenfalls frei von dramatischem Beiwerk sind.

Für Italien ist es ein Lebensinteresse, England in einem Kriege gegen Frankreich nicht ohne Unterstützung zu lassen. Jedoch muß eine von zwei Voraussetzungen vorliegen:

Entweder haben die Feindseligkeiten schon begonnen, sodaß England nicht mehr zurück kann.

---

* Graf Hatzfeldt hatte, wie er am 24. Juli telegraphisch (Nr. 103) berichtete, Lord Rosebery gegenüber seine Auffassung dahin präzisiert, daß „wir uns in der Sache vollständig enthalten müßten, schon deshalb, weil jede Einmischung unsererseits in Paris als eine Provokation aufgefaßt werden würde“.

** Am 27. Juli hatte Graf Hatzfeldt aus London telegraphiert (Nr. 107), er habe den Eindruck, daß Lord Rosebery „jetzt darauf ausgeht, durch Ermunterung Chinas und Hineinziehung Italiens, von welcher er auch eine eventuelle Beteiligung Deutschlands und Österreichs hoffen mag, einen Druck auf die Entschlüsse seiner Kollegen auszuüben“.

Oder England hat mit Italien einen festen Vertrag gemacht, welcher Gladstones Unterschrift tragen muß.

Wenn Italien sich, bevor eine dieser beiden Voraussetzungen gegeben ist, in die englisch-französischen Streitigkeiten diplomatisch einmischt, wird es als Blitzableiter Englands dienen, d. h. England wird wahrscheinlich glimpflich aus der Sache herauskommen, Frankreich ein diplomatisches echec erleiden, sich dabei aber vornehmen, bei erster Gelegenheit mit Italien abzurechnen. Daß ein Kabinett Gladstone dann aus freien Stücken den Italienern zu Hülfe kommen würde, kann man nach den neuesten Erfahrungen weniger als jemals hoffen.

Deutschlands eventuelle Rolle ist klar vorgezeichnet. Wir haben Italien im Kriege gegen Frankreich beizustehen. Nach dem Vertrage genügt die Tatsache des Kriegs, die Ursache ist gleichgültig. Nur muß die Kriegserklärung oder der erste Kriegsakt von Frankreich ausgehen.

Wir haben deshalb ein direktes Interesse daran, daß Italien seine Beziehungen zu Frankreich nicht verschärft, ohne der Unterstützung Englands tatsächlich oder vertragsmäßig sicher zu sein.

Holstein

Nr. 1751

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 28. Juli 1893

Graf Lanza hat mich heute aufgesucht, um mir ein Telegramm des Herrn Brin des Inhaltes mitzuteilen: Graf Tornielli habe bei seiner letzten Unterredung Lord Rosebery sehr „präokkupiert" gefunden wegen der siamesischen Frage und besorgt wegen der möglichen Verwicklungen, die daraus entstehen könnten. M. Brin wünsche daher unsere Stellung zu dieser brennenden Frage kennenzulernen.

Ich habe dem Botschafter erwidert, daß wir in unsrer bisherigen Reserve zu beharren beabsichtigten. Wir hätten volles Vertrauen zu Lord Rosebery sowohl bezüglich seiner Gesinnungen für den Dreibund wie bezüglich seiner Energie, wir begriffen auch die Schwierigkeit seiner Lage gegenüber seinen Kollegen, aber all dies könne uns nicht veranlassen, über die Linie hinauszugehen, die wir bisher in dem französisch-siamesischen Konflikte eingehalten hätten. Auch habe Lord Rosebery in seinen vertraulichen Unterredungen mit Graf Hatzfeldt — und, wie ich annehme, auch mit Graf Tornielli — zwar eingehend die Schwierigkeit der Lage betont, aber mit keinen Worten den

Wunsch irgendeiner diplomatischen Intervention kundgegeben. Die Folgen einer solchen seitens einer Dreibundsmacht seien auch nicht schwer vorauszusehen. Es werde ja, wenn z. B. Italien als courtier honnête in Paris auftrete, wohl möglich sein, Frankreich zum Einlenken zu bewegen, allein der ganze Zorn für den diplomatischen Echec werde seitens Frankreich auf Italien fallen, und andererseits Frankreich und England bald wieder gute Freunde sein. Anders werde die Sache liegen, wenn es zum Kriege zwischen Frankreich und England komme, dann könnte allerdings der Moment eintreten, wo überwiegende Gründe für eine aktive Politik sprächen. — Der Hinweis der englischen Presse auf eine eventuelle Quadrupelallianz, d. h. den Beitritt Englands zum Dreibund sei ja insofern erfreulich, als er die beginnende Erkenntnis in der öffentlichen Meinung bekunde, daß, wer in guten Zeiten allein zu bleiben wünsche, gewärtig sein müsse, dies auch in schlechten Zeiten zu sein; solange aber die „Quadrupelallianz" nur eine englische Drohung in der Zeit der Not sei, werde man gut tun, darauf nicht allzuviel Gewicht zu legen*. —

Marschall

Nr. 1752

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge von Kiderlen, z. Z. in Cowes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Cowes, den 31. Juli 1893

Ihre Majestät die Königin von England läßt soeben Seiner Majestät** durch ihren Privatsekretär Sir Henry Ponsonby folgende Depesche Lord Roseberys mitteilen: „Französische Regierung verlangt von uns Zurückziehung der bei Bangkok liegenden Kanonenboote. Ich habe dies verweigert. Wünsche Graf Hatzfeldt sofort in London zu sehen***." Königin hat Seine Majestät bitten lassen, Graf von Hatzfeldt

---

* Im Sinne der Aufzeichnung Marschalls wurde Graf Solms durch Telegramm Nr. 81 vom 29. Juli verständigt.

** Kaiser Wilhelm II. weilte vom 27. Juli bis 8. August in England zur Teilnahme an der Regattawoche in Cowes.

*** Die Mitteilung des Telegramms an Kaiser Wilhelm II. durch Sir Henry Ponsonby erfolgte in der Nacht zum 31. Juli und mußte natürlich bei dem Kaiser den Eindruck erwecken, als ob unmittelbare Kriegsgefahr im Verzuge sei, und als ob Lord Rosebery die deutsche Hilfe erbitten wolle. Als später nach Erledigung des Streitfalls Rosebery es dem Grafen Hatzfeldt gegenüber so darzustellen suchte: er habe es bei der telegraphischen Meldung an die Königin für eine durch die Anwesenheit des Kaisers gebotene Rücksicht gehalten, die Bitte um Mitteilung an diesen hinzuzufügen, schrieb Wilhelm II. an den Rand des Hatzfeldtschen Berichts (vom 3. November): „so blau! das braucht doch nicht durch einen leichenblassen Privatsekretär um 12 Uhr Nachts zu geschehn".

sofort nach London zu senden. Da Botschafter krank und bettlägerig, geht morgen 31. Graf Metternich* nach London, um Wünsche Lord Roseberys ad referendum zu nehmen nach Rücksprache mit Botschafter.

Kiderlen

Nr. 1753

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt, z. Z. in Cowes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Geheim — Cowes, den 31. Juli 1893

Zu heutigem Telegramm von Herrn von Kiderlen** im Auftrage Seiner Majestät.

Der Kaiser hat nach Befragung des mich behandelnden Leibarztes meine Reise nach London vorläufig unbedingt verboten. Es ist vielleicht auch besser, daß ich Lord Rosebery erst in zwei oder drei Tagen sehe, wenn ich weiß, welche Antwort ich auf seine Fragen über unsere eventuelle Haltung geben kann.

Ich habe Graf Metternich beauftragt, ihm heute, falls er solche Fragen stellt, zu sagen, ich könne selbstverständlich ohne vorherige Anfrage in Berlin nur persönliche Ansichten aussprechen. Wie ich ihm wiederholt gesagt, und er anerkannt habe, könnten wir uns nicht in die siamesische Frage mischen. Komme es deshalb aber wirklich zu einem europäischen Konflikt zwischen England und Frankreich, so habe er, Lord Rosebery, neulich schon den gewiß richtigen Gedanken gehabt, sich für diesen Fall der Mitwirkung Italiens zu versichern. Nach meiner rein persönlichen Auffassung würden wir, wenn diese Frage jetzt in den Vordergrund trête, zu erwägen haben, ob und unter welchen Bedingungen es unsere Interessen nicht gefährden würde, die Hineinziehung Italiens in einen Krieg zuzulassen oder zu fördern, durch welchen der Dreibund, also namentlich Deutschland zu militärischer Unterstützung seines Bundesgenossen, also zur Teilnahme an einem europäischen Kriege genötigt werden könnte.

Dies als persönliche Meinung vorausschickend, sei ich bereit, etwaige Vorschläge Lord Roseberys nach Berlin zu übermitteln und um Instruktionen zur Beantwortung derselben zu bitten. Die notwendige Genehmigung dieser Instruktion durch den Kaiser werde, da Seine Majestät gerade hier sei, keinen Zeitverlust herbeiführen.

Ich glaube meinerseits noch nicht an einen englisch-französischen Konflikt, würde es aber doch nicht für richtig halten, Lord Rosebery, der im eigenen Lager genug Schwierigkeiten zu überwinden hat, durch meine Äußerungen heute von vornherein zu entmutigen.

---

* Erster Sekretär bei der Botschaft in London.

** Siehe Nr. 1752.

Meines Erachtens sind die Fragen, die wir uns vorzulegen haben:

1. Paßt es uns überhaupt politisch und militärisch, daß es jetzt zu einem europäischen Konflikt kommt, von welchem wir uns auf die Dauer nicht fernhalten könnten[1]? — Wenn nicht, müßten wir hier beizeiten kaltes Wasser aufgießen, könnten dies auch bei den großen Schwierigkeiten, die Lord Rosebery bei einigen seiner Kollegen für energische Politik findet, voraussichtlich leicht, wenn wir ihm sagen, daß wir einer Einmischung Italiens nur zustimmen könnten, wenn hier dem Dreibund als solchem die weitgehendsten politischen Garantien geboten würden, und daß Italien, wenn es ohne unsere Zustimmung vorginge, auf unsere Hülfe nicht zu rechnen hätte.

2. Sollen wir, wenn der europäische Konflikt uns jetzt an sich paßt, die Anregungen Lord Roseberys damit beantworten, daß wir ihn auf formelle Verständigung mit Italien verweisen, letztere auch tatsächlich fördern, selbst aber noch im Hintergrund bleiben?

Oder:

3. Sollen wir, wenn es wirklich Ernst mit einem englisch-französischen Konflikt wird, die englische Regierung sich dazu entschlossen zeigt und die Frage unserer Beteiligung anregt, mit der direkten Gegenfrage antworten, ob sie in diesem Falle der Tripelallianz beizutreten entschlossen sei? Wird diese Frage bejaht, so können wir dann allerdings nicht mehr zurückziehen und müssen darauf gerüstet und gefaßt sein, mit allen unseren Kräften bei einem dann ausbrechenden allgemeinen Kriege, den wir bisher vermieden haben, einzutreten.

Was wir auch wählen mögen, halte ich für unbedingt geboten, schon jetzt über diese Fragen einen Entschluß zu fassen, um nicht von den Ereignissen überrascht zu werden.

Treiben die Dinge hier zum Kriege mit Frankreich, was, obwohl ich es noch nicht glaube, bei der jetzigen Überhebung der Franzosen immerhin möglich, vielleicht auch eine mit Rußland abgekartete Sache sein kann, so kann alles sehr schnell gehen, und ich müßte, um dann in unserem Interesse entscheidend einwirken zu können, baldmöglichst in der Lage sein, eventuell hier ohne Zögern dazu bei Lord Rosebery Stellung zu nehmen.

Meine persönliche Meinung, wohlverstanden für den Fall, daß der Konflikt uns politisch und militärisch jetzt paßt, spreche ich dahin aus:

1. Ich habe keine Zweifel, daß Italien eventuell nicht warten müßte, bis England etwa Niederlagen erleidet[2], sondern sofort beizuspringen, namentlich aber hier ohne Zögern zu erklären hätte, daß es zum Abschluß eines entsprechenden Abkommens mit gegenseitigen Garantien bereit sei.

2. Daß wir, wenn es dahin kommen sollte, die Anfrage Lord Roseberys über unsere Haltung mit der Gegenfrage beantworten,

ob England der Tripelallianz beitreten wolle[3], indem wir gleichzeitig deutlich zu verstehen geben, daß wir unter dieser Voraussetzung, in der wir die erforderliche Garantie für die Sicherheit des Dreibundes erblicken könnten, der sofortigen Unterstützung Englands durch Italien zustimmen und die Verständigung darüber fördern würden.

Herr von Kiderlen kennt den Inhalt dieses Telegramms. Über die in dieser Frage notwendig werdenden Vorträge bei Seiner Majestät beabsichtigt er sich fortlaufend mit mir zu verständigen.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Caprivi:

[1] Vom Standpunkt der inneren Politik würde ein Krieg nicht unerwünscht sein, wenn er ein sehr populäres Motiv bekäme. Militärisch ist er uns jetzt so recht wie später. Nach Formierung der durch das Militärgesetz gegebenen Cadres — also Ende Oktober — gewinnt unsere Mobilmachung, nach Ausbildung der ersten großen Rekrutenquote — also im nächsten Frühjahr — unsere Kriegsformation etwas. Von Jahr zu Jahr nimmt unser Beurlaubtenstand zu, der der Franzosen und Russen aber auch. Bewaffnungsfragen sind zur Zeit nicht schwerwiegend.

[2] Richtig; ist England zur See entscheidend geschlagen und vom Mittelmeer vertrieben, so wäre eine Kriegserklärung Italiens an Frankreich unklug.

[3] Für uns ist der wünschenswerteste Beginn des nächsten großen Krieges, wenn der erste Schuß von Bord eines englischen Schiffes fällt. Wir haben dann die Sicherheit, die Triple- zu einer Quadrupel-Allianz erweitern zu können. Wir müssen es vermeiden, Italien allein vorzuschicken; das holt sich Schläge, und nachher haben wir es um so schwerer. Also: erst England unwiderruflich engagieren, dann aber auch — je nachdem Rußland mitspielt oder nicht — alle Dreibundmächte oder Italien + Deutschland auftreten lassen. Das ist das militärisch Richtige, und danach muß diplomatisch agiert werden.

Nr. 1754

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 London, den 31. Juli 1893

Lord Rosebery empfing mich soeben mit den Worten, daß die drohende Kriegswolke in unerwarteter Weise sich plötzlich zerteilt habe. Bis gestern abend habe die französische Regierung die Unterwerfung Siams unter die französischen Bedingungen* nicht anerkannt, und laut Meldung des englischen Schiffsbefehlshabers vor Bangkok seien die englischen Kriegsschiffe von dem französischen Kommandanten aufgefordert gewesen, das Rayon der Blockade zu verlassen. Lord Rosebery habe den englischen Kommandanten angewiesen gehabt,

---

* In der auf das französische Ultimatum erteilten Antwort hatte Siam die französischen Gebietsansprüche auf das linke Mekongufer nur südlich des 18. Breitengrades anerkannt. Die französische Regierung erklärte diese Antwort anfänglich für ungenügend.

der französischen Aufforderung nicht nachzukommen, und zugleich Lord Dufferin angewiesen, dies in Paris mitzuteilen und eine ernste Sprache zu führen.

Vergangene Nacht sei nun von Lord Dufferin die Meldung eingegangen, die französische Regierung habe die Unterwerfung Siams angenommen und werde die Blockade aufheben. Fast zu gleicher Zeit habe der englische Kommandant aus Bangkok gemeldet, die Mitteilung von der französischen Aufforderung, er solle Bangkok verlassen, beruhe auf Irrtum. Der französische Kommandant habe dieses Ansinnen nie gestellt gehabt.

Lord Rosebery teilte mir ferner als ganz geheim mit, daß auch die territorialen Schwierigkeiten am oberen Lauf des Mekong, betreffend das von England an Siam abgetretene Gebiet, so gut wie gehoben seien, und daß er allen Grund zur Annahme habe, daß auch die von der französischen Regierung erhobenen Ansprüche auf Battambang und Angkor fallengelassen würden. Diese beiden französischen Konzessionen hält Lord Rosebery vorläufig geheim, um Herrn Develle, den er zu halten sucht, nicht vor der öffentlichen Meinung in Frankreich bloßzustellen.

Von dieser allein befürchtet Lord Rosebery eventuell erneut gespannte Beziehungen zwischen England und Frankreich, wo die Regierung zu schwach sei, um einer erregten öffentlichen Meinung zu widerstehen.

Eine allgemeine Wendung nahm meine Unterredung mit dem Minister bei dieser friedlichen Lage der Dinge nicht, und die etwaigen Folgen bei einer Verschärfung der französisch-englischen Gegensätze wurden nur flüchtig gestreift. Graf Tornielli ist seit letztem Mittwoch nicht mehr bei Lord Rosebery gewesen.

Lord Rosebery, der den auf heute anberaumten Ministerrat wegen Klärung der Lage wieder abbestellt hat, beabsichtigt, im Lauf der Woche nach Cowes zu kommen.

Behufs Meldung über stattgehabte Unterredung fahre ich heute abend auf Befehl Seiner Majestät nach Cowes zurück*.

Metternich

---

* Lord Rosebery hat später wiederholt das Bedürfnis gefühlt, sein Verhalten in der siamesischen Angelegenheit, das vielfach als ein Zurückweichen vor Frankreich aufgefaßt wurde, den deutschen Vertretern gegenüber klarzustellen. So entwickelte er im November 1893 dem Grafen von Hatzfeldt, — laut dessen Bericht Nr. 879 vom 18. November — weshalb er, nachdem der formelle Anlaß zu einer Verwicklung mit Frankreich in Fortfall gekommen, davon Abstand genommen habe, die noch ausstehende territoriale Regulierung in Siam zu einem Kriegsfall anwachsen zu lassen. Er, Lord Rosebery, habe damals unter der Hand Nachforschungen darüber angestellt, welche Aufnahme ein noch herbeizuführender Kriegsfall in der Kammer, in der Presse und vor der öffentlichen Meinung finden würde, habe aber überall die Auskunft erhalten, daß er in solchem Falle nirgends auf Unterstützung rechnen könne. Unter solchen Umständen „habe er Anstand

Nr. 1755

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 139 Rom, den 1. August 1893

Herr Brin empfing mich heute mit den Worten: „Eh bien, l'Angleterre ne joue pas un beau rôle“, und erzählte mir, Lord Rosebery habe sich vor einigen Tagen in so energischen Ausdrücken über das Vorgehen Frankreichs in Siam ausgesprochen, daß Graf Tornielli, der, wie ich wisse, nie eine sonderliche Meinung von der politischen

---

nehmen müssen, dennoch eine feindliche Stellung gegen Frankreich einzunehmen, und schließlich zu der Überzeugung kommen müssen, daß die siamesische Frage noch nicht die geeignete Frage sei, um mit Frankreich Abrechnung zu halten.“

Auch dem Grafen Metternich gegenüber kam Lord Rosebery noch im Februar 1900 auf sein Verhalten in der Siamfrage zurück. Nach Metternichs Bericht Nr. 103 vom 20. Februar 1900 hätte sich Lord Rosebery folgendermaßen geäußert: „Er habe schon längst gewünscht, zwei Vorgänge aus seiner Amtszeit klarzustellen, die geeignet gewesen wären, ein falsches Licht auf ihn zu werfen. Ich erinnerte mich gewiß noch jenes denkwürdigen Abends in Cowes anfangs der 90er Jahre, als er zur Zeit des englisch-französischen Konflikts wegen Siam ernste Nachrichten nach Osborne gesandt habe, und ich im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers zu ihm, Lord Rosebery, geschickt worden sei. Er wisse nicht mehr genau, ob er mir damals den ganzen Hergang genau erzählt habe. Ich unterbrach ihn mit der Bemerkung, daß er mich mit dem Ausrufe empfangen habe, die Wolken hätten sich inzwischen verzogen, und daß damit unsere Konversation, die sonst vielleicht auch für ihn ganz interessant hätte werden können, praktisch beendet gewesen sei. Er rief mir dann die einzelnen Umstände jener Periode wieder ins Gedächtnis zurück. Es sei an einem Sonntage gewesen, als er von dem englischen Schiffskommandanten vor Bangkok ein Telegramm mit der Meldung erhalten habe, wonach der französische Kommandant die Zurückziehung des englischen Kriegsschiffes verlangt habe. Er habe dann vergeblich versucht, in das Foreign Office einzudringen, welches Sonntags leerstehe und nur von einem alten Weibe bewacht werde. Seine Kollegen seien alle auf dem Lande gewesen. Er habe einen Boten an Mr. Gladstone, damals noch Premierminister, geschickt und dem englischen Kommandanten auf eigene Verantwortung telegraphiert, die französische Forderung rund abzuschlagen. Er habe erwartet, daß am Montag das Land aufgewacht wäre, um sich im Kriege mit Frankreich zu finden, ohne daß selbst die Minister außer ihm etwas davon geahnt haben würden. In dieser ernsten Lage habe er an die Königin telegraphiert. Am nächsten Morgen, kurz ehe ich zu ihm gekommen sei, habe ihm nun der englische Kommandant statt des erwarteten Kanonendonners die friedliche Beilegung des Streitfalles gemeldet. Damit sei dann jeder Grund zu einer kriegerischen Verwickelung mit Frankreich wieder fortgefallen. Er wisse heute noch nicht genau, wie sich die Dinge vor Bangkok abgespielt hätten. Ich bemerkte lachend, das könne ich ihm sagen: Der englische Kommandant sei ausgekniffen. Lord Rosebery erwiderte, er habe auch den Eindruck, daß der englische Kommandant zu nachgiebig gewesen sei, aber genau sei er nie dahinter gekommen. Ihm sei die Sache sehr unangenehm gewesen wegen des ernsten Apparates, den er schließlich für nichts habe in Bewegung setzen müssen, und because it might look as if he had been making a fool of his Sovereign.“ Vgl. auch Nr. 2071, Fußnote.

Energie Englands gehabt habe, diesmal überzeugt gewesen sei, daß wir am Vorabend großer Ereignisse ständen.

Bald haben jedoch die Erklärungen Roseberys im Parlament erkennen lassen, daß die englische Regierung es doch für ratsamer halte, beizeiten den Rückzug anzutreten. Er begreife nicht, warum Lord Rosebery erst den Mund so voll genommen und von Allianzen mit den Dreibundsmächten gesprochen habe, wenn es ihm mit der Sache so wenig Ernst gewesen sei.

Die nächste Folge werde sein, daß die Franzosen sich an diesem Erfolge berauschen und nach dem eklatanten Siege über die englische Politik nach allen Richtungen hin noch unverschämter auftreten würden als bisher. pp.

Graf Solms

Nr. 1756

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt, z. Z. in Cowes

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 522 Berlin, den 2. August 1893
Geheim

Die in Ew. Telegramm vom 31. v. Mts.* angeregte Frage, betreffend die Haltung Italiens und Deutschlands gegenüber der französisch-englischen Kriegsmöglichkeit, wird auch nach Regelung des Siamkonflikts ihre ganze Aktualität behalten, denn der Knoten der englisch-französischen Beziehungen sitzt im Mittelmeer.

Als England vor elf Jahren Ägypten besetzte, war Frankreich noch schwach. Auch das heutige gestärkte Frankreich wird sich hüten, England zum Kampfe herauszufordern, ohne der russischen Unterstützung sicher zu sein.

Wenn aber Frankreich und Rußland einmal anfangen, gemeinschaftlich — zunächst diplomatisch — zu operieren, wird England erwägen müssen, ob es in infinitum zurückweichen oder unter Umständen für seine Interessen eintreten will. Letzteres ist nur möglich mit Hülfe der Dreibundmächte.

Die bloße Tatsache der Existenz von Deutschland und Italien hat bisher genügt, um Frankreichs Erbitterung gegen England in diplomatischen Grenzen zu halten. Ob diese Zurückhaltung fortdauern wird, nachdem die antienglische Interessengemeinschaft Frankreichs und Rußlands in der Vereinigung der Geschwader** einen sichtbaren

* Siehe Nr. 1753.

** Gemeint ist der angekündigte Besuch des russischen Geschwaders in Toulon, der vielfach als ein Vorspiel zu einem Zusammenwerfen der maritimen Streitkräfte Frankreichs und Rußlands im Mittelmeer aufgefaßt wurde.

Ausdruck gefunden hat, darf man bezweifeln. Die englische Regierung wird von heute ab die Möglichkeit ins Auge fassen müssen, daß die gegnerische Aktion bei Verfolgung der französisch-russischen Interessen vor einem Handstreich nicht zurückschrecken wird.

Vom Standpunkt des Dreibunds aus gesehen, bietet der Konflikt, welcher sich zwischen England einerseits, Frankreich und Rußland andrerseits vorbereitet, Anlaß zu zwei Erwägungen:

Erstens ist aus bekannten Gründen eine erhebliche Machtverminderung Englands infolge von Niederlage ein Verlust auch für den Dreibund.

Zweitens müssen die Dreibundmächte, falls sie sich zugunsten Englands bei der diplomatischen Aktion, die einem Kriege vorherzugehen pflegt, beteiligen sollten, darauf gefaßt sein, daß England — wie seinerzeit beim Anfang des französisch-mexikanischen Kriegs — im letzten Augenblick den Kopf aus der Schlinge zieht und es den Genossen überläßt, für — nicht mit — England dessen Interessen kriegerisch zu vertreten. Die Persönlichkeit des Herrn Gladstone bietet jede Gewähr dafür, daß dieser Versuch gemacht werden würde.

Diese beiden Erwägungen neutralisieren sich nur solange, bis der erste englische Kanonenschuß gefallen, und damit den Engländern der Rückzug abgeschnitten ist. Freilich aber wird der erste Kanonenschuß wohl nicht eher fallen, als bis England sicher ist, die Unterstützung des Dreibunds, zunächst Italiens zu haben. Diese Unterstützung wird Italien aber, wie gesagt, erst dann gewähren oder versprechen, wenn die Gegenseitigkeit der Leistung durch die Ereignisse — Ausbruch der Feindseligkeiten — oder durch Abmachung gesichert ist.

Der Umstand, daß das Interesse des Dreibunds einzeln wie kollektiv die Unterstützung Englands nach Ausbruch der Feindseligkeiten angezeigt erscheinen läßt, könnte leicht zu der Auffassung führen, daß England deshalb vor dem Kriege eine Abmachung mit dem Dreibund oder mit Italien nicht zu schließen braucht. Diese Ansicht würde jedoch militärisch und politisch unhaltbar sein. Militärisch, weil es einen schwerwiegenden Unterschied macht, ob z. B. die italienische Flotte vor oder nach der ersten Seeschlacht sich der englischen Flotte anschließt. Politisch, weil die Erfahrungen des Jahres 1870 vorhanden sind, um zu beweisen, daß eine Niederlage meist lähmend auf die Freunde des Besiegten wirkt. Auf einen Sieg der englischen über die vereinigte französisch-russische Flotte würde man aber nach der Wahrscheinlichkeit nicht im voraus rechnen können. Der genaue Zeitpunkt, wo die italienische Flotte zum Eingreifen bereit ist, würde daher von größter Wichtigkeit sein.

Die Rechtzeitigkeit der Unterstützung Englands durch Italien ist beinahe entscheidend für den Ausgang eines englisch—franko-russischen Kriegs. Diese Rechtzeitigkeit ist nur zu sichern durch vorherigen

Vertrag. Solange England sich nicht anschickt, einen Vertrag abzuschließen, welcher der sogenannten Abmachung der neun Punkte ein festes Gefüge gibt, solange müssen wir annehmen, daß die englische Regierung nicht ernstlich daran denkt, bei der Verteidigung englischer Interessen selber mitzuwirken, daß sie vielmehr nur den Augenblick herbeisehnt, wo der Dreibund allein per procura diese Verteidigung übernimmt.

Marschall

Nr. 1757

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 526 — Berlin, den 4. August 1893
Geheim

In meinem Erlaß Nr. 522* war gesagt, daß England sich schwerlich auf einen Krieg mit Frankreich einlassen werde ohne die Sicherheit der Unterstützung durch den Dreibund, zunächst durch Italien; daß diese Unterstützung aber erst dann zu gewähren oder zu versprechen sein würde, wenn die Gegenseitigkeit durch die Ereignisse — Ausbruch der Feindseligkeiten — oder durch Abmachung gesichert sei.

Ich glaube in erster Linie einer Ansicht Eurer Exzellenz Rechnung zu tragen, wenn ich meine erste Direktive dahin ergänze, daß die Eventualität der vertraglosen Unterstützung in Ihren Besprechungen mit englischen Staatsmännern niemals zum Ausdruck kommen darf. Letzteren gegenüber wird vielmehr eine feste Abmachung als unumgängliche Vorbedingung jeder Unterstützung hinzustellen sein, und zwar mit solcher Entschiedenheit, daß uns durch diplomatische Vorarbeit die Gefahren erspart bleiben, welche erwachsen würden, wenn Dreibundmächte in die Lage kämen, England ohne vorherigen Vertrag, also ohne entsprechende eigne Vorbereitung zu unterstützen. Daß gleichzeitig mit der Mobilmachung die Mächte auf einer Abmachung, welche einem Separatfrieden vorbeugt, bestehen würden, ist selbstverständlich. Damit wäre jedoch die Gefahr nicht beseitigt, daß England gründlich geschlagen würde, bevor die italienische Flotte Zeit hätte einzugreifen, und daß Italien, wenn durch keinen festen Vertrag mit England gebunden, sich ebenso verhielte wie im Jahre 1870, wo die italienischen Truppen auch bereits in voller Bewegung waren. In dem Augenblick, wo England eine Seeschlacht im Mittelmeer verloren hat, steht Italien vor der Gewißheit, im Falle seiner Beteiligung am Kriege den endlichen Sieg mit dem Ruin seiner Küstenstädte erkaufen zu müssen. Von diesem Augenblick an wird der all-

---

* Siehe Nr. 1756.

gemeine Drang nach Verständigung mit Frankreich es der an sich schwachen italienischen Parlamentsregierung unmöglich machen, an der gegenwärtigen antifranzösischen Politik festzuhalten.

Italien als Nachfolger des alten Römischen Reichs hat Aspirationen verschiedenster Art, von denen einige nur gegen, andre aber nur mit Frankreich zu verwirklichen sind. Sobald Italien sein heutiges Programm der Mittelmeerexpansion und des nordafrikanischen Landerwerbs zurückstellt, um den Irredentismus wiederaufzunehmen, ist es reif für die Verständigung mit Frankreich, welches auf Kosten Österreichs und der Türkei gewiß freigebig über die adriatischen Küstengebiete verfügen würde, um seinerseits Marokko, Ägypten etc. zu erlangen.

Eine französisch-italienische Verständigung würde naturgemäß bei den Österreichern die Frage wachrufen, ob nicht auf der russischen, antienglischen Seite mehr zu holen sei als bei dem nicht mehr vorhandenen Dreibund.

Dies sind die Erwägungen, welche sich aufdrängen, wenn man die Folgen einer Besiegung Englands ins Auge faßt. Ich hoffe deshalb, daß es Ew. gelingen möge, die maßgebenden englischen Staatsmänner von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei herannahender Kriegsgefahr sich rechtzeitig durch eine bindende Abmachung zu sichern. Die heutigen Verhältnisse liegen aber so, daß eine Kriegsgefahr — wie der Verlauf der siamesischen Angelegenheit dargetan hat — ganz plötzlich erscheinen kann.

Marschall

Nr. 1758

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 220 — Wien, den 18. August 1893

Ganz vertraulich

Euerer Exzellenz habe ich die Ehre gehabt, in meinem ganz gehorsamsten Bericht Nr. 218 vom 16. d. Mts. über die Mitteilung zu sprechen, die mir Graf Nigra gemacht, und die sich auf die Haltung bezog, welche Lord Rosebery zu dem früher zwischen Lord Salisbury und den Kabinetten des Dreibunds erfolgten Gedankenaustausch über die Mittelmeerfrage* jetzt einzunehmen scheine.

In meinem heutigen Gespräch mit dem Grafen Kálnoky kamen wir auch auf diesen Punkt. Der Minister bestätigte mir, daß der großbritannische Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten dem Grafen Deym eine Äußerung gemacht habe, dahin gehend, daß

* Vgl. Bd. IV, Nr. 940, Anlage.

er die betreffenden Schriftstücke nicht gelesen habe, auch nicht lesen wolle. Der Graf legte diese Äußerung indessen nicht ganz so aus wie mein italienischer Kollege, welcher die Sache pessimistisch verstanden hatte. Er findet es begreiflich, daß Lord Rosebery, der ja nicht wisse, wie lange das jetzige Kabinett am Ruder bleiben werde, sich nicht engagieren will und kann für eine Politik, für die ja auch sein Vorgänger keine bindenden Verpflichtungen übernommen hätte. Im übrigen aber habe er, der Minister, die Ansicht, daß sein englischer Kollege in der freundschaftlichen Hinneigung zur Dreibundspolitik verharren werde, soweit dies eben in einem Kabinett Gladstone möglich sei.

Die Italiener hätten allerdings das Vertrauen in den englischen Freund etwas verloren und fürchteten, daß derselbe sie gegebenen Falles im Stich lassen würde.

Er habe, so fügte Graf Kálnoky hinzu, die fraglichen Noten niemals als eine bindende Abmachung, sondern nur als eine Form betrachtet, der bestehenden Gleichartigkeit der Auffassungen aller vier Kabinette einen deutlicheren und festeren Ausdruck zu geben.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1759

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 718 London, den 13. September 1893
Geheim

Die Differenz, welche während des allerhöchsten Aufenthalts in Cowes* hier wegen der Vorgänge in Siam mit Frankreich auszubrechen drohte, hat sich, wie Eurer Exzellenz erinnerlich sein wird, damals sehr schnell beruhigt. Ich hatte es, wie ich gehorsamst hinzufügen darf, keinen Augenblick anders erwartet, weil ich von der Überzeugung ausging, daß die französische Regierung, welche zu einem Konflikt mit seinen unabsehbaren europäischen Folgen keineswegs entschlossen war und nur einen Fühler ausgestreckt hatte, um sich zu versichern, wie weit die ihr wohlbekannte Langmut des Herrn Gladstone gehen werde, bei dem ersten Symptom von Festigkeit seitens der englischen Regierung nicht zögern werde, den Weg der Verständigung wieder zu betreten.

Während der darauffolgenden mehrwöchentlichen Abwesenheit Lord Roseberys mußte ich mich darauf beschränken, die Entwicklung der Dinge möglichst im Auge zu behalten und durch gelegentliche akademische Unterhaltungen mit dem den Minister vertretenden Unter-

---

* Vgl. Nr. 1752, Fußnote.

staatssekretär mich darüber zu orientieren, ob in der bisherigen Auffassung der Beziehungen zu Frankreich hier eine wesentliche Veränderung zu bemerken sei. Einzelne Äußerungen Sir Philip Curries, welcher mit einer gewissen Verlegenheit und Zurückhaltung darüber sprach, gleichzeitig aber die Dinge so darzustellen bemüht war, als ob die französische Regierung jetzt bezüglich Siams im ganzen und großen die wünschenswerte Mäßigung zeige, ließen mich eine gewisse Besorgnis vermuten, daß ich, namentlich nach dem Annäherungsversuch Lord Roseberys während meines Aufenthalts in Cowes, versucht sein könnte, ein näheres Eingehen auf die Details der jetzt noch mit Frankreich schwebenden Unterhandlungen zu benutzen, um hier auf größere Festigkeit in der Behandlung der Sache hinzuwirken. Gleichzeitig konnte ich mich dem Verdacht nicht entziehen, daß geheime Vorgänge im Schoße des Ministeriums vielleicht dazu beigetragen haben, Lord Rosebery mit Rücksicht auf seine persönliche Stellung vorläufig die größte Vorsicht geboten erscheinen zu lassen. Bekanntlich hat er unter seinen Kollegen mehrere Gegner, welche mit seiner auswärtigen Politik nicht einverstanden sind und ihrerseits weder einen Bruch mit Frankreich noch eine zu intime Annäherung an den Dreibund wollen, und ich halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß es ihnen momentan gelungen ist, Herrn Gladstone durch den Hinweis, daß jene Annäherung und der Bruch mit Frankreich für einen Augenblick beinahe unvermeidlich geworden waren, zu erschrecken und zu einer entsprechenden Einwirkung auf Lord Rosebery zu vermögen.

Nach der Rückkehr des letzteren hielt ich es unter diesen Umständen für um so mehr geboten, eine abwartende Haltung anzunehmen und in jeder Beziehung sorgfältig den Schein zu vermeiden, als ob ich die nach einem Anlauf zur Festigkeit wieder von ihm eingeschlagene Politik des Entgegenkommens kritisieren oder irgendeinen Versuch machen wolle, ihn nach irgendeiner Richtung zu einer auch äußerlich erkennbaren festeren Haltung in den vorliegenden Fragen zu vermögen. Ich begnügte mich deshalb, als er von selbst auf die vorhergehende Krisis zurückkam, mit der Bemerkung, daß ich, als sein damaliges Telegramm an Ihre Majestät die Königin zu meiner Kenntnis gelangt sei, keinen Augenblick an der sofortigen Beilegung der brennenden Schwierigkeit gezweifelt, ihm auch, wie er sich erinnern werde, stets vorausgesagt hätte, daß Frankreich es dem geringsten Symptom von Festigkeit gegenüber zu keinem Konflikt wegen Siams werde kommen lassen. Der Minister versicherte mir dagegen, daß der Ausbruch eines Krieges damals nach seiner festen Überzeugung ganz nahe gewesen sei. Im ganzen hatte ich aus seinen Äußerungen und seiner Haltung den Eindruck, daß seine politische Auffassung und Tendenz unverändert ist, und daß er daher auch heute noch, wenn die Entwicklung der Verhältnisse ihm dazu eine neue und geeignete Handhabe böte, wie die französische Forde-

rung der Zurückziehung der englischen Schiffe aus Siam sie einen Augenblick zu bieten schien, nicht zögern würde, sich der Hülfe Italiens zu versichern und sogar die Annäherung an den Dreibund, falls sie als die Vorbedingung für die italienische Hülfe zu betrachten ist, zu vollziehen, da er sie dann als eine politische Notwendigkeit selbst Mr. Gladstone gegenüber begründen könnte. Wenn ich diese Überzeugung hier aussprechen kann, so hatte ich doch andererseits auch den Eindruck, den mir schon die Äußerungen Sir Philip Curries gemacht hatten, daß Lord Rosebery sich vorläufig großer Vorsicht und Zurückhaltung zu befleißigen bemüht ist, und daß er deshalb auch vermied, auf die Details der jetzt noch in Paris schwebenden Unterhandlung näher einzugehen, eine Aufgabe, die ich ihm dadurch erleichterte, daß ich weder Wunsch noch Neugierde, ja nicht einmal Interesse daran zeigte. Ich kenne ihn zu genau, um nicht zu wissen, daß er mir von selbst sein volles Vertrauen entgegenbringen wird, wenn er den Augenblick dazu für gekommen hält, und daß ein verfrühtes Drängen meinerseits ihn nur mißtrauisch und noch zurückhaltender machen würde. pp.

Einen dauernden Vorteil hat, wie ich zum Schluß gehorsamst bemerken möchte, die siamesische Verwicklung in dieser Hinsicht hinterlassen: einen vollständigen und vor einigen Jahren noch kaum zu hoffenden Umschwung in der hiesigen öffentlichen Meinung, welche über die französischen Rücksichtslosigkeiten überall, wo englische und französische Interessen zusammenstoßen, tief entrüstet ist und sich mit dem vormals beängstigenden Gedanken der Annäherung an den Dreibund und speziell an Deutschland vertraut gemacht hat. Ich würde mich einer Unterlassung schuldig machen, wenn ich nicht aus voller Überzeugung hinzufügte, daß dieser sehr wertvolle Umschwung zum sehr großen Teil den wiederholten Besuchen und dem persönlichen Einfluß Seiner Majestät des Kaisers zuzuschreiben ist, von allerhöchstwelchem das englische Publikum immer mehr die Überzeugung gewonnen hat, daß er England aufrichtig gewogen und ebenso aufrichtig entschlossen ist, den jedem Engländer teueren Frieden nach besten Kräften zu erhalten.

P. Hatzfeldt

Nr. 1760

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 750 London, den 19. September 1893

Während meiner gestrigen vertraulichen Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär hatte ich Gelegenheit, die in der englischen und

kontinentalen Presse vielfach verbreiteten Nachrichten über den bevorstehenden Besuch der englischen Mittelmeerflotte in italienischen Häfen* gesprächsweise zu erwähnen. Ich bemerkte dazu: „Ich weiß nichts davon, da Lord Rosebery diese Frage, die wir früher vielfach und eingehend besprochen haben, seit seiner Rückkehr mir gegenüber überhaupt nicht mehr erwähnt hat. Vielleicht ist ihm größere Zurückhaltung darin empfohlen worden, worüber ich natürlich keine Information habe, und es schien mir deshalb angezeigt, mich ebenfalls zu enthalten. Auch Ihnen gegenüber will ich durchaus nicht indiskret erscheinen, und Sie brauchen mir durchaus nicht zu antworten, wenn Sie es aus irgendeinem Grunde vorziehen."

Sir Philip Currie, welcher sich sonst stets gern und eingehend über politische Fragen unterhielt, schwieg zunächst einen Augenblick still und sagte dann, daß der beabsichtigte Besuch der Flotte in italienischen Häfen durchaus nichts Neues sei, sondern einem früheren Plan entspreche und auf den Wunsch der italienischen Regierung zur Ausführung kommen werde. Er berührte dabei mit keinem Worte das bevorstehende Erscheinen russischer Kriegsschiffe in Toulon**, die dauernde Stationierung derselben im Mittelmeer und die angebliche Einräumung einer Kohlenstation an der französischen Küste, Fragen, die heute in der ganzen europäischen Presse mit dem lebhaftesten Interesse besprochen werden und gerade für England von tiefgreifender Bedeutung werden können.

Ich hatte dabei den Eindruck, daß die mir erteilte Auskunft dem Schema entspricht, welches für die Beantwortung der etwaigen gleichen Frage durch alle fremden Vertreter im Foreign Office festgestellt worden ist. Noch mehr beinahe frappierte es mich, daß der Unterstaatssekretär, obwohl er früher stets eifrig bemüht war, mir gegenüber die dem Dreibund zugeneigte Politik Lord Roseberys im Gegensatz zu einem Teil seiner Kollegen hervorzuheben, mit keinem Worte den Versuch machte, die halb im Scherz von mir hingeworfene Vermutung, daß demselben größere Zurückhaltung aufgenötigt worden sei, zu widerlegen.

Wenn meine Eindrücke in dieser Hinsicht begründet sind, wie ich es nach meinen Beobachtungen annehmen muß und Eurer Exzellenz in einem früheren Berichte schon auszusprechen die Ehre hatte, so glaube ich gleichzeitig hervorheben zu müssen, daß die hier vorläufig eingetretene Zurückhaltung zum großen Teil der Besprechung in der kontinentalen Presse und, soweit die deutschen Blätter in Frage kommen, der voreiligen und ungeschickten Erörterung der Frage zuzuschreiben ist, ob England demnächst der Tripelallianz

---

* Vom 16. bis 20. Oktober fand ein Besuch des englischen Geschwaders unter Admiral Seymour in Tarent statt, wobei große Festlichkeiten veranstaltet und Reden auf die Freundschaft Englands und Italiens gehalten wurden.

** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

beitreten werde. Es scheint mir nicht zweifelhaft, daß die Mitglieder des englischen Kabinetts, welchem eine solche Wendung vielleicht ganz erwünscht wäre, durch den Eindruck erschreckt worden sind, welchen die Zeitungsangaben über einen bereits erfolgten Anschluß an den Dreibund auf die formellen Abmachungen stets abgeneigte hiesige öffentliche Meinung hervorbringen würde, und daß dieser Umstand von dem Teil des Kabinetts, welcher einer Annäherung an den Dreibund feindlich gegenübersteht, geschickt ausgenutzt worden ist, um die übrigen Kollegen, vielleicht auch Lord Rosebery von der Notwendigkeit vorläufigen Einhaltens auf dem eingeschlagenen Wege zu überzeugen.

Den größten Schaden haben, soweit ich es von hier beurteilen kann, in dieser Hinsicht vermutlich die Blätter angerichtet, die angeblich unter dem Einfluß und der Leitung des Fürsten Bismarck stehen. Ich gestatte mir einen hierauf bezüglichen Leitartikel des „Globe" vom 18. d. Mts. im Ausschnitt gehorsamst beizufügen, aus welchem Eure Exzellenz hochgeneigtest ersehen wollen, daß dieses Blatt den Vorwurf der „Hamburger Nachrichten", daß England eine selbstsüchtige Politik befolge, zurückweist und für England das unbedingte Recht vindiziert, eintretendenfalls die Vorteile eines Beitritts zur Tripelallianz nach seinen eigenen Interessen kaltblütig zu prüfen und, falls es sich entschlösse, dadurch für die Verteidigung unserer Interessen einzutreten, das gleiche von uns zu beanspruchen.

Auch der Berliner Korrespondent der „Times" vom 18. d. Mts. bespricht in dem gleichfalls gehorsamst beigefügten Ausschnitt die Haltung der deutschen Presse bezüglich des etwaigen Beitritts Englands zum Dreibund.

Der Schaden, der durch jene Erörterungen in der Presse angerichtet wird, ist um so bedauerlicher, als, wie ich bereits hervorzuheben Gelegenheit hatte, die hiesige öffentliche Meinung sich infolge der aggressiven Politik Frankreichs in der letzten Zeit immer mehr mit dem Gedanken befreundet hatte, in der Anlehnung an das befreundete Deutschland und seine Bundesgenossen ein Gegengewicht gegen die von Frankreich drohenden Gefahren zu suchen.

Wie die Dinge hier jetzt infolge der größeren Zurückhaltung der englischen Regierung liegen, bin ich immer mehr von der Überzeugung durchdrungen, daß es für uns nach jeder Richtung geboten ist, dieser Zurückhaltung die gleiche Reserve entgegenzusetzen und abzuwarten, bis der Gang der Ereignisse der englischen Regierung wieder die Notwendigkeit nahelegt, eine Stütze bei uns zu suchen. Ein solcher Fall kann früher eintreten, als sich jetzt berechnen läßt, und es würde, wenn dies nicht geschieht, meines gehorsamsten Erachtens jedenfalls nutzlos sein, eine solche Wendung durch Drängen unsererseits beschleunigen zu wollen.

Ich glaube mich, wie ich noch besonders hervorheben möchte,

auch in der Annahme nicht zu täuschen, daß Lord Rosebery, indem er, dem Drucke seiner Kollegen und der Angst derselben vor der öffentlichen Meinung nachgebend, vorläufig eine größere Zurückhaltung an den Tag legt, damit keineswegs den Endzielen seiner Politik zu entsagen beabsichtigt und nur eine günstige Gelegenheit abwartet, um den Faden derselben wieder aufzunehmen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1761

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 767 London, den 27. September 1893
Geheim

Seit der Abreise Lord Roseberys nach Schottland habe ich wiederholt mit dem Unterstaatssekretär, mit dem ich seit einer Reihe von Jahren persönlich gute Beziehungen unterhalte, und der mir gegenüber stets ziemlich offen ist, ungezwungene Unterhaltungen gehabt, in welchen auch die politische Situation und unsere Beziehungen zum jetzigen englischen Kabinett gestreift wurden.

Als ich gelegentlich dabei die Bemerkung fallen ließ, daß mir die größere Zurückhaltung des Ministers bei Besprechung politischer Fragen seit seiner Rückkehr von Homburg* nicht entgangen sei, und daß ich ihm daher einen Dienst zu erweisen geglaubt hätte, indem ich meinerseits vorläufig auf jede ihm unbequeme Anregung verzichtete, bestritt Sir Philip Currie zwar nicht die Tatsache einer etwas größeren Reserve des Ministers in der Behandlung der auswärtigen Politik, stellte aber bestimmt in Abrede, daß dieselbe nach irgendeiner Richtung aus einem Wechsel seiner politischen Auffassung hervorgehe. Er fügte hinzu, daß ein Wechsel in dieser Hinsicht auch in keiner Weise zu befürchten sei. Wenn er, Sir Philip Currie, in bezug auf Lord Rosebery irgendeine Besorgnis hege, so sei es vielmehr die, daß er seines Amtes und der damit verbundenen Schwierigkeiten müde werden und damit umgehen könne, sich desselben überhaupt zu entledigen.

Ich erwiderte dem Unterstaatssekretär, daß ich ganz ebensowenig wie er bei einem Manne wie Lord Rosebery, dessen politische Tendenz mir seit Jahren bekannt sei, eine politische Schwenkung für möglich hielte. Gerade deshalb hätte ich nach einer anderen Erklärung suchen müssen und glaubte mich in der Annahme, für welche tatsächliche

* Lord Rosebery hatte in der zweiten Hälfte August 1893 in Bad Homburg geweilt.

Anhaltspunkte mir allerdings vorläufig fehlten, nicht zu irren, daß seine vorübergehende Haltung in der siamesischen Frage im Kabinett auf Widerspruch gestoßen, und daß ihm bei dieser Gelegenheit eine konziliantere Auffassung und größere Reserve in der auswärtigen Politik überhaupt zur Pflicht gemacht worden sei.

Sir Philip Currie versuchte dagegen im allgemeinen geltend zu machen, daß Herr Gladstone, welcher, wie er ganz vertraulich bemerkte, von auswärtigen Fragen nichts verstehe und in dieser Beziehung nur eine Art Gefühlspolitik kenne, sich in die Behandlung der auswärtigen Politik kaum einmische. Als ich aber, ohne das in Abrede zu stellen, die Überzeugung aussprach, daß, welcher Freiheit Lord Rosebery sich auch formell erfreuen möge, seine Kollegen doch tatsächlich stets wie Bleigewichte an seinen Füßen hingen, wenn es sich um äußerlich erkennbare Stellungnahme zu wichtigen Fragen handle, gab Sir Philip Currie, wenn auch widerstrebend, im allgemeinen die Richtigkeit dieser Auffassung zu.

Im Verlauf unserer Unterhaltung ließ derselbe dann die bemerkenswerte Andeutung fallen, daß das jetzige englische Kabinett uns gegenüber vielleicht auch durch das Bewußtsein etwas beeinflußt werde, daß es von Deutschland weder Sympathie noch politische Unterstützung zu erwarten habe. Ich erwiderte hierauf, daß Antipathie und Sympathie in bezug auf Persönlichkeiten einer fremden Regierung bei uns keinen bestimmenden Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik ausübten. Noch weniger komme es in dieser Hinsicht darauf an, ob uns die innere Politik des Herrn Gladstone sympathisch sei oder nicht. Was wir aber nach meiner Ansicht allerdings nicht übersehen dürften, sei der Umstand, daß nach den bisherigen wiederholten Erfahrungen ein liberales Kabinett unter der Leitung des Herrn Gladstone sich zu politischer Gemeinschaft mit uns stets wenig geneigt gezeigt habe. Mit Rücksicht hierauf würde ich, wenn dieses Kabinett durch äußere Schwierigkeiten sich wirklich einmal zu einer momentanen Anlehnung an uns gedrängt sehen sollte, mich persönlich der Besorgnis auch nicht verschließen können, daß man unsere Unterstützung zwar im gegebenen Falle ausnutzen, uns aber nachher überlassen werde, die Schwierigkeiten, die wir uns selbst dadurch bereitet hätten, allein zu überwinden. Ganz anders würde die Sache nach meiner Auffassung liegen, wenn wir die Gewißheit hätten, daß Lord Rosebery einen bestimmenden Einfluß auf die Behandlung der auswärtigen Politik ausüben und sich nicht, wie es offenbar kürzlich vorgekommen sei, im entscheidenden Augenblick immer dem Eingreifen seiner Kollegen ausgesetzt sehen würde. Solchen Schwankungen gegenüber sei für uns offenbar auch Vorsicht geboten, und ich müsse es als meine Pflicht erkennen, mich, falls meine Regierung meine Ansicht darüber verlange, in diesem Sinne auszusprechen. Ebensowenig würde ich aber zögern, mich stets dafür zu verwenden, daß wir, weit entfernt,

der Politik Lord Roseberys Hindernisse in den Weg zu legen, stets das Unsrige tun, um ihm, wo nicht ernste Bedenken uns davon abhalten müssen, seine schwierigen Aufgaben zu erleichtern, und von dieser Bereitwilligkeit meinerseits hätte ich ihm, wie er selbst am besten wisse, im Laufe der Zeit manche Beweise gegeben.

Ich hatte, wie ich zur Erläuterung bemerken darf, aus den vertraulichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs den Eindruck, daß eine gewisse Enttäuschung bei Lord Rosebery darüber besteht, daß wir ihm unsere Mitwirkung in Konstantinopel zur Erreichung eines befriedigenden Abkommens über Ägypten nicht zur Verfügung gestellt haben*, während wir früher, als Lord Salisbury am Ruder war, für diese Frage Interesse zeigten. Diese Enttäuschung wird vielleicht dadurch noch empfindlicher, daß er, wenn ich mich nicht täusche, damit in erster Linie den Zweck verfolgt hat, sich einen persönlichen großen Erfolg seinen Kollegen gegenüber zu verschaffen und sein Übergewicht im Kabinett dadurch zu begründen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1762

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 685 — Berlin, den 24. Oktober 1893
Geheim — [abgegangen am 25. Oktober]

Nachdem ich Ew. geheime Berichte Nr. 800, 802 und 803** Seiner Majestät vorgetragen habe, finden Sie in nachstehendem die der Ansicht allerhöchstdesselben entsprechende Auffassung skizziert.

Am Schlusse des Erlasses Nr. 526 vom 4. August*** war darauf hingewiesen, daß nach heutiger Lage der Verhältnisse England sich ganz plötzlich vor einer Kriegsgefahr sehen könne. Lord Rosebery schien diese Anschauung zu teilen, wenigstens hat er damals wiederholt betont, die Schwierigkeiten der siamesischen Angelegenheit seien nur zeitweilig gemildert. Dieser Gedankengang hätte den englischen Staatssekretär zunächst dahin führen müssen, sich über die Aufnahme zu orientieren, welche seine in den letzten Augusttagen† an die Kabinette von Berlin und Rom gerichtete „vertrauliche" Eröffnung über nahe Kriegsgefahr dort gefunden habe.

---

* Vgl. Kap. LIII, A.

** Die genannten Berichte des Grafen von Hatzfeldt hatten vor allem retrospektive Betrachtungen Lord Roseberys und des Unterstaatssekretärs Sir Philip Currie über die siamesische Angelegenheit wiedergegeben.

*** Siehe Nr. 1757.

† Es muß heißen: Julitagen.

Lord Rosebery ließ sich jedoch an einer einmaligen dramatischen Aktion genügen. Von der Tatsache ausgehend, daß englische Kriegsschiffe sich geweigert hätten, der französischen Aufforderung zum Auslaufen Folge zu leisten, erklärte er dem italienischen Botschafter: „c'est comme cela que les guerres commencent", und ließ gleichzeitig durch Inanspruchnahme Ihrer Majestäten der Königin und unseres allergnädigsten Herrn Ew. in möglichst auffallender Weise zur Besprechung nach London zitieren*. Aber schon bei der Ankunft des Grafen Metternich in London erklärte Lord Rosebery die Gefahr für beseitigt und schnitt dadurch von vornherein jede Erörterung über die Modalitäten eines kriegerischen oder auch nur diplomatischen Zusammenwirkens ab. Soweit letzteres in Betracht kommt, wird somit die Annahme des Grafen Tornielli hinfällig, daß vielleicht Lord Rosebery durch die kühle Haltung der beiden Kabinette von Berlin und Rom ungünstig beeindruckt worden sei.

Es ist vielmehr Lord Rosebery, welcher sich der Erörterung dieser Frage entzogen hat. In anderer Hinsicht aber mag Graf Tornielli gleichwohl recht haben, wenn er glaubt, daß Lord Rosebery enttäuscht wurde; falls nämlich der englische Minister gehofft hatte, daß seine Angabe über eine vorhandene englisch-französische Kriegsgefahr genügen würde, um Deutschland und Italien zu diplomatischen Schritten in Paris zu veranlassen, welche unfehlbar die Wirkung gehabt hätten, diese beiden Mächte zwischen England und Frankreich zu schieben. Mit dieser Überzeugung von der Nützlichkeit der „Pufferstaaten" steht England, wie Ew. aus der neueren diplomatischen Geschichte bekannt sein wird, keineswegs allein, dieser Gedanke hat daher für uns nicht mehr den Reiz der Neuheit. pp.

Was wir während der letzten acht Wochen von englischem Tun wahrnahmen, ist geeignet, uns in derjenigen Vorsicht zu bestärken, die schon bisher Pflicht war einer Politik gegenüber, welche nicht Verbündete, sondern Blitzableiter sucht.

In dem Bericht Nr. 802 haben Ew. den Versuch des Unterstaatssekretärs Currie gekennzeichnet, Äußerungen zu provozieren, welche sich eventuell in Paris verwerten ließen. Eine de but en blanc abgegebene Erklärung, daß Deutschland den Franzosen nicht gestatten würde, über England herzufallen, wäre in der Tat überaus wertvoll für die englische Regierung, welche dadurch in die Lage käme, in Paris auf den Unterschied zwischen einem englisch-französischen und einem deutsch-französischen Krieg aufmerksam zu machen. Bei ersterem würde danach den Franzosen auch mit Deutschland und dessen politischem Anhang gedroht, während vorläufig wohl niemand in oder außer Frankreich an die Möglichkeit glaubt, daß bei einem deutsch-französischen Kriege England, nament-

* Siehe Nr. 1752.

lich unter der jetzigen Regierung, sich anders als kaufmännisch durch Lieferung von Waffen etc. beteiligen würde. Damit wäre also für das Pariser Kabinett die Frage entschieden, gegen welchen der beiden Nachbarn Frankreich sich zuerst zu wenden hat, und der Satz wäre bewiesen, daß der kürzeste Weg nach Kairo über den Rhein führt. Zu diesem diplomatischen Erfolge Englands beizutragen, haben wir keinen Anlaß. Ich kann mich daher mit der von Ew. beobachteten Zurückhaltung nur einverstanden erklären.

Charakteristisch für den englischen Standpunkt sind ferner die von Ew. im Bericht Nr. 803 wiedergegebenen Besorgnisse von Lord Rosebery. Seine Ansicht, daß ganz Europa auf einem Vulkan stehe, der über Nacht, man wisse nicht wo, ausbrechen könne, ist gewiß nicht unrichtig. Aber ebenso richtig ist es, daß seit 1871 der europäische Kontinent wiederholt Perioden durchgemacht, die „vulkanischer“ waren als der heutige Zustand. Dann war aber jedesmal die englische Presse bei der Hand, um auszuführen, daß Österreich, Italien, Deutschland, kurz, irgendein Dritter mehr und näher als England bei der Frage interessiert sei. Die bei solchen Gelegenheiten gebrauchten Argumente, welche auch bisher nicht den Erfolg gehabt haben, fremde Mächte zur spontanen Verteidigung englischer Interessen zu begeistern, würden voraussichtlich ganz wirkungslos sein, falls eine von den außereuropäischen Fragen, die gerade gegenwärtig zwischen Rußland und Frankreich einerseits und England andrerseits schweben — wie Indien, Ägypten, Madagaskar —, sich plötzlich zuspitzen sollte. Dieser Gefahr gegenüber kann England

entweder Freunde und Helfer für die Stunde der Not zu erlangen suchen; dies wäre nur möglich, wenn es in einer oder mehreren politischen Hauptfragen seine Interessen mit denjenigen solcher Staaten, welche den gleichen Feind wie England haben — z. B. mit Italien, dem wieder Deutschland vertragsmäßig beizustehen hat —, in festen Zusammenhang brächte. Unter festem Zusammenhang ist natürlich nur ein solcher zu verstehen, der auch jedes nachfolgende englische Kabinett bindet.

Oder England kann stillsitzen und den Ereignissen ihren Lauf lassen in der Hoffnung, daß seine Feinde zunächst mit anderen Mächten in Konflikt kommen. Mein Zweifel darüber, ob die Feinde Englands lange genug zögern werden, um diese Hoffnung verwirklichen zu lassen, wird abgesehen von anderen Anzeichen auch durch den Bericht Nr. 92 aus Bangkok bestärkt, welchen ich diesem Erlasse beifüge*.

---

* In dem Bericht des deutschen Vertreters in Bangkok vom 18. September (Nr. 92) waren Äußerungen des französischen Bevollmächtigten Lemyre de Vilers mitgeteilt, nach denen man französischerseits sich mit dem Gedanken trug, dem gefürchteten Eintreten Deutschlands für England im Fall eines Konflikts mit diesem durch eine nähere deutsch-französische Verständigung zuvorzukommen: „Englands Demütigung ist jetzt unser nächstes Ziel. Würden wir die Herren

Zweifellos wird aber ein Kabinett Gladstone stets der Alternative des Stillsitzens mehr zuneigen, und auch Lord Rosebery hat in der Siamfrage nicht bewiesen, daß er die Macht oder den Willen hat, eigene Wege zu gehen. Sollten Ew. pp. Anhaltspunkte für eine günstigere Beurteilung gewinnen, so stelle ich anheim, ob und wie weit Sie nach Maßgabe Ihrer Instruktionen den englischen Minister in seinen etwaigen guten Vorsätzen bestärken wollen. Vorläufig dürfte es aber zweckentsprechend sein, wenn Ew. pp. dem Minister und namentlich dem Unterstaatssekretär nicht verhehlen, daß und weshalb wir in der letzten Zeit kein Zutrauen zur englischen Kameradschaft gewinnen konnten. Erst wenn dem englischen Kabinett sich die Überzeugung aufdrängt, daß seine traditionelle Politik vollständig abgenutzt ist, wird es vielleicht die Möglichkeit erwägen, in neue Bahnen einzulenken, bevor der Kriegsfall vorliegt. pp.

Marschall

Nr. 1763

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 London, den 29. Dezember 1893
Geheim

Lord Rosebery hat die gestern durch den österreichischen Botschafter zugunsten einer Beruhigung Italiens geltendgemachten Erwägungen mit Interesse angehört und dann erwidert, es stehe nicht in seiner Macht, das Kabinett jetzt zu einer Abmachung mit Italien zu bestimmen, und eine dementsprechende Zusicherung ohne Wissen seiner Kollegen könne er persönlich nicht geben. Die italienische Regierung könne aber nach seiner Überzeugung auch heute keinen Augenblick bezweifeln, daß sie gegen einen Angriff hier Hülfe zu erwarten habe.

Der Minister hat hinzugefügt, er verkenne nicht die eventuelle Gefahr einer Verständigung zwischen Italien und Frankreich, halte sie aber nicht für dringend oder nahe bevorstehend. Einen wirklich günstigen Handelsvertrag könne die französische Regierung mit der jetzigen Kammer vorläufig nicht bieten. Eine für Italien vorteilhafte territoriale Verständigung im Mittelmeer würden die französischen Chauvinisten schwerlich zugeben. Sollte die französische Regierung aber die Aufnahme einer italienischen Anleihe erleichtern wollen, so stehe die Sache doch so, daß eine solche Anleihe, falls sie sich in

---

in Siam, so würde Deutschland davon Nutzen haben wie in Cochinchina, wo die Engländer nichts bedeuten und die Deutschen sehr viel. Wir könnten Ihnen in kolonialen Dingen Vorteile gewähren. Es ist schade, daß die schöne Gelegenheit unbenutzt geblieben ist, aber vielleicht ist es noch Zeit."

Paris finanziell ausführbar zeige, dann ebensogut in London aufgenommen werden könnte. Der Minister hat ferner betont, daß die, wie er versichern könne, demnächst zu erwartende und bedeutende Vermehrung der englischen Flotte* auch dazu beitragen werde, Italien zu beruhigen und von Verständigung mit Frankreich abzuhalten.

Hatzfeldt

Nr. 1764

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 208 Berlin, den 1. April 1894
[abgegangen am 2. April]

Die in Ew. Bericht Nr. 71 enthaltenen Mitteilungen über das, was Graf Tornielli als leitende Gesichtspunkte der deutsch-englisch-italienischen Politik darstellt**, habe ich mit ebensoviel Interesse wie Erstaunen gelesen. Aus Ew. Bericht entnehme ich jedoch mit Befriedigung, daß eine Widerlegung von unsrer Seite nicht erwartet wird.

In der Tat müssen die Akten des italienischen auswärtigen Ministeriums dem Minister genügende Klarheit darüber bieten, daß unser Wunsch, England und Italien zu möglichst energischer Wahrnehmung ihrer zahlreichen gemeinsamen Interessen vereinigt zu sehen, nur von der einen Voraussetzung abhängig gemacht ist, daß jene Vereinigung kein negotium claudicans sei, wo Italien gebunden, England frei ist. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir, als die Tuatfrage auftauchte, gleich anfangs der italienischen Regierung geraten, in dem damals geplanten diplomatischen Vorgehen gegen Frankreich sich schrittweise mit England zu verständigen und niemals weiterzugehen als dieses***. Damals haben übrigens beide Kabinette sich loyal zur Seite gestanden, und namentlich hat Lord Salisbury eine für einen englischen Parteiführer ganz ungewöhnliche Bereitwilligkeit gezeigt, gemeinsame diplomatische Schritte in antifranzösischem Sinne in Paris

* Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2137.

** Wie Botschafter von Bülow in seinem Berichte Nr. 71 vom 27. März anführte, hatte ihm Baron Blanc einen Privatbrief des Grafen Tornielli in London zu lesen gegeben. Danach hätte Tornielli seinen Chef gewarnt, „nicht zu intime Fühlung mit Großbritannien zu nehmen, da dies die Eifersucht Deutschlands erregen würde. Deutschland wolle im Grunde ebensowenig ein wirklich nahes Verhältnis zwischen England und Italien wie eine gewisse Grenzen übersteigende Verstärkung der Seemacht jener beiden Staaten. Deutschland wünsche nicht, daß England und Italien Faktoren würden, mit denen Deutschland ernstlich zu rechnen hätte.“

*** Vgl. Kap. LIII, C.

mitzumachen. Wenn die damalige auf Erhaltung des marokkanischen status quo gerichtete Aktion Englands und Italiens zu keinem festen Ergebnis geführt hat, so liegt die Schuld lediglich an dem dritten Teilnehmer, Spanien.

Die ungünstige Meinung des Grafen Tornielli über Lord Salisbury beruht auf Gegenseitigkeit. Die Kaiserliche Regierung ist im Laufe der Jahre mehr als einmal in der Lage gewesen zu konstatieren, welche Erschwerung für das diplomatische Geschäft sich aus dem unausrottbaren Mißtrauen des englischen Ministers gegen den Grafen Tornielli ergab.

Marschall

Nr. 1765

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 Rom, den 17. Juni 1894

Herr Crispi, mit welchem ich heute über die durch die englischen Übergriffe in Afrika* geschaffene Sachlage sprach, sagte mir, er beklage die Differenzen zwischen uns und Großbritannien. Das Zusammengehen des Dreibundes mit England sei im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer eine Lebensfrage für Italien.

Unter eingehender mündlicher Verwertung des mir übersandten Materials setzte ich dem Ministerpräsidenten auseinander, wie an jenen Differenzen England allein die Schuld trage. Ich fügte hinzu, daß, wenn die italienische Regierung die Wiederherstellung des früheren Einvernehmens wünsche, sie einerseits England keinen Zweifel darüber lassen dürfe, daß sie eine gegen Deutschland gerichtete Aggressivpolitik in Afrika niemals unterstützen werde, andererseits es sich ernstlich angelegen sein lassen möge, Lord Kimberley und Rosebery** zur Wiederherstellung unserer verletzten Rechte anzuhalten.

Herr Crispi versprach, er wolle in diesem Sinne auf die englischen Minister einwirken und denselben eine vernünftige und gerechte Haltung uns gegenüber anempfehlen. Im Laufe unserer Unterredung äußerte der Ministerpräsident motu proprio, daß Lord Rosebery weniger politischen Weitblick besitze als sein Vorgänger Lord Salisbury.

Bülow

---

* Über die Mißhelligkeiten, die in der Kongofrage zwischen England und Deutschland entstanden waren, siehe Kap. LIV, B.

** Seit dem 5. März 1894 hatte Earl Rosebery an Stelle des wegen Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Gladstone die Premierschaft des Kabinetts inne; Staatssekretär des Äußern war an seiner Statt der bisherige Staatssekretär für Indien Earl of Kimberley geworden.

Nr. 1766

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Rom, den 18. Juni 1894

Baron Blanc ließ mich im engsten Vertrauen Einsicht in nachstehendes heute eingegangenes Telegramm des Grafen Tornielli nehmen:

„L'Angleterre semble vouloir s'arranger avec l'Allemagne dans l'affaire du Congo, et cela pour deux raisons: 1. le jeu ne vaut pas la chandelle, 2. parce qu'elle désire tirer d'embarras le roi Léopold vis-à-vis de l'Allemagne. L'arrangement avec l'Allemagne, même s'il met fin à toute mésintelligence, ce qui est douteux, ne sera qu'un point de départ pour les accords qu'on désire plus que jamais à Londres établir avec la France, et nos intérêts n'en seront que plus menacés."

Baron Blanc fügte hinzu, daß Graf Tornielli in seiner Berichterstattung fortgesetzt eine dauernde Schwenkung der englischen Politik zu Frankreich voraussage, welche nach seiner Behauptung in England von weiten Kreisen gewünscht werde. Lord Kimberley sei für die entente mit Frankreich; Lord Rosebery leiste noch Widerstand, würde aber schließlich nachgeben, um die ihm jetzt feindlich gesinnten franzosenfreundlichen Radikalen für sich zu gewinnen.

Ich habe Baron Blanc gesagt, daß die französisch-englische Verständigung auch für das jetzige englische Kabinett weit schwerer sei als diejenige Englands mit Deutschland; ob dieses Kabinett sich noch lange halten werde, erscheine zweifelhaft; er möge sich jedenfalls durch die tendenziösen Meldungen des dreibundfeindlichen Grafen Tornielli nicht irremachen lassen.

Bülow

Nr. 1767

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 110 Rom, den 20. Juni 1894

Wie ich telegraphisch zu melden mich beehrte, habe ich Gelegenheit gefunden, mich gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten über die Kongofrage* eingehend auszulassen.

* Näheres darüber in Kap. LIII, B.

„Le traité conclu le 8 Novembre 1884 entre l'Empire Allemand et l'Etat du Congo," sagte ich beiden Ministern, „ainsi que l'Acte du Congo de 1885 ont fixé d'une manière nette les limites et les rapports entre l'Allemagne et cet Etat. Pour changer cet état de choses, il fallait le consentement du Gouvernement Impérial, fait reconnu par l'Angleterre elle-même. Déjà lors de la convention anglo-allemande du 1 Juillet 1890 le Gouvernement Britannique avait exprimé au Cabinet de Berlin le désir de posséder une bande de terre entre le territoire allemand et la frontière de l'Etat du Congo, ce que le Gouvernement Impérial refusa expressément parceque une telle concession aurait amoindri sa situation politique et interrompu ses relations de commerce directes avec l'Etat du Congo. Si le Cabinet de Londres voulait néanmoins par la convention anglo-congolaise du 12 Mai dernier art. III obtenir la bande de terre qui s'étend du port le plus septentrional du lac Tanganyika jusqu'au point le plus méridional du lac Albert Edward, il aurait besoin avant tout du consentement du Gouvernement Impérial. L'Angleterre, en négligeant un devoir aussi clair et en essayant d'atteindre son but au détriment et à l'insu de l'Allemagne, a commis une infraction grave aux traités en vigueur. Par conséquent le Gouvernement Impérial a protesté contre la convention anglo-congolaise du 12 mai dernier, et il ne la reconnaîtra pas avant que satisfaction pleine et entière ne soit donnée à ses droits et à ses intérêts violés."

Ein Wunsch nach Kompensationen, fügte ich hinzu, bestehe in Berlin nicht, wohl aber der feste Entschluß, sich nicht zufrieden zu geben, bevor die in dem Abkommen zwischen England und dem Kongostaat liegende Rechts- und Vertragsverletzung wieder rückgängig gemacht worden sei.

Den italienischen Ministern war unser Zwist mit Großbritannien an und für sich in hohem Grade unerwünscht und unbequem. Grade die gegenwärtige italienische Regierung hat ihre auswärtige Politik mit Bewußtsein und ausgesprochenermaßen auf das Zusammengehen einerseits mit dem Dreibunde andererseits mit Großbritannien basiert. Der Gegensatz zwischen der leitenden Macht der Tripelallianz Deutschland und England deroutierte die hiesigen Politiker. Speziell Baron Blanc war zeitweise so entmutigt, daß er ernstlich von seinem Rücktritt sprach, da die seit jeher und mit Einsetzung seiner Person von ihm vertretene Politik des Zusammengehens mit England wie mit Deutschland unmöglich geworden sei.

Ich habe auf solche Klagen erwidert, daß die früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England nur dann wieder aufleben würden, wenn letzteres seinen Irrtum einsehe und Remedur eintreten lasse. Die Kaiserliche Regierung habe England keinen Anlaß zu seinem unfreundlichen Vorgehen gegeben, sich vielmehr seit Beginn der deutschen Kolonialpolitik bemüht, selbst unter

Opfern ein freundschaftliches Verhältnis zu Großbritannien aufrechtzuerhalten. Das neueste Abkommen, welches England mit dem Kongostaat abgeschlossen habe, bekunde jedoch von englischer Seite so feindselige Absichten, daß wir uns eine solche Verletzung unserer Rechte und Interessen unter keinen Umständen gefallen lassen könnten. Wenn der italienischen Regierung an der Wiederherstellung der früheren Intimität zwischen Deutschland und England gelegen sei — und gewiß liege ein gutes Verhältnis zwischen Berlin und London im italienischen Interesse —, möge sie sich auch ihrerseits bemühen, Lord Kimberley und Lord Rosebery zur Vernunft zu bringen. Bevor England einlenke, könne die Kaiserliche Regierung keine Bestrebungen unterstützen, bei denen Großbritannien beteiligt sei.

Sowohl Herr Crispi als Baron Blanc versprachen mir, daß sie es sich angelegen sein lassen würden, in London darauf hinzuweisen, wie sehr Italien wünschen müsse, daß England durch Entgegenkommen gegenüber den berechtigten deutschen Forderungen das frühere Verhältnis zu Deutschland wiederherstelle.

Insbesondere war Baron Blanc bemüht, dem hiesigen englischen Botschafter* durch seine Sprache wie durch seine Haltung zu zeigen, daß ein mit Deutschland uneiniges England nicht in der früheren Weise auf die Mitwirkung Italiens zählen könne.

Meinem englischen Kollegen habe ich in freundschaftlichem Gespräch wiederholt gesagt, ich bedauere zu hören, wie unfreundlich sich die jetzige englische Regierung zu uns stelle. Wenn in dieser Beziehung nicht eine Wendung zum Bessern einträte, würden sich die üblen Folgen für England nicht nur in Afrika und in Asien, sondern auch im Orient und im Mittelmeer bald und empfindlich zeigen. Speziell Italien sei ein Kind, welches für seine weitere Entwickelung den deutschen Vater wie die englische Mutter brauche. Trennten sich die Eltern, so würde dies dem grade jetzt etwas kränklichen und schutzbedürftigen Wesen nicht gut bekommen. Schon um sich Italien als Stützpunkt seiner Weltpolitik im Mittelmeer zu erhalten, solle England sich beeilen, unsere Verstimmung zu beseitigen. Sir Clare Ford besitzt, wie ich vertraulich hinzuzufügen mir erlaube, für Fragen der großen Politik weder erhebliches Interesse noch besonderes Verständnis, aber er ist wohlmeinend und deutschfreundlich und sagte mir, daß er in seiner Berichterstattung nach London die ihm von mir angedeuteten Gesichtspunkte verwerten wolle. Eine dauernde Abwendung Englands von Deutschland und zu Frankreich würde ihm als heller Wahnsinn erscheinen.

Daß Graf Tornielli eine solche Schwenkung mit Beharrlichkeit voraussagt, habe ich an anderer Stelle gemeldet. Die diesbezüglichen Telegramme des italienischen Botschafters in London, in welche mich

---

* Sir Clare Ford.

Baron Blanc im strengsten Vertrauen Einsicht nehmen ließ, gingen von der Ansicht aus, daß sich Italien einerseits mit England, andererseits auch mit Deutschland zu tief eingelassen habe, zunächst seine Unabhängigkeit wiedergewinnen und sodann ein besseres Verhältnis zu Frankreich anbahnen müsse. Gegenüber dieser Auffassung vertrat ich mit Nachdruck die Meinung, daß Italien vor allem nicht die Fühlung mit uns verlieren möge, welche ihm in Gegenwart und Zukunft am besten wie den Schutz seiner Interessen, so auch seine Selbständigkeit sichere.

B. von Bülow

Rom, den 22. Juni 1894

Als ich heute nachmittag dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten im Sinne des hohen Telegramms Nr. 85 die Beilegung der Kongostreitfrage mitteilte, erwiderte mir Baron Blanc: „Vous n'auriez pas pu me donner une meilleure nouvelle. J'en suis heureux, et je félicite sincèrement le Gouvernement Impérial de ce beau succès.“

B. von Bülow

Nr. 1768

Der Geschäftsträger in Rom von Müller an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 167 — Rom, den 25. August 1894

Ganz vertraulich

pp. Baron Blanc begann damit, daß er mir im engsten Vertrauen den in Urschrift und deutscher Übersetzung hier gehorsamst vorgelegten Auszug aus einem Berichte des Grafen Tornielli vom 20. d. Mts.* einhändigte, welcher zur weiteren Charakteristik der politischen Denkweise des italienischen Botschafters in London dienen soll. Er bat mich, den allerdiskretesten Gebrauch von dem Schriftstück zu machen, in welchem Graf Tornielli warnend die Befürchtung ausspricht, Italien möchte in unsanfter Weise den Rückschlag der neuerdings von der Kaiserlichen Regierung England gegenüber eingeschlagenen Politik erfahren.

Das Motiv zu dieser konfidentiellen Mitteilung war ausgesprochenermaßen das, keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß Baron Blanc den Standpunkt des Grafen Tornielli nicht teile, und die italienische Regierung vor dem Verdachte zu bewahren, daß sie,

* Hier nicht abgedruckt, weil in obigem Schriftstück bereits inhaltlich charakterisiert.

wenn der italienische Vertreter in England sich in dieser Weise ausspreche, Deutschland gegenüber doppeltes Spiel spiele.

Ich wisse, äußerte der Minister, daß das Zusammengehen des Dreibundes mit England im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer für Italien von größter Wichtigkeit sei; in Marokko besonders könne Italien sich von England nicht trennen, und es käme der italienischen Regierung alles darauf an, England von einem zu engen Zusammengehen mit Frankreich abzuhalten. Auch sein Bestreben müsse darauf gerichtet bleiben, England näher und näher an den Dreibund heranzuziehen, „pour que, le cas échéant, nous nous trouvions tous d'accord". Baron Blancs Wunsch geht sonach offenbar dahin, es möchte die Kaiserliche Regierung, indem sie von der Berichterstattung des Grafen Tornielli Kenntnis nimmt, bedenken, ob sie nicht durch ein freundlicheres Verhalten zum englischen Kabinett ihm diese Aufgabe erleichtern könnte.

Der Minister sagte mir schließlich, er habe Graf Tornielli, wie schon öfter, so neuerdings wieder durch Privatschreiben auf seine von den leitenden Gesichtspunkten der italienischen Politik abweichende Anschauungsweise und darauf aufmerksam gemacht, daß er letztere unbedingt in den Hintergrund treten lassen müsse, solange das jetzige Kabinett am Ruder sei, welches hierin nichts anderes tue, als die Politik seiner Vorgänger fortzusetzen und sich dasjenige zur Richtschnur dienen zu lassen, was es im Einklang mit der deutschen Regierung für richtig erfunden hätte.

von Müller

Nr. 1769

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 714 Berlin, den 24. November 1894
[abgegangen am 26. November]

In Erwiderung auf den interessanten Bericht Nr. 214* bitte ich Ew., dem Baron Blanc für die Mitteilungen aus Madrid und Konstantinopel, mehr aber noch für die durch seinen Erlaß an Herrn Catalani den unberechtigten englischen Klagen erteilte Abfertigung

---

* Mit Bericht Nr. 214 vom 15. November 1894 hatte Botschafter von Bülow eine Anzahl ihm von dem italienischen Minister des Äußern Baron Blanc zur Einsicht überlassener diplomatischer Schriftstücke, insbesondere auch einen Erlaß Blancs an den italienischen Botschafter Catalani in Konstantinopel übersandt, die ein eigentümliches Licht auf die englischen „Koketterien mit Frankreich" in den orientalischen und Mittelmeerangelegenheiten warfen.

den verbindlichen Dank der Regierung Seiner Majestät des Kaisers auszusprechen. In der Tat war niemand besser als Baron Blanc in der Lage, an der Hand der geschichtlichen Vorgänge der letzten Jahre den Beweis zu führen, daß England, namentlich das England des Kabinetts Rosebery, im Dreibunde lediglich die Rolle des Fahnenträgers spielen möchte, welcher, selber wehrlos, von allen verteidigt wird.

Als der Dreibund, namentlich Deutschland, sich angesichts dieser Rollenverteilung kühl verhielt, begannen die englischen Klagen, und das Kabinett Rosebery versuchte, zuerst mit Frankreich und neuerdings auch mit Rußland zu kokettieren.

Ew. ist bereits bekannt, daß die Beurteilung der Lage, so wie sie in dem Erlaß des Baron Blanc an Herrn Catalani ausgeführt ist, sich hinsichtlich der Kritik der vom Kabinett Rosebery befolgten oder versuchten Politik in allen Punkten mit der Anschauung der Kaiserlichen Regierung deckt. Dagegen habe ich aus dem hervorragenden Exposé des Herrn Ministers nicht die Überzeugung gewonnen, daß derselbe die erfolglose Halbheit und Unfruchtbarkeit der bisherigen englischen Annäherungsversuche an Frankreich nach ihrem richtigen Werte schätzt. Die Halbheit besteht darin, daß die Lords Rosebery und Kimberley zwar vielleicht in Paris eine gewisse Geneigtheit zur Vernachlässigung von Interessen Dritter haben durchblicken lassen, daß aber die eignen englischen Ansprüche immerhin noch einen Umfang bewahren, welcher für jetzt eine englisch-französische allgemeine Verständigung verhindert. Denn was bisher von englisch-französischen Kombinationen — um mich des Ausdrucks des Baron Blanc zu bedienen — hier bekannt wurde, ist ohne praktische Bedeutung. So scheint auch das englisch-französische Einvernehmen hinsichtlich der Behandlung der marokkanischen Protektionsfrage nicht vorgehalten zu haben, dasselbe sollte vielmehr nach unseren letzten Nachrichten der Wahrnehmung englischer Sonderinteressen zum Opfer gebracht werden*.

Das Scheitern des Gedankens einer englisch-französischen entente ist wesentlich das Verdienst der italienischen Politik. In London verfolgte man naturgemäß die italienisch-französischen Beziehungen mit größerer Besorgnis als die deutsch-französischen. Denn von Deutschland hatte England im äußersten Falle nur ein lucrum cessans, nämlich das Wegfallen diplomatischer Unterstützung und nicht, wie bei Italien, die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Frankreich zu befürchten. Ein deutsch-französisches Bündnis ist heute eine natürliche, ein italienisch-französisches nur eine vertragsmäßige Unmöglichkeit. Wenn daher die italienische Regierung, das Beispiel des Kabinetts Rosebery nachahmend, auch ihrerseits Miene gemacht hätte, mit den Feinden Englands zu kokettieren, so hätte vielleicht das Kabinett von

---

* Vgl. darüber Kap. LIII, C.

St. James in dem ängstlichen Bestreben, Italien in Paris zu überbieten, sich zu Konzessionen entschlossen, welche den Opfern, die ein unglücklicher Krieg hätte erfordern können, annähernd gleichkamen. Die unerwiderte Generosität Italiens, welches England überall unterstützte, war unter den gegebenen Umständen zugleich die geschickteste Politik; sie ermutigte die englische Regierung zu verschiedenen Maßnahmen in Afrika und speziell in Ägypten, welche die englisch-französischen Beziehungen neuerdings noch verschärft haben dürften.

Den gegenwärtig anscheinend im Gange befindlichen Bestrebungen Englands zur Herbeiführung einer Verständigung zu Zweien mit Rußland* können Deutschland, Italien und selbst Österreich mit Ruhe zusehen. Wenn wir auch nicht hoffen, daß Rußland durch irgendein Angebot der englischen Regierung veranlaßt werden könnte, sich in direkten Gegensatz zur Politik Frankreichs zu bringen, so würde doch schon jede durch eine englische Konzession in Zentralasien oder anderswo herbeigeführte zeitweilige Milderung der englisch-russischen Beziehungen dazu beitragen, für Rußland den Nutzen eines eventuellen Zusammengehens mit Frankreich herabzumindern.

Diese neueste Phase der englischen Politik ist noch zu sehr in ihren Anfängen, um schon heute für eingehendere Kombinationen geeignet zu sein. Aber die Beziehungen gegenseitigen Vertrauens, welche ich mit lebhafter Befriedigung zwischen den Kabinetten von Berlin und Rom konstatiere, werden es uns leicht ermöglichen, bei der weiteren Entwickelung dieser weitreichenden Frage in Fühlung und Übereinstimmung zu bleiben.

C. Hohenlohe

Nr. 1770

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 217 — Rom, den 25. November 1894

Baron Blanc erzählt mir vertraulich, daß der englische Botschafter Sir Clare Ford ihn vor einigen Tagen gesprächsweise gefragt habe, warum eigentlich Graf Tornielli aus London abberufen worden sei. Er habe auf diese Anfrage nachstehendes erwidert:

„Die auswärtige Politik des gegenwärtigen italienischen Kabinetts war basiert auf das Zusammengehen einerseits mit dem Dreibunde, andererseits mit England. Die italienische Regierung ging von der Voraussetzung aus, daß Italien, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Spanien mit Deutschland als Reserve den status quo im Mittelmeer

* Vgl. Bd. IX, Kap. LV, C.

aufrechterhalten und diesen wie die italienischen Mittelmeer- und Afrikainteressen gegen französische Übergriffe verteidigen würden. Italien hat England seit Jahresfrist seine Unterstützung nie versagt. Aber während Italien in Marokko englische Politik macht, treibt England selbst dort französische Politik. In Konstantinopel beschwert sich England über den wachsenden Einfluß Frankreichs. Aber statt die Schuld hierfür in seiner eigenen Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich zu suchen — Sir Philip Currie hat sich nicht einmal zu einer energischen Warnung an die Pforte vor französischen Anschlägen auf Tripolis und das tripolitanische Hinterland aufgerafft —, erhebt England unbegründete Anklagen gegen Deutschland. Zu dem Harrarvertrag*, welchen Italien abgeschlossen hatte, um wenigstens an einem Punkte seine Interessen völlig mit den englischen zu identifizieren, mag England sich nicht öffentlich bekennen, weil Herr Hanotaux** dies übelnehmen könnte. Gegenüber solchen Vorgängen wies Graf Tornielli in seiner Berichterstattung darauf hin, daß das Zusammengehen Italiens mit England gegen oder auch nur ohne Frankreich nicht länger möglich sei, da bei Konflikten zwischen den italienischen und französischen Interessen das Kabinett von St. James stets die ersteren den letzteren opfere. Italien möge deshalb nicht länger England nachlaufen, sondern solle lieber versuchen, sich mit Frankreich zu arrangieren. Die italienische Regierung hat sich dem Gewicht der von Graf Tornielli vorgebrachten Gründe nicht verschlossen, will aber trotzdem noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß ein Zusammengehen mit England und dem Dreibunde mit den italienischen Interessen doch verträglich sei. Deshalb hat sie ihren Botschafter in London, der, wenn auch aus patriotischen Motiven, ein Gegner jener Politik war, seiner Stellung enthoben. Wenn sich aber die bisherige Politik der italienischen Regierung dauernd als unmöglich herausstellen sollte, werde ich als ihr Hauptträger es für meine Pflicht halten, mein Portefeuille mit der Erklärung niederzulegen, daß mir Graf Tornielli der durch die veränderten Verhältnisse indizierte Nachfolger zu sein scheine."

Der Minister des Äußern fügte hinzu, er habe dem englischen Botschafter bei dieser Gelegenheit auch mitgeteilt, daß er den zurzeit hier weilenden Grafen Nigra über dessen Ansicht zur Lage befragt habe. Derselbe habe ihm erwidert, er sei überzeugt, daß Lord Rosebery Frankreich in allen Mittelmeer- und Afrikafragen nachgeben würde. Wo England die italienischen Mittelmeerinteressen im Stiche lasse, könne man von Österreich-Ungarn nicht verlangen, daß es für dieselben eintrete.

Baron Blanc äußerte schließlich, daß der auf die auswärtige Politik bezügliche Passus der Thronrede, mit welcher König Humbert

---

* Vgl. darüber Kap. LIV, A.

** Französischer Minister des Äußern im Kabinett Dupuy.

das Parlament am 3. Dezember wieder eröffnen wolle, einen farblosen Charakter tragen würde. Angesichts der unberechenbaren Politik des jetzigen englischen Kabinetts müsse sich der König einer reservierten Sprache befleißigen.

Bülow

Nr. 1771

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 220 Rom, den 30. November 1894

Den hohen Erlaß Nr. 714 vom 24. d. Mts.*, betreffend die Beziehungen zwischen Italien, England und Deutschland, habe ich mit ehrerbietigem Dank erhalten. Als ich denselben dem Minister des Äußern vorlas, unterbrach mich Baron Blanc fast nach jedem Satze, um seiner Befriedigung über diesen Beweis von Wohlwollen und Vertrauen Ausdruck zu geben. Je angefochtener und schwieriger, äußerte Baron Blanc, seine Stellung in sachlicher wie in persönlicher Hinsicht sei, um so dankbarer wäre er für die ihm von unserer Seite durch diese Mitteilung zuteil gewordene Aufmunterung und Unterstützung. Infolge der dringenden Bitte des Baron Blanc habe ich demselben Abschrift des Erlasses Nr. 714 zugestellt. Der Minister gab mir die bestimmte Zusicherung, daß diese Abschrift nicht in die Akten des Ministeriums des Äußern gelangen werde. Auch werde er dieselbe nur — im allerengsten Vertrauen, und ohne die Pièce aus der Hand zu lassen — gegenüber König Humbert und Herrn Crispi benützen, denen er sie gern selbst zeigen möchte. Ich hatte den Eindruck, daß eine Ablehnung der Bitte des Ministers — von welchem ich zu diskrete Schriftstücke besitze, als daß wir nicht auf seine Verschwiegenheit zählen könnten — denselben sehr entmutigt haben würde.

In der vertraulichen und eingehenden Unterredung, welche sich an die Vorlesung des Erlasses Nr. 714 knüpfte, erging sich Baron Blanc in bitteren Klagen über die Politik des Kabinetts Rosebery, die er als eine kurzsichtige, widerspruchsvolle und kleinliche charakterisierte. Es bleibe ihm, fügte der Minister des Äußern hinzu, trotzdem nichts anderes übrig, als nach wie vor so weit mit England zu gehen, wie dies die italienischen Lebensinteressen irgendwie zuließen. Wir möchten uns also nicht wundern, wenn er überall, wo es möglich sei, und speziell in Ägypten die englische Politik unterstütze. Denn wenn er sich auf ein Wettkriechen mit England um die Gunst Frankreichs

---

* Siehe Nr. 1769.

einließe, könnte dies die Folge haben, daß das Kabinett von St. James gegenüber den Franzosen noch nachgiebiger aufträte, als dies schon jetzt der Fall sei. „Ich werde mich England gegenüber verhalten," äußerte Baron Blanc, „wie der philosophische Ehemann, welcher die Seitensprünge seiner Frau wohl bemerkt, dieselben jedoch, um ihren Ruf zu schonen, und in der Hoffnung auf bessere Tage vor der Welt ignoriert."

Am meisten freute den Minister, daß Euerer Durchlaucht Erlaß alles bestätigt, was ich ihm seit Wochen und Monaten über die Erfolglosigkeit der englischen Annäherungsversuche an Frankreich gesagt hatte. Es liegt in der Natur der Dinge, daß eine wirkliche und dauernde englisch-französische Entente die unerfreulichste politische Kombination wäre, welcher sich Baron Blanc gegenüber sehen könnte. Um seine in dieser Richtung lebhaften Besorgnisse zu zerstreuen, verwertete ich ihm gegenüber mündlich und streng vertraulich diejenigen Stellen in dem mir hochgeneigtest mitgeteilten Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Paris vom 31. v. Mts.*, welche von der tiefgehenden Verstimmung zwischen Franzosen und Engländern handeln. Auch sagte ich Baron Blanc, daß der Kaiserliche Botschafter in London die (vom Grafen Tornielli für sicher und unmittelbar bevorstehend gehaltene) Verständigung Englands mit Frankreich auf allen Gebieten für so gut wie unmöglich erkläre.

Als ich Baron Blanc den Schluß des Erlasses Nr. 714 vorlas, wo von den Beziehungen gegenseitigen Vertrauens zwischen uns und Italien die Rede ist, sagte mir derselbe: „Es gibt in Europa nicht zwei Kabinette, zwischen denen so intime Beziehungen herrschen wie gegenwärtig zwischen Berlin und Rom. Ich hoffe und glaube, daß in den Beziehungen zwischen den Großmächten keine ernstlichen Verschiebungen eintreten, sondern daß die allgemeine Lage im großen und ganzen so bleiben wird, wie sie ist. Aber jedenfalls bin ich überzeugt, daß die Fühlung und Übereinstimmung zwischen Deutschland und Italien alle Wechsel überdauern wird."

Ich halte diese Erklärung des Baron Blanc für ehrlich gemeint. Wir besitzen zu gewichtige Pfänder seiner Ergebenheit, als daß wir Grund hätten, an derselben zu zweifeln. Andererseits brauche ich kaum zu wiederholen, daß eine weitergehende Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen von Baron Blanc nicht nur sehr peinlich empfunden werden, sondern daß er eine solche vielleicht auch

---

* Es hieß in dem Münsterschen Bericht u. a.: „Das Verhältnis zwischen Frankreich und England ist entschieden kein besseres geworden. Über die Grenzregulierung der Schutzgebiete in Afrika wird fortwährend verhandelt. Nach dem, was mir der Unterhändler Mr. Phipps und der hier gestern zurückgekehrte Lord Dufferin sagen, scheint es, daß diese Verhandlungen sobald nicht abgeschlossen und zu keinem erwünschten Resultate führen werden. Über Ägypten und Madagaskar wird zwar nicht verhandelt, beides sind aber offene Wunden."

als Minister nicht überleben würde. Ich habe in meiner ehrerbietigen Berichterstattung bereits im vergangenen Sommer darauf hingewiesen, wie Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England hier gerade die aufrichtigen Freunde des Dreibunds deroutieren*, weil die auswärtige Politik derselben seit jeher auf dem Zusammengehen Englands mit der Triplealliance basiert war. Wenn die englische Politik unverständig genug sein sollte, sich endgültig von Deutschland abzuwenden, so könnte eine so selbstmörderische Haltung einerseits die Folge haben, daß das englischem Einfluß völlig entzogene Mittelmeer sich wirklich in einen französischen See verwandelte, andererseits aber die italienische Vergrößerungslust von Nordafrika nach Trient, Triest und Istrien ableiten. B. von Bülow

Nr. 1772

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 90 Rom, den 9. Mai 1895

Vertraulich

pp. Auf die politischen Beziehungen zwischen England und Italien übergehend, meinte mein englischer Kollege, daß Baron Blanc an der Gesamtrichtung der englischen Politik mancherlei auszusetzen habe. Es werde hier namentlich darüber geklagt, daß England zuviel Rücksichten auf Frankreich nähme. Diese Rücksichtnahme trete in der Tat oft hervor, läge jedoch in der Natur der Verhältnisse begründet. England müsse ein Land menagieren, welches einerseits zu Lande und zu Wasser so stark sei wie Frankreich, andererseits sich dem Kabinett von St. James in so vielen und wichtigen Fragen unangenehm machen könne. Die Italiener müßten sich in den Gedanken finden, daß die englische Intimität mit Italien gute Beziehungen Englands zu Frankreich nicht ausschließe. „Les ennemis de nos amis ne sont pas nécessairement nos ennemis.“ Im übrigen, fuhr Sir Clare Ford fort, sei er davon durchdrungen, daß die Aufrechterhaltung der italienischen Großmachtstellung im Mittelmeer eine Notwendigkeit für England sei. Ich ließ die Bemerkung fallen, daß nach dem, was ich in italienischen Kreisen äußern höre, es nicht ganz sicher erscheine, ob sich die Italiener auf die Länge mit rein platonischen Liebesversicherungen von seiten Großbritanniens begnügen würden. Wenn sich Italien von England allzusehr als quantité négligeable behandelt fühle, könnte es den Glauben an England vielleicht schließlich doch verlieren. „Belle Philis on désespère alors qu'on espère toujours.“ Mein englischer Kollege entgegnete vertraulich, daß er persönlich

* Siehe den Bülowschen Bericht vom 20. Juni 1894 Nr. 1767.

allerdings auch diese Besorgnis hege. In London wolle man jedoch vor allem nicht inkommodiert werden und scheue vor Entschlüssen zurück, welche einen etwas höheren Grad von Energie voraussetzten. Ganz vertraulich fügte der englische Botschafter hinzu, daß die Italiener sich gedulden müßten, bis in England wieder ein konservatives Ministerium ans Ruder komme, was nicht mehr allzulange dauern dürfte*. Beiläufig bemerkte Sir Clare Ford, daß man in London mit General Ferrero nicht unzufrieden sei. „Ferrero bothers us less than we were afraid that he would do.“ pp.

B. von Bülow

Nr. 1773

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 114 Rom, den 21. Juni 1895

Ganz vertraulich

König Humbert sieht einem Ministerwechsel in England mit nicht viel geringerer Ungeduld entgegen als sein Minister des Äußern. Lord Rosebery und Lord Kimberley wären gar zu unfähig. Englische Minister, die mit Frankreich und Rußland gehen wollten, wären kaum noch ernst zu nehmen. Auch hätte das Kabinett Rosebery die Rücksichtnahme auf Frankreich bis zu einem Grade getrieben, welcher nur noch als Furchtsamkeit bezeichnet werden könne. Durch das fortgesetzte Ausweichen vor Frankreich hätte Lord Rosebery selbst viele Italiener an England irregemacht, obwohl hier doch eigentlich alle Welt von der Nützlichkeit des Zusammengehens zwischen Italien und England überzeugt sei. Hoffentlich komme bald Lord Salisbury ans Ruder. Italien sei weit entfernt, unruhige oder übertriebene Forderungen an England zu stellen; es wolle nur, daß England sich selbst und seinen Traditionen treu bleibe. pp.

B. von Bülow

Nr. 1774

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 560 London, den 31. August 1895

Geheim

pp. Der Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson, welchem ich ebenfalls einen Abschiedsbesuch machte, suchte mich im Laufe der Unter-

* Tatsächlich erfolgte schon am 26. Juni 1895 eine Neubildung des Ministeriums, die wieder Marquis Salisbury an das Ruder brachte.

haltung zu überzeugen, daß hier in bezug auf die auswärtige Politik nichts verändert sei, und daß die Neigung Lord Salisburys nach wie vor dahin gehe, mit dem Dreibund in Übereinstimmung zu bleiben. Er leugnete dabei nicht, daß es während des Ministeriums Rosebery eine Zeit gegeben habe, wo man hier wegen unseres „unfreundlichen"[1] Auftretens in der Kongofrage* sehr gereizt gegen Deutschland gewesen sei. Auch darüber sei man verstimmt gewesen, daß wir seinerzeit abgelehnt, mit England zusammen auf die Lösung der chinesisch-japanischen Schwierigkeiten einzuwirken, uns aber dann auf die erste Aufforderung der Russen dabei beteiligt hätten**. Manche Abweichungen von der sonstigen deutschfreundlichen Politik der englischen Regierung, wie z. B. die Annäherung an Rußland und auch eine etwas mehr franzosenfreundliche Politik in Marokko, seien lediglich die Folge dieser Gereiztheit gewesen.

Selbstverständlich wies ich die Behauptung, daß wir in der Kongofrage unfreundlich gewesen, als unbegründet zurück, indem ich daran festhielt, daß unser Verhalten durch die vorhergehende Rücksichtslosigkeit Englands[2] in der Frage hervorgerufen und berechtigt gewesen sei. pp.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Haben sie ja in England mir gegenüber schon längst zugegeben.

---

* Vgl. Kap. LIV, B.

** Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

Kapitel LIII

Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte

A. Die Ägyptische Frage



Nr. 1775

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Winckler an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 61 Pera, den 2. April 1890

Wie ich ganz vertraulich erfahre, ist der türkische Botschafter in London* angewiesen worden, mit Lord Salisbury wegen der Räumung Ägyptens von neuem in Unterhandlung zu treten. In der ihm erteilten Instruktion wird auf das von der englischen Regierung wiederholt gegebene Versprechen hingewiesen, Ägypten zu räumen, sobald die Ruhe in den Gemütern und das Gleichgewicht in den Finanzen hergestellt und die ägyptische Wehrkraft hinreichend gestärkt sein würde, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Da diese Voraussetzungen selbst nach englischem Urteil jetzt zugetroffen seien, so erachte die Pforte den Augenblick für gekommen, die Modalitäten der Räumung mit der englischen Regierung zu vereinbaren.

Seit dem Scheitern der Drummond Wolffschen Konvention** hat sich der Sultan, welcher jedenfalls längst zu der Erkenntnis gekommen ist, wie wenig es den Interessen der Türkei entsprechend war, den französischen und russischen Ratschlägen folgend die Ratifikation jener Konvention im letzten Augenblick zu verweigern, ununterbrochen mit der ägyptischen Frage beschäftigt, er hat sich aber nie dazu entschließen können, die Pforte zu solchen Konzessionen an England zu ermächtigen, welche es dieser Macht ermöglichten, neue Vereinbarungen wegen der Räumung zu treffen. Der jüngste Abschluß einer englisch-ägyptischen Handelskonvention hat dem Großwesir die Handhabe geboten, um dem Sultan darzustellen, daß eine weitere dilatorische Behandlung der ägyptischen Frage seitens der Türkei den Khedive allmählich dahin führen könnte, das Abhängigkeitsverhältnis von der Türkei als nicht mehr bestehend zu betrachten und sich als Vasall desjenigen Staates zu gerieren, der tatsächlich die Macht in seinem Lande ausübt.

Infolge dieser Vorstellungen des Großwesirs hat der Sultan der Pforte die Anweisung erteilt, einen neuen Konventionsentwurf auszuarbeiten und der englischen Regierung zur Annahme vorzulegen.

---

* Rustem Pascha.

** Vgl. Bd. IV, Nr. 817, S. 174, Fußnote.

Dieser Entwurf, der bereits die Genehmigung des Sultans erlangt hat, aber hier noch geheim gehalten wird, unterscheidet sich von der Drummond Wolffschen Konvention im wesentlichen nur in drei Punkten:

1. Alle in der genannten Konvention enthaltenen Bestimmungen über den Suezkanal sind mit Rücksicht auf die inzwischen abgeschlossene internationale Kanalkonvention in dem neuen Entwurfe nicht mehr aufgenommen;

2. die Frist für die Räumung Ägyptens durch die englischen Truppen wird auf ein Jahr nach Abschluß der Konvention festgesetzt;

3. um dem Einwurf zuvorzukommen, England habe keine Bürgschaft dafür, daß der Sultan die Konvention ratifizieren werde, selbst wenn über den Entwurf eine Einigung erzielt werde, ist die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Ratifikation in London dergestalt stattfinden solle, daß der englischen Regierung das vom Sultan bereits ratifizierte Exemplar der Konvention vorgelegt werden würde.

Bisher liegen keine Anzeichen vor, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß der von dem Sultan gefaßte Entschluß auf französisch-russische Einflüsterungen zurückzuführen ist. Die seitens der Pforte in Ausführung des großherrlichen Befehles bei der englischen Regierung getanen Schritte dürften aber sicherlich die Unterstützung der beiden genannten Mächte finden, da wenigstens in der hiesigen französischen Botschaft sich längst die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß man mit den seinerzeit gegen die Annahme der Drummond Wolffschen Konvention von französischer Seite hier in Szene gesetzten Intrigen lediglich den englischen Interessen in Ägypten auf Kosten der Türkei einen freilich sehr unfreiwilligen Dienst geleistet hat. v. Winckler

Nr. 1776

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 63 Pera, den 9. April 1890

Vertraulich

In der Anlage beehre ich mich die mir auf streng vertraulichem Wege zugänglich gewordene Abschrift des Projektes einer neuen Konvention über Ägypten* gehorsamst vorzulegen, welches durch Rustem Pascha in London dem englischen Premierminister vorgelegt werden soll. Einstweilen hat die dortige Mitteilung wegen Abwesenheit des Lord Salisbury noch nicht erfolgen können.

Der Hauptinhalt des neuen Entwurfs ist schon in dem Berichte

* Hier nicht aufgenommen.

des Herrn von Winckler vom 2. d. Mts. Nr. 61* gemeldet worden. Die Vergleichung des jetzt vorliegenden Textes mit dem der Drummond Wolffschen Konvention vom 22. Mai 1887 ergibt, daß, abgesehen von den Bestimmungen über den Suezkanal, die inzwischen in die Konvention vom 29. Oktober 1888 übergegangen sind, alle wesentlichen Punkte jener älteren, von dem Sultan nicht ratifizierten Abmachung beibehalten werden sollen, also namentlich das Wiederbesetzungsrecht der Engländer, um dessentwillen damals die leidenschaftliche Opposition der Russen und Franzosen wachgerufen worden ist. Über die Ratifikation ist keine besondere Bestimmung im Text des neuen Entwurfs enthalten; es soll aber durch Deklaration festgestellt werden, daß der Austausch in London zu erfolgen habe.

Was die Entstehung dieses neuen Entwurfs anlangt, so entnehme ich den vertraulichen Äußerungen des Großwesirs** und von Said Pascha***, daß tatsächlich die Initiative dazu allein von den türkischen Ministern ausgegangen ist, denen es der Sultan mit steigender Dringlichkeit zur Pflicht machte, die Verhandlung mit England über die Räumung von Ägypten wieder in Fluß zu bringen. Daß dies, wenn überhaupt noch, nur auf der Basis des englischen Rechtes zur Wiederbesetzung möglich sei, hatten die Minister dem Sultan bisher nicht begreiflich machen können; jetzt will er auch das zugeben und scheint sich also vor dem russisch-französischen Einspruch weniger zu fürchten, als er es 1887 getan hat.

Herr von Nelidow† hatte, als hier zuerst die unrichtige „Times"-Nachricht bekannt wurde, die Pforte wolle nunmehr die einfache Ratifikation der alten Konvention vom 22. Mai 1887 in London anbieten, sofort dem Großwesir sagen lassen, die frühere Einsprache von Rußland gegen die Konvention Drummond Wolff sei nicht zurückgenommen, und ein solcher Schritt der Pforte, ohne Verständigung mit Petersburg, würde nicht zulässig sein. Neuerdings hat der russische Botschafter sich darauf beschränkt, dem Minister des Äußern zu erklären, wegen der Wiederanknüpfung der Verhandlungen über die ägyptische Angelegenheit habe er nach Petersburg berichtet, und er erwarte von dort Instruktionen. Doch hat er bereits durchblicken lassen, daß ein eventuelles englisches Wiederbesetzungsrecht in der alten Formulierung keinenfalls zugestanden werden könne. Der französische Botschafter hatte sich, als zuerst von den türkischen Schritten in London die Rede war, ganz reserviert verhalten und dem Großwesir den Eindruck gemacht, als werde er keine Schwierigkeit gegen die Erneuerung des Versuchs einer Verständigung mit England erregen. Kiamil Pascha nahm an, daß man in Paris vor der Gefahr einer Unabhängig-

* Siehe Nr. 1775.
** Kiamil Pascha.
*** Minister des Äußern.
† Russischer Botschafter in Konstantinopel.

keitserklärung des Khedive und einer dann zwischen diesem und England zu treffenden Vereinbarung nicht minder erschrecke als wie hier, und daß deswegen Frankreich jetzt lieber eine türkisch-englische Abmachung über den Räumungstermin, selbst mit dem Wiederbesetzungsrechte der Engländer, zugestehen werde. Aber seitdem hat Graf Montebello dem Großwesir gegenüber, allem Anscheine nach auf Veranlassung des russischen Botschafters, ebenso das englische Wiederbesetzungsrecht verworfen, wie Herr von Nelidow es getan.

Mein englischer Kollege sagt mir, er erwarte nicht, daß man in London überhaupt jetzt auf die neue türkische Anregung sich einlassen werde[1]; das habe er seit Jahren hier schon vorausgesagt.

Radowitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das glaube ich auch. Beati possidentes

Nr. 1777

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 284 — Berlin, den 5. April 1890
[abgegangen am 8. April]

Wie Euerer pp. bekannt, ist der Wunsch der ägyptischen Regierung, ihre Finanzen durch eine Konversion der fünfprozentigen privilegierten Schuld in eine vierprozentige zu verbessern, im vorigen Jahre an der Weigerung Frankreichs, seine Zustimmung zu erteilen, gescheitert. Da Herr Spuller* in der Kammer in scharfer Weise diese Weigerung als notwendig und unabänderlich bezeichnet hatte, befand sich Frankreich, das seinen Fehler bald einzusehen begann, in einer Sackgasse.

Für England bot die Situation einen doppelten Vorteil:

Einmal lastete das ganze Odium, die Konversion verhindert zu haben, auf Frankreich; die Stellung des letzteren in Ägypten hatte infolgedessen auf allen Gebieten gelitten.

Andrerseits war es der englischen Regierung, wie Ew. pp. erinnerlich, angenehm, auf diese Weise das Konversionsprojekt losgeworden zu sein. Ägyptens wegen konnte sie es nicht selbst ablehnen. Kam aber das Projekt zur Ausführung, so mußte das jetzige englische Kabinett große Mißstimmung unter den zahlreichen englischen Bondholdern befürchten, die statt fünf nur vier Prozent von ihrem Geld erhalten hätten.

---

* Französischer Minister des Äußern 1889.

Nach dem in Abschrift ergebenst beigefügten Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls in Kairo* vom 23. v. Mts. will die englische Regierung Frankreich jetzt die Hand bieten, aus dem impasse, in den es geraten, herauszukommen. Sie hat genehmigt, daß eine Kommission von englisch-ägyptischen Beamten nach Paris geht, um über Vorschläge zu verhandeln, welche Frankreich neuerdings gemacht hat. Diese Vorschläge weichen von dem ursprünglichen ägyptischen Konversionsprojekt ab. Unter den Abweichungen ist ein Punkt politisch interessant:

Die Franzosen wollen jetzt auch das Domanial- und Daira-Anlehen konvertiert sehen. Dieses Anlehen steht unter englisch-französischer Kontrolle und Verwaltung, und ist der letzte Rest des ehemaligen englisch-französischen Kondominiums in Ägypten. Frankreich hält infolgedessen sehr zäh an dieser Einrichtung fest, den Engländern war sie bis jetzt immer ein Dorn im Auge. Es wär daher nur natürlich, daß das Bestreben der Engländer dahin ging, eine etwaige Konversion des Domanial- und Daira-Anlehens zu benutzen, um dessen Verwaltung zu ändern, d. h. diesen Rest des englisch-französischen Kondominiums aufzuheben. Dies war auch der erste Zweck der Engländer, als sie vor einigen Monaten selbst die Konversion dieser Anleihe durch Sir Edgar Vincent** anregen ließen. Um so auffallender ist es, daß jetzt England der französischen Forderung eines Fortbestehens dieses Kondominiums auch nach einer etwaigen Konversion so leicht nachgibt.

Es drängt sich die von dem Kaiserlichen Generalkonsul in Kairo angeregte Frage auf, ob sich darin ein politisches Bedürfnis der Anlehnung an Frankreich seitens Englands ausdrückt.

Ew. pp. beehre ich mich, ergebenst zu ersuchen, Ihr Augenmerk auf dieses, sowie sonstige Symptome zu richten, die auf eine englisch-französische Annäherung hindeuten. Über das Ergebnis Ihrer Beobachtungen bitte ich zu berichten.

Marschall

Nr. 1778

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 214 London, den 14. April 1890

Ganz vertraulich

Den hohen Erlaß Nr. 284 vom 5. d. Mts.*** habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und werde nicht unterlassen, etwaige Symptome, welche

* Legationsrat von Brauer. Vgl. dazu Bd. VII, S. 267, nebst Fußnote.

** Generaldirektor der Banque Ottomane in Konstantinopel.

*** Siehe Nr. 1777.

auf eine politische Annäherung der englischen Regierung an Frankreich schließen lassen könnten, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und darüber zu berichten. In bezug auf die durch den Kaiserlichen Generalkonsul in Kairo angeführten Umstände erlaube ich mir die gehorsamste Bitte, mir bis zur bevorstehenden Rückkehr Lord Salisburys hochgeneigtest Zeit lassen zu wollen, da etwaige Äußerungen des Unterstaatssekretärs über diese Frage mir schwerlich gestatten würden, mir über den politischen Zweck der englischen Haltung in der Konversionsfrage ein klares Bild zu machen.

Inzwischen wollen Eure Exzellenz mir gestatten, über eine ganz vertrauliche Mitteilung meines italienischen Kollegen* zu berichten, welche, da sie die Absichten des englischen Kabinetts in Ägypten überhaupt kennzeichnet, mit der in dem hohen Erlaß Nr. 284 gestellten Frage in engem Zusammenhang steht.

Im Laufe unserer Unterhaltung kam auch die Frage zur Sprache, wie die englische Regierung sich voraussichtlich zu der erneuten türkischen Zumutung, die Evakuation Ägyptens in Aussicht zu nehmen, stellen würde. Graf Tornielli, welcher an die Möglichkeit eines Eingehens auf diese Zumutung hier nicht glaubt, suchte seine Auffassung zu begründen. Nach sichtbarem Zögern teilte er mir im strengsten Vertrauen und gegen die bestimmte Zusicherung, ihn nicht zu nennen, mit, Lord Salisbury habe ihm gesprächsweise kurz vor seiner Abreise unter Hinweisung auf die günstige Entwicklung der ägyptischen Finanzen vertraulich den Gedanken entwickelt, daß die Wiedereroberung der von Ägypten verlorenen Provinzen** hier in Aussicht zu nehmen sei[1].

Es scheint mir zwar nicht zweifelhaft, daß der Premierminister mit diesen Äußerungen in erster Linie den Zweck verfolgte, etwaigen italienischen Gelüsten nach jenen Provinzen beizeiten einen Riegel vorzuschieben***. Wenn die englische Regierung aber den dem italienischen Botschafter angedeuteten Plan für die Zukunft überhaupt im Auge hat, so würde sich daraus auch ohne den Hintergedanken politischer Annäherung an Frankreich erklären, daß sie Sir Evelyn Baring† in seinem Bestreben, vor allem die ägyptischen Finanzen zu verbessern, jetzt mehr freie Hand läßt. Es läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß die Opposition im englischen Parlament sich jeder Geldforderung für Eroberungszwecke in Ägypten bestimmt widersetzen würde, und die Regierung würde sich durch eine solche Forderung der Gefahr aussetzen, zum Abgang genötigt zu werden. Die eventuelle Verwirklichung jener Zwecke erscheint daher für das

---

* Graf Tornielli.
** D. h. vom Sudan, der 1883—1885 an die Madhisten verloren gegangen war.
*** Vgl. auch Kap. LIV, A.
† Englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

jetzige Kabinett nur auf dem Wege denkbar, daß die ägyptische Regierung dabei in den Vordergrund gestellt wird, und — wenigstens soweit dies äußerlich erkennbar wird — auch nur ägyptische Geldmittel zur Verwendung kommen. In diesem Sinn hat Graf Tornielli auch die Äußerungen Lord Salisburys aufgefaßt, welcher, soweit ich meinen italienischen Kollegen richtig verstanden habe, ihm gegenüber noch besonders darauf hinwies, daß die ägyptische Armee unter Führung der dort angestellten englischen Offiziere der ihr eventuell zu stellenden Aufgabe allein und ohne Zuziehung englischer Truppen gewachsen sein würde.

Es ist meines unmaßgeblichen Erachtens nicht anzunehmen, daß die englische Regierung sich mit solchen Gedanken in Ägypten tragen würde, wenn sie die geringste Neigung empfände, den dominierenden Einfluß Englands dort aufzugeben. Nach allen meinen bisherigen Beobachtungen möchte ich sogar ernstlich bezweifeln, daß selbst ein liberales Kabinett unter Mr. Gladstone ohne weiteres den Mut haben würde, auf Ägypten zu verzichten[2] und vor der öffentlichen Meinung des Landes das Risiko zu übernehmen, daß irgendeine andere Macht, am wenigsten Frankreich, die von England geräumte Stellung am Nil in Beschlag nimmt.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Na endlich! Wenn er es nur nicht durch Italienische Truppen bewerkstelligen will!

[2] glaube ich auch nicht

Nr. 1779

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 237 London, den 29. April 1890

Ganz vertraulich

In meiner ganz vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury habe ich mich überzeugt, daß die in Erlaß Nr. 284 vom 5. d. Mts.* hervorgehobene Nachgiebigkeit Englands in der Konversionsfrage keineswegs auf den Wunsch politischer Annäherung an Frankreich, sondern auf die in meinem Bericht Nr. 214 vom 14. d. Mts.** über eine streng vertrauliche Unterhaltung mit Graf Tornielli dargelegten Gründe zurückzuführen ist.

Lord Salisbury gestand mir ganz offen, daß er den Zweck im

---

* Siehe Nr. 1777.

** Siehe Nr. 1778.

Auge habe, die verlorenen ägyptischen Provinzen wiederzugewinnen[1], daß das englische Parlament dafür niemals Geld bewilligen würde, und daß die Hebung der ägyptischen Finanzen daher die unerläßliche Vorbedingung sei. Er fügte jedoch ausdrücklich hinzu, daß es sich bezüglich der verlorenen Provinzen um Zukunftsprojekte handle, deren Verwirklichung vorläufig noch vertagt sei.

Nach den hier eingehenden Nachrichten scheinen die Verhandlungen der ägyptischen Delegierten in Paris über die Konversion wenig Aussicht auf Erfolg zu bieten, und ich vermute, daß dieser Umstand hier zur Vertagung der fraglichen Pläne in Ägypten mitwirkt.

Ausdrücklich und wiederholt bemerkte Lord Salisbury im Laufe unserer Unterhaltung, daß von einer politischen Annäherung an Frankreich hier nicht die Rede gewesen sei[1].

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut!

Nr. 1780

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 108 — Paris, den 29. April 1890

Nachdem mein Bericht Nr. 106 fertiggestellt war, hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Ribot über Ägypten zu sprechen, und ist dadurch meine Ansicht, daß die französische Regierung der Konversion der ägyptischen Schulden nicht zustimmen werde, vollkommen bestätigt worden[1].

Herr Ribot sagte mir, daß nach seinen Nachrichten Lord Salisbury sich dem türkischen Botschafter gegenüber sehr abweisend verhalten habe. Die Kundgebung Sir E. Barings in Kairo und mehrere andere Anzeichen ließen erkennen, daß auf eine Konzession Englands in der ägyptischen Frage nicht zu rechnen sei[2].

Unter diesen Umständen könne das jetzige Kabinett auf die Vorschläge Ägyptens nicht eingehen, so zweckmäßig sie auch in finanzieller Hinsicht sein möchten.

Sein Vorgänger, Herr Spuller, sei unvorsichtig gewesen und habe die Zustimmung zu der schon vor einem Jahre beantragten Konversion abhängig gemacht von den Erklärungen, die England hinsichtlich der Räumungsfrage abgeben werde.

Bleibe gerade dieses Kabinett nicht auf demselben Standpunkte, so würde es sicher in der Kammer fallen. Herr von Freycinet werde,

was Ägypten betreffe, stets zum Sündenbock gemacht, obgleich es nicht er, sondern Gambetta gewesen sei, der Ägypten den Engländern in die Arme warf.

Der Minister und die hiesige offizielle Welt sind gegen England erbittert. Dasselbe scheint nach den Äußerungen der englischen Botschaft in London Frankreich gegenüber auch der Fall zu sein[3].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut!

[2] so much the better!

[3] mögen sie beide recht lange in dem Zustande bleiben!

Nr. 1781

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 236 London, den 29. April 1890

Der türkische Botschafter hat, wie nach Bericht Nr. 216 vom 14. d. Mts. zu erwarten war, nach Rückkehr Lord Salisburys die Evakuation Ägyptens angeregt und darauf bezügliches Abkommen vorgeschlagen.

Ganz vertraulich sagt mir der Premierminister, daß er noch keine Antwort erteilt habe, aber den türkischen Vorschlag, den er als „kindlich" bezeichnete, demnächst ablehnen werde. Er habe stets erklärt, daß England Ägypten nur dann verlassen könne, wenn alles, was dort englischerseits geschaffen worden, für die Zukunft gesichert sei[1]. Dieser Zweck sei nur dann erreichbar, wenn England für den Fall neuer Unruhen in Ägypten oder irgendeiner demselben von außen drohenden Gefahr das Recht der jederzeitigen Rückkehr ausdrücklich gewahrt werde. Der türkische Vorschlag biete diese unerläßliche Garantie nicht und sei deshalb unannehmbar.

Ich hatte aus den vertraulichen Äußerungen Lord Salisburys über diese Angelegenheit den Eindruck, daß er weniger als je daran denkt, Ägypten aufzugeben, und daß ihm deshalb der Umstand, daß türkischerseits den Engländern das Recht der eventuellen Rückkehr nach Ägypten verweigert wird, als Vorwand für die Ablehnung eines auf die Evakuation gerichteten Abkommens erwünscht ist.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Da das in den nächsten 100 Jahren kaum der Fall sein wird, hat er ja noch Zeit.

Nr. 1782

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Pera, den 2. Mai 1890

Nach Mitteilung von Sir W. White hat Lord Salisbury dem türkischen Botschafter auf den Vorschlag betreffs Ägypten geantwortet, die Pforte möge sich zunächst mit Rußland und Frankreich über das Recht der englischen Wiederbesetzung verständigen, dann könne eine solche Konvention in Erwägung gezogen werden.

Radowitz

Nr. 1783

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 92 Pera, den 31. Mai 1890

Vertraulich

Sir William White hat mir vertraulich den Inhalt einer von Lord Salisbury an ihn ergangenen Instruktion mitgeteilt, worin die Stellung, welche der englische Premierminister zur Verhandlung mit der Türkei über Ägypten einnimmt, genau bezeichnet wird.

Lord Salisbury hat danach Rustem Pascha, als dieser erneut auf die ägyptische Angelegenheit zurückgekommen, folgendes erklärt: Seiner Ansicht nach gäbe es nur zwei Wege, um zu der von der Türkei gewünschten Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten zu gelangen. Der erste, den Lord Salisbury stets für den richtigeren und vernünftigeren gehalten, sei der, ruhig abzuwarten, bis die öffentlichen Zustände in Ägypten sich so weit wieder gekräftigt hätten, und die internationale Stellung des Landes gegen äußere Gefahren so gesichert erscheine, daß die Notwendigkeit einer Fortdauer der englischen Besetzung von selbst wegfallen müsse[1]. Wenn die Dinge erst einmal so weit gediehen wären, würde die englische Regierung alles Interesse daran haben, die Okkupation nicht zu verlängern und aus eigener Initiative sich zurückziehen; Ägypten selbst würde dieses Verlangen zu stellen berechtigt sein.

Der andere Weg sei, einen Zeitpunkt der Räumung durch bestimmte Abmachung von vornherein zu bestimmen; dieser Versuch sei von England durch die Konvention Drummond Wolff gemacht worden und an der schließlichen Weigerung des Sultans, ein bereits

abgeschlossenes Abkommen zu ratifizieren, gescheitert. Wenn nun heute die Türkei mit dem abermaligen Verlangen hervortrete, auf diesem Wege die Frage zum Austrage zu bringen, so könne er, nach der gemachten Erfahrung, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen sich darauf einlassen. Die Hauptbedingung für ihn sei die uneingeschränkte Befugnis Englands, jederzeit, wenn es nach seiner Ansicht die inneren Verhältnisse oder äußere Gefahren für Ägypten notwendig machten, dorthin sofort und ohne Anfragen wieder zurückzukehren. Diese Befugnis würde England mit keiner anderen Macht teilen können, nur eventuell (perhaps) mit der Türkei. Außerdem müsse dieses Recht für England ausdrücklich zuerst von allen Mächten, die den Berliner Vertrag unterzeichnet hätten, anerkannt sein, um nicht wieder hinterher, wie bei der Konvention von 1887, dem Widerspruch einiger von ihnen zu begegnen.

Lord Salisbury geht also in seinem jetzigen Verlangen für das Wiederbesetzungsrecht noch über die Wolffsche Konvention und den neuen türkischen Entwurf hinaus. Aus diesem Grunde wohl bemerkt er zum Schlusse: Seit dem Scheitern der Wolffschen Verhandlungen hätten die Italiener sich immer weiter nach Abessinien hin festgesetzt, und die Franzosen angefangen, Biserta zu befestigen. Diese Umstände müßten die Möglichkeit auswärtiger Gefahren für Ägypten noch mehr als früher nahe gerückt und deshalb das eventuelle Wiederbesetzungsrecht für England um so unvermeidlicher erscheinen lassen.

Meinem englischen Kollegen ist ferner zu seiner Information die Abschrift der Instruktion zugegangen, welche der französische Minister des Äußern an den Grafen d'Aubigny in Kairo* über die Zustimmung Frankreichs zur ägyptischen Konversion gerichtet hat, und in der ein Passus sich speziell mit der Frage der englischen Okkupation beschäftigt. Es wird darin nachzuweisen gesucht, daß das fernere Verbleiben der englischen Truppen in Ägypten durch die gegenwärtigen Verhältnisse in keiner Weise mehr gerechtfertigt, und England nach seinen eigenen früheren Erklärungen verpflichtet sei, die Okkupation jetzt aufzuheben. Einen Auszug aus dieser Instruktion hat nach Sir Williams Information der hiesige französische Botschafter direkt dem Sultan (nicht der Pforte) mitteilen lassen, um ihm zu beweisen, wie warm Frankreich[2] für die Evakuation Ägyptens einzutreten fortfahre.

Sir William White befaßt sich selbst nicht mit der Verhandlung über Ägypten, die er ganz auf London abgewiesen hat. Er ist mehr als je davon überzeugt, daß daraus keine Änderung des gegenwärtigen tatsächlichen Zustandes hervorgehen werde, und vermutet jetzt auch nicht mehr, daß sich daran eine größere Annäherung zwischen dem englischen und französischen Standpunkte in betreff Ägyptens knüpfen

---

* Französischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

könne. Freilich ist sein ceterum censeo: „solange das Kabinett Salisbury oder überhaupt ein konservatives am Ruder bleibt". Was Gladstone oder seine Freunde bringen würden, sei unberechenbar. —

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] In 4—500 Jahren zu erwarten!

[2] sehr gut, um das in London zu erzählen

Nr. 1784

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 441 Berlin, den 2. Juni 1890

Ägyptische Regierung hat um unsere Zustimmung zu Konversionsdekret gebeten. Verweser des Generalkonsulats in Kairo ist heute telegraphisch zu Zustimmung ermächtigt worden, sobald englischer Vertreter gleiche Ermächtigung hat.

Englische Regierung hat hier Wunsch aussprechen lassen, daß wir mit Bezug auf Artikel 4 gleichzeitig unsere Zustimmung erklären, daß von Ersparnissen 150000 £ jährlich vorweg für Abschaffung der Frondienste verwandt werden sollen.

Um England, wie stets in Ägypten, auch in diesem Punkte gefällig zu sein, hat unser Vertreter Auftrag, sich auch über diese Frage im gleichen Sinne wie englischer Generalkonsul zu äußern.

Bitte vorstehendes Lord Salisbury mitzuteilen.

Marschall

Nr. 1785

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 110 Therapia, den 16. Juni 1890

Vertraulich

Bezüglich des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen über Ägypten entnehme ich den vertraulichen Äußerungen des Großwesirs und des englischen Botschafters das Folgende.

Der Sultan beschäftigt sich fortwährend mit der Möglichkeit,

von England einen Räumungstermin zu erlangen[1], und nimmt die Verhandlung, mit deren Führung Rustem Pascha in London beauftragt ist, durchaus ernsthaft. Er wird darin durch die französische Haltung bestärkt[2], in welcher er die Aufforderung erblickt, auch seinerseits mit dem Verlangen der Räumung nicht nachzulassen. In diesem Sinne wirken hier die Botschafter von Frankreich und Rußland. Neuerdings hat hier die französische Regierung mitteilen lassen, sie sei jederzeit zu der feierlichen Erklärung bereit, daß Frankreich niemals Ägypten militärisch besetzen wolle, wenn die englische Okkupation dort aufgehört haben werde[3]; der Pforte müsse allein das Recht des Schutzes und der Verteidigung dieses Landes zustehen. Damit soll dem Einwand vorgebeugt werden, daß nach Abzug der Engländer Frankreich oder eine andere fremde Macht sich in Ägypten festsetzen könne. Der Sultan hat befohlen, auf Grund dieser französischen Erklärung neue Instruktionen an Rustem Pascha zu senden und die Verhandlung fortzusetzen.

Der Großwesir legt der französischen Zusicherung wenig Wert bei und verweist auf das französische Vorgehen in Tunis. Er glaubt auch selbst nicht mehr an eine Verständigung mit England über die Räumung, wird aber des Sultans wegen die Verhandlung so lange als möglich weiter zu spinnen suchen[4].

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Jetzt noch?
[2] natürlich
[3] !
[4] das versteht er ja sehr gut

Nr. 1786

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 352 London, den 29. Juni 1890

Nach vertraulicher Mitteilung Lord Salisburys hat der türkische Botschafter die Verhandlungen wegen Evakuation Ägyptens wieder aufgenommen und ein neues Projekt dafür vorgelegt. Lord Salisbury bemerkte dazu mir gegenüber mit einer gewissen Genugtuung, daß dieses Projekt noch unannehmbarer sei als das frühere, weil ein bestimmter Termin für die Evakuation darin vorgesehen sei.

Hatzfeldt

Nr. 1787

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 158 Therapia, den 19. August 1890

Lord Salisbury hat unter dem 8. d. Mts. an Rustem Pascha in London eine schriftliche Antwort auf die von dem türkischen Botschafter zuletzt in der ägyptischen Angelegenheit überreichte Note* erteilt. Diese Rückäußerung ist jetzt dem Sultan in Übersetzung vorgelegt worden und hat, wie mir heute der Großwesir und Said Pascha sagten, einen sehr peinlichen Eindruck auf Seine Majestät gemacht.

Von dem Inhalte der englischen Antwort hatte mir Sir William White bereits Kenntnis gegeben. Danach lehnt Lord Salisbury es definitiv ab, überhaupt eine Konvention abzuschließen, in welcher ein Termin für die Räumung Ägyptens seitens der englischen Truppen vorgesehen sei. Der englische Minister drückt auch jetzt noch die Hoffnung aus, es werde der Zeitpunkt kommen, an dem England nach Beendigung seiner Aufgabe sich wieder von Ägypten zurückziehen und das Land in völlig geordneten Verhältnissen der eigenen Verwaltung überlassen könne, aber dieser Zeitpunkt sei nicht vorher zu bestimmen, und jede Anberaumung eines Termins für den Rückzug der Engländer trage, wie die Erfahrung gezeigt habe, nur dazu bei, das Vertrauen in Aufrechterhaltung der allein durch England dort geschaffenen Ordnung wieder zu erschüttern.

Damit sind die türkischen, am meisten von dem Sultan persönlich betriebenen Versuche, England zu einer bindenden Zusage für die Evakuation zu bewegen, endgültig als gescheitert zu betrachten. Bisher war dies hier in solcher Form nicht ausgesprochen, vielmehr das Prinzip der Bestimmung eines Räumungstermins, wie es die Konvention Drummond Wolff von 1887 enthalten hatte, noch nicht von England verworfen worden. Freilich gaben sich der Großwesir und Said Pascha seit der von dem Sultan verweigerten Ratifikation der genannten Konvention keiner Täuschung mehr über die wahren Absichten der englischen Politik in Ägypten hin; der Sultan persönlich hielt aber mit Zähigkeit an der Erwartung fest, die Räumung durch weitere Verhandlung erreichen zu können, und er wurde fortgesetzt darin von russischer und französischer Seite bestärkt.

Kiamil Pascha und Said Pascha machen sich noch kein Bild davon, welche Wirkung die englische Antwort bei dem Sultan hervorbringen wird. Für die persönliche Stellung der genannten Minister kann diese leicht sich um so ungünstiger gestalten, je mehr dem

---

* Vgl. Nr. 1786.

Sultan jetzt zur Erkenntnis kommen würde, daß er allein durch seine eigene nachträgliche Verwerfung der von Kiamil und Said abgeschlossenen Konvention die jetzige mißliche Lage herbeigeführt hat.

Radowitz

Nr. 1788

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 38 Paris, den 26. Februar 1891

Die Einmischung der Engländer in Beziehung auf die ägyptische Justizverwaltung und die beabsichtigte neue Organisation der ägyptischen Gerichte hat hier außerordentlich verstimmt.

Wenn die Presse dieser Angelegenheit noch keine größere Beachtung beigelegt hat, so liegt das darin, daß die hiesige Regierung selbst sich noch nicht ganz klar darüber ist, welche Rolle sie spielen, und welches paroli sie gegen England ausspielen möchte.

Die Justizverwaltung und namentlich die ägyptischen Gerichte sollen bestechlich, willkürlich, ungerecht, kurz ein wahrer Hohn allen Rechtes sein, so daß Sir Evelyn Baring schon längst eine Reform derselben verlangt hatte.

Er ließ Mr. Scott, der früher in Ägypten gedient hatte, von Indien, wo er eine Richterstelle bekleidete, kommen und ließ ein Reformprojekt ausarbeiten.

Im Oktober war Mr. Scott hier, um das französische Gerichtsverfahren kennen zu lernen, kehrte aber im November nach Kairo zurück und arbeitete ein Reformprojekt aus, welches dem Botschafter Lord Lytton zur Begutachtung hergeschickt wurde.

Dieser fand, daß die Vorschläge viel zu weit gingen, weil Mr. Scott eigentlich ganz einfach englische Polizeigerichte mit fast völliger Ausschließung des ägyptischen Elements vorschlug, und [es] machte Lord Lytton darauf aufmerksam, daß ein solches Vorgehen die ägyptische Flamme, die immer weiter glimmt, zum heftigsten Auflodern bringen würde.

Lord Salisbury scheint die Bedenken Lord Lyttons geteilt zu haben und hat Sir E. Baring beauftragt, eine Kommission, bestehend aus Mr. Scott, einem europäischen Richter und einem Ägypter, niederzusetzen, um die Organisation der Justiz vorzubereiten.

Durch den Khedive soll jetzt ein Dekret erlassen sein, durch welches Mr. Scott zum juristischen Ratgeber — justicial adviser —, nach dem Muster des financial adviser, mit 2000 £ S. Gehalt ernannt worden.

In die Kommission ist kein Franzose, sondern ein Italiener berufen — die Berufung eines Italieners hat hier besonders verletzt —, und bis jetzt hat noch kein ägyptischer Beamter an dieser Kommission teilnehmen wollen, und hat die Sache fast zur Ministerkrisis geführt.

Dieses Vorgehen der Engländer in Ägypten ist der hiesigen Regierung äußerst unerwünscht, namentlich für den Ministerpräsidenten Freycinet ist Ägypten der wunde Punkt, weil sie Angriffe in der Kammer fürchtet, und die Hoffnung auf die Räumung Ägyptens immer schwächer wird.

Die Franzosen vergessen dabei, daß sie in Tunis das tun, was sie den Engländern vorwerfen, und auch nicht daran denken, Tunis wieder zu verlassen.

Der französische Vertreter Herr d'Aubigny ist herberufen, um mündlich über die Lage in Ägypten zu berichten, es ist aber fast wahrscheinlich, daß er abberufen wird, weil er für zu nachgiebig den Engländern gegenüber und für zu befreundet mit Sir Evelyn Baring gehalten wird. Ehe er Kairo verließ, hat er den Auftrag gehabt, der ägyptischen Regierung zu erklären, daß Frankreich die Zustimmung zu der Verwendung der Ersparnisse in Zukunft nicht erneuern werde und gegen die beabsichtigte Reorganisation der Justizbehörden ohne französische Zustimmung protestiere.

Der französische Botschafter Waddington hat auch Auftrag erhalten, dieses Lord Salisbury gegenüber zu erklären.

Wie mir Lord Lytton sagt, werden die Franzosen mit diesen Drohungen kein Glück haben.

Was die Verwendung der Ersparnisse betrifft, so sind die ägyptischen Finanzen in so gutem Zustande, daß weder die Engländer noch die ägyptische Regierung großen Wert darauf legen.

Was den zweiten Punkt betrifft, so sagen die Engländer, daß, da der internationale Gerichtshof ganz unberührt bleibe, die Organisation der unteren Gerichte nur Ägypten selbst angehe.

Herr Ribot sprach mit mir gestern ziemlich aufgeregt darüber und fragte, ob ich Mitteilungen oder Instruktionen in Beziehung auf diese Vorfälle erhalten habe, was ich verneinte.

Der Minister meinte, die Engländer bereiteten in Ägypten noch viel schlimmere Überraschungen vor. Die Handelsverträge mit Ägypten und anderen Staaten liefen am 20. März ab, und dann wolle Ägypten, dem Rate Englands folgend, mit Umgehung der Pforte und ohne Verhandlung mit den anderen Mächten einen eigenen Tarif einführen. Das könne unmöglich zugestanden werden.

Die Verstimmung gegen England ist bei Herrn Ribot und bei allen französischen Politikern wieder sehr im Zunehmen und wird, wenn das Vorgehen Englands in Ägypten noch mehr bekannt wird, sich noch steigern.

Münster

Nr. 1789

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 40 Pera, den 1. April 1891

Sir William White hat kürzlich die Weisung erhalten, er möge die Pforte warnen vor weiteren Schritten in Ägypten aus Anlaß der jetzt durch Rußland und Frankreich in den Fragen der Handelskonvention und der Ernennung des conseiller judiciaire hier erhobenen Beschwerden. Wenn die Türkei den russisch-französischen Anregungen folgend die ägyptische Regierung bedränge, so würde diese nur um so eher dazu getrieben werden, ihre volle Unabhängigkeit zu erklären. Sir William möge auch an die Folgen der auf russisch-französischen Rat unterbliebenen Ratifikation des Wolffschen Abkommens erinnern.

Mein englischer Kollege zeigte mir diese Instruktion, fügte dann hinzu, er habe Bedenken getragen, sie auszuführen, und dies gleich Lord Salisbury mitgeteilt. Er befürchte, wenn solche Äußerungen von ihm ausgehend jetzt zur Kenntnis des Sultans gelangten, sie nur das Mißtrauen Seiner Majestät vermehren und der Tendenz aller der russisch-französischen Schritte in den ägyptischen Angelegenheiten, nämlich die Pforte mit Ägypten resp. mit England zu verfeinden, Vorschub leisten würden. Etwas anders wäre es, wenn dem Sultan und der Pforte solche Ratschläge von befreundeten Mächten zugingen, die, wie Deutschland und Österreich, in Ägypten keine eigenen politischen Interessen zu verfolgen hätten. Er habe daher Lord Salisbury geantwortet, er wolle über diese Frage mit seinen Kollegen von Deutschland und Österreich sprechen, vielleicht seien diese in der Lage, der Pforte solche vertrauliche Winke zu erteilen.

Ich habe meinem englischen Kollegen erwidert, er wisse ja, daß wir stets in diesem Sinne hier eingewirkt und der Pforte zur Einhaltung einer vorsichtigen Politik in Ägypten geraten, auch damals die Bemühungen für das Zustandekommen und die Ratifikation der Wolffschen Konvention auf das nachdrücklichste hier unterstützt hätten. Augenblicklich liege meiner Überzeugung nach kein Grund vor, um auf die Pforte wegen ihrer Haltung zur ägyptischen Regierung besonders einzuwirken. Die letzten russisch-französischen Versuche, eine schärfere Spannung zwischen der Pforte und dem Khedive hervorzurufen, seien jetzt schon nach den Äußerungen der türkischen Minister als gescheitert zu betrachten, und Kiamil Pascha habe das Spiel von Anfang an richtig erkannt. Ich glaubte daher auch, daß es jetzt nicht angezeigt sei, bei dem Sultan persönlich die ägyptische Frage weiter anzurühren. Je weniger man seine Aufmerksamkeit darauf richte, desto besser sei es.

Baron Calice ist derselben Ansicht.

Der Großwesir, mit dem ich heute beiläufig auch von den ägyptischen Händeln sprach, erwähnte dabei, daß er wegen des Eindruckes auf den Sultan es doch für notwendig halten würde, mit England noch zu einer formellen, direkten Verständigung zu gelangen, bei der die Frage der Evakuation, an der die Wolffsche Konvention gescheitert sei, ganz außer Betracht gelassen, und nur im Prinzip die fernere Aufrechterhaltung und Anerkennung der türkischen Souveränität über Ägypten ausdrücklich festgelegt würde. Er beschäftige sich mit einem solchen Vorschlage, bäte mich aber, diese Bemerkung einstweilen als eine ganz persönliche und vertrauliche zu betrachten. Es würde ihm vor allem daran liegen, eine solche Abmachung ohne Vorwissen der Franzosen und Russen einzuleiten.

Wie ihm dies bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Jildiz und der Tätigkeit von Munir Bey, dem ja als „Chef der türkischen Korrespondenz" des Auswärtigen Amtes alle Schriftstücke dieses Departements zugängig sind, gelingen könne, ist mir freilich unklar. Sir William White wird jedenfalls, wie bisher, jede Verhandlung über Ägypten nach London verweisen, wo auch allein noch etwas darin geschehen kann.

Radowitz

Bemerkung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall am Kopf des Schriftstücks:

Ich glaube, daß Herr von Radowitz recht hat, und wir ruhig abwarten, bis England uns um unsere Intervention beim Sultan bittet.

M.

Nr. 1790

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Lindenau

Nr. 270 Berlin, den 6. April 1891

Wie Ew. aus dem in Abschrift beigefügten Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel Nr. 40 vom 1. d. Mts.* ersehen, hat Sir William White dort angeregt, es möchten die Vertreter Deutschlands und Österreichs die Pforte vertraulich davor warnen, sich zur Vertretung russisch-französischer Wünsche in der ägyptischen Frage herzugeben. Der Anlage zufolge hat Herr von Radowitz in Übereinstimmung mit seinem österreichischen Kollegen dies Verlangen abgelehnt; dagegen hat er in gelegentlicher Unterhaltung den Großwesir gewillt gefunden, unter Umgehung der Schwierigkeiten, die seinerzeit zum

---

* Siehe Nr. 1789.

Scheitern der Wolffschen Konvention geführt haben, mit England zu einer formellen, direkten Verständigung bezüglich Ägyptens zu gelangen.

Wie Ew. wissen, sind wir gern bereit, betreffend Ägypten die Wünsche der englischen Regierung zu unterstützen, wenn diese Wünsche uns authentisch hier bekanntgegeben werden.

Einstweilen würde es mir von Interesse sein, bezüglich Ew. persönlicher Ansicht über den materiellen Inhalt der Anregung Sir William Whites und des Projektes Kiamil Paschas mit einer gefälligen Berichterstattung versehen zu werden.

Marschall

Nr. 1791

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Lindenau

Nr. 76 — Berlin, den 17. April 1891 [abgegangen am 25. April]

In dem gefälligen Bericht Nr. 40 vom 1. d. Mts.* erwähnten Ew., der Großwesir halte es für notwendig, daß die Türkei mit England wegen Ägyptens — unter gänzlicher Außerbetrachtlassung der Evakuationsfrage — zu einer formellen, die Anerkennung der türkischen Souveränität festlegenden Verständigung gelange. Es ist zu hoffen, daß die englische Regierung trotz der günstigen Lage, in die sie durch die türkische Ablehnung der Wolffschen Konvention gebracht wurde, noch jetzt zu einer Verständigung bereit ist, vorausgesetzt, daß der dem Londoner Kabinette zugemuteten ausdrücklichen Anerkennung der türkischen Souveränität auf türkischer Seite der Verzicht auf die Erwähnung der Evakuationsfrage als Konzession gegenübersteht. Daß eine englisch-türkische Verständigung im Interesse der Türkei liegt, ist zweifellos; denn sicher sind bei der derzeitigen Weltlage mehr Fälle denkbar, in denen die Türkei der Unterstützung Englands bedarf, als umgekehrt. Das Interesse Englands an der Erhaltung der Meerengen im türkischen Besitz** wird wesentlich erhöht werden, wenn die ägyptische Angelegenheit irgendwie geregelt und damit die einzige Frage aus der Welt geschafft ist, welche unter Umständen der Ausgangspunkt eines gemeinsamen russisch-französisch-türkischen Vorgehens gegen England werden könnte.

Ew. stelle ich anheim, bei geeigneter Gelegenheit, wenn ohne eine Initiative Ihrerseits zwischen Ihnen und dem Großwesir das Gespräch

---

* Siehe Nr. 1789.

** Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LV.

wiederum auf die ägyptische Frage kommt, sich Kiamil Pascha gegenüber im Sinne des Vorstehenden zu äußern. Falls Kiamil Pascha etwa hierbei den Wunsch aussprechen sollte, daß wir es übernehmen möchten, Lord Salisbury bezüglich dessen Stellung zu einer englisch-türkischen Verständigung zu sondieren, so wollen Ew. von sich aus zwar andeuten, wir würden vielleicht nicht abgeneigt sein, dies zu tun, — dabei indessen darauf hinweisen, daß unser Vorgehen nur dann einen Nutzen versprechen würde, wenn die Zustimmung nicht nur des Großwesirs, sondern auch des Sultans zur Nichterwähnung der Evakuation im voraus gesichert sei.

Marschall

Nr. 1792

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 60 Pera, den 5. Mai 1891

Ganz vertraulich

Euerer Exzellenz hohe Erlasse Nr. 76 vom 17. v. Mts.* und Nr. 85 vom 25. v. Mts.**, Verhandlungen zwischen der Pforte und England über Ägypten betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Es ist mir nicht schwer geworden, die mir erteilten Weisungen über diese Frage in vertraulicher Unterredung mit dem Großwesir zu verwerten. Kiamil Pascha hat mir dazu selbst die Gelegenheit durch Bemerkungen geboten, aus denen hervorging, wie ihn immer der Gedanke eines baldigen Abkommens mit England über die formelle Anerkennung und Bestätigung der türkischen Souveränitätsrechte in Ägypten unter Beiseitelassung der Räumungsfrage beschäftigt, und wie sehr er es beklagt, damit bei dem Sultan noch nicht weiter gekommen zu sein. Er sagte mir, seine Instruktionen an Rustem Pascha nebst Entwurf einer Konvention seien längst fertiggestellt, es fehle nur dazu die Einwilligung des Sultans.

Auf meine Frage: was den Sultan seiner Ansicht nach davon abhalte, die Zustimmung zu einer so sehr im Interesse der türkischen Politik liegenden Abmachung zu geben? erwiderte er mit Achselzucken: Seine Majestät fragt noch immer bei Franzosen und Russen an, was er in Ägypten tun solle, und von dieser Seite hört er natürlich nichts anderes als wie das Echo der verhängnisvollen Ratschläge, die ihn dazu vermocht haben, die Konvention Wolff abzulehnen. Auch jetzt

* Siehe Nr. 1791.

** Siehe Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2110.

laufen diese allein darauf hinaus: Er möge unter keinen Umständen auch nur indirekt die Anwesenheit der Engländer in Ägypten anerkennen, erst dann mit ihnen verhandeln, wenn sie zuvor sich bereit erklärten, das Land wieder zu räumen, im anderen Falle lieber alles lassen, wie es ist, weiter protestieren und abwarten, was die Zukunft bringe. So gäbe er wenigstens das „Prinzip" nicht auf und behalte sich alle Rechte für später vor. — Außerdem fürchte der Sultan noch immer, wie es ihm im Sommer 1887 Russen und Franzosen angedroht haben, daß, sobald er mit England irgendeine Abmachung über Ägypten treffe, diese beiden Mächte daraus ein Präzedens für sich folgern und ihrerseits andere Teile des Reiches besetzen würden, um ihm dann mit demselben Rechte die gleichen Arrangements anzubieten, die er den Engländern gewährt habe. Wie im Sommer 1887, so frage der Sultan auch jetzt: wer ihn gegen Eintritt einer solchen Eventualität schützen werde?

Es sei ihm noch nicht gelungen, fügte der Großwesir hinzu, den Sultan über diese stets von den Franzosen und Russen neu genährten Bedenken hinwegzubringen. Die Abneigung Seiner Majestät gegen eine Verständigung mit England über irgend etwas anderes als wie die Räumung von Ägypten sei im Gegenteil noch gewachsen. Aber er halte es für Pflicht, auch seinerseits nicht in dem Versuche nachzulassen, den Souverän über die wahre Sachlage und die Gefahren des längeren Zögerns aufzuklären. Der Sultan müsse sobald als möglich durch ein Abkommen mit England die Fortdauer seiner Oberhoheit über Ägypten sichern. Es handle sich nicht mehr jetzt um Räumungsfristen für die englischen Truppen in Ägypten, sondern um die ganze Zukunft des türkischen Kalifats.

Ich weiß aus vielen vertraulichen Unterredungen mit Kiamil Pascha, wie ernst er diese Frage auffaßt, und wie im Laufe der letzten Jahre bei ihm die Überzeugung sich bestärkt hat, daß das Heil der Türkei wesentlich von dem Maße des Interesses abhänge, welches England an der Aufrechterhaltung der türkischen Machtstellung bewahre und zu betätigen in der Lage sei.

Der Großwesir glaubt bestimmt, daß das längere Fortbestehen der ungeregelten Verhältnisse in Ägypten zu einer Unabhängigkeitserklärung des Khedive mit englischer Zustimmung führen werde, und daß dann England und die übrigen Mächte sich auf alleinige Unkosten der Türkei über die damit entstehende neue Lage verständigen würden. Für die Türkei wäre die Unabhängigkeit Ägyptens nur der Anfang einer weiteren Reihe von Gebietsabzweigungen: Tripolis werde folgen, und (was Kiamil Pascha besonders hervorhebt) die türkische Herrschaft in Arabien (Yemen) kaum mehr auf die Dauer zu halten sein. Auf der anderen Seite erkennt der Großwesir in einer rechtzeitigen festen Abmachung mit England über das Prinzip der Wahrung der türkischen Souveränität in Ägypten die Barriere gegen diese Gefahren

und den Ausgangspunkt dafür, Englands politisches Interesse für die Türkei zu beleben und dem Sultan nutzbar zu gestalten. Er bewegt sich also genau in dem Gedankengang des hohen Erlasses Nr. 85, und es wird nur darauf ankommen, daß und wieweit es ihm gelinge, auch den Sultan in die gleiche Richtung zu bringen.

Ich habe einstweilen dem Großwesir als meine eigene Meinung und persönliche Ansicht ohne Berufung auf Instruktionen erkennen lassen, daß ich die von ihm gesuchte Verständigung mit England über Ägypten weise und wünschenswert fände und, falls etwa der Sultan mich danach frage, nur in diesem Sinne antworten würde. Ob wir eventuell in der Lage seien, in London für das Zustandekommen einer Abmachung nützlich zu sein, würde jedenfalls davon abhängen, was man hier verlange: die Erneuerung der Verhandlung über einen Evakuationstermin z. B. müsse von vornherein als aussichtslos wegbleiben. Im übrigen wäre ich gern bereit, wenn die Frage an mich herantrete, Euerer Exzellenz darüber weiteren Vortrag zu halten.

Nach dem Bairam will der Großwesir das Thema bei dem Sultan wieder mit Nachdruck in Anregung bringen und sehen, wie weit er damit kommt. Kiamil Pascha wollte vor allem darauf hinwirken, daß Seine Majestät sich in der Beurteilung dieser Verhältnisse zunächst vom französischen und russischen Standpunkte ganz frei mache und sie allein vom türkischen Interesse aus ins Auge fasse. Über die Ergebnisse seiner Besprechungen wird der Großwesir mich vertraulich in Kenntnis setzen. —

Radowitz

Nr. 1793

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 338 London, den 6. Juni 1891
Geheim

Im Laufe einer ganz vertraulichen und zwanglosen Unterhaltung über allgemeinpolitische Fragen, die sich, da Lord Salisbury ausnahmsweise freie Zeit hatte und selbst zur Konversation aufgelegt war, nach Abschluß unserer geschäftlichen Unterredung zwischen uns entwickelte, warf der Minister unter Bezugnahme auf die kürzlich stattgehabte Beraubung eines Eisenbahnzuges in der Türkei die Frage hin, ob ich nicht durch meinen ihm bekannten Einfluß auf den Sultan für größere öffentliche Sicherheit dort sorgen könne. Er sprach dabei halb im Scherz, wie er es schon zuweilen getan hat, sein Bedauern aus, daß

ich nicht gleichzeitig auch in Konstantinopel beglaubigt sein könne, um den Dingen dort überhaupt eine bessere Wendung geben zu können. Ich erwiderte, indem ich auf den scherzhaften Ton einging, welchen er in guter Stimmung besonders liebt, und den ich daher schon oft benutzt habe, um in schwierigen Fragen durch plötzliches Hineinwerfen eigener Gedanken seine Meinung zu ermitteln: ich bedauerte ebenfalls lebhaft, nicht auch beim Sultan beglaubigt zu sein, weil mich, wie Lord Salisbury wisse, alle auf die Türkei bezüglichen politischen Fragen besonders interessierten, und ich mir allerdings manches denken könnte, was sich dort besser machen ließe, als es bis jetzt geschehe. Wenn ich in Konstantinopel freie Hand hätte und nach eigener Inspiration handeln könnte, würde ich daher der Versuchung vielleicht nicht widerstehen, in manchen Fragen, bei welchen zum Teil das englische Interesse in erster Linie beteiligt sei, eine andere Wendung herbeizuführen. Auf seine Frage, welche Gedanken ich mir darüber machte, erwiderte ich, er wisse, daß ich es persönlich stets als einen großen Fehler des Sultans betrachtet hätte, die Wolffsche Konvention nicht zu ratifizieren und dadurch die Beziehungen zu England fester zu knüpfen. Ich könnte mir auch heute nicht denken, weshalb eine Verständigung über Ägypten, durch welche die französischen Intrigen in Konstantinopel auf diesem Gebiete lahmgelegt werden würden, nicht möglich sein sollte, wenn der Sultan inzwischen zu der Einsicht gekommen wäre oder davon überzeugt werden könnte, daß von der Frage der englischen Evakuation keine Rede mehr sein könne, und daß der politische Vorteil aus einem solchen Abkommen für ihn groß genug sei, um auf diese Frage vollständig zu verzichten, vorausgesetzt, daß ihm dafür die nochmalige ausdrückliche Anerkennung seiner Souveränität bewilligt würde. Ein weiterer Fehler des Sultans, welcher mich oft frappiert habe, liege nach meiner persönlichen Meinung darin, daß er aus den bei verschiedenen Gelegenheiten und in verschiedenen öffentlichen Reden von Lord Salisbury gemachten Andeutungen, daß England im Falle eines Angriffs zum Schutze der Türkei vertragsmäßig verpflichtet sei, *wenn der Sultan die englische Hülfe in Anspruch nehme*, nicht die seinem eigenen Interesse entsprechende praktische Schlußfolgerung gezogen habe. Nach meinen Beobachtungen liege auch der wesentlichste Grund zu dem Mißtrauen, welches ich bei ihm — Lord Salisbury — seit Jahren so oft gegen den Sultan bemerkt und zuweilen erfolglos bekämpft hätte, darin, daß er von der Entschlossenheit desselben, im Falle eines Angriffs von seinem vertragsmäßigen Recht wirklich und ohne Zeitverlust Gebrauch zu machen, keineswegs überzeugt sei. Wenn diese Unsicherheit beseitigt werden könnte, etwa durch eine ausdrückliche Verpflichtung der Pforte bei Gelegenheit eines Abkommens über Ägypten, so würde der Sultan gegen künftige Eventualitäten gedeckt sein und in diesem Bewußtsein vielleicht die Ängstlichkeit verlieren, die seine bisherige Politik so oft

beeinflußt und das Schaukelsystem zwischen Rußland und England herbeigeführt habe. Den größten Vorteil von einer solchen Änderung würde aber England und seine, Lord Salisburys, Politik haben, welche dann im Orient auf einer festen Basis fußen könnte. Mich persönlich interessiere die Frage abgesehen von meiner persönlichen Freundschaft für den Sultan deshalb, weil ich der möglicherweise irrigen Ansicht sei, die meine Regierung vielleicht nicht teilen würde, daß durch ein festeres und intimeres Verhältnis der Pforte zu England auch der Sache des europäischen Friedens gedient wäre, welchen wir vor allem im Auge hätten. Leider handle es sich dabei, soweit meine Person in Frage komme, um fromme Wünsche, da ich keine Aussicht hätte, auch in Konstantinopel beglaubigt zu werden, und falls dies möglich wäre, noch weniger Aussicht, dort nach eigener Inspiration Politik zu treiben.

Im vorstehenden habe ich mich bemüht, den von mir vertretenen Gedankengang der Klarheit wegen zusammenhängend wiederzugeben, muß aber zur Erläuterung gehorsamst bemerken, daß derselbe Lord Salisbury gegenüber keineswegs in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gelangte. Es handelte sich, wie ich mir bereits hervorzuheben erlaubt habe, um eine intime und zwangslose, halb im Scherz geführte Konversation, bei welcher beide Teile, wie dies schon oft zwischen uns vorgekommen ist, ihre amtliche Eigenschaft beiseite setzten und je nach der Inspiration des Augenblicks ihren Gedanken über den gerade vorliegenden Punkt an den Tag legten.

Von diesem Gesichtspunkte und nicht als verbindliche Äußerungen eines Ministers werden daher auch die Bemerkungen zu betrachten sein, welche Lord Salisbury im Laufe unserer Unterhaltung machte. Wenn ich dieselben zusammenfasse, wie ich es hinsichtlich meiner Äußerungen im vorstehenden getan habe, so muß ich zuerst hervorheben, daß Lord Salisbury mit nicht zu verkennendem Interesse auf die Frage einging und im großen und ganzen eine zustimmende Haltung an den Tag legte. Eine Nuance, die mir dabei aufgefallen ist, glaube ich besonders hervorheben zu müssen. Während seine Äußerungen, als wir uns zunächst über ein Abkommen bezüglich Ägyptens unterhielten, sich dahin zuspitzten, daß die angeführten Bedingungen eines solchen Abkommens ihm annehmbar erschienen, war seine Zustimmung nach meinem Eindruck eine viel wärmere, als er sich über den erst in zweiter Linie zur Sprache gekommenen Gedanken einer Verpflichtung des Sultans zum Anrufen des englischen Schutzes äußerte. Wenn ich ihn, wie ich annehme, richtig verstanden habe, erblickte er darin einen wesentlichen politischen Vorteil, und ich hatte daraus den naheliegenden Eindruck, daß ihm der Abschluß eines neuen Vertrages über Ägypten — welcher hier in der Kammer und in der öffentlichen Meinung mit Rücksicht auf die unvergessene Verwerfung der Wolffschen Konvention vielleicht manche Widersacher

finden würde — viel annehmbarer erschiene in Verbindung mit dem zweiten Gedanken einer politischen Verpflichtung des Sultans.

Es schien mir in diesem Stadium der Sache, bei welchem ich nur eine Sondierung des Terrains im Auge hatte, nicht ratsam, mich auf eine eingehendere Erörterung einzulassen und damit meinerseits das Terrain aufzugeben, auf welches ich mich von vornherein gestellt hatte: auf Lord Salisburys Veranlassung, halb im Scherz rein persönliche Gedanken hinzuwerfen, die mich eventuell beschäftigen und interessieren würden, wenn ich, wie der Minister es im Scherz als wünschenswert bezeichnet hatte, in Konstantinopel akkreditiert werden und dort auf eigene Hand Politik machen könnte. An dieser Voraussetzung habe ich in allen meinen Äußerungen festgehalten, bis ich schließlich das Thema fallen ließ und ebenfalls gesprächsweise zu einem anderen Gegenstand überging.

Wenn Euere Exzellenz mir hochgeneigtest gestatten wollen, hier noch die Frage in Erwägung zu ziehen, ob und wie sich die Eindrücke, die sich aus der fraglichen Unterhaltung über die Stimmung Lord Salisburys ergeben, im Interesse der Sache verwerten lassen würden, so glaube ich zunächst die Bedenken nicht verschweigen zu dürfen, zu welchen mir die verschiedenen Wege, die sich dazu bieten, nach reiflicher Überlegung Anlaß geben.

Wenn ich in dem hiesigen türkischen Botschafter eine Persönlichkeit zur Verfügung hätte, die für große politische Fragen hinreichendes Verständnis besitzt und sich nicht nur des persönlichen Vertrauens des Sultans erfreut, sondern auch in der Lage ist, demselben mit Umgehung aller Zwischenpersonen direkte Mitteilungen zugehen zu lassen, so würde ich ohne Bedenken um die Ermächtigung bitten, durch Rustem Pascha, mit welchem ich überdies persönlich befreundet bin, und auf dessen Diskretion ich glaube rechnen zu können, dem Sultan in meinem Namen sagen zu lassen, daß die fraglichen Vorschläge, die ich in seinem Interesse für die richtigen hielte, nach meinen Ermittelungen hier voraussichtlich eine entgegenkommende Aufnahme finden würden. Zu meinem Bedauern ist der türkische Vertreter aber durch Krankheit und Alter so abgestumpft, daß ich mich nicht vollständig sicher fühle, ob derselbe noch das nötige Verständnis für eine solche Frage besitzen und meine Mitteilung so korrekt übermitteln würde, wie es, um keinen falschen Eindruck auf den Sultan hervorzubringen, unbedingt erforderlich erscheint. Ich sehe hierbei davon ab und glaube, da mir die Personalverhältnisse in Konstantinopel nicht mehr hinreichend bekannt sind, Euerer Exzellenz hochgeneigter Erwägung anheimstellen zu dürfen, ob im vorliegenden Falle eine direkte Mitteilung an den Sultan nicht die Stellung des Großwesirs, dessen Erhaltung uns wünschenswert erscheint, im Gegenteil erschüttern und gefährden könnte.

Wenn Euere Exzellenz hiernach zu der Entscheidung kommen sollten, daß es nicht unbedenklich sein würde, die Vermittelung Rustem

Paschas in Anspruch zu nehmen, so würde, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, nur ein Weg übrig bleiben, um dem Sultan einen vertraulichen Wink zukommen zu lassen, und zwar durch Vermittelung des türkischen Botschafters in Berlin, falls derselbe Euerer Exzellenz zuverlässig genug dazu erscheint und das persönliche Vertrauen seines Souveräns im hinreichenden Maße besitzt. Ich muß mich eines Urteils darüber enthalten, da mir seine Persönlichkeit wie auch seine Stellung in Konstantinopel vollständig unbekannt ist.

In beiden Fällen, sowohl wenn ich die Vermittelung Rustem Paschas in Anspruch nehme, als auch wenn dem türkischen Botschafter in Berlin ein Wink erteilt würde, erscheint mir die Gefahr keineswegs ausgeschlossen, daß die Anhänger Rußlands in der eigenen nächsten Umgebung des Sultans von einem solchen Vorgang Kenntnis erhalten und die russische Botschaft darüber informieren würden.

Unter diesen Umständen dürfte, wenn Euere Exzellenz die von mir angeführten Bedenken teilen, gleichzeitig aber eine geeignete Verwertung der in diesem Bericht enthaltenen Information über die Stimmung Lord Salisburys doch für angezeigt halten, kein anderer Weg übrig bleiben, als den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel zur Verwertung des Inhalts beim Großwesir unter der ausdrücklichen Voraussetzung der allerstrengsten Diskretion zu ermächtigen. Wenn dieser Weg vielleicht den Vorteil bietet, die Stellung des Großwesirs seinem Herrn gegenüber zu befestigen, so liegt andererseits auch der Nachteil darin, daß der Sultan der Versicherung des Großwesirs über die eventuelle Geneigtheit Lord Salisburys vielleicht nicht ganz denselben Glauben schenken wird, als wenn ihm diese Mitteilung in Euerer Exzellenz Auftrag durch den türkischen Botschafter in Berlin oder in meinem Namen direkt von hier zugegangen wäre.

Für den Fall, daß Euere Exzellenz sich für die Verwertung beim Großwesir durch den Kaiserlichen Botschafter entscheiden, glaube ich hier noch kurz die Gründe anführen zu dürfen, die mir auch mit Rücksicht auf Lord Salisbury die Zusicherung der allerstrengsten Diskretion als unbedingt geboten erscheinen lassen. Meine Unterhaltung mit ihm war nicht nur eine streng vertrauliche, sondern sie beruhte außerdem, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, auf der ausdrücklichen Voraussetzung, daß es sich dabei nur um eine halb im Scherz geführte Konversation und einen nichtamtlichen Austausch persönlicher Gedanken handelte. Lord Salisbury nimmt daher, wie ich nicht zweifle, an, daß mir der Gedanke, aus einem solchen Ideenaustausch Kapital zu schlagen und darüber amtlich zu berichten, vollständig fern liegt, und es würde ihm voraussichtlich eine unerfreuliche Überraschung bereiten, wenn Sir William White durch irgendeine Indiskretion von dem Vorgang Kenntnis erhielte, und aus einer Meldung desselben hierher hervorginge, daß die ganz vertraulichen Äußerungen Lord Salisburys über eine so wichtige Frage ohne seine Zustimmung durch mich zur Kenntnis der

Türken gelangt sind. Euere Exzellenz werden mir hochgeneigtest darin zustimmen, daß das mehrjährige persönliche Vertrauen des Premierministers, welches mir oft die Möglichkeit geboten hat, in den schwierigsten und delikatesten Fragen rückhaltlos mit ihm sprechen zu können, ohne der geringsten Gefahr einer Indiskretion ausgesetzt zu sein, für uns selbst mit Rücksicht auf die Zukunft zu wertvoll ist, um dasselbe für einen im vorliegenden Fall vielleicht denkbaren politischen Vorteil in Konstantinopel ohne zwingende Notwendigkeit aufs Spiel zu setzen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1794

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 433 — Berlin, den 13. Juni 1891

Ganz vertraulich

Euerer pp. gefälligen Bericht Nr. 338 vom 6. d. Mts.* über die Möglichkeit, unsrerseits zur Förderung einer englisch-türkischen Annäherung beizutragen, habe ich mit ganz besonderem Interesse gelesen, und ich spreche Euerer pp. für diese eingehende Darstellung der Sachlage meinen verbindlichsten Dank aus.

Ich kann Euerer pp. darin nur beipflichten, daß für uns in erster Linie die Erhaltung des bisherigen Vertrauens Lord Salisburys zu Euerer pp. persönlich und zu unserer Politik im allgemeinen in Betracht kommt, und daß wir dasselbe nicht wegen eines immerhin zweifelhaften Erfolges in der berührten Frage aufs Spiel setzen können.

Ich muß mich auch darin mit Euerer pp. einverstanden erklären, daß — so bedauerlich dies sein mag — vorläufig kein gangbarer Weg für unsere Aktion in Konstantinopel zu finden ist.

Von einer Einwirkung durch den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel glaube ich absehen zu sollen wegen der in Konstantinopel stets zu befürchtenden Indiskretionen. Eine Vermittlung des hiesigen türkischen Botschafters ist absolut ausgeschlossen, solange Tewfik Pascha diesen Posten einnimmt; wir haben den Beweis dafür, daß Mitteilungen, welche diesseits Tewfik Pascha gemacht worden sind, ihren Weg in erster Linie auf die französische Botschaft gefunden haben.

Eine Mithülfe Rustem Paschas, die ich nach der Persönlichkeit desselben, so wie sie früher war, für die beste Kombination gehalten haben würde, bezeichnen Euere pp. selbst als bedenklich wegen des abnehmenden geistigen Interesses dieses Diplomaten, und in dieser Beziehung kann ich die Entscheidung darüber, ob Rustem Pascha

* Siehe Nr. 1793.

noch irgendwie zu vertraulichen Mitteilungen an den Sultan zu benutzen ist, lediglich dem Ermessen und der Personalkenntnis Euerer pp. überlassen.

Leider scheint auch nach von verschiedenen Seiten mir zugehenden Mitteilungen für eine aktivere englische Politik in Konstantinopel, auch wenn Lord Salisbury zu derselben entschlossen sein sollte, die Persönlichkeit des jetzigen englischen Vertreters am Goldenen Horn weniger geeignet, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Trotz alledem halte ich es für nützlich und angezeigt, daß Euere pp. mit dem bis jetzt bewährten Geschick und in der bisherigen privaten und akademischen Form fortgesetzt das Interesse und Verständnis des englischen Premierministers für die Stellung Englands am Bosporus, welche die Grundlage jeder energischen auswärtigen Politik Großbritanniens bildet, wach erhalten.

Marschall

Nr. 1795

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 45 — Berlin, den 19. Juni 1891

Geheim

Bitte vorläufig Ihrerseits von jeder weitern Anregung der Frage abzusehen, auf die sich Erlaß Nr. 85 vom 25. April* und Bericht Nr. 60 vom 5. Mai** bezieht.

Erlaß folgt mit dem nächster Tage abgehenden Kurier.

Marschall

Nr. 1796

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Geheim

Nr. 119 — Berlin, den 21. Juni 1891

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 45 vom 19.*** beehre ich mich, Euerer pp. streng vertraulich mitzuteilen, daß wir zu der Meinung Anlaß haben, daß das englische Kabinett mit jeder weiteren politischen Aktion zu warten wünscht, bis sich die Erregung voll-

* Siehe Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2110.
** Siehe Nr. 1792.
*** Siehe Nr. 1795.

ständig gelegt haben wird, die sich anläßlich der Publikationen und Debatten über die italienisch-englischen Beziehungen der öffentlichen Meinung* bemächtigt hatte.

Deshalb habe ich Euere pp. gebeten, dort Ihrerseits jede Initiative zu einem Gespräch über englisch-türkische Beziehungen vorläufig zu vermeiden. Sollte der Großwesir aus eigenem Antrieb auf die Sache zu sprechen kommen, so wollen Euere pp. seine Mitteilungen lediglich anhören, gleichzeitig aber vermeiden, in Kiamil Pascha den Eindruck hervorzurufen, als hätte unsere Überzeugung von der Nützlichkeit einer Anlehnung an England für die Türkei sich geändert.

Marschall

Nr. 1797

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Pera, den 26. Juni 1891

Vertraulich

Großwesir hat mir gestern sehr vertraulich und niedergeschlagen mitgeteilt, daß seine Bemühung, Sultan zu einer Konvention über Ägypten ohne Berührung der Evakuation zu bewegen, in den letzten Tagen durch andere Ratgeber gescheitert sei. Sultan wolle nun auf alten Entwurf zurückkommen und habe, jedenfalls auf Rat von Schakir Pascha**, die Franzosen gefragt, ob sie früheren Widerspruch gegen Räumungskonvention mit Recht der englischen Wiederbesetzung aufrecht erhielten?

Graf von Montebello habe erwidert, Frankreich würde nicht mehr gegen dieses Recht opponieren, wenn Räumungstermin durch England zugestanden werde. Sultan halte dieses französische „Zugeständnis“ für einen Erfolg und wolle danach Konvention vorschlagen, aber zuvor durch deutsche Vermittelung in London sondieren. Ich habe Kiamil Pascha gesagt, es sei ganz unnütz, uns eine solche Zumutung zu stellen, wir könnten nur das unterstützen, was als Basis für Annäherung zwischen England und der Türkei nützlich sei, während Vorschlag einer solchen Konvention jetzt entgegengesetzten Effekt haben würde. Sultan hat mir heute nicht davon gesprochen, nur angedeutet, er wolle in einer wichtigen schwebenden Sache demnächst sich an unsere Unterstützung wenden. — Sir W. White kennt den Vorgang und bezeichnet Konvention mit Räumung als ganz ausgeschlossen, ohne die wäre sie nach seiner Ansicht willkommen gewesen.

Radowitz

* Vgl. Kap. LII, Nr. 1718 ff.

** Generaladjutant des Sultans.

Nr. 1798

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 161 Berlin, den 29. Juni 1891

Es wird nützlich sein, wenn Ew. den türkischen Botschafter über den Inhalt unsres letzten Telegramms aus Konstantinopel* orientieren. Dabei werden Sie als eigne Ansicht einfließen lassen können, daß England unser Freund, Frankreich unser Gegner ist, daß daher die Annäherung an Frankreich für den Sultan die Folge haben muß, daß Deutschland, die uneigennützigste unter den europäischen Mächten, sich fortan zu ihm ferner stellt.

Falls der türkische Botschafter den Wunsch äußert, Ew. die Rückäußerung seines Souveräns, vielleicht zur Verwertung hierher, mitzuteilen, werden Ew. das nicht ablehnen können.

Der Reihenfolge nach dürfte es nützlich sein, wenn der türkische Botschafter Ew. über die Gesinnung des Sultans gegen Deutschland aufklärt, bevor an die Regelung der türkisch-englischen Beziehungen gegangen wird.

Marschall

Nr. 1799

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 London, den 30. Juni 1891

Geheim

Telegramm Nr. 161** erhalten.

Rustem Pascha, welcher die Wendung in Konstantinopel und namentlich die Annäherung an Frankreich tief beklagte, zeigte trotzdem zuerst große Ängstlichkeit bezüglich einer direkten Mitteilung an den Sultan, die derselbe ihm sehr übelnehmen könne. Schließlich erkannte er als patriotische Pflicht, sich dieser Aufgabe nicht zu entziehen, und erklärte sich dazu bereit, vorausgesetzt, daß er in seiner direkten Mitteilung an den Sultan in meinem persönlichen Auftrage sprechen und sich auf wörtliche Wiedergabe meiner vertraulichen Äußerungen beschränken könne. Falls ich keine andere telegraphische Weisung erhalte, werde ich, da mir dies unbedenklich scheint, und sich auch kein anderer besserer Weg zur Aufklärung bietet, Rustem Pascha morgen die Äußerungen im Zusammenhang diktieren, die er als von mir im engsten Vertrauen getan wiederzugeben hat.

---

* Siehe Nr. 1797.
** Siehe Nr. 1798.

Ungeachtet meiner heutigen Mitteilung hielt Rustem Pascha noch an der Absicht fest, morgen bei Lord Salisbury die Wiederanknüpfung von Verhandlungen über Ägypten im allgemeinen und gesprächsweise anzuregen, ohne jedoch die Evakuationsfrage zu berühren.

Hatzfeldt

Nr. 1800

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 London, den 2. Juli 1891

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 172*.

In der gestrigen Unterredung mit dem türkischen Botschafter, welcher dabei seiner Absicht entsprechend die Wiederanknüpfung von Verhandlungen über Ägypten im allgemeinen und gesprächsweise anregte, hat sich Lord Salisbury auf einen Brief berufen, den er im August v. Js. in derselben Frage an den Botschafter gerichtet hatte**, und dessen Inhalt darin gipfelt, daß die englische Regierung keinesfalls auf die Bezeichnung irgendeines Termins für die Evakuation eingehen könne. Der Premierminister hat sich im weiteren Verlauf der gestrigen Unterhaltung auf einige allgemeine Bemerkungen beschränkt, daß eine Verständigung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England immer schwieriger werde, da die Auffassung sich hier immer mehr befestige, daß England Ägypten nicht aufgeben könne. Die Vorteile, welche die Sir Drummond Wolffsche Konvention dem Sultan geboten habe, würde die englische Regierung daher zum Teil nicht mehr zugestehen können.

Ich sehe Rustem Pascha morgen, um mit ihm den Wortlaut einer an den Sultan direkt zu richtenden Mitteilung definitiv festzustellen.

Hatzfeldt

Nr. 1801

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 108 Therapia, den 28. Juli 1891

Vertraulich

Wie ich vertraulich erfahre, hat die Pforte auf Befehl des Sultans soeben an Rustem Pascha, der bereits einen ihm bewilligten Urlaub

* Siehe Nr. 1799.

** Vgl. Nr. 1787.

angetreten hatte, die Weisung erteilt, sich unverzüglich auf seinen Posten nach London zurückzubegeben, und wird er dort den Auftrag vorfinden, das neue hier ausgearbeitete Projekt einer Konvention über Ägypten nunmehr direkt zur Kenntnis von Lord Salisbury zu bringen. Der Entwurf soll dem entsprechen, was mir darüber der Großwesir mitgeteilt hatte, also eine Räumungskonvention, die sich von der im April v. Js. in London vorgelegten und dort zurückgewiesenen dadurch unterscheidet, daß diesmal die Pforte zuvor sich des Einverständnisses der französischen Regierung bezüglich des früher in Paris und Petersburg beanstandeten englischen Wiederbesetzungsrechtes vergewissert habe.

Der Sultan scheint danach die Absicht, zunächst unsere Vermittelung für die Sondierung in London über ein solches Projekt nachzusuchen, aufgegeben zu haben.

Radowitz

Nr. 1802

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 206 London, den 3. August 1891

Geheim

Lord Salisbury, welcher künftigen Sonnabend Urlaubsreise nach Dieppe antritt, beabsichtigt dem türkischen Botschafter heute auf seine Eröffnungen bezüglich Räumungskonvention in freundlicher Form zu erwidern, daß er in einer so wichtigen Frage sich nicht ohne Verständigung mit seinen Kollegen äußern könne, welche zum Teil schon Urlaub angetreten hätten und demnächst alle abwesend sein würden, und daß es sich daher empfehlen werde, die weitere Besprechung der Angelegenheit bis zu seiner, Lord Salisburys, Rückkehr im Monat Oktober zu vertagen.

Hatzfeldt

Nr. 1803

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 208 Berlin, den 15. September 1891

Zu Euerer pp. Information.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert von gestern:

„Der Sultan hat jetzt persönlich und sehr vertraulich mit Sir W. White über Ägypten gesprochen und dabei selbst den Gedanken

einer Konvention, die vor allem seine Souveränitätsrechte wahren müsse, in den Vordergrund gestellt; das übrige seien ‚Details, über die man sich verständigen könne'. Sir William hat vorsichtig, aber entgegenkommend geantwortet und darüber berichtet."

Rotenhan

Nr. 1804

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Ganz geheim London, den 19. September 1891

Für Freiherrn von Rotenhan.

Gestrige Anfrage bezüglich Rückkehr von Baron Holstein dadurch hervorgerufen, daß ich, wie schon früher, wichtige Mitteilungen zu machen habe, welche sich vielleicht noch nicht für die Akten eignen. Erbitte mit Rücksicht auf Dringlichkeit der Sache Erlaubnis, sie zur geeigneten Verwertung bei dem Herrn Reichskanzler an Euer Hochwohlgeboren zu richten:

Der türkische Botschafter hat mich gestern vom Lande aus besonders aufgesucht, um mir ganz vertraulich mitzuteilen, daß ihm schon vor mehr als vierzehn Tagen direkt und geheim Äußerungen des Sultans in bezug auf meine letzten Unterhaltungen mit ihm, Rustem Pascha, über die ägyptische Angelegenheit zugegangen seien. Zunächst habe der Sultan nähere Auskunft von ihm über den Inhalt des vor meiner Abreise von mir in Aussicht gestellten Memorandums* verlangt. Er, Rustem Pascha, habe darauf erwidert, daß er den Wortlaut nicht gesehen, aber aus meinen damaligen Äußerungen geschlossen habe, daß darin die politische Nützlichkeit einer Konvention über Ägypten mit Weglassung der Evakuationsfrage erörtert worden sei. Auch hätte ich anscheinend dabei im allgemeinen die Herstellung einer sicheren und dauernden Verbindung mit dem Sultan zum Austausch geheimer Mitteilungen im Auge gehabt. Infolge dieser seiner Mitteilung sei eine weitere Äußerung des Sultans eingegangen, daß Seine Majestät die von mir in Aussicht gestellte Mitteilung gern entgegennehmen werde und mir ganz anheimstelle, dieselbe durch Vermittelung des Botschafters oder auch direkt an ihn gelangen zu lassen. Er, Rustem Pascha, habe hierauf erwidert, daß ich noch abwesend sei, und daß er meine Rückkehr abwarten müsse.

Als der Botschafter im Anschluß an diese Mitteilungen die dringende Bitte an mich richtete, dem Wunsch des Sultans nunmehr durch Übersendung des Memorandums zu entsprechen, erwiderte ich ihm, daß ich, nachdem Seine Majestät meine damaligen aus persönlichem Interesse für ihn hervorgegangenen Ratschläge unberück-

---

* Vgl. Nr. 1799, Nr. 1800 und Nr. 1806, Fußnote **.

sichtigt gelassen, und inzwischen sich auch durch den Ministerwechsel* und andere Vorgänge anscheinend eine politische Schwenkung in Konstantinopel vollzogen habe, heute nicht ohne weiteres darauf eingehen könne, dem Sultan Ratschläge zu erteilen, die vielleicht unter den jetzigen Umständen nutzlos sein und uns anderen Mächten gegenüber kompromittieren könnten. Ich deutete gleichzeitig an, daß ich mich jedenfalls erst vergewissern müsse, ob meine Regierung in die Gesinnungen des Sultans noch das nötige Vertrauen setze, um mich zur Erteilung von Ratschlägen in seinem eigenen Interesse zu ermächtigen.

Rustem Pascha, welcher unzweifelhaft schon gestern in diesem Sinne direkt telegraphisch an seinen Herrn berichtet hat, bat mich dringend, überzeugt zu sein, daß der Ministerwechsel in Konstantinopel keine politische Schwenkung zugunsten Rußlands und Frankreichs bedeute, und der Sultan nicht daran denke, sich diesen beiden Mächten in die Arme zu werfen. Als einen Beweis hierfür machte er noch geltend, daß der Sultan noch kürzlich allen Anstrengungen gegenüber, einen Wechsel in der Person seines hiesigen Botschafters herbeizuführen, bestimmt erklärt habe, ihn, Rustem Pascha, in dessen Gesinnungen er volles Vertrauen setze, hier belassen zu wollen.

Aus der mir durch Telegramm Nr. 208 vom 15. d. Mts.** mitgeteilten Unterredung des Sultans mit Sir W. White bezüglich Ägyptens habe ich den Eindruck, daß die Versicherungen Rustem Paschas mir gegenüber ein gewisses Vertrauen verdienen. Es dürfte sich daher, wenn diese Voraussetzung zutrifft, empfehlen, den mir durch den Botschafter mitgeteilten Wunsch des Sultans nicht ganz von der Hand zu weisen und auf diesem Wege wenigstens eine gesicherte direkte Verbindung zwischen uns und dem Sultan herzustellen. Dagegen würde, solange wir nicht über die letzte Entwickelung der Dinge in Konstantinopel näher orientiert sind, in bezug auf die Fassung einer durch mich an den Sultan gerichteten geheimen Mitteilung jedenfalls große Vorsicht zu beobachten sein.

Sollte der Herr Reichskanzler diese Auffassung teilen, so stelle ich anheim, mir mit möglichster Beschleunigung eine Redaktion zugehen zu lassen, die ich als von mir persönlich ausgehend dem Sultan direkt durch Vermittelung des Botschafters zusenden würde, falls der Herr Reichskanzler nicht etwa vorzieht, daß ich ihm eine Redaktion vorschlage und demnächst durch Feldjäger zur Prüfung einsende.

Hatzfeldt

Randbemerkung von Caprivis:

Seine Majestät sind damit einverstanden, daß ein Hatzfeldtsches Memorandum auf dem vorgeschlagenen Wege an den Sultan geht. v. Caprivi 21/9. 91

---

* Am 3. September war der Großwesir Kiamil Pascha seines Amtes enthoben; an seiner Stelle war der bisherige Gouverneur von Kreta Djevad Pascha Großwesir geworden.

** Siehe Nr. 1803.

Nr. 1805

Der Untertaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Berlin, den 20. September 1891

Antwort auf persönliches Telegramm*.

Reichskanzler, mit Ihrer Auffassung einverstanden, bittet um Einsendung des Entwurfs einer Redaktion.

Rotenhan

Nr. 1806

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 24. September 1891

In der Anlage erlaube ich mir den fraglichen Entwurf mit dem Anheimstellen zu übersenden, die Bestimmung des Herrn Reichskanzlers darüber einholen und mir demnächst mitteilen zu wollen.

Bei näherer Überlegung habe ich mich zu der vorliegenden sehr eingehenden Behandlung der Frage durch die Erwägung bestimmen lassen, daß wir unter allen Umständen dabei auf die Diskretion des Sultans angewiesen sind. Wenn wir dieses Risiko überhaupt laufen wollen, so empfiehlt es sich meines unmaßgeblichen Erachtens, diese vielleicht nicht wiederkehrende Gelegenheit zur eingehenden und nachdrücklichen Verwertung aller Argumente zu benutzen, welche auf den Sultan den gewünschten Eindruck hervorbringen können.

Aus den Mitteilungen Rustem Paschas ergibt sich, daß sein Herr, welcher vor meiner Abreise nur geringe Neigung zur Anknüpfung geheimer Beziehungen auf diesem Wege zeigte, jetzt mit Ungeduld das fragliche Promemoria** erwartet. Es dürfte sich daher empfehlen,

---

* Siehe Nr. 1804.

** Das französisch abgefaßte, 53 Folioseiten umfassende, Promemoria Hatzfeldts wurde am 13. Oktober dem Botschafter Rustem Pascha zur Beförderung an den Sultan eingehändigt. Das Promemoria suchte den Sultan zu bestimmen, sobald wie möglich und jedenfalls noch vor den nächsten englischen Wahlen ein Abkommen mit England zu schließen, das einerseits seine Souveränität über Ägypten sicherstelle, andererseits auf die Festlegung einer Räumungsfrist verzichte, und durch die so erreichte Verständigung über die ägyptische Frage ein näheres politisches Verhältnis zwischen der Türkei und England anbahne.

In Berlin hatte das geschickt auf die Mentalität des Sultans berechnete Promemoria Hatzfeldts rückhaltlose Anerkennung gefunden; doch wurde im Hinblick auf neuerlich bekannt gewordene Äußerungen des Sultans zu dem

das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, und ich möchte daher anheimstellen, falls keine wesentlichen Bedenken gegen die Fassung der Anlage vorliegen, mir etwa erwünscht scheinende kleine Änderungen telegraphisch zu bezeichnen, damit die Beförderung des Schriftstücks an seine Bestimmung keinen längeren Aufschub erleidet. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 1807

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 London, den 20. Oktober 1891
Geheim

Der türkische Botschafter ist heute auf Anregung aus Konstantinopel beim Premierminister auf Ägypten zurückgekommen und hat, indem er betonte, daß er sich vorläufig nur privatim nach seinen Dispositionen erkundigen könne, angefragt, ob der Minister jetzt auf einen vertraulichen Gedankenaustausch darüber eingehen wolle.

In vorhergehender Unterhaltung mit mir hatte Lord Salisbury wenig Geneigtheit gezeigt, sich über die möglichen Bedingungen einer Verständigung gegen den türkischen Botschafter zu äußern, da die

---

österreichischen Botschafter Baron Calice, wonach Abdul Hamid mit dem Gedanken eines festen, schriftlich fixierten Anschlusses, sei es an den Dreibund, sei es an den Zweibund, liebäugelte, ein Zusatz zu dem Promemoria erwogen, der den Sultan von dieser Idee ab und zu einem Vertrage mit England, eventuell mit England und Italien hinlenken sollte. Da indessen Hatzfeldt Bedenken geltend machte, wurde schließlich nur ein anderer Zusatz aufgenommen, der dahin zielte, die etwa bei dem Sultan vorhandene Auffassung zu bekämpfen, als ob er bei einem liberalen englischen Kabinett mehr Entgegenkommen in der ägyptischen Frage finden und deshalb besser tun würde, ein Abkommen mit England noch hinauszuschieben.

Im weiteren Verfolg dieser Erörterungen wurde von der deutschen Regierung noch in London und Wien die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehlen würde, dem Sultan von dem 1887 zwischen England, Österreich und Italien abgeschlossenen Mittelmeerabkommen Kenntnis zu geben, was damals auf englische und italienische Bedenken hin (vgl. Bd. IV, Nr. 933, 934) unterblieben war. Auch jetzt hielt Salisbury, wie Graf Hatzfeldt am 28. Oktober 1891 meldete, noch an den 1887 geäußerten Bedenken fest, wollte aber eine Mitteilung für den Fall einer wirklich eintretenden Orientkrise nicht ganz von der Hand weisen. Die Gefahr, daß der Sultan sich, im Widerspruch mit dem konsequent von ihm befolgten Schaukelsystem, zu bestimmten Verpflichtungen gegen den französisch-russischen Zweibund herbeilassen werde, sah Lord Salisbury nicht als ernstlich an. (Siehe die Hatzfeldtsche Aufzeichnung vom 28. Oktober in Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2117.) Über die Aufnahme, die das Hatzfeldtsche Promemoria bei dem Sultan gefunden hat, liegen nur Andeutungen Graf Hatzfeldts vor; eine nachhaltige Wirkung hat es jedenfalls, wie der Verlauf der Dinge lehrt, nicht gehabt. Auf den Abdruck konnte unter diesen Umständen verzichtet werden.

bezüglichen Vorschläge Sache des Sultans seien. Er ließ sich aber zuletzt überzeugen, daß größeres Entgegenkommen auch formell gerechtfertigt sei. Wie mir Rustem Pascha eben mitteilt, lautete die Antwort des Ministers dahin, daß er die Wolffsche Konvention mit Rücksicht auf die veränderte öffentliche Meinung hier nicht mehr bewilligen könne, und daß daher Feststellung eines Datums für die Evakuation für später vorbehalten bleiben müßte, daß er aber unter dieser Voraussetzung gern bereit sei, auf eine Verhandlung über Ägypten einzugehen und eventuell die Rechte des Sultans auf dasselbe ausdrücklich anzuerkennen.

Rustem Pascha berichtet telegraphisch in diesem Sinne an die Pforte. Hatzfeldt

Nr. 1808

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 234 Berlin, den 25. Oktober 1891

Antwort auf Bericht Nr. 579*.

Es dürfte von durchschlagender Wirkung sein, wenn Rustem dem Sultan baldmöglich, vielleicht telegraphisch meldet, daß Gladstone und sein Anhang ein unabhängiges Ägypten, also vom türkischen Standpunkt aus eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes verlangen. Vielleicht erst telegraphieren und Brief mit Belegen anmelden.

Marschall

Nr. 1809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 28 Berlin, den 4. Februar 1892

Bezüglich der Frage der Verhandlungen zwischen Türkei und England bitte ich Euere pp., sich gelegentlich dem Sultan gegenüber folgendermaßen zu äußern:

Der Sultan habe unsern Rat in der Sache erbeten. Wir hätten

---

* Im Bericht Nr. 579 vom 22. Oktober hatte Graf Hatzfeldt ausführliche Mitteilungen über die heftigen Angriffe gemacht, die nach Gladstones Vorgehen auf dem Newcastler liberalen Parteitag die liberale Presse gegen Lord Salisburys Ägyptenpolitik richtete. Es stand zu besorgen, daß der liberale Feldzug die Neigung des Sultans, sich in der ägyptischen Frage mit England zu verständigen, beeinträchtigen würde.

ihm auf Grund unserer besten Überzeugung geraten, sich mit England bezüglich seiner Rechte über Ägypten zu verständigen. Ob er diesen Rat befolgen wolle oder nicht, sei seine Sache. Außer unserem Wunsche für das Beste des Sultans hätten wir kein Interesse, wie die Entscheidung ausfalle. Nur wollten wir schon jetzt feststellen, daß uns keine Verantwortung treffe, wenn infolge weiteren Zögerns die Angelegenheit in ein neues Stadium trete und der Türkei daraus Nachteile erwachsen.

Auf eine Diskussion darüber, in welches Stadium die Sache treten, und welcher Schaden dem Sultan entstehen könnte, wollen sich Euere pp. nicht einlassen. Marschall

Nr. 1810

Der Botschafter in Kontantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 91 Pera, den 24. April 1892

Der Sultan hat seit dem Februar d. Js. mir über die ägyptischen Angelegenheiten nichts mehr sagen lassen, auch während der letzten Vorgänge in keiner Weise unsern Rat dafür in Anspruch genommen. Ebensowenig habe ich auf der Pforte mich darüber zu äußern Anlaß gehabt. pp.

Ich habe somit bisher noch nicht Anlaß gehabt, gemäß der hohen Instruktion im Telegramm Nr. 28 vom 17. cr.* mich zu äußern.

Radowitz

Nr. 1811

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 130 Therapia, den 22. Juni 1892

pp. Der Sultan ist gegenwärtig England gegenüber in dem Stadium der Erwartung, d. h. er glaubt ernstlich, daß eine Änderung des englischen Kabinetts bevorsteht**, und daß darin für ihn die Möglichkeit liegen werde, auf günstigerer Basis die Verhandlungen über Ägypten wieder aufzunehmen. Radowitz

---

* Siehe Nr. 1809.

** In der Tat erfolgte nach dem für die Liberalen günstigen Ausfall der englischen Parlamentswahlen Anfang August die Ersetzung des konservativen Kabinetts Salisbury durch das liberale Ministerium Gladstone-Rosebery. Über die voraussichtlichen Rückwirkungen des Ministerwechsels in bezug auf die Behandlung der ägyptischen Frage vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Rats im

Nr. 1812

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 506 Berlin, den 11. Oktober 1892

Unter Bezugnahme auf den gefälligen Bericht vom 26. v. Mts. ersuche ich Ew. pp. ergebenst, Ihrerseits die ägyptische Frage dem Grafen Kálnoky gegenüber nicht anzuregen.

Sollte Graf Kálnoky seinerseits Gelegenheit nehmen, diese Angelegenheit nochmals zu berühren*, so ersuche ich Ew. pp. ergebenst, sich in dem Sinne auszusprechen, daß wir stets dem Sultan ein freundliches Verhältnis zu England und speziell eine Verständigung mit letzterem über Ägypten angeraten hätten.

Dabei hätten wir aber stets durchblicken lassen, daß der Sultan nach unserer Ansicht zu einer solchen Verständigung mit England nur dann in absehbarer Zeit kommen würde, wenn er vorläufig die Räumungsfrage beiseite lasse.

Wir fürchten eine Annäherung der Türkei an Frankreich gerade in der ägyptischen Frage auf die Dauer nicht, denn wenn der Sultan durch eine engere Anlehnung an Frankreich die Evakuation Ägyptens seitens der Engländer zu erreichen suchen sollte, würde er sehr bald erkennen, daß Frankreich trotz aller Versprechungen nicht imstande sei, ihm zur Erfüllung seines Lieblingswunsches zu verhelfen.

Marschall

Auswärtigen Amt Raschdau vom 20. Juli 1892, Kap. LII, Nr. 1733. Lord Salisbury bemerkte Mitte Juli zu dem deutschen Geschäftsträger Grafen Metternich, im Einklang mit der Vorhersage Raschdaus, der Sultan würde sich einer argen Täuschung hingeben, wenn er von Gladstone besondere Zugeständnisse in der ägyptischen Frage erwarte. „Die öffentliche Meinung in England, auch die liberale, werde es Mr. Gladstone, selbst wenn derselbe es wollte, nicht mehr gestatten, Ägypten seinem Schicksale zu überlassen und überhaupt das englische Interesse am Nil schädigende Maßregeln zu ergreifen." Bericht Metternichs vom 13. Juli 1892 (Nr. 491). Wirklich ließ sich Gladstone am 1. Mai 1893 im Unterhause auf eine Anfrage Dilkes, ob jetzt nicht der Zeitpunkt für die Inaussichtnahme der Räumung Ägyptens gekommen sei, ganz anders aus, als er es noch während des Wahlkampfes im Juli 1892 getan hatte. Auch jetzt hielt Gladstone wohl daran fest, daß England nicht berechtigt sei, für ewige Zeiten in Ägypten zu bleiben, aber er lehnte es entschieden ab, irgendeinen Zeitpunkt für die Räumung in Aussicht zu nehmen; ja er erklärte rund heraus, in absehbarer Zeit werde an eine Räumung nicht zu denken sein.

* Nach Reuß' Bericht vom 26. September hatte sich Graf Kálnoky in dem Sinne geäußert, daß die österreich-ungarische Regierung gern bereit wäre, die Wünsche des Sultans in bezug auf die ägyptische Frage bei der englischen Regierung zu unterstützen, daß aber jetzt nicht der Augenblick sei, diese zu drängen.

Nr. 1813

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 London, den 17. November 1892

Geheim

Lord Rosebery sagt mir im strengsten Vertrauen, der französische Botschafter habe vor einigen Tagen hinter seinem Rücken eine Unterredung mit Herrn Gladstone nachgesucht und bei demselben die ägyptische Frage zur Sprache gebracht. Er, Lord Rosebery, habe sich über dieses Vorgehen in Paris beschwert, und Herr Ribot stelle jetzt in Abrede, daß Herr Waddington Auftrag dazu erhalten habe.

Lord Rosebery, welcher durch das französische Verfahren offenbar sehr verletzt ist, fügte streng vertraulich hinzu, Frankreich könne jetzt warten, ehe es hier in irgendeiner Frage etwas erreiche.

Hatzfeldt

Nr. 1814

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 151 Berlin, den 26. Dezember 1892

Wie der Kaiserliche Generalkonsul in Kairo berichtet, hat sich ägyptische Regierung an die Vertreter der Großmächte gewandt, um Erlaubnis zu erhalten, aus den Ersparnissen der Konversion der privilegierten Schuld die Summe von jährlich 60000 £ Eg. zum Zwecke der Erhöhung der Armee um zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen zu entnehmen.

Bitte Lord Rosebery mitzuteilen, daß wir bereit sind, unsere Zustimmung zu erteilen, falls englische Regierung es wünscht.

Marschall

Nr. 1815

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 833 London, den 28. Dezember 1892

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 151 vom 26. d. Mts.*.

Lord Rosebery ersucht mich, Euerer Exzellenz seinen Dank auszusprechen für die Mitteilung, daß wir bereit seien, dem Wunsche

* Siehe Nr. 1814.

der ägyptischen Regierung zu entsprechen. Er werde seinerseits diesen Wunsch jedenfalls befürworten, da sich ein Truppenmangel in Ägypten fühlbar mache.

Der Minister fügte hinzu, er erwarte dieses Mal keinen ernstlichen Widerspruch von französischer Seite, da Frankreich es immer noch lieber sehen würde, wenn die ägyptische Armee erhöht werde, als daß ein Zuwachs von englischen Truppen in Ägypten stattfinde, was bei dauernder Weigerung Frankreichs gegen das vorliegende Projekt notwendig eintreten werde.

Auch, fuhr Lord Rosebery fort, dürften die Franzosen jetzt zu Hause zu sehr beschäftigt sein, um anderen Schwierigkeiten zu bereiten. Er glaube zwar nicht, daß aus der Panama-Angelegenheit Unruhen entstehen würden; er halte es aber für das übrige Europa für sehr wichtig, ob Herr Freycinet, den er als einen hervorragenden Kriegsminister habe kennengelernt, jetzt kompromittiert werden und sein Amt niederzulegen gezwungen sein würde. Als „Retter" bezeichnete Lord Rosebery halb im Scherz Herrn Waddington, von dem der Minister annimmt, daß er zu Hause eine politische Rolle zu spielen bestrebt sein werde.

Hatzfeldt

Nr. 1816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Reinkonzept

Nr. 20 Berlin, den 7. Januar 1893

Zu Ew. pp. Information:

Ich habe gestern an den Kaiserlichen Generalkonsul in Kairo folgenden telegraphischen Erlaß gerichtet: „Falls Ew. pp. die Ihnen aufgegebene Erklärung, betreffend die Vermehrung der ägyptischen Truppen, nicht schon in amtlicher bindender Form abgegeben haben, bitte ich dieselbe noch zurückzuhalten, da die offensiv feindliche Haltung der englischen Botschaft in Konstantinopel, welche in allen kleinasiatischen Eisenbahnbaufragen sogar französische Interessen zum Nachteile der Deutschen verteidigt, in keinem Verhältnis zu der Berücksichtigung steht, welche englische Interessen seit Jahren von deutscher Seite gefunden haben, sogar manchmal da, wo sie, wie beim ostasiatischen Vertrage, mit deutschen Interessen konkurrierten. Ew. pp. können auch Lord Cromer* über die Gründe unserer fernerhin veränderten Haltung aufklären."

---

* Seit Juni 1892 führte der englische Vertreter in Kairo Sir Evelyn Baring infolge seiner Ernennung zum Peer den Titel Baron Cromer.

Graf Leyden hat hierauf heute nachstehendes berichtet:

„Erklärung wegen Heeresvermehrung von mir schon im Verein mit italienischem Kollegen durch Note abgegeben, habe aber Lord Cromer von Inhalt von Telegramm Nr. 2 verständigt, der die berührten Tatsachen aufrichtig bedauert und über deren Folgen wahrscheinlich nach London berichten dürfte. Frankreich hat Armeevermehrung inzwischen verweigert.“

Marschall

Nr. 1817

Der Generalkonsul in Kairo Graf Leyden an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 5 Kairo, den 5. Januar 1893

Im Verfolg des politischen Berichts Nr. 1 vom 1. d. Mts., die Vermehrung der ägyptischen Armee betreffend, beehre ich mich, Euerer Exzellenz gehorsamst zu melden, daß Marquis de Reverseaux* von Paris aus angewiesen worden ist, der ägyptischen Regierung zu erklären, daß der gegenwärtige Augenblick für eine Verwendung der Ersparnisse aus der jüngsten Konversion nicht „opportun“ erscheine, und Frankreich daher seine Zustimmung zur beantragten Vermehrung der ägyptischen Streitkräfte verweigern müsse. Mein französischer Kollege ist durch diesen Auftrag, dessen er sich sofort erledigte, nicht angenehm berührt gewesen, er hätte in dieser Frage lieber gesehen, daß man den Wünschen der ägyptischen Regierung unter Stellung gewisser Bedingungen wenigstens scheinbar entgegengekommen wäre. Dazu kommt jetzt noch, daß die schlimmen Nachrichten von der Grenze, über welche ich an anderer Stelle zu berichten die Ehre habe, die Weigerung Frankreichs auch vor dem Lande in ein gehässiges Licht stellen. Der von meinem russischen Kollegen** inspirierte „Phare d'Alexandrie“ hatte noch gestern unter Begrüßung der französischen Antwort ironisch in Aussicht gestellt, daß man jetzt wohl bald wieder von England aus das Gespenst der Derwische an der Grenze hervorholen werde. Er hatte nicht geträumt, daß diese Andeutung damals schon ihre blutige Bestätigung erhalten hatte.

Graf Leyden

* Kommissarischer diplomatischer Agent Frankreichs in Kairo.
** Staatsrat A. J. Kojander.

Nr. 1818

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 London, den 14. Januar 1893

pp. Lord Rosebery bemerkte ganz vertraulich, indem er besonders hervorhob, daß er jetzt als Privatmann und nicht als Minister spreche, daß er trotz aller Anfeindungen, sowohl im Kabinett als außerhalb, stets die Anlehnung Englands an den Dreibund verteidigt habe. Er könne sich der Besorgnis nicht erwehren, daß unsere veränderte Haltung in Ägypten, die, ohne von uns darauf vorbereitet zu sein, er nicht habe erwarten können*, und die von den Franzosen gewiß ausgebeutet werden würde, ihm dieses Bestreben außerordentlich erschweren werde.

Ich erwiderte, ich könne ihm versichern, daß sich unsere Haltung durchaus nicht gegen seine Person richte, daß wir vielmehr stets großen Wert darauf gelegt hätten, daß er augenblicklich die auswärtige Politik Englands leite. Er möge mir nur die Hand bieten, um die vorliegenden Schwierigkeiten zu beseitigen, und ich sei überzeugt, daß wir dann nach wie vor seine Freundschaft zu würdigen wissen würden. pp.

Hatzfeldt

Nr. 1819

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 39 London, den 22. Januar 1893

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Herr Waddington, zunächst ohne einen Auftrag erkennen zu geben, Lord Rosebery gegenüber seinem Erstaunen darüber Ausdruck verliehen habe, daß England sich in das Recht des Khedive einmische, ein Ministerium nach seinem Gefallen zu ernennen**. Lord Rosebery habe darauf erwidert, bei

* Vgl. Nr. 1816.

** Am 15. Januar 1893 hatte der junge Khedive Abbas II. Hilmi, der Anfang Januar 1892 Mehemed Tewfik gefolgt und von Anfang an von Emanzipationsgelüsten beherrscht war, ohne Vorwissen Englands den Ministerpräsidenten Mustapha Fehmi entlassen und an seiner Stelle Fakhri Pascha ernannt. Wie der deutsche Generalkonsul Graf Leyden am 17. Januar meldete, wäre der Ministerwechsel durch den französischen und den russischen Vertreter mit Hülfe des türkischen Oberkommissars Mukhtar Pascha in Szene gesetzt worden. Die englische Regierung bestand indessen auf der Zurücknahme der Ernennung des

der Rolle, welche England am Nil übernommen habe, könne die hiesige Regierung nicht mit Gleichgültigkeit ansehen, wenn der Khedive Maßregeln ergreife, die dem englischen Interesse entgegenliefen.

Tags darauf sei der französische Botschafter auf die Sache zurückgekommen und habe im Namen seiner Regierung Aufklärung über das willkürliche Vorgehen (high handed policy) Englands in Ägypten verlangt. Lord Rosebery habe darauf in nicht mißzuverstehender Weise geantwortet, ein willkürliches Vorgehen liege allerdings von seiten des Khedive vor. Er habe daher auch keinen Anstand genommen, sofort gegen dasselbe einzuschreiten. Herr Waddington habe dann dieses Gespräch fallen lassen.

Hatzfeldt

Nr. 1820

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 32 Berlin, den 24. Januar 1893

Zur Information.

Die englische Regierung hat hier amtlich ihren Entschluß, die englischen Garnisonen in Ägypten zu verstärken, mitgeteilt mit Bemerken, daß darin ein Wechsel ihrer bisherigen ägyptischen Politik nicht liege.

Marschall

Nr. 1821

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 28. Januar 1893

Der türkische Botschafter suchte mich auf, um mich im Auftrag seiner Regierung zu fragen, welche Auffassung die Kaiserliche Regierung bezüglich der Vermehrung der englischen Truppen in Ägypten habe.

Ich habe geantwortet, daß die Höhe der englischen Garnison in

---

französisch gesinnten Premierministers Fakhri und drohte mit militärischem Druck. Der Khedive weigerte sich zunächst in der Hoffnung auf französisch-russischen Beistand, nachzugeben, fügte sich dann aber plötzlich am 18. vollständig, ersetzte Fakhri Pascha durch Riaz Pascha und gab die von England für die Zukunft verlangten Zusagen. Telegramme Graf Leydens Nr. 3, 4 und 6 vom 16., 17. und 18. Januar 1893.

Ägypten uns an sich nicht interessiere, und wir nicht in der Lage seien, uns in dieser Beziehung ein Urteil zu bilden, daß ich aber bezüglich der ägyptischen Frage im allgemeinen auf die vertraulichen Ratschläge hinweisen müsse, die wir Seiner Majestät dem Sultan schon vor längerer Zeit gegeben hätten. Seine Majestät werde sich gewiß erinnern, daß wir vor zwei Jahren ihm den Rat erteilt hätten, sich mit England zu verständigen* und, da ein Termin für die Evakuation zurzeit nicht zu erreichen sei, sich damit zu begnügen, daß England formell die Autorität des Sultans über Ägypten anerkenne — ein Anerkenntnis, das gegenüber möglichen Eventualitäten der Zukunft wertvoll sei. Wir hätten darauf hingewiesen, daß — entgegen der Anschauung, die von anderer Seite beim Sultan vertreten worden sei — wir von einem Ministerium Gladstone in der ägyptischen Frage keine andere Haltung erwarteten, als englische Politik, wie sie Lord Salisbury geführt. Seine Majestät habe sich von der Richtigkeit unserer Ratschläge nicht überzeugt; wir könnten dieselben nur mit der Maßgabe wiederholen, daß der Sultan nach unserer Auffassung stets wohl daran tue, französische Ratschläge nicht zu befolgen**.

Marschall

Nr. 1822

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 8 Pera, den 29. Januar 1893

Als Munir Pascha*** die Glückwünsche des Sultans für Seine Majestät den Kaiser am allerhöchsten Geburtstage mir überbrachte, knüpfte er an seinen offiziellen Auftrag eine vertrauliche Mitteilung, mit welcher der Sultan ihn für mich betraut hatte.

Seine Majestät fühle sich, wie Munir hervorhob, durch die beabsichtigte englische Truppenvermehrung in Ägypten in einer peinlichen Lage, er habe Bedenken, gegen diese Maßnahme Protest zu erheben, werde aber von dem französischen Botschafter — der den Großwesir kürzlich gesprochen — dazu getrieben, indem Herr Cambon die ruhige, abwartende Haltung des Sultans für Schwäche auslege und ihm zu verstehen gegeben habe, daß er seinen muselmanischen Untertanen gegenüber verpflichtet sei, gegen diese Übergriffe der Engländer wenigstens zu protestieren. Der Sultan, wie Munir Pascha

---

* Vgl. Nr. 1791.

** Im Sinne der Marschallschen Aufzeichnung wurde Graf Hatzfeldt durch Telegramm Nr. 41 vom 28. Januar verständigt.

*** Generalsekretär im türkischen Ministerium des Äußern („Sekretär der türkischen Korrespondenz“).

hinzufügte, lasse mich bitten, ihm durch seinen Abgesandten mitzuteilen, wie die Kaiserliche Regierung hierüber dächte.

Ich erwiderte, daß ich keine hierauf bezügliche Instruktion hätte, daß meine Ansicht aber dahin ginge, der Sultan möge sich nicht durch die französischen Insinuationen beirren lassen.

Dadurch, daß die Engländer in ihrer Ankündigung einer Truppenverstärkung die Oberhoheitsrechte des Sultans in Ägypten von neuem anerkannt hätten, dürfe es Seiner Majestät gleichgültig sein, ob die Engländer aus Polizei- oder Sicherheitsrücksichten bald mehr, bald weniger Truppen dort hätten. Ein Einspruch seinerseits gegen eine augenblickliche Vermehrung würde nur dahin ausgelegt werden können, daß der Sultan mit der bisherigen englischen Besatzung einverstanden sei. Ein Protest wäre nur dann ernst zu nehmen, wenn er durch eine größere Truppenmacht Nachdruck erhielte, sonst wäre er nur ein leeres Wort, welches des Sultans Prestige eher schädigen als fördern könnte. — Der Sultan, meinte ich, sei zu erhaben, um diese Detailfragen auch nur zu beachten.

Wenn die Franzosen so besorgt seien, die Integrität seiner Rechte und des ottomanischen Reiches zu verteidigen, so sollen sie doch eine ansehnliche Truppenmacht ihm zur Verfügung stellen, sich aber nicht damit begnügen, Phrasen zu machen, ihn in Verwickelungen hineinzutreiben und dafür, daß sie ihm nicht helfen, sich eine Eisenbahnkonzession in Syrien geben zu lassen, als erste Etappe zu einer eventuellen Besetzung dieser Provinz.

Munir Pascha dankte mir für diese vertraulichen Eröffnungen, wiederholte mir aber die Bitte des Sultans, ihn zu benachrichtigen, wenn ich etwas auf diese Angelegenheit Bezügliches aus Berlin erführe. —

Mein österreichischer und italienischer Kollege* hat in ähnlicher beruhigender Weise mit dem Auswärtigen Minister über diese Angelegenheit gesprochen. Und als mich Said Pascha gestern nach unserer Auffassung fragen ließ, wiederholte ich ihm so ziemlich alles, was ich dem Sultan durch Munir Pascha hatte sagen lassen.

Radolin

Nr. 1823

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 London, den 30. Januar 1893

Telegramm Nr. 41** heute vertraulich bei Lord Rosebery verwertet, welcher mich bat, Euerer Exzellenz zu melden, daß er für unsere

* Graf Collobiano.

** Vgl. Nr. 1821, Fußnote **.

Haltung der türkischen Anfrage gegenüber außerordentlich dankbar sei. In der sich hieran knüpfenden ganz vertraulichen Unterhaltung verheimlichte er mir nicht, daß er noch auf weitere Schwierigkeiten in Ägypten gefaßt sei, weil der Khedive, wenn nicht durch den Sultan selbst, so doch durch den bei letzterem augenblicklich besonders gut angeschriebenen früheren Vizekönig Ismail in seinen Unabhängigkeitsgelüsten bestärkt und ermutigt werde. Lord Rosebery bemerkte dazu, daß er für diesen Fall und im Hinblick auf etwaigen weiteren Einspruch Frankreichs schon den Gedanken in Erwägung gezogen habe, die Frage den Mächten zur Entscheidung vorzulegen, und daß er das Vertrauen hege, dann Deutschland, Österreich und Italien auf seiten Englands zu sehen. Ohne meinerseits eine Ansicht darüber auszusprechen, warf ich die Bemerkung hin, daß die von ihm gedachte Gruppierung wie ein Beitritt Englands zur Tripelallianz aussehen würde. Lord Rosebery erwiderte, daß ihn das nicht erschrecken würde, und daß hier außerdem viele, die früher entschieden gegen eine solche Gemeinschaft gestimmt hätten, durch die letzten Vorgänge in Ägypten bekehrt worden seien.

Bezeichnend für seine Stimmung war die fernere Äußerung Lord Roseberys, die ich als streng vertraulich zu sekretieren bitte: „In welche Lage würde denn England geraten, wenn die Tripelallianz etwa gesprengt würde und wir uns dann der Gruppe Rußland-Frankreich allein gegenüber befänden?"

Hatzfeldt

Nr. 1824

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 43 Berlin, den 31. Januar 1893

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 13*.

Ew. pp. bitte ich, Lord Rosebery, falls er auf den Gedanken, die Frage den Mächten zur Entscheidung vorzulegen, zurückkommt, freundschaftlich abzuraten.

Der tatsächliche Einfluß, den England in Ägypten ausübt, kann durch Diskussion der Rechtsfrage seitens der Mächte, sei es in einer Konferenz oder in anderer Form nicht gewinnen. Es würde dadurch vielmehr nur stetigem Wunsch und wiederholten Versuchen Frankreichs entgegenkommen, ägyptische Frage vor europäisches Forum zu ziehen, um dadurch selbst wieder Einfluß in Ägypten zu erlangen.

---

* Siehe Nr. 1823.

Da Beschlüsse internationaler Konferenzen nicht nach Majoritäten gefaßt werden, würde für England Kräftigung seiner rechtlichen Stellung in Ägypten auch bei Unterstützung seitens Dreibunds gegenüber Widerstand von Frankreich, Rußland und Türkei nicht zu erhoffen, wohl aber vermehrte Aufregung in Ägypten und Schwächung seiner tatsächlichen Stellung daselbst zu fürchten sein. Außerdem würde Vorlage an die Mächte mit Notwendigkeit Sultan in Arme von Franzosen und Russen treiben und letztere an gemeinschaftliches Vorgehen im Orient gewöhnen, dem einzigen Punkt, wo sie durch Verschiedenheit der Interessen bis jetzt noch getrennt werden. Dieses Resultat einer Konferenz müßte uns und England gleich unerwünscht sein.

Marschall

Nr. 1825

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 London, den 1. Februar 1893

Telegramm Nr. 43* erhalten.

Nach seinen heutigen vertraulichen Äußerungen hat Lord Rosebery auf den Gedanken, die Frage den Mächten zur Entscheidung vorzulegen, vorläufig verzichtet, und ich habe ihn darin unter Hinweis auf den Umstand bestärkt, daß, wie er bereits aus anderer Quelle wußte, Frankreich eifrig bemüht sei, den Sultan zu Anrufung der Mächte zu bestimmen, und daß er, Lord Rosebery, wenn er an diesem Gedanken festhielte, den Franzosen in die Hände arbeiten würde.

Lord Rosebery erwartet eine weitere Mitteilung des französischen Botschafters, der sich bei ihm angesagt hat, und ist auch immer noch auf weitere Schwierigkeiten seitens des Khediven gefaßt, welcher unter dem Einfluß seines Großvaters** stehe und anscheinend auch durch den Sultan ermuntert werde.

Ganz vertraulich sagte mir der Minister schließlich, er habe heute dem türkischen Botschafter bei Besprechung der Sache die Andeutung gemacht, es schiene ihm sehr bedauerlich, daß der Sultan sich niemals direkt mit England aussprechen wolle. Ich bin hierauf nicht näher eingegangen, um nicht den Anschein des Drängens von unserer Seite zu erwecken, habe aber aus dieser Äußerung den Eindruck gehabt, daß Lord Rosebery in diesem Augenblick nicht abgeneigt wäre, auf eine vom Sultan gewünschte direkte Verhandlung einzugehen, am liebsten, wie ich nach seiner ganzen Haltung annehme, durch persönliche, vertrauliche Besprechung zwischen dem Sultan und Sir Clare

* Siehe Nr. 1824.

** Khedive Ismail, der 1879 abgedankt hatte.

Ford* oder hier zwischen ihm, Lord Rosebery, und dem türkischen Botschafter. Wie lange diese Stimmung des Ministers anhalten wird, namentlich wenn weitere Komplikationen in Ägypten hinzukommen sollten, läßt sich nicht vorher bestimmen.

Hatzfeldt

Nr. 1826

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 15 — Berlin, den 31. Januar 1893

Wie wir hören, drängt Cambon den Sultan, wegen Ägyptens Intervention der Mächte anzurufen. Wenn Sie Gelegenheit finden, warnen Sie Sultan und geben ihm zu bedenken, ob er bei europäischer Diskussion der Frage französischer Absicht wird widerstehen können, die nach Äußerungen französischer und russischer Presse auf Neutralisation Ägyptens, also auf Lostrennung von Türkei geht.

Marschall

Nr. 1827

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 — London, den 2. Februar 1893

Im Anschluß an Telegramm Nr. 15**.

Lord Rosebery teilt mir vertraulich mit, daß der französische Botschafter bei seinem gestrigen Besuch nur die am Dienstag von Herrn Gladstone im Unterhaus gehaltene Rede besprochen habe, aus welcher er schließen wollte, daß England zurzeit Verhandlungen über Ägypten nicht abgeneigt sei. Der Minister habe dem Botschafter geantwortet, er wisse nicht, wie diese Geneigtheit aus der Gladstoneschen Rede zu entnehmen sei, ebensowenig welcher Art diese Verhandlungen sein, noch zwischen wem sie stattfinden sollten, und habe überdies Waddington deutlich zu verstehen gegeben, daß England nur dem Sultan als Suzerän oder den Großmächten kollektiv, nicht aber Frankreich allein Rechenschaft über seine ägyptische Politik schuldig sei.

---

* Englischer Botschafter in Konstantinopel, Nachfolger des am 28. Dezember 1891 verstorbenen Sir W. White.

** Siehe Nr. 1825.

Auf die Frage Lord Roseberys, ob Frankreich beabsichtige, Kriegsschiffe nach Ägypten zu schicken, habe der Botschafter geantwortet: „Nein, ebensowenig wie nach Marokko."

Hatzfeldt

Nr. 1828

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 London, den 4. Februar 1893
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 17*.

Der türkische Botschafter hat gestern Lord Rosebery aufgesucht, um ihn zunächst zu fragen, ob eine der Pforte zugegangene Nachricht begründet sei, daß hier irgendwelche Verhandlungen über Ägypten mit Frankreich schwebten. Lord Rosebery hat dies in Abrede gestellt und, als der Botschafter die Frage aufwarf, ob die Nachricht nicht etwa doch in einer vor einiger Zeit stattgehabten persönlichen Besprechung zwischen dem französischen Botschafter und Herrn Gladstone ihre Erklärung finden könne, mit größter Bestimmtheit wiederholt, daß er von keiner Verhandlung mit Frankreich wisse, und davon auch nicht die Rede sein könne.

Der türkische Botschafter habe diesen Anlaß benutzt, um auf die in meinem Telegramm Nr. 15** gemeldete Andeutung Lord Roseberys bezüglich direkter Verständigung mit dem Sultan zurückzukommen. Der Minister hat sich dagegen zunächst mit Erbitterung über die ganze Haltung des Sultans gegen England beklagt, indem er einen eben erhaltenen Brief aus Konstantinopel teilweise vorlas, wonach der Großwesir noch kürzlich geradezu ausgesprochen habe, daß auf England, welches niemals etwas für die Türkei getan habe, überhaupt keine Rücksicht mehr zu nehmen sei. Er hat ferner geltend gemacht, daß jeder vertraulichen Mitteilung in Konstantinopel der Umstand entgegenstehe, daß dieselbe sofort zur Kenntnis der französischen Botschaft gelange. Auf die Versicherung des türkischen Botschafters, daß er im vorliegenden Falle direkt und mit Umgehung der Pforte an seinen Herrn berichten würde, hat Lord Rosebery deutlich zu verstehen gegeben, daß direkte Verständigung nicht unmöglich sei, wenn vorläufig auf Evakuation oder bestimmten Termin dafür verzichtet würde, und England dadurch in die Lage käme, während der Dauer der Okkupation in Ägypten als Mandatar des Sultans zu handeln. pp.

Hatzfeldt

* Siehe Nr. 1827.
** Siehe Nr. 1825.

Nr. 1829

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 69 London, den 5. Februar 1893

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 18*.

In ganz vertraulichen Unterhaltungen hatte der türkische Botschafter mir vor einigen Tagen über die fortgesetzte Gereiztheit des Sultans gegen England, sowie andrerseits auch über das geringe Entgegenkommen hier der Türkei gegenüber geklagt. Jedes noch so unwahrscheinliche Gerücht über unfreundliche Absichten der hiesigen Regierung finde in Konstantinopel Glauben, und er werde dann beauftragt, hier deshalb anzufragen. So habe er kürzlich anfragen müssen, ob hier wirklich beabsichtigt werde, Lord Cromer in einer Spezialmission nach Konstantinopel zu senden, was Lord Rosebery dann als vollständig unbegründet bezeichnet habe.

Vor kurzem habe er, Rustem Pascha, eine solche Unterhaltung mit Lord Rosebery benutzt, um auch die ägyptische Frage vertraulich zur Sprache zu bringen, indem er die Frage stellte, ob er es nicht doch für möglich und im beiderseitigen Interesse ratsam halte, sich darüber mit der Türkei zu verständigen. Der Minister habe dies nicht prinzipiell abgelehnt, jedoch bemerkt, daß der Moment nicht opportun sei. Wenn das englische Kabinett sich halten könne, was sich erst zeigen müsse, so werde es in drei oder vier Monaten zu größeren Unternehmungen stark genug sein, und dann werde sich vielleicht darüber reden lassen. Schließlich habe Lord Rosebery aber ihm, dem Botschafter, nicht einmal gestatten wollen, über seine Äußerung zu berichten, was er deshalb und weil seine Anregung erfolglos geblieben, auch vollständig unterlassen habe, und er bitte mich dringend, auch meinerseits nichts darüber zu sagen, da es ihn unter diesen Umständen ernstlich kompromittieren würde. Mein Eindruck war dabei, daß Rustem Pascha zu der Anregung keinen speziellen Auftrag hatte und nur auf Grund früherer allgemeiner Instruktionen dabei gehandelt hatte.

Aus meiner Berichterstattung (Telegramm Nr. 142 vom 17. November v. Js.**) ist Euerer Exzellenz erinnerlich, daß der französische Botschafter sich eine persönliche Unterredung mit Herrn Gadstone hinter dem Rücken Lord Roseberys damals zu verschaffen wußte, welche letzterer als persönliche Kränkung empfand und auch heute nicht verziehen hat. Es scheint — ob mit Recht, ist bisher nicht aufzuklären — daß die Berichte des Herrn Waddington in Paris den Eindruck hervorgerufen haben, als ob Herr Gladstone sich zu einer Verhandlung mit

* Siehe Nr. 1828.
** Siehe Nr. 1813.

Frankreich geneigt gezeigt habe, und die Ausführung nur durch den bösen Willen Lord Roseberys verhindert worden sei. Jedenfalls sind dem Sultan wohl nicht ohne Absicht Nachrichten in diesem Sinne aus Paris zugegangen, die ihn beunruhigt haben müssen, da Rustem Pascha, wie ich seitdem erfahren, den Auftrag erhielt, deswegen anzufragen. Lord Rosebery stellte schon damals dem türkischen Botschafter gegenüber in Abrede, daß hier Geneigtheit zur Verhandlung mit Frankreich bestehe, oder daß irgendwelche Vorschläge vorlägen, welche zur Grundlage dafür dienen könnten.

Inzwischen hat die Mißstimmung Lord Roseberys gegen Frankreich auch nach meinen persönlichen Beobachtungen zugenommen und ist durch die letzten Vorgänge in Ägypten* noch bedeutend verstärkt worden. Die ihm zunächst dadurch bereitete Verlegenheit hat er doppelt empfunden, weil ein Teil seiner Kollegen bekanntlich in dieser Frage nicht ganz mit ihm übereinstimmt, er also, um seine Meinung durchzusetzen, zu Kämpfen genötigt wurde, die seine eigene Stellung unsicher machen konnten. Der Sieg, den er im Kabinett davontrug, und die ungeteilte Zustimmung, welche sein energisches Eingreifen in Ägypten dann hier im Lande überall fand, haben sein Selbstbewußtsein noch erhöht, und er zweifelt wohl heute nicht, wenn sich das Kabinett überhaupt hält, daß seine Stellung in demselben fast unerschütterlich ist. Auf der anderen Seite sieht er aber aus den Euerer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bekannten Gründen nicht ohne ernste Sorge der weiteren Entwickelung der Dinge in Ägypten entgegen, die ihn möglicherweise vor die Notwendigkeit stellen kann, noch ernstere Maßregeln zur Sicherung der englischen Okkupation zu ergreifen und dadurch die Differenz mit Frankreich und vielleicht Rußland zu verschärfen.

Aus dieser Sorge und seiner ganzen Stimmung, die man sich zur richtigen Beurteilung der Situation klarmachen muß, erklärte sich schon der seitdem unter meiner Mitwirkung wieder aufgegebene Gedanke einer Anrufung der Mächte, welcher den mit der früheren Reserve kaum zu vereinbarenden Zweck verfolgte, eine Gruppierung der Mächte, bei welcher England an der Seite der Tripelallianz erscheinen sollte, vor der Welt erkennbar zu machen. Wenn er bei näherer Überlegung und mit Rücksicht auf die hierfür noch nicht hinreichend vorbereitete öffentliche Meinung den Gedanken schließlich wieder aufgab, so konnte es mich doch nicht überraschen, daß er sich sofort nach einem anderen Mittel zur Verstärkung der englischen Okkupation umsah, und dazu die durch Telegramm Nr. 18** gemeldete Andeutung dem türkischen Botschafter gegenüber wählte.

Sein Standpunkt in der ganzen Frage, wie es sich auch aus seinen

* Gemeint sind die Vorgänge bei dem Ministerwechsel im Januar. Vgl. Nr. 1819, Fußnote.

** Siehe Nr. 1828.

durch Telegramm Nr. 17* von mir gemeldeten Äußerungen gegen Herrn Waddington ergibt, ist jetzt folgender: „England ist nur dem Sultan oder ganz Europa über sein Verhalten in Ägypten Rechenschaft schuldig.“ Von diesem Gesichtspunkt lag unter den vorliegenden Umständen der Gedanke sehr nahe, daß England durch eine Verständigung mit dem Suzerän, wenn sie möglich wäre, den etwa noch fehlenden Rechtstitel zum Verbleiben in Ägypten erhalten und gegen jeden Einspruch einer anderen Macht gedeckt sein würde.

Dem türkischen Botschafter war die fragliche Andeutung Lord Roseberys nicht entgangen, wenn er sich auch über die Tragweite nicht von vornherein klar war, und er beschloß deshalb, die Sache in seiner nächsten Unterredung mit dem Minister, welchen er zu diesem Zweck vorgestern aufsuchte, aufzuklären. Nach seiner Erinnerung hatte sich Lord Rosebery darauf beschränkt, zu beklagen, daß der Sultan sich mit allen Mächten über Ägypten ausspreche, nur nicht mit England. Er hielt dem Minister daher vorgestern zunächst entgegen, daß dieser Vorwurf ungerechtfertigt wäre, da er, Rustem Pascha, noch vor kurzem eine Verständigung bei ihm angeregt, aber damit auf eine spätere Zeit verwiesen worden sei.

Über die Erbitterung, die Lord Rosebery nun zunächst über die fortgesetzt unfreundliche Haltung in Konstantinopel gegen England, namentlich über gewisse Äußerungen des Großwesirs, an den Tag legte, sind Euere Exzellenz bereits informiert. Was ich hier nach den ganz vertraulichen Mitteilungen meines türkischen Kollegen besonders hervorheben muß, ist folgendes:

1. Lord Rosebery erklärte wiederholt und bestimmt, daß England sich weder durch unberechenbare Entschlüsse eines jugendlichen Khedive noch durch Intrigen einer anderen Macht (Frankreich) werde hinauswerfen lassen. Die einzige Folge würde eventuell die weitere entsprechende Vermehrung der englischen Macht in Ägypten sein. Er fügte hinzu: „Dies ist heute nicht nur eine Auffassung der Regierung, sondern die Meinung der ganzen Nation.“

2. Der Minister stellte, als er schließlich die Voraussetzungen einer Verständigung bezeichnete, keinen Augenblick in Abrede, daß der Botschafter seine neuliche Andeutung richtig verstanden habe, machte dagegen wiederholt auf die Gefahr einer Indiskretion in Konstantinopel aufmerksam.

3. Erklärte er unumwunden, daß bei der gegenwärtigen Sachlage jetzt selbstverständlich von keiner Evakuation und ebensowenig von Bestimmung eines Termins die Rede sein könne, und daß England im Falle der Verständigung als Mandatar des Sultans in Ägypten handeln würde.

Ich habe dem türkischen Botschafter, welcher mit schwerem Herzen

---

* Siehe Nr. 1827.

an die Übermittelung dieser Äußerungen geht, weil er seine Stellung dabei aufs Spiel zu setzen fürchtet, auf seine Bitte, ihm meine Ansicht zu sagen, erwidert: Meine persönliche Auffassung in bezug auf das Interesse seines Herrn in der Sache sei ihm aus unseren früheren Besprechungen und dem damals dem Sultan von mir erteilten Rat genügend bekannt. Die Indiskretion, der ich damals ausgesetzt gewesen, und die ganze Behandlung der Sache in Konstantinopel habe, wie ich ihm damals nicht verheimlicht, bei uns verstimmt und namentlich zu dem Entschluß führen müssen, nicht wieder dem Sultan zuliebe eine Initiative zu nehmen, die doch zu nichts führe, uns aber von anderen Mächten verdacht werden könne*.

Persönlich bin ich überzeugt und halte mich verpflichtet, dies Euerer Exzellenz auszusprechen, daß es ein unverhofftes Glück für den Sultan wäre, wenn er bei dieser Gelegenheit den durch die Ablehnung der Sir Drummond Wolffschen Konvention gemachten und später wiederholten Fehler wieder gutmachen und gleichzeitig in bessere Beziehungen zu England treten könnte.

Die Stimmung Lord Roseberys, durch die Umstände hervorgerufen, kann aber, darüber sollte man sich in Konstantinopel nicht täuschen, mit einem Wechsel derselben ebenso schnell vorübergehen. Gibt Frankreich seinen Widerstand wie schon mehrmals wieder auf, oder wird England diesmal zu einer ernstlichen Machtentfaltung in Ägypten genötigt, so wird das jetzige wertvolle Mandat des Sultans für dasselbe entbehrlich.

Bedenklich erscheint allerdings noch die Dürftigkeit des von Lord Rosebery für eine Verständigung aufgestellten Programms. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß derselbe, solange er sich nicht der Geneigtheit des Sultans zur Verhandlung oder wenigstens seiner Diskretion versichert glaubt, mit Recht die größte Vorsicht für geboten hält. Geht der Sultan überhaupt auf eine direkte und vertrauliche Aussprache ein — sei es in Konstantinopel zwischen ihm und dem englischen Botschafter oder, was gewiß besser wäre, hier zwischen Lord Rosebery und einem Vertrauensmann des Sultans —, so wird es sich erst darum handeln, festzustellen, ob und welche Grundzüge sich für eine Verständigung finden lassen. Mein Eindruck ist, daß man hier viel offener sein und zu manchen formellen Konzessionen die Hand bieten würde.

Besonders unerwünscht würde dem Sultan mit Rücksicht auf die Stimmung unter seinen muselmanischen Untertanen gewiß die Erteilung eines Mandats an England sein. Wenn ich hier einen Rat zu erteilen hätte, würde er entschieden dahin gehen, von einer solchen, ebenso bedenklichen wie unnützen Forderung abzusehen. Kommt ein Abkommen ohne Evakuationsbestimmung zustande, so ist England

* Vgl. Nr. 1806 nebst Fußnote.

damit vollständig berechtigt, sich anderen Mächten gegenüber auf die Zustimmung des Suzeräns zur Okkupation zu berufen, und es kann daher ohne eigenen Nachteil dem Sultan die fast unannehmbare Zumutung ersparen, ein Mandat zur Besetzung seines Eigentums zu erteilen. Hatzfeldt

Nr. 1830

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 82 London, den 8. Februar 1893

Als ich bei meiner letzten Unterredung mit Lord Rosebery der mir erteilten Ermächtigung entsprechend die Anlage des hohen Erlasses Nr. 84 vom 4. d. Mts.* teilweise verwertete und auch der Bemühungen des Herrn Cambon, den Sultan zu einem Protest gegen die Vermehrung der englischen Truppen in Ägypten zu bewegen, Erwähnung tat, erwiderte der Minister, er glaube kaum mehr, daß die französischen Intrigen Erfolg haben und den Sultan zu einer offenen Stellungnahme gegen England in der Frage der Vermehrung der Okkupationsarmee treiben würden. Er habe vielmehr den Eindruck, daß die französische Diplomatie selbst anfange einzusehen, daß sie ein erfolgloses Spiel treibe. Dagegen liege seiner, des Ministers, Ansicht nach die Hauptgefahr für seine ägyptische Politik jetzt in Ägypten selbst, wo die unsichere Haltung des Khedive fortdauernd zu ernster Besorgnis Anlaß gebe.

Lord Rosebery wiederholte bei diesem Anlaß, wie dankbar er sei für die wohlwollende Haltung der Kaiserlichen Regierung sowohl als auch der Kabinette von Rom und Wien gegenüber seiner Politik in Ägypten. Er bemerkte, es sei ihm besonders wertvoll, daß zwischen dem Fürsten Radolin und Sir Clare Ford jetzt ein vollkommenes Einvernehmen herrsche, und dem allgemeinen Einverständnis mit uns in Konstantinopel lege er eine noch größere Bedeutung bei als der zufriedenstellenden Lösung der anatolischen Eisenbahnfrage.

P. Hatzfeldt

Nr. 1831

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 49 Berlin, den 9. Februar 1893

Ew. pp. erhalten anbei Abschrift von zwei Telegrammen des Grafen Hatzfeldt**.

* Identisch mit Nr. 1822.

** Siehe Nr. 1825 und 1828.

Sollte Ew. pp. durch direkte Anfrage des Sultans dazu Gelegenheit geboten werden, so sind Ew. pp. ermächtigt, den Sultan wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß, falls die Frage den Mächten vorgelegt würde, zu fürchten wäre, daß die Neutralisation Ägyptens aufs Tapet gebracht und durchgesetzt würde.

Die Frage einer direkten Verständigung mit den Engländern, die übrigens für den Sultan als das Gebotene erscheint, bitte ich nicht zu berühren, und ersuche Ew. pp., nur wenn der Sultan von selbst diese Frage anregt, ihn auf unsere bereits früher erteilten Ratschläge zu verweisen.

Am besten würde der Sultan die letzten Vorgänge, wie ihm Ew. pp. richtig geraten haben, überhaupt nicht zum Ausgang einer Aktion machen.

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 8 vom 29. v. Mts.* habe ich erhalten; ich kann mich mit der von Ew. pp. Munir Pascha erteilten Antwort nur einverstanden erklären.

Marschall

Nr. 1832

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Graf en von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 288 London, den 5. April 1893
Geheim

In einer Unterredung, die am vergangenen Mittwoch stattfand, hat Lord Rosebery sich entschlossen, mit Rustem Pascha ganz offen, aber unter der ausdrücklichen Voraussetzung unbedingter Diskretion über Ägypten zu sprechen und seinen Wunsch, mit dem Sultan in dieser Frage zu einer direkten Verständigung zu gelangen, unverhüllt an den Tag zu legen.

Unter Berufung auf das persönliche Vertrauen, welches er auf Grund mehrjähriger Bekanntschaft in den Botschafter setzen könne, hat Lord Rosebery seine Auffassung (die er zunächst als eine persönliche bezeichnete) dahin präzisiert, daß von einer einfachen Herstellung der Wolffschen Konvention, namentlich in bezug auf die Bestimmung eines Datums für die Evakuation nicht die Rede sein könne, weil die Verhältnisse sich seitdem vollständig geändert hätten. Dagegen würde es, um dem Sultan entgegenzukommen, möglich sein, in das abzuschließende Abkommen eine Bestimmung aufzunehmen, wonach beide Teile sich vorbehalten würden, nach einer gewissen Frist,

* Siehe Nr. 1822.

etwa nach fünf Jahren, die Frage der Evakuation gemeinschaftlich in Erwägung zu ziehen.

Im Verlaufe der Unterhaltung hat der Minister sich offenbar große Mühe gegeben, alle Argumente anzuführen und eindringlich zu entwickeln, nach welchen es im eigenen Interesse des Sultans liegen würde, sich mit England zu verständigen und vorläufig den jetzigen Zustand mit seiner, des Sultans, Zustimmung noch fortdauern zu lassen. Er hat in dieser Hinsicht besonders geltend gemacht, daß auch durch den etwaigen Abzug der Engländer, wenn derselbe jetzt möglich wäre, der Zweck des Sultans, jede fremde Okkupation Ägyptens auszuschließen, keineswegs erreicht werden würde. Eine sofortige neue Okkupation des Landes in anderer Form würde in diesem Falle unausbleiblich sein, entweder durch eine einzelne Macht im Auftrag der anderen Großmächte (Frankreich hat Lord Rosebery dabei, wenn ich recht verstanden habe, unbedingt ausgeschlossen), oder auch eine gemischte Okkupation. In beiden Fällen sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Rechte des Sultans keine besondere Berücksichtigung finden würden. Bei einer Verständigung mit England würde der Sultan dagegen nicht nur die vertragsmäßige Anerkennung seiner Rechte, sondern auch die Aussicht gewinnen, daß dieselben später, wenn England sich infolge der vorbehaltenen Verständigung über die Okkupation aus Ägypten zurückziehe, nicht mehr angefochten werden könnten.

Lord Rosebery hat schließlich den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß der Sultan über seine Eröffnungen die strengste Diskretion bewahren und, falls ihm ein Meinungsaustausch darüber erwünscht sei, mit ihm, dem Minister, direkt durch Vermittlung von Rustem Pascha in Verhandlung treten wolle.

Der türkische Botschafter, dessen Ängstlichkeit Eurer Exzellenz bekannt ist, hat es in diesem Fall für eine unabweisbare Pflicht gehalten, seinem Herrn über die fragliche Unterredung ausführlichen Bericht zu erstatten und auch seinerseits die Gründe geltend zu machen, die nach seiner Überzeugung für ein Eingehen auf die von Lord Rosebery gewünschte Unterhandlung sprechen. Es ist dies um so mehr anzuerkennen, als Rustem Pascha sich keineswegs sicher fühlt, daß der Sultan, falls er an seiner bisherigen, von russischer und französischer Seite sorgfältig gepflegten Abneigung gegen England festhält, ihn nicht für seine Stellungnahme zugunsten einer Verständigung mit England zur Rechenschaft ziehen wird.

Um wenigstens jedes Mißverständnis über den Inhalt seiner Meldung auszuschließen, welches von seinen Gegnern beim Sultan gegen ihn und die Sache ausgenutzt werden könnte, hat Rustem, obwohl dadurch Zeit verloren wird, auf die Benutzung des Telegraphen verzichtet und seinem ausführlichen, direkt und mit Umgehung der Pforte an den Sultan gerichteten Berichte eine genaue

türkische Übersetzung beigefügt. Derselbe sollte am Montag, den 3. d. Mts. von hier abgehen und wird daher, wenn ich mich nicht täusche, kaum früher in Konstantinopel eintreffen können, als dieser Bericht in Eurer Exzellenz Hände gelangt.

Der türkische Botschafter, dessen langjähriger Freundschaft und persönlichem Vertrauen ich die vorstehenden Mitteilungen verdanke, hat mich auf das dringendste gebeten, dieselben unbedingt geheimzuhalten und auch noch nicht darüber nach Berlin zu berichten. Der Vorgang scheint mir aber zu wichtig, schon weil er das dringende Bedürfnis Lord Roseberys nach einer Verständigung mit der Türkei, sowie sein Selbstvertrauen erkennen läßt, seinen Kollegen eventuell seine Auffassung der Sache aufnötigen zu können, um meinen Bericht darüber verzögern zu dürfen. Dagegen gestatte ich mir die dringende Bitte, den Inhalt hochgeneigtest vollständig sekretieren und, falls Eure Exzellenz eine Mitteilung an den Fürsten Radolin für angezeigt halten, demselben die strengste Geheimhaltung empfehlen zu wollen.

Ich darf nicht unerwähnt lassen, daß ich Rustem Pascha, als er meine Ansicht zu wissen wünschte, erwidert habe, daß mir nichts bekannt sei, was meine frühere persönliche Meinung in bezug auf das Interesse des Sultans in der Sache modifizieren könne, daß ich mich aber aus den ihm früher mitgeteilten Gründen jeder amtlichen Einmischung enthalten müsse.

P. Hatzfeldt

Nr. 1833

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 London, den 18. April 1893
Geheim

Der Sultan hat dem türkischen Botschafter auf seinen Bericht vor einigen Tagen telegraphisch erwidert: er habe daraus mit Befriedigung eine Annäherung Lord Roseberys an seine Anschauungen bezüglich Ägyptens ersehen und beabsichtige, die Angelegenheit demnächst mit Sir Clare Ford zu besprechen.

Lord Rosebery, welchem der Botschafter entsprechende Mitteilung machte, bemerkte dazu, daß er wegen größerer Garantie für Diskretion Verhandlung hier entschieden vorziehen würde, und Rustem Pascha hat diese Äußerung des Ministers sofort zur Kenntnis des Sultans gebracht.

Der Botschafter, welcher mir das Vorstehende streng vertraulich mitteilte, bezeichnete gleichzeitig die Möglichkeit, daß der Sultan

sich noch Illusionen mache und aus seinen letzten Meldungen auf irgendwelche Geneigtheit Lord Roseberys schließen könne, ein Datum für die Räumung Ägyptens zu nennen oder auch nur über dieselbe zu verhandeln, als unbedingt ausgeschlossen, da er, Rustem Pascha, in seinen Berichten wiederholt und deutlich unter ausführlicher Motivierung das Gegenteil konstatiert habe.

Hatzfeldt

Nr. 1834

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 61 Berlin, den 18. April 1893

Nach Telegramm Nr. 38* und den Euerer pp. bekannten Meldungen aus Konstantinopel bleibt hier Auffassung bestehen, daß große Verschiedenheit zwischen Anschauungen des Sultans und Lord Roseberys und Mißverständnisse bezüglich Ägyptens bestehen. Da wir danach von etwaigen Verhandlungen uns keinen Erfolg versprechen können, ersuche ich Euere pp., sich ganz aus der Sache herauszuhalten.

Rotenhan

Nr. 1835

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi**

Ausfertigung

Nr. 431 London, den 27. Mai 1893
Vertraulich

pp. In bezug auf die weitere Entwicklung der Dinge in Ägypten, namentlich in bezug auf die Haltung des Vizekönigs, schien sich Lord Rosebery noch nicht ganz sicher zu fühlen. Nach seinen Nachrichten wird derselbe sich im Laufe des Jahres nach Konstantinopel begeben, und Lord Rosebery will ihm dabei kein Hindernis in den Weg legen, obwohl er sich die Gefahr nicht verhehlt, daß dort voraussichtlich viele antienglische Einflüsse auf den jungen Herrn zur Geltung kommen werden.

---

* Siehe Nr. 1833.

** Ende Mai 1893 hatte Graf Hatzfeldt mehrfach vertrauliche Besprechungen mit Lord Rosebery über die politische Gesamtlage und das Verhältnis Englands zu den Mächtegruppen. Aus dem am 27. Mai darüber erstatteten Berichte, dessen erste die deutsch-englischen Beziehungen behandelnde Hälfte bereits in Nr. 1746 abgedruckt ist, seien hier die Auslassungen des englischen Ministers über das englisch-französische Verhältnis, das außer durch die ägyptische Frage auch bereits durch die Siamfrage getrübt wurde, mitgeteilt.

Im Vordergrund aller seiner Sorgen, und dies erklärt seine anscheinende Gleichgültigkeit für andere Dinge, steht aber in diesem Augenblick Frankreich. Er machte mir durchaus kein Geheimnis hieraus und erklärte geradezu, daß seine ganze Aufmerksamkeit auf Paris konzentriert sei, wo die Haltung der Presse wie die Reden der Minister auf eine außergewöhnliche Animosität gegen England wegen Ägyptens, wegen Madagaskars und heute vielleicht in erster Linie wegen Siams* schließen ließen. Von der Ernennung eines französischen Botschafters am englischen Hofe scheint indessen noch keine Rede zu sein, und Lord Rosebery nimmt an, daß man sich damit in Paris auch nicht zu eilen beabsichtigt. Dem Nachfolger des Herrn Waddington wird auch eine schwierige Aufgabe zufallen, wenn es, wie ich von anderer Seite höre, eine in Paris beschlossene Sache ist, hier demnächst die Evakuation Ägyptens formell wieder zur Sprache zu bringen. Es liegen vorläufig keine Symptome vor, und ich habe auch in meinen letzten Unterhaltungen mit dem Minister nichts bemerkt, was hier eine größere Geneigtheit zur Nachgiebigkeit in bezug auf diese Frage erwarten ließe, an welcher alle Bemühungen des Herrn Waddington gescheitert sind. Wenn sein Nachfolger aber nicht ein Mann ist, der sie mit dem erforderlichen Takt und mit großer Mäßigung anzufassen versteht, so ist bei der großen Empfindlichkeit Lord Roseberys auch die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß eine noch größere und vielleicht dauernde Spannung zwischen den beiden Regierungen eintritt.

Eine von Lord Rosebery am Schlusse unserer letzten Unterhaltung hingeworfene Bemerkung in bezug auf die Beziehungen zu Frankreich war mir von besonderem Interesse, und ich darf mir deshalb gestatten, sie hier noch gehorsamst anzuführen. Dieselbe lautete: „On me dit toujours qu'il faut entretenir des relations cordiales avec la France, et je ne demande pas mieux, mais où est le moyen?“ Da er sich über die Quelle dieser Ratschläge nicht äußerte, so kann ich nur vermuten, daß sie von denjenigen seiner Parteigenossen in und außerhalb des Kabinetts ausgehen, welche jede ernstliche Verwicklung mit dem Auslande prinzipiell vermieden sehen wollen und stets die Pflege der Beziehungen zu Frankreich predigen, weil England nach ihrer Meinung dann der Notwendigkeit einer Anlehnung an die Tripelallianz überhoben wäre und sich allen europäischen Verwicklungen fernhalten könnte. Ich halte es durchaus nicht für unmöglich, und die angeführte Äußerung Lord Roseberys bestärkt mich in dieser Vermutung, daß derselbe von jener Seite stark gedrängt wird, sich in den Streitfragen mit Frankreich möglichst entgegenkommend zu zeigen und dadurch eine politische Verständigung beider Länder anzubahnen.

P. Hatzfeldt

---

* Über den englisch-französischen Siamkonflikt siehe Kap. LII, Nr. 1749 ff.

Nr. 1836

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 479 London, den 15. Juni 1893

Der türkische Botschafter ist gestern bei Lord Rosebery gesprächsweise auch auf die seinerzeit von letzterem angeregte Verständigung über Ägypten zurückgekommen, hat aber, wie er mir ganz vertraulich sagt, eine sehr unbefriedigende Aufnahme gefunden. Der Minister hat ihm ziemlich nachdrücklich erwidert, die Verhältnisse hätten sich geändert, die öffentliche Meinung wende sich hier immer mehr gegen die Türkei, und es sei jetzt zu spät, um auf die beabsichtigte Verständigung zurückzukommen.

Von seiten des Unterstaatssekretärs*, mit welchem der türkische Botschafter dann über die Beziehungen der Pforte zu England gesprochen hat, wurde wiederholt hervorgehoben, daß der Sultan nichts für England tue und erst einmal etwas mehr guten Willen zeigen müßte.

Der Sultan ist, wie mir mein türkischer Kollege ganz vertraulich mitteilt, seinerseits über die hiesigen Vorgänge in bezug auf Armenien** sehr gereizt. Er besteht darauf, daß die englische Regierung alle darauf bezüglichen, gegen ihn gerichteten Publikationen verhindern müsse, und Rustem Pascha bemüht sich vergeblich, ihn darüber aufzuklären, daß die hiesige Regierung auch beim besten Willen nach Lage der Gesetzgebung dazu außerstande sei.

Hatzfeldt

Nr. 1837

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 449 Berlin, den 9. Juli 1893

Euerer pp. beehre ich mich anbei Abschriften von zwei Berichten des Kaiserlichen Generalkonsuls in Kairo vom 30. Juni und 1. Juli ergebenst zu übersenden, in welcher Graf Leyden die zurzeit in Ägypten England gegenüber herrschende Stimmung schildert. Nach dieser Schilderung wird die Situation in Ägypten wesentlich beeinflußt durch den Mangel an Vertrauen in die Festigkeit der auswärtigen Politik der derzeitigen englischen Regierung, der sich sowohl bei

---

* Sir Philip Currie.

** Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LVI.

den England feindlichen Elementen wie bei den in Ägypten lebenden Engländern selbst geltend macht. Wir teilen diesen Mangel an Vertrauen nicht in dem Maße, wie es auch Graf Leyden zu tun scheint, auf Grund der Berichte Euerer pp. über den zunehmenden Einfluß Lord Roseberys innerhalb der englischen Regierung und speziell auf Grund Ihrer Mitteilung über die Äußerung Lord Roseberys bezüglich der angekündigten Vorschläge des Sultans wegen Ägyptens. Immerhin werden die Zweifel an einer energischen auswärtigen englischen Politik, selbst wenn sie unberechtigt sind, durch die bloße Tatsache, daß sie sich im Orient und speziell in Ägypten mehr und mehr festsetzen, auf die Entwicklung der Dinge daselbst nicht ohne Einfluß bleiben, durch Entmutigung der Anhänger Englands und durch Steigerung des Selbstgefühls seiner Gegner.

Wie Euerer pp. hinreichend bekannt, ist es von jeher ein Axiom unserer Politik gewesen, daß wir im Orient direkte politische Interessen nicht zu verfolgen haben. Wir haben trotzdem Englands Interessen daselbst seit langem unterstützt, weil uns ein Gegengewicht gegen eine französisch-russische Verbrüderung im Mittelmeer im Interesse unserer Verbündeten, speziell Italiens, und ebenso im Interesse des allgemeinen Weltfriedens erwünscht erscheint. Wir haben in zahlreichen Tagesfragen der englischen Politik in Kairo und in Konstantinopel unsere Unterstützung offen und wirksam zuteil werden lassen. Den größten moralischen Dienst leisten wir aber den Engländern vor allem durch die Tatsache der Existenz des Dreibunds. Wir werden auch ferner eine zielbewußte englische Politik in Ägypten und in der Levante gern unterstützen; wir können dies aber selbstverständlich nur so weit, als England selbst seine Stellung und seine Interessen nicht aufgibt. Es ist daher für uns von großer Bedeutung, die Absichten der englischen Regierung in orientalischen Dingen zu kennen und aufmerksam zu verfolgen; denn sobald wir zur Überzeugung kämen, daß England dort die ihm zugefallene und, wie wir glauben, von seinen eigenen Interessen diktierte Rolle nicht mehr mit der nötigen Energie durchführt und den vereinten russisch-französischen Bestrebungen gegenüber mehr oder weniger abdankt, müßten wir uns nach andern Mitteln umsehen, die Entwicklung der russisch-französischen Intimität zu einer aggressiven Verbrüderung zu verhindern.

Euere pp. bitte ich darum, sich mit Lord Rosebery in fortwährender Fühlung über seine Absichten im Orient, namentlich in Ägypten, zu halten, und ihn zum Festhalten an der bisherigen Politik, soweit angängig, zu ermutigen, wobei Euere pp. die oben angedeuteten Gesichtspunkte in der Ihnen angemessen scheinenden Weise verwerten können.

Marschall

Nr. 1838

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Therapia, den 11. Juli 1893
Geheim

Der Sultan hat am 8. d. Mts. dem türkischen Botschafter in London den Entwurf einer mit England abzuschließenden Konvention zugehen lassen. In derselben sollen die Hoheitsrechte des Sultans auf Ägypten ausdrücklich anerkannt, und die Verpflichtung Englands ausgesprochen werden, im Fall der Notwendigkeit einer Erhöhung des englischen Truppenbestandes in Ägypten sich vorher mit der Pforte dieserhalb zu verständigen.

Diese provisorische Konvention solle nach zwei Jahren durch eine definitive ersetzt werden, in welcher der Termin für die Räumung Ägyptens durch die englischen Truppen festgesetzt werden soll.

Der Khedive ist gestern hier angekommen und vom Sultan sehr gnädig aufgenommen worden. Heute erfolgt die Verleihung des Imtiazordens an denselben mit darauffolgendem Galadiner. Politische Fragen sind bis jetzt nicht berührt worden.

Radolin

Nr. 1839

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 London, den 13. Juli 1893
Geheim

Rustem Pascha ist, wie er mir im engsten Vertrauen mitteilt, höchst unzufrieden mit der Aufnahme seiner gestrigen Mitteilung durch Lord Rosebery. Derselbe hat den ihm vorgelegten Konventionsentwurf nur teilweise und flüchtig angesehen, indem er dazu bemerkte, der Botschafter könne nicht erwarten, daß er ohne weiteres auf eine Besprechung des Inhalts eingehe. Der Sultan habe ihn drei Monat auf eine Antwort warten lassen* (wàs er als beleidigend für den Minister einer Macht wie England bezeichnete), und er werde sich daher auch jetzt volle Zeit zur Prüfung der ihm gemachten Mitteilung nehmen.

Im Laufe der Unterhaltung hat der Botschafter auf den provisorischen Charakter der englischen Okkupation hingewiesen und dar-

* Vgl. Nr. 1832.

auf die unerwartete Antwort von Lord Rosebery erhalten, daß andere englische Minister sich wohl in diesem Sinne geäußert hätten, daß er, Lord Rosebery, aber niemals von einer provisorischen Okkupation gesprochen habe.

Rustem Pascha, welcher über diese Unterredung noch nicht nach Konstantinopel berichtet hat, will demnächst einen neuen Versuch machen und als Hauptargument hervorheben, wie wichtig es auch im Interesse Englands sei, durch Abschluß der Konvention während des Aufenthalts des Khedive in Konstantinopel weiteren antienglischen Bestrebungen desselben einen definitiven Riegel vorzuschieben.

Hatzfeldt

Nr. 1840

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 14. Juli 1893

Gedanken zu Telegramm Nr. 82 und 86*.

Die Weigerung Lord Roseberys, die Okkupation als „provisorisch" ausdrücklich anzuerkennen, läßt bei ihm auf das Bewußtsein schließen, in englischer öffentlicher Meinung starken Rückhalt für Fortsetzung der Okkupation zu finden.

Versöhnlicher wäre es, wenn Lord Rosebery bei nächster Besprechung mit Rustem Pascha die Ablehnung, jetzt zu verhandeln, an die im Schlußsatz Ihres Telegramms Nr. 86** wiedergegebene Drohung anknüpfte, etwa in dem Sinne:

„Er nehme diese Drohung weder dem Sultan noch dessen Botschafter übel, da sie nicht von diesen, sondern vom Khedive ausgehe. Letzterer sei zu seiner herausfordernden Haltung von außerhalb, wenn auch nicht vom Sultan, ermutigt, und es werde, wie der Minister glaube, durch Demonstrationen von außerhalb der Versuch gemacht werden, den Khedive noch weiter zu treiben.

Hierin liege der wirkliche Grund, weshalb es jetzt für die englische Regierung unmöglich sei, der ägyptischen Frage näherzutreten. Ein Kabinett, das man beschuldigen könne, einer Drohung nachgegeben zu haben, würde von der öffentlichen Meinung sofort gestürzt werden. Heute müsse daher die englische Regierung die durch die herausfordernde Haltung des Khedive geschaffene Lage kaltblütig

* Siehe Nr. 1839. Telegramm 82 vom 12. Juli hatte Mitteilungen über den neuen türkischen Konventionsentwurf (vgl. Nr. 1838) enthalten.
** Siehe Nr. 1839.

ins Auge fassen und dürfe die ägyptischen Verhandlungen erst dann wieder aufnehmen, wenn jede Spur einer Bedrohung verschwunden sei. Ein Anfangstermin sei nicht zu bestimmen, da man heute nicht sagen könne, wann das Moment der demonstrativen Drohung verschwinden werde." Eine solche englische Antwort würde für Rustem Pascha weniger mißlich an den Sultan zu übermitteln sein als die in Telegramm Nr. 86.

Etwaigem Mißtrauen von Lord Rosebery gegen unsre Endabsichten werden Sie wohl am besten dadurch begegnen, daß Sie zu fester, aber freundlicher (nicht scharfer) Behandlung des Sultans raten, so daß ihm die Rückkehr zu England nicht noch erschwert werde.

Ohne Rustem als Quelle zu nennen, könnten Sie vielleicht eine Besprechung der Frage herbeiführen in Anknüpfung an die Mitteilung, daß wir uns bemühen werden, in Petersburg näheres über Zeitpunkt des Eintreffens des russischen Geschwaders im Mittelmeer* zu erfahren.

Verstärkung englischer Mittelmeerflotte unter diesen Umständen durchaus geboten. Nicht nötig, daß England deswegen nach außen hin eine Erklärung gibt, die seine Haltung irgendwie festlegen könnte.

Die russische Presse hat wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, die russisch-französische Flottendemonstration habe den doppelten Zweck, die ägyptische Frage zu regeln und den gerechten russischen Ansprüchen betreffs Balkanhalbinsel beim Sultan Geltung zu verschaffen.

Also offener Einschüchterungsversuch, jedoch ohne Absicht, Krieg zu machen; denn den will der Zar weniger als jemals.

Italien wird leicht zu einer gemeinsamen Demonstration zu bewegen sein durch Hinweis auf Tatsache, daß die Tripolisfrage an dem Tage gegen Italien präjudiziert ist, wo die ägyptische, par impossible, gegen England geregelt werden sollte.

Wie wäre es, wenn die englisch-italienische Flotte eine freundschaftliche Begegnung mit der russisch-französischen herbeiführte, womöglich in einem türkischen Hafen oder allenfalls auch in Spezzia? Wäre damit nicht der Glanz der russisch-französischen Demonstration sehr vermindert, besonders da italienische Schiffe die größten von allen sein sollen?

Unangenehm würde es dagegen für die Engländer sein und ein geschickter russisch-französischer Schachzug, wenn Russen und Franzosen eine freundschaftliche Begegnung mit der italienischen Flotte allein, ohne Engländer veranstalteten, bei welcher die Russen das Bindeglied zwischen Franzosen und Italienern sein würden.

---

* Über den Besuch des russischen Geschwaders in Toulon im Oktober 1893, von dem schon seit dem Ausgang des Frühjahrs viel Aufhebens gemacht wurde, vgl. Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1529 ff.

Stelle anheim, diese Fragen, falls Sie einverstanden sind, alsbald mit Lord Rosebery zu besprechen, womöglich bevor derselbe den türkischen Botschafter spricht. Der Staatssekretär hat alles Vorstehende gelesen und gebilligt.

Von Nicolsons Tätigkeit in Konstantinopel hört man hier viel Gutes*. Aber Ersatz von Ford durch Lascelles wäre sehr zeitgemäß.

Nach Zeitungsmeldung aus Petersburg würde russisches Geschwader Mitte August in Toulon eintreffen.

Holstein

Nr. 1841

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 556 London, den 13. Juli 1893

Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 449 vom 9. d. Mts.** habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

In einer längeren und ganz vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit Lord Rosebery hatte, habe ich, ohne mich dabei auf einen Auftrag zu berufen, die Lage der Dinge in Ägypten zur Sprache gebracht, wie sie durch den Mangel an Vertrauen in die Festigkeit der gegenwärtigen auswärtigen Politik Englands sowohl bei den England feindlichen Elementen, wie bei den in Ägypten lebenden Engländern bedingt wird.

Der Minister leugnete mir gegenüber nicht, daß der gegenwärtige Zustand in Ägypten in der von mir angedeuteten Richtung manches zu wünschen übrig lasse, wollte aber zunächst nicht anerkennen, daß sich daraus irgendeine ernstliche Gefahr für die englische Okkupation ergeben könne, da England stets in der Lage sein werde, einer wirklich eintretenden Bedrohung seiner Interessen mit Erfolg entgegenzutreten. Ich erwiderte ihm, daß ich an der Macht Englands, eine etwaige Krisis in Ägypten siegreich zu überwinden, keinen Augenblick zweifelte, aber gleichzeitig bei unbefangener Prüfung der Situation nicht verkennen könnte, daß die Bestrebungen der auswärtigen Gegner Englands gerade jetzt ein günstigeres Terrain vorfänden, als dies früher der Fall gewesen sei, und daß diese Bestrebungen, wenn England ihnen nicht seinerseits große Festigkeit entgegenstelle, dazu führen könnten, in Ägypten die Anhänger Englands immer mehr zu entmutigen und das Selbstgefühl seiner Gegner zu vermehren.

---

* Sir Arthur Nicolson vertrat den beurlaubten Botschafter Sir Clare Ford vom Juni bis Oktober, und nach dessen Designierung zum Botschafter in Rom vom Dezember 1893 ab als Geschäftsträger.

** Siehe Nr. 1837.

Der Minister, welcher mir gestern im hohen Grade präokkupiert erschien und wohl deshalb nicht das gewöhnliche lebendige Interesse für die großen Fragen der auswärtigen Politik an den Tag legte, schien zunächst weder in der Anwesenheit des Khedive in Konstantinopel, noch in der möglichen Einwirkung des Sultans auf denselben, noch auch in der augenblicklichen Haltung Rußlands und Frankreichs der ägyptischen Frage gegenüber eine besondere Gefahr zu erblicken, und hatte sich daher auch offenbar die Frage noch nicht ernstlich vorgelegt, ob und welche Maßregeln England ergreifen könne, um die Festigkeit seiner Politik zu dokumentieren und dadurch seine Gegner von weiterer und immer kühnerer Verfolgung ihrer Zwecke abzuhalten. Als er nunmehr die Frage aufwarf, was hier in dieser Richtung überhaupt noch geschehen könne, wies ich ihn zunächst darauf hin, daß ich mir wohl denken könne, wie die Verminderung der englischen Mittelmeerflotte, die sich überhaupt nirgends zu zeigen scheine, nicht geeignet sei, den Gegnern Englands eine hohe Meinung von der Festigkeit der englischen Politik zu geben. Der Minister erwiderte mir hierauf, daß er dieser Frage seine volle Aufmerksamkeit zugewandt und auch mit Lord Spencer* bereits deshalb Rücksprache genommen habe, welcher eine mögliche Vermehrung des Mittelmeergeschwaders in ernstliche Erwägung ziehen wolle. Mit der jedem Engländer eigenen Überzeugung von der maritimen Überlegenheit Englands fügte der Minister aber sofort hinzu, daß die englische Flotte, welche nur deshalb weniger in den Vordergrund trete, weil sie im Mittelmeer auf einem größeren Raum zerstreut sei als die französische, auch in ihrer gegenwärtigen Verfassung, namentlich wenn man die befreundeten Marinen hinzurechne, auf deren Mitwirkung England dort eventuell zählen könne, den maritimen Streitkräften der Franzosen, auch wenn einige russische Schiffe hinzukommen sollten, vollständig gewachsen sein würde.

In bezug auf den Aufenthalt des Khedive in Konstantinopel begegnete ich bei Lord Rosebery gestern wieder der Illusion, daß die äußerlich geringschätzige Behandlung, die er als Vasall dort finden müsse, eine abkühlende Wirkung auf die Unternehmungslust desselben gegen England ausüben werde. Als ich dem die Bemerkung entgegenstellte, daß die Zeitungsnachrichten auf keine geringschätzige Behandlung schließen ließen, und daß die Aufnahme, die Abbas Pascha gefunden habe, im Gegenteil eine ehrenvollere zu sein scheine, als sie nach meinen Erfahrungen einem Vasallen durch den Sultan gewöhnlich bereitet werde, konnte Lord Rosebery die Richtigkeit dieser Auffassung nicht bestreiten und erging sich, wie dies schon seit Wochen seine Gewohnheit ist, in gereizten Äußerungen über den Sultan. Ich benutzte diesen Anlaß, um den Minister darauf hinzu-

---

* Earl Spencer, erster Lord der Admiralität im Kabinett Gladstone.

weisen, daß ein etwaiges Eingehen seinerseits auf die erwarteten Vorschläge des Sultans in der ägyptischen Frage, selbst wenn dieselben nicht ganz ungünstig lauten sollten, ihm in diesem Augenblick nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Paris und Petersburg als eine Schwäche ausgelegt werden würde. Dieser Auffassung stimmte Lord Rosebery zu und bemerkte dabei, um mir seine Absichten in bezug auf den Sultan klarzumachen, ganz vertraulich, daß er auch die armenische Frage*, die ihn an und für sich durchaus nicht interessiere, aus dem Zweck verfolgt habe, dem Sultan zu zeigen, welche Unannehmlichkeiten ihm hier bereitet werden könnten, wenn er sein Verhalten gegen England nicht ändere.

Über den Eindruck, welchen die ihm nähertretende Möglichkeit der permanenten Vereinigung eines russischen Geschwaders mit der französischen Flotte im Mittelmeer auf den Minister machte, gestatte ich mir, mich in einem besonderen Berichte auszusprechen.

Am Schlusse meiner Unterredung mit Lord Rosebery bemerkte ich noch, daß wir, wie er wisse, die englische Politik bezüglich Ägyptens fast ausnahmslos in Kairo wie in Konstantinopel unterstützt hätten. Wir wären auch gern bereit, auf diesem Wege fortzufahren, wohlverstanden, solange England selbst seine Stellung und seine Interessen dort nicht aufgebe und sie mit der erforderlichen Energie verteidige. Lord Rosebery, welcher diese Andeutung offenbar verstand, sprach mir seinen Dank für unsre freundschaftlichen Absichten aus. Eine nähere Erörterung hierüber war schon durch den Umstand ausgeschlossen, daß unsre Unterredung beendet war, und ich halte es auch für besser, erst bei einer andern Gelegenheit, wenn derselbe weniger deprimiert ist, auf eine nähere Besprechung hierüber einzugehen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1842

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 London, den 15. Juli 1893

Geheim

Lord Rosebery erwähnte heute von selbst mir gegenüber den türkischen Entwurf bezüglich Ägyptens, indem er denselben als „une convention dérisoire" bezeichnete, die er einfach dilatorisch behandeln werde.

Dem von mir hingeworfenen Gedanken, daß es sich bei aller wünschenswerten Festigkeit dem Sultan gegenüber doch wohl empfehlen würde, demselben durch nicht zu scharfe Behandlung eine Tür zur späteren Umkehr offen zu lassen, stimmte der Minister vollständig zu.

Nach meiner Kenntnis Rustem Paschas halte ich übrigens für

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVI.

höchst unwahrscheinlich, daß derselbe die bisherigen gereizten und vielleicht für den Sultan verletzenden Äußerungen Lord Roseberys überhaupt zur Kenntnis seines Herrn bringen wird.

Hatzfeldt

Nr. 1843

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 49 Berlin, den 21. Juli 1893

Antwort auf Telegramm Nr. 71*.

Der gegenwärtige Augenblick, wo im Mittelmeer großartige maritime Machtentfaltung beider gegnerischer Parteien zu erwarten ist, würde für Anregung der ägyptischen Frage — durch Zirkular an Mächte oder Konferenzantrag — ganz besonders gefährlich sein. Denn bei Verschärfung des Streits würde alsdann nicht Alexandrien, sondern der Bosporus Mittelpunkt des Sturmes werden. Der Sultan muß deshalb wünschen, daß dieser Sommer ruhig vorübergeht. Wenn der Versuch gemacht werden sollte, den Sultan gerade im Laufe dieses Sommers zu politischer Aktion zu drängen, so geschieht das keinenfalls in seinem Interesse. Er wird vielmehr gut tun, wenn er sich jetzt weder zur Aktion, noch nach irgendeiner Seite hin, welche es auch sei, drängen läßt, sondern diplomatisch laviert. Die Interessen, welche der Sultan zu verteidigen hat, sind so kompliziert, daß er nicht dauernd mit denselben Genossen und denselben Gegnern, sondern mit gelegentlichem Wechsel der Rollen zu rechnen hat.

Ew. wollen vor Ihrer Abreise Gelegenheit nehmen, diese Gedanken, womöglich als Ihre eigne Ansicht, dem Sultan direkt oder durch Raghib** mitzuteilen.

Marschall

Nr. 1844

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 101 Berlin, den 23. Juli 1893

Fürst Radolin telegraphierte gestern abend:

„Ich habe Raghib Bey und den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten im Sinne des Telegramms Nr. 49 vom 21. Juli*** ge-

---

* Nach Radolins Telegramm Nr. 71 vom 20. Juli hatte der ägyptische Khedive dem Sultan suggeriert, ein Zirkular an die Mächte zu richten, in dem deren Intervention zugunsten der Rechte des Sultans und des Khedive angerufen werden sollte. Telegramm Nr. 49 wurde ebenso wie Telegramm Nr. 71 durch Telegramm Nr. 96 vom 21. Juli an Graf Hatzfeldt mitgeteilt.

** Raghib Bey, Kammerherr des Sultans.

*** Siehe Nr. 1843.

sprochen. Beide erklären übereinstimmend, daß die Absicht, sich wegen Ägyptens an die Mächte zu wenden, für jetzt wenigstens fallen gelassen ist. Ich hatte Said Pascha auf die Bedeutung der russisch-französischen Flottendemonstration aufmerksam gemacht, und hat der Minister dazu bemerkt, daß er unter solchen Umständen sich der Idee, die Mächte in die ägyptische Angelegenheit hineinzuziehen, entschieden widersetzen würde, weil er darin eine Lösung der orientalischen Frage mit der Auflösung des Reichs erblicke."

Ew. stelle ich anheim, von diesem für England günstigen Ergebnis unsrer Einwirkung dem Lord Rosebery vertraulich Kenntnis zu geben. Für die Machtstellung Englands nach außen hin wird es nützlich sein, wenn der Umstand, daß die neutrale Haltung des Sultans auf andre als englische Einflüsse zurückzuführen ist, nach außen hin nicht bekannt wird.

Marschall

Nr. 1845

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 603 London, den 24. Juli 1893

Telegramme Nr. 96* und 110** erhalten. Lord Rosebery war offenbar erfreut über das Ergebnis unserer Einwirkung in Konstantinopel, für welche er mir dankte, und erkannte bereitwillig an, daß es für England nicht erwünscht wäre, wenn die jetzige Haltung des Sultans auf anderen als englischen Einfluß zurückgeführt würde.

Hatzfeldt

Nr. 1846

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 829 London, den 1. November 1893

Vertraulich

Der türkische Botschafter suchte mich vorgestern auf, nachdem er eben im Foreign Office mit Lord Rosebery eine neue Unterredung über Ägypten gehabt hatte. Er fühlte offenbar das Bedürfnis, mir sein Leid zu klagen, obwohl er durchaus nicht im Zweifel darüber ist, daß ich ihm in keiner Weise dabei helfen kann.

---

* Vgl. Nr. 1843, Fußnote *.
** Siehe Nr. 1844.

Aus den ganz vertraulichen Mitteilungen, die mir Rustem Pascha im Laufe des Gesprächs aus eigenem Antrieb über die gegenwärtige Lage der Sache machte, ergibt sich zunächst, daß der Sultan hier seine verzögerte Antwort auf die letzten englischen Vorschläge dadurch zu entschuldigen gesucht hat, daß er die Rückkehr des englischen Botschafters in Konstantinopel habe abwarten wollen, um die Frage zunächst noch persönlich mit demselben zu besprechen. Als Rustem Pascha sich dieses Auftrags seines Herrn entledigte, erhielt er jedoch von Lord Rosebery die schroffe Antwort, daß der Minister, als er durch seine Vermittlung dem Sultan einen ganz vertraulichen, sofort zu beantwortenden Vorschlag unterbreitete, dadurch gerade die Beteiligung des englischen Botschafters in Konstantinopel habe ausschließen wollen. Alle Bemühungen des Botschafters, den Minister zu größerem Entgegenkommen und zum Eingehen auf die ägyptische Frage zu bewegen, blieben vollständig erfolglos. Lord Rosebery erklärte ihm mit Bestimmtheit, daß er zwar für ihn persönlich die freundlichsten Gefühle hege und ihm gern jede Gefälligkeit erweisen würde, daß er sich aber mit dem Sultan auf keine Verhandlung über Ägypten mehr einlassen könne. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 1847

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 239 London, den 17. April 1894
Vertraulich

Bei einem gelegentlichen Zusammentreffen sprach mir Lord Kimberley*, den ich kurz vorher im Foreign Office aufgesucht hatte, den Wunsch aus, sich recht bald nochmals mit mir unterhalten zu können.

Als ich dieser Aufforderung am nächsten Tage Folge leistete, kam der Minister, nachdem er einige andere Punkte berührt hatte, sehr bald auf die letzten Vorgänge in Ägypten zu sprechen und äußerte zunächst seine Befriedigung über den dort stattgehabten Ministerwechsel** und die Haltung des Khedive, welcher sich anscheinend diesmal korrekt benommen und in Übereinstimmung mit Lord Cromer gehandelt habe.

Lord Kimberley bemerkte dann, daß er eigentlich weniger hier-

* Minister des Äußern im Kabinett Rosebery.
** Mitte April war der Ministerpräsident Riaz Pascha durch Nubar Pascha ersetzt worden.

über, als über eine spezielle in Ägypten spielende Frage vertraulich mit mir habe sprechen wollen, bei welcher wir ebenfalls beteiligt seien. Es handle sich um die von der ägyptischen Regierung vorgeschlagene Schuldenkonversion, und ich würde vielleicht wissen, daß die französische Regierung, welche sich allerdings noch nicht amtlich geäußert habe, wenig Neigung zeige, der fraglichen Maßregel zuzustimmen. Er, Lord Kimberley, wundere sich darüber nicht und habe auch nichts anderes erwartet. Leider scheine man aber auch bei uns wenig geneigt, in diesem Fall die englische Regierung in Ägypten zu unterstützen, und er habe den peinlichen Eindruck, daß „auf unsere früheren freundschaftlichen Beziehungen in ägyptischen Fragen ein Schatten gefallen sei".

Ich erwiderte dem Minister, ich könne nur von der Vergangenheit sprechen, da mir die Frage, um die es sich heute handle, sowie die darauf bezügliche Auffassung meiner Regierung noch unbekannt seien. Soviel wisse ich, und er werde dies bestätigt finden, wenn er sich die Akten vorlegen lasse, daß wir seit einer Reihe von Jahren, jedenfalls seitdem ich die Ehre hätte, das Deutsche Reich hier zu vertreten, keine Gelegenheit versäumt hätten, der englischen Regierung in Ägypten gefällig zu sein und in den dort vorkommenden Fragen uns nach den Wünschen derselben zu richten. Eine Unterbrechung sei hierin seinerzeit durch das Verhalten des damaligen englischen Botschafters in Konstantinopel herbeigeführt worden, welcher seinen ganzen Einfluß dort eingesetzt habe, um uns in der für deutsche Interessen sehr wichtigen Eisenbahnfrage entgegenzutreten*. Die dadurch herbeigeführten Schwierigkeiten, in welchen wir kaum eine Erwiderung unserer freundschaftlichen Haltung in Ägypten hätten erblicken können, seien zuletzt durch die persönliche Intervention Lord Roseberys beseitigt worden, welcher sich infolge meiner Vorstellungen große Mühe gegeben habe, den durch Sir Clare Ford angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Über die jetzt in Ägypten angeregte Konversionsfrage sei ich bis jetzt nur durch die Zeitungen informiert und wisse daher auch nicht, ob die Kaiserliche Regierung zu dieser Frage überhaupt schon Stellung genommen habe.

Lord Kimberley, welcher den von mir erwähnten Zwischenfall in Konstantinopel nicht zu kennen schien, sprach sein Bedauern über das damals eingetretene Mißverständnis aus und bemerkte dazu, daß man in der Politik nicht weiter komme, wenn man sich darauf beschränke, vergangene Dinge zu beklagen, und daß es nützlicher sei, die Zukunft ins Auge zu fassen. Im vorliegenden Falle müsse er nach seinen Nachrichten aus Kairo leider annehmen, daß wir uns dort bereits in ablehnendem Sinne bezüglich der Konversion geäußert hätten. Es komme ihm aber weniger auf diese Frage an sich an, so wünschens-

* Vgl. Nr. 1816.

wert das Gelingen derselben auch sei, als vielmehr darauf, überhaupt in Ägypten im Einklang mit uns zu bleiben. Darauf lege er großen Wert und werde mir daher dankbar sein, wenn ich in diesem Sinne an meine Regierung berichten und dazu beitragen wolle, die frühere Harmonie in ägyptischen Fragen wieder herzustellen.

Ich habe mich demgegenüber auf die Zusage beschränkt, die Äußerungen des Ministers zu Eurer Exzellenz Kenntnis bringen zu wollen, und stelle gehorsamst anheim, mich hochgeneigtest mit Instruktion versehen zu wollen, in welchem Sinne ich mich über die von Lord Kimberley angeregte Frage aussprechen soll, welcher voraussichtlich bald auf dieselbe zurückkommen wird.

Eurer Exzellenz Intentionen hoffe ich entsprochen zu haben, indem ich in meiner Erwiderung den Minister von vornherein auf den Zwischenfall in Konstantinopel verwies. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß er die Andeutung wohl verstanden und dahin ausgelegt hat, daß wir auf Gegenseitigkeit der Gefälligkeiten Wert legen und sie als Vorbedingung unserer Leistungen auf diesem Gebiet betrachten*.

Ich glaube hier nicht unerwähnt lassen zu dürfen, daß der Premierminister, mit welchem ich vor einigen Tagen zusammengetroffen bin, mir bei dieser Gelegenheit wiederholt versichert hat, daß Lord Kimberley in allen Fragen seine, des Premierministers, Auffassung repräsentiere, und daß ich seinen Worten daher stets volles Vertrauen schenken und sie als von ihm selbst ausgehend betrachten könne.

P. Hatzfeldt

Nr. 1848

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 340 Berlin, den 2. Mai 1894

pp. Was die von Lord Kimberley erwähnte Spezialfrage der geplanten Schuldenkonversion betrifft, so gestatte ich mir, darüber zu Ihrer Information kurz folgendes zu bemerken:

Die Absicht der ägyptischen Regierung, die vierprozentige unifizierte Schuld zu konvertieren, ist lediglich durch eine Note des ägyptischen auswärtigen Ministers an unsern Vertreter in Kairo**, d. d. 15. März,

---

* Eben damals waren Erörterungen zwischen Berlin und London wegen eines Wandels in der bisherigen, für Deutschland nichts weniger als freundlichen englischen Kolonialpolitik im Gange (vgl. Kap. LIV), die aber bald durch den Kongostreit abgeschnitten wurden.

** Freiherr von Heyking.

zu unserer Kenntnis gelangt. Durch das Konversionsprojekt wurden die Interessen unserer zahlreichen Besitzer ägyptischer Schuldtitel sehr wesentlich berührt. Die Prüfung des Projekts, soweit sie zunächst möglich war, ergab nur einen sehr geringen Vorteil für die ägyptischen Staatsfinanzen, wohl aber die Wahrscheinlichkeit, daß die bei der Konversion den Besitzern der Obligationen der unifizierten Schuld aufzuerlegenden Opfer weniger der ägyptischen Finanzverwaltung als den konvertierenden Bankiers zugute kämen. Ein englisches Interesse an der Konversion ist weder hier durch den englischen Vertreter noch in Kairo unserem Vertreter gegenüber auch nur mit einem Worte erwähnt worden.

Unser Generalkonsul konnte über die Stellung der englischen Regierung zur Konversion bei Einreichung der bezüglichen Note des ägyptischen auswärtigen Ministers lediglich berichten: „Die englische Regierung hat, wie ich höre, auf eine Anfrage Lord Cromers hin sich bereits im allgemeinen mit der Konversion einverstanden erklärt, anscheinend ohne großen Enthusiasmus und vorzugsweise dem Wunsche des hiesigen englischen Conseiller Financier, sowie wohl auch großer Londoner Bankhäuser Rechnung tragend.“ Wenn sich also Lord Kimberley über unsere mangelhafte Unterstützung in dieser Sache beschwert, so verlangt er einmal, daß wir ohne weiteres die Interessen unserer bondholders nicht den politischen Interessen Englands, sondern den Rücksichten hintansetzen sollen, die die englische Regierung aus irgendwelchen Gründen auf konversionslustige englische Finanziers nehmen zu müssen glaubt; sodann verlangt er von uns, daß wir englische Wünsche erraten, ohne daß sich die englische Regierung die Mühe zu geben braucht, uns diese Wünsche auch nur mitzuteilen; und drittens scheint aus den Rekriminationen Lord Kimberleys die Annahme hervorzugehen, als ob wir pro futuro irgendeine moralische Verpflichtung hätten, alle englischen Wünsche in Ägypten zu unterstützen.

Um zunächst noch auf unser Verhalten in der Konversionsfrage zurückzukommen, so bemerke ich, daß wir uns überhaupt nicht ablehnend gegen die Konversion verhalten haben. Wir haben vielmehr nur mündlich und vertraulich die berechtigte, fast selbstverständliche Bitte ausgesprochen, daß über die Nützlichkeit der Konversion, so wie es bisher stets geschehen, ein Gutachten der caisse de la dette eingeholt werde. Die Antwort auf dies mündlich und vertraulich vorgebrachte Ersuchen an die ägyptische Regierung auf ein Ansinnen, das lediglich von Ägypten ausging und in keiner Weise von England unterstützt war, sind englische Rekriminationen in Kairo und London.

Euere pp. bitte ich, diesen Sachverhalt dem Lord Kimberley gegenüber bei nächster Gelegenheit festzustellen.

Wenn der Herr Minister, wie dabei kaum zu vermeiden sein wird,

auf die Frage unserer Unterstützung englischer Interessen in Ägypten im allgemeinen zurückkommt, so wollen Sie bei Ihrer Unterredung von folgenden Gesichtspunkten ausgehen: Wir haben bisher England in Ägypten unterstützt, ohne dafür jemals eine Gegenleistung zu verlangen oder zu erhalten, aber auch ohne uns jemals zur ferneren Unterstützung zu verpflichten. England hat daher kein Recht, uns Vorwürfe über die in unserm freien Belieben liegende und daher lediglich nach unsern Interessen sich regelnde Haltung unseres Vertreters in Kairo zu machen. Die eigene Haltung Englands in Ägypten Frankreich gegenüber konnte aber in letzter Zeit kaum ein Ansporn für uns sein, die von der englischen Regierung inspirierten Wünsche der ägyptischen Regierung zu unterstützen, wenn sie bei Frankreich auf Widerspruch stießen.

Die „Drohung" Lord Kimberleys, sich mit Frankreich über Ägypten zu verständigen, hat auf uns dieselbe Wirkung, die ich bei Lord Kimberley von der Äußerung des französischen Sekretärs voraussetze, von der Herr von Heyking berichtet, daß nämlich die Franzosen sich mit uns über Elsaß-Lothringen verständigen werden, um die Engländer aus Ägypten hinauszuwerfen.

In letzterer Beziehung würden wir uns den Hergang eher umgekehrt denken können, nämlich so, daß wir durch unsere Unterstützung den Franzosen zur Verdrängung der Engländer aus Ägypten verhelfen, und daß dann die Franzosen, um sich in Ägypten behaupten zu können, sich gezwungen sehen, sich an ihrer Ostgrenze mit uns zu verständigen.

Darüber wollen Euere pp. dem englischen Minister jedenfalls alle Zweifel benehmen, daß seine „Drohungen" bei uns keinen Erfolg haben.

Marschall

Nr. 1849

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 280 London, den 9. Mai 1894

Ich hatte heute Gelegenheit, den hohen Erlaß Nr. 340 vom 2. d. Mts.*, unsere Haltung in Ägypten betreffend, in einer Unterhaltung mit Lord Kimberley zu verwerten.

Als Einleitung dazu bemerkte ich dem Minister, daß ich selbstverständlich seinerzeit nicht unterlassen hätte, seine Äußerungen über unsere Haltung in der ägyptischen Konversionsfrage zur Kenntnis

---

* Siehe Nr. 1848.

meiner Regierung zu bringen. Aus der mir seitdem zugegangenen Erwiderung ergebe sich zunächst, daß, wie ich es damals gleich vermutet hätte, eine Ablehnung unsererseits noch gar nicht stattgefunden hatte. Der übrigens nur seitens der ägyptischen Regierung uns mitgeteilte Vorschlag sei vorläufig geprüft worden und habe allerdings eine gewisse Besorgnis erregt, daß unsere zahlreichen Inhaber ägyptischer Schuldtitel dadurch geschädigt werden könnten, ohne daß den ägyptischen Finanzen ein wesentlicher Vorteil daraus erwachsen würde. Unter diesen Umständen hätten wir in Kairo den begründeten Wunsch ausgesprochen, daß zunächst, wie es in solchen Fällen üblich sei, ein Gutachten der Caisse de la Dette über die Nützlichkeit der Konversion eingeholt werde.

Wie ich ihm, Lord Kimberley, schon bei unserer ersten Unterredung über diese Frage gleich bemerkt hätte, wären seit Jahren alle auf Ägypten bezüglichen englischen Wünsche von uns mit Rücksicht auf unsere freundschaftlichen Beziehungen zu England überhaupt gefördert und unterstützt worden. Wenn das nicht auch im vorliegenden Fall gleich geschehen wäre, so könne die englische Regierung uns deshalb keinerlei berechtigten Vorwurf machen, denn einmal habe sie im vorliegenden Fall keinerlei Wunsch ausgesprochen, und außerdem seien wir, wie ich wohl kaum ausdrücklich hervorzuheben brauchte, bisher keine allgemeine Verpflichtung eingegangen, uns jeden englischen Wunsch für alle Zeiten und im voraus anzueignen, daher auch frei, unter Umständen einen auf Ägypten bezüglichen Vorschlag, namentlich wenn er sich als nachteilig für deutsche Interessen herausstelle, abzulehnen.

Der Minister, welcher mir mit Aufmerksamkeit zuhörte, unterbrach mich hier mit der Bemerkung, daß der ägyptische Konversionsvorschlag hier geradeso wie in Paris oder Berlin mitgeteilt worden sei. Erst nach Prüfung desselben sei man hier zu der Überzeugung gelangt, daß die ägyptischen Finanzen einen wesentlichen Vorteil aus der fraglichen Konversion ziehen würden, und interessiere sich deshalb für die Durchführung, ohne sich dafür in den Vordergrund stellen und einen darauf bezüglichen förmlichen Wunsch bei den andern Mächten formulieren zu wollen. Selbstverständlich sei Deutschland nicht verpflichtet, englische Wünsche bezüglich Ägyptens weder im allgemeinen noch speziell im vorliegenden Fall zu unterstützen. Sein, Lord Kimberleys, Wunsch gehe auch gar nicht dahin, unsere Unterstützung in diesem Fall zu erhalten, wenn wir die Sache nicht für vorteilhaft hielten, sondern beschränke sich darauf, unsere Auffassung und die Gründe für dieselbe kennen zu lernen. Ganz in demselben Sinne habe er sich auch gegen den französischen Botschafter geäußert, nachdem er erfahren, daß Frankreich sich ablehnend verhalte. Er habe Herrn Decrais lediglich gebeten, ihm die Gründe mitzuteilen, welche für die ablehnende Haltung seiner Regierung maß-

gebend seien, und der französische Botschafter habe ihm darüber eine offene und klare Auskunft erteilt.

Nach der ganzen Sprache und Haltung Lord Kimberleys konnte ich darüber nicht im Zweifel sein, daß sein Bestreben dahin ging, seine früheren Äußerungen gegen mich über die vorliegende Frage abzuschwächen und sich den Anschein zu geben, daß England keine Gefälligkeit für sich beansprucht habe und daher auch nicht etwa in der Lage sei, für eine Gefälligkeit unsererseits in der Konversionsfrage Gegenkonzessionen anzubieten oder zu gewähren.

Wie die Dinge liegen, dürfte es, wenn ich mich nicht täusche, unserem Interesse entsprechen, diese Auffassung einfach zu akzeptieren und unser Verfahren in Ägypten dementsprechend einzurichten. Wir würden hiernach in der vorliegenden Frage wie in anderen ähnlichen Fragen, die etwa dort auftauchen mögen, lediglich zu prüfen haben, welche Haltung den deutschen Interessen am besten entspricht, und ruhig abwarten können, ob England, wenn es sich dadurch benachteiligt sieht, seinerseits den richtigen Weg einschlägt, um sich unserer früheren freundschaftlichen Unterstützung wieder zu versichern.

Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich nach der angeführten Erklärung Lord Kimberleys die Diskussion fallen lassen und werde, falls Euere Exzellenz mir keine andre Instruktion erteilen, nicht ohne ausdrückliche Anregung desselben auf die Frage zurückkommen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1850

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Generalkonsul in Kairo Freiherrn von Heyking, z. Z. in Alexandria

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

A. 12 Berlin, den 29. Juni 1894
[abgegangen am 30. Juni]

In dem Berichte Nr. 57 vom 17. d. Mts. haben Ew. pp. mitgeteilt, daß Sie im Gegensatz zu Lord Cromer dem Khedive auf dessen Anfrage geraten haben, die geplante Reise in die Schweiz aufzugeben und dem Wunsche des Sultans entsprechend sofort nach Konstantinopel zu gehen, worauf Ihnen Seine Hoheit für Ihre Ratschläge gedankt und Ihnen in Aussicht gestellt habe, Ew. pp. auch künftig über alle wichtigen Angelegenheiten selbst Mitteilung zu machen.

Diese Absicht des Khedive, durch deren Ausführung Ihnen die mit der Stellung eines Kaiserlichen Generalkonsuls schwer vereinbare Rolle eines Ratgebers Seiner Hoheit übertragen werden würde, ist in erster Linie jedenfalls dem Wunsche entsprungen, der englischen

Regierung und deren Vertreter in Ägypten gegenüber einen Rückhalt zu gewinnen. Durch Eingehen auf das Verlangen des Khedive würden Ew. pp. mithin Gefahr laufen, Rücken an Rücken mit dem französischen Vertreter sich in einen dauernden Gegensatz zum englischen Vertreter zu bringen, was in den Rahmen unserer Gesamtpolitik nicht paßte.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte, in welchem England uns auf kolonialem Gebiete Schwierigkeiten bereitet hatte, deren völlige Beilegung teilweise noch aussteht*, läßt es sich allerdings wohl rechtfertigen, wenn auch wir uns in Ägypten England gegenüber spröde zeigen, aber andererseits muß gerade die augenblickliche Kühle unserer Beziehungen zu Großbritannien uns von allzu extremem Vorgehen zurückhalten, das bei der bestehenden politischen Entfremdung leicht von zu weitgehender Wirkung sein könnte.

Daß wir deswegen nicht nötig haben, nach dem derzeitigen Vorbilde der italienischen Regierung gänzlich in englischem Fahrwasser zu schwimmen und jedem der Wünsche Lord Cromers Rechnung zu tragen, brauche ich Ew. pp. gegenüber wohl kaum ausdrücklich zu betonen. Die Selbständigkeit unserer Politik sind wir berechtigt uns unter allen Umständen zu wahren, aber deren Betätigung in Ägypten, wo die englischen, französischen und italienischen Interessen im Vordergrunde stehen, können wir ohne Beeinträchtigung unseres nationalen Selbstgefühls auf ein Minimum beschränken.

Rotenhan

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
Gut.

Nr. 1851

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Generalkonsul in Kairo Freiherrn von Heyking, z. Z. in Alexandria

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

A. 13 Berlin, den 5. Juli 1894
[abgegangen am 6. Juli]

Am Schlusse des Berichtes Nr. 58 vom 23. v. Mts. sprechen Ew. pp. aus, daß durch die Vorgeschichte der Konstantinopeler Reise des Khedive die Frage, ob ein offenes britisches Protektorat in Ägypten eintreten, oder ob der englische Einfluß vor der wachsenden Autorität des Khedive zurückweichen werde, der Entscheidung näher gerückt sei.

---

* Es handelt sich vor allem um die deutsch-englischen Zwistigkeiten, die durch das Abkommen zwischen England und dem Kongostaat (12. Mai 1894) entstanden waren. Siehe darüber Kap. LIV, Nr. 2040 ff.

An dieser Zuspitzung der Frage haben wir kein Interesse; uns genügt der gegenwärtige Zustand, welcher Ägypten als Keil zwischen England und Frankreich schiebt. Derselbe ist sogar nützlicher als das Protektorat, da die Anerkennung der englischen Okkupation durch die hauptbeteiligten Mächte England von uns unabhängiger machen würde, als es dies jetzt ist. Es ist fraglich, ob unsere Kongoverhandlungen mit England so schnell zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt hätten*, wenn nicht England einer in Aussicht gestellten afrikanischen Konferenz „mit weitem Programm" hätte vorbeugen wollen.

Aus dem Gegensatze zwischen Frankreich und England ergeben sich Situationen, in welchen es für uns vorteilhaft ist, die Entscheidung in der Hand zu halten. Im allgemeinen wird es genügen, wenn England aus unserer schweigenden Passivität mehr als durch positive Äußerungen die Überzeugung gewinnt, daß es von Deutschland politische Frondienste weder in Ägypten noch anderswo zu erwarten hat. Andererseits können wir uns, abgesehen von einer akuten Veranlassung, wie sie etwa der Kongozwischenfall darbot, füglich nicht in einen fortgesetzten, klaren Antagonismus zu England setzen, welcher ebensowenig den traditionellen und verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Völker wie den Gefühlen unserer Dreibundfreunde entsprechen würde.

Rotenhan

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
Gut

Nr. 1852

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 425 London, den 4. Juli 1894
Ganz vertraulich

Als ich heute den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten an seinem gewöhnlichen Empfangstage aufsuchte, ergriff derselbe die Gelegenheit, um, wie er ausdrücklich hinzufügte, ganz vertraulich und persönlich eine Angelegenheit zu besprechen, die ihn und seine Kollegen ernstlich beunruhigt habe. Es handle sich um die in der letzten Zeit von unserm Generalkonsul in Ägypten angenommene Haltung, welche auf eine hier ganz unerwartete antienglische Neigung desselben schließen lasse[1], und wegen des Einflusses, den sie auf den

* Vgl. Kap. LIV, Nr. 2040 ff.

Khedive und auch sonst politisch dort ausüben könne, sowohl Lord Cromer als auch das englische Kabinett mit Besorgnis erfülle.

Zunächst habe er, der Minister, Sir Edward Malet vertraulich um seine Meinung darüber gebeten und von demselben die Antwort erhalten, daß er sich eine antienglische Haltung unseres Vertreters in Kairo um so weniger erklären könne, als derselbe früher wegen seiner englischen Sympathien bekannt gewesen sei[2].

Lord Kimberley ließ sich nunmehr die letzte Korrespondenz Lord Cromers bringen und las mir im strengsten Vertrauen teilweise drei lange Privatbriefe des letzteren vor, in welchen der englische Vertreter von der „anglophobie" seines deutschen Kollegen spricht, den bedauerlichen Einfluß hervorhebt, welchen derselbe auf die Reisedispositionen des Khedive ausgeübt habe[1], und schließlich auch auf die Folgen aufmerksam macht, welche die offenbare Annäherung unseres Vertreters an seine russischen und französischen Kollegen für die englischen Interessen in Ägypten haben könne.

Ich habe dem Minister erwidert, daß mir über die letzten Vorgänge in Ägypten nur wenig bekannt sei, und daß ich selbstverständlich in dieser Hinsicht nur meinen persönlichen Eindruck aussprechen könne. Wenn unser Vertreter in Kairo sich wirklich in die Reisedispositionen des Khedive gemischt oder demselben irgendwelche Ratschläge erteilt habe, welche die politische Haltung desselben gegen England beeinflussen könnten, so glaubte ich mit Bestimmtheit annehmen zu müssen, daß dies weder den Absichten der Kaiserlichen Regierung noch den von ihr erteilten Instruktionen entsprechen würde. Nach meinem Eindruck seien die Differenzen zwischen Lord Cromer und unserem Vertreter überhaupt viel mehr persönlicher als politischer Natur, und ich glaubte nicht, daß Baron Heyking dafür allein verantwortlich gemacht werden, oder daß man ihm deshalb „anglophobie" vorwerfen dürfe. Nach allem, was ich von Lord Cromer wisse, habe er infolge der diktatorialen Stellung, die er seit Jahren in Ägypten einnehme, sich vielleicht etwas zu sehr daran gewöhnt, seine Wünsche in jeder geschäftlichen Angelegenheit als unbedingt maßgebend zu betrachten und in jedem, der gelegentlich eine abweichende Meinung ausspreche, einen Gegner zu erblicken. Es möge sein, daß Baron Heyking in Quarantänefragen, wie es Lord Cromer in seinen Briefen ebenfalls hervorhebe, gelegentlich eine der Auffassung des englischen Vertreters nicht entsprechende Meinung an den Tag gelegt habe, wie dies in solchen Fragen, bei welchen alle Mächte sachlich interessiert seien, sehr gut vorkommen könne. Wenn Lord Cromer darin gleich eine prinzipielle Gegnerschaft erblickt und dies gezeigt habe, so könne ich mir sehr wohl vorstellen, daß dies nicht der Weg gewesen sei, unseren Vertreter zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und daß es ihn im Gegenteil veranlaßt habe, an einer rein sachlichen und unabhängigen Meinung in einer solchen Frage festzuhalten[2].

Lord Kimberley bestritt dies keineswegs und fügte ganz vertraulich hinzu, daß Lord Cromer, dessen sonstigen großen Eigenschaften er volle Gerechtigkeit widerfahren lasse, allerdings etwas schroff sein könne, während sich durch größeres persönliches Entgegenkommen etwaige Gegensätze viel leichter vermeiden oder ausgleichen ließen.

Im Anschluß hieran dankte mir der Minister lebhaft für meine Äußerungen, indem er daran die Bitte knüpfte, von seinen ganz vertraulichen Mitteilungen in der Sache keinerlei Gebrauch in Berlin zu machen. Er wolle mit Lord Cromer sprechen, welcher hier erwartet werde, und hoffe, daß dies genügen werde, um den Dingen in bezug auf die Beziehungen desselben zu seinem deutschen Kollegen eine bessere Wendung zu geben.

Aus den bereits erwähnten Privatbriefen Lord Cromers wie aus den heutigen Äußerungen des Ministers klang die Besorgnis deutlich hervor, daß die angebliche Annäherung unseres Vertreters in Ägypten an seine russischen und französischen Kollegen auf Instruktionen aus Berlin zurückzuführen sei[1], und daß die Haltung des Khedive dadurch wesentlich beeinflußt werden könnte. Ich habe mich demgegenüber auf die vorstehend gemeldeten Äußerungen beschränkt, ohne auf eine nähere Erörterung einzugehen und namentlich ohne irgendein Engagement unsererseits in Aussicht zu stellen, wonach man hier auf unsere Unterstützung in Ägypten in allen vorkommenden Fragen würde rechnen können. Wenn es sich auch unter Umständen vielleicht empfehlen wird, diese Unterstützung in einzelnen und geeigneten Fällen nicht zu versagen, so dürfte es meines gehorsamsten Erachtens doch unserem Interesse entsprechen, die jetzt offenbar hier vorhandene Besorgnis[3], daß darin ein Wechsel eintreten kann, wenn man uns dazu Anlaß gibt, nicht ganz aussterben zu lassen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !
[2] richtig
[3] Diese Besorgnis stammt noch von meiner Drohung in der Kongo Angelegenheit*, falls dieselbe nicht erledigt werde, England in Ägypten nicht mehr zu unterstützen

Randbemerkung des Grafen von Caprivi am Kopfe des Schriftstücks:

Wir wollen antworten, daß von Anglophobie bei uns keine Rede sei, daß wir auch jetzt noch geneigt seien, der englischen Regierung zur Seite zu stehn, daß wir aber nicht jede schlechte Laune Lord Cromers mitmachen könnten und wollten. Ich wünsche die Antwort zu sehn. v. C. 7/7.

---

* Vgl. Kap. LIV, B, Nr. 2052.

Nr. 1853

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Generalkonsul in Kairo Freiherrn von Heyking, z. Z. in Alexandria

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

A. 14 Berlin, den 9. Juli 1894

In London, in Konstantinopel und hier haben die Organe der englischen Regierung die Tatsache zur Sprache gebracht, daß die Reise des Khedive nach Konstantinopel infolge eines von Ew. pp. erteilten Rates erfolgt sei. Wir haben in London erwidern lassen, daß Ew. pp., falls Sie so geraten, ohne speziellen Auftrag unter dem Eindruck der damaligen, durch das Kongozerwürfnis zwischen uns und England geschaffenen allgemeinen Lage gehandelt hätten.

Andererseits haben der Khedive und Mukhtar Pascha von Ew. pp. Ankunft in Ägypten wie von einem Abschnitte in unserer ägyptischen Politik gesprochen.

Ägypten stellt für uns ebensowenig wie Bulgarien einen politischen Selbstzweck, sondern nur ein Mittel dar, um unsere Beziehungen zu europäischen Mächten in der unseren Interessen entsprechenden Weise zu regeln. Von diesem Gesichtspunkte aus ist daher die Frage, ob bei den Streitigkeiten zwischen dem Khedive und Lord Cromer der eine oder der andere mehr im Rechte ist, etwas Nebensächliches. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, würden wir die Äußerungen, welche der Khedive auch jetzt wieder in Konstantinopel über National- und Ehrgefühl der Fellachen machte, ebensowenig ernst nehmen können wie seine der Ansicht des Marschalls Mukhtar Pascha direkt zuwiderlaufende Kritik über die von englischen Offizieren ausgebildeten ägyptischen Truppen*. Ferner würde der vom Khedive und von anderen Seiten gegen das schroffe Auftreten Lord Cromers gerichtete Tadel für uns eher ein günstiges Moment sein, weil dadurch die Lage der Engländer schwieriger, und folglich die Erlangung deutscher Anlehnung für sie um so notwendiger wird.

Ein politischer Fehler würde es sein, wenn wir der englischen Regierung die Hoffnung, diese Unterstützung im psychologischen Momente sich erwerben zu können, im voraus nehmen wollten. Ew. pp. werden deshalb Ihr Augenmerk darauf zu richten haben, alles zu vermeiden, was einen antienglischen parti pris bei uns voraussetzen lassen würde, wie z. B. einseitige soziale Intimität mit antienglischen — türkischen, ägyptischen oder französischen — Kreisen.

* Im Januar 1894 hatte der Khedive bei einer Revue demonstrativ die von englischen Offizieren befehligten ägyptischen Truppen getadelt. Auf kategorische Forderung Englands mußte er den Offizieren und Truppen durch Zurücknahme des Tadels Genugtuung geben.

Auch wird es sich empfehlen, wenn Ew. pp. sich gelegentlich dahin äußern, daß Sie in Fällen, wo Ihre sachliche Überzeugung nicht im Wege steht, die englische Vertretung gern wie früher unterstützen werden. Ihr selbständiges Auftreten ist uns im vorliegenden Falle nicht unwillkommen gewesen, weil es klargelegt hat, daß wir auch in Ägypten nicht im englischen Schlepptau gehen wollen[1]. Vor einer Parteinahme in politischen oder politisch wirkenden Fragen liegt es indes in der Regel in Ew. pp. eigenem Interesse, zunächst hier anzufragen, da die Folgen einer solchen für die politische Gesamtlage sich in Kairo nicht mit Sicherheit übersehen lassen.

In Verbindung hiermit benachrichtige ich Ew. pp., daß der Geheime Legationsrat Freiherr von Richthofen* bei seinem jüngsten Aufenthalte hier darauf hingewiesen worden ist, die in seinem Ressort vorkommenden Fälle, in denen Deutschland es ohne Schaden für die Sache in der Hand hat, den englischen Wünschen mehr oder weniger Rechnung zu tragen, durch Ew. pp. Vermittelung rechtzeitig hier zur Kenntnis zu bringen[2].

Rotenhan

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Ja
[2] gut

Nr. 1854

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Eigenhändiges Konzept

Nr. 527 Berlin, den 9. Juli 1894

Zu Bericht Nr. 425 vom 4.** und Telegramm Nr. 119 vom 7. d. Mts.

Mit Ew. pp. Ausführungen am Schluß des Berichts vom 4. völlig einverstanden, stelle anheim, entsprechend sich zu äußern.

Wir werden nach wie vor in den ägyptischen Fragen mit England auf dessen Wunsch gern Hand in Hand gehen, müssen uns aber vorbehalten, im einzelnen Falle unser eigenes Interesse dabei zu prüfen.

Abschrift des heute an Freiherrn von Heyking gerichteten Erlasses*** folgt anbei.

Rotenhan

---

* Deutscher Kommissar bei der ägyptischen Caisse de la Dette Publique.
** Siehe Nr. 1852.
*** Siehe Nr. 1853.

Nr. 1855

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Generalkonsul in Kairo Freiherrn von Heyking

Telegramm.
Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

A. 17 Berlin, den 17. Juli 1894
[abgegangen am 18. Juli]

Zu Ew. pp. vorläufiger vertraulicher Orientierung.

Die Konversion der vierprozentigen unifizierten Ägypter wird hier im Interesse des kleineren deutschen Kapitals als unerwünscht angesehen. Diesbezüglicher Erlaß geht nächster Tage an Ew. pp. ab*.

Rotenhan

Nr. 1856

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 London, den 23. August 1894
Geheim

Im strengsten Vertrauen und offenbar auf ausdrückliche Veranlassung Lord Roseberys ließ mich Earl of Kimberley zu sich bitten und teilte mir mit, daß der Sultan vor etwa 14 Tagen bei Sir Ph. Currie** die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Ägypten angeregt und, da er anscheinend jetzt eine Annäherung an England suche, die für letzteres in Ägypten sehr wertvoll sein könne, von hier eine zunächst allerdings in vagen Ausdrücken gehaltene freundliche Antwort erhalten habe.

---

* Ein ausführlicher Erlaß Rotenhans an Heyking vom 24. Juli (A. 21) begründete, warum sich ein Eingehen auf das Konversierungsprojekt vom deutschen Standpunkt nicht empfehle. Im Vordergrund standen rein sachliche Bedenken; erst zum Schluß wurde das Gebiet der politischen Rücksichten gestreift. Es hieß in dem Erlaß darüber: „In dieser Beziehung erachte ich als maßgebend, daß England unsere Unterstützung in Ägypten billigerweise nur dann beanspruchen kann, wenn wir nicht wie hier gegenteilige eigene sachliche Interessen zu vertreten haben. Ich lege besonderen Wert darauf, die englische Regierung davon zu überzeugen, daß im vorliegenden Falle politische Erwägungen unserer Entschließung völlig fern liegen, und ersuche Ew. pp. ergebenst, dies auch dem dortigen englischen Vertreter gegenüber bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu betonen." In demselben Sinne wurde Graf Hatzfeldt am 31. Juli (Nr. 598) instruiert. Am 3. August berichtete dieser dann, daß Lord Kimberley keine Einwendungen gegen das deutsche Verhalten in der Konversionsfrage erhoben habe, vielmehr erfreut gewesen sei über die Zusicherung, daß der deutschen Regierung im vorliegenden Falle politische Erwägungen völlig fern gestanden hätten.

** Englischer Botschafter in Konstantinopel seit Anfang 1894, Nachfolger des nach Rom versetzten Sir Clare Ford.

Earl of Kimberley deutete dabei an, daß die direkte und im geheimen bei Sir Ph. Currie stattgehabte Demarche des Sultans diesmal zu einem Ergebnis führen könne, bemerkte aber dazu, daß er persönlich keinen besonderen Wert darauf lege. Namentlich sei ihm zweifelhaft, ob ein Abkommen mit dem Sultan, durch welches die Evakuation Ägyptens auf unbestimmte Zeit vertagt würde, nicht eine ihm sehr unerwünschte neue Mißstimmung gegen England in Frankreich herbeiführen könnte.

Nach seiner persönlichen Auffassung habe England überhaupt bezüglich Ägyptens nur das Interesse, dasselbe nicht in andere Hände fallen zu lassen. Dieses Interesse würde es aber eventuell im Mittelmeer zu verteidigen haben, und dort würde es nach seiner Auffassung nach der letzten Flottenvermehrung vollkommen stark genug dazu sein auch einer französisch-russischen Flotte gegenüber, da England seinerseits auf die italienische Flotte zählen könne.

Earl of Kimberley hat weder Rat noch Ansicht von mir bezüglich der türkischen Anregung verlangt, und ich habe mich dessen enthalten. Nur die Frage stellte er, wie Frankreich eine Verständigung mit dem Sultan wohl auffassen würde, und ich habe mich auf die allgemeine Bemerkung beschränkt, daß dies, soweit ich es beurteilen könne, wohl von dem Inhalt der Stipulationen abhängen werde.

Der Minister bat mich um strenge Geheimhaltung mit dem Bemerken, daß er keiner anderen Regierung eine Mitteilung mache. Schließlich fügte er hinzu, daß Lord Rosebery mich vor seiner demnächstigen Abreise dringend zu sprechen wünsche.

Hatzfeldt

Nr. 1857

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 551 London, den 24. August 1894

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 158*.

Der Premierminister, welcher sich in ganz vertraulicher Unterhaltung mit mir offen über die Sache äußerte, teilt nicht die Auffassung Earl of Kimberleys, daß England kein wesentliches Interesse am Besitz Ägyptens habe, oder daß es im Falle der Evakuation im Mittelmeer dann stark genug sein würde, um Besetzung Ägyptens durch eine andere Macht zwei verbündeten Flotten gegenüber zu

* Siehe Nr. 1856.

verhindern. Er sprach gleichzeitig mit Rücksicht auf innere Lage in Italien und dortige Neigung, sich mit Frankreich gut zu stellen, starken Zweifel aus, ob England eventuell auf Mitwirkung der italienischen Flotte zählen könnte.

Lord Rosebery schwankt aber noch sehr, ob er auf die Anregung des Sultans näher eingehen soll. Ganz abgesehen von der Besorgnis, die er auch etwas teilt, daß die Mißstimmung Frankreichs gegen England dadurch wesentlich vermehrt werden würde, befürchtet er

1. daß der Sultan, wie in einem früheren Falle, ein etwa abgeschlossenes Abkommen nachher doch nicht ratifizieren würde,

2. daß jede noch so sehr verklausulierte Stipulation über eine eventuelle spätere Evakuation in Ägypten selbst die der englischen Okkupation feindlichen Elemente ermutigen und die englische Okkupation daher noch mehr erschweren würde.

Nach den Äußerungen Lord Roseberys hat der Sultan sich jetzt die früher hier vorgeschlagene Formel angeeignet, daß nach Ablauf von fünf Jahren ein englischer und ein türkischer Delegierter sich über Zeit und Modalität einer Evakuation verständigen sollen. Lord Rosebery bemerkte dazu, daß England danach tatsächlich ganz freie Hand bezüglich der Evakuation behalten würde, daß die Stipulation aber immerhin in Ägypten als eine bestimmte Zusage und als Schwäche Englands ausgelegt und gegen letzteres verwertet werden könnte.

Mein Eindruck aus allem war, daß Lord Rosebery wirklich schwankt und einem von mir erteilten Rat nach der einen oder anderen Richtung zugänglich gewesen sein würde. Ich habe ihm aber in freundlicher Form wiederholt gesagt, daß ich in dieser Frage weder Ansicht noch Rat aussprechen könne, dies auch Earl of Kimberley gesagt hätte.

Der Premierminister bat schließlich wiederholt um strenge Geheimhaltung, die ich zusagte.

Hatzfeldt

Nr. 1858

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 634 London, den 8. Oktober 1894

Mit Bezug auf geheimen Bericht Nr. 551 vom 24. August d. Js.*.

Bei meiner neulichen Unterredung mit Lord Kimberley streifte derselbe das gegenwärtige Verhältnis der hiesigen Regierung zum

* Siehe Nr. 1857.

Sultan und des Sultans zum Khedive, indem er bemerkte, der letztere sei seit der Reise nach Konstantinopel gegen seinen Lehnsherrn sehr aufgebracht.

In Ägypten sehe es in diesem Augenblick ruhig aus, und Nubar Paschas Stellung, welche erschüttert gewesen sei, scheine sich wieder zu befestigen.

Auch die Wünsche des Sultans bezüglich Ägyptens seien vor der Hand wieder in den Hintergrund getreten.

Dasselbe bestätigte mir Rustem Pascha, welcher hinzufügte, nicht Englands Stellung in Ägypten, sondern Italiens unverantwortliches Vorgehen im Sudan* verdrieße und mißstimme den Sultan jetzt hauptsächlich. Die völkerrechtswidrige Besetzung Kassalas durch die Italiener, welches zum türkischen Reiche gehöre, könne der Sultan nicht ruhig hinnehmen. Er, Rustem Pascha, glaube zwar nicht an die Gerüchte von einem ferneren, angeblich beabsichtigten gemeinschaftlichen Vorrücken der Italiener und Engländer auf Khartum, dagegen suche die italienische Regierung die hiesige zu bewegen, die englische Besetzung Zeilas aufzugeben, um dann italienische Truppen dorthin zu senden. Er hoffe, daß die englische Regierung auf dieses Ansinnen nicht eingehen werde. Sollte England indessen Zeila aufgeben, so dürfe nur der Sultan dort wieder herrschen.

P. Metternich

Nr. 1859

Der Generalkonsul in Kairo Freiherr von Heyking an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 24 Kairo, den 25. Februar 1895

Euerer Durchlaucht beehre ich mich ganz gehorsamst zu melden, daß meiner Überzeugung nach die Lage in Ägypten auf eine Entscheidung hindrängt, und daß, wenn kein Einspruch seitens der europäischen Mächte erfolgt, die Absetzung des Khedive in das Bereich der Möglichkeit treten würde.

Die in Ägypten angestellten englischen Beamten sind allmählich zum Glauben gelangt und geben demselben Ausdruck, daß sich auf die Länge mit einem der englischen Oberherrschaft feindlich gesinnten Khedive hier nicht regieren lasse. Direkt etwas gegen die Engländer getan hat der Khedive seit dem vergangenen Sommer nichts. Alles, was von englischer Seite in dieser Beziehung vorgebracht wird, sind unbedeutende Dinge, die wie nachträglich hervorgesuchte Gründe aussehen. So hat der Khedive die Unvorsichtigkeit begangen, in intimem

* Vgl. Kap. LIV, A.

Kreise beim Frühstückstisch über die Engländer in wegwerfenden oder schmähenden Ausdrücken zu sprechen, was ihnen dann gleich hinterbracht worden ist. Ferner hat er den Redakteur arabischer, gegen die Engländer Opposition machender Blätter, Takla Bey, zu oft empfangen, womit die angeblich übermäßig heftige Sprache dieser Blätter in Verbindung gebracht wird. Endlich hat er dem finanziellen Konseiller Sir Edwin Palmer gegenüber seinem Mißfallen über die ägyptischen Minister, namentlich Nubar Pascha, Ausdruck gegeben, da sie den Mantel nach dem Winde gehängt hätten und sich ganz nach englischen Wünschen richteten; als aber Lord Cromer darauf zum Khedive kam und ihn fragte, ob er denn schon wieder einen Ministerwechsel herbeiführen wolle, hat der Khedive dies mit Ängstlichkeit in Abrede gestellt. Im übrigen hat sich der Khedive in den letzten Monaten, wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, von den Staatsgeschäften ferner als früher gehalten, da er ganz in seinen Familienangelegenheiten aufgegangen ist. Bei alledem ist freilich nicht zu verkennen, daß sich in der Bevölkerung Ägyptens, wenigstens soweit dieselbe durch Zeitungen beeinflußt wird, die Überzeugung verbreitet hat, daß der regierende Khedive ein Feind der Engländer ist; letztere haben daher einigen Grund dafür, in dem Khedive den Mittelpunkt des Widerstandes zu sehen, der ihnen allenthalben seitens der gebildeten Ägypter entgegengebracht wird.

Lord Cromer selbst, der einzige der hier in amtlicher Funktion stehenden Engländer, dessen Gesichtskreis über das Bereich ägyptischer Politik hinausgeht, scheint mir bisher noch nicht klar entschlossen zu sein, gegen den Khedive einen entscheidenden Schlag zu tun. Aber er ist nervös überreizt, der ganzen Sache mehr oder weniger überdrüssig, durch eine ernste Erkrankung seiner Frau abgespannt, und er wird zudem, wie erwähnt, von den englischen Beamten in Ägypten, die er allein in Ordnung hält, gegen den Khedive aufgehetzt. In dieser vorwärtsdrängenden Richtung übt eine weitgehende Wirkung auf Lord Cromer der hier zurzeit weilende „Times“-Korrespondent Mr. Chirol. Mr. Chirol hat das unzweifelhafte Verdienst, durch seine Korrespondenzen und Artikel das Publikum in England überzeugt zu haben, daß Ägypten nicht evakuiert werden dürfe. Er drängt aber jetzt zur völligen Absorbierung Ägyptens in einer Weise weiter, die, wenn ich nicht irre, den Interessen unseres Standpunktes vielleicht nicht mehr entspricht. Seine alarmierenden Telegramme an die „Times“ über die angeblich fanatisierte Stimmung der hiesigen Bevölkerung, die von der französischen Presse als direkte Angriffe gegen den Khedive aufgefaßt wurden, haben wesentlich zur Beunruhigung der Gemüter beigetragen und die Erwartung wachgerufen, daß von England ein vernichtender Schlag gegen den Khedive geplant werde. pp.

Es mag sein, daß jetzt eine zeitweilige größere Ruhe hier ein-

tritt. Aber die Unnatürlichkeit der Lage ist dieselbe geblieben, und der Widerspruch zwischen der Macht, die die Engländer hier wirklich ausüben, und der Stellung, die sie dabei offiziell beanspruchen, ist so unüberbrückbar, daß notwendigerweise daraus bald wieder neue Konflikte entstehen müssen, bis eines der beiden miteinander streitenden Elemente aus dem Wege geräumt ist.

Frh. v. Heyking

Nr. 1860

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Generalkonsul in Kairo Freiherrn von Heyking

Telegramm.
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 3 Berlin, den 4. März 1895

Ich nehme an, daß Ew. pp. die in Ihrem Bericht Nr. 24* bemerkbare philokhediviale Haltung nicht anderweitig zum Ausdruck gebracht haben. Deutschland hat heute ebensowenig Anlaß wie im Jahre 1882, sich zum Vorteil des Vizekönigs und seiner Paschas mit einer europäischen Macht zu verfeinden. Aus den in jenem Jahre an Baron Saurma ergangenen Instruktionen, insofern dieselben unter prinzipieller Anerkennung der Verträge doch konkret und vor allem die deutsche Enthaltung betonen, werden Ew. pp. auch noch heute mit Nutzen eine Richtschnur für Ihr Verhalten entnehmen. Insbesondere verweise ich Ew. pp. auf das unchiffrierte Telegramm des Fürsten Bismarck an den Kaiserlichen Generalkonsul vom 7. Juli 1882, welches nach der in unseren Akten befindlichen authentischen Erklärung bestimmt war, bei voraussichtlicher Interzeptierung die Folgen der vom Reichskanzler gemißbilligten, zu wenig objektiven Haltung des Kaiserlichen Vertreters zu neutralisieren**.

C. Hohenlohe

---

* Siehe Nr. 1859.

** Generalkonsul Freiherr von Saurma hatte angesichts der Drohung des englischen Admirals Lord Seymour, zum (kurz darauf verwirklichten) Bombardement von Alexandrien zu schreiten, sich hinreißen lassen, am 4. Juli 1882 zu telegraphieren: es scheine dringend geboten, den überlegungslosen Admiral in ernstester Weise zur Ruhe zu ermahnen. Saurma wurde darauf zunächst durch ein ostensibles Telegramm vom 7. Juli darauf hingewiesen, daß das Vorgehen Lord Seymours auf Grund von Instruktionen seiner Regierung erfolge, die diese auch in Berlin zur Kenntnis gebracht habe. Ein weiteres Telegramm vom 8. Juli machte Saurma darauf aufmerksam: uns fehle jeder Beruf, direkt oder indirekt via London einen Einfluß auf das Verfahren des englischen Admirals auszuüben. Daran schloß sich am 9. die strenge Weisung, sich lediglich abwartend zu verhalten und namentlich alle Schritte und Äußerungen zu vermeiden, die als eine Kritik oder als Opposition gegen England oder eine andere Macht gedeutet

Nr. 1861

Der Generalkonsul in Kairo Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Kairo, den 5. März 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 3*.

Euerer Durchlaucht hohe Instruktionen mir zur strengsten Richtschnur nehmend darf ich melden, daß ich schon bisher mich hier jeder Meinungsäußerung enthalten und lediglich gesucht habe, Euerer Durchlaucht möglichst genaue Informationen zu unterbreiten. pp.

Heyking

---

werden könnten. Zu einem gleichzeitigen Bericht des Botschafters Grafen Münster in London bemerkte Fürst Bismarck am 9. Juli: unsererseits dürfe nichts, was die Engländer täten, auch nur mit einem schiefen Blick angesehen werden, sondern wir müßten alles ganz ruhig geschehen lassen. Der innere Grund für diese abstention bienveillante Bismarcks erhellt aus einer anderen Randbemerkung zu einem Berichte des Prinzen Reuß vom 6. Juli: „Wir müssen die Möglichkeit im Auge behalten, mit England auf befreundetem Fuß zu stehn, sobald dort wieder eine politisch umgängliche Regierung sein wird.“ Also das gleiche Motiv wie bei dem obigen Erlaß vom 4. März 1895, der ebenfalls im Hinblick auf den bevorstehenden Ersatz des liberalen Regimes durch ein konservatives erfolgte.

* Siehe Nr. 1860.

B. Die Tunis- und die Tripolisfrage



Nr. 1862

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Caprivi*

Eigenhändig

Berlin, den 15. Mai 1890

Meines Erachtens hat es für uns kein direktes Interesse, wer Herr im westlichen Teil des Mittelmeers ist, obschon wir durch die Kolonialpolitik mehr Wert wie früher auf Offenhaltung des kürzeren Weges nach Ostafrika und Polynesien legen müssen. Im Kriegsfall kann sich ein Kampf um den Suezkanal entspinnen, ohne dessen Neutralität formal zu verletzen. Ein oder zwei zur rechten Zeit im Suezkanal auf den Grund gesetzte, mit Zement pp. beladene Schiffe können seine Passage für sehr lange verbieten, ein Mittel, das auch der Schwächere anwenden kann. Abgesehen hiervon wird der zur See Stärkere das nördliche sowohl als das südliche Debouché aus dem Kanal so beherrschen können, daß für feindliche Kriegsschiffe und aufbringbare Handelsschiffe der Verkehr aufhört. Wir werden in solchem Falle die Stärkeren nie sein.

Die Etablierung der Franzosen in Biserta tangiert, wie mir scheint, zunächst die Engländer mehr wie die Italiener, weil sich darin die Absicht einer Bedrohung der Passage durch den Suezkanal ausspricht — eine Bedrohung, die den Italienern infolge von Massaua** unangenehm ist, den Engländern aber geradezu unerträglich werden muß. Die Prätention der Seeherrschaft ist unhaltbar, sobald für England in Kriegszeiten der Suezkanal verletzt werden kann; die mit dem Aufwand von Millionen ins Werk gesetzte befestigte Kohlen-Etappenstraße von Gibraltar nach Hongkong verliert ihren Wert. Eine Blockade von Port Said ist leichter von Biserta durchzuführen wie von Toulon, weil die blockierenden Schiffe zum Kohlen, Reparieren pp. kürzere Wege zurückzulegen haben. Bis indes Biserta in einen für diese Zwecke nutzbaren Zustand kommt, müssen noch Jahre vergehen. Außerdem muß Frankreich, wenn es solche Absichten hat, seine Flotte im ganzen verstärken oder einen erheblichen Teil von Cherbourg oder Brest fortnehmen. Beides kann uns recht sein; im ersteren Fall entzieht es seiner Armee Kräfte, im letzteren gibt es uns in unserem Meere und im Kanal freiere

* Die Aufzeichnung wurde veranlaßt durch die von verschiedenen Seiten gemeldeten italienischen Beklemmungen über die angebliche französische Absicht, aus dem tunesischen Biserta einen großen Kriegshafen zu machen. Amtlich brachte Italien seine Besorgnisse wegen Bisertas erst am 21. Mai in Berlin zur Sprache. Siehe Nr. 1863.

** Vgl. Kap. LIV, A.

Hand. Führen die Engländer nicht die allgemeine Wehrpflicht ein — und das werden sie erst nach Niederlagen tun — so können sie zwar noch viele Schiffe bauen, sie können sie aber nicht bemannen. Sie werden in Malta bedroht, gegen Konstantinopel gelähmt und hätten das dringendste Interesse, ihre italienische Allianz fester zu gestalten, schon um Bisertas willen. Denn daß die Italiener ihnen als Herren von Biserta ebenso unbequem werden könnten wie die Franzosen, hat noch gute Weile. Uns kann der Ausbau von Biserta nur recht sein, er hält Italien im Dreibund, solange wir England diesem Bunde gewogen halten. Können wir Italien in dieser Beziehung ab und zu einen Floh ins Ohr setzen und England seine schwache Seite: unzureichende personelle Streitmittel zu Wasser und zu Lande und gänzlicher Mangel einer zu sofortiger Leitung militärischer Operationen befähigten und verpflichteten Stelle klar machen, so würde ich das für heilsam halten. Das sicherste Mittel, Italien nicht in Frankreichs Arme fallen zu lassen, liegt in der Nährung der Aspirationen Italiens in Nordafrika. Massaua macht sie noch empfindlicher für Biserta; es schwächt die Italiener im Kriegsfall, aber es hält sie an unserer Seite, und ihre ganze Kraft werden sie doch niemals für uns einsetzen.

v. Caprivi

Nr. 1863

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 409 Berlin, den 24. Mai 1890

Ew. pp. beehre ich mich, anbei ein italienisches Promemoria* abschriftlich zu übersenden, welches den Besorgnissen der italienischen Regierung über die neuerdings kräftig fortschreitenden Hafenarbeiten von Biserta, sowie dem Wunsche Ausdruck gibt, daß deutscherseits in Paris von neuem in dem Sinne des an den Grafen Leyden unter dem 1. Januar 1889 gerichteten Erlasses** weiter gewirkt werde.

Ew. pp. hatten gedachten Erlaß am 16. Januar dahin beantwortet, daß Lord Salisbury gegen eine gemeinsame diplomatische Aktion sei, von welcher derselbe eine mehr aufreizende Wirkung befürchte, daß aber Lord Lytton*** den Auftrag erhalten werde, gelegentliche Vorstellungen bei Herrn Goblet zu machen. Ob und mit welchem Erfolge diese Vorstellungen gemacht worden sind, darüber haben wir keine Nachricht bekommen.

---

* Hier nicht abgedruckt.
** Der Erlaß an den Geschäftsträger Graf Leyden in London vom 1. Januar bezweckte eine gemeinsame deutsch-englische Aktion in Paris wegen Bizertas.
*** Englischer Botschafter in Paris.

Dagegen hatte Graf Münster infolge eines gleichfalls am 1. Januar ergangenen Erlasses Herrn Goblet schon vor Eingang der englischen Antwort darauf hingewiesen, daß die Befestigung und Vergrößerung des Hafens von Biserta sich als eine Provokation der anderen Mittelmeermächte darstelle.

Die Antwort des Herrn Goblet werden Ew. pp. in dem Berichte des Grafen Münster vom 14. Januar finden, welchen ich nebst Anlage der Eile wegen originaliter unter Rückerbittung beizufügen mich beehre*. Danach eignet Herr Goblet sich die Ansicht an, welche im Jahr 1881 Herr Barthélemy-St. Hilaire dem englischen Botschafter schriftlich entwickelt hatte, dahingehend, daß Frankreich dem Hafen von Biserta keineswegs eine kriegerische, sondern lediglich eine kommerzielle Entwickelung zu geben beabsichtige.

Der Kaiserliche Militärattaché in London hat wiederholt im Laufe des vorigen Jahres — zuletzt am 12. Dezember — englische Mitteilungen hierher gelangen lassen, inhalts welcher eine baldige Verbesserung der Hafenanlagen von Biserta in naher Zukunft ausgeschlossen schien, in Ansehung der natürlichen Schwierigkeiten und des daraus sich ergebenden Kostenaufwandes.

Anders lautet das englische Schriftstück, welches dem Bericht vom 25. v. Mts. beigefügt ist. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeiten jetzt mit Energie und mit ganz bestimmten Zielen betrieben werden. Diese Mitteilung stimmt also mit den Angaben, welche dem italienischen Promemoria zugrunde liegen. Der Inhalt des Promemoria ist, nach ganz vertraulicher Mitteilung des Grafen Launay, bereits vertraulich durch Graf Tornielli zur Kenntnis des Lord Salisbury gebracht, von letzterem jedoch eher kühl aufgenommen worden. Lord Salisbury gab dabei dem Gedanken Ausdruck, daß das Machtverhältnis im Mittelmeer durch das Vorhandensein eines befestigten Hafens bei Biserta nicht wesentlich verändert werden würde.

Eine solche Gleichgültigkeit gegenüber einem Unternehmen, welches ebensosehr den Zugang zu den Dardanellen erschwert, wie den Handelsverkehr mit Indien gefährdet, läßt sich sachlich nicht rechtfertigen, sondern sich nur erklären entweder aus der englischen Hoffnung, englische Interessen ohne englische Mitwirkung gewahrt zu sehen, oder aus einer Besorgnis vor italienischer Übereilung.

Welcher von den beiden Beweggründen hier vorliegt, darüber werden Ew. pp. nach Ihrer demnächstigen Unterredung mit Lord Salisbury wahrscheinlich Auskunft geben können.

Eine Übereilung Italiens würde auch uns unerwünscht sein. Wir werden es mit Freude begrüßen, wenn die englische und die italienische Regierung bei ihren Vorstellungen in Paris nicht über das von beiden als notwendig erkannte Maß akademischer Warnung hinausgehen.

---

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

Andrerseits aber würde eine völlige Teilnahmlosigkeit Englands in einer notorisch englische Interessen berührenden Frage für uns ein beachtenswertes Symptom sein hinsichtlich unsrer Haltung und unsrer Ratschläge in Mittelmeerfragen.

In Verbindung mit letzterem Gedanken beehre ich mich, Ew. pp. eine Aufzeichnung des Herrn Reichskanzlers über italienische, englische und deutsche Mittelmeerinteressen* behufs vertraulicher Kenntnis und geeigneter Verwertung des Inhalts ergebenst zu übersenden.

Marschall

Nr. 1864

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 312 London, den 2. Juni 1890

Im Sinne des hohen Erlasses vom 24. v. Mts. — Nr. 409** — habe ich die Angelegenheit von Biserta aufs neue mit Lord Salisbury besprochen.

Derselbe sagte, es sei ihm zwar im Augenblick nicht erinnerlich, welche Antwort Lord Lytton bei Ausführung der ihm im Anfang letzten Jahres zugegangenen Instruktionen erhalten habe, er werde sich darüber jedoch Aufklärung verschaffen und mir demnächst mitteilen.

Wenn er, Lord Salisbury, die jüngsten italienischen Mitteilungen in der Sache, wie behauptet werde, kühl aufgenommen habe, so habe er keine Gleichgültigkeit zeigen, sondern nur nicht dazu beitragen wollen, den Eifer des Herrn Crispi zu vermehren. Nach seinen Informationen seien die Arbeiten in Biserta so kostspielig und schwierig, daß lange Zeit über ihrer Vollendung hingehen, und vielleicht die gegenwärtige Generation es nicht erleben werde. Ferner biete Biserta, auch wenn vollendet, keine wirkliche Basis für französische Operationen, welch letztere immer von Toulon aus geführt werden müßten, was, solange England das Meer beherrsche, die Gefahr von Biserta bedeutend vermindere. Endlich führte Lord Salisbury an, er besorge immer, Frankreich werde, wenn italienische Reklamationen wegen Biserta erhoben und hier unterstützt würden, wieder, wie dies schon zurzeit des Berliner Kongresses ihm, Lord Salisbury, gegenüber geschehen sei, eine Entschädigung Italiens, etwa in Tripolis, anregen. Er habe diese Anregung damals schon abgelehnt und würde sie auch heute für unerwünscht halten, weil damit einer weiteren Zerstückelung der Türkei nähergetreten würde.

Als ich hierbei einwarf, daß die Herrschaft des Meeres England wohl nicht a priori auf immer gesichert sei, und er selbst aus ähn-

* Siehe Nr. 1862.
** Siehe Nr. 1863.

licher Besorgnis die Vermehrung der Flotte betrieben habe, meinte Lord Salisbury, dies sei wohl möglich, wenn aber dieser Fall einträte, befände sich das britische Reich überhaupt in einer äußerst gefährdeten Lage, auch ohne daß Biserta in französischem Besitz wäre.

Am Schluß zeigte sich der Minister übrigens nicht prinzipiell abgeneigt, wegen Bisertas neue Schritte zu tun, wenn unsererseits auf eine solche Demarche großer Wert gelegt werden sollte.

Hatzfeldt

Bemerkung von Caprivis am Kopf des Schriftstücks:
Ich bin der Meinung: wir engagieren uns nicht weiter v. C.

Nr. 1865

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt*

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 109 Berlin, den 26. Juni 1890
Geheim

Der italienische Geschäftsträger las mir soeben ein Telegramm Herrn Crispis folgenden Inhalts vor: Der italienischen Regierung sei vertraulich mitgeteilt worden, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen England und Frankreich über ein Arrangement im Gange seien, wonach England auf alle ihm auf Grund der früheren Kapitulationen zustehenden Rechte in Tunis verzichte, Frankreich dagegen gegen das englische Protektorat über Sansibar** keine Einwendungen erheben wolle. Herr Crispi hält diese Nachricht nicht für unwahrscheinlich und ist beunruhigt durch dieselbe, da er in einem derartigen Verzicht Englands eine Verletzung des bezüglich der Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer bestehenden italienisch-englischen Akkordes finden würde.

Auf den Wunsch Herrn Crispis bitte ich Euer pp., sofort vertrauliche Erkundigungen darüber einzuziehen, ob in der Tat zwischen England und Frankreich Verhandlungen der erwähnten Art im Gange sind, und sehe telegraphischer Mitteilung entgegen.

Ich hätte gehofft und bitte Euer pp., eventuell dahin zu wirken, daß, falls ein Kompensationsobjekt von England an Frankreich für erforderlich erachtet wird, dieses in Madagaskar und nicht in Tunis gesucht werde***.

Marschall

---

* Das gleiche Telegramm, jedoch ohne den letzten Absatz, wurde an den Botschafter in Paris Grafen Münster gerichtet (vgl. Nr. 1866).

** Vgl. darüber Kap. LI.

*** Tatsächlich wurde dieser Anregung durch das englisch-französische Abkommen vom 5. August 1890 entsprochen, das die gegenseitige Anerkennung der Protektorate über Sansibar und Madagaskar stipulierte.

Nr. 1866

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Paris, den 27. Juni 1890
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 42*.

Die Nachricht, daß England Frankreich in Tunis Konzessionen machen wolle, halte ich für durchaus unrichtig. Herr Ribot fürchtet sich vor der Kammer und der Presse und wünscht, daß England ihm durch Konzessionen seine Stellung erleichtere. Die Verhandlungen zwischen englischem Botschafter und Ribot sind mir genau bekannt. Den französischen Standpunkt, daß England nach dem Vertrag von 62 das Protektorat in Sansibar ohne Frankreichs Zustimmung nicht ausüben könne**, erkennt England nicht an. Ribot wird dieses aufgeben, wenn England auf anderen Gebieten Konzessionen macht. Er hat anfänglich auf Ägypten angespielt, hat aber, als er bestimmten Widerstand fand, einen ebenso mißglückten Versuch rücksichtlich Tunis gemacht. Für Sansibar werden, so wichtig es auch für sie ist, die Engländer den so nützlichen Zankapfel zwischen Frankreich und Italien nicht aufgeben. Ribot scheint eingesehen zu haben, daß er dort nichts erreichen wird und wird jetzt suchen, Konzessionen in bezug auf Madagaskar und wahrscheinlich auch in Westafrika zu erlangen.

Die Nachricht, welche Herrn Crispi so beunruhigte, ist wahrscheinlich russischen Ursprungs.

Münster

Nr. 1867

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 London, den 27. Juni 1890
Geheim

Telegramm Nr. 109 erhalten***.

Der Premierminister hat mir eben bestimmt versichert, daß in den Besprechungen mit Frankreich von Tunis gar keine Rede sei. Von französischer Seite sei der Tschad-See als Hinterland des französischen Gebiets am Senegal zur Sprache gebracht worden.

Er teilte übrigens vollständig meine vertraulich ausgesprochene Ansicht, daß hier eventuell ein Kompensationsobjekt für Frankreich in Madagaskar zu suchen wäre.

---

* Vgl. Nr. 1865, Fußnote *.
** Vgl. Kap. LI, Nr. 1691 nebst Fußnote.
*** Siehe Nr. 1865.

Wegen Überhäufung mit dringenden inneren Angelegenheiten bat mich Lord Salisbury, die Besprechung anderer Fragen (also auch unser koloniales Abkommen)* auf morgen zu verschieben.

Hatzfeldt

Nr. 1868

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 360 London, den 4. Juli 1890

Lord Salisbury sagte mir eben vertraulich, in den Verhandlungen mit Frankreich wegen englischen Protektorats in Sansibar seien jetzt französischerseits allerdings Kompensationen in Tunis in Vorschlag gebracht worden. Dieselben seien wesentlich fiskalischer Natur, aber unannehmbar.

Ich bestärkte den Minister möglichst in dieser Auffassung, schon mit Rücksicht auf Italien, worauf er mir bemerkte, er bestehe auf seiner ursprünglichen Meinung, die ja auch die unserige sei, daß nämlich die Kompensation für Frankreich in Madagaskar gesucht werden müsse.

Hatzfeldt

Nr. 1869

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 London, den 16. Juli 1890

Der Premierminister erwiderte mir, die französische Regierung habe drei Forderungen gestellt:

1. Anerkennung der Berechtigung Frankreichs bezüglich Erteilung des Exequatur in Madagaskar,

2. Einsetzung einer Kommission zur Prüfung gewisser Hinterlandfragen in Timbuktu,

3. Rein kommerzielle Zugeständnisse bezüglich des auf sieben Jahre abgeschlossenen englisch tunesischen Handelsvertrags von 1875.

Während die ersten zwei Punkte keine Schwierigkeiten machten, werde er auf den dritten wegen Widerspruchs der englischen Fabrikanten wahrscheinlich nicht eingehen können.

Lord Salisbury fügte hinzu, er teile Herrn Crispi offen alles auf diese Verhandlung Bezügliche mit. Er denke auch nicht daran, irgendeine politische Veränderung in Tunis einzuräumen, und der Fortbestand der Kapitulationen sei unzweifelhaft, selbst wenn der englisch-tunesische Handelsvertrag ganz fortfiele. Eine Berechtigung Italiens

* Vgl. darüber Kap. LI, Nr. 1691.

zum Einspruch, wenn sich durch rein kommerzielle Zugeständnisse hier ein gutes Geschäft mit Frankreich verwirklichen ließe, könne er aber nicht anerkennen*.

Ich habe nochmals dringend geraten, überhaupt möglichst alles zu vermeiden, was bezüglich Tunis Italien beunruhigen könnte.

Hatzfeldt

Nr. 1870

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 152 London, den 16. Juli 1890

Geheim

Nach angeblich sicheren Nachrichten der italienischen Regierung ist vor einigen Tagen Vertrag zwischen der französischen Regierung und dem Bey wirklich geschlossen worden, wonach Tunis nach Ableben des letzteren von Frankreich annektiert wird.

Graf Tornielli ist angewiesen, Lord Salisbury unter Berufung auf die geheime Abmachung vom Jahre 1887 zwischen Italien, Österreich und England zu fragen, wie letzteres sich zu jenem Vertrag stellen werde, und präzise Antwort zu verlangen.

Der italienische Botschafter hat mir vorstehende Mitteilung nur unter der Voraussetzung absoluter Diskretion gemacht, da ihm jede Verwertung außer Lord Salisbury gegenüber untersagt ist. Er nimmt bestimmt an, daß Lord Salisbury den französisch-tunesischen Vertrag bereits kannte, und sieht in dem Umstand, daß derselbe dennoch Italien gegenüber angeblich nichts davon erwähnt hat, die Erklärung für das lebhafte Mißtrauen des Herrn Crispi bezüglich der englisch-französischen Unterhandlungen.

Hatzfeldt

Nr. 1871

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 136 Berlin, den 17. Juli 1890

Geheim

Auch hier hat italienischer Geschäftsträger angeblichen französisch-tunesischen Vertrag zur Sprache gebracht und um Äußerung gebeten, wie wir uns dazu zu stellen beabsichtigten**.

---

* Vgl. Palamenghi-Crispi, Die Memoiren Francesco Crispis. Deutsch von W. Wichmann S. 456f.

** Vgl. das Telegramm Crispis vom 15. Juli an den italienischen Geschäftsträger in Berlin Marquis de Beccaria. Palamenghi-Crispi a. a. O. S. 458.

Der Artikel III unseres geheimen Abkommens mit Italien vom 20. Februar 87* lautet: S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque sur les territoires nord-africains et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée entreprendre elle-même une action sur les dits territoires ou bien recourir sur le territoire français en Europe aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'en suivrait entre l'Italie et la France, constituerait *ipso facto* le casus foederis.

Es wird für uns zu erwägen sein, ob die Änderung des gegenwärtigen Zustandes von Tunis in ein anderes, engeres staatsrechtliches Verhältnis zu Frankreich unter diesen Artikel fällt.

Das Ew. pp. bekannte englisch-italienische Abkommen vom Februar 87** enthält eine ähnliche Fassung.

Da England bei tunesischer Frage an sich direkter interessiert ist als wir, wollen Ew. pp. zu erfahren suchen, welche Auslegung in gedachter Beziehung Lord Salisbury dem englischen Abkommen gibt, und dem Minister dabei nahelegen, wie wahrscheinlich die italienische Empfindlichkeit durch eine französische Annexion von Tunis empfindlich gereizt werden und im Fall des Geschehenlassens Italien sich Frankreich zu nähern versuchen könnte.

Über das, was Ew. pp. dort erfahren, bitte Drahtantwort.

v. Caprivi

Nr. 1872

Aufzeichnug des Reichskanzlers von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 17. Juli 1890

Das Telegramm, dessen Abschrift die italienische Botschaft heut hier vorgelegt hat, bezüglich eines französischen Abkommens vom 9. Juli 90, wonach das Protektorat über Tunis bei dem Ableben des jetzigen Bey in eine souveraineté umgewandelt werden soll***, braucht so starke Ausdrücke, daß die Gefahr, Italien könne sich zu übereilten Schritten hinreißen lassen, nicht ausgeschlossen ist. Man scheint sich in Italien mit dem Gedanken: es könne zum äußersten kommen, zu beschäftigen und wünscht unsere Anerkennung, daß dann casus foederis vorliege.

Fordert an sich diese erregte Stimmung zu ruhiger Überlegung unsrerseits auf, so haben wir überdies Grund, uns über die möglichen letzten Folgen unseres Verhaltens schon jetzt klarzuwerden, weil davon notwendigerweise auch unser erstes Auftreten bedingt wird.

---

* Vgl. Bd. IV, Nr. 859.
** Vgl. Bd. IV, Nr. 890.
*** Abgedruckt bei Palamenghi-Crispi a. a. O. S. 458.

Die Frage, ob wir rechtlich verpflichtet sind, an Italiens Seite zu kämpfen, wenn jener Vertrag existiert und Italien ihn für unerträglich hält, muß auf Grund des Artikels III des Vertrages vom 20. Februar 87 gelöst werden. Der Wortlaut* läßt zu, die Frage ebensowohl zu bejahen wie zu verneinen. Ich neige mich der vom Fürsten Bismarck ausgesprochenen Ansicht zu und folgere aus dem „étendre“, dem „ou bien“ und „ou“, daß eine bloße Umänderung des damals schon bestehenden Protektorats in eine Souveränität vom Wortlaut nicht umfaßt wird. Auch kann ich nicht zugeben, daß jetzt Italien genötigt sei, zu handeln, „pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée“; diese Position wird durch die künftige Umwandlung des Protektorats in eine Souveränität nicht alteriert. Daß Fürst Bismarck persönlich den Vertrag nicht hat für Tunis gelten lassen wollen, geht auch aus seiner Bemerkung auf dem Schreiben des Grafen Hatzfeldt vom 19. Oktober 88 hervor: „Eröffnung nach Rom, daß Tunis kein Kriegsgrund ist“**, während andrerseits zugegeben werden muß, daß diese Bemerkung im Auswärtigen Amt nicht ohne Folge geblieben sein würde, wenn hier nicht auch eine andere Ansicht vertreten gewesen wäre, eine Ansicht, die sich wahrscheinlich auf die Note vom 15. Februar 87 aus Rom an Graf Launay stützte, nach welcher die Italiener „ne sauraient être indifférents à ce que le protectorat françaìs en Tunisie se transforme en souveraineté territoriale“, und wogegen — wie es scheint — diesseits Widerspruch nicht erhoben worden ist.

Erscheint sonach die Rechtsfrage streitig, so werden wir diejenige Auslegung zu adoptieren haben, die uns die günstigste ist.

Nehmen wir die italienische Auffassung an, so ist die letzte Konsequenz für uns: Krieg gegen Frankreich; erkennen wir dagegen casus foederis nicht als vorliegend an, so kann unser Bündnis mit Italien zu Bruche gehen. Diese letzten Konsequenzen dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, wir mögen noch so vorsichtig und geschickt auftreten.

Die Auflösung unseres Bündnisses mit Italien wäre für uns, im Fall wir später mal zum Kriege mit Frankreich kämen, einer Vermehrung der gegen uns disponiblen Franzosen um etwa 100000 Mann gleichbedeutend. Noch empfindlicher könnte sie für das uns verbündete, und dann im Rücken nicht sichergestellte oder gar bedrohte Österreich werden. Andrerseits ist dies Bündnis immer von beschränktem militärischen Wert, es basiert überdies auf der Person von Herrn Crispi, und ob es 1892 überleben wird, ist fraglich. Daß durch eine Lockerung unseres Bündnisses Italien in Frankreichs Arme getrieben werden sollte, ist möglich, aber zunächst gerade um deshalb weniger wahrscheinlich, weil beide sich schwerlich über Tunis einigen werden. Käme es aber

---

* Siehe denselben in Bd. IV, Nr. 859.

** Vgl. Bd. VI, Nr. 1287.

zum Kriege zwischen Frankreich und Italien ohne unsere Teilnahme, so würden wir einer Niederwerfung Italiens viel kühler gegenüberstehen können wie etwa einer Vernichtung Österreichs.

Ein Krieg aus Anlaß dieser tunesischen Frage mit Frankreich eröffnet meines Erachtens noch weit bedenklichere Perspektiven als eine Auflösung unseres Bündnisses mit Italien. Zunächst würde der Verlauf dieses Krieges, was Italien angeht, zumeist von England abhängen, dann teils faktisch, mehr aber noch nach der Einbildung der Italiener, würde die Hauptentscheidung auf dem Mittelmeer gesucht werden müssen, und würde diese über die Verwendbarkeit der italienischen Armee jenseits des Maßes eines ausgedehnten Küsten- und Grenzschutzes mitentscheiden. Die Frage, ob das englische Mittelmeergeschwader rechtzeitig eingreifen würde, würde für die ersten Akte des Feldzuges von wesentlicher Bedeutung sein. Wäre nicht ohnehin bekannt, wie wenig die englischen Verhältnisse schnelle Entscheidungen nach dem Willen eines Einzigen begünstigen, so hätten wir es aus dem Verlauf der Verhandlungen in bezug auf den Kolonialvertrag* lernen können. Wie dem aber auch sei, wir könnten nur zu leicht in die Lage kommen, die Last dieses Krieges allein zu tragen. Gestattete der militärische Verlauf der Dinge in Italien die Entsendung eines Teiles des italienischen Heeres nach Deutschland, so wäre die Frage, ob die an vielen Grenz- und Küstenpunkten sich bedroht fühlende öffentliche Meinung das zugeben würde, und ob das neutrale Österreich den Transport italienischer Truppen auf seinen Eisenbahnen nach Deutschland gestatten würde. Wie lange Rußland neutral bleiben würde, ob es richtig ist, daß es mit dem Berdan-Gewehr keinen Krieg mehr riskieren würde, und ob nicht Italien geneigt sein möchte, sich durch einen Separatfrieden früher aus der Affäre zu ziehen, als uns lieb wäre, sind Möglichkeiten, die doch, so vage sie sind, mit in Betracht gezogen werden müßten.

Im besonderen aber sprechen gegen einen Krieg aus dem vorliegenden Anlaß für die deutsche Politik zwei Momente. Einmal würde es, wenn es nicht gelänge, einen völlig anderen casus belli statt Tunis zu finden, unmöglich sein, in Deutschland diejenige Stimmung hervorzurufen, die ihre Kraft aus dem Bewußtsein nimmt, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß er ein nationales Ziel hat, und die wir für einen Zukunftskrieg, der Millionen unter die Waffen ruft, gar nicht entbehren können. Jeder Zukunftskrieg muß populär sein. Ist es nun immer schwer, bei Kriegen, zu denen wir durch Allianzen genötigt werden, und bei denen der Kriegsgrund nicht in uns, sondern in unseren Alliierten liegt, ein plausibles Motiv zu finden, so ist die rein theoretische Nuance zwischen dem jetzigen Protektorat und einer dereinstigen Souveränität in Tunis — faktisch sind die Franzosen dort schon jetzt souve-

* Gemeint ist das Helgoland-Sansibar-Abkommen vom 1. Juli 1890.

rän — so subtil, daß kaum die nach Artikel 11 der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung des Bundesrates, geschweige denn die der öffentlichen Meinung zu erhoffen wäre. Das zweite Moment, welches zurzeit Deutschland einen Krieg nicht rätlich erscheinen läßt, ist, daß wir uns mitten in der Umbewaffnung unserer Infanterie befinden.

Ich vermag also der Anerkenntnis des casus foederis nicht das Wort zu reden. Um aber unser Bündnis mit Italien nicht vorzeitig zu gefährden, werden wir auf eine ruhigere, die realen Verhältnisse mehr wie die Stimmungen in Betracht ziehende Politik in Italien hinzuwirken haben, und wenn das nichts helfen sollte, Italien darüber nicht im unklaren lassen dürfen, daß es Frankreich ins Unrecht setzen müßte, ehe wir ihm anders als diplomatisch zu Hülfe kommen könnten. Außerdem aber werden wir uns zunächst zu vergewissern haben, ob England ernstlich geneigt ist, im Notfall zum Kriege zu schreiten. England hat eigene Interessen im Mittelmeer gegen Frankreich zu vertreten, und die aktive Beteiligung Englands ist die Voraussetzung für das Freimachen italienischer Armeekorps zu Zwecken, die unsere Kriegführung erleichtern könnten.

Auf keinen Fall kann man behaupten, die allgemeine und insbesondere unsere eigene Lage wäre dazu angetan, uns jetzt etwa einen Krieg suchen zu lassen. Wir müssen vielmehr danach trachten, Italien zu beruhigen, England zu einer diplomatischen und im Notfall militärischen Unterstützung Italiens zu ermuntern, uns selbst aber zunächst abwartend zu verhalten.

v. Caprivi

Nr. 1873

Der Reichskanzler von Caprivi an Kaiser Willhelm II. z. Z. an Bord S. M. Y. „Hohenzollern" in Molde

Ausfertigung

Berlin, den 19. Juli 1890

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß die italienische Regierung hierher und an die befreundeten Stellen die Mitteilung hat gelangen lassen, sie glaube zu wissen, daß am 9. d. Mts. zwischen Frankreich und dem Bey von Tunis ein Vertrag abgeschlossen sei, demzufolge nach dem Ableben des jetzigen Bey das gegenwärtige französische Protektorat über Tunis in eine französische Souveränität zu verwandeln sei. Herr Crispi ist hierüber sehr erregt und hat darauf hindeuten lassen, daß nach unserem geheimen Vertrage casus foederis vorliegen würde. Er wünscht zunächst unsere diplomatische Einwirkung, um Garantien gegen das Anwachsen der französischen Macht in Afrika zu erhalten, und besorgt, die öffentliche Meinung in Italien werde das französische Vorgehen sehr schwer empfinden.

Zunächst bleibt abzuwarten, ob die Nachricht sich bestätigen wird, und habe ich es deshalb vermieden, mich schon jetzt zu äußern. Bestätigt sie sich, so ist zugegeben, daß die reizbare Stimmung in Italien die dortige Regierung zu weiteren Schritten nötigen kann, wennschon mir zweifellos ist, daß der reale Effekt der Umänderung des Protektorats in eine Souveränität bei weitem nicht den Wert hat, den man ihr in Italien zuschreibt. Man glaubt sich namentlich durch den künftigen Ausbau von Biserta zu einem französischen Kriegshafen bedroht und übersieht dabei, daß dieser Plan schon unter dem Protektorat bestand und ausführbar war. Nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten wird durch Biserta die englische Stellung im Mittelmeer — Malta und Suezkanal — weit eher gefährdet als Italien[1], dem Toulon viel unbequemer liegt als der afrikanische Hafen.

Die nötigen Schritte, um zu erfahren, wie London und Wien sich zur Sache stellen, sind eingeleitet. Nach meiner alleruntertänigsten Ansicht kommt es zunächst darauf an, Italien von Übereilungen abzuhalten[2] und dann eine Verständigung zwischen den verbündeten Mächten zu suchen, welche Italien genügen kann. Ob letztere in Kompensationen gefunden werden kann — z. B. Verheißung von Tripolis, wenn es mal zur Aufteilung der Türkei käme — oder in Verschiebung der Entscheidung, bis der Bey mal gestorben sein wird, wird sich in weiteren Verhandlungen zeigen müssen. Es wird danach getrachtet werden müssen, falls sich der Vertrag als existent erweist, ihn womöglich zur Vergrößerung der Kluft zwischen Frankreich und Italien zu benutzen[3], ohne es zum Äußersten kommen zu lassen[4]. In dem Bestreben, die Sache sich nicht zu einem Kriege auswachsen zu lassen, werden wir uns, soweit bis jetzt zu übersehen, mit Österreich und England begegnen; ebenso in dem Wunsche, die bestehenden Allianzen nicht zu lösen und uns Italien nicht zu entfremden.

So unwillkommen letzteres wäre, so muß doch im Auge behalten werden, daß von unseren Bündnissen das mit Italien das am wenigsten wertvolle für Deutschland ist, und daß es zu sehr auf der persönlichen Stellung des Herrn Crispi beruht, um schon jetzt mit einiger Sicherheit sagen zu können, ob es 1892 überleben wird[5]. pp.*

v. Caprivi

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 23./VII. 90. W.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
habe ich im vorigen Jahre schon an Adm[iral] Hoskins gesagt

---

* Die weiteren Auslassungen des Caprivischen Immediatberichts sind nahezu wörtlich identisch mit den Ausführungen der Denkschrift des Kanzlers vom 17. Juli über die Inopportunität eines Krieges aus Anlaß der tunesischen Frage und können daher hier übergangen werden.

[2] ja
[3] ja!
[4] soweit das bei reizbaren Südländern möglich ist.
[5] Hierbei ist aber doch der König und der Kronprinz nicht außer acht zu lassen

Nr. 1874

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 London, den 18. Juli 1890
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 136*.

Lord Salisbury ist der Ansicht, daß italienische Angabe zunächst näher nachgewiesen sein muß. Vorläufig ist hier nur bekannt, daß ein Kammerherr des Bey sich zu einem Engländer ohne amtlichen Charakter in dem fraglichen Sinne geäußert haben soll.

Komplikationen aus diesem Anlaß würden Lord Salisbury, wie ich vorausgesehen, sehr unerwünscht sein, und er ging deshalb bereitwillig darauf ein, mit mir alle denkbaren Mittel einer friedlichen Lösung vertraulich zu erörtern. Ganz vertraulich teilte er mir dabei mit, daß Herr Crispi bereits Lord Dufferin** gegenüber von einer Kompensation gesprochen habe, was sich offenbar auf Tripolis beziehe und wohl der Hauptzweck Italiens sei. An Tripolis könne man jetzt nicht rühren, wenn man nicht den Zusammenbruch des türkischen Reiches wolle. Aber man könnte vielleicht für den Fall, daß es zur Teilung der Türkei einmal komme, Italien Tripolis zusichern. Ferner könnten die Mächte, um Italien in bezug auf Tunis zu beruhigen, den Sultan als Suzerän ersuchen, denjenigen zu bezeichnen, welcher dem Bey bei seinem Ableben zu folgen hätte, wenn seine Brüder, wie italienischerseits behauptet wird, auf ihr Erbrecht verzichtet hätten.

Über diese beiden Vorschläge bitte ich, da nächste Unterredung zwischen Lord Salisbury und Graf Tornielli Montag stattfindet, wenn möglich vorher um Euerer Exzellenz Ansicht.

In bezug auf seine Haltung für den Fall ernster Komplikationen sprach Lord Salisbury sich bestimmt und offen dahin aus, daß die hiesige öffentliche Meinung die Beteiligung Englands an einem Kriege wegen Tunis nicht zugeben würde. Die geheime Abmachung mit Italien verpflichte die englische Regierung nur, sich in solchen Fällen wie der vorliegende mit der italienischen Regierung darüber zu beraten.

Bericht folgt morgen abend.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 1871.
** Englischer Botschafter in Rom seit Dezember 1888.

Nr. 1875

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 141 Berlin, den 19. Juli 1890
Geheim

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 158*.

Auch bei uns würde tunesische Frage nach aller Voraussicht in öffentlicher Meinung nicht das Verständnis finden, um für sich Anlaß zum Kriege zu rechtfertigen. Nach dem hier vorliegenden, inzwischen geprüften Material ist bei den Vorverhandlungen zu unserem geheimen Abkommen mit Italien immer nur von Tripolis und später Marokko gesprochen, Tunis dagegen nicht berührt worden. Darnach war Tunis damals, soviel festgestellt, nicht unter den betreffenden Artikel fallend angesehen worden.

Vorstehendes wollen Ew. pp. zunächst, um nicht den Anschein zu erwecken, als hätten wir auf England abratend eingewirkt, als lediglich zu Ihrer persönlichen Information bestimmt ansehen.

Mit Bezug auf die berichteten Vorschläge wollen Ew. pp. Lord Salisbury bemerken, daß wir Tripolis unter unsere geheime Abmachung mit Italien fallend betrachten, und es wäre gut, wenn England gleichfalls beruhigende Zusicherungen in dieser Hinsicht Italien geben würde. Wenn ferner Italien nach unzweifelhafter Feststellung des angeblichen geheimen Vertrages des Bey von Tunis bei Sultan beabsichtigte Schritte tun wolle, würden wir uns einer englischen Unterstützung dieser Schritte in Konstantinopel anschließen.

v. Caprivi

Nr. 1876

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 53 Berlin, den 19. Juli 1890
Geheim

Italienische Regierung hat vorgestern hier mitgeteilt, daß Frankreich angeblich mit Tunis Vertrag abgeschlossen habe, wonach Souveränität nach Ableben des Bey an Frankreich übergehe, und hat angefragt, ob unsere Verträge Italien gegen dieses Abkommen schützen. Heute hat italienischer Geschäftsträger zugefügt, daß Geschehenlassen den Sturz des Ministeriums in Rom zur Folge haben und das italienische Volk von der Unwirksamkeit der Tripelallianz überzeugen würde.

---

* Siehe Nr. 1874.

Ich habe gestern Vertreter erwidert, daß ich in einigen Tagen nach eingezogenen Informationen mich weiter zur Sache äußern würde.

Ew. pp. stelle ich anheim, wenn Sie Grund zu Besorgnis zu haben glauben, daß Herr Crispi die an sich zunächst gar nicht brennende Sache übertreibt und sie durch unzeitgemäße Publizierung verschärfen will, in abwartendem und beruhigendem Sinne einzuwirken. Wir befinden uns wegen der Frage in Erwägungen mit den befreundeten Mächten. v. Caprivi

Nr. 1877

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 385 London, den 19. Juli 1890
Geheim

Lord Salisbury schien zuerst überrascht, als ich gestern den angeblichen französisch-tunesischen Vertrag zur Sprache brachte, und suchte sich auf den Standpunkt zu stellen, daß diesem Vorgang und den Beschwerden des Herrn Crispi keine ernste Bedeutung beizumessen sei. Er machte dafür besonders geltend, daß bisher nicht viel mehr als müßiges Geschwätz in Tunis für die italienische Annahme spreche, daß es sich schlimmstenfalls, da der Bey noch jahrelang leben könne, um eine entfernte Eventualität handle, die bei ihrem Eintritt geprüft werden könne, und daß schließlich auch dann, wenn die Tatsache der Annexion an Frankreich wirklich vorliegen sollte, für Italien keine wesentliche materielle Veränderung und daher kein erheblicher Nachteil eintreten würde, da Tunis sich faktisch heute schon vollständig in den Händen von Frankreich befinde.

Ich schnitt diese Einwendungen, die nach meinem Gefühl wesentlich dem Ärger über den gerade jetzt hier sehr unerwünschten Zwischenfall zuzuschreiben sind, mit der nachdrücklichen Bemerkung ab, daß es mir im vorliegenden Fall ganz nebensächlich erscheine, ob Herr Crispi recht habe, indem er dem fraglichen, noch nicht näher nachgewiesenen Vorgang eine so ernste Bedeutung beilege und seine Freunde deshalb vor die Möglichkeit ernster Komplikationen stelle. Der Punkt, auf den es ankomme, sei einmal die für alle friedliebenden Mächte gleich unerwünschte Möglichkeit solcher Komplikationen und ferner die Gefahr, die vielleicht eine noch größere Berücksichtigung in bezug auf die Erhaltung des Friedens verdiene, daß Italien, wenn es sich im vorliegenden Falle von seinen bisherigen Freunden verlassen sehe, in ein anderes Lager übergehen könnte, in welchem es mit offenen Armen aufgenommen werden würde.

Von diesem Standpunkt aus hätte ich den größten Wert darauf gelegt, mit ihm, Lord Salisbury, die Mittel zu beraten, durch welche

die angedeuteten Gefahren vielleicht abgewandt werden könnten, um dann, wenn wir uns darüber verständigen könnten, meiner Regierung eine gemeinschaftliche und möglichst übereinstimmende Haltung der beiden Kabinette vorschlagen zu können.

Der Minister, dem dies einzuleuchten schien, ging nunmehr darauf ein, die Sachlage ohne weitere Kritik des italienischen Vorgehens zu prüfen und die Mittel zur Beilegung der Sache in Erwägung zu ziehen. In dieser Hinsicht hob er zunächst hervor, daß Herr Crispi anscheinend Tunis, welches er selbst als verloren betrachte, nur vorgeschoben habe, um einen anderen Zweck zu erreichen. Er habe sich, wie er mir vertraulich sagen könne, Lord Dufferin gegenüber schon dahin geäußert, daß Italien wenigstens eine Kompensation haben müsse. Worin dieselbe bestehen solle, habe er nicht gesagt, aber es lasse sich wohl annehmen, daß damit Tripolis gemeint sei. Offenbar würden die befreundeten Mächte aber, wenn sie Herrn Crispi diese Kompensation schon jetzt zuwenden wollten, eine andere Gefahr heraufbeschwören, die sie bis jetzt sorgfältig vermieden hätten, die Gefahr, damit die ganze orientalische Frage in Fluß zu bringen und den Bestand des türkischen Reiches vorzeitig in Frage zu stellen. Wolle man das nicht, so würde eventuell nur die Möglichkeit bleiben, Italien die gewünschte Kompensation für den Zeitpunkt in Aussicht zu stellen, wo die Erbschaft der Türkei zur Verteilung gelangen werde.

Es wurde nunmehr die Frage erörtert, welche Befriedigung Herrn Crispi gewährt werden könnte, wenn derselbe auf Schritten der Mächte in bezug auf Tunis selbst bestehen sollte. Lord Salisbury sprach sich zunächst offen darüber aus, daß die englischen Demokraten ihm unter keinen Umständen gestatten würden, an einem Kriege teilzunehmen, welcher auf Grund des angeblichen Vertrages über Tunis provoziert würde. Indem er dies als unzweifelhaft bezeichnete, warf er vertraulich die Frage auf, ob es nicht möglich sein würde, durch einen Schritt beim Sultan Herrn Crispi eine hinreichende Beruhigung über die Zukunft in Tunis zu verschaffen. Man könnte dem Sultan vorstellen, daß die Brüder des Bey gegen Geldentschädigung auf ihr Erbrecht verzichtet hätten, und daß es unter diesen Umständen sein Recht als Suzerän sei, für den Fall der Vakanz den berechtigten Erben zu bezeichnen. Ginge der Sultan hierauf ein, was den Franzosen schwerlich verborgen bleiben könne, so würde ihnen dies zu denken geben und sie wahrscheinlich von weiteren Schritten in bezug auf eine förmliche Annexion vorläufig abhalten. In jedem Falle sei dann beim Ableben des Sultans* die Situation Italiens in Tunis eine viel bessere als heute, und die befreundeten Mächte würden, wenn jene Eventualität einmal einträte, ebenfalls einen Rechtstitel haben, auf Grund dessen sie einer dann versuchten Einverleibung widersprechen könnten.

---

* Wohl verschrieben für „Beys".

Aus einigen Äußerungen Lord Salisburys am Schluß unserer Unterhaltung ließ sich endlich entnehmen, ohne daß er es jedoch ausgesprochen hätte, daß er sich von einer Vorstellung in Paris, wenn Herr Crispi darauf bestände, nicht unbedingt ausschließen würde. Er sprach die Absicht aus, sich noch durch Prüfung der Akten und namentlich der seinerzeit durch Herrn Barthélemy-St. Hilaire hier erteilten Zusicherungen zu überzeugen*, wie weit eine Vorstellung im gegenwärtigen Falle sich formell überhaupt begründen ließe. Jedenfalls, diese Überzeugung muß ich hier aussprechen, würde die englische Regierung aber nur zu einer Demarche zu bewegen sein, die weder einen drohenden Charakter trüge, noch die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung in sich schlösse, und es würde sich also eventuell darum handeln, eine Formel zu finden, die diesen Voraussetzungen entspräche und Herrn Crispi genügen würde.

Ich darf schließlich nicht verschweigen, daß die Schwierigkeiten, die ich hier in dieser Frage zu überwinden habe, nicht nur der Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit des Kabinetts und seiner Verstimmung über den unerwünschten Zwischenfall, sondern sehr wesentlich der durch manche derartige Dinge hervorgebrachten und jetzt eingewurzelten persönlichen Gereiztheit gegen Herrn Crispi und seine manière de procéder zuzuschreiben sind. Eine irgendwie befriedigende Haltung der englischen Regierung in dieser Frage wird daher durch direkte Erörterungen zwischen Italien und England schwerlich erreicht werden, und das, wozu Lord Salisbury sich in dieser Angelegenheit überhaupt versteht, wird er voraussichtlich Österreich und uns zu Gefallen tun. Ich würde es daher für sehr ratsam halten, daß wir uns baldmöglichst mit Lord Salisbury über ein Programm in der Sache unter Berücksichtigung der von ihm vorgeschlagenen Punkte verständigen und dadurch weiteren Schwankungen seinerseits möglichst vorbeugen. Die Ungeduld des Herrn Crispi ließe sich vielleicht durch die vertrauliche Mitteilung beschwichtigen, daß wir mit Österreich und England in Beratung getreten sind.

P. Hatzfeldt

Nr. 1878

Der Reichskanzler von Caprivi an den Geschäftsträger in Wien Grafen Monts

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 76 — Berlin, den 21. Juli 1890

Geheim

Auch wenn österreichische Regierung Ansicht hat, daß Tun's nicht unter die politischen Verträge fällt, welche es über Erhaltung des status quo im Mittelmeer abgeschlossen**, ist es dringend erwünscht, Italien

---

* Vgl. S. 239.

** Das hatte der Geschäftsträger in Wien Graf Monts am 17. Juli berichtet.

mit Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit diplomatische Unterstützung nicht zu versagen. Es würde in Frage kommen, sobald Nachricht über geheimen tunesisch-französischen Vertrag bestätigt, in Paris Vorstellungen zu erheben. Hierzu haben Mächte schon aus dem Grunde Berechtigung, als Kapitulationen in Tunis unzweifelhaft fortbestehen und durch Annexion in Fortfall kämen. Ob dieser oder anderer Weg zu betreten, bildet noch Gegenstand der Verhandlung zwischen uns und England. Auch Lord Salisbury erkennt politische Notwendigkeit, jetzt möglichst freundschaftliche Haltung gegen Italien zu zeigen. Wir halten es im Interesse europäischen Friedens und der Erhaltung der Tripelallianz erwünscht, wenn Graf Kálnoky Lord Salisbury in seiner jetzigen Auffassung bestärken wollte, und würden ihm Dank wissen, wenn er österreichischen Botschafter in London womöglich schon für morgen in diesem Sinne instruieren wollte.

Bitte sich dementsprechend dort zu äußern und über Veranlaßtes telegraphisch zu berichten. v. Caprivi

Nr. 1879

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 55 Berlin, den 23. Juli 1890

Ich werde italienischem Vertreter heute folgendes mündlich auf Crispis Anfrage bezüglich Tunis erwidern: Wir haben seit italienischem Allianzvertrage Italien bei jeder sich bietenden Gelegenheit Beweis zu liefern gesucht, wie gern wir stets bereit seien, seine Interessen zu fördern. Wir werden auch in vorliegender Frage Herrn Crispi in Gemeinschaft mit befreundeten Mächten unsere angelegentliche Unterstützung leihen und sind mit letzteren über Mittel und Wege in Beratung. Wir glauben, daß es gut sein wird, zunächst bei französischer Regierung Vorstellungen zu erheben. Hierzu aber müßte natürlich feststehen, daß jener geheime Vertrag mit Tunis wirklich besteht. Dies ist also zunächst festzustellen. Reichen dann unsere gemeinschaftlichen Vorstellungen nicht aus, um von Frankreich beruhigende Zusicherungen bezüglich Zukunft zu erlangen, so würden wir Frage erwägen, welche Kompensationen Italien bei Eintritt jenes Ereignisses zu gewähren seien.

Ew. pp. bitte ich, sich in gleichem Sinne zu Herrn Crispi, und zwar möglichst umgehend, bevor er den Bericht seines Geschäftsträgers erhält, zu äußern, um die Wirkung der Mitteilung konstatieren zu können.

Die folgenden Bemerkungen stelle ich Ew. pp. anheim, gleichfalls zu verwerten, sofern Sie bei Ihrer besseren Kenntnis der Personen und der Sachlage in Rom kein Bedenken dagegen haben.

Sind wir nach obigem auch diesmal bereit, Crispi einen Dienst zu erweisen, so können wir doch unsere Überraschung über die Schärfe nicht verhehlen, mit der Crispi in einem wenig günstigen Moment die befreundeten Mächte zu einer gefährlichen Entscheidung hat drängen wollen. Wir sind gern bereit, die Tragweite unserer vertragsmäßigen Verpflichtungen mit Crispi gemeinschaftlich zu prüfen, und werden sie loyal erfüllen, wie wir es von Italien hoffen. Aber gefährlich erscheint es uns, wenn eine Vertragsmacht in einer nicht ohne weiteres aus dem Wortlaut der Verträge zu lösenden und keineswegs brennenden Frage die Ereignisse zu überstürzen droht. Uns dünkt es im allgemeinen Interesse nützlicher, wenn wir vorher in gegenseitigem Vertrauen uns über die Behandlung solcher Fragen einigen.

Über die Aufnahme, welche Ihre Eröffnungen finden, bitte Drahtbericht.

v. Caprivi

Nr. 1880

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 167 — Berlin, den 23. Juli 1890

Geheim

pp. Nachdem aber die Angelegenheit* an verschiedenen Orten zur Sprache gebracht worden ist, erachte ich es nicht für unzweckmäßig, wenn Ew. pp. gleichsam nebenbei, und ohne den erhaltenen Auftrag zu erkennen zu geben, den dortigen Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten über das auch Ihnen zu Ohren gekommene Gerücht befragen wollten. Ich würde Ew. pp. Dank wissen, wenn Sie mir über die Aufnahme, welche Ihre hingeworfene Bemerkung findet, eine telegraphische Mitteilung machen und dann bezüglich der weiter zu tuenden Schritte, die wir jedenfalls im Einvernehmen mit England zu tun gedenken, die diesseitigen ferneren Instruktionen erwarten wollten. pp.

v. Caprivi

Nr. 1881

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 — Rom, den 23. Juli 1890

Antwort auf Telegramm Nr. 55** und 56.

Herr Crispi war befriedigt von der Antwort. Er sagt, die Nachricht vom Vertrage mit Frankreich stamme vom Hofe des Bey und sei be-

* Betreffend die angebliche Existenz des Vertrages zwischen der französischen Regierung und dem Bey von Tunis.

** Siehe Nr. 1879.

stätigt durch dessen jüngsten Bruder, der bei Annexion leer ausgeht. Die englische Regierung habe ebenfalls Kenntnis vom Vertrag, nur in anderer Fassung. Der nicht mehr feststehende Ribot werde von den Radikalen zur Annexion von Tunis gedrängt*; erfolge sie plötzlich, ohne Kompensation für Italien, so sei es der Krieg. Man könne ihn nur vermeiden, wenn die befreundeten Mächte in Paris vorstellig werden und auf Kompensation hinarbeiten. Frankreich sei zu solcher geneigt in Tripolis. Dies würde Italien konvenieren. Die Pforte könne man mit Geld abfinden, wie es in Zypern geschehen.

Die Frage sei allerdings noch nicht brennend, er, Crispi, wolle aber durchaus Krieg vermeiden und sich deshalb mit befreundeten Mächten in Einvernehmen setzen**. Solms

---

Randbemerkung von Caprivis:
Herr Crispi will m. E., ohne Blut zu vergießen, in den Besitz von Tripolis kommen. Dem Wunsch Lord Salisburys, Zeit zu gewinnen, werden wir ohne Schaden in dieser Frage gerecht werden können; wir selbst brauchen in pessimum eventum noch mehr Zeit. v. C. 24/7

Nr. 1882

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 386 London, den 22. Juli 1890
Geheim

In unserer gestrigen vertraulichen Unterhaltung fand ich den Premierminister ganz geneigt, sich mit uns über die weitere Behandlung der von Herrn Crispi angeregten Frage bezüglich des angeblichen französisch-tunesischen Abkommens in Einklang zu halten.

Er sprach mir die Absicht aus, dem italienischen Botschafter, welchen er nach mir zu sich beschieden hatte, sagen zu wollen, daß er vor allem den Nachweis der von Italien gemachten Angabe abwarten

---

* Vgl. Kap. LI, Nr. 1691.

** Unter dem gleichen Datum sandte Graf Solms noch einen ausführlichen Bericht (Nr. 228) über seine Unterredung mit Crispi ein. Danach hätte Crispi u. a. gesagt, vermeiden lasse sich eine kriegerische Komplikation wegen Tunis nur, wenn man noch vor dem Momente, wo die Frage der Annexion brennend werde, eine Verständigung mit Frankreich bezüglich Tripolis herbeiführe, wozu sich dieses bei freundschaftlicher Einwirkung der Italien befreundeten Regierung sicherlich werde bereit finden lassen. „Mit einer solchen Kompensation würde der Frieden erhalten bleiben, ohne eine solche sei der Krieg für Italien unvermeidlich, denn die Entstehung eines Kriegshafens in Biserta werde nicht lange auf sich warten lassen, und das könne Italien nicht ertragen wegen der Bedrohung Siziliens.“ Vgl. über die italienisch-französischen Verhandlungen Palamenghi-Crispi a. a. O. S. 475 ff.

müsse, erklärte sich aber sofort bereit, hinzuzufügen, daß er im Falle des Nachweises zu einer freundschaftlichen Berücksichtigung der italienischen Interessen in dieser Angelegenheit die Hand bieten würde.

Wir erörterten nun nochmals vertraulich die bereits gemeldeten drei Punkte, die der Minister bei einer früheren Besprechung der Sache als eventuell ausführbar bezeichnet hatte*, und ich hatte dabei Gelegenheit, einfließen zu lassen, daß der Punkt wegen Tripolis, soweit wir dabei in Frage kämen, bereits unter frühere Abmachungen falle. Ich knüpfte daran die Frage, wie er sich eine eventuelle englische Zusicherung über diesen Punkt denke. Lord Salisbury erwiderte mir, daß er, wie ich aus Erfahrung wisse, kein großer Freund von Versprechungen für die Zukunft sei, weil sie mit den hiesigen Verhältnissen im Widerspruch ständen und jeder englischen Regierung, die sich dazu verstehe, innere Schwierigkeiten bereiten können. Er denke sich daher die eventuelle englische Äußerung über diesen Punkt vorläufig so, daß sie nicht die Form einer Zusicherung erhalte, sondern die Anerkennung aussprechen würde, daß Italien ein spezielles Interesse habe, für die Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches in Tripolis zu sorgen.

Der Minister bemerkte aber ausdrücklich dazu, daß er allerdings dann auch wünschen müßte, gleichzeitig in irgendeiner Form darüber Beruhigung zu haben, daß Italien aus dieser Anerkennung nicht etwa den Schluß ziehen würde, daß es eventuell später sich über die Grenzen von Tripolis ausdehnen könnte. Dieser Vorbehalt entspringt offenbar der Besorgnis, daß Italien in die Versuchung kommen könnte, sich auch von dieser Seite Ägypten mehr zu nähern, als dies England erwünscht sein würde.

Es schien mir nicht angezeigt, die Form und Ausdehnung einer eventuellen englischen Zusicherung über Tripolis schon jetzt mit Lord Salisbury zu erörtern. Sollte es überhaupt dahin kommen, so werden Eure Exzellenz zu entscheiden haben, ob und wie weit wir unseren Einfluß hier einsetzen sollen, um eine für Italien befriedigende Form zur Annahme zu bringen.

Gegen den Gedanken, eine etwaige italienische Demarche beim Sultan in dem von mir bereits gemeldeten Sinne mit uns zu unterstützen, erhob Lord Salisbury auch diesmal kein Bedenken. Er sagte mir gleichzeitig zu, falls der andere Punkt, eine Vorstellung in Paris, notwendig werden sollte, sich, wenn Eure Exzellenz dies wünschen, zunächst vertraulich mit mir über Form und Inhalt derselben verständigen zu wollen.

Wie ich schon zu melden die Ehre gehabt habe, wünscht Lord Salisbury, jeder Überstürzung dieser Angelegenheit durch Italien vorzubeugen, und hofft darin auf unsere Unterstützung. Wir werden, wenn

---

* Vgl. Nr. 1877.

ich mich nicht täusche, schon dadurch Zeit gewinnen, daß wir unsere Mitwirkung von dem Nachweis der italienischerseits behaupteten Tatsache abhängig gemacht haben. Es liegt aber auch im wohlverstandenen Interesse des Herrn Crispi, sich der gemeinschaftlichen Unterstützung der drei Mächte zu versichern und ihnen daher Zeit zur Verständigung zu lassen. P. Hatzfeldt

Nr. 1883

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Paris, den 25. Juli 1890
Geheim

Antwort auf Erlaß Nr. 167*.

Herr Ribot erklärte, sowie ich die Sprache auf Tunis brachte, das von Italien aus verbreitete Gerücht, wonach ein Abkommen mit dem Bey von Tunis abgeschlossen und den Erben eine Entschädigungssumme von zwei Millionen Francs versprochen sei, für völlig unwahr. Er bat mich, dies Euerer Exzellenz zu melden, um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden. Eine gleiche Erklärung habe er auch Lord Salisbury zukommen lassen. Französische Regierung denke nicht an Annexion von Tunis. Der jetzige Zustand sei zufriedenstellend, nur wünsche Frankreich eine etwas bessere Stellung in kommerzieller Beziehung, die es aber zu erlangen hoffe. Münster

Nr. 1884

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 60 Berlin, den 29. Juli 1890

Der italienische Geschäftsträger teilte hier gestern den Inhalt eines Telegramms des Herrn Crispi mit, wo die französische Erklärung, daß kein tunesischer Erbvertrag existiere, angezweifelt wird.

Der Geschäftsträger knüpfte hieran „ohne Auftrag" die Frage, ob nicht Graf Münster dem französischen Minister schreiben könne, daß er von dessen Erklärung Akt nehme. Ich erwiderte, nach den kategorischen Erklärungen, welche Herr Ribot dem Grafen Münster und Herr Waddington dem Lord Salisbury abgegeben hätten, würde ein diesseitiges Aktnehmen für die französische Regierung kränkend, bzw. herausfordernd sein.

* Siehe Nr. 1880.

Ich sprach sodann — infolge der von Ew. in Telegramm Nr. 86* gemachten Andeutungen — von der Tripolisfrage und riet von Übereilung ab. Bei Tripolis wie bei allen andern italienischen Erwerbungen im Mittelmeer werde immer der Grundsatz Geltung behalten, daß die Kräftigung Italiens ein direkter Vorteil für die mit Italien jetzt befreundeten Mächte, insbesondre für Deutschland und England sei, welche beide in ihrem eignen Interesse wünschen müssen, daß Italien stark genug wird, um Frankreich im Mittelmeer ungefähr das Gleichgewicht zu halten. Es komme daher, um diesen Gedanken zu verwirklichen, weniger auf Abmachungen — welche überflüssig seien — als auf geeignete Gelegenheit an. Eine vorzeitige Anregung der Tripolisfrage würde den Sultan mißtrauisch machen und daher die politische Machtstellung der verschiedenen Regierungen bei der Pforte verschieben zuungunsten derjenigen Regierungen, deren Interessen mit denen Italiens identisch seien, namentlich zuungunsten von England. Vorläufig sei die Pforte immer noch ein beachtenswerter Faktor. Italien werde seine eigne Zukunft am besten wahren, wenn es in allen Mittelmeer- und Orientfragen immer möglichst nahe Fühlung mit England halte, welches letztere auch bei dem jüngsten Zwischenfall eine für englische Gewohnheiten ungewöhnliche Aufmerksamkeit gezeigt habe.

Das vorstehende Thema werden Ew. vielleicht manchmal mit Herrn Crispi erörtern können.

Schließlich bemerke ich zu Ew. ganz persönlicher Information, daß ich dem Grafen Münster heute geschrieben habe, er möge, falls er es nach Persönlichkeit und Umständen geeignet halte, Herrn Ribot schreiben, der Herr Reichskanzler habe Ribots Erklärung mit Befriedigung aufgenommen und spreche seinen Dank aus. Graf Münster möge sich so einrichten, daß der französische Minister jetzt, nachdem die Sache für uns erledigt ist, nicht noch unnütz gekränkt werde, da dies der Herr Reichskanzler unter allen Umständen zu vermeiden wünsche. Weitere Mitteilung an Ew. vorbehalten.

Holstein

Nr. 1885

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Rom, den 30. Juli 1890

Mit Bezugnahme auf Telegramm Nr. 60** von gestern.

Herr Crispi sagte mir, er erwarte noch Berichte aus London. Angesichts der Erklärungen Frankreichs bliebe nur übrig, das Ereignis

* Siehe Nr. 1881.
** Siehe Nr. 1884.

der Besitzergreifung von Tunis abzuwarten, sich bereitzuhalten und bei Eintritt desselben in Konstantinopel selbst über Tripolis und die dagegen zu gewährende Geldentschädigung zu verhandeln.

Danach scheint er vorläufig die Sache auf sich beruhen lassen zu wollen.

Solms

Nr. 1886

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Eigenhändiges Konzept

Nr. 314 Berlin, den 2. August 1890

In den seitens des Herrn Crispi hierher gelangten, Tunis betreffenden Äußerungen nimmt die militärische Bedeutung dieses Landes eine hervorragende Stelle ein. Ich habe es unterlassen, bisher darauf einzugehen, weil ich nicht weiß, wie weit diese Behauptungen ernst gemeint sind, und ob sie nicht nur von dekorativem Werte für die politischen Darlegungen sein sollen.

Zu Euerer Exzellenz persönlicher Information und mit dem Anheimgeben, ob und wie Sie etwa glauben, davon Gebrauch machen zu können, will ich aber nicht unterlassen, ergebenst zu bemerken, wie jene militärischen Anführungen zumeist den Charakter starker Übertreibungen an sich tragen. Wenn wir dazu schweigen, so wird keinesfalls daraus auf unsere Zustimmung gefolgert werden können.

Es ist klar, daß die Schaffung eines Kriegshafens in Biserta seitens der Franzosen allen Mittelmeerstaaten nicht gleichgültig sein kann, am wenigsten aber nach meinem Dafürhalten den Engländern. Für die Italiener sehe ich darin eine geringere Gefahr, und die Idee, sich ein Gegengewicht in Tripolis zu schaffen, würde mir erst dann berechtigt erscheinen, wenn die italienische Flotte zu einer ganz anderen Macht angewachsen wäre wie bisher. Vorderhand würde ich in solcher Idee mehr die Gefahr einer Zersplitterung der Kräfte als eine Stärkung erkennen. Bis jetzt ist nach meiner Überzeugung die italienische Flotte der französischen gegenüber im höchsten Grade auf eine ausgiebige und sofort bei Beginn eines Krieges eintretende englische Unterstützung angewiesen. Für diesen Fall steht dann auch Malta den Italienern offen.

Zu den wiederkehrenden Behauptungen des Herrn Crispi gehört die, daß die Annexion von Tunis durch Frankreich für Italien den Verlust seiner liberté d'action dans la Méditerranée bedeute. Von einer Freiheit der Bewegung auf dem Mittelmeere kann aber nur für denjenigen die Rede sein, welcher in der entscheidenden Seeschlacht der Sieger geblieben ist. Diesen Sieg zu erringen, ist die Aufgabe der italienischen Flotte; kann sie das nicht, so ist das Dasein von Biserta

ihr gleichgültig. Die Chancen der französischen Flagge aber werden in der Entscheidungsschlacht durch Biserta um nichts besser. Man sollte um der Gebietserweiterung, um der Anlage von Häfen willen, nicht aus dem Auge verlieren, daß die aktiven Streitkräfte das Entscheidende sind, und daß Italien alle Ursache hat, seine Streitkräfte zur See durch eigene Kraft oder durch die Allianz Englands zu erhöhen.

Demnächst wiederholt sich das Argument, daß, wenn Tunis französisch würde, die Behauptung Siziliens im Kriege ungleich mehr italienische Kräfte absorbieren würde als bisher. Indes kann Sizilien doch immer nur durch ein größeres Landungskorps auf dem Seewege bedroht werden. Dazu gehören Transportschiffe und Truppen. Daß beides in größerem Umfange französischerseits in Tunis jemals vorrätig gehalten werden sollte, ist dringend unwahrscheinlich, noch unwahrscheinlicher aber, daß man ein in Frankreich einzuschiffendes für Sizilien bestimmtes Landungskorps den Umweg über Biserta machen lassen sollte. v. Caprivi

Nr. 1887

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 London, den 1. August 1890

Ganz geheim

Herr Crispi hat letzten Mittwoch durch Vertrauensmann (den früheren Sekretär der italienischen Botschaft Catalani) Privatbrief nebst Promemoria Lord Salisbury übergeben lassen, worin sofortige Besitzergreifung von Tripolis als geboten bezeichnet und in Aussicht gestellt wird*. Lord Salisbury hält diese Mitteilung für sehr beunruhigend. Er beabsichtigt, durch Privatbrief zu antworten, vor übereilten Schritten zu warnen, dabei besonders auf die Gefahr, den Sultan in die Arme der Gegner zu treiben, aufmerksam zu machen, und schließlich hier freundschaftliche Erwägung der italienischen Interessen in Aussicht zu stellen. Ebenfalls streng vertraulich teilt mir der Minister mit, daß er gestern Unterhaltung mit dem französischen Botschafter gehabt, in welcher von Tripolis und der zurzeit des Berliner Kongresses bestehenden Absicht, Überweisung desselben an Italien, die Rede gewesen sei. Herr Waddington habe sich über Abtretung an Italien auch jetzt günstig ausgesprochen, aber dabei speziell und wiederholt Barka genannt, so daß er, Lord Salisbury, den Eindruck hatte, daß

* Der Brief ist mitgeteilt bei Palamenghi-Crispi, Die Memoiren Francesco Crispis S. 464 f.; ebendort S. 468 ff. die Antwort Salisburys vom 4. und die Replik Crispis vom 16. August.

Frankreich das Land zwischen Barka und der Grenze von Tunis eintretendenfalls für sich selbst beanspruchen werde.

Ich habe mich vorläufig und rein persönlich dahin geäußert, daß eine vertrauliche Verständigung zwischen den drei Mächten über die von Italien zu erwartenden Schwierigkeiten und die zur Verhütung derselben ratsam erscheinenden Mittel mehr als je geboten erscheine. Ich hatte den Eindruck, daß Lord Salisbury darauf bereitwillig eingehen werde. Hatzfeldt

Nr. 1888

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat Berlin, den 2. August 1890

Wenn Italien und Frankreich sich an die Teilung der Provinz Tripolis machen, so wird die Balkanhalbinsel nicht ruhig zu halten sein, es sei denn, daß die Pforte noch in letzter Stunde das vom Fürsten Bismarck in seiner jüngsten Unterredung mit einem russischen Reporter erwähnte russische Bündnis schließt: also schlechte Aussicht für England und Österreich.

Andrerseits kann man Italien nicht einfach abweisen, ohne Gefahr des Abfalls.

Ein Mittelweg wäre vielleicht, wenn England, Österreich und wir Italien versprächen, daß keine andre europäische Macht Tripolis erwerben soll. Für England und Österreich wäre dies Versprechen das kleinere Übel gegenüber Balkanbrand und Abfall Italiens. Für Italien wäre es die sichere Aussicht, in nicht langer Zeit ganz Tripolis zu erwerben, während das jetzige von Frankreich angebotene Geschäft nur Barka, d. h. 40 000 englische Quadratmeilen von 400 000, also ein Zehntel von Tripolis bietet. Dafür wäre Italien noch genötigt, der Annexion von Tunis ruhig zuzusehen. Ob letzteres Geschäft von der öffentlichen Meinung Italiens gebilligt werden würde, ist zweifelhaft. —

Etwas andres. — Wenn Frankreich an Italien für den Abfall vom Dreibund ein Stück Afrika böte, so würde Herr Crispi das mit Verachtung zurückweisen. Tatsächlich aber hofft vielleicht Frankreich das gleiche durch seinen jetzigen Vorschlag zu erreichen. Denn, wenn infolge der Teilung von Tripolis ein Balkanbrand und daraus ein Weltkrieg entsteht, so kann Italien, welches eben mit Frankreich gütlich geteilt hat, doch kaum gegen Frankreich fechten.

Endlich muß sich ein italienischer Staatsmann dann aber fragen, was aus Italien wird, wenn es nach dem Kriege sich im Mittelmeer allein fände zwischen einem russischen Konstantinopel und einem französischen Biserta, während die andern Mächte durch die an Italien

in der Stunde der Gefahr gemachten Erfahrungen klug und kühl geworden sind und aufgehört haben, ihre Interessen mit denen der Italia una zu identifizieren.

Mir scheint, daß manches von Vorstehendem in dem Briefe von Salisbury an Crispi zu verwerten wäre. Résumé: Das jetzige französische Angebot als Anfang der Weltkrisis und als ein Mittel zu bezeichnen, wodurch Italien zunächst in eine falsche Stellung gebracht, isoliert und schließlich der russisch-französischen Übermacht und Willkür im Mittelmeer überlassen wird. Außerdem jetziges französisches Angebot schlechter als Versprechungen der Mächte.

Holstein

Nr. 1889

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 172 Berlin, den 2. August 1890

Mir scheint angezeigt, daß wir bei der Tunisfrage, wie bei allen Mittelmeer- und Orientfragen, womöglich nicht ins Vordertreffen kommen. Danach würde also Verständigung zwischen London und Wien, vielleicht auch mit Rom derjenigen mit uns voranzugehen haben. Bitte erwägen.

Holstein

Nr. 1890

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat Berlin, den 3. August 1890
Geheim

Je länger ich die Sache ansehe, desto fester wird meine Überzeugung, daß das Eingehen Crispis auf den französischen Vorschlag zu partieller Teilung der Türkei zweierlei Folgen haben wird: Sofortigen Balkanbrand und Trennung Italiens vom Dreibund. Die Gefahr, daß Crispi dem englischen und den übrigen Kabinetten die Verhinderung des *jetzigen* Plans übelnimmt, ist daher die geringere Gefahr, um so mehr, da Italien sich eher von Deutschland und Österreich als auch noch von England trennen wird. Italien, wenn allein auf die Freundschaft von Frankreich und Rußland angewiesen und ohne Aussicht auf das Gegengewicht, welches England zur See bietet, hat eine hoffnungslose Zukunft. Crispi fühlt auch, daß die Trennung von England ihm von der öffentlichen Meinung verdacht werden würde, und wird sich deshalb nach der englischen Entscheidung richten, falls diese

bestimmt genug ist. Crispis letzte Antwort an Graf Solms ist Ihnen mitgeteilt. Sie lautete: „Crispi erwarte noch Bericht aus London. Es werde nur übrigbleiben, das Ereignis der Besitzergreifung von Tunis abzuwarten und bei Eintritt desselben wegen Tripolis zu verhandeln.“ Letzteres ist also sein Plan für den Fall, daß England gegen dies sofortige unmotivierte Anschneiden der Türkei Einspruch erhebt.

Lord Salisbury hat somit das Spiel in der Hand. Geschieht Unheil, so ist seine Unentschlossenheit schuld daran. Sagt er mit Entschiedenheit nein, für jetzt, macht aber Versprechungen für die Zukunft, so beruhigt Crispi sich unbedingt; an Solms hat er es bereits gesagt.

Ein Gutes hat dieser Zwischenfall. Er wird die englische Regierung überzeugen, daß angesichts der vorhandenen Begehrlichkeiten England zur Wahrung der eigenen Interessen im Mittelmeer entschiedener als bisher Stellung nehmen muß, zunächst diplomatisch.

Falls Sie vorstehende Ansichten teilen, rate ich, ohne Zeitverlust Salisbury davon zu informieren, daß nach Mitteilung von Solms Crispi seine Haltung von der englischen Entscheidung abhängig macht, daß Salisbury also in der Lage ist, deutlich reden zu können.

Von nützlicher Wirkung auf Crispis Eigenliebe wäre auch die Andeutung, daß der angebliche Erbvertrag vom 9. Juli damals kaum hat geschlossen werden können, da der französische Generalresident erst am 13. von Frankreich nach Tunis zurückgekehrt ist; daß es sich daher um eine absichtliche französische Beunruhigung handelt, die den doppelten Zweck verfolgt, Italien für ein Linsengericht (Barka) zum Verzicht auf seine ganze bisherige nordafrikanische Politik zu veranlassen und dadurch gleichzeitig Italiens Politik von der Politik aller seiner bisherigen Freunde zu trennen, d. h. es zu isolieren.

Holstein

Nr. 1891

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 London, den 3. August 1890

Geheim

Nach Anlage zu Erlaß Nr. 583* setzt Herr Crispi französische Geneigtheit zu Konzessionen in Tripolis voraus[1], und die durch Telegramm Nr. 186** (?) gemeldeten Äußerungen des hiesigen französischen Botschafters stehen damit nicht im Widerspruch, da bisher nicht nachgewiesen ist, daß der Eindruck Lord Salisburys bezüglich Einschränkung auf Barka begründet, und letztere in Paris beabsichtigt wird.

* Identisch mit dem in Nr. 1881, S. 257, Fußnote ** zitierten Berichte des Grafen Solms vom 23. Juli (Nr. 228).
** Siehe Nr. 1887.

Äußerstenfalls wäre daher vertrauliche Anfrage in Paris[2] auf dieser Basis nicht ausgeschlossen, wobei Frankreich, wenn es in Tunis vorgehen will, die Verhandlung mit dem Sultan wegen Tripolis, daher auch das Odium derselben, zuzuschieben wäre.

Nach ganz vertraulichen Äußerungen meines italienischen Kollegen, welcher angeblich nach Kräften in Rom beruhigt, besorgt Herr Crispi, daß die befreundeten Mächte seinen Wünschen höflich auszuweichen suchen. Bei der Lage der Dinge in Italien und der Persönlichkeit des Herrn Crispi erscheint es gefährlich, wenn sich dieser Eindruck festsetzt, und ich halte deshalb für dringend geboten, ihn vor allem durch bereitwillige und eingehende Besprechung seiner Interessen[3] unter den drei Mächten und mit ihm von bedenklichen Seitenwegen abzuhalten. Der in den Vordergrund zu stellende Gedanke einer eventuellen[4] Zusicherung bezüglich Tripolis durch die drei[5] Mächte dürfte dazu wenigstens vorläufig[6] genügen.

Ich werde mich, falls ich keine andere Weisung erhalte, für ermächtigt halten, in diesem Sinne auf Lord Salisbury einzuwirken, welcher aber voraussichtlich erst Donnerstag nach Osborne befohlen wird. Im Fall der Dringlichkeit könnte ich mit Genehmigung Seiner Majestät auf einen Tag hierher zurückkehren und bitte eventuell um telegraphische Weisung[7]. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen von Caprivis:

[1] Es kommt aber nicht auf Frankreich an, sondern auf die Türkei

[2] durch wen? daß wir und ebensowenig England nicht das mindeste Interesse haben, dem Sultan die Amputation von Tripolis vorzuschlagen, scheint mir zweifellos. Frankreich aber wird nach wie vor in Abrede stellen, daß es in Tunis vorgehn will. Kann Italien den Sultan fragen? und was wird es tun, wenn er nein sagt? Auch auf diesem Wege kann Italien sich Rußland nähern.

[3] Ganz schön; durch Besprechen bekommt er aber Tripolis nicht, wenn der Türke nicht überredet wird. Wer hat mehr Chance, das zu erreichen, England und wir oder Rußland und Frankreich? Schützt Besprechen vor dem Seitenwege nach Rußland?

[4] in welchem Fall? nach der Annexion von Tunis oder nach einem Kriege?

[5] wie steht Österreich zur Sache?

[6] was denn noch mehr?

[7] wozu?

Nr. 1892

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt, z. Z. in Osborne

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 596 Berlin, den 5. August 1890

Geheim

Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 192 vom 3.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich teile vollständig die Ansicht Euerer Exzellenz,

---

* Siehe Nr. 1891.

daß es gefährlich und daher zu vermeiden ist, daß sich bei Herrn Crispi der Gedanke festsetzt, die befreundeten Mächte suchten seinen Wünschen auszuweichen. Jetzt, wo die Verhandlungen zunächst ausschließlich zwischen Herrn Crispi und Lord Salisbury privatim geführt werden, sind wir allerdings kaum in der Lage, in Rom direkt beruhigend einzuwirken; wir hoffen aber, daß dies Lord Salisbury gelingen wird. Sein Wort wird in Rom um so mehr Gewicht haben, als Italien ohne England nicht imstande ist, seine Mittelmeerinteressen auf die Dauer zu wahren. Schon aus diesem Grrunde ist es mir erwünscht, daß zurzeit der Schwerpunkt der Verhandlungen in London liegt. Denn eine den italienischen Aspirationen vielleicht nicht ganz entsprechende Antwort aus London wird eher geeignet sein, Herrn Crispi von überstürztem Vorgehen abzuhalten, ohne ihn aus dem Dreibund zu drängen, als eine gleiche Äußerung von deutscher Seite, die bei ihm den Eindruck hervorrufen könnte, als wollten wir den uns vertragsmäßig obliegenden Verbindlichkeiten ausweichen.

Wenn nun in der englischen Antwort auf die Crispischen Eröffnungen den Italienern Versprechungen der drei Mächte für die Zukunft bezüglich Tripolis in Aussicht gestellt werden können, so wird dies auch nach meiner Ansicht zur Beruhigung und Befriedigung Italiens genügen, wie Euere Exzellenz sagen, „vorläufig" d. h. bis zur Einlösung des damit ausgestellten Wechsels — also nach einem eventuellen Krieg oder bei sonstiger Aufteilung der Türkei —. Wir würden deshalb geneigt sein, uns mit England und Österreich über Zusicherungen an Italien zu verständigen, dahingehend, daß Tripolis keiner andern Macht zufallen soll. Euerer Exzellenz stelle ich in dieser Beziehung ergebenst anheim, schon jetzt Lord Salisbury zu sagen, wir ermächtigten ihn, in seiner Antwort an Crispi auf unsere Bereitwilligkeit in der gedachten Richtung Bezug zu nehmen.

Nach der Euerer Exzellenz heute mittelst besondern Erlasses zugehenden Äußerung des Grafen Kálnoky zu der uns beschäftigenden Frage* scheint auch Österreich gewillt, sich der italienischen Mittelmeerinteressen anzunehmen. Italien würde durch eine derartige Zusicherung eine sichere Anwartschaft auf Tripolis ohne jegliches Opfer, selbst ohne jede neue Verbindlichkeit seinerseits erwerben.

Sollte sich Italien jedoch mit einem solchen Wechsel auf die Zukunft nicht zufrieden geben, so würde nur der sofortige Erwerb von Tripolis als Ziel seiner Wünsche übrigbleiben. Dieser Erwerb könnte ihm von den befreundeten Mächten nicht angeboten werden. Es fehlt denselben nicht nur jedes Recht, sondern selbst jeder Vor-

---

* Es handelt sich um einen Erlaß des Grafen Kálnoky an den österreichischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi vom 29. Juli 1890, nach dem Österreich vollkommen bereit wäre, sich etwaigen diplomatischen Schritten anzuschließen, welche die in erster Linie interessierten befreundeten Kabinette in Konstantinopel oder Paris notwendig finden sollten.

wand, der Türkei mitten im Frieden eine Provinz mit Gewalt zu entreißen. Eine gutwillige Abtretung von Tripolis durch den Sultan, selbst gegen Entschädigung, ist aber ebenfalls ausgeschlossen. Die Loslösung dieser nordafrikanischen Provinz, die einen integrierenden Teil des türkischen Reichs bildet, und die wesentlich von Arabern, zum Teil einflußreichen Oberhäuptern religiöser Sekten, bewohnt wird, würde die größte Erbitterung unter sämtlichen arabischen und überhaupt rechtgläubigen Untertanen des Sultans hervorrufen. Dieser ist aber gerade in seiner Stellung als Kalif stets ängstlich bestrebt, sich die Gunst der Araber zu erhalten. Selbst wenn er persönlich aus international-politischen Gründen zu einer Abtretung von Tripolis geneigt wäre, würde es der Sultan aus innerpolitischen Gründen nie wagen, offen seine Einwilligung zur Auslieferung jener Provinz an eine ungläubige Macht auszusprechen.

Dafür läßt sich das Beispiel von Tunis anführen. Alle französische Liebedienerei in Konstantinopel hat es ebensowenig wie französische Drohungen bisher vermocht, den Sultan zur Anerkennung des Bardovertrags zu bewegen, obgleich dieser Frankreich nur das Protektorat über ein mit der Türkei in sehr losem Zusammenhang stehendes Land gewährt.

Die Einwirkung der befreundeten Mächte in Konstantinopel im Sinne einer freiwilligen Abtretung von Tripolis an Italien wäre daher völlig aussichtslos; eine bloße derartige Zumutung an den Sultan würde aber den Freunden Italiens, England voran, auf unabsehbare Zeit ihren ganzen Kredit in Konstantinopel kosten und die Türkei unwiederbringlich in Rußlands Arme treiben, d. h. die Meerengen in den russischen Machtbereich bringen. Was die andere Möglichkeit, die gewaltsame Abtrennung Tripolitaniens von der Türkei mitten im Frieden, betrifft, so wird sich dazu nur der entschließen, der sich nicht scheut, bewußterweise den allgemeinen Brand durch eine Handlung zu entfachen, bei der Recht und Moralität nicht auf seiner Seite sind, auch nicht dem Scheine nach.

Eine Befriedigung Italiens durch sofortige Besetzung von Tripolis muß also auf diesem Wege als ausgeschlossen bezeichnet werden.

Es bleibt dann noch eine Verständigung zwischen Italien und Frankreich übrig. Daran können und wollen wir Herrn Crispi nicht hindern. Wir werden ihm aber zu bedenken geben, daß auch Frankreich ihm zunächst nur die platonische Zustimmung zur Besetzung einer einem Dritten gehörigen Provinz erteilen kann.

Die Sache liegt dann so: die drei Mächte bieten Italien die feste Aussicht auf den bedingungslosen Besitz von ganz Tripolitanien; französischerseits erhält Italien ebenfalls nur eine Aussicht für die Zukunft, diese beschränkt sich aber auf ein geringeres Objekt und ist an die Bedingung geknüpft, daß Italien der Annexion von Tunis ohne Protest zusieht. Ich will dahingestellt sein lassen, wieviel Frankreich von

dem westlichen Teil von Tripolis, d. h. dem außer Barka fruchtbarsten Lande, für sich selbst beanspruchen würde; jedenfalls würde Herr Crispi die Annexion von Tunis mit seinen 10 000 italienischen Kolonisten an Frankreich sanktionieren müssen.

Soll aber die französische Zustimmung zu einer italienischen Besetzung von Tripolis mehr als einen platonischen Wert haben, mehr gewähren als eine zukünftige Aussicht, so wird Frankreich den Italienern das versprochene Objekt auch verschaffen müssen. Das wird Frankreich ebensowenig gelingen wie einer andern Macht, und der Schlußerfolg einer Verhandlung Italiens mit Frankreich über Tripolis kann daher immer nur der sein, daß Frankreich mit Italiens Einverständnis Tunis formell annektiert, während Italien, wenn es nicht einen Eroberungskrieg gegen die Türkei führen will, mit der Anwartschaft auf Tripolis sitzen bleibt, die ihm die befreundeten Mächte ebenfalls bieten — nur ohne jene unangenehme Zugabe eines anerkannten französischen Tunis.

Nach diesen Erwägungen wird sich Herr Crispi als Staatsmann selbst sagen, auf welcher Seite für ihn der größere Vorteil liegt.

Euere Exzellenz sind ermächtigt, sich im Sinne des Vorstehenden gegen Lord Salisbury auszusprechen.

v. Caprivi

Nr. 1893

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 197 London, den 9. August 1890

Geheim

Antwort auf Erlaß Nr. 596*.

Lord Salisbury glaubt nicht an ernstliche Gefahr, daß Herr Crispi abwartende Haltung bezüglich Tripolis aufgeben oder sich Frankreich nähern wird, gibt aber Möglichkeit und gleichzeitig die eventuelle Notwendigkeit zu, jener Gefahr möglichst vorzubeugen, wobei jedoch alles zu vermeiden wäre, was den Frieden gefährden oder den Sultan mißtrauisch machen könnte.

Von diesem Gesichtspunkt will Lord Salisbury durch nächsten, am 15. d. Mts. hier abgehenden Kurier Lord Dufferin beauftragen, sich durch ganz vertrauliche Besprechung mit Herrn Crispi zu überzeugen, ob derselbe an abwartender Haltung und an seinen bisherigen politischen Verpflichtungen festhält oder auf Zusicherungen der befreundeten Mächte besteht.

Im letzteren Fall und namentlich, wenn Lord Dufferin sich über-

* Siehe Nr. 1892.

zeugt, daß Ablehnung den Sturz des Herrn Crispi oder Wechsel der italienischen Politik herbeiführen könnte, wird der Botschafter ermächtigt sein, Herrn Crispi streng vertraulich mitzuteilen, daß Lord Salisbury, obgleich er alles vermeiden müsse, was den Frieden gefährden oder Mißtrauen des Sultans erwecken könnte, zu mündlichen Zusicherungen für die Zukunft nach Maßgabe des Möglichen und unter Berücksichtigung der anerkannten Rechte des Sultans bereit sein würde. Er würde hiernach das spezielle und ausschließliche Interesse Italiens anerkennen können à veiller au maintien du statu quo et de la souveraineté du Sultan dans toute l'étendue de la province de Tripolie.

Lord Dufferin würde eventuell hinzufügen, daß Lord Salisbury sich gleicher Bereitwilligkeit Deutschlands sicher glaube und im Fall der Zustimmung des Herrn Crispi dieselbe Zusicherung auch in Wien befürworten würde.

Zu einer schriftlichen Zusicherung kann sich Lord Salisbury aus Besorgnis vor Indiskretionen in Konstantinopel noch nicht entschließen, würde aber, wie ich glaube, darin im Laufe der Verhandlung noch zu einer Konzession zu bringen sein.

Sehr wertvoll scheint mir vorläufig, daß England damit jedenfalls leitende Rolle in Rom übernehmen würde. Bitte deshalb um Ermächtigung, mich zustimmend auszusprechen. Ich sehe den Premierminister, welcher Mittwoch Urlaub antritt, Montag nachmittag.

Hatzfeldt

Nr. 1894

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 183 Berlin, den 10. August 1890

Ew. erhalten hiermit die am Schluß Ihres Telegramms Nr. 197 von gestern* beantragte Ermächtigung.

Der von Lord Salisbury in Aussicht genommene Schritt würde, wenn ausgeführt, Deutschland wesentlich erleichtern, welches bisher allein steht mit einer ausdrücklichen Verpflichtung hinsichtlich Tripolis. Darin lag eben für uns die Gefahr bei dem letzten Zwischenfall. Ew. wollen es daher als Ziel Ihrer jetzigen Verhandlungen mit Lord Salisbury ansehen, Deutschland aus dieser Isolierung herauszubringen, wobei von vornherein anzunehmen ist, daß die von England und Österreich zu wählende Form der Verpflichtung nicht so kategorisch sein wird wie die unsrige, welche Ew. ja kennen. Eine Erwähnung unsrer Verpflichtung würde natürlich nicht ersprießlich sein, weil Lord Salisbury dann vielleicht meinen wird, Italien sei bereits genügend geschützt.

---

* Siehe Nr. 1893.

Der in Ew. Telegramm wiedergegebene französische Text würde als Erklärung der Mächte immerhin bedeutsam sein, weil er anerkennt, daß Italien in Tripolis Rechte zu verteidigen hat, daß also die italienische Defensive sich auch auf Tripolis erstreckt. Österreich hat vor 3½ Jahren seinerseits eine derartige Erklärung abgelehnt, als die Anregung durch uns übermittelt wurde*. Wahrscheinlich wird aber das Wiener Kabinett Anstand nehmen, einen von England ausgehenden Vorschlag als zu bedenklich zu bezeichnen. Deshalb scheint es nützlich, wenn Lord Salisbury allein mit Wien verhandelt. In Wien weiß man, daß wir engagiert sind, es ist daher fraglich, welchen Wert man unserm Zureden beilegen würde. Auch könnte man bei uns aggressive Hintergedanken gegen Frankreich argwöhnen, was bei England ausgeschlossen ist. Wir werden also abwarten, bis Wien uns fragt.

Mit der mündlichen Form dürfte freilich Herr Crispi, wenn er aufrichtig ist, sich kaum befriedigt erklären, weil dieselbe allerdings geeignet sein würde, seinem von Ew. neulich mitgeteilten Verdachte Nahrung zu geben, daß die Mächte ihre Verpflichtungen gegen Italien nicht ernst nehmen wollen.

Marschall

Nr. 1895

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 244 Rom, den 11. August 1890

Herr Crispi bestätigte mir gestern, daß er sich über die der tunesischen Frage gegenüber einzunehmende Haltung mit Lord Salisbury direkt verständigt hat.

Nähere Angaben bezüglich seines Übereinkommens mit dem englischen Minister machte er mir nicht, doch konnte ich seinen Äußerungen entnehmen, daß er der englischen Unterstützung in dieser Angelegenheit auch für die Zukunft vollkommen sicher zu sein glaubt**.

Er schloß mit der Bemerkung: „Nachdem Frankreich die Existenz

---

* Vgl. Bd. IV, Nr. 845.

** Lord Salisburys Brief an Crispi vom 4. August (mitgeteilt bei Palamenghi-Crispi a. a. O. S. 468) enthält zwar in seinem ersten Teil die Zusicherung: „Les intérêts politiques de la Grande Brétagne aussi bien que ceux de l'Italie ne comportent pas que la Tripolitaine ait une destinée semblable à la Tunisie. Il faut absolument parer à une telle éventualité quand elle nous menacera"; er betont dann aber, daß diese Gefahr noch in weiter Ferne liege und mahnt Crispi eindringlich „d'agir avec beaucoup de circonspection et de patience dans cette affaire, et, tant que les desseins de la France n'ont pas pris corps d'éviter toute action qui pourrait nous compromettre irrévocablement avec le Sultan".

des Vertrages mit dem Bey von Tunis bestimmt leugnet, können wir nunmehr in aller Ruhe abwarten, was die Franzosen in Tunis tun werden[1]".

Graf Solms

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das hätte er sich schon vor 4 Wochen sagen können und uns allen viel Tinte erspart.

Nr. 1896

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 249 Rom, den 26. August 1890

Geheim

Ich hatte gestern Gelegenheit, Herrn Crispi gegenüber die Frage zur Sprache zu bringen, ob und wie ein Hineinziehen von Tripolis in das englisch-italienische Abkommen der neun Punkte zu ermöglichen wäre, da Tripolis in dem Vertrage nicht genannt ist.

Herr Crispi entgegnete mir, dies sei nicht mehr nötig. England (also Lord Salisbury) habe mündlich und schriftlich in jeder Weise anerkannt, daß Tripolis über lang oder kurz in den Besitz Italiens übergehen müsse, weil, wenn Frankreich sich auch über Tripolis ausbreite, der status quo im Mittelmeere gestört sein würde. Die Besitznahme von Tripolis durch Italien würde erfolgen müssen, sobald Frankreich die Souveränität über Tunis ausspreche. England wünsche ebenso wie Italien, daß sich diese Besitzergreifung in friedlicher Weise vollziehe, und werde seinerzeit in diesem Sinne wirken, denn, setzte Herr Crispi hinzu: „Wir haben alle das größte Interessse, den Krieg zu vermeiden; keinenfalls aber würde Italien zulassen können, daß Frankreich durch die Annexion von Tunis und Tripolis sich in den Besitz der ganzen Nordküste Afrikas von Marokko bis Ägypten setzt."

England wünsche, und er, Herr Crispi, sei damit auch ganz einverstanden, daß Italien sich ruhig verhalte, solange die Franzosen ihr jetziges Verhältnis zu Tunis unverändert aufrechterhalten.

Die italienische Regierung sei daher entschlossen abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Nach der oben angeführten Mitteilung des Herrn Crispi darf ich annehmen, daß Lord Salisbury die von ihm nach Inhalt des hohen telegraphischen Erlasses Nr. 63 vom 13. d. Mts. beabsichtigte Erklärung, Italien habe ein berechtigtes Interesse, den status quo in ganz Tripolis zu überwachen, in einer noch weitgehendern Weise auch schriftlich abgegeben hat*.

Graf Solms

---

* Vgl. Nr. 1895, Fußnote.

Nr. 1897

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 752 — Berlin, den 5. November 1890
[abgegangen am 6. November]

Ew. beehre ich mich, anbei ein italienisches Promemoria, eine Unterredung des Herrn Reßmann mit Herrn Ribot betreffend, abschriftlich zu übersenden. Herr Ribot hat danach die italienischen Anträge wegen Biserta mit Entschiedenheit und nicht ohne Ironie zurückgewiesen*.

In einem Privatbriefe an den Grafen Launay äußert Herr Crispi, der französische Minister würde in diesem Tone nicht gesprochen haben, wenn er nicht von der Apathie Englands überzeugt wäre.

Ich habe dem Grafen Launay gesagt, daß die englische Regierung sich nicht nervöser zeigen dürfe als die öffentliche Meinung, und daß letztere sich noch gegenwärtig nicht beunruhigt wegen Bisertas zeige. Dies schließe nicht aus, daß England im Falle einer wirklichen Bedrohung von seiten Frankreichs gegen die Herstellung einer französischen Monopolmacht im Mittelmeer Front machen werde.

In diesem Sinne wird voraussichtlich auch der Herr Reichskanzler mit Herrn Crispi reden**.

Marschall

Nr. 1898

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 231 — Berlin, den 27. Dezember 1890

Es liegt eine neue Vorstellung der italienischen Regierung vor wegen angeblicher Bedrohung von Tripolis durch Frankreich und wegen

* Es hieß in dem vom 3. November datierten italienischen „Promemoria" bezüglich der Äußerungen Ribots: „Monsieur Ribot répondait en alléguant que les travaux entrepris par la Compagnie du Port de Bizerta étaient faits sous l'égide du Bey, qui, dans sa qualité de Souverain, avait le droit incontestable de les poursuivre. L'engagement de ne point les exécuter ne résultait d'ailleurs d'aucun traité formel: et de simples conversations, ou notes diplomatiques — comme celle de Mr. Barthélemy St. Hilaire qui lui était bien connue et que la voix publique avait qualifiée dans le temps comme antipatriotique — ne sauraient tenir lieu d'un pareil traité. Les travaux projetés ne constituaient du reste une menace pour personne, la construction du nouveau canal de Bizerta devait par contre profiter à tout le monde et à l'Italie en premier lieu au surplus."

** Über die Unterredungen Caprivis mit Crispi in Mailand und die dabei über Biserta gefallenen Äußerungen siehe Bd. VII, Nr. 1395.

der Bauten in Biserta. Die betreffenden Schriftstücke werden Ew. zugehen.

Zunächst habe ich heute an Herrn von Radowitz folgendes Telegramm gerichtet:

„Die neuerdings in der französischen Presse halbversteckt auftauchende Notiz von einer wünschenswerten Grenzregulierung zwischen Tunis und Tripolis scheint nach Mitteilungen von beachtenswerter Seite ein ballon d'essai zu sein. Frankreich soll schon jetzt oder demnächst sich bemühen, unter dem Titel „Grenzregulierung" die Zustimmung der Pforte für die Annexion des tripolitanischen Hinterlandes zu erlangen. Man darf annehmen, daß hierbei das französischerseits künstlich genährte Mißtrauen des Sultans gegen Italien als diplomatischer Hebel benutzt werden wird, um die Wichtigkeit der französischen Freundschaft hervorzuheben.

Durch eine territoriale Konzession gegenüber Frankreich würde die Pforte ein bedenkliches Präzedenz schaffen und denjenigen Mächten, welche wie wir die Integrität des türkischen Reichs gewahrt sehen möchten, den Boden für diplomatische Aktion entziehen, jetzt und später.

Ew. wollen vorstehende Gesichtspunkte auf sicherm Wege vertraulich zur Kenntnis des Sultans gelangen lassen. Vielleicht wird bei der Gelegenheit in Erfahrung zu bringen sein, ob die französischen Verhandlungen bereits im Gange sind."

Ew. bitte ich, diese Instruktion baldmöglich zur Kenntnis von Lord Salisbury zu bringen und ihm darzulegen, daß die Mitwirkung von Sir W. White bei diesem diplomatischen Schritt in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft sein würde:

erstens als Betätigung der deutsch-englischen guten Beziehungen, deren Eindruck auf die Türken schon in der Beratfrage erkennbar war;

zweitens als Stärkung des — auch vom deutschen Gesichtspunkt aus wichtigen — Vertrauens von Crispi zur englischen Regierung;

drittens als Vorbeugung etwaiger späterer Anträge Crispis auf Abtretung von Tripolis an Italien.

Lord Salisbury wird unzweifelhaft die diesseitige Auffassung teilen, daß wir mit Crispis Eigenart rechnen müssen und uns seinen nicht ganz unbegründeten Beängstigungen gegenüber nicht immer ablehnend und teilnahmlos verhalten können, ohne schließlich die Festigkeit der gegenwärtigen politischen Gruppierung zu gefährden.

Lord Salisbury wird ermessen, ob es sich vielleicht bei diesem Anlaß empfiehlt, nach der Vorstellung in Konstantinopel Herrn Crispi anzudeuten, die diplomatische Lage sei deswegen im Augenblick schwierig, weil die Pforte beängstigt sei durch Mitteilungen über angebliche Ansprüche Italiens auf Abtretung von Tripolis. Diese Besorgnisse seien nicht ohne Mühe zerstreut worden.

Was endlich eine amtliche Demarche wegen Biserta anlangt, so

haben wir die Auffassung, daß dieselbe für die jetzigen Anfänge jenes Bauunternehmens unverhältnismäßig ernst sein würde. Dagegen kann es nicht schaden, wenn die Botschafter in Paris einzeln und ganz vertraulich Herrn Ribot auf die Gefahr hinweisen, welcher die Ruhe Europas durch den neuerdings mit Eile und unnötigem Geräusch betriebnen Bau ausgesetzt wird.

Marschall

Nr. 1899

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 — Pera, den 29. Dezember 1890

Antwort auf Telegramm Nr. 75*.

Ich habe die Mitteilung vertraulich dem Sultan gemacht. Er ist dankbar für den Wink und erklärt sehr bestimmt, daß er jeden, wie immer gearteten Wunsch nach einer solchen Grenzberichtigung abweisen werde. Über bezügliche Vorgänge erfahre ich folgendes: Die Notwendigkeit, an der Grenze zwischen Tripolis und Tunis Streitigkeiten zu vermeiden, hatte Graf von Montebello in Abschiedsaudienz vor seiner Abreise bei dem Sultan zur Sprache gebracht. Anfangs dieses Monats verlangte der französische Generalkonsul in Tripolis vom Wali, daß die Einwohner des Grenzdistrikts Mokta von dort entfernt würden, weil die französischen Behörden diesen Distrikt als zu Tunis gehörig betrachteten. Dies hat die Pforte entschieden verweigert, und Minister Ribot dem türkischen Botschafter in Paris dann erklärt, die französischen Behörden seien angewiesen, den status quo in Tripolis zu respektieren. Seitdem ist hier nichts Derartiges von den Franzosen mehr angeregt worden; der hiesige Geschäftsträger hat dem Sultan erklären lassen, Frankreich dächte nicht daran, die Integrität des türkischen Besitzes zu verletzen.

Radowitz

Nr. 1900

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 9 — London, den 6. Januar 1891

Ganz vertraulich

In der ersten Zusammenkunft, die ich gestern mit Lord Salisbury seit dem Jahreswechsel hatte, habe ich die Gelegenheit zu einer vertraulichen politischen Besprechung benutzt und dabei an die In-

---

* Vgl. Nr. 1898.

struktionen* angeknüpft, die Eure Exzellenz mir infolge der letzten italienischen Vorstellung bezüglich Tripolis und Biserta hochgeneigtest haben zugehen lassen.

Als ich dabei den Namen des Herrn Crispi nannte, begegnete ich zunächst der skeptischen Auffassung, welche Lord Salisbury den so häufig wiederkehrenden und nicht immer maßvollen und zeitgemäßen Anregungen des italienischen Premierministers gewöhnlich entgegenbringt. Er bemerkte lachend: „Il parait que M. Crispi se plaint de ma froideur dans l'affaire de Biserta. Il me fait du reste continuellement des querelles d'amoureux.“ Hieran knüpfte er die Frage, ob es sich diesmal etwa um Kassala** handele, und ich hatte hieraus den Eindruck, daß Lord Salisbury auf eine Empfehlung der italienischen Wünsche in diesem Punkte durch uns gefaßt war, eine Vermutung, die ich sofort als unbegründet bezeichnete.

Es war mir nach diesen Äußerungen und bei der mir seit Jahren bekannten Auffassung des Premierministers in bezug auf alles, was von Rom kommt, nicht zweifelhaft, daß das nochmalige Drängen des Herrn Crispi in den schon so oft besprochenen beiden Fragen hier auch mit unserer Befürwortung wenig Eindruck machen würde, wenn es mir nicht gelänge, höhere und allgemeinere Gesichtspunkte dafür geltend zu machen.

Nachdem ich nochmals, wie schon so oft, darauf hingewiesen hatte, daß wir im eigenen politischen Interesse auf die Eigenart des Herrn Crispi, dessen Erhaltung für England wie für die Tripelallianz von der größten Wichtigkeit sei, eine gewisse Rücksicht zu nehmen hätten, bemühte ich mich an der Hand des zu meiner Verfügung gestellten Materials den Nachweis zu führen, daß Frankreich heute planmäßig darauf ausgehe, den ganzen Norden von Afrika einschließlich des Mittelmeeres unter seine Gewalt zu bringen, und daß die ungehemmte Ausführung dieses Planes auf die Dauer nicht nur in Rom, sondern auch in Konstantinopel politische Rückwirkungen haben müsse, die auch die englischen Interessen empfindlich berühren würden.

Als ich Konstantinopel erwähnte, rief Lord Salisbury aus: „Qu'est ce que le Sultan veut? Il ne fait rien du tout. S'il nous appelait, nous pourrions y aller.“ Ich erwiderte ihm, daß dies eine Frage der Zeit sei. Inzwischen arbeite Frankreich dort unausgesetzt daran, den Sultan gegen die Tripelallianz, namentlich gegen Italien einzunehmen und ihn in das eigene Lager zu ziehen. Graf Montebello habe bereits eine Grenzberichtigung in Tripolis angeregt, während der französische Konsul in Tripolis eine ähnliche Forderung gestellt habe, und es lasse sich wohl nicht bezweifeln, daß der Sultan, um ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen, darauf hingewiesen werde, daß Italien Absichten auf

---

* Siehe Nr. 1898.

** Vgl. darüber Kap. LIV, A.

Tripolis verfolge, und daß die französische Freundschaft ihn gegen solche Gelüste am besten schützen würde. Unter diesen Umständen habe Herr von Radowitz den Sultan ganz vertraulich darauf aufmerksam gemacht, daß er durch eine territoriale Konzession denjenigen Mächten, welche die Integrität der Türkei im Auge hätten, ihre diplomatische Aufgabe erschweren würde. Dem Zwischenfall sei nunmehr durch eine Erklärung des Sultans, welcher jede territoriale Konzession abgelehnt habe, die Spitze abgebrochen worden*.

Als Lord Salisbury hier die Frage aufwarf, was er, da der Zwischenfall erledigt sei, in der Sache tun könne, erwiderte ich ihm, daß auch eine nachträgliche übereinstimmende Äußerung Sir William Whites die vorteilhafteste Wirkung ausüben würde. Nicht nur werde sie den Sultan für kommende Fälle in seiner ablehnenden Haltung befestigen, sondern für die englische Regierung selbst den Vorteil haben, von dem sie sich in der Beratfrage** habe überzeugen können, dem Sultan klarzumachen, daß England nicht mehr isoliert stehe, und daß mit seinen Wünschen und Ratschlägen mehr als früher gerechnet werden müsse. Lord Salisbury stellte dies nicht in Abrede, hatte aber zunächst noch Bedenken, ob auf die türkische Diskretion gerechnet werden könne. Ich erwiderte ihm hierauf, daß Sir William White nach meinen persönlichen Erfahrungen vollständig in der Lage sei, seine Meinung mit Umgehung der Pforte direkt und auf sicherem Wege zur Kenntnis des Sultans zu bringen. Der Premierminister erklärte sich hierauf schließlich bereit, wenn ich es wirklich für geraten hielte, und wir es wünschten, den englischen Botschafter mit einer entsprechenden Instruktion zu versehen. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß dieselbe zur Ausführung gelangen wird, falls nicht etwa Sir William White dagegen remonstriert, und möchte deshalb gehorsamst anheimstellen, Herrn von Radowitz zur vertraulichen Besprechung der Sache mit seinem englischen Kollegen zu ermächtigen.

Hieran anknüpfend machte ich Lord Salisbury darauf aufmerksam, daß sein Anschluß an die Demarche des Herrn von Radowitz ihm auch einen vielleicht erwünschten Anlaß geben würde, in Rom den Nachweis zu führen, daß er sich der italienischen Interessen in Tripolis angenommen habe, und gleichzeitig Herrn Crispi freundschaftlich zur Geduld in bezug auf die eigenen Wünsche in Tripolis zu ermahnen. Auch hierin zeigte sich Lord Salisbury geneigt, unseren Ratschlägen zu folgen, und ich habe den Eindruck, daß er dies um so bereitwilliger tun würde, wenn ich ihm eventuell sagen könnte, daß Graf Solms sich dann in demselben Sinne in Rom aussprechen würde.

Ich ging nunmehr zur ganz vertraulichen Erörterung der Frage über, welche politischen Rückwirkungen meines Erachtens für Eng-

---

* Vgl. Nr. 1899.
** Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LV, Nr. 2105.

land und die Tripelallianz in Rom eintreten könnten, wenn die planmäßige Ausbreitung Frankreichs im Norden von Afrika ungehemmt vor sich ginge. Als selbstverständlich stellte ich dabei in den Vordergrund, daß wir ganz wie England vor allem die Erhaltung des Friedens im Auge hätten, daß ich daher auch die vorliegende Frage von diesem Standpunkt aus betrachten müsse und dabei auf seine Zustimmung glaubte rechnen zu dürfen. Auch die Versicherung könnte ich ihm geben, daß die Kaiserliche Regierung sich für die Klagen des Herrn Crispi in bezug auf Biserta nicht mehr als bisher erhitze und nicht daran denke, ihm zuliebe sich und andere der Gefahr von Komplikationen mit Frankreich auszusetzen. Auf der anderen Seite lasse sich aber nach allen darüber vorliegenden Daten heute nicht mehr verkennen, daß der Ausbau eines Kriegshafens beabsichtigt und verfolgt werde, wenn sich auch darüber streiten lasse, welchen Zeitraum die Fertigstellung der Arbeiten erfordern werde. Die Frage, die wir und England uns dabei vorzulegen hätten, sei meines Erachtens die, in welche Lage Italien nach der Fertigstellung geraten werde, wenn es dann trotz aller unserer Bemühungen einmal zum Kriege kommen sollte. Mit Recht oder mit Unrecht vertrete Herr Crispi die dort ziemlich allgemein verbreitete Ansicht, daß Italien der dann von Biserta drohenden Gefahr nur durch starke Besetzung Siziliens begegnen und außerdem genötigt sein würde, den größten Teil seiner Kräfte an der italienischen Küste zu konzentrieren. Es liege auf der Hand, welche Erleichterung dies für die anderweitigen militärischen Operationen Frankreichs in einem solchen Falle bedeuten würde, und Lord Salisbury werde selbst ermessen, daß England, wenn es dann seiner Aufgabe gerecht werden und namentlich Italien vor einer raschen Niederwerfung durch Frankreich schützen wolle, zu weit größeren Anstrengungen genötigt sein würde, als dies ohne den Stützpunkt von Biserta für Frankreich voraussichtlich der Fall sein würde.

Lord Salisbury erwiderte mir mit großer Offenheit, daß er die Absicht, einen Kriegshafen zu schaffen, so wenig wie ich bezweifle, auch die Richtigkeit meiner Ausführungen über die möglichen und auch für England unerwünschten politischen Rückwirkungen in der Zukunft keineswegs in Abrede stelle. Vorläufig sei es aber noch nicht so weit, es handle sich offiziell um einen Handelshafen, und dagegen zu remonstrieren sei für ihn, wie er mir oft gesagt, eine Unmöglichkeit. Diese Situation könne sich aber natürlich ändern, wenn der kriegerische Charakter der von Frankreich unternommenen Arbeiten bestimmter hervortrete und auch äußerlich unzweifelhaft werde.

Hierbei glaubte ich den Minister vorläufig festhalten und die Frage aufwerfen zu sollen, warum er, wenn dies seine Meinung sei, Herrn Crispi in dem Glauben lasse, daß er von England in der Frage keinerlei Unterstützung zu erwarten habe. Der italienische Minister nehme offenbar an, daß Lord Salisbury, der jede Anregung desselben

bisher einfach ablehne, der Sache vollständig gleichgültig gegenüberstehe und sich über die Gefahren der Zukunft täusche. Es scheine mir, daß die Verstimmung des Herrn Crispi hierüber gehoben oder doch wesentlich abgeschwächt werden könnte, wenn Lord Salisbury seiner bisherigen prinzipiellen Ablehnung die Versicherung hinzufügen wollte, daß er im Interesse Italiens den Vorgängen in Biserta die gebührende Beachtung schenke und, falls der kriegerische Charakter der fraglichen Arbeiten evident werde, gern geneigt sein werde, die dann geeigneten Schritte in Erwägung zu ziehen. Lord Salisbury ging bereitwillig auf diesen Gedanken ein, indem er sich seine Zusage notierte, und bemerkte nur dazu, daß er selbstverständlich Herrn Crispi keine kriegerische Aktion in Aussicht stellen könne. Graf Solms wird daher, wie ich hoffen darf, bald in der Lage sein, feststellen zu können, welchen Eindruck die fragliche Eröffnung auf den italienischen Minister gemacht hat.

Soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, wäre es dieser Bereitwilligkeit Lord Salisburys gegenüber nicht ratsam gewesen, heute schon in der Frage mehr, namentlich irgendeine Demarche des englischen Botschafters in Paris von ihm zu verlangen. Falls Eure Exzellenz damit einverstanden sind, würde ich bei anderer Gelegenheit, nachdem die fragliche Eröffnung nach Rom abgegangen ist und dort eine günstige Aufnahme gefunden hat, hier den Gedanken anregen können, daß Lord Lytton in Übereinstimmung mit Graf Münster gelegentlich und in freundschaftlicher Form den Rat gibt, den Bau in Biserta nicht mit solcher Hast und soviel Geräusch zu betreiben. pp.*.

P. Hatzfeldt

Nr. 1901

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Pera, den 13. März 1891

Freiherr von Calice hat neuerdings telegraphisch Auftrag erhalten, der Pforte besondere Wachsamkeit gegenüber französischen Übergriffen auf türkisches Gebiet im Hinterland von Tripolitanien anzuempfehlen, damit dort nicht für Mittelmeerinteressen bedenkliche faits accomplis entständen. Wie mein österreichischer Kollege mir vertraulich sagt, wünscht Graf Kálnoky durch diese Demarche hier namentlich Solidarität mit Italien hervorzuheben und dem neuen italienischen Ministerpräsidenten** guten Willen zu zeigen. Freiherr von Calice

---

* Den Schluß des Hatzfeldtschen Berichts, der die Marokkofrage behandelt, siehe in dem Abschnitt „Die Marokkofrage" Nr. 1915.
** Marquis di Rudini.

hat Sir W. White und mich gefragt, ob wir ebenfalls im Anschluß an die früheren Schritte noch einmal namens unserer Regierungen in diesem Sinne uns hier aussprechen wollen. Sir W. White ist dazu bereit, ich nehme an, daß ich es gemäß der früheren Instruktion auch kann[1].

Radowitz

Randbemerkung von Caprivis:
[1] Einverstanden v. C.

Nr. 1902

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 23 Berlin, den 14. März 1891

Antwort auf Telegramm Nr. 33*.

Unsre Ansicht bleibt unverändert, und Ew. können dies bei geeigneter Gelegenheit bestätigen mit dem Bemerken, daß seit unserm ersten Schritt und seit dem Protest der Pforte in Paris die Angelegenheit sich zeitweilig beruhigt hat, wenigstens sind zu unsrer Kenntnis keine weiteren akuten Symptome gekommen, und Herr Ribot hat auch neuerdings dem italienischen Botschafter auf dessen Anfrage erklärt, die Nachrichten über Grenzverletzungen seien „übertrieben" gewesen. Der gegenwärtige Augenblick, wo die französische Regierung uns gegenüber ein schlechtes Gewissen**, und wo sie außerdem mit England Schwierigkeiten wegen Ägypten hat***, wäre ungünstig für aktive Politik gegen Tripolis. Zunächst wird die französische Diplomatie sich bemühen, die Türkei von England wegen der ägyptischen Frage zu trennen, sowie vorher versucht wurde, die tripolitanische Frage als Keil zwischen die Pforte und Italien zu schieben.

Marschall

Nr. 1903

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 111 Rom, den 12. April 1891
Geheim

pp. Auf meine Bemerkung, Herr Crispi habe Lord Salisbury manchmal etwas zu sehr gedrängt, namentlich wegen des Hafens von

---

* Siehe Nr. 1901.
** Vgl. die Schriftstücke über die Vorgänge bei dem Aufenthalt der Kaiserin Friedrich in Paris in Bd. VII, Nr. 1548ff.
*** Vgl. Kap. LIII, A.

Biserta, und sich damit wenig genützt, entgegnete der Marquis*, er messe dieser Frage keine große Bedeutung bei, denn wenn die Franzosen auf tunesischem Gebiete, wo sie zu Hause seien, einen Hafen anlegen wollten, so könne man sie schwer daran verhindern; es sei schon genug, die Anlage eines Kriegshafens durch gewisse Vorstellungen zu verzögern. pp.

Graf Solms

Nr. 1904

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 66 Therapia, den 2. Juni 1893

Der italienische Geschäftsträger** hat mich vor einigen Tagen aufgesucht und mir gesagt, daß nach Informationen, die ihm von seiner Regierung zugegangen seien, die aus türkischen und tunesischen bzw. französischen Offizieren gebildete Kommission zur Festsetzung der Grenze zwischen Tunis und Tripolis — worauf sich der hohe Erlaß Nr. 76 vom 9. März d. Js. bezog — ihre Arbeiten beendigt habe, und der türkische Kommissar Rifaat Bey bereits abgereist sei. Türkischerseits sei durch unwiderlegbare Dokumente der Beweis erbracht worden, daß das Gebiet von Tunis sich bis zur Linie Kassr Biban—Remada erstrecke, während französischerseits auch dieses Gebiet als zu Tunis gehörig beansprucht würde. Die Sache sei jetzt dem Sultan unterbreitet worden und stehe zu befürchten, daß Seine Majestät, dem französischen Drucke nachgebend, den Divergenzpunkt zwischen den Kommissarien der beiden Staaten im französischen Sinne entscheiden könnte. Es sei daher von Wichtigkeit, bei der Pforte die geeigneten Vorstellungen zu machen, um den Sultan zu verhindern, sich in dieser Frage nachgiebig zu zeigen. Er bitte mich daher, bei der Pforte im angegebenen Sinne einzuwirken und wolle das gleiche Ersuchen auch an die Botschafter von Großbritannien und von Österreich-Ungarn richten. Obgleich Italien in erster Linie daran interessiert sei, jede weitere Ausdehnung des französischen Einflusses im Mittelmeerbecken zu verhindern, wünsche er nicht, die Frage bei den türkischen Ministern zu berühren, weil jede Dazwischenkunft Italiens in die tripolitanischen Angelegenheiten von der Pforte mit Mißtrauen aufgenommen würde.

Ich habe dem Marquis Bisio geantwortet, daß bei allem Wohlwollen für die italienischen Wünsche ich ohne besondere Ermächti-

* Rudini.

** Marchese Guasco di Bisio.

gung Euerer Exzellenz eine Demarche bei der Pforte nicht machen könnte, weil dies als ein Hervortreten aus der Reserve gedeutet werden würde, die wir uns in allen Orientfragen auferlegt hätten; ich sei aber gern bereit, mich bei nächster Gelegenheit über den Stand der Frage beim Großwesir* zu informieren.

Wie mir Djevad Pascha, den ich einige Tage nach dieser Unterredung sprach, sagte, ist der türkische Kommissar Rifaat Bey eben erst mit den Dokumenten und den Protokollen der Delimitationskommission hier angekommen, die Pforte habe sich aber mit der Angelegenheit noch nicht befaßt. Der französische Botschafter** habe sich schon bei ihm darüber beklagt, daß die türkische Regierung ihren Kommissar abberufen habe, noch ehe eine Verständigung über die zukünftige Grenze unter den beiderseitigen Delegierten erzielt sei; er, Djevad, habe aber Herrn Cambon geantwortet, daß Rifaat Bey nicht abberufen sei und nur wegen der jetzt beginnenden großen Hitze in Tripolis die Erlaubnis erhalten habe, nach Konstantinopel zu kommen. Die Pforte werde den hiesigen Aufenthalt ihres Kommissars dazu benutzen, sich über die Frage zu orientieren, und ihn Ende Juli wieder nach Tripolis zurückgehen lassen.

Wie es scheint, ist Herr Cambon während seiner Unterredung sehr lebhaft geworden und hat durchblicken lassen, daß, wenn eine Verständigung mit den türkischen Kommissarien nicht erzielt werden sollte, Frankreich in die Lage kommen könnte, die Grenze einseitig festzustellen. Vertraulich bemerkte Djevad Pascha über Herrn Cambon, daß er nicht wie ein französischer Botschafter gesprochen habe und „tout-à-fait Tunisien“ sei.

Der Großwesir war überrascht, aus dem Stielerschen Handatlas von 1891, der bei ihm auf dem Tisch lag, zu ersehen, daß der streitige Punkt Kassr Biban auf der Karte als zu Tunis gehörig eingezeichnet steht, und meint, daß dieser Angabe die neuesten französischen Behauptungen zugrunde liegen müßten, denn aus den amtlichen türkischen Registern ergebe sich, daß die Pforte seit einer Reihe von Jahren die Zehnten des Distrikts Biban regelmäßig erhoben habe.

Der Gesamteindruck, den ich von dieser Unterredung erhalten, war, daß Djevad Pascha entschlossen ist, Frankreich nicht nachzugeben. Denselben Eindruck haben auch meine Kollegen von England und Österreich-Ungarn, welche gleichfalls die Grenzfrage mit dem Großwesir besprochen haben, davongetragen. Es bleibt freilich abzuwarten, ob Djevad Pascha sich stark genug fühlen wird, um den Sultan französischem Drucke gegenüber zum Widerstand gegen übertriebene Ansprüche zu bestimmen.

Radolin

---

* Djevad Pascha.
** Paul Cambon.

Nr. 1905

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 156 Berlin, den 10. Juni 1893

Euere pp. bitte ich unter Bezugnahme auf den gefälligen Bericht Nr. 60 vom 2. d. Mts.*, dem Großwesir gegenüber sich über die tunesisch-tripolitanische Grenzregulierung bei erster geeigneter Gelegenheit dahin äußern zu wollen, daß die betreffende Grenzfrage uns in ihren Details gänzlich unbekannt sei, und die Kaiserliche Regierung die Autorität ihres Urteils in Europa gefährden würde, wenn sie ohne Prüfung von vornherein sich gegen den französischen Standpunkt aussprechen wolle.

Hingegen müsse die Pforte nach den an Ort und Stelle gepflogenen Beratungen jetzt in der Lage sein, eine feste Ansicht über die Rechtsfrage zu haben. Dieser Ansicht Geltung zu verschaffen und zu bewahren, sei für die Pforte leicht. Es komme lediglich darauf an, daß sie Frankreich verhindere, durch Überrumpelung unbesetzter Punkte ein fait accompli zu schaffen. Eine solche einmal von den Franzosen besetzte Stellung wiederzuerlangen, würde für die Türkei nicht ohne Bedenken sein. Noch viel mehr Bedenken würde es aber bei der heutigen Lage Europas für Frankreich haben, seinerseits in Ausführung der angedrohten „einseitigen“ Grenzregulierung einen gewaltsamen Handstreich gegen besetzte Punkte türkischen Gebietes zu unternehmen. An Truppen, welche als vorgeschobene Posten die Grenze markieren könnten, sei ja in Tripolis kein Mangel. Die Pforte habe es daher in der Hand, der Eventualität einer einseitigen französischen Grenzregulierung vorzubeugen ohne Gefahr für die Türkei.

Die Regierung des Sultans werde sich hierbei der ferneren Erwägung nicht entziehen können, daß sie gerade durch Nachgiebigkeit gegen solche französische Forderungen, deren alleiniges Fundament in ihrer energischen Geltendmachung liege, ein bedenkliches Präzedens schaffen würde. Vielleicht werde dann auch bald der Gedanke auftauchen, daß Frankreich an den syrischen Seeplätzen, da wo französische Eisenbahnlinien münden, besondere Konzessionen verlangen müsse nach Analogie der einstmaligen Komptoreien der Genueser und Venetianer. Daß solche französische eximierte Orte sich hernach wie Ölflecke ausbreiten würden, sei nur folgerichtig.

Diesen Verlegenheiten einer vielleicht nahen Zukunft beuge die Pforte am besten durch ein principiis obstare, d. h. dadurch vor, daß sie ihr Besitzrecht, soweit dasselbe ihr unzweifelhaft sei, im Wege militärischer Markierung wahre. Diese Markierung würde ihren Zweck

---

* Siehe Nr. 1904.

auch erfüllen, wenn sie als rein symbolischer Akt durch schwächere militärische Abteilungen bewerkstelligt werde.

Hierzu bemerke ich, daß es von zu großem Gewicht und geeignet sein würde, uns weiter als erwünscht vorwärts zu schieben, wenn Euere pp. vorstehende Darlegung im Namen der Kaiserlichen Regierung oder in einer ad hoc nachgesuchten Unterredung machen. Euere pp. wollen daher die Gelegenheit für die Unterredung abpassen und ausdrücklich betonen, daß Sie nur im eigenen Namen sprechen. Auch wollen Euere pp. Ihren dem Großwesir erteilten Rat nicht zum Gegenstand der Unterhaltung mit anderen Diplomaten machen. Denn je weniger wir hervortreten, desto besser.

Marschall

Nr. 1906

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 109 — Rom, den 9. Juni 1893

Ich teilte heute dem Minister Brin mit, wie sehr man in Berlin über die zwischen dem Grafen Tornielli und dem Lord Rosebery bestehenden guten Beziehungen* erfreut sei; Lord Rosebery vertrete gewissermaßen die Ansicht, welche sich unter den jüngern Schichten der englischen Politiker immer mehr verbreite, daß England Frankreich gegenüber zu schwach sei, um isoliert zu bleiben, und daß es eine Anlehnung an andere Staaten, den Dreibund, suchen müsse.

Der Minister entgegnete, das sei alles sehr schön, aber England hielte sich doch immer sehr zurück, und man könne nie mit Bestimmtheit auf seine Mitwirkung zählen.

Jetzt z. B. suchten die Franzosen bei Feststellung der Grenze zwischen Tunis und Tripolis immer weiter in letzteres vorzudringen. Es scheine, daß die Türkei Frankreich gegenüber zur Nachgiebigkeit neige. Lord Vivian**, den er sondiert, ob England seinen Einfluß in Konstantinopel nicht würde geltend machen können, damit die türkische Regierung den französischen Ansprüchen in Tripolis einen energischen Widerstand entgegensetze, habe geantwortet, daß der Einfluß Englands in Konstantinopel momentan zu gering sei, um in dem vorgeschlagenen Sinne zu wirken.

Italien, bemerkte Herr Brin weiter, sei nicht in der Lage, die Türkei auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, das tripolitanische Territorium intakt zu erhalten, weil es leicht in den Ver-

---

* Vgl. Kap. LII, Nr. 1748.

** Englischer Botschafter in Rom.

dacht kommen würde, daß es dafür sorgen wolle, daß sein dereinstiges Erbe ungeschmälert bleibe.

Der Minister knüpfte daran die Frage, ob wir es nicht übernehmen könnten, die Pforte vor zu großer Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu warnen, obgleich er weiß, daß wir uns in die Mittelmeerangelegenheiten nicht einmischen.

Graf Solms

Nr. 1907

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 Therapia, den 8. Juli 1893

Ich habe mit Großwesir und Said Pascha ganz im Sinne des Erlasses Nr. 156 vom 10. Juni* gesprochen. Ministerrat hat dem von mir ausgesprochenen Gedanken gemäß in Vorlage an Sultan vorgeschlagen, den internen türkischen Teil des streitigen Gebiets militärisch zu besetzen und, bis dies geschehen, mit dem französischen Botschafter über die Sache freundschaftlich zu unterhandeln. Genehmigung des Sultans hierzu steht noch aus. Pforte befürchtet jetzt kein militärisches Vorgehen Frankreichs, nachdem der französische Botschafter überzeugt worden ist, daß die Kommissionsverhandlungen an der Grenze nicht abgebrochen sind, sondern der türkische Delegierte nur mit kurzem Urlaub herberufen ist.

Graf Collobiano** legt Wert darauf, daß diese Frage in einem Frankreich ungünstigen Sinne entschieden wird, um in Italien die vielfach verkannten Vorteile des Dreibundes zur Geltung zu bringen und wünscht deshalb, daß ich vor meinem Urlaub noch einen neuen Schritt mache.

Ich halte eine direkte Einwirkung beim Sultan in diesem Augenblick für inopportun, weil dies ihn mißtrauisch machen würde, und da unsere Intervention den übrigen Vertretungen nicht geheim bleiben könnte, würden dieselben darin ein unserer bisherigen Haltung nicht entsprechendes aktives*** Vorgehen der deutschen Politik erblicken.

Die Pforte werde ich vor meiner Abreise auf die Wichtigkeit des Gegenstandes nochmals aufmerksam machen.

Italienischer Botschafter, der eben bei mir war, erkennt die Richtigkeit dieser Behandlungsweise an.

Radolin

---

* Siehe Nr. 1905.

** Italienischer Botschafter in Konstantinopel.

*** In der Entzifferung steht „abnormes"; von der Hand Holsteins ist „aktives" darüber geschrieben, was dem Sinn nach unbedingt zutrifft.

Nr. 1908

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Tschirschky an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 123 — Therapia, den 19. September 1893

Said Pascha hat dem italienischen Botschafter mitgeteilt, daß die Pforte beschlossen habe, die Verhandlungen mit Frankreich an der tripolitanisch-tunesischen Grenze nicht wieder aufzunehmen. Die türkische Kommission habe auf Grund der bis zum vergangenen Frühjahr an Ort und Stelle ausgeführten eingehenden Studien endgültig das Recht der Türkei auf die Linie Biban—Remada festgestellt. Weitere Verhandlungen mit Frankreich in der Sache würden neben der darin liegenden unerwünschten Anerkennung des französischen Protektorats über Tunis nur zu erneuten Forderungen jener Macht Anlaß geben.

Graf Collobiano hat dem Minister seine Zufriedenheit über diese Entschließung ausgedrückt, hat aber als durchaus notwendige Ergänzung der Maßnahme die tatsächliche Besetzung der angenommenen Grenzlinie nochmals dringend empfohlen. Auf seine Frage, was die Pforte gegenüber etwaigen Weiterungen seitens Frankreichs zu tun gedenke, hat Said Pascha entgegnet, sie werde — da die Initiative zu den Verhandlungen von ihr ausgegangen — antworten, daß nach erfolgter Feststellung des türkischen Gebiets kein Anlaß zu weiteren Verhandlungen mehr vorliege. Übrigens glaube er, Said Pascha, mit Sicherheit annehmen zu können, daß Frankreich sich dabei beruhigen werde.

Ich hatte mich bei dem türkischen Minister des Auswärtigen, der mir heute eine dem Vorstehenden analoge Mitteilung gemacht hat, in letzter Zeit bei sich bietender Gelegenheit wiederholt im Sinne der dem Fürsten Radolin erteilten Instruktionen nach dem Stande der Angelegenheit erkundigt und dabei besonders darauf hingewiesen, wie es nach meiner Ansicht im Interesse der Türkei gelegen sei, das definitiv als türkisches Land festgestellte Gebiet im Wege der Besetzung durch militärische Posten vor einer Überrumpelung seitens der Franzosen zu schützen. Weder Djevad Pascha noch Said Pascha haben sich bestimmt darüber geäußert, ob eine solche Besetzung tatsächlich stattgefunden hat; aus ihrer Sprache konnte ich aber entnehmen, daß der betreffende Rat ihrem vollen Verständnisse begegnet ist, und die nunmehr gefaßte Entschließung, auf weitere Verhandlungen mit Frankreich sich nicht einzulassen, läßt mich glauben, daß die Vorstellungen des Fürsten Radolin und das von mir in der Sache bekundete Interesse nicht ohne Wirkung geblieben sind. —

von Tschirschky

Nr. 1909

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 60 Berlin, den 8. Juni 1894

Die gestrige Notiz von „Stefani" wegen angeblichen französischen Übergriffs in Tripolis läßt diplomatische Aktion Crispis vorhersehen. Beugen Sie möglichst vor, eventuell bemühen Sie sich, daß die Verhandlungen dort, nicht hier, geführt werden.

Wir haben wiederholt und deutlich 1891 und 93 in Konstantinopel geraten, längs der tunesischen Grenze kleine Militärposten zu verteilen, als sicheres Mittel, Übergriffen vorzubeugen. Die Türken haben erwidert, es liege keine Gefahr von Übergriffen vor.

In eine Diskussion über türkische Grenzen würden wir auch jetzt nicht eintreten können, solange der Sultan sich nicht beschwert fühlt. Neben diesem formellen liegt für uns ein materieller politischer Grund, um im Augenblick Reibungen mit Frankreich zu vermeiden, in dem allgemein unfreundlichen, besonders in der Kongofrage* aber direkt vertragswidrigen Verhalten von England uns gegenüber.

Andrerseits muß England gerade jetzt sich bestreben, Italien und damit den Dreibund gegen Frankreich vorzuschieben, womöglich ohne daß England sich zu irgendetwas gegen uns verpflichtet.

Marschall

Nr. 1910

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 75 Berlin, den 11. Juni 1894

Der Kaiserliche Botschafter in Rom telegraphiert:

„Im Hinblick auf die gegenwärtige Kabinettskrisis** hatte ich die deutsch-englischen Differenzen*** bisher nicht berührt.

Heute früh richtete Baron Blanc nachstehenden Brief an mich: ‚Personelle. Cher Ambassadeur, Lanza craint, comme Tornielli, que nous nous entendions trop avec l'Angleterre; que celle-ci nous fasse tirer les marons du feu; qu'elle nous induise à prendre dans les affaires d'Afrique quelque attitude peu conforme aux intérêts allemands

* Vgl. Kap. LIV, B.

** Am 5. Juni hatte das Kabinett Crispi seine Entlassung eingereicht; es wurde indessen alsbald rekonstruiert.

*** Vgl. Kap. LIV, B.

qui ne sont pas en antagonisme avec ceux de la France actuellement. Je n'ai pas besoin de dire que nous n'avons aucune envie de rien faire de pareil; surtout avec cette crise qui peut ramener au pouvoir ceux qui n'ont jamais cru à une entente anglo-italo-allemande. Tout à vous. Blanc.'

Ich habe hieraus Veranlassung genommen, die in dem Kolonialerlaß vom 30. v. Mts., wie in dem hohen Telegramm Nr. 60* enthaltenen Gesichtspunkte in freundschaftlicher Form mündlich gegenüber dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu verwerten. Baron Blanc sagt mir, daß Italien wegen der angeblichen französischen Übergriffe in Tripolis eine diplomatische Aktion nicht einleiten werde. Der Minister beklagt das unfreundliche Auftreten Englands gegenüber Deutschland und will nach Möglichkeit darauf hinwirken, daß das Kabinett von St. James unserem berechtigten Standpunkt Rechnung trage. Baron Blanc schloß mit der Versicherung, daß er zwar an seiner bisherigen Politik des Zusammengehens mit England festhalten möchte, aber im Fall von Divergenzen zwischen uns und England sich tunlichst nach uns richten und jedenfalls in afrikanischen Fragen bis auf weiteres eine vorsichtige und reservierte Haltung beobachten werde."

Marschall

Nr. 1911

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 — Rom, den 13. Juni 1894

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten besorgt vor allem, daß das Kabinett von St. James Frankreich auf Kosten Italiens Konzessionen im Hinterlande von Tripolis und Erythräa machen könnte. Graf Tornielli telegraphierte heute streng vertraulich, er habe Anhaltspunkte dafür, daß England geneigt scheine, die italienischen Interessen an jenen Punkten zu opfern, um für sich von Frankreich Zugeständnisse zu erlangen.

Ich habe Baron Blanc gesagt, er möge sich nicht durch leere englische Drohungen einschüchtern lassen, denen gegenüber Graf Tornielli nur zu impressionabel erscheine. Daß sich England und Frankreich gerade über Afrika tatsächlich und für die Dauer verständigen sollten, sei ausgeschlossen. Je weniger sich Italien jetzt von England in den Vordergrund schrieben und mißbrauchen lasse, um so eher werde letzteres begreifen, daß die italienische Unterstützung nur gegen Berücksichtigung der italienischen Interessen und Aspirationen zu haben wäre.

Bülow

---

* Siehe Nr. 1909.

Nr. 1912

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Rom, den 17. Juni 1894

Bei Besprechung unserer afrikanischen Divergenzen mit England kam Herr Crispi aus eigener Initiative und mit einiger Erregtheit auf Tunis und Tripolis zu reden. Die Festsetzung der Franzosen in Tunis habe einen auf die Länge für Italien unerträglichen Zustand geschaffen. Insbesondere sei Biserta schon im Frieden eine stete Bedrohung der Halbinsel; im Kriegsfalle werde dasselbe trotz allem, was ich dagegen sagen könnte, einen großen Teil der italienischen Streitkräfte paralysieren. Der Ministerpräsident klagte gleichzeitig darüber, daß Frankreich Tripolis wie Marokko anzuschneiden versuche. Wenn Frankreich auch Tripolis ganz oder teilweise an sich reiße, wären das Gleichgewicht im Mittelmeer und die Zukunft Italiens vernichtet. Ich habe Herrn Crispi nach Möglichkeit beruhigt und demselben hierbei angedeutet, er solle den Engländern klarmachen, daß sie lieber die italienischen Interessen in Nordafrika schützen als deutsche Rechte in Zentralafrika verletzen möchten.

Bülow

Nr. 1913

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 115 Rom, den 22. Juni 1894
Vertraulich

Im Vordergrunde wie der Wünsche so der Befürchtungen des Ministerpräsidenten steht nach wie vor Tripolis. Jede Nachricht, die von dort kommt — und manche dieser Nachrichten scheinen mir stark übertrieben —, erregt Herrn Crispi. Derselbe ist davon überzeugt, daß Frankreich zunächst Ghadames und Ghat, die Hauptstützpunkte der großen Karawanenstraße, welche von Tripolis, bzw. von Gabes an der tunesischen Küste nach den Ländern am Tschadsee führt, besetzen, demnächst aber ganz Tripolitanien verspeisen möchte. Der Konseilpräsident glaubt auch, daß Frankreich an der tripolitanischen wie an der marokkanischen Grenze militärische Vorbereitungen treffe. Die inspirierte „Italie“ bemerkt hierüber: „La France prend toutes ses précautions, et se prépare, le cas échéant, à envahir le Maroc du côté de sa frontière algérienne. C’est un peu ce qu’elle pense de faire du côté de Tripoli.“

Herr Crispi wünschte zu erreichen, daß die Pforte ihr Wilajet Tripolis gegen französische Übergriffe schützen möge. Aber der Sultan, welcher unseren wohlgemeinten Rat, sein Besitzrecht in Tripolis durch militärische Markierung zu wahren, seinerzeit nicht befolgt hat, scheint sich, nach dem, was hier verlautet, nicht einmal zu einem diplomatischen Protest in dieser Richtung aufraffen zu wollen. Mein englischer Kollege meinte mir gegenüber vertraulich, daß die Pforte sich „nicht einen Pfifferling" um Tripolis kümmere.

Ich habe mich vor allem bemüht, Herrn Crispi, wenn mir derselbe von Tripolis sprach, nach Möglichkeit zu kalmieren. Alle meine hiesigen Bekannten — auch die Gegner des Ministerpräsidenten — glauben nicht, daß Herr Crispi, um den allerdings großen Schwierigkeiten der inneren Lage zu entgehen, sich in auswärtige Abenteuer stürzen möchte. Dieselben weisen hierbei auf die gegenwärtige finanzielle, militärische und moralische Schwäche des Landes hin und sind auch überzeugt, daß der Konseilpräsident, wenn er ohne ernstliche Provokation den Kriegspfad beschreiten wollte, das Parlament und die Krone nicht mit sich fortreißen würde. Andererseits ist es meines gehorsamsten Erachtens wahrscheinlich, daß eine auch nur teilweise Besitzergreifung Tripolitaniens durch Frankreich nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung des Ministerpräsidenten wie die weitere Orientierung der italienischen auswärtigen Politik bleiben würde. Wenn sich in einem solchen Falle Herr Crispi nicht zu einem Coup de tête hinreißen ließe, würde er jedenfalls an die Hilfe seiner Verbündeten appellieren. Bliebe diese aus, so läge die Möglichkeit nahe, daß sich Italien vom Dreibunde abwenden würde, dem es sich, wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegend angeschlossen hat, um nach dem Verlust von Tunis eine weitere Vergrößerung Frankreichs an der Südküste des Mittelmeers zu verhindern. Nach dem Zerrinnen ihrer afrikanischen Träume würde die italienische öffentliche Meinung, die leicht von einem Extrem ins andere übergeht, vielleicht nur noch an Triest und Trient denken.

Ich habe, wenn hier von Nordafrika die Rede war, in mehr allgemeinen Wendungen, aber mit Wärme betont, wie die Kaiserliche Regierung die berechtigten italienischen Ansprüche am Mittelmeer nie aus den Augen verliere und selbst vor Opfern nicht zurückscheue, um sie zu fördern. Ich ließ hierbei einfließen, daß die Erfüllung der italienischen Wünsche um so wahrscheinlicher sei, je mehr sich Italien einer besonnenen und mehr abwartenden Haltung befleißige und überhaupt tunlichst beruhigt.

B. von Bülow

C. Die Marokkofrage



Nr. 1914

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 836 — Berlin, den 25. Dezember 1890
[abgegangen am 26. Dezember]

pp. Im ausschließlich deutschen Interesse würde eine Vermehrung des französischen Einflusses in Marokko eher erwünscht sein, sowie alles, was die Aufmerksamkeit und die Kräfte Frankreichs fern von unsern Grenzen beschäftigt hält. Andrerseits aber können wir die Besorgnis nicht ganz zurückweisen, daß die franzosenfreundliche Haltung, welche Herr Green*, wie Ew. aus Graf Tattenbachs** Berichten bereits bekannt, seit seiner Anwesenheit in Marokko zu beobachten scheint, die guten Beziehungen zwischen Italien und England beeinträchtigen und in Italien derjenigen Auffassung vermehrte Geltung verschaffen wird, wonach die Freundschaft Frankreichs — nicht nur für Italien, sondern auch für andre Mächte — wertvoller als jede andre ist.

Ew. bitte ich, bei gelegentlicher Besprechung der Sache Lord Salisbury gegenüber auch dieser Besorgnis Ausdruck zu geben. pp.

Marschall

Nr. 1915

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi***

Ausfertigung

Nr. 9 — London, den 6. Januar 1891

Ganz vertraulich

pp. Als wir am Schlusse unserer Unterredung nochmals auf die Ausbreitung Frankreichs im Norden von Afrika überhaupt zurückkamen, machte Lord Salisbury eine bemerkenswerte Äußerung. Ich hatte die Bemerkung einfließen lassen, daß Deutschland dort keine speziellen Interessen habe, und daß es uns an sich deshalb nur erwünscht sein könnte, wenn Frankreich für einen Teil seiner Kräfte Beschäftigung finde, wenn nicht andere politische Rücksichten, die

---

* Sir W. Kirby Green, englischer Gesandter in Tanger.

** Deutscher Ministerresident in Tanger.

*** Der erste Teil des Hatzfeldtschen Berichts ist bereits in dem Abschnitt „Die Tunis- und die Tripolisfrage" Nr. 1900 abgedruckt.

ich bereits ausgeführt hätte, uns darin eine gewisse Beschränkung auferlegten. Dies veranlaßte Lord Salisbury zu der Bemerkung: „Ce qui pour ma part m'inquiète le plus, c'est la tendance des Français du côté du Maroc." Er ließ dabei deutlich die alte Befürchtung einer geheimen Verständigung zwischen Frankreich und Spanien durchblicken, die für England dort sehr unerwünschte Folgen haben könnte. Diesen von ihm selbst gebotenen Anlaß glaubte ich benutzen zu müssen, um in unauffälliger Weise auf die franzosenfreundliche Haltung des englischen Vertreters in Tanger zu kommen. Ich sagte daher, daß ich mir, wenn er solche Besorgnisse hege, nicht erklären könne, daß sein Vertreter die Bemühungen seines französischen Kollegen in Marokko warm zu unterstützen scheine. Nach meinen Nachrichten werde französischerseits der Bau einer Bahn von der algerischen Grenze nach Marokko beabsichtigt, und dieser Plan erfreue sich der wärmsten Unterstützung des englischen Gesandten, welcher ebenso für die französischen Projekte in der Sahara eingenommen sei. Lord Salisbury, welcher durch meine Mitteilung sehr überrascht schien, erwiderte mir, daß er in der S a h a r a den Franzosen keinerlei Schwierigkeiten machen wolle, daß der Bau einer französischen Bahn nach Marokko aber eine ganz andere Bedeutung habe. Er sprach dabei die Absicht aus, über die Haltung des englischen Gesandten dieser Frage gegenüber sofort Informationen einzuziehen.

Nach der Haltung des Premierministers in dieser Hinsicht dürfte es kaum zweifelhaft sein, daß das Vorgehen der Franzosen in Marokko im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines geheimen Abkommens mit Spanien ihm ernste Sorgen bereitet, die sich voraussichtlich in erster Linie auf Gibraltar und die Freiheit der Durchfahrt für englische Flotten richten. pp. P. H a t z f e l d t

Nr. 1916

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 252 Berlin, den 31. März 1891

Aus den beifolgenden beiden Zifferberichten des Grafen Tattenbach — Nr. 43 und 44* — ist zu entnehmen, daß die Besorgnis über Englands Absichten auf Marokko, welche nach Inhalt des Berichts

* Aus den beiden Berichten des Grafen Tattenbach Nr. 43 und Nr. 44 vom 23. März ergibt sich, daß der englische und der italienische Gesandte in Tanger sich gegenseitig mit Mißtrauen betrachteten. Die englische Marokkopolitik flößte nach Graf Tattenbach auch den Spaniern lebhafte Besorgnisse ein; so sagte der spanische Gesandte am 22. März zu seinem deutschen Kollegen, er fange an zu glauben, daß zwischen London und Paris ein Einverständnis über die Behandlung der marokkanischen Frage bestehe, und zwar in dem Sinne, daß Frankreich England in Ägypten freie Hand lasse, wogegen ersteres Aktionsfreiheit in Marokko haben solle.

Ew. Exzellenz Nr. 179* Graf Tornielli Ihnen gegenüber äußerte, wesentlich durch die diplomatische Berichterstattung aus Tanger geweckt und genährt worden ist. Daß das Auftreten des Sir W. Kirby Green geeignet war, die Zuschauer stutzig zu machen, haben wir an uns selbst erfahren, die wir doch den marokkanischen Verhältnissen kühler gegenüberstehen als die Mittelmeermächte. Hierbei habe ich die Freundschaftsdemonstrationen des englischen Gesandten an die Adresse von Frankreich im Auge, z. B. seine Äußerung, daß der englische Handel sich bei einer französischen Annexion Marokkos besser befinden würde als bei der Fortdauer des heutigen Zustandes. Die Befürchtung einer französisch-englischen Verständigung hat aber einen praktischen Hintergrund nur so lange, wie die Möglichkeit vorliegt, daß ganz Marokko an Frankreich kommt. Mit der Aussicht, daß England Tanger und das Meerengengebiet für sich nimmt, sich also in die Lage setzt, im Kriegsfalle den französischen Kriegsschiffen die Ein- und Ausfahrt fast unmöglich zu machen, wird Frankreich sich niemals und durch keine denkbare Entschädigung versöhnen lassen. Durch den Erwerb dieses Gebiets würde England den historischen französisch-englischen Antagonismus wieder wachrufen. Die daraus sich ergebende Folgerung, daß England etwas mehr als bisher auf Abwehr bedacht sein und den Anschluß an Deutschland und seine Freunde mehr als bisher suchen muß, liegt nahe genug, um selbst dem englischen Laienpublikum verständlich zu werden. Wie Lord Salisbury und Sir Philip Currie über die marokkanische Frage denken, ergibt sich aus Ew. Berichten Nr. 9** und Nr. 26. Beide scheinen der Ansicht zu sein, daß dies eine der wenigen Fragen ist, für die das heutige England sich erwärmen würde.

Deutschland hat allen Anlaß, Englands Pläne auf Marokko zu fördern, sobald von englischer Seite ein Wunsch in dieser Richtung erkennbar wird. Anders als wir stehen Italien und Spanien zu der Frage. Beide werden aber voraussichtlich durch geeignete nordafrikanische Entschädigungen beziehungsweise Versprechungen zu gewinnen sein, namentlich Italien, welches an einer Stärkung der englischen Mittelmeerposition sowie an der vermehrten Sicherheit englischen Eingreifens beim nächsten Kriege interessiert ist.

Andrerseits ist aber nicht zu verkennen, daß Graf Tornielli bestrebt ist, auch die marokkanische Frage als Keil zwischen Italien und England zu schieben. Da bei dem italienischen Botschafter ein parti

---

* Nach Hatzfeldts Bericht Nr. 179 vom 27. März 1891 war auch Graf Tornielli von tiefem Mißtrauen gegen Englands Marokkopolitik erfüllt. Er nahm an, daß England selbst im Hinblick auf mögliche Eventualitäten sich in den Besitz von Tanger setzen wolle, und daß Abmachungen anderer Mächte, welche diesen Plänen etwa einen Riegel vorschieben könnten, in London wenig willkommen sein würden.

** Siehe Nr. 1915.

pris vorliegen dürfte, wird es sich vielleicht empfehlen, daß Ew. ihn im dunkeln über unsre An- und Absichten lassen.

Dagegen wollen Ew. erwägen und berichten, ob, wann und wie die Angelegenheit zwischen Ihnen und Lord Salisbury zur Sprache zu bringen sein würde. pp. Marschall

Nr. 1917

Der Ministerresident in Tanger Graf von Tattenbach an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

A. 58 Tanger, den 28. Mai 1891

Garrit* hat mir durch Mansur über die jüngsten Verhandlungen des französischen Gesandten** folgende streng vertrauliche Mitteilung machen lassen:

„Es haben zwischen dem Sultan und dem französischen Gesandten Verhandlungen über Tuat stattgefunden. Letzterer hat vom Sultan die schriftliche Erklärung verlangt, daß Tuat unabhängig von Marokko sei. Der Sultan hat dies rundweg abgelehnt.

Daraufhin ist der französische Gesandte mit Entschädigungsforderungen für in dieser Gegend geplünderte Karawanen, geschehene Morde hervorgetreten. Der Sultan hat hierauf geantwortet, daß ihm bisher keinerlei Beschwerden in betreff dieser Vorgänge zugegangen seien; gleichzeitig hat er einen Beamten namens Reschid nach Tuat gesandt mit schriftlicher Ordre an die dortigen Bewohner, mit den Franzosen Frieden zu halten und ihre Karawanen ungehindert passieren zu lassen. Der französische Gesandte drang auf schriftliche Zusicherungen, die noch nicht erteilt sind, aber erfolgen werden.“

Tattenbach

Nr. 1918

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Caprivi***

Ausfertigung

Nr. 343 London, den 10. Juni 1891

Ganz vertraulich

pp. Im Laufe unserer vertraulichen Unterhaltung zeigte Lord Salisbury eine gewisse Verwunderung darüber, daß der englischen Politik

* Mohammed el Mofdel Garrit, marokkanischer Minister des Äußern.

** Patenôtre.

*** In Wirklichkeit handelt es sich um einen Bericht des Botschafters Grafen von Hatzfeldt, der infolge Behinderung des Botschafters von dem Grafen Metternich auftragsweise unterschrieben wurde.

in Marokko von verschiedenen Seiten selbstsüchtige Hintergedanken zugeschrieben worden wären. Ich erwiderte ihm, daß er sich darüber nicht wundern könne, da das sehr eigentümliche Auftreten Sir K. Greens eine solche Vermutung wohl gerechtfertigt habe.

Bei dieser Gelegenheit warf ich die Bemerkung hin, daß wir, wie er wohl wisse, keine direkten Interessen in Marokko hätten. Mein persönlicher Eindruck sei immer gewesen — und ich glaubte ihm das schon früher gesagt zu haben —, daß, wenn es einmal zu einer inneren Katastrophe dort kommen sollte, die Festsetzung Spaniens an der marokkanischen Küste für England wie für Italien noch immer das Vorteilhafteste sein würde, ganz abgesehen davon, daß es in Spanien meines Wissens beinahe als eine Lebensfrage betrachtet werde, die gegenüberliegende Küste nicht in andere und vornehmlich nicht in französische Hände fallen zu lassen.

Lord Salisbury entgegnete hierauf halb im Scherz, wenn es etwa einmal später doch zur Teilung dort kommen sollte, so habe er in solchen Fällen auch „un bon appétit" wie andere, wenn er auch im übrigen meine Ansicht teile, daß Spanien an der fraglichen Küste am wenigsten gefährlich auch für England sein würde. Dieser Äußerung gegenüber wiederholte ich, daß wir eigene direkte Interessen nicht in Marokko zu verfolgen hätten, und es schiene mir daher nicht wahrscheinlich, da wir eine französische Besetzung schon Italiens wegen schwerlich wünschen könnten, daß wir später eintretendenfalls etwaigen Wünschen, die Lord Salisbury uns dann aussprechen werde, in den Weg treten würden.

Im Auftrage des Kaiserlichen Botschafters
P. Metternich

Nr. 1919

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 435 — Berlin, den 13. Juni 1891
Geheim

Die in Ew. Bericht Nr. 343* wiedergegebene Äußerung Lord Salisburys, daß er bei eintretender Gelegenheit „guten Appetit" auf marokkanisches Gebiet haben würde, ist für die deutsche Politik ein wertvolles und erfreuliches Symptom. Es ist wahrscheinlich, daß Lord Salisbury zurückhaltender gewesen wäre, wenn er bei Ew. unsern Wunsch herausgefühlt hätte, daß England durch Besitzergreifung von

* Siehe Nr. 1918.

Tanger und Spartel sich in dauernde akute Gegnerschaft zu Frankreich bringe. In der Annahme, daß wir aus platonischer Freundschaft für Spanien diesem für europäische Zwecke wenig verwendbaren Staat zu jenen Gebieten verhelfen möchten, hat Lord Salisbury uns einen Wink geben wollen, um zu verhindern, daß wir uns Spanien gegenüber engagieren. Daß Ew. nach Erreichung des Zwecks Ihrer Rekognoszierung die Unterredung mit der Äußerung abschlossen, wir würden den etwaigen Wünschen Lord Salisburys nicht entgegentreten, entspricht der ruhigen, dabei aber für England entschieden freundlichen Haltung, welche wir auch in dieser Frage beobachten.

Spanien hat für seine marokkanische Politik die Wahl zwischen englischem und französischem Bündnis. Ersteres ist das günstigere, weil Englands Ansprüche auf marokkanisches Gebiet jedenfalls räumlich geringer sein werden als die Ansprüche Frankreichs. England kann überdies für den Kriegsfall den Spaniern algerische Erwerbungen in Aussicht stellen, wohin sich bekanntlich schon heute ein starker Strom spanischer Einwanderung richtet.

Ew. gebe ich anheim, in späteren Unterhaltungen mit Lord Salisbury diese Gesichtspunkte soweit tunlich hervorzuheben, indem Sie dabei wie bisher alles vermeiden, was den Verdacht erwecken kann, als ob nicht die natürliche Entwickelung der Weltereignisse, sondern die deutsche Politik es wäre, welche auf einen englisch-französischen Mittelmeerantagonismus hintreibt.

Marschall

Nr. 1920

Der Botschafter in Madrid Freiherr von Stumm an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 158 — Madrid, den 28. Juni 1891

Herr Cambon* hat vor kurzem dem Herzog von Tetuan** erklärt, daß Frankreich Tuat als zu seinem afrikanischen Besitz gehörend betrachte und zur sofortigen Besetzung des Gebietes schreiten werde für den Fall, daß der Sultan von Marokko dort irgendein Souveränitätsrecht ausüben sollte. — Ich erlaube mir die Mitteilung nach hier derjenigen Berichte aus Tanger gehorsamst anheimzustellen, welche das Vorgehen Frankreichs und Englands in Marokko betreffen.

Stumm

---

* Paul Cambon, französischer Botschafter in Madrid.

** C. M. O'Donell, Herzog von Tetuan, spanischer Minister des Äußern seit 1890.

Nr. 1921

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Madrid Freiherrn von Stumm

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 23 Berlin, den 21. Juli 1891
[abgegangen am 22. Juli]

Antwort auf Bericht Nr. 158*.

Die Berichterstattung des Grafen Tattenbach ist dahin zusammenzufassen, daß die Regierung des Sultans von Marokko und wahrscheinlich durch diese der italienische und der spanische Vertreter Nachrichten erhalten haben, wonach die französische Regierung die Absicht hegen soll, sich nach Tuat, Tidikelt und Tuareg hin auszudehnen. Angeblich soll die Anlage der Trans-Saharabahn dazu benutzt werden, um die im Laufe der Zeit französischerseits de facto gemachten Besitzergreifungen zu legalisieren. Rotenhan

Nr. 1922

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Caprivi für den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan und den Vortragenden Rat von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 20. Juli 1891

Was wissen wir über die Endziele der nordafrikanischen Politik Frankreichs? Meines Wissens großes Reich: Algier, Senegal, Kongo. Dies Ziel wäre unabhängig vom Besitz Marokkos. Tuat und Tidikelt stehen nur in sehr losem Zusammenhange mit Marokko, Tuareg in gar keinem. Ob die Saharabahn überhaupt möglich ist, ist fraglich, aber auch ihre östlichste Projekttrace würde kaum marokkanisches Gebiet berühren (Oran—Timbuktu).

Dies Ziel werden die Franzosen schwerlich vor dem nächsten europäischen Kriege erreichen. Kostspielige Unternehmung an Menschen und Geld. Schon Algier kostet mehr Truppen und Geld, als es aufbringt. Da unsere Interessen mit diesem Projekt nicht kollidieren, kann es uns recht sein, je tiefer Frankreich darauf eingeht. Selbst unsere weitesten Kameruninteressen würden am Tschadsee enden und neben dem großen französischen Reich bestehen können. Einen Nutzen könnte dies Reich für Frankreich nur dann haben, wenn es seiner Industrie ein guter Markt würde.

Hat Frankreich dies Ziel für seine afrikanische Politik, so wird es erst nach dessen Erreichung an Erwerbung des eigentlichen Marokko denken können. Marokkos gewaltsame Unterwerfung kann sehr

---

* Siehe Nr. 1920.

schwierig werden. Die nördlichen Stämme sind sehr kriegerisch; noch 1889 mußte der Sultan mit 20000 Mann ausrücken, um sie im Zaum zu halten. Spanien hat bei Tetuan, Melilla pp. seine Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht.

Sollte es deshalb nicht wahrscheinlich sein, daß Frankreich zwar auf Tuat pp., aber nicht auf das eigentliche Marokko Absichten hat?

Für England hat Marokko keinen militärischen Wert, auch Tanger nicht. Die merkantile Ausnutzung aber könnte ihm erleichtert werden unter einem einheimischen Sultan von ein paar englischen Küstenplätzen aus.

Spanien müßte durch Glückszufälle in den Besitz von Marokko kommen; seine eigene Kraft reicht nicht hin, über Ceuta, Melilla pp. hinauszukommen.

Mit einer bloßen Verteilung von Marokko auf dem Papier ist nichts gemacht; diese Kabylen wollen reell unterworfen werden und werden die Neigung behalten zu rebellieren, wenn ihnen nicht dauernd eine starke Hand gezeigt wird.

Jede Verrückung im Besitz Marokkos wird unseren Handelsbeziehungen dorthin nachteilig sein.

Frankreich und England gehen in bezug auf Marokko verschiedene Wege, das eine will sich an der Küste festsetzen, der andere geht nach Süden. Ich habe mal in den Akten gelesen, der englische Konsul in Tanger habe gesagt, England und Frankreich könnten sich leicht verständigen, wenn England Tanger nähme, und Frankreich seine algerische Grenze nach Westen erweiterte. Der Mann kann recht gehabt haben, und wenn dem so ist, wird sich ein Interessenwiderspruch zwischen beiden Ländern auch mit Spaniens Hülfe hier nicht konstruieren lassen.

Sollten wir da nicht lieber die Sache stille gehn lassen? Solange England und Frankreich auf diesem Stück Erde noch etwas *wollen*, wird die Unsicherheit sie in Rivalität halten. *Haben* sie aber, was sie brauchen, so werden sie gut nebeneinander leben, ein Zustand, den wir nicht beschleunigen sollten. Auf Spaniens Mithülfe aber wird weder Frankreich noch England Wert legen.

v. Caprivi

Nr. 1923

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 8. September 1891

Ich habe dem italienischen Geschäftsträger* heute gesagt, daß mir im gegenwärtigen Augenblicke die Vornahme eines Schritts bei

* Am 5. September hatte der italienische Geschäftsträger Marquis di Beccaria im Auswärtigen Amt ein „Promemoria" überreicht, das im Hinblick auf das franzö-

der französischen Regierung nicht opportun erscheine. M. Ribot werde voraussichtlich eine ausweichende Antwort geben, und sei es daher rätlicher, zunächst abzuwarten, ob das Vorgehen Frankreichs nicht eine konkretere Gestalt — etwa in Form eines schriftlichen Begehrens an den Sultan — gewinne. Einstweilen sei ich gerne bereit, unseren Geschäftsträger in Tanger zu instruieren, daß er, falls sein italienischer Kollege es wünsche, gegenüber der marokkanischen Regierung sich in gleicher Weise äußere, wie es der letztere getan habe*.

Marschall

Nr. 1924

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 798 Berlin, den 21. Oktober 1891
[abgegangen am 24. Oktober]

Ew. beehre ich mich anbei den Wortlaut der Anfrage des italienischen Geschäftsträgers betreffs unsrer Haltung in der Tuatfrage** ergebenst zu übersenden.

Die Antwort, welche darauf hier erteilt worden ist, entspricht dem Inhalt der gleichfalls beigefügten Aufzeichnung***.

Jede Gelegenheit ist günstig, wo den Engländern — Regierung und Volk — klargemacht werden kann, daß sie sich selber mit anstrengen müssen, wenn es sich um Vertretung englischer Interessen handelt.

Marschall

Anlage I

Italienisches Promemoria

Unsignierte Ausfertigung

Berlino, 20 Octobre 1891

Le duc de Tétuan a affirmé au Marquis Maffei† que, si le Sultan du Maroc s'abstiendra de contrecarrer les desseins de la France dans la région sud de Figuig, le Gouvernement français ne mettra pas à exécution la menace d'occuper les territoires de Tuat et de Gurara. Dans le cas contraire il les occuperait. —

---

sische Vorgehen in der Tuatfrage eine deutsche Demarche bei der französischen Regierung im Einklang mit Italien, England und Spanien anregte.

* Die Instruktion erging in diesem Sinne am 9. September durch Telegramm Nr. 12.

** Siehe Anlage I.

*** Siehe Anlage II.

† Italienischer Gesandter in Madrid.

L'Ambassade d'Italie a été chargée de prier son Excellence Monsieur le Baron de Marschall de l'informer de l'attitude que compte prendre le Gouvernement Impérial, si le Gouvernement français, ne tenant aucun compte des remontrances des Cabinets de Berlin, Rome et Londres, arrivait à accomplir ses desseins. —

Anlage II

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 20. Oktober 1891

Die Frage, ob Frankreich einige streitige Grenzgebiete Marokkos besetzt, ist für Europa — vielleicht von Spanien abgesehen — nur wichtig, weil diese Annexion die erste Etappe bildet zur Aufsaugung Marokkos.

Für Italien ist dies eine günstige Gelegenheit, um der englischen Regierung zu zeigen, daß das Kabinett von Rom nicht gewillt ist, für England ohne England zu arbeiten.

England war bisher bestrebt, sich jeder festen Abmachung für gemeinsame Zwecke zu entziehen. Gerade deshalb ist die jetzt schwebende Frage ein Anlaß für Italien, in London zu erklären, daß man bereit ist, in der Tuatangelegenheit dasselbe wie England zu sagen und zu tun.

Wenn die englische Regierung erklärt, daß wegen eines streitigen Gebiets kein Krieg riskiert werden kann, daß die englische öffentliche Meinung sich dagegen erklären würde etc., so läßt Italien dieses Argument gelten, engagiert sich danach aber auch selber nicht in der Frage und verhindert Spanien, es zu tun.

Für England, welches ein lebhaftes Interesse an Marokko und an dessen Schicksalen nach dem Verschwinden des jetzigen régime nimmt, ist es eine wertvolle Erfahrung, wenn Italien sein Eintreten für gemeinsame — d. h. vorwiegend englische — Interessen von englischer Mitwirkung abhängig macht. Diese Erfahrung wird nützlich sein für die Erledigung andrer, wichtigerer Mittelmeer- und Orientfragen, die vielleicht in naher Zukunft zum Austrag kommen, und bei welchen allen England zunächst versuchen wird, englische Interessen ohne englische Mitwirkung durch andre Mächte vertreten zu lassen.

Wenn Italien, nachdem England abgelehnt haben wird, in der Tuatfrage sich zu engagieren, auch seinerseits aus dieser Frage herausbleibt, wird mutmaßlich Frankreich jenes Gebiet nehmen. Damit wird für die englische öffentliche Meinung der tatsächliche Beweis erbracht sein, daß Italien weder in Marokko noch in andern Mittelmeer-

fragen einen Schritt vorwärts tut ohne englische Mitwirkung und Gegenseitigkeit. Die Lehre, welche hierin liegt, ist mehr wert als Tuat, denn sie wird den englischen Staatsmännern beider Parteien, welche ein tatkräftiges Zusammengehen mit Italien für gewisse Eventualitäten gesichert sehen möchten, ihre Aufgabe bei dem nächsten Zwischenfall wesentlich erleichtern.

Für Deutschland hat der Begriff „Tuat" an sich keine politische Bedeutung, obschon der Augenblick denkbar ist, wo wir in einem Kriege wegen Tuat für Italien ohne Rücksicht auf den Wortlaut unsres Vertrages eintreten würden, falls dasselbe in seinem Bestande bedroht wäre.

Wir hoffen indessen sehr, daß der Marquis di Rudini aus der Tuatfrage Veranlassung nicht zu einer kriegerischen, sondern zu einer diplomatischen Aktion, und zwar zu einer solchen, deren Gegenstand das Londoner Kabinett ist, nehmen wird als Vorbereitung späterer, größerer Eventualitäten.

Holstein

Nr. 1925

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 — London, den 23. Oktober 1891

Geheim

Im Laufe ganz vertraulicher Unterhaltung sagte mir Lord Salisbury heute, daß er, falls der Sultan von Marokko Rat verlange, ihm abraten würde, Tuat zu verlassen. Auf dieser Grundlage wäre daher meines Erachtens übereinstimmende Haltung Englands und Italiens in Marokko wohl zu ermöglichen, namentlich wenn ich vorher Lord Salisbury über die Absichten des Marquis Rudini in der Frage vertraulich informieren könnte.

Besonders erwünscht wäre dem Premierminister aber auch, die jetzige spanische Auffassung zu kennen, weil er im Gegensatz zu späteren Nachrichten als ausgemacht annimmt, daß bestimmte Verständigung zwischen Spanien und Frankreich über gewisse Teilungsprojekte in Marokko noch vor einiger Zeit bestanden habe. Streng vertraulich fügte er in Übereinstimmung mit früheren Äußerungen hinzu, daß er Erhaltung der Integrität des Sultanats wünsche, auch auf Besitznahme gewisser Punkte wie Kap Jubi durch England keinen Wert lege, dabei aber voraussetzen müsse, daß sich nicht andere Mächte dort bereicherten.

Vorläufig habe ich dem Minister nur gesagt, daß Italien nach meinen Nachrichten in der Frage gerade so weit gehen würde wie er selbst, und hoffe darin auf Euerer Exzellenz Zustimmung.

Hatzfeldt

Nr. 1926

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 492 Berlin, den 24. Oktober 1891
Geheim

Lord Salisbury hat dem Grafen Hatzfeldt gegenüber die Tuatfrage ganz vertraulich angeregt und dabei gesagt, er werde, falls der Sultan von Marokko ihn um Rat frage, vom Aufgeben des Tuatgebiets abraten*.

Dabei hat Lord Salisbury diesesmal wieder wie schon früher hervorgehoben, daß England in erster Linie die Erhaltung des status quo in Marokko wünsche und keinen Wert auf die Erwerbung einzelner Punkte, selbst nicht des Kap Jubi, lege, sofern nur auch keine andre Macht sich dort bereichere.

Der englische Minister zeigte ein gewisses Mißtrauen hinsichtlich der Absichten Spaniens. Entgegen den Ew. bekannten Mitteilungen aus Tanger vom 1. d. Mts. hielt Lord Salisbury an der Ansicht fest, daß eine bestimmte Abmachung für Teilung marokkanischen Gebiets bis vor kurzem zwischen Spanien und Frankreich bestanden habe, vielleicht noch bestehe. Eine Aufklärung in dieser Richtung, auf welche er großen Wert legt, wird meines Erachtens das italienische Kabinett leicht herbeiführen können, indem es einfach in Madrid wegen der Stellung Spaniens zur Tuatfrage sondiert.

Wenn, wie ich nach den Erklärungen des Herzogs von Tetuan annehmen möchte, Spanien keine Verbindlichkeiten gegen Frankreich hat, wird es für das römische Kabinett nicht schwer sein, demnächst eine Einheitlichkeit der Haltung bezüglich der Tuatfrage zwischen Rom, London und Madrid herbeizuführen, nachdem Lord Salisbury sich in erster Linie für den status quo ausgesprochen hat.

Wir halten uns, wie Ew. bekannt ist, bei Mittelmeerfragen gern in Reserve, da solche auch unsrer geographischen Lage entspricht. Nachdem indessen Lord Salisbury die Frage gegenüber dem Kaiserlichen Botschafter angeregt und auch wegen der Haltung des italienischen Kabinetts sich erkundigt hat, werden wir gern bereit sein, die Auskunft, welche der Marquis di Rudini Ew. hierüber sowie über Spanien geben wird, nach London zu übermitteln.

Graf Hatzfeldt wird dabei die Ansicht vertreten, daß Italien seine Stellung zur Tuatfrage in Einklang bringt mit der Stellung Englands.

Ew. wollen den Marquis di Rudini ganz besonders darauf aufmerksam machen, daß es dem englischen Premierminister zurzeit

---

* Vgl. Nr. 1925.

noch unerwünscht sein würde, wenn die in vorstehendem enthaltenen vertraulichen Äußerungen desselben über Englands Politik in Marokko zur Kenntnis des Kabinetts von Madrid gelangten. Die Mitteilungen, welche der Marquis di Rudini in der Lage sein wird, über die Stellung Spaniens gegenüber Frankreich nach London gelangen zu lassen, werden, wie ich annehme, bestimmend sein für den Grad von Vertrauen, welchen Lord Salisbury der spanischen Regierung bei den weiteren Verhandlungen zeigen wird.

Ew. wollen endlich dem Marquis di Rudini die Erwägung an die Hand geben, ob er nicht, um die italienisch-englischen Verhandlungen allmählich auf den naturgemäßen direkten Weg zu leiten, seine Antworten gleichzeitig Eurer Exzellenz und dem englischen Vertreter in Rom geben will.

Die ganze Frage wird, wie bereits bemerkt, nach dem Wunsche Lord Salisburys als eine ganz vertrauliche zu behandeln sein.

Den Mitteilungen Ew. über die Ergebnisse Ihrer Unterredung mit dem italienischen Herrn Ministerpräsidenten sehe ich mit Interesse entgegen.

Marschall

Nr. 1927

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 London, den 27. Oktober 1891

Im Anschluß an Telegramm Nr. 245*.

Lord Salisbury hatte in Rom sagen lassen, daß er Italien und Spanien als zunächst interessiert in Marokko betrachte, und Marquis Rudini hat erwidert, daß nach dortiger Auffassung England und Spanien das nächste Interesse hätten.

In ganz vertraulicher Besprechung der Frage sagte mir der Premierminister heute, daß er geneigt sei, Spanien, wenn es wegen Tuat reklamieren wolle, diplomatisch zu unterstützen, sich aber nicht wegen einer solchen Frage auf einen wirklichen Konflikt mit Frankreich oder aktive Intervention in Marokko einlassen könne, da er dafür Billigung des Parlaments nicht finden würde.

Ich habe Lord Salisbury, welcher sich jetzt zunächst über die spanischen Absichten informieren wollte, auf seine Frage persönlich geraten, sich gleichzeitig gegen Marquis Rudini vertraulich, aber offen darüber auszusprechen, wie weit er eventuell in diplomatischer Unterstützung Spaniens gehen könne, und er zeigte sich dazu bereit. Auf dieser Grundlage wäre daher voraussichtlich Verständigung über ge-

* Siehe Nr. 1925.

meinschaftliche Unterstützung Spaniens durch England und Italien ohne unsere Vermittelung möglich.

Lord Salisbury ist offenbar gereizt durch letzte Rede von Ribot über Ägypten und bemerkte, daß er sich jetzt zu besonderer Rücksichtnahme auf die französische Regierung nicht verpflichtet fühle.

Hatzfeldt

Nr. 1928

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 240 Berlin, den 28. Oktober 1891

Antwort auf Telegramm Nr. 249*.

Drängen Ew. nochmals nach Kräften auf diplomatisches Zusammengehen von London, Rom und Madrid wegen Tuat.

Die jetzige italienische Regierung hat bisher nichts getan, um das Mißtrauen von Lord Salisbury zu rechtfertigen. Aber gerade dann, wenn es gerechtfertigt wäre, würde es ratsam sein, daß die Behandlung Italiens durch England nicht zu sehr absticht gegen die durch Rußland.

Marschall

Nr. 1929

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 London, den 30. Oktober 1891

Telegramm Nr. 240** erhalten.

Infolge meiner wiederholten Vorstellungen versicherte mir Lord Salisbury heute, daß er nicht das geringste Mißtrauen gegen Herrn Rudini hege. Der Grund seiner Vorsicht und Zurückhaltung in Rom sei ausschließlich, daß im dortigen Auswärtigen Amt, wo viele Journalisten verkehrten, auf keine Diskretion zu rechnen sei.

Er versprach mir schließlich, dem Marquis Rudini sagen zu lassen, daß er zu diplomatischer Unterstützung Spaniens wegen Tuat eventuell bereit sein würde.

Lord Salisbury hat noch keine Antwort vom englischen Gesandten in Madrid***, glaubt aber nicht, daß Spanien irgendeinen Schritt beabsichtige, da der spanische Botschafter hier† die Angelegenheit ihm gegenüber noch mit keinem Worte berührt habe.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 1927.

** Siehe Nr. 1928.

*** Sir F. C. Ford.

† Marquis Casa la Iglesia.

Nr. 1930

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 249 Berlin, den 2. November 1891

Graf Launay hat das Folgende als Inhalt eines Telegramms aus Rom heute mitgeteilt:

„Le Marquis Maffei informe de Madrid que son collègue d'Angleterre, en suite d'un entretien avec le Duc de Tétuan, a envoyé avant-hier soir la communication suivante au Foreign Office: — ‚Le Ministre d'Etat croit qu'il y a lieu de pousser le Maroc à traduire en acte le conseil, qui lui a été donné dès le début par les représentants d'Italie, d'Espagne et d'Angleterre, à savoir d'adresser une note au Gouvernement français pour l'inviter à s'expliquer, sur quelles bases il fonde ses prétentions sur l'oasis de Tuat, et que, si le Cabinet de Paris ne répondait pas d'une manière satisfaisante, Sa Majesté Schérifienne devrait répliquer en affirmant à son tour son propre droit, et recourir alors aux bons offices des Puissances intéressées au maintien du statu quo dans son Empire.'

La même déclaration a été faite par le Ministre d'Etat espagnol au Marquis Maffei.

Le Marquis di Rudini adhère en principe au projet Tétuan, sauf bien entendu de connaître d'abord ce qu'en pense Lord Salisbury."

Als Definition des Begriffs puissances intéressées ist immer festzuhalten, daß Deutschland nicht zunächst, sondern erst in zweiter Linie interessiert ist als eventuelle Reserve für seine Verbündeten im Bedürfnisfalle, nicht für Marokko.

Eine europäische Konferenz, auf welche die spanische Regierung hinzusteuern scheint, hat das Bedenkliche, daß Frankreich dabei leichter als ohne Konferenz die Formel finden würde, durch die es sich die Unterstützung Rußlands sichert.

Bisher sind hier keine Anzeichen bekannt, welche schließen lassen, daß Rußland sich an der Frage beteiligen will; durch eine Konferenz würde es hineingedrängt werden. Praktischer ist es, wenn die Kabinette von Madrid, Rom und London die Frage als eine bereits feststehende, nicht weiter zu prüfende behandeln und ihre Erklärungen in Paris dem Sinne, wenn auch nicht notwendig dem Wortlaute nach gleichartig abgeben.

Bei dem zwischen London und Madrid in marokkanischen Dingen bestehenden Mißtrauen würde Italien der geeignete Vermittler sein, um das Verhalten der drei Mittelmeermächte in Einklang zu bringen.

Marschall

Nr. 1931

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Madrid Freiherrn von Stumm

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 27 Berlin, den 2. November 1891
[abgegangen am 3. November]

Die Kabinette von London, Rom und Madrid beschäftigen sich mit der Tuatfrage. Jeder von den dreien hat die beiden andern gefragt, was sie tun wollen, keiner hat bisher genau gesagt, wie weit er gehen will. Namentlich hat das englische Kabinett lediglich gefragt. Madrid hat infolgedessen sich auf die Antwort beschränkt, es werde dem Sultan raten, sich nötigenfalls an die „interessierten Mächte" zu wenden. Diese zurückhaltende Antwort hat in London überrascht und den Verdacht wachgerufen, daß Spanien Gründe habe, Frankreich in Marokko gewähren zu lassen. Näher noch als der Gedanke einer Territorialverständigung liegt die Vermutung, daß die französischen Finanzmächte Spaniens gegenwärtige Verlegenheiten benutzt haben könnten, um politische Konzessionen in der gerade schwebenden Tuatfrage zu erlangen.

Ich sehe vorläufig keinen Grund, einen dieser Verdachte mir anzueignen, sondern glaube zunächst noch, daß die spanische Zurückhaltung aus der Besorgnis entsprang, isoliert gegen Frankreich vorgeschoben zu werden.

Förderlicher für die Behandlung der Sache wäre es freilich gewesen, wenn der spanische Minister gleich die positive Gegenfrage gestellt hätte, ob und welche Schritte England geneigt sein würde — die gleichartige Beteiligung von Spanien und Italien vorausgesetzt —, eventuell in Paris für Erhaltung des marokkanischen status quo zu tun.

Deutschland, welches bei der Tuatfrage überhaupt nicht direkt, sondern nur durch seine Freunde interessiert ist, beabsichtigt nicht, bei dieser Frage in die erste Linie zu treten. Ew. wollen deshalb eine eingehende Besprechung mit dem Staatsminister vermeiden mit der Motivierung, daß Deutschland nicht direkt bei Mittelmeerfragen interessiert ist.

Dagegen können Ew. die Angelegenheit mit dem hier als ganz sicher und diskret bekannten Marquis Maffei vertraulich besprechen.

Es ist gegen englische Gewohnheit, aus eigner Initiative etwas Positives vorzuschlagen. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß England Vorschläge, die von außen angeregt werden, in Erwägung zieht. Eine klare spanische Anfrage in London, ob man dort geneigt sein würde, wegen Tuat, etwa mit Italien als Drittem, in Paris diplomatische Vorstellungen zu machen, dürfte ungeachtet des durch die bisherige

spanische Zurückhaltung hervorgerufenen Mißtrauens doch vielleicht ein günstiges Ergebnis haben. Ein derartiger Schritt zu Dreien würde unzweifelhaft, wenn er rechtzeitig getan wird, die Wirkung haben, Frankreich abzuschrecken.

Marquis Rudini kennt vollständig unsre Stellung zur schwebenden Frage. Ew. wollen den Marquis Maffei bitten, daß er über Ihre Unterredung mit ihm nur durch Privatbrief an den Marquis Rudini persönlich berichtet, daß er aber nach außen hin, insbesondre gegenüber dem Herzog von Tetuan Ihre Unterredung überhaupt nicht erwähnt.

Marschall

Nr. 1932

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 251 Berlin, den 3. November 1891

Marquis Rudini äußert am Schluß eines Privatbriefs an Graf Launay:

„Si l'Angleterre se désintéresse complètement de la question de Tuat, il faudra reconnaître dans cette abstention un système de laisser faire et de laisser passer qui ne peut manquer de nous préoccuper." Die Folgen, welche diese Enttäuschung gleich nach der Aussprache mit Herrn von Giers* und gleichzeitig mit der schwankenden Haltung des Sultans haben könnte, werden sich der Aufmerksamkeit von Lord Salisbury nicht entziehen.

Marschall

Nr. 1933

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 93 Berlin, den 4. November 1891

Nach wiederholten Besprechungen mit Graf Hatzfeldt hat Lord Salisbury gestern dem Grafen Tornielli folgende ganz vertrauliche Eröffnung gemacht:

---

* Am 13. Oktober hatte auf italienischem Boden eine Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Rudini und dem russischen Minister des Äußern von Giers stattgefunden, an die sich ein Empfang durch König Humbert in Monza schloß. Vgl. Bd. VII, Nr. 1474.

„In dem Falle, wo Spanien die Rechte Marokkos auf Tuat sollte unterstützen wollen, würde die englische Regierung, welche diese Anschauung bezüglich der Rechte des Sultans teilt, die diplomatische Aktion der spanischen Regierung unterstützen.“

Graf Hatzfeldt glaubt, es werde für die zukünftigen englisch-italienischen Beziehungen und den Grad des Vertrauens von entscheidender Bedeutung sein, daß die Außenwelt, insbesondre Spanien, niemals erfahre, daß Lord Salisbury sich schon vor erfolgter spanischer Anfrage zu einer diplomatischen Aktion bereit erklärt und damit gewissermaßen die Initiative für letztere ergriffen hat.

Lord Salisbury legt auf Tuat an sich keinen Wert, hält die Frage zur Kriegsfrage für ungeeignet, möchte aber Italien gefällig sein und vor allen Dingen Spanien in den Vordergrund stellen, um es zur Stellungnahme zu veranlassen.

Wir freuen uns, die Sache soweit gefördert zu haben. Jetzt beginnt die Aktion Italiens in Madrid, um das spanische Kabinett ohne die leiseste Andeutung über die vorstehende Äußerung des englischen Ministers zu der von diesem erwarteten Anfrage wegen diplomatischer Verständigung zu veranlassen. Nützlich dürfte dabei der Gedanke zu verwenden sein, „daß Englands bisherige Zurückhaltung vielleicht zusammenhänge mit einem gewissen Mißtrauen, veranlaßt durch den Mangel an eigner diplomatischer Initiative Spaniens, der gleichwohl am nächsten beteiligten Regierung. Die Lage werde sofort geklärt werden, wenn der Herzog von Tetuan die dem englischen Gesandten erteilte Antwort durch den spanischen Gesandten in London wiederholen lasse und damit die Frage verbinde, ob England sich bei dem Rat an den Sultan beteiligen wolle; für den Fall, daß später ein gemeinsamer diplomatischer Schritt in Paris nötig werden sollte, behalte Spanien sich weitere Vorschläge vor“.

Voraussichtlich wird Lord Salisbury die Anfrage zustimmend beantworten, sich aber hinsichtlich des späteren Vorschlages vielleicht erst dann äußern, wenn derselbe tatsächlich vorliegt, um zu vermeiden, daß eine frühere Äußerung ihm seitens der Spanier als englische Initiative ausgelegt werde.

Der dem Madrider Kabinett anscheinend sympathische Gedanke einer europäischen Konferenz dürfte von vornherein abzulehnen sein. Bei einer Konferenz würde Rußland, welches bisher keine Neigung zur Beteiligung an marokkanischen Dingen gezeigt hat, aus Gründen allgemeiner Politik zur Parteinahme für Frankreich gezwungen werden. Die Gruppierung der drei Mittelmeermächte gegen das diplomatisch isolierte Frankreich ohne Konferenz wäre jedenfalls günstiger und verspricht ziemlich sichern Erfolg.

Marschall

Nr. 1934

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Madrid Freiherrn von Stumm

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 28 Berlin, den 5. November 1891

Antwort auf Telegramm Nr. 30*.

Die betreffende Anregung wird voraussichtlich auch amtlich seitens der italienischen Regierung an die spanische erfolgen.

Falls der Herzog von Tetuan die Frage mit Ew. zur Sprache bringt, bitte ich sich dahin zu äußern, daß Deutschland bei Mittelmeerfragen nur indirekt beteiligt ist und eine eventuelle Reserve nicht für Marokko, sondern nur für Italien sein würde; daß Spanien nach Ew. Ansicht ein wesentliches Interesse hat, England als größte Mittelmeer-Seemacht diplomatisch in der marokkanischen Frage zu verwerten. So weit, wie England sich bereit erklärt zu gehen, so weit kann auch Spanien ohne Gefahr gehen, namentlich da sich Italien jedenfalls als Dritter beteiligen, und Frankreich mit einer etwaigen marokkanischen Aggressivpolitik diesen Dreien isoliert gegenüberstehen wird. Spanien hat daher, falls es überhaupt die französische Besetzung von Tuat mißbilligt, ein Interesse daran, seine Anfrage in England möglichst entschieden zu stellen, nicht in der Form: „Was wird England in der Tuatfrage tun?", sondern: „Ist England bereit, diplomatische Schritte wegen Tuat beim Sultan oder in Paris mit Spanien und Italien zusammen zu tun?"

Marschall

Nr. 1935

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 259 Berlin, den 8. November 1891

Graf Launay sendet heute ein zwischen uns vereinbartes geheimes Telegramm nach Rom folgenden Inhalts:

„Ein offiziöses Telegramm ‚Havas' aus Paris von gestern meldet, daß der Ministerrat beschloß, bei der Kammer einen Kredit zu beantragen, um den Posten El Goleah zu verstärken und in der Richtung auf Tuat weiter vorzuschieben. Es ergibt sich hieraus, daß die fran-

* Nach dem Telegramm des Freiherrn von Stumm Nr. 30 vom 5. November wollte der italienische Gesandte in Madrid Marquis Maffei den Herzog von Tetuan auf dem Wege einer persönlichen Meinungsäußerung auf den deutscherseits als praktisch bezeichneten Weg (vgl. Nr. 1931) hinweisen.

zösische Regierung sich beeilt, um bezüglich Tuat eine vollendete Tatsache zu schaffen. Auch Graf Hatzfeldt telegraphiert heute, daß es sich empfiehlt, wenn die drei Kabinette die in Aussicht genommenen beiden Schritte beim Sultan und in Paris gleichzeitig machen. Als seine persönliche Ansicht äußert Graf Hatzfeldt, daß günstige Aufnahme dieses Gedankens bei Lord Salisbury jetzt fast sicher sei, während in einigen Monaten namentlich gegenüber einer vollendeten Tatsache manches anders sein kann.

Sache des römischen Kabinetts wird es sein, diesen Gedanken, falls Ew. Exzellenz denselben sich aneignet, in Madrid zu vertreten.

Graf Hatzfeldt erhält die Instruktion, d'appuyer séparément et sous main auprès de Lord Salisbury l'action Italo-Espagnole lorsqu'elle se produira."

Ew. wollen eintretenden Falles dementsprechend handeln. pp.

Marschall

Nr. 1936

Der Botschafter in Madrid Freiherr von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Madrid, den 10. November 1891

Italienischem Botschafter und mir gegenüber hat Staatsminister dahin sich geäußert, daß er in London sowohl durch hiesigen englischen Botschafter wie durch spanischen Vertreter auf Zweckmäßigkeit erneuter Einwirkung auf Sultan in bekanntem Sinne bereits aufmerksam gemacht habe. Er sei bereit, spanischen Vertreter in Tanger entsprechend zu instruieren, sobald England und Italien analog verführen. Formellen Antrag in bezug hierauf sowie auf gemeinschaftlich in Paris zu unternehmende Vorstellungen bei Lord Salisbury zu stellen, vermöge er nicht, da Spanien seine bisherige durch die Umstände gebotene vorsichtige Haltung nicht aufgeben dürfe. Auch sei er im jetzigen Stadium der Sache — soweit Spanien in Frage käme — gegen Schritte in Paris: Spanien habe sich Frankreich gegenüber bereits deutlich über seine sich gleichbleibende Auffassung in der Tuatfrage ausgesprochen; eine Wiederholung derselben in Paris werde dort als Herausforderung, und Spanien sofort als derjenige erscheinen, der die beiden anderen Mächte in Bewegung gesetzt habe.

Falle die seitens des Sultans von Frankreich zu verlangende Antwort nicht befriedigend aus, so werde Spanien über die alsdann Frankreich gegenüber zu machenden Schritte mit den anderen Mächten ins Einvernehmen sich setzen.

Mehr als Bereitwilligkeit, die in Tanger im Frühjahr gegebenen Ratschläge im Verein mit England und Italien dringend zu wiederholen, war bei der Besorgnis, gegen Frankreich vorgedrängt und eintretendenfalls von England im Stich gelassen zu werden, vom Staatsminister jetzt

nicht zu erlangen, — seit Gespräch mit Herrn Cambon ist, wie Herzog von Tetuan versichert, über Tuatfrage weder hier noch in Paris wieder gesprochen worden. Bericht folgt. Stumm

Randbemerkung von Caprivis am Kopf des Schriftstücks:
Bitte mir alle bezüglich Marokko-Tuat eingehenden Schriftstücke und die darauf diesseits entworfenen Telegramme und Noten bis auf weiteres, letztere vor dem Abgange, vorzulegen. v. C. 10./11.

Nr. 1937

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 London, den 11. November 1891

Telegramm Nr. 263* erhalten.

Lord Salisbury hat mir noch gestern wiederholt, daß sein Hauptzweck abgesehen von dem Wunsch, Italien gefällig zu sein, darin bestanden habe, Spanien zur Stellungnahme in der Frage zu veranlassen und gegen spätere Versuchungen von seiten Frankreichs fest zu machen. Es ist mir daher nicht zweifelhaft, wenn ich ihm bei nächster Zusammenkunft (künftigen Freitag) Inhalt des Telegramms Nr. 263 mitteile, daß er darin volle Bestätigung seiner wiederholt ausgesprochenen Vermutung erblicken wird, daß die spanische Regierung nicht daran denke, durch Stellungnahme in der Sache selbst mit diplomatischer Unterstützung durch Italien und England, den freundschaftlichen Charakter ihrer Beziehungen zu Frankreich zu beeinträchtigen. Ich muß unter diesen Umständen darauf gefaßt sein, daß der Minister um so mehr daran festhalten wird, seinerseits keine Initiative zu nehmen, die er stets abgelehnt, und die ihm hier gerade jetzt, wo fast die ganze Oppositionspresse ihm schon aus Anlaß seiner letzten Rede über Ägypten absichtliche oder unbedachte Verfeindung mit Frankreich vorwirft, den größten Schaden tun könnte.

Für Spanien, wenn es überhaupt und aufrichtig irgendein Vorgehen wegen Tuat wünscht und sich dabei die Unterstützung Englands sichern will, wird in letzterer Hinsicht vielleicht kein so günstiger Augenblick jemals wieder kommen, wo wie gerade jetzt eine offenbar gereizte Stimmung zwischen England und Frankreich wegen Ägypten besteht.

Vielleicht empfiehlt sich deshalb ein letzter energischer Versuch Italiens in Madrid, den Herzog von Tetuan hier zu einer ausdrücklichen, aber nunmehr auf Unterstützung des dem Sultan zu erteilenden Rats beschränkten Anregung zu bestimmen.

Eine während seiner Abwesenheit, also vor längerer Zeit und unter anderen Umständen stattgehabte und wahrscheinlich rein akademische Konversation des spanischen Botschafters mit dem Unterstaatssekretär

* Durch Telegramm Nr. 263 war dem Grafen Hatzfeldt der Inhalt des Stummschen Telegramms vom 10. November (siehe Nr. 1936) mitgeteilt worden.

über Marokko wird Lord Salisbury voraussichtlich nicht als eine den jetzigen veränderten Umständen entsprechende spanische Anregung betrachten.

Hatzfeldt

Nr. 1938

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 178 Rom, den 11. November 1891

Marquis Rudini hat nach London und Berlin telegraphiert, er bäte, daß Lord Salisbury selbst die Formel für das angebe, was England, Italien, Spanien und vielleicht Marokko bezüglich Tuat an Frankreich sagen sollen; er werde sein möglichstes tun, daß die Formel in Madrid akzeptiert werde. Er wird hiervon auch an Graf Maffei Mitteilung machen, ohne vorläufig von der im Telegramm Nr. 103 vom 11. enthaltenen Nachricht*, die ihm neu war, Notiz zu nehmen.

Solms

Nr. 1939

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 Rom, den 12. November 1891

Unter Bezugnahme auf Schlußsatz des Telegramms Nr. 178 vom 11. November**.

Marquis Rudini schreibt mir: Infolge eines Telegramms Maffeis könne er den Entschluß des Herzogs von Tetuan, sich nicht an Frankreich zu wenden, nicht mehr ignorieren, er werde daher in Berlin und London beantragen, sich über eine gemeinsame Aktion beim Sultan zu verständigen.

Übersetzung des langen Telegramms Maffeis folgt per Feldjäger.

Solms

Nr. 1940

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 275 London, den 13. November 1891

Telegramm Nr. 265*** erhalten.

Der Premierminister war heute, vielleicht infolge des Ministerkonseils, wieder vorsichtiger und zu einer diplomatischen Aktion wegen

* Telegramm 103 gab den Inhalt des Stummschen Telegramms vom 10. November (siehe Nr. 1936) wieder.

** Siehe Nr. 1938.

*** Inhaltlich identisch mit Nr. 1938.

Tuat weniger geneigt, indem er geltend machte, daß dieselbe doch die Franzosen von eventuellem Vorgehen gegen die Oase nicht abhalten werde, daß letztere auch an sich wenig Wert habe, und daß die interessierten Mächte vielleicht besser täten, ihre Kräfte für den eventuellen späteren Ernstfall, das heißt, wenn es sich um Marokko selbst und namentlich die Küstenstriche handeln werde, zu sparen[1].

Erst nach längerer eindringlicher Erörterung gelang es, Lord Salisbury (welcher übrigens dabei jede Neigung, seinerseits Frankreich zu schonen, bestimmt in Abrede stellte) zu der Zusage zu bewegen, daß er, um sich nicht von Italien zu trennen, den bekannten Rat in Tanger ebenfalls erteilen wolle. Er versprach mir gleichzeitig, in diesem Sinne Lord Dufferin mit entsprechender telegraphischer Instruktion zur Besprechung mit Marquis Rudini versehen zu wollen. Letzterer wird gut tun, mit dem englischen Botschafter eingehend und offen zu sprechen und sich dabei durch eine etwaige nicht ganz befriedigende Meldung des Grafen Tornielli nicht beeinflussen zu lassen. Letzterer, welcher eine Unterredung nachgesucht hat, beabsichtigte, Lord Salisbury möglichst wenig zu sagen.

Der heutigen Stimmung des Premierministers gegenüber hielt ich für geboten, das etwaige Programm auf die Demarche in Tanger zu beschränken, um den Faden nicht abreißen zu lassen. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß Marquis Rudini mit Lord Dufferin auch die Eventualität einer Mitteilung in Paris bespricht.

Eine hier während seiner Abwesenheit stattgehabte spanische Anregung wegen Tuat war Lord Salisbury nicht erinnerlich.

Hatzfeldt

Randbemerkung von Caprivis:

[1] Die Küste ist das einzige Interesse, das England an der Sache hat. v. C.

Nr. 1941

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 — Rom, den 19. November 1891

Wie ich mittelst Telegramm Nr. 180 vom 12* gemeldet und aus dem Brief des Marquis Rudini an mich (Bericht Nr. 254 vom 12. d. Mts.) hervorgeht, hat derselbe infolge der abgelehnten Beteiligung Spaniens an einer Demarche in Paris seine Instruktionen nach London und Berlin, wonach Lord Salisbury selbst die Formel angeben sollte, modifiziert und nach London und Berlin telegraphiert, daß man sich jetzt über eine Aktion beim Sultan von Marokko verständigen müßte.

---

* Siehe Nr. 1939.

Die erste Instruktion bezüglich der Formel war damit wegen Spaniens Refus aufgehoben, und hatte Graf Tornielli das zweite Telegramm augenscheinlich erhalten, bevor er den ihm im ersten erteilten Auftrag ausgeführt hatte und daher auszuführen unterlassen mußte.

Marquis Rudini ist noch in Palermo.

Solms

Bemerkung von Caprivis:

Wir wollen nun ruhig abwarten, was die Meistbeteiligten tun werden. v. C.

Nr. 1942

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 274 Berlin, den 19. November 1891

Graf Solms telegraphiert:

„Marquis Maffei meldet aus Madrid, Lord Salisbury habe dem spanischen Vertreter in London gesagt, die Tuataffäre sei nicht wichtig genug, sich mit Frankreich zu überwerfen. Der Sultan von Marokko solle den Mächten gegenüber seine Ansprüche auf Tuat begründen. Lord Salisbury werde sie dann prüfen, und selbst wenn sie als berechtigt anerkannt würden, müßte man überlegen, ob sie sich zu einer Demarche in Paris eigneten."

Marschall

Nr. 1943

Der Ministerresident in Tanger Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Entzifferung

A 109 Tanger, den 25. Dezember 1891

Der italienische Gesandte* hat mir mitgeteilt, Tores** habe um seinen Besuch gebeten und ihm den Entwurf der Note vorgelesen, die er dem Sultan mit dem Antrag vorlegen wolle, dieselbe direkt an den Präsidenten der Republik zu richten. Herr Cantagalli bemerkte hierzu, daß er die Fassung der Note vollkommen gebilligt habe.

Tores hat mir am selben Tage unter Mitteilung einer Abschrift der

---

* Cantagalli.

** Mohammed ben el Arbi el Tores, marokkanischer Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten in Tanger.

Note, die in Übersetzung hierbei folgt*, sagen lassen, der italienische Vertreter habe ihm den Rat gegeben, nicht bloß Italien, England und Spanien, sondern auch Deutschland und Österreich gleichzeitig von der Absendung der Note unter Beifügung einer Abschrift zu benachrichtigen. Ob mir dies angenehm sei? Ich ließ ihm sagen, er solle ganz nach Gutdünken handeln; der Sultan wisse, daß wir für seine Wünsche und gerechten Ansprüche immer ein offenes Ohr hätten, und es mache gar keinen Unterschied, ob er uns die Note sende oder nicht.

Graf von Tattenbach

Nr. 1944

Der Ministerresident in Tanger Graf von Tattenbach an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

A 39 Tanger, den 19. April 1892

Vor einigen Wochen hat der Reverend H. R. Haweis, ein in London bekannter Journalist und beliebter Kanzelredner, einen kurzen Aufenthalt in Tanger gemacht und während dieser Zeit viel in der englischen Gesandtschaft verkehrt.

Der Artikel, den er unter dem Titel „The coming crisis in Morocco" im Aprilheft der „Fortnightly Review" veröffentlicht hat, enthält sehr viel mehr, als selbst ein noch so federgewandter Journalist nach kaum achttägigem Aufenthalt in einem ihm völlig fremden Lande schreiben könnte, wenn ihm nicht sehr gute Quellen zur Verfügung gestellt worden wären.

Mr. Haweis kommt zu folgenden Konklusionen:

England muß Tanger und außerdem, um auf seine Kosten zu kommen, das fruchtbare Land bis zum Sebu, also einschließlich Fez haben. Es ist nicht nötig, sich deshalb mit Frankreich zu veruneinigen — im Gegenteil. Frankreich soll begünstigt werden in seinen Ansprüchen auf Tuat, und es soll ihm unbenommen bleiben, ganz Marokko südlich vom Sebu unter sein Protektorat zu nehmen. Sollte Frankreich damit noch nicht zufrieden sein, so könnte, da Ägypten sich zur Kompensation nicht eigenet, Syrien das geeignete Objekt abgeben. „Dies ist, was Frankreich braucht, und was England zu geben in der Lage ist. Rußland würde zwar in diesem Fall nach Konstantinopel gehen, aber früher oder später muß dies doch eintreten, und es ist besser, daß Rußland als unser Freund, denn als unser Feind in Konstantinopel einzieht.

* Die vom 31. Dezember datierte, am 11. Januar dem französischen Geschäftsträger überreichte marokkanische Note nahm nachdrücklich die Botmäßigkeit über die Stämme in der Gegend von Tuat, Gurara und Tidikelt für den Sultan von Marokko in Anspruch und forderte die französische Regierung auf, Beweise für ihre vermeintlichen Ansprüche beizubringen.

England ist in diesem Fall sicherer in Indien und sicherer im Persischen Meerbusen."

Sir Charles Euan Smith*, meint der Verfasser, ist der rechte Mann, um die gerechten englischen Ansprüche in die richtigen Wege zu leiten, ehe dies infolge der immer mehr wachsenden Einwanderung von Spaniern nach Tanger zu spät wird. Die Kampagne muß zunächst damit eingeleitet werden, daß englisches Kapital durch die Abänderung des Artikels XI der Madrider Konvention in die Lage kommt, das ganze herrliche Land zwischen der Nordküste und dem Sebu aufzukaufen.

Mr. Haweis hat sich in den wenigen Tagen seines Hierseins rasch orientiert über die Aspirationen seines Landes und die Mittel, denselben gerecht zu werden. Er vergißt nur eins: das Erstarken des mohammedanischen Selbstbewußtseins in Afrika. Die Franzosen haben in den Tagen, in welchen der Artikel geschrieben worden ist, die Erfahrung gemacht, daß es nicht so leicht ist, Schienenstränge durch mohammedanisches Gebiet zu legen, als Mr. Haweis dies annimmt, und England dürfte sich bald überzeugen, daß es eines gewaltigen militärischen Kraftaufwandes bedarf, wenn es gilt, die Güter seiner Untertanen am Sebu zu schützen.

Bemerken möchte ich noch, daß jetzt englischerseits der Versuch gemacht wird, den Marokkanern glauben zu machen, daß Tuat gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz der französischen Einflußsphäre zugewiesen worden ist, und daß in demselben Artikel Deutschland Annexionsgelüste auf die Chaffarinen und das dazu gehörige Küstenland angedichtet werden.

Tattenbach

Nr. 1945

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Ministerresidenten in Tanger Grafen von Tattenbach

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

A 5 Berlin, den 4. Mai 1892

Selbst entziffern.

Antwort auf Bericht Nr. 39**.

Der Aufsatz von Haweis war hier bekannt; daß derselbe, wie Ew. berichten, unter direkter Inspiration des englischen Gesandten verfaßt wurde, ist wichtig für unsre fernere Haltung in marokkanischen Fragen.

Smith möchte Marokko mit Frankreich teilen, während unsre Erwartung eher dahin geht, daß England und Frankreich durch Marokko geteilt werden. Nur von dieser letzteren Annahme ausgehend, würden wir es anderen befreundeten Staaten, speziell Italien gegenüber verantworten können, die Fortschritte Englands in Marokko zu unterstützen.

---

* Nachfolger Sir Kirby Greens als englischer Gesandter in Marokko.

** Siehe Nr. 1944.

Das von uns seinerzeit angeratene Zusammengehen Englands, Italiens und Spaniens in der Tuatfrage hat trotz seines wenig nachdrücklichen Hervortretens gleichwohl, wie auch Ew. Bericht Nr. 38 darlegt, zu einer politischen Niederlage Frankreichs geführt. Selbstredend ist die Frage damit nicht aus der Welt geschafft, der bisherige Erfolg unsrer Schritte ist aber um so erfreulicher, da er, wie man jetzt sieht, trotz des Widerstandes von Smith erreicht worden ist. Auf diesen dürfte manche Verzögerung und Erschwerung der damaligen englisch-italienisch-spanischen Verständigung zurückzuführen sein.

Hatten Ew. Gelegenheit, eine Ansicht darüber zu gewinnen, wie die französische Vertretung sich neuerdings zu dem Gedanken einer Teilung Marokkos nach dem Plane von Haweis stellt? Eine direkte Frage wird zu vermeiden sein. Die frühere Äußerung des französischen Vertreters, daß die Meerenge von Gibraltar nach Herstellung der Kanalverbindung zwischen Ozean und Mittelmeer keine Bedeutung für Frankreich mehr haben würde, bekommt dadurch eine gewisse Bedeutung, daß jenes Kanalprojekt noch in unabsehbarer Ferne liegt. Für jetzt würde sonach die von Smith gewünschte englisch-französische Verständigung, durch welche England in den Besitz beider Seiten der Meerenge käme, für Frankreich mit Rücksicht auf seine öffentliche Meinung kaum annehmbar sein. Indessen gilt es, diesen Punkt fortgesetzt zu beobachten und sich nicht bei Vermutungen zu beruhigen.

Unsre Unterstützung der Anträge von Smith wird sich vorläufig auf die Erleichterung des Erwerbs von Grundeigentum durch Fremde nicht erstrecken, ostensibel deshalb, weil hierbei Deutschland nicht interessiert ist, hauptsächlich aber, wie ich vertraulich hinzufüge, deshalb, weil wir, um einseitig englische Interessen zu unterstützen, über die englisch-französischen Beziehungen bezüglich Marokkos klarer sehen müssen. Eine englische Politik, welche auf Lösung einer der wichtigsten Mittelmeerfragen mit Frankreich allein und folglich auf schwere Schädigung Italiens hinausliefe, würden wir, wie bereits bemerkt, nicht fördern können.

Marschall

Nr. 1946

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 456 London, den 25. Juni 1892

pp. Als ich Lord Salisbury fragte, ob er irgendwelche neueren Nachrichten über Tuat habe, erwiderte derselbe, die französische Regierung habe eine kurzangebundene Antwort (a curt answer) auf die marokkanische Note erteilt, worin der Sultan seine Rechte auf Tuat jüngst

geltendgemacht habe*. Im übrigen stehe er, Lord Salisbury, genau auf demselben Standpunkt wie früher und sei bereit, in dieser Frage mitzugehen, sobald Spanien und Italien ihm den Wunsch hierzu zu erkennen geben sollten. Die Initiative müsse er aber nach wie vor den Kabinetten von Madrid und Rom überlassen. P. Metternich

Nr. 1947

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 148 Rom, den 10. Juli 1892

Minister Brin lenkte gestern, wahrscheinlich infolge einer Konversation mit dem spanischen Botschafter, das Gespräch auf Marokko. pp.

Lord Salisbury, bemerkte der Minister, wolle immer, daß Italien und Spanien die Initiative ergreifen, um Frankreich von einem Vorgehen gegen Marokko oder in Marokko abzuhalten; er habe indessen gar keine Neigung, in Paris mit Reklamationen hervorzutreten und gewissermaßen als Störenfried zu erscheinen. Lord Salisbury halte sich fortwährend zurück und wolle es anderen überlassen, im Interesse Englands zu wirken[1].

Ich habe dem Minister erwidert, die Zurückhaltung Lord Salisburys schiene mir ihre naturgemäße Erklärung in der gegenwärtigen Wahlbewegung zu finden, und ehe das Wahlergebnis nicht bekannt sei, dürfte es unmöglich sein, sich über die Richtung der englischen Politik ein sicheres Urteil zu bilden. Graf Solms

Randbemerkung des Grafen von Caprivi:

[1] Herr Brin hat Recht, und wir haben kein Interesse daran, Italien in Marokko zu engagieren, am wenigsten gegenüber einem Kabinett Gladstone. v. C.

Nr. 1948

Der Ministerresident in Tanger Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Entzifferung

A 99 Tanger, den 27. Juli 1892

Nach den mir gemachten Mitteilungen führt Smith die Ursachen des Scheiterns seiner Mission** auf Frankreich zurück; Frankreich habe

* Nach einem Berichte des Freiherrn von Stumm vom 26. Juni hätte die französische, schon Anfang Februar ergangene Antwortnote dahin gelautet, daß Frankreich die Ansprüche des Sultans auf Tuat nicht anerkenne und sich absolute Handlungsfreiheit in der Sache vorbehalte, jedoch einstweilen nicht die Absicht habe, die Tuatfrage aufzunehmen.

** Im Frühsommer 1892 hatte Sir Charles Euan Smith eine Reise an das Hoflager des Sultans in Fez angetreten und bei dieser Gelegenheit eine Erneuerung

die politische und merkantile Präponderanz Englands in Marokko befürchtet; es sei verletzt gewesen, weil Lord Salisbury den Fehler gemacht habe, die Kooperation Frankreichs zu spät erbeten zu haben; es habe endlich Lord Salisbury keinen Erfolg vor den Wahlen gönnen wollen. pp.

Als ich mich nach dem Stand der Tuatangelegenheit erkundigte, sagte Smith, er habe den Eindruck bekommen, daß der Sultan entschlossen sei, Tuat aufzugeben. Meine Frage, ob er diesen Eindruck aus Äußerungen des Sultans bekommen habe, bejahte er, doch ging er nicht weiter auf die Sache ein.

Aus alledem muß man den Schluß ziehen, daß französischerseits die Person des neuen englischen Gesandten, seine Antezedenzien in Sansibar*, sein Auftreten in den ersten Monaten seines Hierseins, die Forderungen, die er in Fez gestellt, und sein wenig geschicktes Auftreten daselbst mit Geschick und Erfolg benutzt worden sind, um den Sultan zu überzeugen, daß es in seinem Interesse liege, sich angesichts der Haltung Englands gut mit Frankreich zu stellen, namentlich seitdem es mit Rußland verbündet und dadurch England und dem Dreibund überlegen sei, und daß das gute Einvernehmen mit Frankreich auch um den Preis von Tuat nicht zu teuer bezahlt sei.

Dadurch wäre eine total verschiedene Situation geschaffen gegenüber derjenigen, die ich bei meiner Abreise von Fez im Juni 1890 verlassen habe. Als der verstorbene englische Gesandte 1½ Jahr später an den Hof des Sultans ging und letzteren wegen Kap Juby hart bedrängte, habe ich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß auf diese Weise dem französischen Einfluß die Tore geöffnet würden. Glücklicherweise ist aber diese Befürchtung infolge der Tuatangelegenheit vollständig beseitigt worden. Statt aber diese dem Sultan so nahe gehende Frage zum Ausgangspunkt zu benutzen, um ihn mit Frankreich gründlich und dauernd zu entzweien, hat England in den letzten 18 Monaten es fertig gebracht, den französischen Einfluß zum dominierenden zu machen, sodaß Smith trotz des am Schluß bewiesenen sehr weitgehenden Entgegenkommens weder den Handelsvertrag durchsetzen, noch in der Tuatangelegenheit oder in der Frage des russischen Gesandten einen Einfluß hat ausüben können.

Mit dem Erstarken des französischen Einflusses am Hofe werden auch Italien und Deutschland zurückgedrängt.

Was Italien anbelangt, so hätte der Wesir Garit zu Smith gesagt: „es liege ihnen nichts daran, sich Italien gefällig zu zeigen.“ So hat wenigstens Smith dem italienischen Gesandten erzählt.

---

des englisch-marokkanischen Handelsvertrages zu erwirken gesucht. Sein schroffes Auftreten — er ließ sich sogar hinreißen, den ihm übergebenen Vertragsentwurf der marokkanischen Regierung in Stücke zerrissen zurückzugeben — brachte jedoch die Verhandlungen zum Scheitern.

* Vgl. Bd. IV, Nr. 811.

Mit uns sucht der Sultan augenscheinlich die guten Beziehungen, die ihm oft genützt haben, fortzusetzen. Er wird sich aber klarmachen müssen, daß dies unter den veränderten Verhältnissen nicht möglich sein wird, und es wird vielleicht gut sein, ihm dies gelegentlich gründlich und deutlich auseinanderzusetzen[1].

Als vorteilhaftes Ergebnis der Smithschen Kampagne von seinem ersten Auftreten in Tanger bis heute ist allerdings eine Mißstimmung zwischen Frankreich und England zu verzeichnen, die durch den Jubel der französischen Presse über das Scheitern der Mission Smiths sich wohl noch steigern wird. Indessen bleibt es auffallend, daß Smith schon jetzt den Grafen d'Aubigny* von jeder Schuld freispricht, und daß, wie ich höre, die liberalen englischen Blätter bereits ankündigen, daß die liberale Partei die von Lord Salisbury hinterlassene Erbschaft in Marokko nicht anzutreten gedenke. Eine Verständigung zwischen England und Frankreich über die marokkanische Frage wird immerhin schwierig bleiben und nur möglich sein, wenn die Tangerfrage aus der Gesamtfrage herausgeschält und erstere nicht berührt würde. Frankreich könnte dann Tuat und die Rektifikation seiner Grenze erreichen, England aber einen Handelsvertrag, der es ihm erlaubt, Marokko unter Benutzung seiner Kapitalkräfte wirksam auszubeuten.

Tattenbach

Randbemerkung des Grafen von Caprivi:

[1] Erst abwarten, wie sich das künftige Verhältnis zwischen dem Dreibund und England machen wird. v. C.

Nr. 1949

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Ministerresidenten in Tanger Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 14 Berlin, den 10. August 1892
Geheim

Selbst entziffern.

Das Londoner Kabinett teilt mit, daß Smith Sendung eines englischen Kriegsschiffs nach Tanger als nötig für die Sicherheit und als förderlich für die Herstellung der Ruhe beantragt hat. Bitte Telegramm, ob auch Sie die dortigen Zustände für in dem Grade bedrohlich halten**.

---

* Nachfolger des französischen Gesandten in Tanger Patenôtre.

** Graf Tattenbach beantwortete am 11. August die Frage verneinend: die Sicherheit der Europäer sei durch die im Lande eingetretenen aufständischen Bewegungen in keiner Weise bedroht.

Über vorstehende Mitteilung wollen Sie mit niemandem sprechen. Für uns ist jetzt, wo wir eine neue englische Regierung* vor uns haben, Zurückhaltung mehr als je geboten, jedoch unter Wahrung aller formalen Rücksichten, insbesondre dem Sultan gegenüber.

Rotenhan

Nr. 1950

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 589 Berlin, den 11. August 1892

Ew. beehre ich mich in der Anlage die Zifferberichte Nr. A 104, 106, 108, 109 und 111 aus Tanger zu gefälliger Kenntnisnahme und eventueller Verwertung ergebenst zu übersenden. Aus diesen Mitteilungen ergibt sich unter anderm, daß Smith den Versuch gemacht hat, Frankreich durch Zuwendung des Tuatgebiets zu besänftigen.

Wir bleiben hinsichtlich der marokkanischen Frage, unsrer bisherigen Haltung entsprechend, wohlwollend für die englischen Bemühungen, soweit dieselben sich auf Abschluß eines Handelsvertrags richten, in allem übrigen um so mehr zurückhaltend, da wir uns einer neuen Regierung mit unbekannten Tendenzen gegenübersehen.

Rotenhan

Nr. 1951

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Ministerresidenten in Tanger Grafen von Tattenbach

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

A 11 Berlin, den 14. September 1892

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 128 vom 26. v. Mts. habe ich erhalten. Wenn ich auch im allgemeinen kein Bedenken dagegen habe, daß Ew. pp. Tores davor gewarnt haben, dem französischen Einfluß zu sehr Raum zu geben, so möchte ich doch bei diesem Anlaß daran erinnern, daß unsere allgemeine Politik uns Marokko gegenüber in erster Linie eine reservierte und beobachtende Haltung vorzeichnet. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen des französischen Gesandten mit der marokkanischen Regierung wird es sich daher empfehlen, daß Ew. pp. die Fälle, wo es Ihnen angezeigt erscheint, dem überhandnehmenden französischen Einfluß entgegenzuwirken, zunächst hier zur Sprache bringen. Rotenhan

---

* Eben damals trat das liberale Kabinett Gladstone an die Stelle des Kabinetts Salisbury.

Nr. 1952

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 768 London, den 18. November 1892

Bei gelegentlicher Erwähnung der französischen Mission nach Fez*, über deren Ergebnisse Lord Rosebery anscheinend noch nichts näheres wußte, kamen wir auch gesprächsweise auf Tuat, und der Minister bemerkte, daß er in diesem Punkt eine Intervention gegen Frankreich nicht für ausführbar halte. pp. Hatzfeldt

Nr. 1953

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 410 Berlin, den 21. Juni 1893

Ew. pp. beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Gesandten in Tanger vom 13. d. Mts., betreffend eine Unterredung desselben mit seinem englischen Kollegen, zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Auffallend erscheint die Äußerung Sir West Ridgeways, daß, wenn man den Sultan in seinem Widerstande gegen das Vorgehen Frankreichs bestärke, dieser materielle Hülfe verlangen, und wenn ihm solche nicht gewährt würde, er sich mit Frankreich verständigen werde. Diese Äußerung ist um so bemerkenswerter, als der englische Vertreter keinen Zweifel darüber haben dürfte, daß die leiseste Demonstration der interessierten Mächte genügen würde, um Frankreich von einem Vorgehen in Tuat abzuhalten. Man kann aus den Worten Sir Wests schließen, daß derselbe auf einem ähnlichen Standpunkt steht wie sein Vorgänger Euan Smith und glaubt, daß, wenn Frankreich keine Hindernisse in den Weg gelegt würden, sich Tuats zu bemächtigen, dieses auch mehr Entgegenkommen bezüglich der Besitznahme von Tanger und der Umgebung von Kap Spartel durch die Engländer zeigen würde.

Da Sir West Ridgeway seinen Posten binnen kurzem verläßt, so hat seine Ansicht keine weitere praktische Bedeutung, es wird jedoch interessant sein zu beobachten, inwieweit die Haltung seines Nachfolgers auf eine ähnliche Auffassung der Lage schließen läßt. Man wird danach beurteilen können, ob diese Auffassung eine persönliche des Sir West ist, oder ob dieselbe auf Instruktionen aus London zurückzuführen ist.

---

* Der französische Gesandte in Tanger Graf d'Aubigny hatte sich im September 1892 an den Hof des Sultans in Fez begeben und dort im französischen Interesse zu wirken gesucht.

Ew. stelle ich ergebenst anheim, den anliegenden Bericht, soweit er Ihnen hierzu geeignet erscheint, bei Lord Rosebery zu verwerten. Ob Ew. pp. es angezeigt halten, bei dieser Gelegenheit obige Fragen mit dem englischen Minister zu besprechen, überlasse ich ganz Ihrem Ermessen. Einerseits liegt die Möglichkeit vor, daß eine Berührung dieser Fragen so aussähe, als interessierten wir uns für eine aktivere Politik Englands in Marokko, andererseits würde es nützlich sein, wenn Lord Rosebery der Gedanke nahegelegt würde, daß der Wert der deutschen Freundschaft für England nicht so direkt auf wirtschaftafrika —, als vielmehr auf dem Gebiete der großen politischen Fragen lichem Gebiet — Handelsvertrag mit Sansibar, Telegraphenlinie in Ostliegt.

Marschall

Nr. 1954

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 London, den 7. Dezember 1893

Nach Mitteilung des Ministers* hat er vor einigen Tagen Herrn Moret** ganz vertraulich wissen lassen, daß man hier nichts dagegen haben würde[1], wenn Spanien behufs besserer Sicherung seiner dortigen Niederlassung die Halbinsel von Melilla teilweise oder auch ganz nehmen wolle***, auch eventuell bereit wäre, ohne sich dabei in den Vordergrund zu stellen, einen solchen Gedanken bei den anderen Mächten zu befürworten.

Herr Moret hat für Anerbieten gedankt, aber gleichzeitig gebeten, damit noch zu warten.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Habe auch nichts dagegen

Nr. 1955

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 28 Rom, den 27. Januar 1894
Geheim

Baron Blanc erzählte mir vertraulich, die spanische Regierung sei nicht ganz damit einverstanden, daß er die Unterstützung derselben in

---

* Lord Rosebery.
** Spanischer Minister des Äußern im Kabinett Sagasta seit April 1893.
*** Anfang Oktober hatte ein Angriff der Riffberbern auf das spanische Presidio Melilla stattgefunden, der zu schweren Kämpfen führte. Ende November wurde Marschall Martinez Campos mit zwei Armeekorps nach Melilla geschickt.

der marokkanischen Angelegenheit von ihrer Verständigung mit England abhängig gemacht habe. Mein spanischer Kollege Graf Rascon habe ihm im Auftrage des Herrn Moret und unter Appell an die alten persönlichen Beziehungen zwischen dem spanischen und dem italienischen Minister des Äußern angedeutet, wie das Zusammengehen mit Großbritannien in Spanien wenig populär sei; zwischen Spanien und England liege Gibraltar, dessen Verlust die spanische öffentliche Meinung nicht verwinden könne; Italien möge Spanien lieber an das europäische Konzert oder wenigstens an die Mehrheit der europäischen Mächte als gerade nach London verweisen.

Baron Blanc hat erwidert, daß er im eigensten Interesse Spaniens auf dessen Einigung mit England hinwirke. Andernfalls würde Spanien in das französische Garn geraten. Spanien möge sich Gibraltar aus dem Kopfe schlagen und nicht für den Spatzen auf dem Dache den Vogel in der Hand preisgeben. Gibraltar sei — ähnlich wie Triest — ein Lockmittel, dessen sich die Gegner Spaniens und Italiens bedienten, um beide Länder von ihren wahren Interessen und Allianzen abzulenken. Im übrigen wird der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die von Herrn Moret aufgestellten, von Lord Rosebery gebilligten spanischen Forderungen nachdrücklich in Marokko befürworten.

Aus den Auslassungen des Herrn Crispi über die marokkanische Angelegenheit entnahm ich den Eindruck, daß es diesem namentlich darauf ankommt, ein Vorrücken der französischen Grenzen gegen Marokko zu verhindern. Der Ministerpräsident äußerte mir gegenüber unter anderem, es sei wünschenswert, daß Spanien keine marokkanischen Gebietsteile annektiere, sonst werde Frankreich diesem Beispiele folgen; auch dürfe Frankreich nicht gestattet werden, Marokko Geld vorzuschießen, weil es die Nichtwiedererstattung seines Darlehens benützen könnte, um sich durch Okkupierung marokkanischer Gebietsteile schadlos zu halten. pp.

B. von Bülow

Nr. 1956

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 49 Rom, den 28. Februar 1894
Ganz vertraulich

Als Baron Blanc mich vor einigen Tagen aufsuchte, fand ich Gelegenheit, ihm zu sagen, daß in Berlin mit Interesse von dem Promemoria Kenntnis genommen worden sei, in welchem er die Gründe zusammengefaßt habe, die ihn an eine französisch-spanische Annäherung glauben ließen. Als der Minister des Äußern hierdurch sichtlich ange-

regt mir noch weitere Symptome mitteilte, welche auf die zunehmende Intimität zwischen Madrid und Paris hindeuteten, erzählte ich ihm, mit welcher Offenheit der französische Vertreter in Tanger, augenscheinlich auf Grund höherer Weisung, seinem spanischen Kollegen* die Besetzung Tangers durch Spanien angeraten habe. Unter Verwertung der mir hochgeneigtest an die Hand gegebenen Argumente fügte ich hinzu, daß die spanische Besitznahme von Tanger Spanien ebenso sicher zum Verbündeten Frankreichs mache, wie die englische Besitznahme England zum Feinde Frankreichs machen würde.

Baron Blanc ging mit Lebhaftigkeit auf diese Andeutungen ein. Er betrachte es als einen großen Vorteil für Italien, daß England in Ägypten festen Fuß gefaßt habe; ebenso nützlich — ja nützlicher — würde es sein, wenn Großbritannien die Hand auf Tanger legte. Die Festsetzung Englands in Tanger würde tatsächlich einem sichern Bündnis zwischen Großbritannien und Italien gleichkommen, welches das Ziel der hiesigen Wünsche sei. Es frage sich nur, fuhr der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten fort, wie Großbritannien dahin zu bringen sei, daß es Tanger okkupiere. Er sei überzeugt, daß sich England hierzu nicht entschließen werde, bevor Spanien ernstliche Anstalten mache, Tanger zu besetzen. Nur um die Wegnahme Tangers durch andere zu verhindern, werde England dort eingreifen. Es läge also, meinte Baron Blanc, im Interesse Italiens und seiner Verbündeten, bis auf weiteres Spanien und dessen französischen Hintermann in Marokko wenn nicht zu enkouragieren, so doch gewähren zu lassen. Als ich die Bemerkung fallen ließ, wie es angezeigt sein möchte, dem gegenwärtigen, etwas schüchternen englischen Kabinett klarzumachen, daß es gegen die Überrumpelung von Tanger durch Spanien rechtzeitige, d. h. schleunige Vorkehrungen treffen müsse, wiederholte Baron Blanc: „England wird sich meines Erachtens zum Einrücken in Tanger nur dann aufraffen, wenn die Gefahr, daß Spanien ihm zuvorkommt, eine sehr brennende wird; tritt diese akute Gefahr ein, wird England auch intervenieren, denn es kann den Hausschlüssel des Mittelmeeres unmöglich in fremden Besitz kommen lassen.“

Baron Blanc sieht ein, daß es unklug von Italien sein würde, mit Kompensationsforderungen an Großbritannien heranzutreten, bevor dieses seinen Handstreich ausgeführt habe. Stünden die Engländer erst einmal in Tanger, fügte der Minister hinzu, würde Italien von ihnen „zum Beispiel in Tripolis“ leicht erlangen können, was jetzt nicht bewilligt werden dürfte. pp.

Herr Crispi kann sich hinsichtlich der marokkanischen Angelegenheit nicht von gewissen Vorurteilen losmachen, welche seinen Blick trüben. Der Konseilpräsident ist stets von der Besorgnis erfüllt, daß andere Mächte — Frankreich oder England, Spanien oder Rußland —

---

* Marquis Potesta de Fornari.

afrikanische Gebietsteile erwerben könnten, während Italien leer ausginge. Er gab mir zu, daß es für Italien vorteilhafter wäre, wenn England, als wenn Spanien Türhüter des Mittelmeeres sei. Herr Crispi fürchtet jedoch, daß England zwar unter Umständen Tanger besetzen, dadurch aber doch nicht in unversöhnlichen Gegensatz zu Frankreich geraten würde. Vielleicht würde England — erst einmal im Besitz von Tanger — die Franzosen durch Konzessionen in Tunis, Tripolis und im marokkanischen Hinterland abzufinden suchen. Wo bliebe dann Italien? Das Sicherste für Italien sei, auf eine schleunige friedliche Lösung der marokkanischen Angelegenheit hinzuarbeiten; das Ratsamste, den status quo in Tanger aufrechtzuerhalten; das Schlimmste, wenn Frankreich Gelegenheit zu weiteren Besitzerwerbungen finde. Ich werde es mir angelegen sein lassen, durch direkte Einwirkung wie durch Baron Blanc den Ministerpräsidenten für eine weitsichtigere Auffassung der marokkanischen Angelegenheit zu gewinnen.

Wie ich endlich noch ganz vertraulich erwähnen möchte, bot sich mir die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit Seiner Majestät des Königs Humbert auf die Bedeutung zu lenken, welche die Frage Tanger für die Zukunft Italiens besitzt. Der hohe Herr hörte meinen diesbezüglichen Auslassungen mit Interesse zu und bemerkte schließlich: „Je stärker die Engländer im Mittelmeer sind, je fester sie sich dort etablieren, und je größer der Gegensatz wird, in welchen sie zu Frankreich treten, desto besser für Italien.“

B. von Bülow

Nr. 1957

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 57 Rom, den 9. März 1894

Ganz vertraulich

Im Laufe eines ganz vertraulichen Gedankenaustausches sagte mir der Minister des Äußern, daß er die marokkanische Angelegenheit nur bis auf weiteres erledigt glaube*. Es liege auch nicht im italienischen Interesse, daß dieselbe völlig einschlafe.

Der Sultan von Marokko, fuhr Baron Blanc fort, werde nicht in der Lage sein, 20 oder auch nur 15 Millionen Pesetas aufzubringen. Man müsse aber aufpassen, daß Frankreich ihm nicht unter der Hand Geld

* Nach langen Verhandlungen zwischen Marschall Martinez Campos und der marokkanischen Regierung war am 5. März 1894 ein Abkommen erzielt worden, nach dem der Sultan an Spanien eine Entschädigung von 20 Millionen Pesetas zahlen sollte. In Melilla sollte das spanische Gebiet durch eine neutrale Zone gesichert werden.

vorstrecke. Es würde — nach des Ministers Ansicht — nützlich sein, wenn Marokko faute d'argent sich gezwungen sähe, Spanien die Zollkontrolle oder selbst territoriale Kompensationen anzubieten. Denn nur, wenn Spanien Miene mache, sich effektiv in Marokko festzusetzen, würde sich England zu einer aktiveren Haltung in der marokkanischen Angelegenheit aufraffen.

Baron Blanc kam bei dieser Gelegenheit und proprio motu wieder darauf zurück, wie vorteilhaft es sein würde, wenn England Tanger okkupierte. Er bestärke sich mehr und mehr in der Ansicht, daß Italien gerade die marokkanische Frage vom Standpunkte der großen europäischen Politik behandeln müsse. Deshalb wäre er auch nach wie vor bemüht, Herrn Crispi davon zu überzeugen, daß Italien den Engländern in Marokko carte blanche geben, selbst jedoch dort keine kleinlichen Kompensationsforderungen erheben müsse. Aus einigen weiteren akademischen Zukunftsbetrachtungen des Ministers gewann ich den Eindruck, daß ihm nicht sowohl Tripolis als die Wiedergewinnung von Tunis als dereinstiger Lohn vorschwebt.

B. von Bülow

Nr. 1958

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 London, den 11. Juni 1894

Earl of Kimberley, dessen Nachrichten aus Tanger mit den unserigen übereinstimmen, sagte mir heute, er beabsichtige, sich mit uns und mit Spanien über die Frage zu verständigen, welche Haltung den Ereignissen in Marokko* gegenüber zu beobachten sein würde.

Hatzfeldt

Nr. 1959

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 78 Berlin, den 12. Juni 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 87**.

Auch Spanien hat uns analoges Ansinnen gestellt. Die Art jedoch, wie Spanien auf wirtschaftlichem, England auf kolonialem Gebiete uns für unsre erfolgreiche Mitwirkung bei friedlicher Erledigung der Melilla-

---

* Am 7. Juni war Sultan Muley Hassan gestorben. Die Thronbesteigung Abdul Asis' drohte schwere innere Wirren in Marokko herbeizuführen, weshalb die spanische Regierung auf Anerkennung des jungen Sultans drang.

** Siehe Nr. 1958.

frage dankt*, ist nicht geeignet, uns zu weiteren Bemühungen zu veranlassen. Wir werden höchstens zum Schutze dortiger Deutscher ein Kriegsschiff in die marokkanischen Gewässer schicken.

Ew. stelle ich anheim, wie Sie unsre Nichtbeteiligung bei anderen Maßnahmen gegenüber Lord Kimberley motivieren wollen.

Marschall

Nr. 1960

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tanger Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 11 — Berlin, den 15. Juni 1894

Vertraulich

Spanien drängt auf Anerkennung**. England und Frankreich sollen sich verständigt haben zu warten. Italien hält sich schon deswegen zurück, weil es wie wir über wirtschaftliche Haltung Spaniens verstimmt ist. Wir haben versprochen, Italien rechtzeitig zu verständigen, wenn uns der Moment für Anerkennung gekommen scheint.

Marschall

Nr. 1961

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 112 — Rom, den 21. Juni 1894

Wie ich bereits früher hervorzuheben Gelegenheit hatte, wird Herr Crispi gegenüber Vorgängen in Nordafrika in erster Linie von dem Gedanken geleitet, daß vor allem jede Vergrößerung des dortigen französischen Kolonialbesitzes verhindert werden müsse. Von diesem Gesichtspunkte aus wünscht der Ministerpräsident die Aufrechterhaltung des status quo in Marokko; deshalb würde er dort ungern in Gegensatz zu Großbritannien treten, weil er besorgt, daß letzteres, von Italien losgelöst, in eine Teilung Marokkos zwischen Frankreich und Spanien ein-

---

* Zwischen Spanien und Deutschland waren, da ein im Sommer 1893 vereinbarter Handelsvertrag an der Opposition des spanischen Parlaments gescheitert war, seit Mitte Mai 1894 alle Handelsvertragsbeziehungen erloschen. Spanien setzte darauf alsbald seinen Maximaltarif gegen Deutschland in Kraft, was zum Abbruch aller weiteren Verhandlungen führte. Das Verhältnis zwischen England und Deutschland war seit Mai 1894 durch den Streit um das Kongoabkommen (vgl. Kap. LIV, B) getrübt.

** Des Sultans Abdul Asis. Vgl. Nr. 1958, Fußnote.

willigen könnte. Eine solche Teilung — ohne daß etwas für Italien abfiele — ist das Schreckgespenst, welches in der marokkanischen Frage dem ohnehin impressionablen und nervösen Konseilpräsidenten vor Augen steht. pp.

Mein englischer Kollege Sir Clare Ford sagte mir vertraulich, es sei ihm zweifellos, daß Frankreich bereit sein würde, Marokko mit Spanien zu teilen. Frankreich wünsche den südöstlichen Teil von Marokko, nämlich die Gebiete östlich vom Muluja und südlich vom Atlas. Wenn es diese Gebiete erhielte — und damit die Möglichkeit, die Provinz Oran durch eine Eisenbahn mit dem Atlantischen Meer etwa bei Kap Nun zu verbinden —, würde Frankreich auf den nordwestlichen Teil Marokkos verzichten. In sehr vorsichtiger Weise, aber doch unverkennbar deutete mein englischer Kollege hierbei an, daß, wenn England Tanger bekomme, ihm das Schicksal des übrigen Marokko ziemlich gleichgültig sein könne. Über das italienische Interesse an Marokko sprach Sir Clare Ford in ironischen Wendungen. Der Pariser „Temps" habe nicht unrecht gehabt zu bemerken, daß Italien dort eigentlich gar nichts zu suchen habe.

In meinen Äußerungen über die marokkanische Angelegenheit habe ich mich großer Zurückhaltung befleißigt[1] und schon im Hinblick auf die schwebenden deutsch-englischen Differenzen* bei meinen hiesigen Bekannten wie insbesondere gegenüber den italienischen Ministern auf eine möglichst vorsichtige und abwartende Haltung in dieser Frage hingewirkt.

B. von Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden

Nr. 1962

Der Gesandte in Tanger Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Tanger, den 5. Oktober 1894

Spanischer Gesandter hat gestern gegenüber Tores sehr energische Sprache wegen Vertragserfüllung** geführt. Englischer Gesandter hat heute im Auftrage seiner Regierung spanische Forderungen durch Verbalnote kräftigst unterstützt unter Hinweisung auf spanisches Parlament und öffentliche Meinung und die Gefahr der Einmischung einer

---

* Vgl. Kap. LIV, B.
** Gemeint ist die Erfüllung der Bestimmungen des Abkommens vom 5. März 1894, mit denen Marokko im Rückstand geblieben war.

dritten Macht im Fall des Kriegs. Er schließt mit dem meines Erachtens ungeschickten Rat, fünfhundert Mann nach Melilla zu schicken.

Tores bittet um unseren Rat. pp.

Tattenbach

Nr. 1963

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tanger Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 22 Berlin, den 6. Oktober 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 36*.

Natürlich können wir prinzipiell nicht von der Erfüllung geschlossener Verträge abraten. In concreto aber ist hier die gegenwärtige innere Lage Marokkos zu wenig bekannt, als daß wir die Verantwortung auf uns nehmen könnten, zu entscheiden, ob die Eventualität, daß Spanien bei verzögerter Vertragserfüllung wirklich Ernst zeigt, bedenklicher ist als die von einer sofortigen vertragsmäßigen Konzession an Spanien zu befürchtende innere Gärung.

Marschall

Nr. 1964

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 189 Rom, den 7. Oktober 1894

Vertraulich

Baron Blanc erzählte mir vertraulich, daß der spanische Minister des Äußern Herr Moret vor einigen Wochen dem italienischen Botschafter in Madrid Marquis Maffei geklagt habe, er wisse nicht mehr, woran er mit Deutschland sei. Insbesondere in der marokkanischen Angelegenheit scheine Deutschland die spanischen Interessen nicht mehr so wohlwollend wie früher fördern zu wollen. Spanien habe sich seinerzeit hauptsächlich deshalb mit Italien liiert, um auf diese Weise Deutschland näher zu kommen. Ob Italien nicht jetzt Deutschland freundlicher für Spanien stimmen könne?

Er habe, fuhr der Minister des Äußern fort, auf diese Sondierung zunächst gar nichts erwidert. Vor einigen Tagen habe er jedoch den Anlaß eines Privatbriefes an Marquis Maffei benutzt, um diesem zu

* Siehe Nr. 1962.

sagen, daß er auf die berechtigte Unzufriedenheit, welche die Behandlung der Handelsvertragsangelegenheit von seiten Spaniens in Deutschland hervorgerufen habe, jetzt nicht zurückkommen wolle. Er möchte jedoch den Ausdruck relevieren, daß Italien für Spanien nur das Eingangstor nach Deutschland sei; Italien sei das Bindeglied zwischen beiden Ländern. „L'Italie n'est pas seulement une porte d'entrée; elle est un trait d'union."

„Ich habe," fügte Baron Blanc hinzu, „dies nicht aus Selbstüberhebung gesagt, sondern um die Spanier daran zu erinnern, daß der Weg nach Berlin für sie nicht über Paris, sondern über Rom führt." Baron Blanc ist nach wie vor von dem Bestreben erfüllt, in der marokkanischen Angelegenheit Frankreich zu isolieren. Daß nach seinen Nachrichten bald Spanien bald England in Marokko mit Frankreich Hand in Hand geht, bereitet ihm nicht geringen Verdruß. Der Minister sprach sich bei diesem Anlaß in gereizter Weise über Lord Kimberley und dessen franzosenfreundliche Tendenzen aus. pp.

Ich fand Gelegenheit, Baron Blanc anzudeuten, daß, wenn wir in der marokkanischen Angelegenheit auch nicht in erster Linie interessiert wären und uns deshalb naturgemäß einer gewissen Reserve befleißigen müßten, unsere Haltung zu derselben doch nicht zum wenigsten von der Tendenz inspiriert sei, uns freie Hand zur Unterstützung des Standpunkts der italienischen Regierung für den Zeitpunkt zu wahren, wo diese mit der englischen Regierung zu der gewünschten Verständigung gelangt sein werde.

B. von Bülow

Nr. 1965

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 193 — Rom, den 8. Oktober 1894

Vertraulich

Unter Anknüpfung an unser gestriges Gespräch über die marokkanische Angelegenheit schrieb mir Baron Blanc heute früh: „D'après les dernières nouvelles de Moret, je crois qu'il ne veut pas comprendre, et essayera de faire appuyer par nous et par vous ce qu'il concerte avec la France, c'est à dire un ultimatum au Sultan pour l'exécution du traité*."

Herr Crispi sprach sich mir gegenüber heute Mittag ähnlich aus. Spanien scheine gemeinsam mit Frankreich ein Ultimatum an Marokko richten zu wollen. Spanien gerate mehr und mehr in das Schlepptau

* Vgl. Nr. 1962, Fußnote.

Frankreichs. Es sei dies töricht von den Spaniern, denn die Franzosen wollten dieselben nur benutzen, damit sie ihnen in Marokko die Kastanien aus dem Feuer holten. Den Franzosen käme es lediglich darauf an, sich des südöstlichen Teils von Marokko zu bemächtigen; wäre dieses Ziel erreicht, so würden die Franzosen den Spaniern als Kompensation wenig oder nichts bieten[1].

Die Möglichkeit, daß die Franzosen sich einen Teil von Marokko aneignen könnten, präokkupiert nach wie vor den leitenden italienischen Staatsmann. Von dieser Besorgnis erfüllt, ist es Herrn Crispi wie Herrn Blanc unerwünscht, daß Spanien mit Frankreich geht. Ich deutete dem Ministerpräsidenten an, daß es an England sein würde, die Spanier von Frankreich loszulösen. „Das ist ganz richtig," erwiderte Herr Crispi, „die Engländer sollten es sich angelegen sein lassen, Spanien von Frankreich zu trennen. Aber statt dies zu tun, laufen die Engländer selbst Frankreich nach[2] oder treten wenigstens letzterem gegenüber zu nachgiebig auf."

Als ich die gegenwärtige diplomatische Spannung zwischen Frankreich und England streifte, meinte Herr Crispi, er glaube nicht, daß es zu einem Konflikte kommen werde. Die Engländer würden hinsichtlich Madagaskars wie in den meisten anderen anglo-französischen Streitfragen nachgeben. Nur in Ägypten könnten die Engländer nicht zurückweichen. Ägypten zu räumen, sei für jede englische Regierung unmöglich. Darum sei und bleibe das Nilland derjenige Punkt, wo die englischen und französischen Interessen sich am schwersten vereinigen ließen und eventuell am ehesten aufeinanderplatzen könnten.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] stimmt

Nr. 1966

Der italienische Minister des Äußern Baron Blanc an den englischen Botschafter in Rom Sir Clare Ford

Unsignierte Abschrift, von dem italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza im Auswärtigen Amt überreicht am 5. März 1895

Rome, le 30 Novembre 1894

Le Gouvernement du Roi a donné ordre à ses Agents, pour les affaires du Maroc, de procéder entièrement d'accord avec l'Angleterre, et il a exprimé au Gouvernement Espagnol la conviction que celui-ci, en suivant la même ligne, assurerait les intérêts communs de l'Espagne et de l'Italie dans la Méditerranée; l'Italie ayant lieu de compter que l'appui de ses alliés ne lui aurait pas manqué dans cette politique pacifique et conservatrice.

Mais d'une part, le Gouvernement Espagnol a témoigné de considérer plutôt la question marocaine comme étant avant tout une affaire de transactions franco-espagnoles, où il ne pourrait procéder que d'accord avec la France.

Il serait superflu de rappeler nos efforts pour le détourner d'un contrôle collectif sur les douanes et d'un prêt au Maroc offert par un syndicat français pour l'indemnité de Mélilla. Si ce contrôle et ce prêt ont pu être empêchés, en revanche nous n'avons pas réussi à faire partager par l'Espagne le juste point de vue du Sultan du Maroc qui dénonce l'abus des protections politiques de la France sur des puissants chefs des Tribus Marocaines, comme un péril pour l'indépendance et l'intégrité du Maroc et comme un légitime motif d'exclure des Consulats politiques qui exerceraient cette protection à Fez; l'Espagne a même sacrifié en fait son droit à avoir un Consul local et commercial, comme l'Angleterre, à Fez, plutôt que de se séparer de la France sur la question des protections politiques sur d'influents sujets marocains. A nos conseils de préférer une entente avec l'Angleterre les hommes d'Etat Espagnols ont objecté une opposition fondamentale qui, comme le soutenait la presse Franco-Espagnole, existerait entre les intérêts espagnols au Maroc et ceux de la Puissance qui occupe Gibraltar, et ils n'ont pas dissimulé qu'une action tutélaire éventuelle de l'Angleterre à Tanger serait considérée par eux comme contraire aux intérêts de l'Espagne aussi bien que de la France, tandis que l'Italie y aurait vu un élément de sécurité pour les intérêts méditerranéens Italo-Espagnols. En un mot, l'Espagne nous a paru inspirée, en matière politique aussi bien que commerciale, par l'idée de s'assurer si non des partages de territoires, du moins des participations avec la France quand celle-ci mettrait à réalisation ses projets dans les parties Est et Sud du Maroc; et pour cela de donner à la France des gages de fait que l'Espagne n'est point liée aux intérêts de la Triple Alliance; et de se servir, dans ses transactions avec la France — pour en obtenir des meilleures conditions — des avantages même que lui donnait l'appui de l'Italie, appui que le Cabinet de Madrid présentait à Paris comme une base d'entente franco-hispano-italienne. Notre appui risquait donc dans certaines circonstances, d'être détourné de son but et de nuire à l'entente hispano-anglaise que nous désirions au contraire faciliter.

D'autre part l'Angleterre, lorsqu'elle a bien voulu correspondre à notre désir de marcher d'accord avec Elle avant tout au Maroc, l'a fait en nous annonçant à plusieurs reprises des accords déjà pris entre elle et la France, et auxquels elle nous conviait à nous joindre. Il nous sera permis d'observer seulement à cet égard que l'Espagne était par là d'autant plus encouragée dans ses tendances à des transactions avec la France elle même.

Le Gouvernement du Roi, entendant ne pas dévier du principe que la Triple Alliance et l'Angleterre ont dans la Méditerranée des intérêts

communs, ne pouvait se prêter aux équivoques qui s'étaient manifestés dans la politique Espagnole. Nous avons l'entière confiance que tôt ou tard la communauté d'intérêts dont je viens de parler sera pratiquement reconnue par le Cabinet de St. James, et nous n'avons pas l'intention de nous plaindre pour ce qu'il a pu y avoir de défavorable à l'Italie dans les transactions anglo-françaises en Afrique; mais l'avenir de la politique Espagnole ne saurait nous inspirer une confiance égale. Nous ne voulons pas nous faire juges des appréciations des Ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie* à Madrid qui considèrent l'Espagne comme tombée dans ce qu'on appelle déjà la zone d'influence Française; nous ne rapprocherons pas non plus ce fait de celui signalé de Constantinople par l'Ambassadeur d'Angleterre de la prépondérance réprise en Orient par la France, dont les entreprises sur les voies commerciales de la Tripolitaine au Wadai semblent ne devoir rencontrer aucun obstacle de la part du Gouvernement Ottoman, à ce que nous savons aussi de Vienne. Nous croyons cependant utile en ce qui concerne l'Espagne de l'avertir amicalement en la voyant engagée dans une voie où nous ne pouvons loyalement la suivre; où, dans l'attente de compensations, que pour notre compte nous n'accepterions pas de la France, elle facilite indirectement en ce qui dépend d'elle les entreprises françaises qui menacent de s'étendre depuis le Sud de l'Atlas jusqu'à la baie de Tadjoura; et nous serions heureux, soit comme Puissance méditerranéenne, soit comme membre de la Triple Alliance, soit comme solidaire de l'Angleterre en Afrique, de voir Lord Kimberley apprécier dans un esprit équitable et amical ce qu'il est de notre devoir de faire pour que nos intérêts communs cessent de graviter à notre grave détriment vers la France plutôt que vers la Triple Alliance.

Nr. 1967

Der Gesandte in Tanger Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 — Tanger, den 7. Januar 1895

Großwesir erbittet durch den Dragoman den schleunigen Rat der Kaiserlichen Regierung, ob Marokko die Tuatangelegenheit wieder vor das Forum der europäischen Mächte bringen soll.

Da die Franzosen vorrücken und die Eingeborenen der Oasen um Unterstützung bitten, müsse er handeln, möchte aber mit Klugheit vorgehen.

Den telegraphischen Auftrag Nr. 48 vom 26. Dezember wird der Dragoman bei dem England zuneigenden Großwesir ausführen, mit Umgehung Garits. Tattenbach

* Graf Dubsky.

Nr. 1968

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tanger Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 2 Berlin, den 12. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 4* und gestern eingegangenen Bericht Nr. 1.

Hineinziehung der Mächte in die Tuatfrage erscheint erst dann praktisch, wenn Marokko sich zuvor des guten Willens von Italien und England versichert hat, vielleicht unter Zusicherung von kleinen Sondervorteilen für beide.

Die Regierung des Sultans soll zunächst in Rom den Wunsch aussprechen, daß Italien die Eigentumsfrage von Tuat vor die Mächte bringen möge, deren Entscheidung der Sultan anzuerkennen verspreche.

Italien wird dann voraussichtlich sofort in London anfragen und jedenfalls nur in Übereinstimmung mit England sich der Sache annehmen. Deshalb muß Marokko unverzüglich und geheim der englischen Regierung die Abtretung von Peregil in der von England gewünschten Form für den Fall zusichern, daß England seinen diplomatischen Einfluß dafür einsetzt, daß die Tuatfrage eventuell vor das Forum der Mächte gebracht wird.

Es ist angezeigt, bei Italien anzufangen, weil die italienische Regierung unternehmender als die englische ist, letztere aber doch wegen gemeinsamer Mittelmeerinteressen tunlichste Rücksicht auf italienische Wünsche nimmt. Ohne diese vorbereitende Aktion in Rom und London, welche das Wohlwollen dieser beiden Kabinette für Marokko sichert, würden wir zu einer Hineinziehung der Mächte nicht raten, weil man andernfalls nicht wissen kann, wie dieselben sich gruppieren.

Marschall

Nr. 1969

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 25 Berlin, den 13. Januar 1895

Graf Tattenbach meldet, daß die Franzosen sich anschicken, gegen Tuat vorzugehen. Da die militärischen Kräfte Algeriens jetzt durch Madagaskar in Anspruch genommen sind, so würde die Wahl des gegenwärtigen Zeitpunkts zum Vorgehen kaum anders als durch die

---

* Siehe Nr. 1967.

Besorgnis Frankreichs vor einem baldigen Wechsel der englischen Regierung und Politik zu erklären sein.

Wir bleiben auf dem Standpunkt von 1890 stehen, d. h. wir raten Italien, in der Tuatfrage nichts ohne England zu tun.

Falls Marokko sich die Annexion von Tuat gefallen läßt, dann gilt der Satz volenti non fit injuria.

Falls aber Marokko sich an die italienische Regierung um Rat und Hülfe wendete, so wäre das für die italienische Regierung eine günstige Gelegenheit, die englische Regierung zu zwingen, Farbe zu bekennen, indem man von Rom in London anfragte, ob England bereit sei, gemeinsam mit Italien die Frage des Eigentumsrechts von Tuat vor die Mächte zu bringen. Marokko würde natürlich versprechen müssen, sich der Entscheidung der Mächte zu fügen.

Lehnt das Kabinett Rosebery alles ab, so würde Italien Marokko raten, energischen Protest gegen französischen Einmarsch zu erheben, um die Zukunft offen zu halten, sonst aber nichts zu tun.

Wir wissen positiv, daß England den größten Wert darauf legt, daß die marokkanische Küste gegenüber Gibraltar nicht ausschließlich in französisch-spanischen Besitz kommt. Diese Gefahr wächst mit jedem Schritt, den Frankreich vorgeht. England muß aber zunächst zu der Überzeugung kommen, daß niemand sich für englische Interessen in Bewegung setzt, wenn England nicht irgendwie mitwirkt.

Ew. wollen dies Thema nur berühren, wenn Baron Blanc von Tuat anfängt.

Marschall

Nr. 1970

Der Gesandte in Tanger Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Entzifferung

A 22 Tanger, den 21. Januar 1895

Telegramm Nr. 2 vom 12. d. Mts.* am 19. erhalten. Habe sofort Dragoman instruiert und ihn beauftragt, in meinem Namen beizufügen, daß die Tuatangelegenheit von größter Tragweite für das religiöse und politische Prestige des Sultans ist, während die Abtretung eines unbewohnten Felsens im Meer von seinen Untertanen kaum bemerkt und besprochen würde.

Ich habe indessen Zweifel, ob die gegenwärtige Regierung der von uns gegebenen Anregung folgen wird. Der Großwesir, dessen Stellung gerade in den letzten Wochen leichte Erschütterungen aufweist, wird nicht den Mut haben, seinen Feinden eine leicht auszubeutende Blöße zu bieten, besonders da die Marokkaner schon aus früheren Verhand-

* Siehe Nr. 1968.

lungen und neuerdings durch Frankreich und Spanien über den politischen und militärischen Wert der in Rede stehenden Insel genau informiert sind. Der Großwesir selbst hat dieselbe mir gegenüber mit einer bezeichnenden Handbewegung einen „Schlüssel" genannt. Hindernd wird auch wirken, daß die englische und die italienische Vertretung in Marokko, statt zusammenzuarbeiten und sich dadurch gegenseitig zu stärken, das Gegenteil tun, wobei der Fehler übrigens mehr auf englischer Seite liegt*.

Tattenbach

Nr. 1971

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tanger Grafen von Tattenbach

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

A 1 Berlin, den 28. Januar 1895

Graf Münster glaubt nicht an demnächstiges gewaltsames Vorgehen der Franzosen gegen Tuat, sondern an allmähliches Vorrücken durch Bau von Forts.

Auch Lord Kimberley glaubt nicht, daß die Franzosen jetzt etwas gegen Tuat planen.

Immerhin bleibt der Rat, den wir der marokkanischen Regierung erteilt haben, auch später noch praktisch verwendbar.

Marschall

---

* In der Tat ließ der Großwesir dem Grafen Tattenbach antworten, er werde den erteilten Rat zu befolgen trachten, ohne indessen an England eine Gebietsabtretung zu machen.



Kapitel LIV

Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte

A. England und Italien: Massaua - Kassala - Zeila



Nr. 1972

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 176 London, den 26. März 1890

Als ich vor einigen Tagen dem italienischen Botschafter, welcher mir bisher fortgesetzt Entgegenkommen und Vertrauen zeigt, einen Gegenbesuch zu machen hatte, fand ich ihn offenbar verstimmt, und im Laufe unserer Unterhaltung äußerte er sich ohne jede Anregung meinerseits ganz vertraulich über die ernsten Besorgnisse, welche die italienische Politik in Abessinien* ihm nach seiner Versicherung für die Zukunft bereitet.

Graf Tornielli geht von der Voraussetzung aus, daß die durch die letzten italienischen Expeditionen immer deutlicher hervortretende Annäherung Italiens an die englisch-ägyptische Interessensphäre hier mit einem gewissen Argwohn beobachtet wird, und daß man sich in Rom über die Folgen, welche sich daraus für die allgemeinen politischen Beziehungen beider Mächte ergeben könnten, großen Illusionen hingibt. Herr Crispi scheine zu glauben, daß England sich besonders darüber freuen müsse[1], wenn eine zivilisierte Macht auf die an Ägypten angrenzenden Territorien Einfluß gewinne und dort statt der bisherigen barbarischen Elemente Italien der nächste Nachbar Ägyptens werde. Er, Graf Tornielli, habe sich vergeblich bemüht, seiner Regierung klar-

* Seit dem 2. Mai 1889 bestand zwischen dem Negus Menelik von Abessinien, der nach dem Tode des Negus Johannes im März 1889 mit italienischer Hilfe den Thron bestiegen hatte, und Italien der Vertrag von Uccialli, der nicht nur Italien in dem Besitz des 1885 eroberten Massaua bestätigte, sondern ihm auch das Recht der Vertretung Abessiniens in allen auswärtigen Angelegenheiten einräumte. Dieses Recht fand indessen weder von seiten Rußlands, von wo aus wiederholt Expeditionen kirchlicher und wissenschaftlicher Natur nach Abessinien ausgerüstet wurden, noch von seiten Frankreichs volle Anerkennung; seine Geltendmachung führte 1890 auf der Brüsseler Antisklavereikonferenz Schwierigkeiten herauf, die nur dank Deutschlands und Englands geschickter Vermittlung eine für Italien annehmbare Lösung fanden. Italien suchte seine Vormachtstellung in Abessinien, das es als ein förmliches Protektorat ansah, mehr und mehr über den eigentlichen Herrschaftsbereich Meneliks auf die angrenzenden Landstriche, besonders auf Tigré auszudehnen; Anfang Februar 1890 besetzte es Adua, die Hauptstadt des Tigré, die aber bald wieder geräumt werden mußte. Das anfängliche Freundschaftsverhältnis Italiens mit Menelik erhielt durch diese Expansionspolitik bald einen Stoß.

zumachen, daß gerade ein zivilisierter und mächtiger Nachbar in jenen Gegenden für England am unerwünschtesten sein müsse, und daß es im Gegenteil dem englischen Interesse viel besser entspreche, an seiner Grenze möglichst ungeordnete und barbarische Zustände zu erhalten, die keine ernste Gefahr bilden und, sobald dies einmal notwendig erscheine, durch eine entsprechende Machtentfaltung unterdrückt werden könnten.

Im Anschluß hieran entwickelte der Botschafter den Gedanken, daß Italien vor allem seine Interessen im Mittelmeer zu wahren habe[2], daß es dabei in der Zukunft auf die Freundschaft und Hülfe Englands angewiesen sei, und daß es deshalb[3] vermeiden sollte, wegen zweifelhafter und jedenfalls relativ unerheblicher kolonialer Interessen hier eine Verstimmung aufkommen zu lassen, die auf die Entwickelung der für Italien viel wichtigeren politischen Fragen später eine bedenkliche Rückwirkung ausüben könnte.

Graf Tornielli betonte hierbei wiederholt und nachdrücklich, daß vorläufig keinerlei Differenz zwischen beiden Regierungen in bezug auf das italienische Vorgehen in Abessinien bestehe, und daß alle hiermit im Widerspruch stehenden Nachrichten vollkommen unbegründet seien. Seine Besorgnis gründe sich lediglich auf die Erkenntnis, welcher er sich nicht zu verschließen vermöge, daß solche Schwierigkeiten sich bei weiterem Vorgehen auf dem einmal betretenen Wege früher oder später ergeben müßten. Bei der relativ geringen Entfernung, die jetzt schon die beiderseitigen Interessensphären in Afrika trenne, könne es dort in der Hand eines einzelnen italienischen Befehlshabers liegen, durch eine militärisch von ihm für notwendig gehaltene Expedition den Argwohn in England zu verstärken und diplomatische Schwierigkeiten hervorzurufen.

Graf Tornielli legt den größten Wert darauf, daß seine streng vertraulichen Äußerungen nicht durch irgendeine Indiskretion zur Kenntnis des Herrn Crispi gelangen, und bat mich am Schlusse unserer Unterhaltung, keinen Gebrauch davon zu machen. Ich muß annehmen, daß er mir das Vertrauen, welches er mir im Gegensatz zu seiner sonstigen Verschlossenheit zeigt, für die Zukunft entziehen würde, wenn Herr Crispi von unserer Unterhaltung irgendwelche Kenntnis erhielte.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nicht im geringsten

[2] richtig

[3] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:

Solms anweisen in obengenannter Richtung beruhigend auf Crispi einzuwirken und stets seine Aufmerksamkeit auf Freundschaft mit England und Mittelmeer wieder hinlenken

Nr. 1973

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 116 — Berlin, den 3. April 1890
Vertraulich — [abgegangen am 4. April]

Ew. pp. beehre ich mich in der Anlage Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in London vom 26. v. Mts.*, welcher den Inhalt einer vertraulichen Unterhaltung mit dem dortigen italienischen Botschafter wiedergibt, zu Ihrer ganz persönlichen Kenntnisnahme zu übersenden.

Die Besorgnisse, welchen Graf Tornielli mit Bezug auf die Folgen einer zu raschen expansiven Kolonialpolitik Italiens Ausdruck verliehen, sind, wie Ew. pp. bekannt, verschiedentlich, namentlich auch in der Presse hervorgetreten. Sie hängen zusammen mit der Politik, welche zurzeit England in Ägypten und den früheren Äquatorialprovinzen dieses Landes zu verfolgen durch die Umstände sich veranlaßt sieht. Nach dem Verlust Chartums** hat die ägyptische Regierung unter dem Druck Englands wiederholt sich amtlich dahin geäußert, daß eine gewaltsame Rückeroberung der verlorenen Gebiete vorerst nicht beabsichtigt sei. Die englische Besatzung hat sich darauf beschränkt, die Linie etwa von Wadi Halfa gegen weiteres Andrängen der Mahdisten zu halten und die wichtigsten Küstenpunkte des Roten Meeres zu schützen. Sie hofft ohne Zweifel — und die neusten Vorgänge im Sudan scheinen ihr nicht unrecht zu geben —, daß innere Zerwürfnisse, Hungersnot und Waffenmangel die aufständischen Sudanesen allmählich so schwächen werden, daß eine spätere Wiedergewinnung ohne besonderen Aufwand von Menschen und Geld unschwer zu erreichen sein wird. Diese Politik würde voraussichtlich gekreuzt werden, wenn eine unternehmende europäische Macht wie die italienische, nicht zufrieden mit der Oberhoheit über Abessinien und vielleicht genötigt durch die Angriffe der Sudanesen, welche bekanntlich erbitterte Feinde der christlichen Abessinier sind, an eine Ausdehnung ihrer Interessensphäre nach den westlichen Nilgebieten denken wollte. Es ist mir unbekannt, ob solche Pläne bei der italienischen Regierung bestehen; jedenfalls zeigen die hervortretenden Besorgnisse, daß englische Kreise sie dem römischen Kabinett zutrauen oder sie als eine Folge der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse am Roten Meere voraussehen.

---

* Siehe Nr. 1972.

** Es war am 26. Januar 1885 durch den Mahdi Mohammed Achmed erstürmt worden und seitdem im Besitz der Madhisten geblieben.

Ew. pp. wissen, welche Stellung wir den kolonialen Bestrebungen der Italiener gegenüber einnehmen. Wir selbst sind in jenen Gebieten, auf welchen sich der italienische Unternehmungsgeist zurzeit betätigt, in keiner Weise interessiert, und wir wünschen unseren Verbündeten dort alle erreichbaren Erfolge. Wenn wir bei Gelegenheit uns dahin geäußert haben, daß die italienische Regierung gut daran tun würde, sich nicht zu weit in Abessinien zu engagieren, so geschah dies in der Besorgnis, daß eine koloniale Politik auf diesem Gebiete, das von den kriegerischsten Volksstämmen Afrikas bewohnt wird, an die Leistungsfähigkeit Italiens Anforderungen stellen werde, welchen es auf die Dauer, ohne seine Kräfte zu zersplittern und seine europäische Stellung zu schädigen, nicht gewachsen sein würde. Wir freuen uns, daß bis jetzt das Vorgehen Italiens in Abessinien von Erfolg begleitet gewesen ist. Diese Erfolge haben, soviel bekannt, auch die Sympathien Englands gefunden. Wenn nun jetzt Besorgnisse laut werden, daß die italienische Kolonialpolitik zu Verstimmungen mit England führen könnte, so gehen sie offenbar, wie angedeutet, von der Annahme aus, daß der italienische Ehrgeiz über Abessinien hinaus nach dem einst ägyptischen Sudan strebe. Vielleicht sind Ew. pp. in der Lage, mir mitzuteilen, was die maßgebenden Kreise in Italien in dieser Beziehung denken. Ich möchte annehmen, daß ruhig denkende Politiker auch dort auf ein gutes Verhältnis zu England viel zu hohen Wert legen, um durch eine expansive Politik in den ehemaligen ägyptischen Provinzen, deren wirtschaftlicher Wert auf absehbare Zeit hinaus ein sehr problematischer ist, die öffentliche Meinung Englands ihrem Lande zu entfremden. Italien würde nur in die Hände Frankreichs arbeiten, wenn es über diesen Bestrebungen seine Interessen am Mittelmeer vergäße, deren Schutz und Förderung von der freundschaftlichen Haltung einer Seemacht wie England sehr wesentlich abhängig ist.

Ew. pp. Ermessen stelle ich ergebenst anheim, bei sich bietender Gelegenheit, indessen ohne sie zu suchen, sich mit Herrn Crispi über die vorstehend erörterte Frage unterhalten zu wollen. Ew. pp. wollen aber dabei die Angelegenheit rein akademisch besprechen und jede Wendung vermeiden, welche von dem Herrn Minister wie ein unerbetener Rat angesehen werden und ihn bei seinem empfindlichen Naturell unangenehm berühren könnte.

Indem ich einem bezüglichen Berichte ergebenst entgegensehe, bemerke ich noch, daß entsprechend dem vom Grafen Hatzfeldt geäußerten Wunsche der anliegende Bericht nur in seinem tatsächlichen Inhalt ohne Nennung von Namen zu verwerten sein würde.

v. Caprivi

Nr. 1974

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 108 Rom, den 8. April 1890

In den letzten Tagen habe ich keine Gelegenheit gefunden, die Konversation mit Herrn Crispi auf die Kolonialpolitik Italiens im Gebiete des Roten Meeres zu lenken, wie sie Graf Tornielli dem Kaiserlichen Botschafter Grafen Hatzfeldt gegenüber laut dessen Berichts Nr. 176 vom 26. v. Mts.* zur Sprache gebracht hat, sondern dies Thema nur mit dem Unterstaatssekretär Herrn Damiani besprochen. Ich gestatte mir daher, darüber, inwieweit das Verhältnis Italiens zu England durch diese Frage berührt wird, vorläufig schon nachstehendes ganz gehorsamst zu berichten.

Herr Crispi war bekanntlich als Deputierter Gegner der Massauaexpedition. Als er später nach Depretis Tode das Ministerium übernahm, befand sich Massaua bereits im Besitze Italiens. Die öffentliche Meinung war infolge der unglücklichen Affäre von Dogali** noch so aufgeregt und revanchebedürftig, daß Herr Crispi und überhaupt kein Minister imstande gewesen wäre, Massaua aufzugeben.

Die Versuche, Herrn Crispi von der Nutzlosigkeit der afrikanischen Unternehmung zu überzeugen, welche sowohl der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck wie ich selbst in seinem Auftrage machten, hatten keinen Erfolg. Herr Crispi war durch die Gewalt der Umstände gezwungen, in Afrika immer weiter vorzugehen, anfangs mit Widerstreben, dann aber, als das Glück der Unternehmung günstig war, nicht ohne innere Befriedigung.

Ein Stillstehen in Massaua war nicht möglich. Man mußte, um diesen Küstenpunkt zu sichern, die umliegenden Positionen befestigen. Dies erforderte immer größere Summen, deren Aufbringung zu erheblichen Überschreitungen des Budgets des Kriegsministeriums führten.

Diese Positionen einmal gesichert, erkannte man sehr bald, daß die Existenz für die Truppen dort im Sommer fast unmöglich war, und es wurde immer mehr als unabweisliche Notwendigkeit empfunden, in den Besitz der hoch und gesund gelegenen Plateaus von Asmara und Keren zu gelangen. Hierzu bot sich mit dem Tode des Negus*** die gewünschte Gelegenheit. Infolge der nun ausbrechenden

---

* Siehe Nr. 1972.

** In den Kämpfen bei Dogali 24.—26. Januar 1887 waren drei italienische Kompanien durch Ras Alula, den Truppenführer des Tigré-Fürsten Ras Mangasčia, aufgerieben worden.

*** Negus Johannes † 8. März 1889 an einer im Kampf gegen die Derwische erhaltenen Wunde.

innern Kämpfe zwischen den einzelnen abessinischen Häuptlingen war keiner derselben imstande, dem Vordringen der Italiener einen ernsten Widerstand entgegenzusetzen, und König Menelik, bisheriger Freund Italiens, bedurfte dessen Unterstützung viel zu dringend, als daß er hätte gegen dasselbe Front machen können.

Die Leichtigkeit, mit der man von Asmara und Keren Besitz ergriffen hatte, die Mission Makonnens nach Italien*, der Abschluß des bekannten Vertrages mit Menelik, von dem man überzeugt war, er werde nach Adua kommen, Ras Mangascha und Ras Alula, seine Gegner, vernichten, den Tigré erobern und mit den Italienern in Adua in Verbindung treten, gaben dem ganzen Massauaunternehmen schließlich den Anstrich einer für Italien glorreichen Tat.

Mit ungeheuern Geldopfern organisierte General Orero einen Zug nach Adua, um dem ankommenden Könige Menelik den Weg zu ebenen. Der Mareb wurde als Grenze der italienischen Besitzung okkupiert, verschiedene Deputierte reisten nach Afrika, sich durch eigenen Augenschein von der Vortrefflichkeit des Kolonialbesitzes zu überzeugen, und kamen zum Teil auch recht befriedigt von dort zurück.

Um diese Zeit des Vorgehens des General Oreros wurden auch kleinere Expeditionen einzelner Abteilungen über die Grenzen des italienischen Gebiets hinaus unternommen, und es knüpften sich daran Vermutungen, als beabsichtige Italien, durch die Besetzung von Keren den Mahdisten näher gerückt, sich mit England zur gemeinsamen Bekämpfung der England, Italien und Abessinien gleichmäßig gefährlichen Mahdisten zu verbinden.

Von einem solchen gemeinsamen Vorgehen gegen den Sudan ist auch, wie mir Herr Unterstaatssekretär Damiani am 26. Februar d. Js. sagte, gelegentlich der Anwesenheit Makonnens in Rom die Rede gewesen. Das englische Kabinett hat aber geantwortet, daß dazu vorläufig keine Notwendigkeit vorhanden sei.

Wenn es nun auch einmal im Laufe der Zeit zu einem Kampfe Italiens mit den Mahdisten kommen kann, so dürfte ein solcher doch nur erst dann eintreten, wenn sich die Finanzen Italiens gebessert haben und Italien der abessinischen Bundesgenossenschaft ganz sicher ist.

Die Verhältnisse in Afrika liegen aber jetzt, wenn auch nicht ungünstig, doch keineswegs klar.

König Menelik ist schließlich überhaupt nicht nach Adua gekommen, sondern befindet sich auf dem Rückmarsche, wie es heißt wegen der Unmöglichkeit der Verproviantierung seiner Armee. Der Tigré ist in drei Teile geteilt worden unter Ghebra Sellassié Negussié,

* Ende November 1889 weilte eine abessinische Gesandtschaft unter Führung von Ras Makonnen in Rom, die u. a. mit der Nationalbank eine Anleihe von vier Millionen Lire abschloß.

Bruder des italienischen Dolmetschers, Degiac Meschascha Norkié, Gouverneur des Distrikts Adua Axum, und Degiac Sejum (Partei Menelik) und Ras Mangascia, welche letztere sich in den westlichen Teil des Tigré teilen.

Trotzdem sich Mangascha unterwarf, ist er doch nicht zuverlässig. Ras Alula ist nicht unterworfen.

Die Zeitungskorrespondenten hat man wegen Verbreitung falscher, d. h. ungünstiger Nachrichten von Massaua ausgewiesen und findet es notwendig, die von dort abgehenden Telegramme einer strengen Kontrolle zu unterziehen. Schon vor Wochen wurde seitens der Regierung bekannt gemacht, daß eine starke Auswanderung nach Massaua nicht wünschenswert sei. Dies alles erregte ein gewisses Mißtrauen.

Vor einigen Tagen erzählte mir eine Dame der Königin, sie habe von Graf Antonelli, dem Hauptvermittler aller Beziehungen zwischen der italienischen Regierung und König Menelik, einen Brief erhalten, in welchem er sich sehr abfällig über die Massauaunternehmung ausspricht und sagt, es sei für Italien dort gar nichts zu holen. Zieht man hierbei die persönliche Abneigung Seiner Majestät des Königs gegen die Kolonialbestrebungen am Roten Meere in Betracht, sowie daß die Regierung bei der schweren Finanzkrisis, deren Ende gar nicht abzusehen ist, kaum vermag, die Summen zum Unterhalt der Truppen in Massaua aufzubringen, geschweige denn die kolossalen Kosten neuer Expeditionen zu bestreiten, so scheint mir die in England auftauchende Befürchtung, als strebe der italienische Ehrgeiz über Abessinien hinaus nach dem einst ägyptischen Sudan, mindestens verfrüht. Daß diese Besorgnis aber besteht, bestätigte mir heute Herr Damiani.

Er sagte mir, England verfolge mit seiner Eifersucht und Mißgunst die Kolonialbestrebungen Italiens in Afrika ebenso wie die Deutschlands.

Man habe hier die bestimmte Nachricht, daß Osman Digma* in Kassala angekommen sei. Dies sei gar nicht so weit von Keren, und es wäre eigentlich die Aufgabe Italiens, ihn von dort zu vertreiben. Denn in dem zwischen England und Abessinien im Jahre 1882 abgeschlossenen Vertrage habe England ausdrücklich anerkannt, daß Kassala zu Abessinien gehöre; der Negus aber habe nie Besitz ergriffen, dagegen auch die Mahdisten nicht verhindert, sich dort einzuschieben und festzusetzen. Jetzt behaupte England, daß Kassala zu den vormals ägyptischen Provinzen gehöre, und habe die italienische Regierung gebeten, Kassala als solche zu respektieren, weil die englische Regierung ihrer öffentlichen Meinung gegenüber in Verlegenheit kommen würde, wenn Italien Kassala besetzte. Obgleich der Besitz dieses Orts nach Ansicht des Herrn Damiani eine sichere

* Madhistischer Heerführer.

Garantie bieten würde, die Karawanen von der bisherigen nördlichen Richtung auf den Weg nach Massaua abzuleiten, so wiege dieser unleugbare Vorteil den Nachteil doch nicht auf, welcher Italien aus einer Verstimmung Englands erwachsen würde, dessen Italien in Rücksicht auf seine Mittelmeerinteressen so dringend bedürfe; denn England sei der Eckstein der Tripelallianz. So habe man den Gedanken eines Vorstoßes nach Kassala, den man nie ernst gehabt, aufgegeben.

Ich glaube, daß man auch in Rücksicht auf die geteilte Stimmung Italiens bezüglich der Kolonialunternehmungen, auf die Unsicherheit der Bundesgenossenschaft Meneliks und die bedrängte Finanzlage des Staates gar nicht in der Verfassung ist, an derartige Unternehmungen zu denken.

Graf Solms

Nr. 1975

Der Geschäftsträger in Rom Freiherr von Doernberg an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 139 Rom, den 11. Mai 1890

Der General Graf Dal Verme ist von England hier wieder eingetroffen*, und Herr Crispi sprach sich über den Erfolg seiner Mission sehr befriedigt aus. Man werde in London die Überzeugung gewonnen haben, daß Italien nicht daran denke, seinen Kolonialbesitz in Afrika ohne Verständigung mit England zu erweitern. Der General geht von hier aus nach Kairo, um mit Sir Evelyn Baring** eine genauere Abgrenzung der englisch-italienischen Interessensphären vorzunehmen. pp.

Doernberg

Nr. 1976

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 440 Berlin, den 2. Juni 1890

Nach einer aus französischer Quelle stammenden Privatmeldung aus Rom ist dem italienischen General Dal Verme auf die Andeutung, daß Italien sich vielleicht zur Unterstützung Meneliks gegen die Madhi-

* Er war im April 1890 von der italienischen Regierung nach London geschickt worden, um sich mit der englischen Regierung über die italienisch-englischen Interessensphären in Afrika zu verständigen.

** Englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

sten veranlaßt sehen könnte, englischerseits erwidert worden, eine abessinisch-italienische Expedition erscheine nur zulässig in Verbindung mit einer englisch-ägyptischen und unter englischer Oberleitung.

Hinsichtlich der aus der Expedition etwa herzuleitenden Gebietserwerbungen hat der italienische General nur allgemeine mündliche Zusicherungen erhalten.

Dies zu Ew. Information.

Marschall

Nr. 1977

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 443 London, den 29. August 1890

Geheim

Der italienische Botschafter, welcher mich heute aufsuchte, teilte mir streng vertraulich mit, daß Herr Crispi sich mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden Neuwahlen in schwieriger Lage befinde, weil Lord Salisbury das seinerzeit von ihm erteilte bestimmte Versprechen, nach Abschluß des kolonialen Abkommens mit Deutschland sofort die Verhandlung über die gleiche Auseinandersetzung mit Italien durch Lord Dufferin in Rom anzufangen, nicht gehalten habe. Graf Tornielli fügte hinzu, daß er mich um strenge Diskretion bitten müsse, weil er zu dieser Mitteilung nicht ermächtigt sei. Er habe sich nur deshalb dazu entschlossen, weil er, wie die Dinge hier lägen, keinen anderen Ausweg sehe und sich der Hoffnung hingebe, daß unsere Vermittelung vielleicht dazu beitragen könne, Lord Salisbury zu größerer Bereitwilligkeit in bezug auf die Erfüllung seines Versprechens zu bestimmen und dadurch die ernsten Schwierigkeiten zu erleichtern, mit welchen Herr Crispi, wie sich nicht verkennen lasse, in Rom zu kämpfen habe. Die öffentliche Meinung in Italien fühle sich verletzt durch das rücksichtslose Verfahren der englischen Regierung in der kolonialen Frage, und in der italienischen Presse werde Herrn Crispi täglich vorgehalten, daß er durch seine auswärtige Politik, welche sich auf die bekannten Allianzen und auf die Freundschaft mit England stütze, nichts erreicht habe. Die englische Regierung zeige ihrerseits sogar eine an Nichtachtung grenzende Gleichgültigkeit, indem sie nach dem Abkommen mit Deutschland sich auch noch mit Frankreich und sogar mit Portugal* verständigt habe, ohne es trotz bestimmter Zusagen der Mühe wert zu halten, die Verhandlung in Rom über die Auseinandersetzung in Afrika ebenfalls beginnen zu lassen. pp.

P. Hatzfeldt

---

* Gemeint sind die beiden Abkommen vom 5. August 1890 zwischen England einerseits, Frankreich und Portugal andrerseits.

Nr. 1978

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 476 London, den 3. Oktober 1890

Als ich gestern Sir Thomas Sanderson, dem Vertreter Lord Salisburys, gegenüber mit Bezug auf die schwebenden kolonialpolitischen Verhandlungen gesprächsweise erwähnte, den Zeitungen zufolge scheine man in Italien zu wünschen, daß, falls England nicht wieder nach Kassala vordringen wolle, den Italienern dort freie Hand gelassen werden möge, erwiderte derselbe, die öffentliche Meinung in Italien möge dies vielleicht verlangen, im hiesigen Foreign Office herrsche aber eine entschieden andere Ansicht. Auch halte er es für sehr zweifelhaft, ob Herr Crispi tatsächlich den Wunsch hege, Kassala für Italien zu erwerben.

Aus diesen und früher gemeldeten ähnlichen Äußerungen des Hülfs-Unterstaatssekretärs geht hervor, daß England die Italiener von der ägyptischen Machtsphäre möglichst entfernt zu halten trachtet und die kolonialen Verhandlungen mit Italien nach der Seite des Roten Meeres hin zu beschränken sucht.

P. Metternich

Nr. 1979

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 495 London, den 21. Oktober 1890

Als ich im Gespräch mit Lord Salisbury Gelegenheit nahm, die Zeitungsnachrichten von einer angeblich bevorstehenden Wiederaufnahme der englisch-italienischen Verhandlungen in bezug auf Afrika zu berühren, erwiderte der Minister, er habe allerdings in Rom seine Bereitwilligkeit zu verstehen gegeben, die fallengelassenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Punkt, wodurch dieselben gescheitert seien, von den Besprechungen ausgeschlossen bliebe.

Lord Salisbury fügte hinzu, die Überlassung Kassalas an Italien würde in England einen derartigen Sturm [1] gegen das Kabinett hervorrufen, daß er nicht daran denken könne, den Italienern diese Konzession

zu machen. Dagegen habe er gegen eine zeitweilige Besetzung Kassalas [2] durch italienische Truppen keine Einwendungen erhoben.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !! Die meisten werden kaum wissen wo das dumme Ding liegt!

[2] Na! wenn sie erst einmal drinnen sind, dann können die Italier es ebenso machen wie die Engländer mit der Besetzung Egyptens, die ja auch „zeitweilig" ist.

Nr. 1980

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Konzept

Nr. 455 — Berlin, den 8. Dezember 1890

Vertraulich

Euerer pp. gefälligen Bericht vom 2. d. Mts. — Nr. 315 —, die Frage einer eventuellen italienischen Besetzung Kassalas betreffend, habe ich mit Interesse gelesen. Wie Euerer pp. bereits aus früheren Erlassen bekannt ist, werden die in Ihrem Berichte erwähnten politischen und finanziellen Bedenken hinsichtlich eines derartigen Unternehmens von der Kaiserlichen Regierung durchaus geteilt. Euere pp. werden vielleicht Gelegenheit finden, sich Herrn Crispi gegenüber unter Berücksichtigung der bekannten Empfindlichkeit des Ministerpräsidenten in diesem Sinne zu äußern.

Marschall

Nr. 1981

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 583 — London, den 15. Dezember 1890

Vertraulich

Lord Salisbury, den ich heute aufsuchte, berührte gesprächsweise auch die englisch-italienischen kolonialen Verhandlungen und bemerkte dabei, daß er kürzlich Lord Dufferin mit entsprechenden Instruktionen versehen habe. Er schien aber anzunehmen, daß die Verhandlungen sich in die Länge ziehen würden, und gestand mir schließlich ganz vertraulich, daß er es damit auch nicht eilig habe. Es sei überhaupt nicht leicht, mit Herrn Crispi zu verhandeln, und die ganze Frage würde sich voraussichtlich glatter abwickeln lassen, wenn die Verhandlung

später, etwa zwischen seinem und Herrn Crispis Nachfolger, zu Ende geführt würde.

Aus diesen Äußerungen des Premierministers glaube ich nicht den Schluß ziehen zu dürfen, daß er einer Verständigung mit Italien etwa überhaupt abgeneigt ist, wenn dieselbe sich als ausführbar herausstellt. Soweit ich Lord Salisbury aus mehrjähriger Erfahrung kenne, wünscht er aus politischen Gründen aufrichtig, die guten Beziehungen mit Italien zu pflegen, soweit die Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung und seine eigene Stellung ihm dies nach seiner Auffassung möglich macht. Er setzt aber, wie Eurer Exzellenz aus meiner mehrjährigen Berichterstattung bekannt ist, kein besonderes Vertrauen in die persönliche Zuverlässigkeit und Aufrichtigkeit des Herrn Crispi, mit dessen geschäftlicher Methode er überhaupt wenig einverstanden ist. Hierzu kommt noch, daß Lord Salisbury, wie ich in den von mir geführten Verhandlungen oft zu beobachten Gelegenheit hatte, selbst in solchen Fällen prinzipiell das System befolgt, von vornherein und möglichst lange sich hinter den Schwierigkeiten seiner Lage zu verschanzen, um die Konzessionen, auf die er sich gefaßt gemacht hat, schließlich um so wertvoller erscheinen zu lassen und den anderen Teil dadurch zu größeren Gegenkonzessionen zu bewegen.

P. Hatzfeldt

Nr. 1982

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 63 Rom, den 3. März 1891

Sehr vertraulich

Marquis Rudini* sagte mir vorgestern, daß die englische Regierung hierher mitgeteilt habe, sie beabsichtige nicht, nach Kassala vorzugehen, sondern sich auf die Besetzung Tokars zu beschränken.

Marquis Rudini ist stets ein Gegner der italienischen Kolonialpolitik in Afrika gewesen, welches so bedeutende und die Etats so weit überschreitende Geldopfer gekostet hat. Für ihn handelt es sich jetzt darum, Mittel und Wege zu finden, um den afrikanischen Kolonialbesitz soviel als möglich zu beschränken.

Er will, daß Asmara und Keren die äußersten Grenzen der Kolonie bilden sollen, und würde selbst Keren gern aufgeben. Marquis Rudini bemerkte hierbei, das Geld, welches man so unnötigerweise

* Nachfolger Crispis seit 9. Februar 1891.

für Afrika ausgebe, würde man besser zur Anschaffung neuer Gewehre verwenden*.

Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß in Deputiertenkreisen die Ansicht laut wird, Italien sollte auf Massaua zurückgehen und alles übrige aufgeben[1]. Graf Solms

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wäre das beste

Nr. 1983

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 110 Rom, den 12. April 1891

Marquis Rudini teilte mir heute mit, daß man sich mit England bezüglich der ägyptisch-italienischen Grenze nördlich von Massaua geeinigt habe, und daß der Vertrag nach Rückkehr des Botschafters Lord Dufferin unterzeichnet werden soll.

Die Italiener würden danach die Befugnis haben, Kassala erforderlichen Falles, jedoch nur vorübergehend zu besetzen**.

Graf Solms

Nr. 1984

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 116 Paris, den 21. Mai 1891

Gestern abend zurückgekehrt, habe ich die Geschäfte der Kaiserlichen Botschaft wieder übernommen.

Diesen Morgen sah ich meinen italienischen Kollegen.

* Ähnliche, aber noch bestimmtere Äußerungen Rudinis meldete Graf Solms am 22. März 1891: „Im engsten Vertrauen sagte er mir, er sei entschlossen, im Sommer, wenn das Parlament geschlossen sei, Ordre zu geben, Keren und Asmara zu verlassen und sich auf Massaua zu beschränken ... Er wolle mit der Räumung warten bis zum Sommer, um Herrn Crispi nicht durch ein zu plötzliches Verlassen seiner Politik zu kränken. Die Millionen, die dort erspart werden, könne man besser zur Anschaffung neuer Infanteriegewehre verwenden, mit denen zunächst die Alpentruppen bewaffnet werden sollen. Marquis Rudini war höchst erfreut, als ich ihm sagte, daß ich ihm zu dem Entschlusse, sich auf Massaua zurückzuziehen, nur gratulieren könnte. Fürst Bismarck wäre dem Vorgehen der Italiener stets mit der Besorgnis gefolgt, Italien könnte durch Massaua in ernste politische und militärische Schwierigkeiten verwickelt werden."

** Das Abkommen über die Begrenzung der italienisch-englischen Interessensphäre wurde unterzeichnet am 15. April. Artikel II besagte: „Le gouvernement italien aura la faculté, au cas où il serait obligé de le faire pour les besoins de sa situation militaire, d'occuper Kassala et la contrée attenante jusqu'à l'Atbara."

General Menabrea ist sehr unzufrieden und sagt, daß sowohl die Verhandlungen wegen der notwendigen Grenzregulierung in Abessinien zwischen Obock und Massaua als auch eine Verständigung auf handelspolitischem Gebiete nicht weiter gediehen seien und von Herrn Ribot nichts zu erreichen sei.

Was Afrika betreffe, so suche vor allem das hiesige Auswärtige Amt eine Verständigung zwischen Italien und England zu hindern. Die Franzosen hofften noch immer, die Engländer aus Ägypten zu vertreiben und wollten nicht Oberägypten in den Händen der Engländer und Italiener wissen. Sie möchten deshalb gern einen Keil zwischen die italienischen Besitzungen und Ägypten hineinschieben. Ihre Prätentionen nach der Seite hin seien so groß, daß Italien nicht darauf eingehen könne. pp.

Münster

Nr. 1985

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 199 Rom, den 26. Juli 1891

Sehr vertraulich

Als ich heute dem Marquis Rudini den Brief des Königs Menelik* mitteilte, kam derselbe wieder auf Massaua zu sprechen.

Er sagte, er trage sich mit dem Gedanken, die militärische Okkupation nur auf Massaua zu beschränken. Die Summe von 8 bis 10 Millionen, welche für die erythräische Kolonie bestimmt sei, sei noch viel zu hoch. Man dürfte höchstens 3 Millionen darauf verwenden und würde den Rest besser dem Kriegsminister überlassen; dabei sei gar keine Garantie vorhanden, daß man sich nicht plötzlich genötigt sehe, wieder 15 bis 25 Millionen dafür aufzuwenden. Ganz aufgeben dürfe man Massaua nicht; es werde für Italien immer nützlich sein, einen Punkt im Roten Meere zu besitzen, von dem aus man sich einen gewissen Einfluß sichern könne.

Ich bemerkte, ich bedauerte an diesem vortrefflichen Gedanken nur, daß ihn seine Herrn Vorgänger nicht schon gehabt hätten: was solle aber aus den Kolonisten werden in Keren und Asmara und weiter nach dem Innern, wenn sie nicht von Truppen geschützt würden?

Der Minister entgegnete, von Kolonisation sei ja überhaupt nicht die Rede, das sei alles Utopie. Die Italiener würden dort auch un-

* Es handelt sich um ein Zirkularschreiben des Königs Menelik, in dem er den europäischen Regierungen Mitteilungen über die rechtmäßigen Grenzen Abessiniens machte und sie bat, ihm für deren Wiedererlangung mit einem Teil der Meeresküste behilflich zu sein.

behelligt bleiben, wenn man sich nur mit den kleinen Königen des Tigré auf freundschaftlichen Fuß stelle. Die Schwierigkeit liege nur in der italienischen öffentlichen Meinung.

„Von heute auf morgen," wandte ich ein, „können Sie die öffentliche Meinung nicht umstimmen, dies kann nur durch eine wohlorganisierte, planmäßige Bearbeitung derselben geschehen. Wie lauten aber die Berichte der eben zurückgekehrten Untersuchungskommission*? Darauf kommt es zunächst an. Können Sie diese in Ihrem Sinne verwenden?"

Der Marquis erwiderte: „Das ist eben das Mißgeschick, daß die Mitglieder der Kommission sämtlich als enragierte Afrikanisten zurückgekehrt sind. Das würde mich aber nicht genieren, denn über dieses Hindernis würde man hinwegkommen.

Ich bin überzeugt, daß, wenn ich die Sache durchführte und auf Massaua zurückginge, das Ministerium fiele; ich bin aber ebenso überzeugt, daß mein Werk bestehen und kein nachfolgender Minister wieder daran denken würde, über Massaua hinauszugehen."

Ich schloß mit der Bemerkung, daß es unter solchen Umständen doch dringend zu empfehlen sei, die 8 bis 10 Millionen noch recht lange fortzuzahlen.

Graf Solms

Nr. 1986

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 289 Rom, den 20. Dezember 1891

Unter dem Ministerium Crispi waren die Verhandlungen über die Festsetzung der Grenze zwischen der italienischen Kolonie Erythräa und dem abessinischen Reiche an den übertriebenen Prätentionen Italiens und an einem Zerwürfnis mit König Menelik gescheitert. Seit das Ministerium Rudini am Ruder ist, blieb die Grenzfrage ruhen, und man suchte den eigentlichen Kolonialbesitz auf das Halten der Punkte Asmara, Keren und Massaua zu beschränken.

Vor allem aber war Marquis Rudini darauf bedacht, ein freundnachbarliches Verhältnis zu den vom König Menelik ziemlich unabhängigen Fürsten des Tigré und damit den Friedenszustand herbeizuführen. Diese Politik wurde vielfach angegriffen, weil viele der Ansicht waren, daß man von Anfang an hätte mit den Tigré-Fürsten

* Infolge von Enthüllungen, welche die „Tribuna" vom 4. März 1891 über Verbrechen des an der Spitze der Polizei in Massaua stehenden Leutnants Livraghi gebracht hatte, war eine Untersuchungskommission nach Erythräa gesandt worden, die alle Zweige der dortigen Verwaltung einer gründlichen Prüfung unterzog.

verhandeln sollen, ohne Rücksicht auf den König Menelik; nachdem man mit diesem aber Verträge geschlossen hatte, hätte man ihn nicht übergehen sollen.

Marquis Rudini hat sich hieran nicht gekehrt, sondern den General Gandolfi beauftragt, mit großem Gefolge und vielen Geschenken nach dem Mareb zu gehen und dort mit dem vom König Menelik eingesetzten Fürsten des Tigré Ras Mangascia und dessen Leutnant Ras Alula in Verhandlungen zu treten, wozu diese sich bereit erklärt hatten.

Der dem General Gandolfi bereitete Empfang ist ein sehr entgegenkommender gewesen, man hat sich gegenseitig versprochen, in Friede und Freundschaft zu leben, und die offiziösen Blätter betonen, daß Ras Mangascia und Ras Alula die Souveränität des Königs Menelik anerkannt hätten, sodaß sich letzterer durch die Mission Gandolfis nicht verletzt fühlen könne.

In der Kammer ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Regierung möge den Bericht des Generals Gandolfi veröffentlichen, was auch, wie es scheint, geschehen soll.

Bisher ist noch nicht bekannt geworden, ob eine Festsetzung der Grenze stattgefunden hat; dies dürfte auch weniger ins Gewicht fallen, nachdem die Italiener jetzt gar nicht die Absicht haben, den faktischen Besitz über Asmara und Keren auszudehnen.

Als Beweis, daß der Vertrag mit den Fürsten des Tigré zur Zufriedenheit ausgefallen ist, dürfte das vom General Gandolfi bei seiner Rückkehr nach Massaua erlassene Dekret anzusehen sein, wonach der seit dem 2. Mai 1887 bestandene Kriegszustand, sowie die Blockade der Küste von Anfila bis zur Insel Difnein aufgehört hat.

Graf Solms

Nr. 1987

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 33 — Rom, den 30. Januar 1894

Geheim

Als ich vor meiner bevorstehenden Abreise den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* aufsuchte, lenkte derselbe das Gespräch bald wieder auf das Verhältnis zu England. Er wisse, daß England keine regelrechten Verträge abschließen könne, werde aber schon zufrieden sein, wenn die Kabinette von Rom und London in allen

---

* Baron Blanc, Minister des Äußern seit dem 15. Dezember 1893 im neuen Kabinett Crispi. Unter diesem wurde, während das Kabinett Giolitti die Abstinenzpolitik Rudinis fortgesetzt hatte, sofort wieder den innerafrikanischen Fragen erhöhtes Interesse zugewandt.

Mittelmeer- und Orientfragen de facto Hand in Hand gingen. Ein Hindernis für ein solches Zusammengehen liege in Massaua und in allen Fragen, die sich an diese italienische Erwerbung knüpften.

Persönlich, fuhr Baron Blanc fort, wäre er ein Gegner der italienischen Kolonialpolitik in Afrika. Italien verzettele dadurch seine militärischen Kräfte, erschöpfe seine ohnehin in übler Lage befindlichen Finanzen und sei endlich stets Konflikten mit den Eingeborenen ausgesetzt, die unter Umständen zu Niederlagen und damit zur Erschütterung des italienischen Prestige und zu Regierungskrisen führen könnten. Aber wie die Verhältnisse lägen, sei an eine Räumung von Massaua natürlich nicht zu denken; Herr Crispi würde dieselbe nie zugeben, König Humbert noch weniger. Auch dürfe der nervösen öffentlichen Meinung Italiens nicht zuviel zugemutet werden.

Auch an die Frage der Souveränität über Massaua könne er vorläufig nicht rühren. Er würde an und für sich in Afrika lieber „en occupant" auftreten als „en conquérant" und gern die ägyptische, beziehungsweise türkische Oberhoheit über Massaua anerkennen. Aber auch hierzu würden weder König Humbert noch der Ministerpräsident zu bewegen sein.

Er wünsche jedoch wenigstens zu erreichen, daß Massaua nicht länger die Anbahnung intimerer Beziehungen zu England störe. Vielleicht ließe sich dies durch ein Arrangement in der Art bewerkstelligen, daß Italien verspreche, in allen das Rote Meer, Sudan usw. berührenden Fragen sich nach England zu orientieren, England aber von dieser Zusicherung Akt nehme und Italien im Roten Meere als Freund zu betrachten erkläre. „L'Angleterre," äußerte Baron Blanc wörtlich, „ne peut ni nous céder ni confirmer comme nôtres des territoires qualifiés à Constantinople et au Caire comme égyptiens. Mais elle peut prendre acte pour nous y considérer comme des amis liés à sa cause des déclarations formelles de notre part, que nous ne prendrons d'accord qu'avec elle et que nous procéderons absolument d'accord avec elle sur toute question concernant la mer rouge, le Soudan etc., questions où l'intérêt supérieur de l'Angleterre à la protection de la voie des Indes et les intérêts liés à la réorganisation de l'Egypte par ses soins dominent pour nous toute la situation et sont considérés par nous comme des faits heureux pour nos intérêts nationaux."

Baron Blanc deutete an, daß er dankbar sein würde, wenn der Kaiserliche Botschafter in London, dessen Einfluß und Geschicklichkeit ihm bekannt wären, das Kabinett von St. James ganz vertraulich sondieren könnte, um festzustellen, ob eine solche Vereinbarung etwa durch Notenaustausch zu erreichen sein würde. Er möge zunächst, fügte Baron Blanc hinzu, weder Graf Tornielli noch Sir Clare Ford* mit dieser Angelegenheit befassen, da der erstere über große

---

* Englischer Botschafter in Rom seit Ende 1893.

Politik vielfach andere Ansichten habe als sein Chef, der letztere sich für dieselbe überhaupt nicht besonders interessiere.

Ich habe Baron Blanc erwidert, daß ich nicht beurteilen könne, ob es für Graf Hatzfeldt möglich sein werde, in dieser Angelegenheit zu vermitteln*, den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten aber im übrigen in seiner Absicht bestärkt, sich möglichst eng an England anzuschließen.

B. von Bülow

Nr. 1988

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 — Rom, den 16. Februar 1894

Baron Blanc sagt mir, daß Major Graf San Miniatelli, welcher seinerzeit die englischen Feldzüge in Ägypten mitgemacht habe, heute nach Kairo abgereist sei, „afin de se mettre en communication avec le Sirdar Kitchener** et Lord Cromer pour tout ce qui peut intéresser la défense commune de l'Angleterre et de l'Italie vis-à-vis des Derviches". Baron Blanc fügte hinzu, daß die Entsendung des Majors San Miniatelli von General Kitchener angeregt worden sei, welcher infolge der bei Kassala unter Osman Digma stattfindenden Ansammlungen von Derwischen Suakim wie Massaua gleich bedroht sehe; der Minister des Äußern hofft, daß die fragliche Mission zu gemeinsamer Aktion der Engländer und Italiener am Roten Meer führen werde.

Major San Miniatelli ist ermächtigt, „à étudier avec les officiers anglais toute garantie à donner aux intérêts anglais dans la Mer Rouge". Derselbe darf hierbei durchblicken lassen, daß im Fall einer englisch-italienischen Kooperation die italienische Truppe außerhalb der erythräischen Kolonie mit ägyptischer Fahne wie die Engländer marschieren würde.

Bülow

Nr. 1989

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 — Rom, den 16. Februar 1894

In Verfolg von Telegramm Nr. 23***.

Über die Entsendung des Majors San Miniatelli nach Kairo erzählt Baron Blanc mir weiter streng vertraulich, daß derselben Differen-

---

* Der Bericht Bülows wurde dem Grafen Hatzfeldt am 4. Februar nur zur Information übersandt; eine Rückäußerung Hatzfeldts liegt nicht vor.

** Chef des englisch-ägyptischen Generalstabes in Kairo.

*** Siehe Nr. 1988.

zen im Ministerrat vorausgegangen wären: der Kriegsminister habe auf Vorgehen gegen die sich bei Kassala ansammelnden Derwische gedrungen; andere Minister wären im Hinblick auf die hiesige innere Lage der Ansicht gewesen, daß Italien sich am besten allmählich ganz aus jenen Gegenden zurückziehe; hiervon wollten jedoch König Humbert und Herr Crispi nichts hören, der erstere, weil die afrikanischen Erwerbungen „le succès de son règne" wären, der letztere, weil dort der italienische Soldat zum ersten Male seit langer Zeit militärische Lorbeeren gepflückt habe. Auch um aus diesen Widersprüchen herauszukommen, fügte der Minister des Äußern hinzu, habe er die von General Kitchener angeregte Kooperation mit Großbritannien befürwortet, in der Erwartung, daß dieselbe einerseits die allgemeinpolitische Annäherung an England fördern, andererseits Italien am Roten Meer eine Flankendeckung gewähren und die italienische Kolonialpolitik in maßvollen Grenzen halten werde.

Bülow

Nr. 1990

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 43 Rom, den 19. Februar 1894
Vertraulich

pp. Graf Antonelli* glaubt nicht, daß die Mission des Majors San Miniatelli nach Kairo zu einem sofortigen gemeinsamen Vorgehen der Engländer und Italiener gegen die Derwische führen werde. Wie sein Chef Baron Blanc hofft jedoch auch der Unterstaatssekretär, daß eine prinzipielle Verständigung mit Großbritannien über die Situation in Nordostafrika nicht nur die allgemeine Solidarität zwischen beiden Mächten fördern, sondern auch als Hemmschuh für die Aktionslust der hiesigen „Africani" dienen werde. Wie mir Graf Antonelli weiter erzählt, ist ein in Kolonialfragen bewanderter Beamter des auswärtigen Ministeriums, Herr Silvestrelli, nach London geschickt worden, um dort mündliche Aufklärungen über die Ziele der italienischen Regierung am Roten Meer zu geben. Zum italienischen Vertreter in Kairo wurde an Stelle des nach Korfu versetzten Generalkonsuls Macchio der bisherige Gesandte in Peking Herr Pansa ernannt, ein tüchtiger Diplomat mit verständigen politischen Ansichten.

B. von Bülow

---

* Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Äußern.

Nr. 1991

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 82 Rom, den 24. April 1894

Baron Blanc erzählte mir vertraulich, daß der Mitte Februar in besonderer Mission nach Kairo entsandte Major San Miniatelli in den nächsten Tagen wieder in Rom eintreffen werde. Obwohl Lord Cromer* anfänglich wenig Entgegenkommen an den Tag gelegt habe, wäre schließlich eine prinzipielle Verständigung erzielt worden. Wegen der vorgerückten Jahreszeit und bei der geringen Aktionslust der Engländer sei der Gedanke an ein baldiges Vorgehen beider Mächte gegen die Derwische aufgegeben worden. Aber für den Fall, daß in Zukunft eine militärische Aktion sich als notwendig herausstellen sollte, würde dieselbe eine gemeinsame sein. Gleichzeitig sagte mir der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, daß auch der von ihm nach London delegierte Herr Silvestrelli dort mit Erfolg operiert habe. Nach längeren Verhandlungen hätten sich Italien und Großbritannien über eine Reihe streitiger oder ungewisser Kolonialfragen geeinigt. Die betreffende Konvention sei so gut wie fertig und solle demnächst hier von Herrn Crispi und dem englischen Botschafter Lord Clare Ford unterzeichnet werden**.

Baron Blanc hofft, durch das gegenüber dem Kabinett von St. James in Nordostafrika an den Tag gelegte Entgegenkommen nicht nur die Gefahr künftiger Differenzen zwischen Italien und England beseitigt, sondern auch die anglo-italienische allgemeine Interessensolidarität gefördert zu haben.

von Bülow

---

* Baron Cromer, früher Sir Evelyn Baring, englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

** Die Unterzeichnung des Abkommens „zwecks Vervollständigung der Abgrenzung der italienischen und englischen Einflußsphären in Ostafrika" erfolgte am 5. Mai. Wie der Minister Blanc dem Botschafter von Bülow laut dessen Bericht vom 20. Mai mitteilte, hätten England und Italien neben dem Abkommen vom 5. Mai noch eine sekrete Abmachung betreffs Harrars getroffen, durch die England das Recht eingeräumt sei, „d'exercer son action à Harrar et de regarder Harrar comme appartenant à sa sphère, tant que l'Italie ne croira pas devoir étendre son influence à ce territoire". Die allgemeine Auffassung, als ob durch das erste Abkommen Harrar in die italienische Einflußsphäre einbezogen sei, wäre danach nicht ganz richtig; immerhin wäre Italien das Recht eingeräumt worden, jederzeit seinen Einfluß auf Harrar auszudehnen. Grund genug, um den italienischen Wunsch auf eine Veröffentlichung des geheimen Harrarabkommens (vgl. Nr. 2002) verständlich zu machen.

Nr. 1992

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi*

Ausfertigung

Nr. 105 Rom, den 5. Juni 1894

Ganz vertraulich

Der Minister des Äußern hatte mir im Laufe der letzten Monate mehrfach angedeutet, daß das deutsch-französische Abkommen vom 4. Februar d. Js. hier allerlei Beklemmungen hervorgerufen habe. Doch unterließ es auf meinen Rat Baron Blanc, diese Angelegenheit vor der Deputiertenkammer zu erörtern. Vor einiger Zeit teilte mir der Minister mit, daß Herr Crispi sich mit dem Gedanken trage, die durch jenes Abkommen bei ihm erweckten Besorgnisse zum Gegenstande eines Erlasses an den italienischen Botschafter in Berlin zu machen. Als ich dem Minister des Äußern sagte, daß es mir im Interesse der italienischen Regierung zu liegen schiene, die ihr gegenwärtig obliegenden ernsten finanziellen, wirtschaftlichen und innerpolitischen Aufgaben zu lösen, bevor sie sich mit verhältnismäßig sekundäreren und fernerliegenden Zukunftsproblemen beschäftige, stimmte Baron Blanc meiner Ansicht bei, daß eine Note wie die ihm vorschwebende zurzeit nicht opportun sein möchte.

Im Laufe eines Besuchs, welchen ich ihm in der vergangenen Woche abstattete, bat der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten nichtsdestoweniger um die Erlaubnis, mir zu meiner persönlichen Orientierung eine Depesche über die Stellung Italiens zu den jüngsten afrikanischen Abmachungen vorlesen zu dürfen, welche er inzwischen konzipiert habe. Ich ließ es mir im Laufe dieser Lektüre angelegen sein, Baron Blanc davon zu überzeugen, daß seine Ausführungen zum Teil einseitige, zum Teil übertriebene, zum Teil auch von irrtümlichen Prämissen inspirierte wären. Ich knüpfte hieran die Empfehlung, die Absendung der fraglichen Note nach Berlin zu unterlassen. Obwohl Baron Blanc manchem meiner Gesichtspunkte beipflichtete, übersandte mir derselbe nach jener Unterredung zwei geheime Denkschriften, von denen die eine das französisch-deutsche Abkommen,

---

* Die Schriftstücke Nr. 1992 bis 1995 nehmen zwar ihren Ausgangspunkt von einer deutsch-italienischen Kontroverse über das deutsch-französische Abkommen vom 4. Februar/15. März 1894 betreffs des Hinterlandes von Kamerun (vgl. darüber Bd. VII, Nr. 1598 nebst Fußnote), stehen aber durch das Eingehen auf die Harrarfrage und durch die breite Erörterung der gegenüber Italien wie Deutschland gleich charakteristischen englischen Kolonialpolitik in organischem Zusammenhang mit den übrigen in diesem Abschnitt vereinigten Schriftstücken und finden sich auch unter derselben Aktensignatur.

die andere die französischen Ansprüche auf Harrar betrifft, mit nachstehendem Billett: „Cher Ambassadeur, Nous envoyons à Lanza* et à Tornielli les mémoires ci-joints comme objets d'étude; mais aucune communication comme celle dont je vous ai dit le projet hier. A vous, Blanc.“ Vierundzwanzig Stunden später erhielt ich vom Minister des Äußern den nachstehenden Brief: „Personnelle. Cher Ambassadeur, Pour votre seul usage et comme objet de votre appréciation amicale sur la situation je vous soumets en voie tout à fait privée un petit résumé du langage très confidentiel que je vous ai parfois tenu; ce n'est point une pièce qui soit communiquée à l'Ambassade à Berlin, du moins quant à présent. Cordialement à vous, Blanc.“ Diesem Briefe war eine dritte Denkschrift beigefügt, welche in etwas kürzerer Form die Gedanken wiederholt, welche in der projektierten Note an Graf Lanza enthalten waren. Ich beehre mich, die drei vorgenannten Denkschriften im italienischen Urtext und in deutscher Übersetzung gehorsamst vorzulegen**.

Herr Crispi hat mir von den Fragen, welche diese Denkschriften behandeln, noch nicht gesprochen. Was Baron Blanc angeht, so hoffe ich Euerer Exzellenz hohen Intentionen zu folgen, wenn ich bei Berührung der in Rede stehenden Materie mich einer ruhigen und mehr dilatorischen Sprache befleißige. Die italienischen Aspirationen auf Afrika und speziell auf Tripolis sind eine der Ursachen, welche Italien in Gegensatz zu Frankreich bringen und an den Dreibund fesseln; wenn sich Italien in Afrika desinteressierte, läge die Gefahr vor, daß es versuchte, sich mit französischer Hülfe an der Küste des Adriatischen Meeres auszudehnen. Andererseits glaube ich verhindern zu sollen, daß Herr Crispi durch übertriebene Ländergier, Baron Blanc infolge des ihm eigentümlichen, oft etwas starren Doktrinarismus die Zirkel unserer großen Politik stören. Ich habe deshalb stets betont, daß wir uns überall, im Mittelmeer wie in Nord- und Ostafrika, für die Größe und Macht Italiens lebhaft interessierten. Wir gönnten Italien aufrichtig jede Erwerbung, welche sich mit seiner eigenen Wohlfahrt und der Erhaltung des Friedens vertrüge. Aber gerade deshalb möge die Halbinsel für noch so buntgefiederte Papageien auf dem Dach nicht den sicheren Vogel in der Hand — das auf dauernde Interessengemeinschaft gegründete feste Vertrauen in unsere Absichten — hergeben. Zur Erläuterung des deutsch-französischen Abkommens vom 4. Februar sagte ich Baron Blanc, qu'il ne fallait pas chercher midi à quatorze heures; jenes Abkommen sei meines Erachtens in erster Linie von der Erwägung inspiriert, daß Deutschland auch zum Besten seiner Verbündeten keine uferlose Kolonial-

* Graf Lanza, italienischer Botschafter in Berlin, Nachfolger des am 7. Februar 1892 gestorbenen Grafen Launay.

** Hier nicht abgedruckt.

politik treiben könne. Der Zukunft würde hierdurch nicht präjudiziert, welcher Italien durch eine feste und ruhige äußere wie innere Politik am besten vorarbeite.

B. von Bülow

Nr. 1993

Aufzeichnung des Dirigenten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Kayser

Reinschrift

Berlin, den 11. Juni 1894

Die italienische Denkschrift über die Folgen des deutsch-französischen Abkommens vom 4. Februar 1894 ist zweifellos von dem Wunsche getragen, die italienischen Interessen in Afrika in dem weitesten Umfange zu wahren, und wird, soweit es sich um berechtigte und erreichbare Forderungen handelt, auf die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung zu rechnen haben. Nichtsdestoweniger ist darauf aufmerksam zu machen, daß die in der Denkschrift gemachten Ausführungen zweifellos die Tatsachen durch eine englische Brille ansehen und deshalb zu Schlüssen kommen, die als richtig nicht in allen Stücken anerkannt werden können.

Zuvörderst mag daran erinnert werden, wie die Kaiserliche Regierung im Interesse der Stärkung des Dreibundes und zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen erhebliche Opfer in Afrika gebracht hat, um den Ausbreitungsbestrebungen Englands möglichst entgegenzukommen. Die größten Opfer sind die, wie sie in dem deutsch-englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 enthalten sind, und wodurch England die Möglichkeit gegeben wurde, von der ostafrikanischen Küste aus über Uganda in diejenigen Landschaften vorzudringen, welche wie Darfur, Bar-el-Ghazal und Kordofan eine unmittelbare Verbindung zu den Nilquellen und dem unteren Niltal gestatten. Gerade um den Einfluß Italiens am Mittelmeer aufrechtzuerhalten und für die Zukunft noch weiter auszudehnen, hat Deutschland verschiedene berechtigte Ansprüche — es genügt, Sansibar und Uganda zu erwähnen — Großbritannien gegenüber fallen gelassen. Dieses Entgegenkommen ist von englischer Seite nicht erwidert worden. Auf allen Gebieten, wo durch die Nachbarschaft, auch wenn sie eine ganz entfernte war, deutsche und englische Interessen sich in irgendeiner Weise berührten, hat England stets zum Nachteil Deutschlands gehandelt und dadurch nicht bloß die Regierung, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland in große Verstimmung gesetzt.

Nicht minder ist es bekannt, welchen Anteil Deutschland an dem Zustandekommen und an der Stärkung des Kongostaats zur Bekämpfung eines französischen Vordringens genommen hat. Deutsch-

land ist der erste Staat gewesen, der nach der Kongokonferenz den Kongostaat anerkannt und die Erklärung seiner Neutralität entgegengenommen hat. Deutschland hat seinen ganzen Einfluß bei der Brüsseler Konferenz im Jahre 1890 geltend gemacht, um den versiegenden finanziellen Quellen dieses Staats einen größeren Zufluß zu verschaffen. Es darf endlich nicht vergessen werden, daß da, wo in Afrika deutsche und italienische Interessen zusammengetroffen sind, wie in dem Somalilande, die Kaiserliche Regierung nicht einen Augenblick gezögert hat, den italienischen Interessen zum Schaden der eigenen und gegen den Willen eines überwiegenden Teiles ihrer Bevölkerung den Vortritt zu lassen.

Bei diesem Verhalten der Kaiserlichen Regierung ist von vornherein die Absicht ausgeschlossen, daß sie in dem Abkommen mit Frankreich vom 4. Februar 1894 irgendeine Möglichkeit im Auge gehabt haben sollte, welche eine auch nur entfernte Schädigung italienischer Interessen in Afrika oder am Mittelmeer nach sich ziehen könnte. Zunächst wird niemand bei einer noch so großen Ausdehnung des Begriffs der Interessensphäre auf den Gedanken kommen können, daß Wadai von Italien als ein Hinterland von Tripolitanien würde in Anspruch genommen werden können. Niemals hat Italien einen solchen Anspruch zum Ausdruck gebracht, und auch in der wissenschaftlichen Literatur, in den Berichten der Reisenden und in der Tagespresse ist dieser Gedanke niemals so angeregt worden, daß er der Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung hätte entgehen können. Die Straße Bengasi, Kufra, Wadai ist überhaupt nur einmal von einem deutschen Reisenden, des bekannten Dr. Gerhard Rohlfs, bis Kufra begangen. Daß sie aber als Handelsstraße irgendeine Bedeutung hat, ist noch in keiner Weise ermittelt, wie ja auch das Gebiet, welches jene Straße durchzieht, zu den unerkundetsten Teilen des schwärzen Weltteils gehört. Aber auch abgesehen hiervon hat die Kaiserliche Regierung niemals selbst Ansprüche auf das durch Forscher deutscher Nationalität erschlossene Wadai erhoben; sie hat dasselbe auch nicht an Frankreich abgetreten, sondern nur diesem Staate gegenüber auf einen Einfluß östlich des 15° und des oberen Sharilaufes verzichtet. Es steht durchaus nichts im Wege, wenn die italienische Regierung Veranstaltungen trifft, um Wadai in ihre Interessensphäre einzubeziehen oder sich durch Abkommen mit anderen Staaten zu sichern, und jedenfalls bildet das deutsch-französische Abkommen für derartige italienische Pläne nicht das geringste Hindernis. Wenn durch dieses Abkommen Frankreich von seinen Kongobesitzungen aus einen Zugang zum Shari und zum Tschadsee erhalten hat, so war das nur die Folge von jahrelangen kolonialen Unternehmungen und die Wirkung des feindlichen, durch die englische Regierung unterstützten Verhaltens der Royal Niger Company. Es muß als publici juris betrachtet werden, daß seit Jahren ein Kampf um den Besitz des Tschadsees ausschließlich von Deutsch-

land, England und Frankreich geführt wurde. Mit keiner Silbe ist jemals erwähnt worden, daß auch Italien auf dieses Gewässer, das, wie ein Gelehrter von namhafter Bedeutung bemerkt, nur unsere Unwissenheit statt eines Sumpfes einen See nennt, Anspruch erhebt. Das Abkommen mit Frankreich hat den Franzosen nicht erst den Zugang zum Tschadsee verschafft, sondern hat nur verhindert, daß Deutschland davon ausgeschlossen wurde und erhebliche Verluste an seiner Interessensphäre erleidet. Wie sich aus der ebenfalls beigefügten Denkschrift zu dem Abkommen mit Frankreich* ergibt, hat die französische Regierung seit fast einem Jahrzehnt dauernd und in erfolgreicher Weise Vorstöße nach Adamaua, dem Shari und Baghirmi gemacht, und es lag die Gefahr vor, daß Deutschland nicht bloß den Zugang zum Tschadsee, sondern auch den wertvollen Teil von Adamaua verlieren würde, wenn es nicht gelingen sollte, durch einen Vertrag die Franzosen zur Aufgabe ihrer hierauf gerichteten Ansprüche zu veranlassen. Hätte die Kaiserliche Regierung jenes Abkommen nicht geschlossen, so würden die Franzosen wahrscheinlich das ganze Südufer des Tschadsees, Baghirmi und den Shari in Besitz genommen haben, ohne daß es Deutschland hätte verhindern können, denn die Kaiserliche Regierung kann ihre Kolonialpolitik nur in den Grenzen weiser Beschränkung treiben, weil ihr für ein uferloses Ausdehnen ihrer Interessensphären sowohl ihre Stellung in der europäischen Politik wie die bescheidenen Mittel, welche ihr vom Reichstag bewilligt werden, die notwendigen Schranken setzen. Wenn man die Ergebnisse zusammenfaßt, so hat das deutsch-französische Abkommen den Franzosen in keiner Weise etwas gegeben, was sie nicht ohne dasselbe hätten erreichen können. Dagegen hat dieses Abkommen ausschließlich Deutschland vor Schaden bewahrt und ihm Gebiete zugewiesen, die andernfalls Frankreich zugefallen wären.

Einen anderen Verlauf hätten die Verhandlungen nehmen können, wenn Deutschland bei England die gebührende Unterstützung gefunden hätte. Statt einer solchen sind ihm von Großbritannien nur Schwierigkeiten gemacht, und es ist von dieser Seite alles aufgeboten worden, um Deutschland den freien Handel und die Schiffahrt auf dem Niger, trotzdem sie durch die Kongoakte international anerkannt waren, nach Möglichkeit zu erschweren. Würden die deutschen Expeditionen rechtzeitig den Niger haben benutzen können, um in dem Hinterland von Kamerun vorzudringen, so hätten sie beizeiten die Fortschritte der Franzosen vom Kongo aus zu verhindern vermocht. Die im Widerspruch mit den internationalen Abmachungen erfolgte Monopolisierung der Schiffahrt auf dem Niger durch die Royal Niger Company hatte die Benutzung des Wasserwegs deutschen Expeditionen unmöglich gemacht und dadurch französischen

* Vgl. Nr. 1994, S. 370, Fußnote **.

die Wege nach dem Shari, Baghirmi und Tschadsee geebnet. Erst als M. Mizon die Company bedrohte, ließ diese, um Hilfe gegen die französischen Bestrebungen zu haben, die Beförderung einer deutschen Expedition gegen große Geldopfer auf dem Niger zu. Der richtige Zeitpunkt aber war bereits verpaßt, da es den Franzosen inzwischen gelungen war, sich östlich des 15° bis nach Baghirmi hin festzusetzen.

Daß England bei seinen afrikanischen Bestrebungen durchaus keine andere Politik verfolgt als die des eigenen Interesses, bedarf keiner Ausführung. Es nimmt dabei auch auf befreundete Mächte nicht immer die erforderliche Rücksicht, und wenn Italien eine Klage darüber führt, daß das tripolitanische Hinterland von dem Tschadsee und von Sokoto und Bornu abgeschnitten worden sei, so liegt die Schuld ausschließlich an England, welches in seinem Abkommen mit Frankreich vom 5. August 1890 die Länder nördlich der Linie Baruwa-Say der französischen Einflußsphäre überlassen hat. Dadurch fallen in der Tat die in der italienischen Denkschrift erwähnten ersten drei Karawanenstraßen, welche die Sahara durchschneiden, in den französischen Machtbereich. Hieraus ergibt sich, daß von den vier Straßen, welche nach jener Denkschrift durch das sogenannte tripolitanische Hinterland führen würden, die drei ersten und wichtigen diesem Hinterlande durch das französisch-englische Abkommen entzogen sind. Daß die vierte Straße, welche überhaupt noch einer Erschließung bedürfen würde, um gangbar zu werden, von dem deutsch-französischen Abkommen gar nicht berührt worden ist, sondern noch in Zukunft der Macht offen steht, die von Tripolitanien aus einen Handel mit Wadai treiben will, sofern überhaupt eine solche Handelsverbindung besteht oder zu begründen ist, ergibt sich als unzweifelhaft durch einen bloßen Blick auf die hier beigefügte Karte. Die Beschwerden Italiens müßten sich in erster Linie gegen England richten, dessen rein egoistische Politik sich auch in dem Vertrage wegen Harrar zeigt, denn, nachdem England und Frankreich sich gegenseitig verpflichtet hatten*, ein Protektorat über Harrar nicht auszuüben, lag eigentlich für Italien kein Bedürfnis vor, das Abkommen mit England vom 5. Mai zu schließen, oder, wenn es getroffen war, zu veröffentlichen. Frankreich durfte das Protektorat nach seinem Abkommen mit England nicht für sich in Anspruch nehmen, würde also Italien nicht bedroht haben, und dieses hätte einen günstigeren Zeitpunkt abwarten können, um das Protektorat über Harrar zu schließen oder zu publizieren. Es scheint, daß England dieses Abkommen und diese Publikation herbeigeführt hat, um Italien seinen eigenen Ansprüchen vorzuspannen und den Versuch zu machen, es in Afrika von Deutschland wegzudrängen.

---

* Durch den Vertrag vom 2. Februar 1888.

England mußte voraussehen, daß das Abkommen mit dem Kongostaat vom 12. Mai d. Js.* gleichmäßig den Widerspruch von Deutschland und Frankreich hervorrufen würde. Es lag gar keine Veranlassung vor, diese schwierigen Fragen in dem gegenwärtigen Zeitpunkt anzuregen, und es spricht gegen die Loyalität des gegenwärtigen englischen Kabinetts, daß es durch einen Umweg in dem Vertrage mit dem Kongostaat die Umklammerung Deutschostafrikas erreichen will, auf die es während der Verhandlungen, die zu dem Abkommen vom 1. Juli 1890 führten, nach einer Zurückweisung Deutschlands verzichtet hatte**. Nur um seine eigene Stellung zu befestigen und über das Maß hinaus englische Ansprüche durchzusetzen, hat England Italien in seine Arme zu ziehen gesucht in der Hoffnung, die deutsche Politik in Afrika dadurch schwächen zu können. Deshalb vermag die Kaiserliche Regierung, solange diese feindselige Haltung des Londoner Kabinetts andauert, keine Ansprüche zu unterstützen, bei welchen England beteiligt ist, und aus deren Unterstützung dieses Land einen Vorteil ziehen würde. Nur wenn England diejenige Nachgiebigkeit den deutschen Interessen gegenüber zeigt, welche sie für ihre Lebensbedingungen notwendig brauchen, kann die Kaiserliche Regierung weitere Ansprüche fördern und begünstigen, die eine ihr befreundete Macht in Gemeinschaft mit England zu erreichen bemüht ist.

Kayser

Nr. 1994

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 325 — Berlin, den 12. Juni 1894
[abgegangen am 13. Juni]

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 105 nebst Anlagen vom 5. Juni d. Js.*** habe ich erhalten und mit lebhaftem Interesse von dessen Inhalt Kenntnis genommen. Ich erkenne es mit verbindlichem Dank an, daß es Ihren Bemühungen gelungen ist, die amtliche Erörterung der in Ihrem Berichte erwähnten kolonialen Fragen in Berlin zu hintertreiben und bereits in dem Gespräche mit Baron Blanc unsere Politik in Afrika richtigzustellen.

Meine Vermutung, daß England sich nicht ohne Erfolg bemüht hat, Italien als Vorspann für die eigenen Zwecke in Afrika zu be-

* Vgl. darüber Kap. LIV, B.
** Vgl. dazu Nr. 1677, 1678.
*** Siehe Nr. 1992.

nutzen, wird durch die italienischen Denkschriften über Harrar und das deutsch-französische Abkommen bestätigt. Es macht den Eindruck, als ob diese Schriften unter der Maske eines großen Interesses für Italien von einer englischen Feder verfaßt und von einer Persönlichkeit in das Italienische übersetzt worden seien, die von den maßgebenden Ereignissen und Tatsachen eine sehr ungenaue Kenntnis gehabt hat. Die beifolgende Denkschrift nebst Anlagen und insbesondere auch die ihr angeschlossene Karte* wird, wie ich annehme, Ew. pp. die Überzeugung beibringen, wie die italienischerseits gegen Deutschland vorgebrachten Beschwerden in der Tat jeder Grundlage entbehren. Es wird sich empfehlen, daß Baron Blanc von dem Inhalt dieser Denkschrift und deren Anlagen unterrichtet wird. Dabei stelle ich es Ew. gefälligem Ermessen anheim, ob Sie eine Abschrift des gesamten Inhalts der Denkschrift ebenfalls à titre confidentiel dem Baron Blanc übermitteln oder den einen und den anderen Satz zuvor streichen wollen. Insbesondere wollen Ew. gefälligst erwägen, ob es Ihnen nach Kenntnis der dortigen Verhältnisse angezeigt erscheint, den Schlußteil der Denkschrift, der über das Abkommen von Harrar handelt, ebenfalls zu übersenden, oder ob Sie es vorziehen, ihn in der Abschrift zu unterdrücken und ihn nur gesprächsweise zu verwerten.

Gleichzeitig aber ersuche ich Ew. pp., bei etwaigen mündlichen Besprechungen mit Wärme zu betonen, wie die Kaiserliche Regierung die berechtigten italienischen Ansprüche am Mittelmeer und in Afrika niemals aus den Augen verliert und selbst vor Opfern nicht zurückschreckt, um sie zu fördern. In Frage steht allein der Zeitpunkt, an welchem es Erfolg verspricht, diese Ansprüche zu unterstützen. Dies wird erst der Fall sein können, wenn das englische Kabinett oder sein Nachfolger zu der Einsicht gekommen ist, daß es ihm unmöglich gestattet sein kann, die Lebensbedingungen der deutschen Besitzungen in Afrika zu vernichten. Die Kaiserliche Regierung wird es mit Dank anerkennen, wenn auch die Königlich italienische Regierung bemüht ist, in diesem Sinne in London zu wirken und Lord Kimberley sowohl wie Lord Rosebery die Überzeugung zu verschaffen, daß Italien nicht gewillt ist, eine gegen Deutschland gerichtete aggressive Politik in Afrika, von welcher Seite sie auch ausgehen möchte, zu unterstützen.

Einer gefälligen laufenden Berichterstattung über die weitere Haltung des dortigen Kabinetts werde ich mit Interesse entgegensehen.

Marschall

* Es handelt sich um die „Denkschrift zum Abkommen vom 15. März 1894", die mit dem Abkommen und einer Karte der neuen Grenzen in einer Extranummer des „Deutschen Kolonialblatts" vom 16. März 1894 veröffentlicht worden ist.

Nr. 1995

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Abschrift

Nr. 113 Rom, den 21. Juni 1894

Ganz vertraulich

Den hohen Erlaß Nr. 325 vom 12. d. Mts.*, betreffend unsere Stellung zur italienischen Kolonialpolitik, habe ich mit ehrerbietigem Dank erhalten und nicht verfehlt, mich nach Maßgabe desselben mündlich, aber unter voller Verwertung des in der Anlage jenes Erlasses enthaltenen reichhaltigen Materials gegenüber Baron Blanc auszusprechen. Ich hob hierbei namentlich die nachstehenden Gesichtspunkte hervor:

1. Wie erhebliche Opfer die Kaiserliche Regierung im Interesse der Stärkung des Dreibundes England und Italien in Afrika gebracht habe. (Sansibar, Uganda, Somaliland, Förderung des Kongostaats.)

2. Wie fern uns die Absicht gelegen hätte, durch das am 4. Februar d. Js. mit Frankreich abgeschlossene Abkommen die italienischen Interessen in Afrika oder am Mittelmeer irgendwie zu schädigen. Insbesondere stehe nichts im Wege, daß die italienische Regierung Veranstaltungen treffe, um Wadai in ihre Interessensphäre einzubeziehen oder sich durch Abkommen mit anderen Staaten zu sichern. Nicht durch das deutsch-französische Abkommen, sondern durch eigene Anstrengungen und vor allem durch die fehlerhafte englische Kolonialpolitik, speziell am Niger, wären Frankreich die Wege nach dem Shari, Baghirmi und Tschadsee geebnet worden. Wenn das von italienischer Seite als tripolitanisches Hinterland bezeichnete Gebiet wirklich vom Tschadsee und von Sokoto und Bornu abgeschnitten worden sei, so liege die Schuld an England, welches durch sein Abkommen mit Frankreich vom 5. August 1890 die drei wichtigsten der in der italienischen Denkschrift erwähnten Karawanenstraßen der französischen Einflußsphäre überlassen habe. Die vierte Handelsstraße stehe noch heute der Macht offen, die Lust habe, von Tripolitanien aus mit Wadai Handel zu treiben.

3. Was Harrar angehe, so könne die Kaiserliche Regierung, solange die feindselige Haltung des Londoner Kabinetts andauere, keine Ansprüche unterstützen, bei denen England beteiligt sei, und aus deren Unterstützung dieses Land einen Vorteil ziehen würde.

---

* Siehe Nr. 1994.

Der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten nahm meine Mitteilungen mit lebhaftem Interesse entgegen und bat mich, Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für diese Aufklärungen zu übermitteln, welche von hohem Werte für ihn wären. Er wolle an der Hand unserer Mitteilungen die Sachlage dem Ministerpräsidenten, den übrigen Ministern und nötigenfalls auch vor dem Parlamente darlegen. Im einzelnen gab der Minister besonders willig zu, einerseits, daß wir in Afrika den Ausbreitungsbestrebungen Italiens wie Englands bedeutende Zugeständnisse gemacht hätten, andererseits, daß das englisch-französische Abkommen vom 5. August 1890 die italienischen Aspirationen mehr geschädigt habe als unser späteres Abkommen mit Frankreich. Was ich ihm über Wadai sagte, erfreute Baron Blanc sichtlich. Es ist charakteristisch für die italienische Kolonialpolitik, deren Augen in der Tat größer sind als ihr Magen, daß der Minister des Äußern sich sogleich in den Gedanken vertiefte, wie in späteren Zeiten in Wadai die grün-weiß-rote Flagge wehen werde. Auch der Umstand, daß die Handelsstraße Benghasi—Kufra—Wadai kühnen italienischen Reisenden noch offen steht, beruhigte Herrn von Blanc. Schließlich sagte mir der Minister des Äußern, er sehe ein, daß die italienischen Ansprüche auf Wadai wie auf Harrar vorläufig ruhen müßten. Im Vertrauen auf das Wohlwollen der Kaiserlichen Regierung für die hiesigen Kolonialbestrebungen wolle er es derselben überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, an welchem sie diese Aspirationen unterstützen könne und wolle.

Es ist richtig, daß Baron Blanc sich in seiner Kolonialpolitik bis vor kurzem ganz im englischen Fahrwasser bewegte. Es war dies namentlich darauf zurückzuführen, daß der Minister des Äußern mit jenen Traditionen anderer italienischer Diplomaten brechen wollte, welche in Afrika wie in Europa zwischen England, Frankreich und Deutschland zu lavieren wünschen. Es läßt sich grosso modo sagen, daß in Italien hinsichtlich der Orientierung der auswärtigen Politik drei Anschauungen bestehen:

1. Wenige Diplomaten, eine Anzahl Deputierter von der äußersten Linken und der äußersten Rechten, aber breite Massen der Bevölkerung, namentlich in Norditalien, Rote wie Schwarze, möchten sich à tout prix mit Frankreich verständigen, wohin so lange die italienische Magnetnadel wies, und dessen Bevölkerung der italienischen in Sprache, Kultur, Gewohnheiten und Fehlern doch ziemlich nahe steht.

2. Viele Politiker und nach meinen Wahrnehmungen wohl die Mehrheit der italienischen Diplomaten neigen im Grunde ihres Herzens zu der alten piemontesischen Schaukelpolitik, welche es mit niemandem ganz verdarb und sich stets ein Loch offen ließ. In einem gestern eingegangenen Berichte des italienischen Botschafters in London, von welchem ich heute im engsten Vertrauen Kenntnis nehmen konnte, stellt Graf Tornielli den Satz auf, daß Italien mit England nur

gehen müsse, wenn und soweit dieses mit Frankreich gehe, und mit Deutschland nur, wenn und soweit dieses mit Rußland einig sei.

3. Eine Gruppe hiesiger Staatsmänner, welche der gegenwärtigen Regierung ihr Gepräge aufdrückt, in manchen Zeitläuften fast das ganze Land hinter sich hatte, dann aber wieder der Übertreibung und Einseitigkeit beschuldigt wurde, will eine klare dreibundfreundliche und anglophile Politik sans phrase. Für diese Politik hat seinerzeit Herr Crispi die jetzt von Baron Blanc mit Vorliebe wiederholte Formel gefunden: Auf dem Kontinent mit Deutschland, im Mittelmeer mit England.

Es liegt im Wesen des gleichzeitig doktrinär und leidenschaftlich angelegten Baron Blanc, jede Richtung zu übertreiben. Deshalb wurde derselbe in seiner Kolonialpolitik so sehr von dem Gedanken beherrscht, sich England in Afrika zu verpflichten, um dasselbe dadurch an Italien zu fesseln und in Gegensatz zu Frankreich zu bringen. Bei der Entsendung des Majors San Miniatelli nach Kairo wie bei der Einleitung der Londoner Verhandlungen, welche zu dem englisch-italienischen Protokoll vom 5. Mai führten, sagte mir der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten geradezu, sein Zweck sei ausschließlich, de nouer l'Angleterre de telle façon à l'Italie que la France ne pourrait plus les séparer.

Mit Hülfe namentlich der in dem Harrarerlaß vom 15. Juni enthaltenen scharfsinnigen Argumente — Zusammenhalten des Dreibundes selbst gegen England, damit nicht Frankreich in der Meinung, der Dreibund sei gelockert, noch rücksichtsloser im Mittelmeer gegen Italien auftrete — hoffe ich Baron Blanc davon überzeugt zu haben, daß es bis auf weiteres nicht im Interesse Italiens liegt, aus übertriebener Prinzipienreiterei zu allen englischen Übergriffen Ja und Amen zu sagen, oder gar sich von England gegen uns ausspielen zu lassen. Schwieriger war es für mich wie für Baron Blanc, Herrn Crispi von Rückfällen in die alte Gewohnheit abzuhalten, in allen Mittelmeer- und Afrikafragen zunächst nach London zu blicken. Wie lange dies gelingt, dürfte namentlich davon abhängen, ob in Marokko und Tripolitanien die Verhältnisse sich nicht allzusehr zuspitzen und französische Ansprüche auf jene Länder nicht zu deutlich hervortreten.

Erwähnen möchte ich noch, daß mir Herr von Blanc vor einigen Tagen schrieb: „Je n'accepterai aucun arrangement même favorable avec la France sur les confins d'influence vers le Harrar, mais j'aimerais à savoir confidentiellement par d'autres quelles vues les Français ont par là." Unmittelbar nachher sagte mir jedoch der Minister des Äußern, daß er zunächst in der Harrarfrage gar nichts unternehmen und ich deshalb jene Anfrage als non avenu betrachten möchte.

(gez.) v. Bülow

Nr. 1996

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 Rom, den 21. Juli 1894

Die Einnahme von Kassala* erscheint König Humbert im Lichte der schneidigen Waffentat, welche für die Bravheit seiner Armee Zeugnis ablege. Seine Majestät sagte mir, daß er die strategische Stellung des Generals Baratieri in Kassala für eine gesicherte halte. Der General verfüge über ausreichende Streitkräfte; auch wären die Derwische entmutigt und unter sich gespalten. Der König fügte jedoch hinzu, daß General Baratieri nicht über Kassala hinausgehen solle.

Die sichtliche Befriedigung Seiner Majestät über den Erfolg von Kassala wird von seiner Umgebung geteilt, die mir denselben als ersten Sonnenstrahl nach trüben Tagen bezeichnete. Unter meinen parlamentarischen Bekannten überwiegt bei aller patriotisch-militärischen Befriedigung der Gedanke, daß das Vorgehen bis Kassala die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Italiens übersteige, die Finanzlage noch mehr verschlechtere und selbst zu diplomatischen Verwickelungen führen könne.

Was das weitere Schicksal von Kassala angeht, so möchte Herr Crispi dasselbe mit der erythräischen Kolonie vereinigen. Als er mir die Einzelheiten des Zuges nach Kassala erzählte, ließ der Ministerpräsident einige spöttisch gereizte Bemerkungen über die Engländer fallen, welche sich zu keiner Aktion im Sudan aufraffen könnten. Herr Crispi ist neuerdings weniger gut auf England zu sprechen, Baron Blanc vertritt nach wie vor die Ansicht, daß Italien im Sudan nur als „puissance occupante" und zwar „co-occupante avec l'Angleterre" auftreten dürfe. „La prise de Kassala," äußerte der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, „serait de peu d'importance politique, si ce n'était qu'un territoire annexé à la colonie erythréenne. Le grand avantage pour l'Italie est de devenir co-occupante de territoires égyptiens avec les Anglais, en sorte qu'une dislocation de troupes entre Kassala, Wadi Halfa et le Caire est une affaire entre les Etats-majors des deux pays. Ce serait une base d'alliance anglo-italienne et de garantie commune de la Méditerranée."

Ich habe auch bei diesem Anlaß allen maßgebenden Faktoren in der Behandlung afrikanischer Fragen Vorsicht und Ruhe anempfohlen.

Bülow

---

* Kassala, der Hauptstützpunkt der Derwische, war am 17. Juli durch General Baratieri ohne englische Mitwirkung eingenommen worden.

Nr. 1997

Der Geschäftsträger in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 481 London, den 25. Juli 1894

Bei meiner heutigen Unterredung mit Lord Kimberley bemerkte der Minister aus eigenem Antriebe, die Besetzung Kassalas durch die Italiener sei ein erfreuliches Ereignis, wodurch der ohnedies schon schwindenden Macht des Mahdi ein neuer Stoß versetzt worden sei. Obwohl in früheren Abmachungen Italien die Verpflichtung eingegangen sei, Kassala nicht dauernd zu besetzen*, so würde er doch jetzt nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Besetzung dauernd bliebe. Es herrsche mit der italienischen Regierung das beste Einvernehmen wie überhaupt, so auch über diesen Punkt[1].

Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr gut
Nun sollte England gegen Chartum losgehen

Nr. 1998

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 1 Berlin, den 3. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 2**.

Daß Frankreich in Abessinien etwas Unvorsichtiges, d. h. Nachweisbares begangen haben sollte, glaube ich nicht, hoffe aber zunächst, daß General Baratieri seine militärische Leistungsfähigkeit so richtig wie bisher taxiert. Je unklarer die Lage an den Grenzen des Sudan ist, desto notwendiger ist die fortgesetzte Fühlung zwischen England und Italien. In diesem Sinne werde ich auch in London einzuwirken suchen. Gleichzeitig wollen Ew. den Baron Blanc vertraulich aufmerksam machen, daß der neue „Times"-Korrespondent in Kairo Mr. Chirol, früherer Diplomat, eine hervorragende Persönlichkeit ist. Derselbe war die letzten Jahre hier und sprach beim Abschied

---

* Vgl. Nr. 1983 nebst Fußnote.

** Durch Telegramm Nr. 2 vom 2. Januar hatte Botschafter von Bülow gemeldet, Minister Blanc besorge eine mit französischer Hilfe vorbereitete abessinische Offensive gegen Erythräa.

die feste Absicht aus, die englisch-italienische Intimität nach Kräften zu fördern. Sein Einfluß in London ist stark genug, um eventuell im konkreten Fall den von Lord Cromer zu neutralisieren. Dies kann unter Umständen wichtig werden, da der Lord, bei dem die Finanzinteressen Ägyptens allen anderen vorangehen, jeder militärpolitischen Tätigkeit im Prinzip feindlich ist.

Der italienische Vertreter in Ägypten wird gut tun, sich mit Mr. Chirol, auf dessen Takt und Diskretion man sicher bauen kann, auf den Fuß gegenseitigen Vertrauens zu setzen.

C. Hohenlohe

Nr. 1999

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Rom, den 3. Januar 1895

Baron Blanc schreibt mir heute, Donnerstag morgens: „Cher ami, Baratieri est en présence de la menace persistante d'une invasion abessinienne, préparée comme nous le savons depuis plusieurs mois à Obock et à Djibuti, où on attend maintenant le renfort de la mission russe*, et où l'alliance franco-russe semble avoir trouvé un terrain d'action faute de mieux.

Il est possible qu'en dépit des solidarités italo-anglaises affirmées le 5 mai pour le Harrar et depuis pour le Soudan**, les intelligences de l'Angleterre avec Russie et France, manifestées dans l'enquête arménienne***, s'étendent de la Mer Noire à la Mer Rouge. En tout cas les invitations officieuses de Paris à sortir de la Triple Alliance semblent appuyées de propos délibéré par une grave menace contre l'Erythrée. A vous. Blanc."

Bülow

---

* Es handelt sich um eine russische „wissenschaftliche Expedition" zur Erforschung Abessiniens, die unter Führung Nicolai Leontiews stand und unter französischer Bedeckung von der französischen Kolonie Obock aus im Januar 1895 vordrang. Italienischerseits sah man, wie der italienische Generalkonsul in Kairo Pansa seinem deutschen Kollegen Freiherrn von Heyking laut dessen Bericht vom 21. Januar erzählte, in dieser „französisch-russischen Expedition" eine Fortsetzung der Intrigen, durch die neuerdings die Abessinier zu einer feindlichen Haltung gegen den General Baratieri getrieben worden seien. Auch gegen England erhob Pansa insofern heftige Klagen, als dieses den Franzosen gestatte, sich von Obock aus im Süden Abessiniens und speziell in dem doch der italienischen Interessensphäre vorbehaltenen Harrar auszubreiten.

** Vgl. Nr. 1991, Fußnote **.

*** Vgl. Bd. IX, Kap. LVI.

Nr. 2000

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 2 Berlin, den 3. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 5*.

Die durch Verwandtschaft unterstützte Annäherung Englands an Rußland ** wird nicht zur Konsolidierung russisch-französischer Beziehungen beitragen, denn es gibt nicht viele Fragen, über welche Rußland, Frankreich und England sich verständigen können. Abkühlungen werden nicht ausbleiben. In Erwartung dieser und eines demnächstigen englischen Kabinettswechsels entspricht es aber den Regeln einer gesunden Politik, daß die anderen Mächte sich ruhig verhalten.

Wenn Baron Blanc den jetzigen Moment für geeignet zu einer Ausdehnung der italienischen Operationsbasis in Erythräa erachtet haben sollte, so kann sich die Regierung Seiner Majestät des Kaisers dieser Ansicht leider nicht anschließen.

Marschall

Nr. 2001

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Rom, den 4. Januar 1895

Unter Bezugnahme auf hohe Telegramme Nr. 1*** und Nr. 2† vom 3. d. Mts.

Als ich mich gegenüber Baron Blanc freundschaftlich, aber eindringlich im Sinne des Schlußpassus des Telegramms Nr. 2 ausließ, erwiderte der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, daß General Baratieri angewiesen worden sei, sich jeder Aktion zu enthalten und auf eine vorsichtige Defensive zu beschränken.

Baron Blanc begreift, daß angesichts der unklaren Lage an den Grenzen des Sudans fortgesetzte Fühlung mit England für ihn doppelt geboten ist. Er hat in einem an meinen englischen Kollegen ge-

* Siehe Nr. 1999.
** Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LV, C.
*** Siehe Nr. 1998.
† Siehe Nr. 2000.

richteten Brief* mit Nachdruck die Aufmerksamkeit des Kabinetts von St. James auf die schwierige Lage gelenkt, in welche die italienische Regierung durch die prinzipielle Feindschaft Frankreichs wie durch die gerade jetzt inszenierte russische Expedition nach Abessinien und das Vorgehen der Abessinier versetzt werde.

Als ich Baron Blanc auseinandersetzte, wie unwahrscheinlich eine englisch-russisch-französische Verständigung sei, meinte derselbe: „Je ne crains pas seulement des intelligences entre Londres, St. Pétersbourg et Paris, mais surtout la faiblesse continuelle des Anglais qui encourage les Français."

Meine Mitteilung über Mr. Chirol nahm Baron Blanc mit besonderem Dank entgegen; er will den italienischen Vertreter in Ägypten anweisen, sich mit Chirol auf den Fuß gegenseitigen Vertrauens zu setzen.

Bülow

Nr. 2002

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 3 Rom, den 4. Januar 1895

Baron Blanc ließ mich mit der Bitte um absolute Diskretion Einsicht in das nachstehende Schreiben nehmen, welches er heute an meinen englischen Kollegen Sir Clare Ford gerichtet hat: „Cher Ambassadeur, ce n'est pas seulement l'Espagne qui ne croit pas à l'entente italo-anglaise et qui juge avoir de bonne raison pour prévoir la continuation des transactions anglo-françaises dans toute l'Afrique; c'est aussi Ménélik. Ce personnage a pris très au sérieux les paquets de journaux de Paris annonçant notre marche sur Kartoum, que lui apporteraient des agents français chargés de lui faire entendre que l'Angleterre ne serait pas fâchée de nous voir arrêtés en chemin; Ménélik s'est même chargé sur les instigations des mêmes agents qui lui fournissaient par Djibuti thalers**, munition et armes, de nous faire attaquer par les chefs du Tigré au moment où nous serions attaqués par les derviches. On nous rapporte que c'est avec l'entière conviction de ne pas vous être désagréable en cela que récemment il a fait écrire directement à Londres. Il vous voit enfermés et inactifs à Zeila, qui ne communique plus guère avec l'intérieur; le port abyssin est devenu Djibuti d'où les caravanes pour le Choa, quand d'aventures elles sont dévalisées, sont indemnisées à deniers comptants

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** In Abessinien herrschte die Talerwährung.

par la France. Le couronnement de l'édifice franco-abyssin est la mission russe qui sera escortée avec sécurité pas les soins des Français de Djibuti à l'Harrar, où elle détruira par le fait notre déclaration du cinq mai, dont le secret est exploité par la France. L'alliance franco-russe, un peu chimère en Europe, a donc enfin trouvé un terrain d'action sur les bords du golfe d'Aden contre vous et contre nous; la protection italienne sur l'Abyssinie, dont la France et la Russie elles-mêmes avaient pris acte, va être démentie avec éclat, au moment où les organes officieux du Quay d'Orsay mettent le Roi en cause, ‚Le Temps', sommant de changer de ministère et ‚Les Débats' lui intimant de se retirer de la Triple-alliance. Voilà cher Ambassadeur la situation au moment où je vous écris."

Der Minister des Äußern befindet sich, wie ich streng vertraulich hinzufüge, infolge der allerdings schwierigen inneren und äußeren Lage zurzeit in noch erregterer Stimmung, wie sie sein Temperament ohnehin mit sich bringt. Er fürchtet, daß Mißerfolge in Erythräa das in so kritischer Lage befindliche Kabinett zu Fall bringen könnten. Er glaubt an eine kombinierte französisch-russische Aktion in Nordostafrika, um durch Bedrohung der dortigen italienischen Position einen Druck auf König Humbert im Sinne der Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums auszuüben, welches die Dreibundspolitik repräsentiere.

Über die Haltung des Londoner Kabinetts erging sich Baron Blanc während der letzten Tage in noch lebhafteren Klagen wie früher. Wenn die englische Regierung Italien nicht tatsächlichere und wirksamere Beweise ihrer Freundschaft gewähre, werde der Fortbestand des gegenwärtigen italienischen Ministeriums wie die Fortführung der bisherigen italienischen auswärtigen Politik ernstlich in Frage gestellt werden. Der Minister ließ hierbei einfließen, daß, wenn England wirklich dem Ministerium Crispi-Blanc gegenüber den französischen Angriffen und Umtrieben den Rücken stärken wolle, es sich einerseits offen zum Harrarvertrage bekennen, andererseits in Zeila (am Golf von Aden*) eine gemischte englisch-italienische Besatzung zulassen müsse.

Ich habe mich bemüht, kalmierend auf Baron Blanc einzuwirken. Nach Maßgabe der mir erteilten Weisungen und an der Hand des mir zur Disposition gestellten Berichtmaterials suchte ich den Minister insbesondere davon zu überzeugen, daß er angesichts der europäischen Gesamtsituation sich vor allem einer ruhigen und besonnenen Politik befleißigen müsse.

von Bülow

---

* Zeila erschloß vom Meere aus den Zugang zu Harrar; ohne Zeila blieb mithin das Harrarabkommen vom 5. Mai 1894 mehr oder weniger illusorisch.

Nr. 2003

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 16 Berlin, den 8. Januar 1895

Ew. haben neuerdings die Ansichten des Baron Blanc über englisch-abessinische Politik mitgeteilt*.

In der Auffassung, daß das englische Kabinett mehr tun könnte, als es tut, steht der italienische Minister nicht allein. Zweifellos würde eine weniger schwache Regierung als die von Lord Rosebery sich hinsichtlich des Harrarabkommens anders benehmen. Schwerlich wird aber Baron Blanc den Engländern das Zusammengehen mit Italien sympathischer machen, wenn er auf Zeila das Rezept der gemischten englisch-italienischen Besatzung, d. h. tatsächlich der geteilten Herrschaft anzuwenden vorschlägt.

Marschall

Nr. 2004

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 London, den 12. Januar 1895

Ich habe gerade eine längere vertrauliche Unterredung mit Lord Kimberley gehabt, in welcher auch die Beziehungen Englands zu Italien zur Sprache kamen, die der Minister als durchaus kordiale bezeichnete. Als ich andeutete, daß die Italiener wohl mehr Unterstützung ihrer Interessen in Nordafrika durch das befreundete England erwartet hätten, ging der Minister auf Erörterung dieser Frage bereitwillig ein, indem er offen aussprach, daß England nach seiner Überzeugung Italien zur Seite stehen werde, wenn der Fall eintreten sollte, daß die vitalen Interessen desselben im Mittelmeer, bei welchen England beteiligt sei, ernstlich bedroht würden. Hieran könne sich Italien genügen lassen und dürfe nicht erwarten, daß England sich inzwischen an einem aggressiven Vorgehen Italiens in Afrika, etwa gegen Sudan, beteilige und dadurch in Konflikte mit anderen Mächten verwickeln lasse. Als ich dazu bemerkte, daß die Italiener vielleicht keine Unterstützung bei aggressivem Vorgehen, wohl aber Beistand gegen Angriffe anderer, z. B. Abessiniens erwartet hätten, blieb der Minister stumm und ließ dadurch, wohl absichtlich erkennen, daß England auch in diesem Falle Italien keine Hülfe leisten könne. pp.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 2002.

Nr. 2005

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 14 — Rom, den 13. Januar 1895

Vertraulich

Baron Blanc ließ mich heute vertraulich Einblick in das nachstehende Telegramm nehmen, welches er gestern an den italienischen Geschäftsträger in London gerichtet hat, um seine Stellung gegenüber den jüngsten Vorgängen in Nordostafrika* zu präzisieren:

„Vertraulich! Ich habe Sir Clare Ford, welcher mich frug, was er Lord Kimberley hinsichtlich unserer Lage in Afrika suggerieren solle, geantwortet, daß wir uns gegenüber den Derwischen und Abessiniern unter Hinnahme des von Djibuti und Obock aus genährten Kriegszustandes auf die Defensive beschränken würden. Es würde bedenklich (grave) sein, die französische Küste zu blockieren oder eine Expedition nach Harrar zu unternehmen, während Frankreich, welches Rußland nicht gegen Deutschland oder England zu engagieren vermag, versucht, dasselbe gegen uns zu engagieren. Wir verlangen nicht von England, daß es direkt eingreift, und wir sind bereit, die vereinten Anstrengungen der Abessinier und Derwische allein auszuhalten. Da aber die Abessinier glauben, den englischen Interessen zu dienen, wenn sie unsere Stellung gegenüber dem Sudan durch ihre Feindseligkeiten schwächen, so würde das einzige Mittel, sie vom Gegenteil zu überzeugen, darin bestehen, daß sie uns an der Seite der Engländer in Zeila, dem Hafen von Harrar und Schoa, sähen. Ich sagte Sir Clare Ford, daß wir frühere bezügliche Anträge wegen Abtretung von Zeila nicht erneuern wollten und es England überließen zu entscheiden, in welcher Weise dasselbe zeigen könnte, daß es unser Protektorat über Äthiopien tatsächlich (sul serio) anerkenne."

Ich benutzte diesen Anlaß, um in Anknüpfung an manche ähnliche Unterredungen dem Minister des Äußern zu sagen, wie notwendig es mir im Hinblick auf die europäische Gesamtsituation wie die innere Lage Italiens erscheine, daß er sich jetzt einer besonders stetigen und besonnenen Politik befleißige. Ich deutete hierbei an, daß das an und für sich so wünschenswerte Zusammengehen mit Italien den Engländern nicht sympathischer gemacht werden würde, wenn Italien auf Zeila das Rezept der gemischten italienisch-englischen Besatzung, das heißt tatsächlich der geteilten Herrschaft anzuwenden vorschlüge. An der Hand des mir zur Verfügung gestellten reichhaltigen Materials wies ich wiederum darauf hin, daß es darauf ankomme, sich nicht durch jedes oft nur scheinbare oder bloß ephemere Symptom

---

* Vgl. Nr. 1999, Fußnote.

einer Verschiebung der Beziehungen zwischen den Großmächten deroutieren zu lassen, sondern stille zu sitzen und abzuwarten. Ich riet auch, sich die Bedeutung der nach Abessinien entsandten russischen wissenschaftlichen Expedition — welche Baron Blanc in hohem Grade erregt — nicht zu übertreiben. Es würde ebenso unrichtig sein, ließ ich in vorsichtiger Weise durchblicken, Rußland übertriebene Avancen zu machen, wie diesem wesentlich mit inneren Problemen beschäftigten Reiche ausschweifende Pläne zuzutrauen. Ich gab endlich dem Minister auf Grund der Aufzeichnung des Legationsrats Graf Metternich* ein Bild von den Grundzügen unserer auswärtigen Politik und empfahl ihm, sich diese weisen Direktiven auch seinerseits zur Richtschnur zu nehmen, da er bessere nicht finden könne.

Baron Blanc nahm meine Auseinandersetzungen ohne Empfindlichkeit und mit Interesse entgegen. Mit der Richtung unserer auswärtigen Politik, äußerte der Minister, sei er ganz einverstanden. Eine so verständige Politik sei ein Lichtblick in der gegenwärtig dunklen Lage. Auf meine Bemerkung über Zeila entgegnete der Minister, daß der Gedanke einer gemischten englisch-italienischen Besatzung für ihn nur ein Pis-aller sei. Er wünschte die Abtretung dieses Hafens an Italien. Als ich ihm riet, in dieser Beziehung besser nicht zu insistieren, meinte der Minister, es müsse irgendetwas geschehen, um den Franzosen zu zeigen, daß die Engländer am Roten Meer sich mit Italien solidarisch fühlten. Aus diesem Grunde dringe er auch auf die Publizierung des Harrarvertrages. Die Engländer müßten genötigt werden, gegenüber Frankreich Farbe zu bekennen. Die in dem Telegramm an Graf Lanza gebrauchte wenig glückliche Wendung von einem deutsch-französischen Akkord bezieht sich auf das Afrikaabkommen vom vergangenen Februar; die Phrase von der entente de la France avec l'Angleterre et la Russie auf das gemeinsame Vorgehen jener drei Mächte in Armenien**. Über die russische Mission nach Abessinien äußerte Baron Blanc, daß er dieselbe möglichst lange ignorieren wolle. Schließlich meinte der Minister des Äußern: „Glauben Sie nicht, daß ich unbescheiden bin in meinen Ansprüchen an Deutschland. Ich erkenne mit Dankbarkeit die Dienste an, welche die Kaiserliche Regierung dem Ministerium Crispi — oder vielmehr Italien und dem Hause Savoyen — erwiesen hat. Die Kaiserliche Regierung hat uns durch ihre Haltung die Möglichkeit gegeben, die Revolution zu besiegen und dem Bankerott zu entgehen. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß nicht nur die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland intimere sind, als sie je waren, sondern daß auch für die Zukunft die Möglichkeit eines Abschwenkens Italiens von Deutschland verringert worden ist. Aber ich muß hinzufügen, daß, wenn England

---

* Siehe Bd. IX, Kap. LV, C, Nr. 2172.

** Vgl. Bd. IX, Kap. LVI.

nicht Italien gegen die französischen Umtriebe und Angriffe nachdrücklicher als bisher in Schutz nimmt, wir unsere Mittelmeerpolitik und Großmachtstellung schwerlich werden aufrechterhalten können."

Ich kann Baron Blanc darin nicht widersprechen, daß von französischer Seite in der Tat nichts unterlassen wird, um das Ministerium Crispi zu Fall zu bringen. Selbst mein weder besonders Crispifreundlicher noch franzosenfeindlicher österreichisch-ungarischer Kollege Baron Bruck sagte mir schon vor acht Tagen, es werde von französischer Seite „mit Hochdruck" gegen die jetzige italienische Regierung gearbeitet. Aus Mailand höre ich dasselbe. Andererseits aber konnte ich dem italienischen Minister des Äußern auch nicht verhehlen, daß grade mit Rücksicht auf die französische Gegnerschaft er sich speziell in Afrika keine Blößen geben dürfe.

Wenn Baron Blanc immer wieder Seitensprünge macht, so liegt die Schuld nicht an uns, die wir alles getan haben, um ihn auf der richtigen Bahn zu erhalten. Der Sturz des Ministers des Äußern ist trotz seines unsteten, leidenschaftlichen und oft höchst unbequemen Charakters meines unmaßgeblichen Erachtens noch nicht wünschenswert einerseits, weil derselbe den Fall der Gesamtregierung nach sich ziehen könnte, andererseits, weil schwerlich ein so ausgesprochen deutschfreundlicher Nachfolger an seine Stelle treten würde[1]. Ich werde es mir aber auch ferner in jeder Weise angelegen sein lassen, auf die Betätigung der zahlreichen Schwächen des Baron Blanc so weit mildernd einzuwirken, wie dies bei dem Naturell des derzeitigen italienischen Ministers des Äußern möglich ist[2].

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] sehr gut

Nr. 2006

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 10 Berlin, den 21. Januar 1895

Der Kaiserliche Botschafter in Rom meldete soeben:

„Baron Blanc ließ mich Einsicht in einen (abschritlich auch an Graf Lanza mitgeteilten) Erlaß nehmen, den er unterm 16. d. Mts. an den italienischen Geschäftsträger in London gerichtet hat, und in welchem eine Unterredung wiedergegeben wird, die der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten am genannten Tage mit meinem englischen Kollegen Sir C. Ford über die Gründe gehabt hatte, die es

ihm notwendig erscheinen lassen, daß England die italienisch-englische Solidarität im Roten Meer durch irgendeinen Akt öffentlich dokumentiere*. Der italienische Geschäftsträger ist angewiesen worden, auch seinerseits den fraglichen Gegenstand in London zur Sprache zu bringen.

Baron Blanc ließ vertraulich durchblicken, daß die italienische Regierung es besonders dankbar erkennen würde, wenn die Demarche des italienischen Geschäftsträgers, welche am 22. d. Mts. erfolgen soll, die wohlwollende Unterstützung der Kaiserlichen Botschaft in London finde."

Ew. Ermessen stelle ich anheim, ob und wo Sie nach der im Telegramm Nr. 2 berichteten Unterredung** noch eine weitere diesseitige Einwirkung angezeigt halten.

Es wäre allerdings sehr wünschenswert, daß die englische Regierung das italienische Ansuchen nicht kurzerhand zurückwiese. Halten Ew. es für aussichtslos, die Veröffentlichung des italienisch-englischen Harrarabkommens zu erreichen? Von hier läßt sich die Frage nicht entscheiden.

Marschall

Nr. 2007

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 London, den 22. Januar 1895

Telegramm Nr. 10*** erhalten.

In ganz vertraulicher Unterhaltung gestern mit Lord Kimberley kamen auch die Beziehungen Englands zu Italien wieder zur Sprache. Er betonte nachdrücklich, daß dieselben vorzüglich seien und England den Wert der italienischen Freundschaft wie auch der Erhaltung des Herrn Crispi durchaus zu würdigen wisse. In Afrika ständen die Dinge jetzt gut für Italien, und es bestehe kein Grund zu Besorgnissen in Rom, auch nicht wegen der bekannten, angeblich wissenschaftlichen Expedition Rußlands nach Abessinien. Alles dies verhindere aber leider nicht fortgesetzte Unruhe in Rom und Anwandlungen von Mißtrauen gegen die englische Regierung, obwohl letztere ihr möglichstes für Italien tue.

Der Minister kam damit auf das Harrarabkommen, welches man hier lediglich Italien zu Gefallen und ohne spezielles eigenes Interesse geschlossen habe, ohne sich durch das zu erwartende Mißvergnügen

* Vgl. Nr. 2005.
** Vgl. Nr. 2004.
*** Siehe Nr. 2006.

Frankreichs abhalten zu lassen. Jetzt klage Italien, daß Waffen und Munition durch französische Territorien dort zu seinem Nachteil eingeschmuggelt würden, was England, welches seinerseits den fraglichen Schmuggel bei sich verhindere, nicht zu ändern vermöge.

Aus den weiteren Äußerungen des Ministers hatte ich den Eindruck, ohne dessen jedoch schon ganz sicher zu sein, daß man hier auf Veröffentlichung des Harrarabkommens eingehen wird, dessen Inhalt, wie Lord Kimberley bemerkte, der französischen Regierung bereits mitgeteilt ist.

Voraussichtlich werde ich heute oder morgen den Premierminister sehen und dann weiter berichten.

Der italienische Geschäftsträger hat meine Unterstützung bisher nicht nachgesucht.

Lord Kimberley glaubt nicht, daß Frankreich jetzt gegen Tuat* vorgehen wird.

Hatzfeldt

Nr. 2008

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 60 Berlin, den 24. Januar 1895

Graf Hatzfeldt telegraphierte gestern abend:

„Ich habe Lord Rosebery, welcher auf Besprechung bereitwillig einging, im allgemeinen sehr geneigt gefunden, etwas zu tun, um das jetzige italienische Kabinett zu stützen und sich die italienische Freundschaft zu erhalten. Er hat aber die letzten Berichte aus Rom nicht richtig verstanden, oder Sir Clare Ford hat die Äußerungen des italienischen Ministers nicht richtig wiedergegeben, denn Lord Rosebery nahm danach an, daß Italien eine Kooperation ägyptischer Truppen verlange, welche eine Diversion gegen die Derwische machen sollten, was er als schwierig bezeichnete mit Rücksicht auf die ägyptische Regierung, die dabei nicht umgangen werden könnte. Ich habe erwidert, daß die italienische Regierung sich nach meinem Eindruck wahrscheinlich mit irgendeiner Abmachung begnügen würde, durch welche die Gemeinschaftlichkeit der Interessen dokumentiert würde, z. B. Durchlaß italienischer Truppen nach Harrar.

Der italienische Geschäftsträger, welcher Erlaß vom 16. d. Mts. nunmehr erhalten hat, will heute mit Lord Kimberley sprechen und ihm ganz vertrauliches aide-mémoire übergeben."

Betreffs Zeila war dem Kaiserlichen Botschafter von hier aus

* Vgl. Kap. LIII, C.

kein Kommentar mitgeteilt worden. Er scheint dieselbe in richtiger Erkenntnis der Bedenken gar nicht oder nur leicht berührt zu haben. Aus der Gesamtheit seiner letzten Mitteilungen ergibt sich aber, daß bei dem englischen Kabinett der Wunsch, der italienischen Regierung entgegenzukommen, jetzt wirklich vorhanden ist, vielleicht mit infolge unsrer Vorstellungen.

Soweit es sich um englisches Vorgehen gegen die Derwische handelt, verweise ich nochmals auf Mr. Chirol, welcher, wenigstens solange er hier war, sich entschieden für eine aktive Sudanpolitik im Einvernehmen mit Italien aussprach. Er darf aber auch nicht durch allzugroße Eindringlichkeit erschreckt werden.

Marschall

Nr. 2009

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 London, den 25. Januar 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 13*.

Infolge seiner Meldung über Unterredung mit Lord Kimberley und die Bedenken des letzteren bezüglich Frankreichs ist der italienische Geschäftsträger telegraphisch angewiesen worden, weder Durchzugsrecht durch Zeila noch überhaupt militärische Aktion gegen Harrar zu erwähnen. Er soll nur entweder Abtretung von Zeila auf Grund eines Austausches oder Überlassung dieses Hafenplatzes auf Zeit (lease) oder aber gemeinschaftliche Besetzung desselben verlangen.

Aus mündlichen Äußerungen des Geschäftsträgers schließe ich, daß Italien für wirkliche Abtretung eine Entschädigung an der Nordküste des Golfs von Aden in der Richtung nach dem Kap Guardafui östlich von der letzten englisch-italienischen Abgrenzung bieten würde.

Wenn ich nicht andere Weisung erhalte und sich nicht etwa inzwischen von selbst eine besonders günstige Gelegenheit zur Einwirkung bietet, beabsichtige ich, zunächst Ergebnis der ersten sachlichen Erörterung zwischen dem italienischen Geschäftsträger und Lord Kimberley, für welche bis jetzt kein Tag angesetzt ist, abzuwarten.

Hatzfeldt

---

* Nach Telegramm Nr. 13 vom 24. Januar hätte Lord Kimberley dem italienischen Geschäftsträger am 24. bei Überreichung des italienischen Aide-Memoirs zu verstehen gegeben, daß England Wert darauf legen müsse, nicht durch ein Eingehen auf italienische Wünsche in eine neue Differenz mit Frankreich verwickelt zu werden.

Nr. 2010

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 52 London, den 28. Januar 1895
Geheim

Nachdem der italienische Geschäftsträger vor einigen Tagen aus Rom die Weisung erhalten hatte, jede Forderung hier fallen zu lassen, die, wie das Recht des Durchzugs durch Zeila, auf militärische Absichten Italiens schließen lassen könnte, hat derselbe, wie er mir eben mitteilt, einen entsprechenden Privatbrief an Lord Kimberley gerichtet und von letzterem in gleicher Form eine Antwort erhalten, welche sich darauf beschränkt, eine sorgfältige Prüfung der modifizierten italienischen Vorschläge in Aussicht zu stellen.

Vorgestern hatte ich meinerseits Gelegenheit gefunden, die Angelegenheit bei dem Unterstaatssekretär Sir Thomas Sanderson, mit welchem ich eigene Geschäfte zu besprechen hatte, vertraulich zu berühren. Es kam mir darauf an, nicht nur durch ihn die Stimmung Lord Kimberleys in bezug auf die italienischen Wünsche zu erfahren, sondern auch festzustellen, in welchem Sinne Sir Thomas Sanderson in dieser Frage auf seinen Chef einwirkt. In letzterer Hinsicht war das Ergebnis insofern wenig befriedigend, als der Unterstaatssekretär das ganze jetzige Vorgehen der Italiener einer ziemlich herben Kritik unterwarf. Hier sei man schon auf die letzte englisch-italienische Delimitation vom 5. Mai 1894 ganz ohne eigenes Interesse und nur Italien zu Gefallen eingegangen, wohl wissend, daß sie England nur eine neue Verstimmung in Paris eintragen werde, was auch nicht ausgeblieben sei. Kaum habe man nun hier die Franzosen durch alle möglichen Versicherungen wieder einigermaßen beruhigt, so komme Italien mit neuen, noch weitergehenden und, soweit es sich hier beurteilen lasse, im ganzen wenig motivierten Wünschen, deren Erfüllung Frankreich auf das äußerste reizen und diesmal vielleicht ernstere Folgen als eine bloße Verstimmung in Paris hervorrufen würde. An diese vertraulichen Äußerungen knüpfte der Unterstaatssekretär die Bemerkung, daß er es selbstverständlich dem Minister überlassen müsse, ob derselbe es etwa aus höheren politischen Rücksichten für angezeigt halten würde, die an sich wenig motivierten Wünsche der Italiener in Erwägung zu ziehen.

Nachdem ich im Gegensatz zur Auffassung des Unterstaatssekretärs den Standpunkt geltend gemacht und erläutert hatte, daß der Wunsch Italiens, sich gegen weitere Angriffe von seiten Abessiniens möglichst zu sichern, berechtigt erscheine, warf ich schließlich die Bemerkung hin, daß ich mir nicht recht vorstellen könne, wie man hier auf den

Gedanken komme, daß Italien, indem es den angeführten speziellen Zweck durch eine neue Verständigung mit England verfolge, eine Verwicklung mit Frankreich verfolge oder nur daran denke, sich einer solchen bei dieser Gelegenheit auszusetzen. Ich glaubte die Stimmung in Rom genau zu kennen und sei danach fest überzeugt, daß man in Rom eine Verwicklung mit Frankreich gerade ebensowenig wünsche, wie dies hier oder auch bei uns der Fall sei. Ich hatte den Eindruck, daß diese Bemerkung ihren Zweck nicht ganz verfehlt und vielleicht dazu beigetragen hat, die hier durch die italienischen Wünsche hervorgerufenen Besorgnisse abzuschwächen.

Der italienische Geschäftsträger, welchen ich über die Stimmung des Unterstaatssekretärs vertraulich orientierte, beschloß hierauf, denselben heute aufzusuchen, um seinerseits die von ihm geltend gemachten und wahrscheinlich von Lord Kimberley geteilten Bedenken zu widerlegen. Wie er mir vertraulich mitteilt, hat er meine Angaben über die Auffassung Sir Thomas Sandersons vollständig bestätigt gefunden und sich deshalb entschlossen, aus eigener Initiative und mit der Erklärung, daß er in Rom nicht dazu ermächtigt sei, einen Gedanken anzuregen, der, wie er meint, allerdings das Minimum des für Italien Annehmbaren enthielte, dafür aber den großen Vorteil bieten würde, England über militärische Velleitäten gegen Harrar oder gar gegen die dortige französische Kolonie vollständig zu beruhigen, der englischen Regierung auch das Mittel an die Hand geben würde, in Paris den Nachweis zu führen, daß Italien durch das neue Abkommen keineswegs in die Lage kommen würde, von Zeila aus ohne die Zustimmung Englands irgendeine militärische Operation zu unternehmen.

Das Nähere in bezug auf diese Anregung des Herrn Silvestrelli, welcher darüber heute telegraphisch nach Rom berichtet, wollen Eure Durchlaucht aus der abschriftlich beigefügten Aufzeichnung ersehen, welche derselbe dem Unterstaatssekretär gelassen und mir mit dem ebenfalls abschriftlich beigefügten Privatschreiben eben übersandt hat*. In politischer Hinsicht dürfte der wichtigste Punkt die Bestimmung sein, wonach die Zeila umgebenden Distrikte vorläufig in englischem Besitz bleiben sollen, sodaß kein Durchzug italienischer Truppen von Zeila nach dem Innern ohne vorherige englische Zustimmung möglich wäre.

Meines gehorsamsten Erachtens ist im Interesse der Sache dringend zu wünschen, daß die Anregung des Herrn Silvestrelli die Zustimmung seiner Regierung findet.

Meinerseits werde ich, davon wollen Euere Durchlaucht hoch-

* Nach der Aufzeichnung Silvestrellis sollte zwar Stadt und Hafen Zeila pachtweise in den zeitweiligen Besitz Italiens übergehen, jedoch sollten die Distrikte rings um Zeila unter dem britischen Protektorat verbleiben.

geneigtest überzeugt sein, die Angelegenheit sorgfältig verfolgen und im Sinne der Verständigung einzuwirken suchen, wo sich eine günstige Gelegenheit dazu bietet. Im allgemeinen glaube ich aber, falls Euere Durchlaucht nicht anders bestimmen, zunächst, und zwar im Interesse der Sache, das Ergebnis der ersten Besprechung zwischen Lord Kimberley und dem italienischen Geschäftsträger jetzt abwarten zu sollen. Zu dieser Auffassung bestimmen mich zwei Gründe, die kurz anzuführen Euere Durchlaucht mir hochgeneigtest gestatten wollen. Seit Jahren hat hier ein gewisses Mißtrauen geherrscht, daß es unserem Interesse wie auch unseren Wünschen entsprechen würde, England in Schwierigkeiten mit Frankreich verwickelt zu sehen, und ich habe den Eindruck, wenn ich mich jetzt in den Vordergrund stellen wollte, daß dieses unbegründete Mißtrauen dadurch neue Nahrung finden und die Abneigung gegen Konzessionen an Italien noch verstärken würde.

Hierzu kommt, daß Lord Rosebery, als ich ihm neulich die Möglichkeit vorhielt, daß Italien die politische Gemeinschaft mit England einmal lösen und sich nach einer anderen Richtung wenden könnte, dies zwar anerkannte, aber mit nicht zu verkennender Absicht hinzufügte, daß in demselben Maße die Gefahr eines Abfalls Italiens von der Tripelallianz vorliege, und daß unser Interesse, solchen Eventualitäten vorzubeugen, ebenso groß wie dasjenige Englands sei.

Obwohl mir nicht zweifelhaft ist, was sich auf eine etwaige Nutzanwendung dieser Auffassung im vorliegenden Fall erwidern ließe, scheint es mir doch wünschenswert, wenn möglich zu vermeiden, daß Lord Rosebery die Gelegenheit für geeignet hält, uns in die Sache hineinzuziehen und in irgendeiner Form seine Zustimmung zu den italienischen Wünschen von einer Kooperation unsererseits abhängig zu machen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2011

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 London, den 30. Januar 1895
Geheim

Im engsten Vertrauen sagt mir eben Lord Kimberley, daß die englische Regierung, so erwünscht es ihr aus den zwischen ihm und mir mehrfach besprochenen politischen Rücksichten wäre, Italien gefällig zu sein, auf die italienischen Vorschläge bezüglich Zeila zu ihrem Bedauern nicht eingehen könne. Abgesehen davon, daß die eng-

lische Regierung überhaupt nicht wünschen könne, in Paris, wo man sich eben erst über das letzte englisch-italienische Abkommen einigermaßen beruhigt habe, gleich neuen Anlaß zur Beschwerde zu geben, dürfe hier nicht übersehen werden, daß England gerade jetzt mit Frankreich und Rußland in der armenischen Frage engagiert sei, und daß eine dazwischenkommende Zwistigkeit zwischen England und Frankreich vom Sultan sofort benutzt werden würde, um die eine Macht gegen die andere auszuspielen, was neue Verwickelungen im Orient herbeiführen könnte. Lord Kimberley, welcher sich darauf berief, daß der Premierminister seine Auffassung der Sache vollständig billige, bemerkte dazu, daß er selbst sehr gern etwas für Italien tun werde, wenn sich eine andere Form dafür finden ließe, die nicht zu so ernsten Bedenken Anlaß geben würde, daß er aber eine solche bisher nicht finden könne. Die vom italienischen Geschäftsträger vorgeschlagene Bestimmung bezüglich der außerhalb Zeilas wohnenden Stämme sei illusorisch, würde auch von Frankreich so aufgefaßt werden, da Italien sich nachher jeden Augenblick auf die Notwendigkeit einer militärischen Expedition berufen könnte, und England darin aus denselben heute geltend gemachten politischen Rücksichten wieder nachgeben müßte.

Ich habe unter nochmaliger Geltendmachung aller einschlägigen politischen Gründe nachdrücklich geraten, die Sache nicht aufzugeben, sondern nach einer für beide Teile annehmbaren Form der Verständigung zu suchen, habe aber wenig Hoffnung auf ein günstiges Resultat.

Lord Kimberley hat mich dringend ersucht, von seiner Mitteilung in Rom noch keinen Gebrauch zu machen, da er den Italienern noch nichts gesagt habe, und er für angezeigt halte, daß sie die Entscheidung der englischen Regierung zuerst durch ihn erfahren.

Hatzfeldt

Nr. 2012

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 London, den 31. Januar 1895

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 20*.

Der Premierminister, welchen ich eben gesehen, meinte, daß jede Abtretung von Zeila, gegen welche entschiedener Widerspruch des India Office zu erwarten wäre, große Schwierigkeiten haben würde, war aber mit mir ganz einverstanden, daß eine einfache Ablehnung der italienischen Wünsche, durch welche die Verhandlung überhaupt

* Siehe Nr. 2011.

beendet würde, vermieden werden müsse. Er hat deshalb noch in meiner Gegenwart dem Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson die Aufforderung gesandt, ihn sofort aufzusuchen, und wird demselben auftragen:

1. Lord Kimberley zu sagen, daß er, der Premierminister, die Fortsetzung der Verhandlung mit dem italienischen Geschäftsträger für angezeigt halte;

2. Vorschläge darüber zu machen, welche Gegenpropositionen hier eventuell der italienischen Regierung gemacht werden könnten, um derselben den guten Willen der englischen Regierung zu zeigen.

Ich hoffe, hiermit erreicht zu haben, daß die Unterhandlungen wenigstens fortgesetzt werden und, wenn die italienische Regierung ihre Ansprüche nach Möglichkeit mäßigt, vielleicht noch eine für beide Teile annehmbare Kombination gefunden wird.

Hatzfeldt

Nr. 2013

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 London, den 6. Februar 1895
Geheim

Lord Kimberley sagt mir eben, er sehe beim besten Willen keine Möglichkeit, auf die italienischen Wünsche einzugehen. Die Franzosen schienen bereits auf irgendeine Weise erfahren zu haben, daß irgendetwas im Gang sei, und darüber sehr erregt zu sein. Der französische Botschafter habe bereits die angebliche Absicht der Italiener, Kriegsschiffe in den Golf von Aden zu schicken, bei ihm zur Sprache gebracht und keinen Zweifel darüber gelassen, daß daraus ernste Verwickelungen entstehen würden. Als ich die den Italienern zugeschriebene Absicht bezweifelte, fügte der Minister im strengsten Vertrauen hinzu, das schlimme sei gerade, daß eine solche Absicht in Rom bestehe oder bis jetzt bestanden habe, da er selbst darüber sondiert worden sei. Italienische Kriegsschiffe würden aber unzweifelhaft bei etwaigem Erscheinen vor Tadjura mit Kanonenkugeln empfangen werden. So wertvoll die italienische Freundschaft für England sei, könne sie nicht um den Preis ernster und unberechenbarer Verwickelungen hier erkauft werden.

Schließlich bemerkte Lord Kimberley, daß er von alledem den Italienern nichts sagen werde, mich auch dringend ersuche, ihnen kein Wort davon zu sagen. Auch wolle er die Verhandlungen mit ihnen keineswegs durch eine einfache Ablehnung abbrechen, sondern weiter fortsetzen. Das einzige, was er ihnen vorläufig bieten könne, sei aber die hier bestehende Absicht, eine englische Kommission nach

Harrar zu schicken, deren Aufgabe sein würde, mit dem dortigen Machthaber, welcher die eingeborenen Stämme in der englischen Interessensphäre beunruhige, bessere Beziehungen herbeizuführen, die auch den Italienern zugute kommen würden.

Ich habe schließlich nochmals nachdrücklich geraten, die Verhandlung mit Italien unter keinen Umständen abzubrechen, schon deshalb, weil die Verhältnisse sich ändern könnten und sich dann vielleicht noch Möglichkeit einer Verständigung bieten würde. Diese Möglichkeit stellte der Minister nicht in Abrede und versprach nochmals, nicht abzubrechen.

Hatzfeldt

Nr. 2014

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 London, den 7. Februar 1895

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 30*.

Der italienische Geschäftsträger, welcher gestern nach mir zu Lord Kimberley beschieden worden, sagt mir, daß er eine wenig befriedigende Unterhaltung mit demselben gehabt habe. Unter Hinweis auf die eventuell mit Frankreich drohenden Verwickelungen habe der Minister als unmöglich bezeichnet, auf den italienischen Vorschlag einzugehen. Auf seine, des Geschäftsträgers, Frage, ob er dies als definitive Ablehnung zu betrachten habe, sei ihm jedoch erwidert worden, daß dies keineswegs die Absicht des Ministers sei, welcher gleichzeitig bemerkt habe, daß man sich vielleicht über die Zulassung eines italienischen Agenten in Zeila verständigen könnte, der aber nicht als Konsul zu fungieren hätte.

Ich habe dem Geschäftsträger, welcher meinte, daß er nicht mehr wisse, was in der Sache zu tun sei, als persönliche Ansicht geraten, die Verhandlung keineswegs abzubrechen, auch unter prinzipieller Festhaltung seines bisherigen Standpunktes das Anerbieten bezüglich eines italienischen Agenten in Zeila vorläufig anzunehmen und zunächst über die demselben einzuräumenden Befugnisse weiter zu verhandeln.

Im Laufe der Unterhaltung bestätigte mir Herr Silvestrelli, daß hier vor einem Monat allerdings von einer italienischerseits ins Auge gefaßten Blockade im Golf von Aden die Rede gewesen ist.

Über meine gestrige Unterredung mit Lord Kimberley habe ich dem Geschäftsträger nichts gesagt.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 2013.

Nr. 2015

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Rom, den 8. Februar 1895

Baron Blanc sagte mir unter Bezugnahme auf die letzte Unterredung zwischen Lord Kimberley und Herrn Silvestrelli: „Désireux avant tout de ne pas rompre les négociations j'autoriserai M. Silvestrelli à négocier pour l'acceptation d'un agent italien à Zeila, qui ne devrait pas avoir caractère de consul."

Bülow

Nr. 2016

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 213 London, den 25. März 1895

Lord Kimberley hat dem italienischen Botschafter vor einigen Tagen, als derselbe sich nach dem Stande der Angelegenheit erkundigte, gesagt, die indische Regierung habe sich entschieden gegen Zulassung eines italienischen Agenten in Zeila ausgesprochen, und, obwohl er damit noch keine definitive Antwort geben wolle, so werde die englische Regierung hiernach doch schwerlich die Zulassung bewilligen können.

General Ferrero, welcher über die zu erwartende definitive Ablehnung des bis auf das bescheidenste Maß reduzierten Wunsches seiner Regierung sehr erregt war, bat mich dringend, noch einmal mit Lord Kimberley zu sprechen, und ich habe dies, leider mit wenig Erfolg, getan. Der Minister erwiderte mir, die indische Regierung wolle nichts davon hören, weil die französische Regierung ihrerseits sofort die Zulassung eines französischen Agenten verlangen würde, was unter allen Umständen vermieden werden müsse. Mit vieler Mühe erreichte ich schließlich von Lord Kimberley die Zusage, daß er keine definitive Entscheidung treffen wolle, ohne vorher noch mit dem Premierminister zu sprechen, welcher infolge seiner Krankheit den Widerspruch der indischen Regierung noch nicht kennt.

General Ferrero, welcher vorläufig über die Äußerung Lord Kimberleys noch nicht nach Rom berichten wollte, sprach in seiner Erregtheit vor einigen Tagen mir gegenüber die Absicht aus, im Falle der definitiven Ablehnung in Rom auf eine Art Protest gegen das Ver-

fahren der englischen Regierung in der Sache hinwirken zu wollen, verbreitete sich auch darüber, daß eine weniger freundliche Haltung Italiens, namentlich in bezug auf Ägypten, für England unbequem werden würde*.

Hatzfeldt

* Über den Fortgang der Angelegenheit unter dem neuen Ministerium Salisbury siehe Bd. X, Kap. LX

B. England und Deutschland: Samoa — Kongo



Nr. 2017

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 448 London, den 2. Juni 1893

Ganz vertraulich

Vorgestern suchte ich in Abwesenheit Lord Roseberys den Unterstaatssekretär* auf und hatte eine längere vertrauliche Unterhaltung mit ihm, in welcher ich mich sowohl über die gerade vorliegende Frage der Ausschiffung unserer Kanonen in Walfischbai**, als auch im allgemeinen über das geringe Entgegenkommen Englands in der letzten Zeit bezüglich unserer verschiedenen Wünsche und Reklamationen offen aussprach, wohl wissend, daß Sir Philip Currie dem Minister darüber sofort eingehend Bericht erstatten würde. Seine Haltung während unserer Unterredung ließ mich auch erwarten, daß er seinen unleugbaren Einfluß bei demselben zugunsten einer Verständigung mit uns verwerten werde.

Als Lord Rosebery mich gestern empfing, fand ich ihn in diesem Sinne vorbereitet und in einer mehr schmerzlich gedrückten als erregten Stimmung. Er fing damit an, mir die Schwierigkeiten seiner Lage vorzuhalten, die mir gewiß vollständig klar sein müßten, sowie den guten Willen und das Entgegenkommen, die er mir stets gezeigt, und wies dann darauf hin, daß wir wirklich nicht ganz gerecht gegen ihn seien, da er in allen Fragen der letzten Zeit, wenn sie auch nicht von seinem Ressort abhingen, keine Mühe gescheut habe, die Befriedigung unserer Wünsche nach Möglichkeit durchzusetzen. Im vorliegenden speziellen Falle sei er, wie er mir vertraulich sagen könne, ebenfalls von vornherein von der Auffassung ausgegangen, daß unser Wunsch, die zum Schutz unserer dortigen Interessen erforderlichen Kanonen auszuschiffen, ein ganz natürlicher sei, dem hier kein Bedenken im Wege stehen könne, und habe, soviel an ihm lag, danach gehandelt. Ich müsse aber doch berücksichtigen, daß einmal die englische Regierung keine Mittel besitze,

---

* Sir Philip Currie.

** Seit dem Frühjahr 1893 waren Kämpfe zwischen der Kaiserlichen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika und dem Hottentottenhäuptling Hendrik Witboi im Gange, die die Notwendigkeit einer artilleristischen Verstärkung der Schutztruppe herbeiführten. Die Behörden der englischen Kapkolonie widersetzten sich indessen der Ausschiffung von Kanonen in der vom deutschen Schutzgebiet umschlossenen Bucht Walfischbai, und die englische Regierung nahm zunächst Anstand, den Kapbehörden ein Eingehen auf die deutschen Wünsche zu empfehlen.

den einmal vorhandenen Widerstand der Kap-Regierung gewaltsam zu brechen, und daß er, Lord Rosebery, ebensowenig persönlich in der Lage sei, seinen Kollegen vom Colonial Office, wenn derselbe sich, wie hier, auf Grund der Nachrichten vom Kap eine feste Meinung gebildet habe, zur vollständigen Aufgabe derselben nötigen zu können. Er habe es deshalb als einen Erfolg betrachten müssen, der ihm wahrhaftig nicht leicht geworden sei, daß Lord Ripon sich habe bewegen lassen, den Vorschlag zur Verschiffung durch ein Kauffahrteischiff zu machen, durch dessen Annahme die, wie er mir nochmals versichern könne, hier wirklich und ernstlich vorhandene Besorgnis teilweise beseitigt worden wäre, daß die betreffenden Eingeborenen in der Ausschiffung unserer Kanonen eine Parteinahme Englands erblicken und dadurch zu feindseligen Handlungen gegen die beinahe ganz schutzlose Walfischbai übergehen könnten.

Ich erwiderte Lord Rosebery zunächst, daß mir eine offene Aussprache zwischen uns als das beste Mittel zur Verständigung überhaupt über alle derartige Fragen erscheine, und ich schlüge ihm daher vor, unsere Ansichten heute mit voller Aufrichtigkeit auszutauschen, nicht als Minister und Botschafter, sondern als zwei gute Freunde und Privatmänner. Unter dieser Voraussetzung (die er bereitwillig annahm) könne ich ihm vor allem versichern, daß man sich über seine Ernennung damals bei uns aufrichtig gefreut habe*, seiner Führung der auswärtigen Politik volle Anerkennung zolle und auch in keiner Hinsicht an seinem persönlichen guten Willen uns gegenüber zweifle. Noch mehr, wenn er heute Premierminister wäre und damit die unbedingte Leitung in der Hand hätte, würde unser Vertrauen in die weitere Behandlung der Dinge sowohl politisch als auch in unpolitischen Fragen uns gegenüber ein vollkommenes sein können. Er werde aber gewiß selbst einsehen, daß wir, wie die Dinge lägen, nicht dasselbe Vertrauen in alle seine Kollegen setzen und auch nicht jeden Zweifel ausschließen könnten, ob es ihm beim besten Willen immer gelingen würde, die Dinge auf der richtigen Bahn zu erhalten, und die letzten kleinen Erfahrungen hätten auch bewiesen, daß wir beim Colonial Office wie auch beim Ministerium des Innern (Hertzbergsche Angelegenheit)** nicht auf großes Entgegenkommen rechnen könnten. Nach meiner Auffassung sei es aber eine wesentliche Voraussetzung intimer Beziehungen zwischen zwei großen Mächten, daß nicht nur eine gewisse Gleichartigkeit in der Auffassung der politischen Situation, sondern auch in den naturgemäß zwischen ihnen auftauchenden unpolitischen Fragen vollständige Gegenseitigkeit des Entgegenkommens und der Gefälligkeit bestehe.

Abgesehen auch von dem vorliegenden speziellen Fall, den wir als

* Vgl. Kap. LII, Nr. 1735, 1739, 1746..

** Es handelte sich dabei um die im August 1892 erfolgte Demolierung des Lokals des Gastwirts von Hertzberg in London-Cannigtown, für die die deutsche Regierung eine Entschädigung in Anspruch genommen hatte.

einen selbstverständlichen hätten betrachten müssen, sei man in Berlin mit Recht der Meinung, daß wir in allen derartigen Fragen nicht mit irgendeinem Fachministerium zu tun haben könnten, sondern lediglich durch seine Vermittlung mit der englischen Regierung, auf deren guten Willen wir je nach der Behandlung der vorliegenden Frage zu schließen hätten. Wenn der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten dabei auf den Widerstand eines Fachministers stoße, so könnten wir wohl mit Recht erwarten, daß das Kabinett als solches darauf keine Rücksicht nehmen und die einmal erkannte Notwendigkeit, die volle Gegenseitigkeit der Gefälligkeiten zu beobachten, höher stellen werde als die oft übertriebenen und kleinlichen technischen Bedenken einer einzelnen Behörde.

Da er, Rosebery, mit mir einverstanden sei, daß wir uns heute privatim ganz offen aussprechen müßten, so müsse er mir erlauben, dabei auch das Gebiet der politischen Gefälligkeiten zu streifen. In dieser Hinsicht glaubte ich hier daran erinnern zu dürfen, daß England aus unserer Freundschaft wesentliche Vorteile gezogen habe und noch fortwährend ziehe. Nicht nur hätten wir, wie er wisse, ohne eigenes Interesse alle englischen Wünsche in Ägypten stets rückhaltlos unterstützt*, sondern unsere Haltung in der europäischen Politik sei, wie Lord Salisbury mehr als einmal mir gegenüber anerkannt habe, die beste Garantie Englands gegen die niemals ganz ausgeschlossene Möglichkeit eines französischen Angriffs, welcher ohne unsere Zustimmung undenkbar sei.

Lord Rosebery erwiderte mir, daß er diese politischen Vorteile aus unserer Freundschaft ebenso rückhaltlos anerkenne, wie es sein Vorgänger getan habe. Um so schmerzlicher und, wie er nicht leugnen könne, persönlich peinlicher sei aber für ihn die Erfahrung gewesen, daß die Unterstützung in Ägypten vor einiger Zeit plötzlich zurückgezogen und gleichzeitig in zwei ausdrücklichen Erklärungen, in Kairo durch Graf Leyden und in Berlin dem englischen Botschafter gegenüber, ein prinzipieller Wechsel unserer darauf bezüglichen Politik formell ausgesprochen worden sei, ein Verfahren, welches er nach seiner ehrlichen Überzeugung in keiner Weise von uns verdient hätte, und welches für seine Stellung im Kabinett die verhängnisvollsten Folgen haben konnte**. pp.

Lord Rosebery fügte hinzu, daß eine solche Eventualität, wie unsere damaligen Erklärungen über einen Wechsel in unserer Politik bezüglich Ägyptens, ihn leicht zum Rücktritt von seinem Amte nötigen könnte, und bemerkte dann: „Ob Sie dann einen besseren auswärtigen Minister hier erhalten würden, das werden Sie gewiß mit mir als außerordentlich fraglich anerkennen."

---

* Vgl. darüber Kap. LIII, A.

** Über den angedrohten deutschen Frontwechsel in der ägyptischen Frage, der durch die unfreundliche Haltung Englands in den Fragen der kleinasiatischen Bahnbaufragen verursacht war, vgl. Kap. LIII, Nr. 1816.

Ich erwiderte dem Minister, daß sein Verbleiben im Amte uns nur in hohem Grade erwünscht sein könne, und daß er sich den Nachdruck, mit welchem wir die Eisenbahnfrage verfolgt hätten, aus dem hohen Interesse erklären müsse, welches wir nach jeder Richtung an dieser Angelegenheit zu nehmen hatten. Wenn er sich das klar machen wolle, werde er auch nicht verkennen können, daß uns das Auftreten des englischen Botschafters in Konstantinopel, welcher dort entschieden Stellung gegen uns nahm und sich anscheinend sogar mit den Franzosen gegen uns alliierte, mit ernster Besorgnis vor den Absichten des englischen Kabinetts erfüllen mußte, während wir nicht wissen konnten, ob unter diesen Umständen es seinen, Roseberys, Bemühungen wirksam gelingen werde, in dieser Frage den Widerstand der englischen Botschaft, die uns feindlichen Tendenzen der englischen Mitglieder der Commission de la Dette publique und vielleicht auch einiger Mitglieder des englischen Kabinetts zu überwinden. Trotzdem seien wir meines Wissens in Kairo nicht so weit gegangen, einen Wechsel unserer Politik zu proklamieren, und Graf Leyden habe sich auf die Äußerung gegen Lord Cromer beschränkt, daß er, falls er einer damals englischerseits gewünschten Maßregel seine Zustimmung nicht bereits erteilt hätte, angesichts der in der türkischen Eisenbahnfrage von der englischen Botschaft gegen unsere Interessen eingenommenen Haltung, jene Zustimmung würde zurückhalten müssen.

Hiergegen versicherte mir Lord Rosebery, daß er über die damaligen Vorgänge wohl informiert sei und mit Bestimmtheit zu wissen glaube, daß wir in Kairo wie auch in Berlin dem englischen Botschafter einen formellen Wechsel unserer Politik bezüglich Ägyptens proklamiert hätten, welcher für seine, des Ministers, Stellung verhängnisvoll werden konnte. Er fügte dann mit einem gewissen Nachdruck ungefähr folgendes hinzu: „Sie wissen, daß ich die auswärtige Politik meines Vorgängers vertrete und fortzuführen suche. Meine Stellung ist auch heute noch eine schwierige, obgleich, wie Sie in verschiedenen Fällen beobachtet haben werden, Mr. Gladstone mir keine Schwierigkeiten macht und eintretendenfalls sich sogar in seinen Reden selbst in meinem Sinn über auswärtige Fragen ausspricht. Einen weiteren und dauernden Erfolg meiner Politik wie die Befestigung meiner Stellung kann ich aber nur erwarten, wenn die Mächte, die mit meinen Bestrebungen übereinstimmen, meine Aufgabe nicht noch erschweren, wie dies seinerzeit von Ihnen in Ägypten geschehen ist, sondern sie nach Möglichkeit durch Entgegenkommen in den vorkommenden Fragen erleichtern.“ Als eine solche Frage bezeichnete Lord Rosebery dann wieder die Angelegenheit der Kündigung der Handelsverträge in Sansibar, die wegen der Franzosen von großem Werte für ihn sei.

Die vorstehenden Äußerungen des Ministers veranlaßten mich, meinerseits auf die Frage der vollen Gegenseitigkeit der Gefälligkeiten zwischen uns zurückzukommen, welcher er auch jetzt wieder zustimmte.

Halb im Scherz warf ich dann die Bemerkung hin, daß ich, wenn ich zu bestimmen hätte, mich mit ihm auf den Fuß stellen würde, die gegenseitigen Wünsche in unpolitischen Fragen, kolonialen und anderen, gemeinschaftlich mit ihm aufzustellen und dann eine Lösung derselben vorzuschlagen, welche dem Prinzip der Gegenseitigkeit volle Rechnung tragen würde, ein Gedanke, welchen der Minister durchaus nicht zurückwies. pp.

Am Schluß unserer durchaus freundschaftlichen Unterhaltung ließ Lord Rosebery den Unterstaatssekretär kommen und erteilte ihm einen Auftrag. Als ich nun die Frage an ihn richtete, welchen Entschluß er gefaßt habe*, erwiderte er mir: „Je viens de brûler mes vaisseaux en chargeant Sir Philip Currie de faire savoir au Ministre des Colonies que pour des raisons de haute politique je dois insister pour qu'il vous fasse obtenir la permission que vous demandez."

Wenn ich mir im vorstehenden gestattet habe, auf meine letzte Unterredung mit dem Minister so ausführlich einzugehen, obwohl die Angelegenheit, um die es sich in erster Linie dabei handelt, jetzt so gut wie erledigt scheint, so wollen Eure Exzellenz dies meiner Überzeugung hochgeneigtest zugute halten, daß es, wie die Dinge liegen, hier nicht bloß auf die befriedigende Erledigung eines einzelnen Falles ankam, sondern vielmehr darauf, die Beziehungen zwischen uns und Lord Rosebery überhaupt zu klären und unsern Verkehr mit ihm wenn möglich auf einen Fuß zu bringen, welcher uns für die Zukunft in solchen Fragen, die naturgemäß periodisch wiederkehren müssen, eine entgegenkommende Behandlung derselben unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit erwarten lassen würde. Von diesem Gesichtspunkt aus, wenn derselbe Eurer Exzellenz Zustimmung findet, dürfte es für Hochdieselben nicht ohne Interesse sein, nicht nur die allgemeine Auffassung des Ministers, sondern auch die feineren Nüancen seiner Stimmung genau zu kennen.

Meinerseits habe ich, wie ich zur weiteren Erläuterung meines Verfahrens hinzufügen darf, schon seit einiger Zeit den Eindruck gehabt, daß wir, wenn wir uns hier auf die trockene geschäftliche Behandlung der gerade vorliegenden Fragen beschränkten, allmählich einer gegenseitigen Verstimmung zwischen uns und Lord Rosebery zutreiben würden, die, wenn sie tiefere Wurzeln schlüge, bei dem eigentümlichen Charakter des Ministers nicht nur die allgemeinen Beziehungen zwischen beiden Ländern, sondern auch die weitere befriedigende Erledigung unserer hiesigen laufenden Geschäfte schädigen könnte. Bei dem Wert, welchen jede englische Regierung auf unsere politische Freundschaft legen muß, wäre es vielleicht möglich gewesen, unsere Reklamation wegen Zulassung der Kanonen schließlich gewaltsam durchzudrücken, nicht aber ohne eine ernste Verstimmung Lord Roseberys zurückzulassen,

---

* Nämlich in der Frage der Ausschiffung der Kanonen in der Walfischbai.

unseres einzigen zuverlässigen Freundes im englischen Kabinett, und es schien mir der Mühe wert, einen Versuch zu machen, ob es nicht möglich sein würde, diesem unerwünschten Resultat vorzubeugen und gleichzeitig die freiwillige Zustimmung des Ministers zu unserem Wunsche inbetreff der Kanonen von seiner freundschaftlichen Gesinnung zu erwirken.

Um die Dinge auf dieser Bahn und Lord Rosebery, dessen vorübergehende Gereiztheit bisher nur auf dem Gefühl gekränkter Liebe beruhte, in seiner jetzigen Stimmung auch für die Zukunft zu erhalten, wird es meines gehorsamsten Erachtens allerdings angezeigt sein, ihm jetzt auch in Fragen, auf welche er seinerseits Wert legt, ein Zeichen des Entgegenkommens zu geben, aus welchem er auf unseren Wunsch schließen kann, ihm seine schwierige Stellung nach Möglichkeit zu erleichtern. Eurer Exzellenz höherer Weisheit darf ich gehorsamst überlassen, in welchen Fragen und wie weit dies angängig ist, und mich demgemäß hochgeneigtest mit Instruktionen versehen zu wollen. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 2018

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 589 Berlin, den 10. September 1893

[abgegangen am 14. September]

Seit einiger Zeit ist seitens der englischen Regierung bei der Behandlung von Kolonialfragen ein Wandel zum Unfreundlichen in viel stärkerer Weise als bisher ans Licht getreten. In der allerjüngsten Zeit zeigt sich dieser Wandel in folgenden hier als Beispiel herausgegriffenen und Ew. pp. bereits im einzelnen mitgeteilten Punkten.

1. Die Anwerbung von chinesischen Kulis in Singapore für die Pflanzungsunternehmungen der Neu-Guinea-Kompagnie ging bisher anstandslos vonstatten. In den letzten Monaten wurden derselben plötzlich von den englischen Behörden Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Obwohl die Beschaffung der Kulis für die Kompagnie eine Lebensfrage ist, und obwohl ihr Bedarf im Verhältnis zu dem großen Arbeitsmarkt in Singapore ein gradezu verschwindend geringer ist, so war es doch nur mit vieler Mühe und nach langen Verhandlungen möglich, die Erlaubnis für 200 Kulis zu erhalten, und selbst nachdem diese Erlaubnis erteilt worden war, entstanden noch Weiterungen um deswillen, weil die Kompagnie die ihr gesetzten Termine nicht innehalten konnte und einen Teil dieser 200 Kulis mit späteren als den ursprünglich in Aussicht genommenen Schiffsgelegenheiten verschiffen wollte. Die Kaiserliche Regierung wurde dadurch in die peinliche Lage versetzt, auch nach er-

teilter Erlaubnis wegen dieser 200 Kulis noch verschiedene Male und schließlich wegen eines Restes von nicht mehr als 45 Kulis umfangreiche diplomatische Verhandlungen mit der ihr befreundeten Königlich Großbritannischen Regierung zu führen. Eine generelle Erlaubnis zur Ausführung von Kulis selbst in ganz beschränkter Zahl zu erteilen, weigert sich die englische Regierung, trotzdem sie die Anwerbung nach den niederländisch-indischen Pflanzungen jährlich in Höhe von mehreren tausend chinesischen Arbeitern gestattet und im Gegensatze zu dem der deutschen Regierung gegenüber beobachteten Verfahren in ihrem Entgegenkommen gegen die niederländischen Kolonien sogar soweit geht, daß sie diesen nicht nur chinesische Kulis, sondern in beträchtlicher Zahl auch indische Kulis, Eingeborene der britischen Besitzungen, überläßt und deren Überführung selbst nach dem entfernten Surinam gestattet.

2. Auch bei den jüngsten Ereignissen im südwestafrikanischen Schutzgebiete ist der Kaiserlichen Regierung gegenüber von englischer Seite nicht diejenige freundschaftliche Haltung eingenommen worden, auf welche diesseits gerechnet worden war. Die Kaiserliche Regierung hat die Erfahrung machen müssen, daß ihr nicht nur keine Unterstützung — auf welche sie keinen Anspruch erhoben hätte — zuteil geworden ist, sondern daß ihr gradezu Schwierigkeiten bereitet worden sind. Während es sich im südwestafrikanischen Schutzgebiete um die Niederwerfung und Bestrafung eines räuberischen Stammes handelt, der durch Mordtaten und andere gemeine Verbrechen den öffentlichen Frieden stört, wird seitens britischer Behörden die Durchfuhr der zur Herstellung geordneter Zustände erforderlichen Waffen erschwert und die Meinung genährt, daß es sich um einen Kampf zwischen kriegführenden gleichberechtigten Mächten handelt, denen die Königlich Großbritannische Regierung als neutrale Macht und mit der Verpflichtung gegenüberstände, einen notorischen Räuberhauptmann, wie den Hendrik Witboi, auf gleichem Fuße mit der deutschen Regierung zu behandeln. Dazu kommt, daß der englische Magistrat in Walfischbai dem Witboi alle mögliche Unterstützung zuteil werden läßt, und daß durch die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Walfischbai in der eingeborenen Bevölkerung und bei den dortigen Ansiedlern der Irrtum erweckt wird, als ob die Empörer auf englischer Seite Schutz und Rückhalt finden würden. Demgegenüber mußte auch die gastfreie Aufnahme Witbois in englisches Gebiet abgelehnt werden, selbst wenn angenommen werden könnte, daß er — was kaum wahrscheinlich — seinen sicheren Aufenthalt auf englischem Boden nicht zur Vorbereitung neuer Anschläge gegen das Schutzgebiet benützen würde.

3. Einen weiteren Beweis der geringen Rücksichtnahme, die uns seitens der Königlich Großbritannischen Regierung in kolonialen Dingen in letzter Zeit zuteil geworden ist, bildet das Verhalten der englischen Regierung bei der Regulierung der Interessensphären im Hinterlande

von Kamerun. Während nach einer zwischen Deutschland und England im Jahre 1886 getroffenen Vereinbarung vertragsmäßig festgesetzt worden ist, daß die Grenzlinie zwischen den beiden Interessensphären in der unmittelbaren Nähe der Stadt Yola enden soll, sucht die englische Regierung diesen Punkt jetzt zu unserem Nachteile in eine Entfernung von etwa 45 Kilometern von Yola zu verlegen und uns ohne Gegenleistung zu veranlassen, ein vertragsmäßig erworbenes Recht aufzugeben*.

Wir verkennen keineswegs die schwierige Stellung des englischen Herrn Ministers gegenüber den einzelnen englischen Kolonialbehörden und gegenüber der in kolonialen Fragen gerade gegen Deutschland von einzelnen englischen Kolonialkreisen künstlich genährten feindlichen Stimmung. Wir erkennen gern und mit Dank an, daß Lord Rosebery sich wiederholt ernstlich, zum Teil mit Erfolg bemüht hat, unseren berechtigten Forderungen, entgegen dem Widerstand der verschiedenen englischen Lokalregierungen, Genugtuung zu verschaffen. Es bleibt aber für uns als Tatsache bestehen der systematisch böse Wille aller englischen kolonialen Behörden unseren Wünschen, Bestrebungen und Rechten gegenüber überall da, wo uns ein auch nur passives Entgegenkommen englischer Behörden nützlich und förderlich sein könnte.

Die Überzeugung hiervon hat sich durch die allmählich von den verschiedensten Seiten eingetroffenen Nachrichten in unserer öffentlichen Meinung immer mehr festgesetzt. Insbesondere hat sie in denjenigen Kreisen Erregung und Mißstimmung hervorgerufen, auf deren Empfinden und Ansichten wir bei Förderung unserer kolonialen Zwecke in hervorragendem Maße angewiesen sind.

Diese Mißstimmung unserer öffentlichen Meinung gegen England auf kolonialem Gebiet macht sich bereits in unserer Presse geltend, und sie wird erneuten und verstärkten Ausdruck finden, sobald der im Herbst zusammentretende Reichstag sich mit kolonialen Fragen zu beschäftigen haben wird. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die von der Kaiserlichen Regierung verlangen werden, daß sie mit derselben Rücksichtslosigkeit vorgehe, die anderen Staaten bei Kollisionen mit wirklichen oder vermeintlichen englischen Rechten zum Erfolg verholfen hat. Insbesondere wird es aber der Kaiserlichen Regierung schwer werden, vor dem Lande zu rechtfertigen, daß sie auf dem Gebiete der allgemeinen Politik, insbesondere in Ägypten, ohne jede direkte Gegenleistung England unterstützt, das in jeder, auch noch so unbedeutenden Kolonialfrage sich uns unfreundlich zeigt. Ein Verständnis für die Schwierigkeiten Lord Roseberys den eigenen Kolonialbehörden gegenüber kann dem Deutschen Reichstage nicht zugemutet werden, und wir werden, bei andauernder Unfreundlichkeit der englischen Behörden in Kolonialsachen, nicht umhin können, in unseren allgemeinen politi-

---

* Vgl. dazu Nr. 2021

schen Beziehungen zu England uns mehr Reserve aufzuerlegen, als wir dies sonst tun würden, und als wir es — unabhängig von Kolonialfragen — selbst wünschen würden.

Ich bitte Euere Exzellenz, diese Fragen bei geeigneter Gelegenheit freundschaftlich mit Lord Rosebery durchzusprechen. Ich bitte Sie dabei zu vermeiden, bei dem Herrn Minister den Eindruck hervorzurufen, als wollten wir ihm mit Entziehung unserer bisherigen Unterstützung auf dem Gebiet der allgemeinen Politik drohen und dadurch auf ihn für Erreichung kolonialer Wünsche eine Pression üben. Wir wünschen nur, daß er die Gründe kennt, die uns allenfalls nötigen werden, England gegenüber vorsichtiger und reservierter zu sein als bisher, und daß er auf diese Eventualität vorbereitet ist.

Es liegt uns fern, in das ehrliche Bestreben Lord Roseberys, sich gut mit uns zu stellen, Zweifel zu setzen, und eben deshalb muß uns daran liegen, daß er zum voraus die Gründe würdigen kann, die uns zwingen können, künftig unser Entgegenkommen gegenüber englischen politischen Wünschen nach dem Grade englischen Entgegenkommens auf kolonialem Gebiete abzuwägen.

Rotenhan

Nr. 2019

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 745 London, den 19. September 1893

Den hohen Erlaß Nr. 589 vom 10. d. Mts.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Es ist in diesem Augenblick nicht leicht, wie ich hier zunächst gehorsamst bemerken möchte, eine ruhige Unterredung mit Lord Rosebery herbeizuführen, welcher nicht regelmäßig und immer nur auf Stunden in die Stadt kommt und in den letzten drei Tagen überhaupt nicht im Foreign Office erschienen ist.

Aber auch abgesehen von dieser momentanen Schwierigkeit, zu welcher demnächst die Abreise des Ministers nach Balmoral kommen wird, schien es mir nach reiflicher Überlegung ratsam, zunächst, wie ich es in früheren schwierigen Fällen mit Erfolg versucht habe, den Unterstaatssekretär gesprächsweise auf die durch die verschiedenen Ungefälligkeiten des Colonial Office geschaffene Situation aufmerksam zu machen und die Wirkung seines mit Sicherheit zu erwartenden Berichts hierüber auf Lord Rosebery abzuwarten. Sir Philip Currie, obwohl er in rein kolonialen Fragen auch durchaus nicht frei von engherziger engli-

---

* Siehe Nr. 2018.

scher Auffassung ist, neigt nach meiner Erfahrung politisch im allgemeinen mehr zur konservativen Partei und zu guten Beziehungen mit Deutschland, er versteht schnell und leicht Andeutungen, ohne daß es nötig wäre, sie nachdrücklich zu akzentuieren, und ich habe in gleichem Fall auch schon die Erfahrung gemacht, daß er bei seinem Chef für die Auffassung eingetreten ist, an sich untergeordnete koloniale Schwierigkeiten nicht politisch zu einem Stein des Anstoßes zwischen uns anwachsen zu lassen.

Als ich ihn gestern unter dem durchaus plausibeln Vorwand aufsuchte, daß es mir, da ich den Minister wieder nicht sehen könne, erwünscht erscheine, inzwischen einige der dringenden laufenden Angelegenheiten mit ihm zu besprechen, entspann sich zunächst eine Erörterung über die Kulifrage, an welcher Sir Philip Currie schon deshalb ein gewisses persönliches Interesse nimmt, weil er wiederholt persönlich und mündlich mit dem Kolonialminister darüber verhandelt hat.

Vor allem machte er geltend, daß er sich fortgesetzt bemüht habe, mit Lord Ripon, der, wie er mir versichern könne, nicht daran denke, unfreundlich gegen uns zu sein, eine auch für uns befriedigende Lösung der Frage zu finden. Diese Bemühungen habe er erst kürzlich und nur deshalb unterbrochen, weil Lord Rosebery ihm gesagt habe, daß wir mit der Bewilligung einer gewissen Anzahl Kulis nur noch für künftiges Jahr befriedigt sein würden, und es deshalb besser sei, weitere Erörterungen über die von beiden Seiten vorgebrachten Argumente fallen zu lassen und unserem Wunsche in diesem speziellen Punkte zu entsprechen.

Ich erwiderte dem Unterstaatssekretär, daß wir diese unbefriedigende Lösung im Interesse unserer durch Mangel an Arbeitskräften schwer bedrängten Gesellschaft allerdings eventuell würden akzeptieren müssen, aber nur notgedrungen und nicht mit dem Gefühl, daß uns dadurch hier eine nach Lage der Dinge selbstverständliche Gefälligkeit erwiesen worden sei. Es stelle sich immer mehr und bis zur Evidenz heraus, mit welcher weitgehenden Parteilichkeit in Singapore gegen Holland verfahren werde. Über den Eindruck, den dies bei uns schließlich in weiten Kreisen machen müsse, könne man sich hier nicht täuschen, wenn man damit zusammenhalte, daß hier bald dieser, bald jener Grund geltend gemacht worden sei, um uns von den Vergünstigungen auszuschließen, welche den Holländern bereitwillig und in reichem Maße bewilligt wurden. Nachdem aber jene stets wechselnden Gründe von mir mehrfach widerlegt worden, sei mir jetzt zu meiner Überraschung schließlich die Andeutung gemacht worden, daß man in Australien Mißvergnügen zu erregen fürchte, wenn man uns die für Neu-Guinea erforderlichen Kulis alljährlich bewilligen wollte.

Sir Philip Currie entgegnete mit großer Wärme, daß dies kein Vorwand, sondern in der Tat ein ernstes Bedenken sei, welches die Haltung der Kolonialbehörden in dieser Frage beeinflussen müsse. In Australien,

wo sich bekanntlich eine mächtige Bewegung gegen jede Einwanderung von Chinesen geltend mache, würde ein starker und jährlich wiederkehrender Export von Kulis nach Neu-Guinea unzweifelhaft die ernste Sorge erwecken, daß es einem Teil derselben bei dem Mangel regelmäßiger und häufiger Schiffsverbindungen zwischen unseren Kolonien und Singapore und bei der gleichzeitig nur geringen Entfernung zwischen Neu-Guinea und Australien nach Ablauf ihrer Arbeitskontrakte gelingen würde, die australische Küste zu erreichen und sich dort Eingang zu verschaffen. — Ein anderes Bedenken gegen den von uns gewünschten regelmäßigen Export von Kulis, welches er mir eben so offen gestehen wolle, gipfle in der durchaus aufrichtigen Besorgnis, daß China, welches die Emigration seiner Untertanen auch nach Singapore an sich schon ungern sehe, mit Verschiffung derselben nach dem weit entfernten Neu-Guinea unzufrieden sein und in der von England dazu erteilten Erlaubnis einen willkommenen Vorwand suchen würde, der Versorgung von Singapore mit Kulis, die auch dort unentbehrlich seien, Hindernisse in den Weg zu legen oder sie doch nach Möglichkeit einzuschränken.

Die beiden angeführten Bedenken seien, wie er mir versichern könne, die einzigen, welche hier einer bereitwilligen und weitergehenden Berücksichtigung unseres Wunsches im Wege ständen, und wir könnten, da es sich dabei wirklich um erhebliche englische Interessen handle, der englischen Regierung doch gewiß nicht verdenken, wenn sie darauf eine gewisse Rücksicht nehmen müsse. Andere Gründe seien nicht vorhanden, und er könne mir auf das bestimmteste versichern, nicht nur daß Lord Rosebery sein möglichstes für uns getan, sondern daß auch Lord Ripon sich stets gern bereit gezeigt habe, uns in der Frage so weit entgegenzukommen, als die dabei mit in Frage stehenden nicht unwesentlichen eigenen Interessen Englands es irgend zuließen.

Was ihn, Sir Philip Currie, selbst dabei betreffe, so habe er sich während seiner Verhandlungen mit dem Colonial Office den Kopf darüber zerbrochen, ob sich nicht ein Ausweg finden ließe, der uns befriedigen würde, ohne die gegründete Besorgnis Australiens wegen Einwanderung der fraglichen Kulis zu erregen. Er habe dies erst aufgegeben, als ihm Lord Rosebery gesagt habe, daß es besser sei, die Diskussion durch einmalige Bewilligung von Kulis für künftiges Jahr zu beenden, da wir diese Lösung akzeptieren würden. pp.

Auf diese Darstellung entgegnete ich, daß ich an der Aufrichtigkeit der von ihm angeführten Bedenken keinen Augenblick zweifelte, deshalb mich aber doch nicht zu überzeugen vermöchte, daß sie tatsächlich begründet seien. In China werde man sich unzweifelhaft beruhigen, wenn darauf hingewiesen werde, daß der Export nach Neu-Guinea unter der besonderen Aufsicht der Kaiserlichen Regierung stattfinde, und daß unsere Gesellschaft verpflichtet sei, auch für die Rückfahrt der frag-

lichen Kulis nach Singapore Sorge zu tragen. Gerade dieser Umstand erscheine aber auch geeignet, die mir bis jetzt unbekannten Besorgnisse Australiens wegen Einschmuggelns von Kulis aus der benachbarten Insel zu beschwichtigen.

Ich fuhr dann fort: „Sie wissen, daß ich stets offen mit Ihnen spreche, und daß ich seit Jahren aufrichtig bemüht bin, jeden Anlaß zu Mißverständnissen und Verstimmungen zwischen den beiden Staaten aus dem Wege zu räumen. Gerade deshalb darf ich aber sagen, daß man hier in der Sache nicht den richtigen Weg eingeschlagen hat. Wenn man hier wirklich von jenen Besorgnissen und durch keine andere Rücksicht beeinflußt worden ist, so war das einzige Verfahren, welches unseren freundschaftlichen Beziehungen entsprach, nicht uns mit unverständlichen und wechselnden fins de non recevoir entgegenzutreten, sondern offen und mit Vertrauen auszusprechen, daß man uns gern und bereitwillig den gewünschten Gefallen erzeigen wolle, daß man aber in diesem Fall gewisse, näher zu erläuternde Besorgnisse in bezug auf China und Australien hege und sich der Hoffnung hingebe, daß wir, um der befreundeten englischen Regierung Verlegenheiten zu ersparen, ihr durch Zusicherungen und Stipulationen in bezug auf den Verbleib der Kulis nach Ablauf ihrer Kontrakte die Mittel zur Beruhigung der chinesischen Regierung sowie der australischen Kolonie an die Hand geben würden. Mich würden Sie in diesem Fall bereit gefunden haben, diese Mittel freundschaftlich mit Ihnen in Erwägung zu ziehen und sie bei meiner Regierung eventuell zu befürworten, die nicht daran denkt, England Verlegenheiten bereiten zu wollen. Der bezeichnete Weg wäre, wie ich glaube, auch heute noch der richtige, und ich hoffe daher, daß Sie Ihre Bemühungen im Colonial Office, eine für uns befriedigende Lösung zu finden, fortsetzen werden."

Wenn Sir Philip Currie dies auch nicht bestimmt zusagte, was er auch ohne vorherigen Vortrag bei seinem Minister kaum tun konnte, so hatte ich doch den Eindruck, daß er eine unseren Wünschen und tatsächlichen Bedürfnisssen entsprechende Lösung wirklich wünscht und seinen Vortrag danach bemessen wird. Für diesen Fall wäre es mir, wie ich schon jetzt hervorheben möchte, in hohem Grade wünschenswert, hier eventuell darüber Auskunft geben zu können, zu welchen Zusicherungen oder Stipulationen wir etwa bezüglich des Verbleibs unserer Kulis geneigt sein würden, um die angeblichen Besorgnisse Chinas und Australiens zu beschwichtigen. In dieser Hinsicht würde es sich, wenn ich nicht irre, speziell um die Frage handeln, ob wir, wenn uns dafür die regelmäßige Versorgung unserer Kolonie mit Kulis zugestanden würde, etwa im Wege einer Note, die sich nach beiden Richtungen verwerten ließe, hier die Zusicherung erteilen könnten, daß die Kaiserliche Regierung die Gesellschaft anhalten werde, für den regelmäßigen und direkten Rücktransport der Kulis nach Singapore nach Ablauf der Arbeitskontrakte unter allen Umständen, also auch durch Beschaffung der etwa mangeln-

den Schiffsgelegenheit zu sorgen und gleichzeitig auch alle übrigen irgend geigneten Maßregeln dafür zu treffen, daß keinerlei Einschmuggelung von Kulis von Neu-Guinea nach Australien stattfinden könne.

Nach den im vorstehenden angeführten Äußerungen des Unterstaatssekretärs dürfte die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß das Anerbieten einer solchen Note, falls derselben nach unserer Auffassung keine wesentlichen Bedenken im Wege stehen, wesentlich dazu beitragen würde, die Hindernisse zu beseitigen, die hier einer für unsere Gesellschaft befriedigenden Regulierung der Frage im Wege stehen. Wenn hier darauf dennoch nicht eingegangen würde, so würde die Absicht, ungefällig zu sein, so offen zutage liegen, daß wir dann mit um so größerem Rechte uns auf den Standpunkt stellen könnten, daß in unseren Augen eine Gefälligkeit der andern wert ist, und daß wir nicht umhin können, unsere Handlungen mit diesem Grundsatz in Einklang zu bringen.

Sollten Eure Exzellenz der Auffassung zustimmen, daß es sich der Mühe lohnt, den Versuch mit dem Anerbieten einer solchen Note zu machen, so stelle ich gehorsamst anheim, mich dazu telegraphisch hochgeneigtest ermächtigen zu wollen*.

Es schien mir mit Rücksicht auf die Wirkungen, welche die vorliegenden kolonialen Differenzen auf unsere Beziehungen zu England ausüben können, unbedingt geboten, über meine Unterhaltung mit Sir Philip Currie über die Kulifrage ausführlich zu berichten. Da der vorstehende Bericht aber dadurch bereits einen ungebührlichen Umfang angenommen hat, bitte ich um hochgeneigte Erlaubnis, mich über den weiteren Verlauf meiner Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär in einem andern, sich hieran anschließenden Berichte** aussprechen zu dürfen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2020

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 746 London, den 19. September 1893

Nachdem meine gestrige Unterredung mit Sir Philip Currie in bezug auf die Kulifrage zum Abschluß gelangt war, knüpfte ich daran die weitere Bemerkung, daß dieser Fall von Ungefälligkeit der kolonialen Behörden gegen uns leider nicht vereinzelt dastehe, und daß der Mangel an freundlichem Entgegenkommen in dem Witboischen Fall noch viel schroffer zutage getreten sei. Ich sei fest überzeugt, und dies werde

* Die Angelegenheit wurde zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt.
** Siehe das folgende Schriftstück.

auch in Berlin rückhaltlos anerkannt, daß Lord Rosebery auch in diesem Punkt sich die größte Mühe gegeben habe, unseren begründeten Klagen über die seltsame Haltung der Behörden am Kap und speziell in Walfischbai abzuhelfen und die letzteren zu einer den freundschaftlichen Beziehungen beider Regierungen und den Umständen entsprechenden Haltung zu bewegen. Die Tatsache bleibe aber bestehen, und könne bei uns weiteren Kreisen nicht unbekannt bleiben, daß wir mit der größten Mühe hier den Befehl an die fraglichen Behörden erwirkt hätten, die Ausschiffung von zwei Kanonen zu gestatten, die wir zur Bewältigung der aufständischen Eingeborenen dort notwendig brauchten, und daß der Magistrat in Walfischbai auch nachher noch freundlich mit Witboi verkehrte, als ob nichts vorgefallen wäre, ja ganz offen sich auf den Standpunkt stellte, daß derselbe als gleichberechtigte kriegführende Macht zu betrachten sei, gegen welche englischerseits die Neutralität beobachtet werden müsse.

Ich fuhr dann fort:

„Da wir ganz vertraulich miteinander sprechen, und ich Ihnen gegenüber stets offen, auch Ihrer Diskretion sicher bin, so kann ich Ihnen zunächst gestehen, daß ich nach allen meinen langjährigen Erfahrungen keine besondere Freundlichkeit von dem hiesigen Colonial-Office unter einem liberalen Kabinett erwartet hatte. Machen Sie sich aber klar, wohin die Haltung der Kapbehörden in dieser Frage uns führen kann, wenn sie nicht von hier aus energisch auf den richtigen Weg gebracht werden, und man bei uns nicht aus Rücksicht auf Lord Rosebery, dem man so lange wie möglich jede Schwierigkeit ersparen möchte, die Dinge noch weiter gehen läßt. Wenn Witboi gefangen wird, der nichts als ein gemeiner Räuber ist, so wird er dementsprechend behandelt und bestraft werden. Der Fall ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß er sich im Vertrauen auf die bisherige Haltung der Kapbehörden, namentlich in Walfischbai, im geeigneten Moment auf englisches Territorium flüchtet und als kriegführende Macht dort die englische Gastfreundschaft beansprucht und möglicherweise auch findet. Ich habe für diesen Fall keinen Auftrag, sehe auch einem solchen nicht entgegen. Es würde aber dann meines Erachtens vollständig begründet sein, die Auslieferung Witbois hier in Anregung zu bringen, und Sie würden die Wahl haben, entweder auch diesen berechtigten Wunsch einer befreundeten Macht abzulehnen oder aber die Kapregierung zur Erfüllung desselben zu nötigen, da sie es schwerlich bereitwillig tun würde, und sich dadurch auch noch Schwierigkeiten mit der Kolonie zu bereiten. Abgesehen von der Berechtigung unserer bisherigen Wünsche in dieser Frage scheint mir, daß die angedeutete Komplikation für die englische Regierung noch bei weitem weniger angenehm sein würde als der Entschluß, beizeiten ihren Einfluß am Kap dafür einzusetzen, daß die dortigen Behörden unbedingt alle Verbindungen mit Witboi abbrechen und überhaupt diejenigen freundnachbarlichen Rück-

sichten gegen uns beobachten, auf die wir einen begründeten Anspruch haben.“

Sir Philip Currie erwiderte mir, indem er dabei ein Eingehen auf die Frage einer eventuellen Auslieferung vermied, daß Lord Rosebery, wie ich wisse, schon früher dem Colonial Office gegenüber als unerläßlich bezeichnet habe, daß Witboi vor allem verhindert werde, englisches Territorium als Stützpunkt zu mißbrauchen. Infolge meiner letzten Unterredung mit dem Minister habe derselbe ihm, Sir Philip Currie, nunmehr auch den von mir dabei ausgesprochenen Wunsch mitgeteilt, daß die fragliche Instruktion nach Kapstadt dahin präzisiert und vervollständigt werde, daß die dortigen Behörden auch den Auftrag erhielten, alle Beziehungen mit Witboi abzubrechen, und er, Sir Philip Currie, könne mir versichern, daß er in diesem Sinne an das Colonial-Office schreiben und unseren Wunsch befürworten werde.

Es bleibt hiernach abzuwarten, ob das Colonial-Office dieser Aufforderung entspricht und nicht Seitensprünge versucht, um unangenehmen Erörterungen mit der Kapkolonie aus dem Wege zu gehen. Meinerseits werde ich nicht unterlassen, die Sache im Auge zu behalten und eventuell darüber zu berichten.

Ich glaube diesen Bericht nicht schließen zu dürfen, ohne eine Äußerung zu erwähnen, die ich im Laufe der Unterredung anzubringen Gelegenheit fand. Nachdem ich darauf hingewiesen hatte, daß die verschiedenen Ungefälligkeiten der englischen Kolonialbehörden bei uns in weiten Kreisen bekannt werden und einen unerfreulichen Eindruck hervorbringen müßten, ließ ich die Bemerkung fallen, daß mich in dieser Hinsicht auch der Zusammentritt des Reichstages mit einer gewissen Sorge erfülle. Die Partei, welche sich für unsere koloniale Entwickelung vorzugsweise interessiere und voraussichtlich am lautesten gegen die englischen Kolonialbehörden reklamieren werde, sei, wie ich ihm schon früher einmal gesagt zu haben glaubte, für die Regierung unentbehrlich, und ich könne mich deshalb der Besorgnis nicht verschließen, daß dieselbe dem Drängen jener Partei gegenüber einen schweren Stand haben werde.

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß diese Andeutung verstanden worden ist und alsbald ihren Weg mit dem erforderlichen Kommentar zu Lord Rosebery finden wird*.

P. Hatzfeldt

---

* In der Tat hatten die Erörterungen des Grafen Hatzfeldt mit Sir Ph. Currie den Erfolg, für eine Weile der „Ungefälligkeit“ des englischen Kolonialdepartements gegen Deutschland in etwas Einhalt zu tun. Ein Wechsel trat vor allem auch bei den Verhandlungen über die Abgrenzung der deutsch-englischen Interessensphären im Hinterland von Kamerun ein, die von Deutschland durch eine Note vom 19. Juli 1893 angeregt, zuerst infolge des englischen Mangels an Entgegenkommen einen schleppenden und wenig versprechenden Lauf nahmen, sich aber seit dem Beginn des Herbstes einer Verständigung näherten. Vgl. das folgende Schriftstück.

Nr. 2021

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 16. November 1893

Unter dem 26. Juli d. Js. hatte ich in Kiel die Ehre, Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Vortrag über den Beginn von Verhandlungen mit England behufs Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Kamerun zu halten und die allergnädigste Genehmigung zu dem Abschluß eines Abkommens zu erwirken, durch welches unter möglichster Aufrechterhaltung des Besitzstandes dem Deutschen Reiche der Zugang zu dem Tschadsee und die Herrschaft an dem Südufer desselben gesichert würde. Die Verhandlungen mit England sind erst dadurch ermöglicht worden, daß die Niger-Gesellschaft sich in ihren Besitzungen am oberen Niger und Benuë durch französische Expeditionen bedroht sah. Es hat jedoch sehr mühevoller und zeitraubender Verhandlungen bedurft, um einen Abschluß am gestrigen Tage herbeizuführen*, von denen ich alleruntertänigst zu hoffen wage, daß er die allerhöchste Billigung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät finden wird. Durch das Abkommen vom Jahre 1886 war deutscherseits Großbritannien Yola, die Hauptstadt von Adamaua, überlassen worden. Mit diesem Zugeständnis mußte bei den vorliegenden Verhandlungen gerechnet werden. Eine Rückzession dieser Stadt wurde seitens Englands in der Weise abgelehnt, daß es jede Erörterung in dieser Frage zurückwies. Trotzdem die Nigerkompagnie bereits nördlich der Stadt Yola durch Verträge mit verschiedenen Häuptlingen festen Fuß gefaßt hatte und ebenso östlich davon nach der Richtung zum Tschadsee vorgedrungen war, ist es den diesseitigen Bemühungen gelungen; die Mündung des Faro in den Benuë und 5 Kilometer westlich hiervon der deutschen Interessensphäre zu gewinnen und damit gleichzeitig in den Besitz der Stadt Karua zu gelangen, welche nach den letzten, von dem Premierleutnant von Stetten erstatteten Berichten an Handelsbedeutung die Stadt Yola bei weitem überragt. Um die Stadt Yola herum mußte den Engländern zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten und aus Rücksicht auf den Emir von Yola, dessen Freundschaft auch für uns wertvoll ist, ein Umkreis gewährt werden, dessen Radius den vorerwähnten Punkt 5 Kilometer westlich der Faromündung mit dem Zentrum der Stadt Yola verbindet. Die nunmehrige Grenzlinie zwischen den beiderseitigen Interessensphären läuft von der Küste in der Richtung der bisherigen Grenzlinie, bis sie südlich von Yola die Peripherie jenes Kreises trifft, geht dann längs dieser Peripherie bis zu dem Punkte 5 Kilometer

* Siehe das Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten vom 15. November 1893 in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 153 ff.

westlich der Faromündung, überschreitet den Benuë und läuft sodann in gerader Richtung bis zu dem Schnittpunkt des 13. Grades östlicher Länge mit dem 10. Grade nördlicher Breite. Von diesem Punkte wird die Grenzlinie in gerader Richtung nach einem Punkte am Südufer des Tschadsees weiter geführt, welcher 35 Minuten östlich von dem Meridian des Mittelpunkts der Stadt Kuka belegen ist. Dies entspricht der Entfernung zwischen dem Meridian von Kuka und dem 14. Grade östlicher Länge von Greenwich nach der von Kiepert im deutschen Kolonialatlas veröffentlichten Karte, die ich mir zur näheren Veranschaulichung beizufügen ehrfurchtsvollst gestatte.

Um den Übergriffen der englischen Niger-Gesellschaft in bezug auf die Freiheit der Schiffahrt für die Zukunft vorzubeugen, hat sich Großbritannien in dem Abkommen ausdrücklich verpflichtet, die Vorschriften der Kongoakte über die Freiheit der Schiffahrt auf dem Niger und dessen Nebenflüssen zur Anwendung zu bringen.

In einem geheimen Notenaustausch verpflichtet sich die großbritannische Regierung auf den Emir von Yola dahin zu wirken, daß er die in Abhängigkeit von ihm stehenden Häuptlinge in der deutschen Interessensphäre zum Gehorsam gegen die deutsche Herrschaft anhält. Auch unsererseits ist die Verpflichtung übernommen, das Abhängigkeitsverhältnis dieser Häuptlinge zu dem Emir nicht zu stören.

Das Abkommen beseitigt die jahrelangen Zwistigkeiten zwischen deutschen und englischen Unternehmern und gewährt dem deutschen Unternehmungsgeist ein reiches Feld der Tätigkeit. Es räumt verschiedentliche Anlässe aus dem Wege, welche geeignet sind, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zu trüben, und es schafft einen festen Rückhalt gegenüber den Bestrebungen Frankreichs, welches sich nunmehr freiwillig bereit erklärt hat, wegen der Abgrenzung im Osten des Hinterlandes von Kamerun in Verhandlungen zu treten.

Indem das Abkommen das Südufer des Tschadsees erwirbt, wird es gleichzeitig die jahrelang geäußerten Wünsche der deutschen Kolonialkreise befriedigen. Marschall

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 17/XI 93

Nr. 2022

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 236 London, den 14. April 1894

Bei meiner letzten Unterhaltung mit Lord Kimberley berührte derselbe von neuem und wiederholt das deutsch-französische Abkommen über das Hinterland von Kamerun, worauf sich zuletzt mein Bericht

Nr. 205 vom 28. v. Mts. bezog*. Der Minister zeigte sich besorgt wegen des zu erwartenden Vorgehens der Franzosen in der Gegend des Tschadsees, und warf wiederholt die Frage auf, ob es nicht im Interesse Deutschlands und Englands liegen würde, in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Politik zu betreiben und sich über alle dort auftauchenden Fragen zu verständigen, um den französischen Bestrebungen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Ich habe mich vorläufig auf die Bemerkung beschränkt, daß ich in früherer Zeit hier stets eine gemeinsame Haltung Deutschlands und Englands in kolonialen Fragen, speziell in Afrika, befürwortet, jedoch für diesen Gedanken hier nicht das genügende Verständnis gefunden und deshalb darauf verzichtet hätte. Übrigens habe man hier vor einigen Jahren durch ein damals von Lord Salisbury geschlossenes Abkommen den Franzosen selbst den Weg zum Tschadsee geöffnet. Lord Kimberley erwiderte, wenn man damals hier den Fehler begangen hätte, sich nicht mit uns zu verständigen, so führe es offenbar zu nichts, dies zu beklagen, und es würde besser sein, das nachzuholen, was damals versäumt worden sei.

Da Lord Kimberley mich schließlich wiederholt und bestimmt ersuchte, über unsere Unterhaltung nach Berlin zu berichten, stelle ich gehorsamst anheim, mich hochgeneigtest mit Weisung versehen zu wollen, in welcher Weise ich die Anfrage Lord Kimberleys beantworten soll.

P. Hatzfeldt

Nr. 2023

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

K 59 Berlin, den 17. April 1894
[abgegangen am 18. April]

Mit Bezug auf den gefälligen Bericht vom 14. d. Mts. — Nr. 236, betreffend das Vorgehen der Franzosen am Tschadsee**, kann ich nur mein vollkommenes Einverständnis mit der von Ew. pp. Lord Kimberley gegenüber zum Ausdruck gebrachten Auffassung ganz ergebenst aussprechen.

Seit dem Beginn unserer Kolonialpolitik war es stets das Bestreben der Kaiserlichen Regierung, die Gemeinschaft der Interessen, wie sie

* Vgl. über das deutsch-französische Abkommen vom 15. März 1894 Bd. VII, Kap. XLVIII, S. 335, Fußnote. Das deutsch-französische Abkommen war nicht zuletzt veranlaßt worden durch das voraufgehende deutsch-englische Abkommen vom 15. November 1893, das den Franzosen nahelegte, ihrerseits eine Verständigung mit Deutschland zu erstreben. Vgl. auch Kap. LIV, A, Nr. 1992ff.
** Siehe Nr. 2022.

glücklicherweise in Europa zwischen Deutschland und Großbritannien bestehen, auch in Afrika zur Geltung zu bringen. Dabei hoffte die Kaiserliche Regierung, daß der jungen deutschen Kolonialmacht, die in keiner Weise die Absicht hatte, dem mächtigen britischen Kolonialreich Abbruch zu tun, von diesem Entgegenkommen und Wohlwollen gezeigt werden würde. In dieser Hoffnung hat sich Deutschland bei zahlreichen Gelegenheiten getäuscht. Wenn ich auch mit Lord Kimberley dahin übereinstimme, daß es besser sei, begangene Fehler gut zu machen, als sie zu beklagen, so glaube ich doch, daß eine Besserung der Verhältnisse erst aus der Erkenntnis dieser Fehler entstehen kann.

Ich habe nicht nötig, die Fälle einzeln aufzuführen; das Archiv der Kaiserlichen Botschaft besitzt hierüber ein reiches Material, das Ew. pp. in den Stand setzt, jeden Augenblick Lord Kimberley einen vollständigen Beweis für unsere geradezu zahllosen Beschwerden zu erbringen.

Was nun die Lage in Westafrika anlangt, so genügt es, darauf hinzuweisen, wie gerade die Royal-Niger-Company mit der ihr von der englischen Regierung gewährten Unterstützung es gewesen ist, die durch ihr mit der Kongoakte nicht zu vereinigendes maßloses Verhalten die gegenwärtigen Zustände geschaffen hat. Die Vergewaltigung des deutschen Kaufmanns Hönigsberg, die Verhinderung der freien Schiffahrt auf dem Niger durch vexatorische Maßnahmen, die Monopolisierung des Handels unter Ausschluß auch des bescheidensten deutschen Wettbewerbs haben ein kräftiges Vordringen deutscherseits im Hinterland von Kamerun ausgeschlossen und die Erweiterung der französischen Interessen gefördert. Die englische Politik schien darauf gerechnet zu haben, daß eine Annäherung Deutschlands und Frankreichs in Afrika wegen deren europäischer Beziehungen eine Unmöglichkeit sei. Diese Rechnung beruhte auf unrichtigen Faktoren, die Kolonialpartei in Frankreich hat geradezu eine Annäherung an die deutsche gesucht, um mit gemeinsamen Kräften dem unberechtigten und vertragswidrigen Übergewicht der Royal-Niger-Company und andern englischen Interessen entgegenzutreten.

Das Abkommen, welches zwischen Deutschland und Frankreich über das Hinterland von Kamerun abgeschlossen worden ist, gewährt beiden Teilen die Möglichkeit, gemeinsam ein den Interessen jedes Landes Vorteil bringendes Ziel zu erstreben, was Deutschland bisher jedenfalls vergeblich von dem guten Willen Englands zu erlangen bemüht war.

Durch das Abkommen mit Frankreich ist es der Kaiserlichen Regierung gelungen, sich für Westafrika eine Politik der freien Hand zu sichern.

Liegt es im britischen Interesse, den französischen Bestrebungen entgegenzutreten, so hat die großbritannische Regierung es in der Möglichkeit, Vorschläge zu machen, welche den berechtigten Wünschen Deutschlands gebührende Rücksicht tragen.

Es bedarf keines Hinweises, daß die Kaiserliche Regierung es mit

Freuden begrüßen würde, wenn Lord Kimberley einen Wandel in der bisherigen englischen Kolonialpolitik, soweit sie Deutschland berührt, für die Zukunft eintreten lassen wollte. Gelegenheiten zu einem solchen Entgegenkommen sind in allen Teilen, wo sich deutsche und englische Kolonialinteressen berühren, in reichem Maße vorhanden. Ich brauche nur von den zurzeit schwebenden Fragen die Kulifrage und die Samoaangelegenheit zu erwähnen. Ich nehme an, wie sich dies auch aus Ew. pp. gefälligem Telegramm Nr. 62 ergibt, daß die erstere angesichts unserer entgegenkommenden Haltung in der Sansibar-Lizenzfrage alsbald zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden wird. Die Wichtigkeit der Regelung der Samoafrage habe ich in einem besonderen Erlasse mir auseinanderzusetzen erlaubt*. Findet die Kaiserliche Regierung in letzterer eine bereitwillige Unterstützung durch England, so wird in der öffentlichen Meinung Deutschlands ein solcher Umschwung zugunsten der gegenwärtigen großbritannischen Regierung eintreten, daß es dem Herrn Reichskanzler nicht schwer fallen kann, auch die englischen Wünsche in Westafrika nach Möglichkeit zu erfüllen.

Ew. pp. darf ich es ganz ergebenst anheimstellen, ob Sie es für angezeigt erachten, im Sinne der vorstehend entwickelten Gesichtspunkte die wegen Kamerun an Lord Kimberley gestellte Anfrage zu beantworten.

Marschall

Nr. 2024

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

K 55 Berlin, den 18. April 1894
Vertraulich

Mit meinem Erlasse vom 19. Dezember v. Js. — K 216 — hatte ich Ew. pp. Abschrift eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in Washington vom 8. November v. Js. übersandt, worin Freiherr von Saurma über ein Gespräch Mitteilung machte, welches er mit dem Staatssekretär Herrn Gresham wegen Samoa gehabt hat. Herr Gresham hatte damals geäußert, daß die amerikanische Regierung im Grunde kein Interesse an der Mitverwaltung der Inselgruppe habe. Es konnte zweifelhaft sein, welche Tragweite einer derartigen Äußerung, wie sie gelegentlich auch schon früher von anderen amerikanischen Staatsmännern gemacht worden ist, beizumessen war; ob dieselbe insbesondere lediglich der Ausdruck des Mißmutes darüber war, daß der amerikanischen Regierung durch die Beteiligung am Samoavertrage lästige Verbindlichkeiten und

* Siehe das folgende Schriftstück.

Weitläufigkeiten erwuchsen, denen nachzukommen unbequem, aber mehr oder weniger nötig war, oder aber ob der Äußerung die ernstere Absicht zugrunde lag, sich in der Tat aus den Samoanischen Angelegenheiten zurückzuziehen. Letzteres schien um deswillen weniger Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, als die amerikanische Regierung bei einem Aufgeben Samoas befürchten mußte, den amerikanischen Chauvinismus zu erregen und Agitationen gegen sich wachzurufen. Inzwischen scheint die Rücksichtnahme hierauf gegenwärtig bei dem Kabinett in Washington zurückgetreten zu sein und dort einer Strömung Platz gemacht zu haben, welche ein ferneres Festhalten Amerikas an den Bestimmungen und Verpflichtungen des Samoavertrages nicht mehr für ratsam und nützlich hält. Hierzu mögen insbesondere die in letzter Zeit sich häufenden Anforderungen beigetragen haben, welche auf Grund des Samoavertrages wegen Entsendung von Kriegsschiffen, wegen Besetzung der Landkommission und wegen sonstiger Mitwirkung bei der Regelung der verwickelten Zustände in Samoa an die amerikanische Regierung herangetreten sind. Jene in den leitenden amerikanischen Regierungskreisen Platz greifende Anschauung ist kürzlich in der von den Zeitungen berichteten Äußerung des Senators Morgan, Vorsitzenden der Senatskommission für die Auswärtigen Angelegenheiten, zutage getreten, welcher die Aufhebung des Samoavertrages als notwendig bezeichnete. Wie die aus Washington eingegangenen Berichte ergeben, ist die Angelegenheit in diesem Sinne inzwischen auch amtlich bei dem Kaiserlichen Botschafter zur Sprache gebracht worden, so daß an der zurzeit bestehenden Absicht der amerikanischen Regierung, die Mitverwaltung in Samoa — etwa gegen Einräumung einer Kohlenstation in Pago Pago — aufzugeben, nicht mehr zu zweifeln ist. Abschrift der betreffenden Berichte des Freiherrn von Saurma vom 25. und 31. vorigen und je zweier Berichte vom 1. und 3. dieses Monats beehre ich mich mit der Bitte um Rücksendung der Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst beizufügen.

Ew. pp. ist bekannt, welche Stellung wir zu der Entwickelung der Angelegenheiten in Samoa einnehmen, und daß das Ziel, welches wir dort erstreben, die Erlangung einer deutschen Verwaltung ist. Das von Amerika gewünschte Ausscheiden aus dem Samoavertrage bietet uns bei geschickter Benutzung der Umstände eine Gelegenheit, dieses Ziel zu erreichen. Wir werden die augenblicklich in Amerika bestehende Stimmung nicht ungenutzt vorübergehen lassen dürfen, um so weniger, als eine Gewähr für deren Dauer nicht besteht, und die amerikanische Regierung durch Rücksichten, welche sie auf ihre politischen Parteien im Innern zu nehmen hat, leicht zu einer Änderung ihrer Haltung bestimmt werden kann. Das ist namentlich anzunehmen, wenn die Entscheidung der Frage bis in den Beginn einer neuen Wahlbewegung hinausgeschoben würde. Der Kaiserliche Botschafter in Washington ist demgemäß telegraphisch angewiesen worden, Herrn Gresham mitzu-

teilen, daß die Kaiserliche Regierung den Vereinigten Staaten bei ihrer Absicht, sich aus dem Samoavertrage zurückzuziehen, das größtmögliche Entgegenkommen beweisen werde und kein prinzipielles Bedenken dagegen habe. Ew. pp. werden indessen mit mir darin übereinstimmen, daß uns mit einem bloßen Ausscheiden Amerikas bei gleichzeitiger Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mit England wenig gedient sein würde, um so weniger, als dadurch die unseren Interessen zuwiderlaufende gemeinschaftliche Verwaltung — wenn auch nur zu zweien anstatt zu dreien — eine erneute vertragsmäßige Anerkennung und Grundlage erhalten würde. Bei der unseren Bestrebungen günstigen Stimmung in Amerika wird daher nunmehr der Schwerpunkt unserer Verhandlungen und Bemühungen in London liegen. Wenn es uns gelingen würde, das Einverständnis der englischen Regierung zu einer deutschen Verwaltung in Samoa zu erhalten, so würde dies nicht nur eine befriedigende Lösung für unsere dort bestehenden erheblichen lokalen Interessen darstellen, sondern darüber hinaus auch einen inneren politischen Erfolg von nicht zu unterschätzender Wirkung bedeuten. Wie Ew. pp. bekannt, beschäftigt die Samoafrage seit Jahren die öffentliche Meinung in Deutschland, und es würde daher für die Kaiserliche Regierung von besonderem Werte sein, die endliche Erledigung dieser Frage in einer den deutschen Wünschen entsprechenden Weise herbeizuführen. Ew. pp. ersuche ich ergebenst, in diesem Sinne die Angelegenheit erneut bei der englischen Regierung vertraulich zur Sprache zu bringen. In welcher Weise Ew. pp. dies tun wollen, muß ich Ihrem bewährten Urteil und der Kenntnis der dortigen Persönlichkeiten überlassen; doch wird es sich vielleicht empfehlen, an frühere entgegenkommende Äußerungen Lord Roseberys anzuknüpfen und auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände in Samoa hinzuweisen, die mit Notwendigkeit auf eine einheitliche Verwaltung hindrängten, wenn anders Ruhe und Ordnung daselbst hergestellt werden sollen. Daß für diese Verwaltung nur Deutschland in Betracht kommen würde, werden Ew. pp. unter Hervorhebung der überwiegenden deutschen Interessen auf Samoa leicht nachweisen können, und ich erlaube mir in dieser Beziehung Ew. pp. gefälligste Aufmerksamkeit auf die mit meinem Erlasse vom 25. Juli v. Js. — K 119 — übersandte Darstellung über die Handelsverhältnisse in Samoa zu richten, wobei noch hinzuzufügen ist, daß neben den beiden deutschen Handelshäusern — der Handels- und Plantagengesellschaft und der Firma Friegs & Co. — gegenwärtig kein einziges größeres englisches oder amerikanisches Handelshaus in Samoa sich befindet, und daß das unter Kultur befindliche Plantagenland nahezu ausschließlich in deutschen Händen ist, sodaß auch die englischerseits bei früheren Gelegenheiten vorgeschützte Berufung auf australische und namentlich neuseeländische Interessen hinfällig erscheint. Indem ich Ew. pp. im übrigen noch anheimgebe, falls es Ihnen rätlich erscheint, auch auf das frühere Projekt Samoa-Tonga zurückzukommen, bitte ich Ew. pp. der vorliegenden Angelegen-

heit, welche für uns — wie erwähnt — eine über ihre eigene Wichtigkeit hinausgehende innere politische Bedeutung hat, Ihre besondere Fürsorge zu widmen und auch der englischen Regierung gegenüber zu betonen, daß die Erfüllung unserer Wünsche in Samoa für uns von besonderem Werte sein würde.

Ew. pp. gefälligstem Berichte über die Aufnahme, welche Ihre Schritte bei Lord Rosebery gefunden haben, werde ich mit Interesse entgegensehen.

Marschall

Nr. 2025

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 248 London, den 23. April 1894
Vertraulich

Infolge der hohen Erlasse K 55 und 59* hatte ich Lord Kimberley um eine Zusammenkunft ersucht, die er mir für heute zusagte.

Nach den ersten einleitenden Bemerkungen stellte der Minister, welcher meinen Mitteilungen offenbar mit Spannung entgegensah, sofort die Frage, ob ich ihm über den Inhalt unserer letzten Unterredung** etwas zu sagen hätte. Ich erwiderte ihm zunächst, daß ich selbstverständlich nicht unterlassen hätte, seine neuliche Anregung bezüglich einer Verständigung über koloniale Fragen zur Kenntnis meiner Regierung zu bringen. Zu meiner lebhaften Befriedigung seien meine Äußerungen bei jener Gelegenheit von Euerer Exzellenz gebilligt worden, und durch diese Übereinstimmung mit meiner hohen Regierung werde mir die Aufgabe, die Frage hier weiter zu erörtern, wesentlich erleichtert.

Hieran anknüpfend hob ich besonders hervor, daß wir von Anfang an und seit Jahren den Wunsch gehegt hätten, die Gemeinschaft der Interessen zwischen den beiden Staaten auch in Afrika zur Geltung zu bringen, in der selbstverständlichen Hoffnung, daß unsere bescheidenen kolonialen Bestrebungen bei dem kolonial so mächtigen England nicht Eifersucht, sondern Ermutignug und Förderung finden würden. Diese Hoffnung habe sich leider nicht erfüllt und namentlich habe auch die Niger-Company hartnäckig daran festgehalten, uns in ihren Gebieten von jeder Konkurrenz auszuschließen. Es sei nicht meine Absicht, ihm, wie ich es könnte, hier ein längeres Verzeichnis unserer Beschwerdepunkte gegen jene Gesellschaft vorzulegen. Tatsache sei, wie ich ihm aus eigener achtjähriger Erfahrung hier versichern könne, daß England, statt uns in Fällen, wo dies ohne Verletzung seiner vitalen Interessen möglich war, zu unterstützen, überall, wo wir eine bescheidene Expan-

* Siehe Nr. 2024 und Nr. 2023.
** Vgl. Nr. 2022.

sion auf kolonialem Gebiete versuchten, zunächst den Löwenanteil für sich in Anspruch genommen und uns in die engsten Grenzen gedrängt habe.

In Berlin verschließe man sich dabei keineswegs der Richtigkeit des von ihm aufgestellten Satzes, daß es besser sei, begangene Fehler gut zu machen, als sich in unfruchtbaren Klagen darüber zu ergehen. Die Erkenntnis dieser Fehler bleibe aber doch die Vorbedingung einer wirklichen Besserung, wie er, Lord Kimberley, sie zu wünschen scheine, und ich hätte mir deshalb erlauben müssen, sie nochmals zur Sprache zu bringen.

Der Minister unterbrach mich hier mit der Bemerkung, daß er über den Hergang der Dinge, auf die es dabei ankomme, nicht eingehend genug informiert sei, um sich über die Berechtigung unserer Beschwerden über die englische Kolonialpolitik in den einzelnen Punkten ein zuverlässiges Urteil zu bilden. Er deutete gleichzeitig an, daß er sich vorläufig nicht klar machen könne, was wir als eine Besserung der bisherigen Situation betrachten würden. Dieser indirekten Aufforderung, mich über den fraglichen Punkt auszusprechen, glaubte ich nicht nachkommen zu dürfen, weil es meines unmaßgeblichen Erachtens unserem Interessse, wie die Dinge heute liegen, nicht entsprechen würde, Vorschläge zu formulieren, statt dies dem englischen Kabinett zu überlassen, falls dasselbe eine wirkliche Besserung unserer kolonialen Beziehungen ehrlich herbeizuführen wünscht. Ich erwiderte daher, daß ich, wie er eben gesehen, kein Verzeichnis unserer Beschwerden mitgebracht, ebensowenig aber ein solches der Punkte aufgestellt hätte, in welchen England uns seinen guten Willen zeigen könne. Gelegenheiten dazu seien fast überall vorhanden, wo von beiden Teilen koloniale Interessen verfolgt würden.

Ich fuhr dann fort, indem ich auf die bedauerliche Mißstimmung unserer kolonialen Kreise gegen England verwies, wie er, der Minister, sie in der Haltung unserer Presse ausgedrückt finden könne, eine Mißstimmung, die in der Vergangenheit eine gewisse Erklärung finde und jedenfalls von der Kaiserlichen Regierung nicht außer acht gelassen werden dürfe. Ein Umschwung darin sei aber nur zu erwarten, wenn wir in die Lage kämen, jenen Kreisen durch offenbare Tatsachen den Nachweis zu liefern, daß ein Wandel in der englischen Kolonialpolitik zu unseren Gunsten eingetreten sei.

Schließlich streifte ich kurz unser letztes koloniales Abkommen mit Frankreich*, indem ich darauf hinwies, daß England es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn wir zu einer solchen Verständigung gedrängt worden seien, die uns wenigstens die Möglichkeit gewähre, die unseren Interessen entsprechenden kolonialen Ziele weiter zu verfolgen. Es habe sich dabei die überraschende Tatsache herausgestellt, daß die

* Vom 15. März 1894.

Kolonialpartei in Frankreich, weit entfernt, die sonstigen politischen Gesinnungen der Franzosen auf dieses Gebiet zu übertragen, einer Annäherung an unsere koloniale Politik im Gegenteil geneigt sei. Ob von französischer Seite dabei gerade der Zweck verfolgt werde, die kolonialen Bestrebungen Englands zu fördern, darüber werde er, Lord Kimberley, wohl nicht im Zweifel sein. Wir würden uns aber, wie ich kaum hinzuzufügen brauchte, aufrichtig freuen, wenn er hier einen Wandel herbeiführen wolle, der uns die Aussicht bieten würde, in der englischen Regierung für die Zukunft einen Stützpunkt für die Verfolgung unserer berechtigten kolonialen Bestrebungen zu erblicken.

Der Minister, welcher meiner Darlegung mit Aufmerksamkeit gefolgt war, bemühte sich zunächst, den Eifer, mit dem England sich auch uns gegenüber stets den Löwenanteil gesichert habe, mit dem alten Satz zu erklären: „que l'appétit vient en mangeant." Ich erwiderte ihm sofort, daß wir, die wir nichts hatten, und erst etwas erwerben mußten, in diesem Satz vielleicht eine Entschuldigung für größere Habgier finden könnten, nicht aber das an Kolonien schon überreiche britische Reich. Der Minister konnte dies nicht in Abrede stellen, schweifte aber dann von dieser Frage ab und ging auf die große Politik über, indem er die Beziehungen Englands zu Frankreich zur Sprache brachte. Da seine Äußerungen darüber von besonderem Interesse sind, glaube ich sie unverkürzt wiedergeben zu dürfen.

Lord Kimberley bemerkte in dieser Hinsicht zunächst, daß es hier, wie ich wohl wisse, eine Partei gebe, die einer Verständigung mit Frankreich das Wort rede, welche auch keineswegs unmöglich sei. Es sei allerdings wohl zu befürchten, daß Frankreich vor allem die Evakuation Ägyptens als Vorbedingung verlangen würde. Man dürfe sich aber hier nicht darüber täuschen, daß der Suezkanal, auf den es dabei wesentlich ankomme, in Kriegszeiten für England stets so gut wie nutzlos sein würde.

Ich erwiderte, daß mir die Existenz der von ihm erwähnten Partei und ihre Auffassung wohl bekannt seien. Selbstverständlich hätte ich keine amtliche Ansicht über die Zweckmäßigkeit und eventuelle Ausführbarkeit einer Annäherung Englands an Frankreich und müsse dies dem englischen Kabinett überlassen. Ebensowenig könnte ich mir ein Urteil über den Wert des Suezkanals in Kriegszeiten oder Ägyptens überhaupt für England gestatten. Nach meinem rein persönlichen und vielleicht irrigen Eindruck würde es sich bei der eventuellen Aufgabe Ägyptens weniger um den Verlust dieses Landes als um den Verlust des Mittelmeeres überhaupt handeln. Ob es unter dieser Voraussetzung so leicht sein werde, wie jene Partei hier annehme, zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen, ohne vitale englische Interessen zu opfern, dies könnte ich lediglich dahingestellt sein lassen.

Nach dieser Abschweifung, die offenbar nur den Zweck haben konnte, uns durch das Gespenst einer englisch-französischen Annähe-

rung einzuschüchtern und auf kolonialem Gebiet zu möglichster Bescheidenheit zu ermahnen, kehrte der Minister, welcher übrigens die Richtigkeit meiner Bemerkungen nicht bestritt, zu unserem Gegenstand zurück. Ich glaube ihm, wie ich nachträglich noch gehorsamst bemerken muß, durch meine Haltung bei seinen politischen Andeutungen den Eindruck hinterlassen zu haben, daß solche Einschüchterungsversuche fruchtlos sind, daß der Gedanke, England könne die Freundschaft Frankreichs durch Aufgabe Ägyptens erkaufen, uns keinen politischen Schrecken verursacht, und daß solche Rücksichten uns jedenfalls nicht bestimmen werden, in kolonialen Fragen England gegenüber größere Nachgiebigkeit zu zeigen, als sich mit unseren Interessen vereinigen läßt.

In der nun folgenden, sehr wortreichen und konfusen Auseinandersetzung bemühte sich Lord Kimberley mir den Gedanken annehmbar zu machen, daß schon viel gewonnen sein würde, wenn wir uns vorläufig über eine gemeinschaftliche Haltung in den Teilen von Afrika, namentlich in Togo, einigen könnten, wo wir gemeinschaftliche Interessen und gleichzeitig die Möglichkeit hätten, weiterem Vordringen der Franzosen mit vereinten Kräften entgegen zu arbeiten. Ich habe diese Auseinandersetzung angehört, ohne den Gedanken an sich von der Hand zu weisen, aber auch ohne von der in dieser Unterredung stets von mir in den Vordergrund gestellten Vorbedingung größeren Entgegenkommens von englischer Seite in bezug auf unsere kolonialen Interessen einen Augenblick abzuweichen.

Da es spät geworden war, und Lord Kimberley im Haus der Lords zu erscheinen hatte, mußten wir die Unterhaltung unterbrechen. Erst nachdem ich mich erhoben hatte, um Abschied zu nehmen, fand sich Gelegenheit, die Samoafrage zu berühren, und ich erlaube mir darüber besonders zu berichten *.

Da ich dem Unterstaatssekretär schon seit einiger Zeit einen Höflichkeitsbesuch schuldig war, bot sich ein unauffälliger Anlaß, ihn nach meiner Unterredung mit dem Minister aufzusuchen und ihm den wesentlichen Inhalt der letzteren gelegentlich mitzuteilen. Ich bemerkte dazu, daß der Erfolg kein sehr befriedigender gewesen sei, und ich zu meinem Bedauern in diesem Sinne nach Berlin berichten müsse. Der Eindruck werde voraussichtlich um so weniger erfreulich sein, als Lord Kimberley vor einiger Zeit selbst die Initiative der Annäherung auf kolonialem Gebiete ergriffen habe, und ich nur deshalb zum weiteren Eingehen auf diese Frage ermächtigt worden sei. Die selbstverständliche Voraussetzung der gewünschten Annäherung würde aber natürlich ein tatsächliches größeres Entgegenkommen auf kolonialem Gebiete sein, und ich hätte daher heute bestimmte Vorschläge nach dieser Richtung erwarten dürfen, die aber ausgeblieben seien. Es sei nicht meine Schuld, wenn damit alles jetzt beim alten bleibe.

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

Sir Thomas Sanderson erkannte als richtig an, daß man uns hier bestimmte Anerbietungen machen müsse, wenn man uns zu einer gemeinsamen Haltung in kolonialen Fragen bewegen wolle. Er sprach die Absicht aus, in diesem Sinn mit Lord Kimberley zu sprechen und bat mich, ihm dafür einige Tage Zeit zu lassen.

Wenn meine Unterredung mit Lord Kimberley vorläufig noch keinen praktischen Erfolg gehabt hat, so ist sie doch meines gehorsamen Dafürhaltens nicht nutzlos gewesen. Sie hat, wenn mich nicht alles täuscht, dem Minister die klare Erkenntnis gebracht, daß wir nur für ausreichende Gegenleistungen zu haben sind, und daß wir uns weder durch Redensarten noch durch Einschüchterungsversuche auf anderem Gebiet bewegen lassen werden, von diesem Wege abzuweichen. Es wird nun zunächst abzuwarten sein, ob diese Erkenntnis die Wirkung hervorbringt, den Minister zu bestimmten Vorschlägen zu veranlassen. Sollte dies nicht der Fall sein, und auch Lord Rosebery sich nicht veranlaßt finden, seinem Vertreter im Foreign Office größeres Entgegenkommen vorzuschreiben, so wird es sich, wenn ich mir darüber eine unmaßgebliche Ansicht gestatten darf, empfehlen, in allen dazu geeigneten Fragen ohne weitere Rekrimination eine Haltung anzunehmen, die, wie die Ablehnung der ägyptischen Konversionsvorschläge, hier keinen Zweifel darüber läßt, daß auf unbelohnte Vertretung englischer Interessen durch uns nicht mehr gerechnet werden darf.

P. Hatzfeldt

Nr. 2026

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 252 London, den 24. April 1894

Vertraulich

Als ich nach meiner letzten Unterredung mit Lord Kimberley von ihm Abschied nahm, weil er im Haus der Lords erwartet wurde, warf ich noch im Fortgehen die Bemerkung hin, daß wir beide vergessen hätten, die Lage der Dinge in Samoa und die neuste Haltung der Amerikaner zu dieser Angelegenheit zu berühren.

Der Minister ging mit Eifer darauf ein, indem er wiederholte, was man hier über die Auffassung der amerikanischen Regierung erfahren hat, und hinzufügte, daß wir nun zu erwägen haben würden, was wohl in bezug auf Samoa am besten zu geschehen hätte. Ich erwiderte darauf, nach meiner Auffassung könne darüber kein Zweifel sein, was in dieser Frage das beste sein würde: die Überlassung von Samoa an Deutschland.

Der Minister, welcher auf diese direkte Äußerung offenbar wenig

gefaßt war, bemerkte nach kurzem Nachsinnen, daß diese Auffassung hier in weiten Kreisen wenig Anklang finden würde. Als ich darauf erwiderte, daß eine solche Lösung, die auch den andern beteiligten Mächten eine geordnete Verwaltung mit Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen garantieren würde, nach jeder Richtung begründet wäre, schon deshalb, weil deutsche Interessen in Samoa den ersten Platz einnähmen, sagte Lord Kimberley, daß gerade das letztere hier in neuester Zeit von den beteiligten Kreisen lebhaft bestritten worden sei. Ich erwiderte hierauf mit großer Bestimmtheit, daß ich ihm jeden Augenblick die Richtigkeit meiner Angabe zahlenmäßig nachweisen könne.

Es fehlte an Zeit zu weiterer eingehender Erörterung der Frage, und ich hatte auch den Eindruck, daß eine solche in jenem Augenblick noch kein weiteres Ergebnis liefern würde. Der Minister war offenbar durch den Gedanken erschreckt, den hiesigen chauvinistischen Tendenzen in bezug auf die fragliche Insel entgegentreten zu sollen, und wird, wenn er sich überhaupt damit befreunden kann, Zeit brauchen, um sich an den Gedanken zu gewöhnen. Vor allem wird er Lord Rosebery darüber Vortrag halten und seine Auffassung kennen lernen wollen.

Inzwischen kann Lord Kimberley, wie ich glaube, nach meinen Äußerungen darüber nicht im Zweifel sein, daß wir Samoa als erstes Kompensationsobjekt für weitere koloniale Gefälligkeiten unsererseits ins Auge gefaßt haben, und daß auf unsere Zustimmung zu englischer Besitzergreifung der Insel, falls die Regierung die darauf gerichteten Bestrebungen in irgendeiner Form unterstützen wollte, unter keinen Umständen zu rechnen ist.

Meine Absicht ist, wenn Lord Kimberley nicht demnächst von selbst auf die von ihm angeregte koloniale Annäherung zurückkommt, eine Unterredung mit dem Premierminister zu suchen und ihm die Situation klar darzulegen. Es ist, wie ich Lord Rosebery kenne, nicht zu befürchten, daß derselbe, wenn er eine Einigung mit uns überhaupt für geboten hält, sich inzwischen durch irgendwelche Vorstellungen von dieser Auffassung wird abbringen lassen. Dagegen kenne ich aus Erfahrung den Nachteil, den zu großes empressement hier fast immer mit sich bringt. Die hiesigen Staatsmänner sind stets geneigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß man ihnen nachläuft, und erblicken darin ein Zeichen von Schwäche, welches sie ausnützen können.

Mit um so größerer Bestimmtheit, wenn auch in freundschaftlicher Form, werde ich, falls Euere Exzellenz mir keine anderen Weisungen zugehen lassen, eventuell den Premierminister vor die Frage stellen, daß er sich nunmehr darüber zu entscheiden hat, ob er sich durch Bewilligung wirklich entsprechender kolonialer Kompensationen weiterer freundschaftlicher Unterstützung Deutschlands auf diesem Gebiet versichern oder für die Zukunft darauf verzichten will.

P. Hatzfeldt

Nr. 2027

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 London, den 27. April 1894

Earl of Kimberley sprach sich heute offen dahin aus, daß er nicht in der Lage sei, irgendwelche Vorschläge wegen des eventuellen künftigen Schicksals von Samoa zu machen. Er begreife, daß wir nicht in die Abtretung an England willigen wollten; auf der anderen Seite sei die Strömung in Australien und in der hiesigen kolonialen Partei gegen Abtretung an uns so stark, daß die Regierung darauf Rücksicht nehmen müsse. Er schlage daher vor, mit der weiteren Erörterung der Frage noch zu warten, bis wenigstens feststehe, ob Amerika sich wirklich zurückziehen wolle.

Der Premierminister, welchen ich hierauf aufsuchte, versicherte mir zunächst, daß er die Sache nur oberflächlich kenne, da Earl of Kimberley ihm noch kein Wort darüber gesagt habe. Als ich ihm Sachlage erklärte, fügte er hinzu, die Bewegung in Neu-Seeland zugunsten Annexion von Samoa habe keine Bedeutung und brauche uns nicht zu beunruhigen, da man dies hier nicht zugeben würde. Dagegen müsse die Regierung auch mit der starken kolonialen Strömung gegen Annexion der Insel durch uns rechnen. Das beste, falls Amerika sich wirklich zurückziehe, würde daher Fortsetzung des Kondominiums zu zweien über Samoa sein.

Ich glaube nicht, daß sich an dieser abwartenden Haltung durch weitere Erörterung vorläufig etwas ändern läßt. Darüber habe ich keinen Zweifel gelassen, daß wir Annexion durch England keinenfalls zugeben könnten.

Aus Äußerungen Earl of Kimberleys hatte ich den Eindruck, daß er das mögliche Ausscheiden Amerikas wegen der dadurch entstehenden Schwierigkeiten beklagt und Neigung hat, in Washington davon abzuraten.

Hatzfeldt

Nr. 2028

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Schwartzkoppen

K 67 Berlin, den 2. Mai 1894

In dem gefälligen Bericht vom 23. v. Mts. — Nr. 248* — hatten Ew. pp. unter anderem darauf hingewiesen, daß Lord Kimberley es als erwünscht bezeichnet habe, wenn wir uns mit England vorläufig über

* Siehe Nr. 2025.

eine gemeinschaftliche Haltung in den Teilen von Afrika, namentlich in Togo, einigen könnten, wo wir gemeinschaftliche Interessen und gleichzeitig die Möglichkeit hätten, weiterem Vordringen der Franzosen mit vereinten Kräften entgegenzuarbeiten. Was das deutsch-englische Vorgehen in Togo betrifft, worauf sich zuletzt der Erlaß vom 1. Juli v. Js. bezog, so beehre ich mich, Ew. pp. ergebenst mitzuteilen, daß der hiesige englische Botschafter vor einiger Zeit auf die Angelegenheit zurückgekommen war; dieselbe ist schließlich besonders auch mit Rücksicht auf die inzwischen mit der französischen Regierung wegen der Abgrenzung in Kamerun gepflogenen Verhandlungen von hier aus dilatorisch behandelt worden. Abschrift der betreffenden Note Sir Edward Malets vom 29 Dezember v. Js. und meiner Antwort vom 8. März d. Js. erlaube ich mir zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst beizufügen. Ein Anlaß, England gegenüber in dieser Frage eine entgegenkommendere Haltung einzunehmen, liegt für uns aus den Ew. pp. bekannten Gründen zurzeit nicht vor. Marschall

Nr. 2029

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi*

Entzifferung

Nr. 284 London, den 10. Mai 1894

Bei flüchtigem Zusammentreffen sprach der Premierminister mich heute bei Hofe an und stellte die Frage: „Wie geht es mit den Geschäften?“ Ich fragte dagegen: „Welche Geschäfte meinen Sie?“ Als er erwiderte: „Ich meine die Geschäfte überhaupt zwischen uns“, bemerkte ich: „Sie gehen überhaupt nicht.“ Nach kurzem Nachsinnen fügte Lord Rosebery hinzu: „Ich bitte Sie, drängen Sie nicht wegen Samoa und seien Sie überzeugt, daß unsere Schwierigkeiten in der Sache hier ebenso groß sind als diejenigen, die sie Ihrer Regierung bereitet. Es gibt nur einen Ausweg, und der ist, die Dinge in Samoa zu lassen wie sie sind.“ Ich erwiderte: „Wir drängen nicht wegen Samoa und haben nur hier sagen müssen, daß wir etwaiges Vorgehen von Neu-Seeland dort nicht akzeptieren könnten. Sie haben mir neulich versichert, daß Sie solches Vorgehen Ihrer Kolonien nicht zugeben würden, und ich habe dies meiner Regierung gemeldet.“

Der Minister bestätigte mir die Richtigkeit dieser Meldung und wiederholte dabei, daß die englische Regierung das fragliche Vorgehen nicht gestatten werde. Graf Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen von Caprivi:

Seiner Majestät vorgetragen. Allerhöchstdieselben wollen, daß
1. unsere Ansprüche Neu-Seeland gegenüber aufrecht erhalten werden;
2. daß abgewartet werde, wie Amerika verfährt und

* Des Zusammenhangs wegen vor das folgende Schriftstück gesetzt.

3. daß, wenn Amerika aus dem Vertrag ausscheidet, dieser als auch für uns nicht mehr bindend angesehen und versucht werde, in Unterhandlungen mit England die deutschen Ansprüche an Samoa in möglichst weitem Umfange zur Geltung zu bringen. v. Caprivi 14/5. 94.

Nr. 2030

Der Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 68 Brüssel, den 1. Mai 1894

Vertraulich

Die Haltung der französischen Presse, seitdem die hiesigen Verhandlungen zwischen den Delegierten des Kongostaates und Frankreichs* abgebrochen sind, flößt in den der belgischen Regierung nahestehenden Kreisen eine gewisse Besorgnis ein. In den Artikeln des „Temps" wird die Sprache, welche Herr Hanotaux in der Konferenz führte, wiedererkannt. Auch ist hier bekannt geworden, daß der Korrespondent des „Temps", M. Villain, während seiner Anwesenheit in Brüssel einen besonders intimen Verkehr mit der der Kongoregierung notorisch feindlich gesinnten Redaktion der radikalen „Réforme" gepflogen hat. Besonders unangenehm berühren hier die gehässigen Artikel des „Temps" noch deshalb, weil sie die Person des Königs in rücksichtslosester Weise in die Polemik hineinziehen und höchstdenselben für das Scheitern der Konferenz verantwortlich machen. Die in jene Artikel verflochtenen Drohungen lassen hier annehmen, daß man sich einer unangenehmen Überraschung von französischer Seite zu versehen habe.

Unter diesen Umständen liegt es nahe, daß seitens der Kongoregierung darauf Bedacht genommen wird, einen solchen von französcher Seite geführten Streich zu parieren, bzw. ihm zuvorzukommen, und Andeutungen, welche ich von zuverlässiger Seite erhalten habe, geben mir Grund zur Annahme, daß in dieser Beziehung ein Ereignis sehr nahe bevorsteht, von dem hier vorausgesehen wird, daß es in Frankreich sehr unangenehm empfunden werden werde. Da es mir nicht gelang, eine Präzisierung dieser Andeutungen zu erhalten, so kann

* Nachdem schon seit längerer Zeit zwischen Frankreich und dem Kongostaat ernstliche Schwierigkeiten in bezug auf die Gebietsgrenzen im Ubangibecken geherrscht hatten, waren am 16. April 1894 in Brüssel Delegierte Frankreichs und des Kongostaates, darunter der Direktor der Handelsabteilung des französischen Ministeriums des Äußern Hanotaux auf der einen, der Minister des Äußern des Kongostaats Graf de la Grelle auf der anderen Seite zum Zweck einer kommissarischen Beratung zusammengetreten, die indessen schon am 24. April ergebnislos abgebrochen wurde.

ich daran nur Konjekturen knüpfen und glaube dieselben auf folgende Eventualitäten beziehen zu sollen:

Die eine würde die Beschleunigung der Annexion des Kongostaates an Belgien sein, für welche aber, abgesehen von verfassungsmäßigen Bedenken, die jetzige Kammersession nicht die Zeit bieten würde; dazu kommt, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die gegenwärtige Stimmung im Lande dafür eine besonders günstige sein würde.

Demnach böte eine andere Eventualität, nämlich eine Verständigung mit der englischen Regierung über die Gebiete im Nordosten, westlich vom Albertsee und dem oberen Nil, mehr Wahrscheinlichkeit und würde in Frankreich jedenfalls noch empfindlicher sein. Die bevorstehende Diskussion über die Ugandafrage im englischen Unterhause dürfte vielleicht eine passende Gelegenheit bieten, über eine solche Abmachung Licht zu verbreiten.

Alvensleben

Nr. 2031

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Schwartzkoppen

K 74 — Berlin, den 10. Mai 1894
Vertraulich — [abgegangen am 12. Mai]

Ew. pp. beehre ich mich mit allerhöchster Beistimmung den in Abschrift beifolgenden Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Brüssel vom 1. d. Mts. betreffend die Beziehungen Frankreichs zum Kongostaat* zur gefälligen vertraulichen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden Der Inhalt des Berichtes ist insofern bereits überholt worden, als nach den inzwischen eingegangenen und Ew. pp. mitgeteilten telegraphischen Meldungen des Grafen von Alvensleben in der Tat eine Vereinbarung zwischen England und dem Kongostaat zustande gekommen zu sein scheint**.

Indem England die Gebiete am oberen Nil dem Kongostaate überläßt, verfolgt es offenbar den Zweck, den letzteren als Zwischenglied

---

* Siehe Nr. 2030.

** Siehe den Wortlaut des vom 12. Mai datierten Vertrages in „Das Staatsarchiv" Bd. 57, S. 24 f. Der für Deutschland besonderes Interesse beanspruchende Artikel III lautete: „Der Unabhängige Kongostaat gibt Großbritannien in Pacht zur Verwaltung, sobald es ihn besetzt, unter den nachstehend festgesetzten Bedingungen und für die bestimmte Zeit einen 25 Kilometer breiten Landstrich, der sich vom nördlichen Hafen am Tanganyika, einschließlich dieses Hafens bis zu dem südlichsten Punkte am Albert-Edward-See erstreckt. Diese Pacht wird dieselbe Dauer haben wie diejenige, welche für die westlich vom 30. Meridian östlicher Länge v. Gr. gelegenen Länder festgesetzt ist."

den französischen Ausdehnungsbestrebungen gegenüber vorzuschieben, und es mag dabei auch der Umstand mitgewirkt haben, daß Deutschland diese Rolle durch den Kameruner Abgrenzungsvertrag mit Frankreich abgelehnt hat.

Im übrigen dürfte es fraglich erscheinen, ob der als neutraler Staat innerhalb fest bestimmter Grenzen anerkannte Kongostaat ohne weiteres als berechtigt gelten kann, seine Grenzen beliebig auszudehnen. Seitens Frankreichs wird dieses Recht vermutlich bestritten werden, und es wird sehr zu erwägen sein, ob Deutschland ein Interesse daran hat, die Stellung des Kongostaates zu stärken, wenn derselbe nunmehr als Puffer zwischen England und Frankreich dienen soll.

Marschall

Nr. 2032

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Brüssel Grafen von Alvensleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 35 Berlin, den 25. Mai 1894

Bitte mit Bezug auf frühere Zusagen von Kongostaat schriftliche Erklärung zu erwirken, daß die Artikel III an England abgetretene Straße sich von unserer Grenze mindestens 20 Kilometer fernhält. Wir rechnen darauf im Hinblick auf unsere dem Kongostaat bisher gewährte Unterstützung*. Ew. pp. wollen erforderlichenfalls andeuten, daß wir eventuell alles versuchen würden, um das Abkommen zwischen Kongo und England zu Falle zu bringen. Drahtantwort.

Marschall

Nr. 2033

Der Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Brüssel, den 26. Mai 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 35**.

König Leopold zeigt größte Bereitwilligkeit, unserem Wunsch zu entsprechen, hält es indessen für nötig, vor Abgabe der schriftlichen Erklärung sich mit England zu benehmen, von wo er keine Schwierigkeiten voraussieht. Er gibt anheim, daß gleichzeitig auch deutscherseits dort Schritte geschehen, und dabei versichert werde, daß die Kongoregierung der verlangten Entfernung von unserer Grenze zustimme.

Alvensleben

* Vgl. darüber Kap. LIV, A, Nr. 1993.
** Siehe Nr. 2032.

Nr. 2034

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Brüssel Grafen von Alvensleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 37 Berlin, den 27. Mai 1894

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 35*.

Durch Artikel III des Vertrages beabsichtigt Kongostaat eine Veränderung des mit uns am 8. November 1884 geschlossenen Vertrages eintreten zu lassen. Deutschland hat ein Recht darauf, daß dies nicht ohne seine Zustimmung und jedenfalls unter Wahrung seiner Interessen geschieht. Unser Gegenkontrahent ist der Kongostaat, von welchem wir Erfüllung der von ihm übernommenen internationalen Pflichten zu verlangen haben. Seine Sache ist es, sich mit England zu verständigen.

Ew. pp. wollen unter Geltendmachung obiger Punkte und unter Hinweis auf die ungünstige Aufnahme, welche die fragliche Bestimmung in unserer öffentlichen Meinung gefunden hat, unsere Forderung bestimmt aufrecht erhalten und auf Erteilung einer alsbaldigen schriftlichen Erklärung bestehen. Sie sind ermächtigt, erforderlichenfalls auch Seiner Majestät dem König gegenüber hervorzuheben, daß, wenn Kongostaat im Widerspruch mit seiner Neutralität sich hergibt, der englischen Aggressivpolitik in Afrika Vorschub zu leisten, Deutschland an der Existenz des Kongostaats kein Interesse hat und französische Nachbarschaft vorziehen würde.

Marschall

Nr. 2035

Der Reichskanzler Graf von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Privatschreiben. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 28. Mai 1894

Euere Exzellenz würden mich zu Dank verpflichten, wenn Sie die Güte hätten, mir mit dem rückkehrenden Kurier Ihre Ansichten über die weitere Behandlung der Samoafrage mitzuteilen. Ich brauche Ihnen den Wert, den eine die öffentliche Meinung befriedigende definitive Lösung derselben für uns haben würde, nicht auseinanderzusetzen. Wie ich aus Euerer Exzellenz Bericht entnehme, haben wir bei der gegenwärtigen englischen Regierung auf wohlwollendes Entgegenkommen nicht zu rechnen; wahrscheinlicher ist, daß Lord Kimberley

---

* Siehe Nr. 2032.

die Zeit nutzt, um auch die Amerikaner unseren Wünschen ungünstiger zu stimmen. Es findet [sich] deshalb hier die Ansicht vertreten: es sei rätlich, schnell ein fait accompli zu schaffen. Die Möglichkeit hierzu wird in dem Umstande gefunden, daß in nächster Zeit drei deutsche Kreuzer in Valparaiso verfügbar sein werden, so daß wir mit den zwei schon vor Apia liegenden auf fünf, allenfalls durch noch ein Schiff von China, auf sechs Kriegsschiffe in Samoa kommen könnten. Jedoch ist ein überraschendes Handeln ausgeschlossen, und selbst wenn wir auf diesem Wege ein fait schafften, würde es nicht accompli sein, England würde unseren Erfolg immer wieder in Frage stellen können. Ich gehe von der Ansicht aus, daß wir ernstere Verwicklungen mit England vermeiden müssen, vollends um Samoas willen, das uns nichts einbringt und weit außerhalb unserer Machtsphäre liegt. Die Handels- und Plantagengesellschaft selbst wünscht unser bewaffnetes Einschreiten nicht, die Kraft von einem halben Dutzend Kreuzern reicht nicht weit in das Innere der Inseln, und die unsere Herbst- und Wintermonate treffende Saison der Taifuns legt unserer militärischen Tätigkeit Beschränkungen auf, durch die gewonnene Resultate immer wieder in Frage gestellt werden. Gehen wir aber einmal mit einer größeren Zahl von Schiffen nach Samoa, so müssen wir irgendeinen achtbaren Erfolg haben, wir dürfen nicht mit leeren Händen wiederkommen, wenn nicht unsere öffentliche Meinung sich erst recht gegen die Regierung wenden soll.

Man ist deshalb auf den Gedanken gekommen, die Samoaner zu entwaffnen. Wir würden in dem dauernden Schutz deutscher Personen und deutschen Eigentums ein vertretbares und auch von England kaum anzufechtendes Motiv finden und hoffen können, den ewigen Kriegen der Samoaner und den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Auf seiten unserer Marine glaubt man an den Erfolg solchen Unternehmens. Ich persönlich habe Zweifel daran, hauptsächlich weil ich annehme, daß die Einwohner, sowie sie die Absicht merken, ihre Waffen weit genug in das Innere der Inseln bringen werden, um der Verfolgung durch die Schiffsbesatzungen nicht ausgesetzt zu sein. Überdies würden wir dabei keine der sich zurzeit bekriegenden Parteien für uns haben, wir würden keine geneigt finden, sich wehrlos zu machen, auch würden die abgenommenen Waffen in einiger Zeit im Wege des Schmuggels ersetzt werden. Ich kann mir von solchem Entwaffnungsversuch keinen Erfolg versprechen, der wahrscheinlich und durchschlagend genug wäre, um ihn als einen Abschluß der jetzigen unhaltbaren Zustände anzusehen und unsere öffentliche Meinung zu befriedigen. Ein anderes mehr Erfolg versprechendes Objekt für eine militärische Aktion vermag ich aber nicht zu finden. Wir können die drei Schiffe von Amerika nach Samoa schicken, um einen höheren Grad von Sicherheit für die Deutschen zu erreichen, wir werden aber, wie mir scheint, für weiteres auf Verhandlungen mit England angewiesen bleiben, wenn auch dieser Weg weitläufig und unsicher bleibt, und nach der im Tele-

gramm Nr. 70 ausgesprochenen Ansicht Euerer Exzellenz sich zunächst an unserer abwartenden Haltung nichts ändern läßt.

Ist das richtig, so entsteht die weitere Frage, welche diplomatischen Mittel stehen uns zur Verfügung, um England unseren Wünschen nachgiebiger zu stimmen? Ich nehme an, daß wir nicht gut tun würden, unsere allgemeine, auf die Annäherung Englands an Italien gerichtete Politik zu ändern, wogegen es mir unbedenklich scheinen würde, in unserer Kolonialpolitik eine stärkere Abwendung von England und Annäherung an Frankreich zu markieren. Der neue Vertrag Englands mit dem Kongostaat kann ohnehin dazu führen.

Ich würde meinen, daß wir auf alle Fälle, auch wenn wir Schiffe nach Samoa schicken, das England mitteilen sollten. Noch ist Amerika von dem Vertrage nicht zurückgetreten, und müssen wir den Schein eines Vertragsbruches vermeiden. Den Vorschlag, den Lord Rosebery berührt hat, ein Kondominium zu zweien einzurichten, würden wir nicht annehmen können, eher würden wir eine Teilung der Inseln, so daß wir Upolu, England Sawaii und Amerika Tutuila erhielte, diskutieren können, indes auch das wäre ein wenig erwünschter Ausweg.

Euere Exzellenz bitte ich, diese meine Äußerungen, die der Bestätigung durch Seine Majestät noch entbehren, als persönliche anzusehen und mir Ihre für mich wertvollen Ratschläge ebenso zukommen zu lassen. Die Sache kann einen hohen Wert bekommen und entscheidende Entschlüsse schon in nächster Zeit fordern.

v. Caprivi

Nr. 2036

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Berlin, den 30. Mai 1894
[abgegangen am 31. Mai]

Die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen der Kaiserlichen Regierung und dem früheren englischen Kabinett bestanden haben, sind durch die unfreundliche Haltung, welche Lord Rosebery in kolonialen Fragen Deutschland gegenüber beobachtet, zu unserem Bedauern zeitweilig erkaltet. Die Beschwerdepunkte in dieser Beziehung sind zahlreich. Schon aus den Tagesblättern geht hervor, wie wenig Entgegenkommen Deutschland in der samoanischen Frage bei England findet, wiewohl gerade bei dieser die deutschen Interessen im Handel und in den Plantagen im Vergleich zu den englischen das Übergewicht haben. Auch das neueste Abkommen, welches Großbritannien mit dem Kongostaat abgeschlossen hat, bekundet die feindselige Absicht der

englischen Regierung, die deutschen Besitzungen in Ostafrika zu umzingeln, um den Handel von ihnen abzulenken.

Eine Veranlassung zu diesem unfreundlichen Vorgehen ist seitens der Kaiserlichen Regierung nicht gegeben, die sich vielmehr seit Beginn der deutschen Kolonialpolitik bemüht hat, selbst unter Opfern ein freundschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten.

Ew. ersuche ich ergebenst, möglichst bald eine Gelegenheit zu suchen, um gesprächsweise Baron Blanc auf die vorstehenden Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Ich überlasse es Ihrem gefälligen Ermessen, ob Sie bei diesem Anlaß Ihre persönliche Ansicht dahin äußern wollen, wie es Ihnen nach Lage dieser Verhältnisse unwahrscheinlich erscheint, daß die Kaiserliche Regierung vor einem befriedigenden Austrag der mit dem englischen Kabinett bestehenden Differenzpunkte angesichts der in Parlament und Presse zutage getretenen öffentlichen Meinung irgendwelche Bestrebungen unterstützen könnte, bei denen Großbritannien beteiligt ist.

Marschall

Nr. 2037

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Schwartzkoppen

K. 86 Berlin, den 31. Mai 1894

Über die Stellung, welche wir dem zwischen England und dem Kongostaate am 12. d. Mts. geschlossenen Abkommen gegenüber einnehmen, sind Ew. pp. bereits unterrichtet. Wir sehen die Beeinträchtigung unserer Interessen insbesondere in der in Artikel III des Vertrages in Aussicht genommenen Abtretung eines Landstreifens zwischen dem Tanganika- und Albert-Edward-See, durch welche unserem deutschostafrikanischen Schutzgebiete die Gefahr einer allseitigen Umklammerung durch englisches Gebiet droht. Bei der wenig freundlichen Haltung, welche die englische Regierung unseren kolonialen Bestrebungen gegenüber einnimmt, ist anzunehmen, daß eine etwaige englische Grenznachbarschaft in dem in Rede stehenden Gebiete zu unerwünschten Reibungen führen und dazu dienen würde, den Handel von unseren Besitzungen in jener Zone abzulenken. Wir müssen daher Wert darauf legen, die bestehende Grenze mit dem Kongostaate beizubehalten, und haben aus diesem Grunde die Ew. pp. bekannten Schritte bei der Regierung des Kongostaates getan, welcher übrigens früher jede Absicht einer derartigen Gebietsabtretung uns gegenüber in Abrede gestellt hatte.

Über den vorläufigen Eindruck, welchen die Veröffentlichung des Vertrages in der Brüsseler Presse gemacht hat, ist von dem Kaiserlichen Gesandten der zur gefälligen Kenntnisnahme in Abschrift beifolgende Bericht vom 25. d. Mts. erstattet worden. Nach dem letzten telegraphischen Berichte des Grafen von Alvensleben ist zu erwarten, daß der Kongostaat unseren Wünschen entsprechen wird.

Marschall

Nr. 2038

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Staatssekretär des Kongostaates in Brüssel Grafen von Grelle-Rogier

Konzept

Berlin, den 1. Juni 1894

Graf Alvensleben hat das Schreiben, welches Euer Exzellenz unterm 29. v. Mts.* an ihn gerichtet haben, zu meiner Kenntnis gebracht, und ich habe namens der Kaiserlichen Regierung davon Akt genommen, daß nach der von der Regierung des Unabhängigen Kongostaats gegebenen Zusicherung bei einer etwaigen pachtweisen Überlassung eines 25 Kilometer breiten Streifens zwischen dem Albert-Edward-See und dem Tanganika-See an Großbritannien die östliche Grenze dieses Streifens sich mindestens 20 Kilometer von den deutschen Besitzungen entfernt halten soll.

Im Hinblick darauf, daß nach dem Vertrage vom 8. November 1884 für die auf dem erwähnten Gebietsstreifen ruhenden Verpflichtungen die Regierung des Unabhängigen Kongostaats insolange haftet, bis dieselben mit Zustimmung Deutschlands auf den neuen Erwerber übergegangen sind, erwartet die Kaiserliche Regierung, daß sie vor Überlassung des Landstreifens an Großbritannien von der Regierung des Unabhängigen Kongostaats so rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden wird, daß sie ihre vertragsmäßig gesicherten Rechte und sonstigen Interessen zu wahren in der Lage ist.

Die Kaiserliche Regierung wird ihre hierauf bezüglichen Ansprüche geltend machen, sobald ihr die amtliche Mitteilung von der bevorstehenden Ausführung der beabsichtigten Gebietsabtretung zugegangen sein wird.

Bis dahin behält sich die Kaiserliche Regierung die vollständige Freiheit ihrer Aktion vor.

Marschall

---

* Abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 28.

Nr. 2039

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Privatschreiben. Ausfertigung

Geheim London, den 1. Juni 1894

Euerer Exzellenz beehre ich mich, nachdem ich die mir gestellte schwierige Frage* in reifliche Erwägung gezogen, meine Auffassung derselben nachstehend gehorsamst vorzutragen.

Zunächst glaube ich, weil dadurch die heutige Sachlage deutlicher wird, mit einigen Worten auf die Vergangenheit zurückgehen und hervorheben zu dürfen, daß es, seitdem ich den hiesigen Posten übernommen habe, eine Zeit gegeben hat, wo das englische (konservative) Kabinett mit der Übertragung der vorläufigen Verwaltung Samoas an Deutschland im Prinzip einverstanden war. Es war mir damals unter der Hand und unter Zusicherung vorläufiger Diskretion gelungen, die Zustimmung Lord Salisburys zu erwirken, welcher gleichzeitig eine diesem Plan günstige Haltung in Washington in Aussicht stellte. Es ist nicht zu meiner Kenntnis gelangt, weshalb wir von diesen unerwartet günstigen Dispositionen Englands damals keinen dauernden Vorteil gezogen haben, indem wir, wenn sich in Washington kein Einverständnis erzielen ließ, ein durch die fortgesetzten, namentlich für deutsche Interessen bedrohlichen Unruhen motiviertes fait accompli herbeiführten, gegen welches England damals keinen ernstlichen Widerspruch erhoben hätte. Ich bin daher auf die Vermutung beschränkt, daß Fürst Bismarck entweder aus Gründen innerer Politik einen solchen Schritt nicht für ratsam hielt, oder daß er in dem damaligen leidenschaftlichen Widerspruch der Amerikaner die Gefahr einer ernsten Verwickelung erblickte, mit welcher der Vorteil einer dauernden Erwerbung Samoas nicht im Verhältnis zu stehen schien.

Ohne mir irgendeine Kritik dieser Politik zu gestatten, für welche die entscheidenden Gründe nicht klar vor mir liegen, glaube ich doch die Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß die Vereinigten Staaten uns Samoas wegen weder den Krieg erklärt, noch, wenn unser Vorgehen in Samoa auch damals wohl eine gewisse Aufregung und viel Geschrei hervorgerufen hätte, uns sonstige ernste und dauernde Nachteile deshalb bereitet haben würden.

Wenn diese Voraussetzung aber richtig ist, dürfte es um so mehr zu bedauern sein, daß die damalige Konjunktur unbenutzt vorüberging, als sich die Situation, soweit England dabei in Betracht kommt, seitdem für unsere gerechten Wünsche in bezug auf Samoa fortgesetzt ungünstiger gestaltet hat. Das Interesse gewisser englischer Kolonien an Sa-

---

* Vgl. Nr. 2035.

moa, obwohl durch die Umstände wenig gerechtfertigt, hat zugenommen und findet hier Unterstützung in den sehr zahlreichen Kreisen, welche von der Ansicht ausgehen, daß der erste Anspruch auf jedes etwa erreichbare koloniale Objekt zunächst England zusteht. Selbst Lord Salisbury, dessen Wunsch, uns entgegenzukommen, nicht bezweifelt werden kann, vermochte sich dem wachsenden Druck dieser Umstände zuletzt nicht mehr zu entziehen. Als vor einigen Jahren, während er noch an der Spitze der Regierung stand, die Samoafrage einmal gesprächsweise zwischen uns berührt wurde, sagte er mir ganz offen, daß er jetzt gegen diesen Druck nicht mehr würde aufkommen können, und, nachdem wir die günstige Konjunktur versäumt, beim besten Willen nicht mehr in der Lage sein würde, etwaige deutsche Ansprüche auf Samoa zu fördern.

Wenn jener Staatsmann, welcher schon aus politischen Rücksichten großen Wert auf unsere Freundschaft legte, sich nicht mehr stark genug glaubte, eine Abtretung der Insel an uns den Kolonien gegenüber und hier zu vertreten, so ist die Situation heute insofern noch bei weitem ungünstiger, als das jetzige englische Kabinett noch viel schwächer als sein Vorgänger und unbedingt darauf angewiesen ist, sorgfältig alles zu vermeiden, was die Zahl seiner Gegner im Parlament und außerhalb desselben vermehren könnte. Dazu kommt noch, daß wir im Kabinett selbst einzelne politische Gegner haben, welchen zum mindesten nichts daran liegt, uns auf Kosten ihrer Popularität unter ihren radikalen Anhängern gefällig zu sein. Es würde daher Lord Rosebery, selbst wenn er es aufrichtig wollte, gewiß nicht leicht werden, seine Kollegen von der Notwendigkeit der Abtretung Samoas an Deutschland zu überzeugen. Aber — bei der Verantwortlichkeit, die in dieser Frage auf meinen Schultern ruht, glaube ich Eurer Exzellenz gegenüber auch meine Eindrücke vertraulich ganz offen wiedergeben zu müssen — ich glaube auch nicht einmal an den wirklichen guten Willen des Premierministers, uns in kolonialen Fragen irgendeinen wesentlichen Vorteil zuzuwenden. Nach meiner festen Überzeugung war es von vornherein ein Mißgriff des Grafen Herbert Bismarck, diesem englischen Staatsmann durch die ihm zugewandte und geschickt ausgebeutete Freundschaft des vormaligen Herrn Reichskanzlers eine erhöhte politische Bedeutung zu geben*. Ich kenne den Charakter des Premierministers nach achtjähriger Beobachtung ziemlich genau und weiß, was wir von ihm zu erwarten haben. Politisch habe ich seine Ernennung zum Auswärtigen Minister insofern als ein erfreuliches Ereignis begrüßt und gute Beziehungen mit ihm befürwortet, weil er unter den Anhängern Gladstones der einzige fähige Staatsmann war, von welchem keine ernstliche Abweichung von der auswärtigen Politik Lord Salisburys, namentlich keine Hinneigung zu Frankreich, zu befürchten war. Die Schwäche, die er

* Vgl. dazu Bd. IV, Kap. XXI und XXIII.

nachher in auswärtigen Fragen an den Tag gelegt hat*, ließ sich damals nicht voraussehen. Besondere Gefälligkeiten gegen Deutschland habe ich aber nie von ihm erwartet und erwarte sie heute um so weniger, als seine mir bekannte übergroße persönliche Empfindlichkeit durch unsere Ablehnung einiger von ihm geäußerter Wünsche, z. B. die Legung der von Mr. Rhodes verlangten Telegraphenleitung durch unser ostafrikanisches Gebiet und kürzlich durch unsere Haltung in der ägyptischen Konversionsfrage**, aufs neue geweckt worden ist. Er glaubt dabei ganz naiv, daß er uns mit Liebenswürdigkeiten überhäuft hat, indem er die Anwerbung einiger Kulis in Singapore, allerdings nicht ohne Mühe, hier durchsetzte*** und die Nigergesellschaft veranlaßte, eine deutsche Expedition, von welcher man hier offenbar eine Unterstützung gegen französische Expansionsgelüste erwartete, freundlich aufzunehmen und durchzulassen. Zu alledem kommt aber noch, soweit die kolonialen Beziehungen in Betracht kommen, daß Lord Rosebery, wie ich mit Bestimmtheit weiß, der Ansicht ist, daß sein Vorgänger, Lord Salisbury, in dem kolonialen Abkommen, welches wir mit letzterem im Jahre 1890 abgeschlossen haben, uns zu große Zugeständnisse gemacht habe, die er, Lord Rosebery, uns nicht bewilligt haben würde. pp.

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß die Gereiztheit Lord Roseberys gegen uns zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß wir seinen Insinuationen über politische Verständigungen im Mittelmeer usw.† kein williges Ohr geliehen haben, und er mag auch den Eindruck haben, daß seine Versuche, Österreich in das englische Interesse zu ziehen, an unserer Enthaltung, vielleicht sogar an unserer Einwirkung in Wien gescheitert sind. Bei dem Wert, den er offenbar darauf legte, den eventuellen Kampf mit Frankreich um das Mittelmeer auf den Dreibund abzuschieben und sich dadurch freie Hand gegen Rußland zu schaffen, wäre es möglich, daß er sich durch die Aussicht, dabei jetzt unsere Unterstützung zu finden, bewegen ließe, uns auf kolonialem Gebiet, namentlich in bezug auf Samoa, mehr Entgegenkommen zu zeigen. Aber Ew. Exzellenz werden gewiß der Ansicht sein, die ich vollkommen teile, daß dieser Preis doch ein zu hoher für Samoa sein würde.

Für meine Person — dies darf ich bei dieser Gelegenheit wohl zur Erläuterung meines ganzen Standpunktes hinzufügen — habe ich es seit Jahren als meine Aufgabe betrachtet, den Engländern die politische Annäherung an Österreich und Italien, damit auch an den Dreibund, annehmbar zu machen, und würde dies auch heute noch für einen großen politischen Vorteil halten. Es erscheint mir auch nicht ausge-

* Hatzfeldt denkt wohl vor allem an den englisch-französischen Konflikt in der Siamfrage; vgl. Kap. LII.

** Vgl. Kap. LIII, A, Nr. 1848.

*** Vgl. Nr. 2019.

† Vgl. darüber Kap. LV, C.

schlossen, daß die Verhandlung zwischen Lord Rosebery und dem Grafen Kálnoky zu einem vorteilhaften Ergebnis führen konnte, wenn letzterer dies ernstlich wollte und den richtigen Weg einschlug. Vor allem mußte er dem englischen Minister von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß weder Österreich noch seine Bundesgenossen sich auf einen marché de dupes einlassen und nur Verpflichtungen ohne die entsprechenden Rechte übernehmen würden. Graf Deym* hatte aus der ganzen Haltung Lord Roseberys den Eindruck, den er mir vertraulich mitteilte, daß der Minister, um seinen Zweck zu erreichen, viel größere Konzessionen machen und namentlich auch die Reziprozität zugestehen würde.

Wie dem aber auch sein möge, ich glaube nicht, daß es unserer Stellung wie unserer Politik entsprechen würde, im vorliegenden Falle politische Konzessionen anzubieten und überhaupt eine Vermischung der politischen und kolonialen Fragen in unsern Beziehungen zu England zu erleichtern. Es ist meines gehorsamsten Erachtens zu bedauern, daß sich die Rückwirkung kolonialer Mißhelligkeiten auf unsere politischen Beziehungen zu England nicht ganz ausschließen läßt, und wir müssen dies nach Möglichkeit fernzuhalten suchen. Vorläufig sehe ich noch keine Gefahr, daß England in etwaigen kolonialen Streitigkeiten mit uns ein Motiv erblicken wird, eine veränderte Politik gegen Italien einzuschlagen.

Dagegen liegen die Umstände für den zweiten Weg**, der England gegenüber für uns in Frage kommen kann, unerwartet günstig und bieten uns die Mittel, an verschiedenen Punkten einen wirklich fühlbaren Druck auszuüben, was bis jetzt nicht geschehen oder hier noch nicht hinreichend verstanden worden ist. Abgesehen von Ägypten, wo wir aus sachlichen Gründen allen englischen Maßregeln entgegentreten und dadurch allein den französischen Einfluß steigern und in einer für England recht unbequemen Weise ermuntern können, hat das englische Kabinett uns durch seinen Vertrag mit dem Kongostaat eine neue Handhabe geboten, ihm die Nachteile unserer Verstimmung klar zu machen. Die Aufregung in Paris über die angeblich dort erlittene Unbill scheint sich keineswegs zu legen, und die Genugtuung darüber, daß wir in dieser Frage nicht auf seiten Englands stehen, spricht sich in der französischen Presse deutlich aus. Wenn wir in Brüssel nicht nur die Verlegung der den Engländern gegen unser Interesse eingeräumten Straße, sondern die Berufung einer Konferenz zur Entscheidung der ganzen

---

* Der österreich-ungarische Botschafter in London.

** Den ersten Weg, auf dem England zu einem Entgegenkommen gegen die deutschen Samoa-Wünsche gebracht werden könne, hatte Graf von Hatzfeldt, der politische Konzessionen nicht für ratsam hielt, in dem Anbieten kolonialer Kompensationen gesehen, aber gleich bemerkt, daß „keine Objekte kolonialer Natur vorhanden sind, die wir abtreten könnten, ohne größeren Schaden zu erleiden, als Samoa überhaupt wert ist“.

Frage verlangen, oder ein solches Verlangen Frankreichs unsererseits unterstützen, so wird man hier doch ernstlich darüber nachdenken müssen, wohin es führen kann, wenn Frankreich sich nunmehr in seinem Rücken frei weiß, falls es sich mit verstärkten Reklamationen gegen England wendet, in Ägypten, wo die Sachen schon jetzt für England nicht so glatt liegen, eine energische Sprache führt, in Siam die etwa zugesagte Räumung der noch besetzten Provinzen wie die definitive Formation des buffer state ablehnt und in Afrika auf allen Punkten, wo es dies vermag, ohne Rücksicht auf englische Interessen und Ansprüche vorgeht.

Dies ist daher meines gehorsamsten Erachtens der Weg, auf dem wir einen Druck ausüben und England vielleicht gefügiger machen können, vorausgesetzt, daß wir etwas Zeit vor uns haben, um die naturgemäß nur allmählich eintretenden Wirkungen dieses Verfahrens auf das englische Kabinett abzuwarten. pp. P. Hatzfeldt

---

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Vorzüglich.
Entspricht völlig meinen Anschauungen, und ist unsere Politik so einzurichten, wie hierorts empfohlen, und zwar zunächst auf dem ersten Weg „Egypten". W.

Nr. 2040

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den englischen Staatssekretär des Auswärtigen Lord Kimberley*

Note. Entwurf von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

London, den 3. Juni 1894

Nachdem meine hohe Regierung aus den öffentlichen Blättern Kenntnis davon erhalten hat, daß in einem zwischen der Königlich Großbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaats geschlossenen Vertrage eine Bestimmung vereinbart worden sei, wonach ein zwischen dem Albert-Edward-See und dem Tanganikasee belegener Landstreifen der Königlich Großbritannischen Regierung pachtweise abgetreten werden soll, hat die Kaiserliche Regierung behufs Wahrung der ihr durch den Vertrag mit dem Kongostaate vom 8. November 1884 zugesicherten Rechte bei der Regierung dieses Staates Einspruch eingelegt und hierbei insbesondere hervorgehoben, daß die durch jenen Vertrag zwischen den deutschen Besitzungen und dem Kongostaat festgesetzten Grenzen ohne Zustimmung der Kaiserlichen Regierung einseitig nicht abgeändert werden können.

Die Regierung des Unabhängigen Kongostaates hat die Berechtigung dieses Anspruches anerkannt und dies in dem abschriftlich beigefügten an den Kaiserlichen Gesandten in Brüssel gerichteten Schreiben

* Bereits abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 29f. Der Entwurf wurde dem Grafen Hatzfeldt mit Erlaß K 90 vom 1. Juni übersandt.

des Grafen de Grelle vom 29. v. Mts.* amtlich zum Ausdruck gebracht. Graf Alvensleben hat hierauf den Auftrag erhalten, mit der in Abschrift anliegenden Note** das Schreiben zu beantworten.

gez. Hatzfeldt

Nr. 2041

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 122 Paris, den 7. Juni 1894

Der Minister des Äußern erklärte in Beantwortung der Interpellation über Abkommen zwischen England und Kongostaat, dasselbe stehe im Widerspruch zu dem internationalen Recht für Afrika, und die französische Regierung betrachte dasselbe als nul et sans portée. Die Kammer nahm einstimmig folgende Tagesordnung an. „La Chambre confiant dans les déclarations du Gouvernement et convaincue que s'appuyant sur le droit international il saura faire respecter les droits de la France passe à l'ordre du jour."

Münster

Nr. 2042

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall***

Reinschrift

Berlin, den 8. Juni 1894

Der englische Botschafter, der mich wie gewöhnlich am Freitag aufsuchte, gab mir durch die Bemerkung, er hoffe, daß wir von Lord Kimberleys Note über den Kongovertrag† befriedigt seien, Anlaß, unsere Auffassung bezüglich des letzteren eingehend darzulegen.

Ich bemerkte Sir Edward, daß die Anerkennung von Rechtsgrundsätzen, wie sie in der Note Lord Kimberleys enthalten seien, uns allein unmöglich befriedigen könnte, sondern es vor allem darauf ankomme, welche praktischen Konsequenzen die englische Regierung aus diesen Grundsätzen für den vorliegenden Fall zu ziehen gedenke. Sir Edward werde sich erinnern, daß, als gelegentlich unserer Verhandlungen im Jahre 1890†† in seiner Gegenwart Sir Percy Anderson an mich die Forderung eines Landstreifens zur Verbindung des Albert-

* Siehe: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 28 (Nr. 10574).
** Siehe Nr. 2038.
*** Durch Erlaß K 100 vom 9. Juni dem Grafen Hatzfeldt mitgeteilt.
† Die Note Lord Kimberleys vom 5. Juni ist abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 32. Sie erkannte an: „1) that the foundary between Germany and the Congo State cannot be altered without the assent of Germany; 2) that the stipulation of the convention between Germany and the Congo State will remain in force, and apply to that strip after it has been handed over to Great Britain."
†† Vgl. Kap. LI, Nr. 1677.

Edward-Sees mit dem Nordufer des Tanganika gestellt habe, ich dies rund mit dem Argumente verweigert hätte, daß wir einen solchen „englischen Gürtel“ um unsere ostafrikanischen Besitzungen als eine politische und kommerzielle Gefahr betrachten müßten und daher nicht dulden könnten. Die Forderung sei infolge dieses entschiedenen Widerspruchs fallen gelassen worden.

Wir hätten damit die Sache für erledigt gehalten und nicht angenommen, daß die englische Regierung dieselbe Forderung auf dem Umweg über den Kongostaat zur Geltung bringen werde, zumal die Neutralität des letzteren und die mit demselben im Jahre 1884 geschlossene Konvention uns als eine Garantie in dieser Beziehung erschienen sei.

Die Frage, inwieweit der Kongostaat sich bei Abschluß des Vertrages mit England vom 12. Mai in dem Rahmen eines neutralen Staates gehalten habe, wolle ich mit dem Vertreter Englands nicht diskutieren, da ja Artikel X des Kongovertrages uns den Weg anwiese, den wir zu gehen hätten, wenn wir der Ansicht seien, daß der Kongostaat seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Auch lägen mir zurzeit Rekriminationen darüber ferne, daß die englische Regierung sich nach Abschluß des Vertrages von 1890 Konzessionen habe gewähren lassen, von denen ihr aus den damaligen Verhandlungen bekannt gewesen, daß sie uns politisch und kommerziell unannehmbar seien. Das englische Vorgehen sei als Maßstab für den Wunsch, mit uns freundliche Beziehungen zu erhalten, immerhin beachtenswert, und in diesem Sinne fasse auch die öffentliche Meinung die Sache vielfach auf.

Was die Rechtsfrage beträfe, so erkenne Lord Kimberley an, daß die Grenze zwischen Deutschland und dem Kongostaate nicht ohne Zustimmung des ersteren verändert werden dürfe. Eine solche Grenzveränderung enthalte aber der Vertrag vom 12. Mai d. Js. Darauf, ob der Landstreifen direkt die Grenze bilden oder einige Kilometer westwärts liegen solle, könne es nicht ankommen; entscheidend sei allein die Tatsache, daß, wenn ein England gehöriger Landstreifen sich zwischen Deutschland und den Kongostaat einschiebe, die letzteren Länder aufhörten, Grenznachbarn zu sein. Auch die Form der „lease“ ändere hieran nichts, denn in Wahrheit handele es sich um eine Übergabe auf unbestimmte Zeitdauer, also um eine Zession.

Eine Zustimmung zu Artikel III des Vertrages seitens Deutschlands sei darnach erforderlich; sie werde nur gegeben werden, wenn Deutschland die Gewißheit habe, daß seine Interessen und Rechte in vollem Maße zur Geltung gelangten.

Sir Edward nahm meine Darlegungen ad referendum und bemerkte nur — als ich davon sprach, daß der Vertrag mit dem Kongostaat vielfach als Maßstab für den englischen Wunsch, mit uns freundliche Beziehungen zu erhalten, angesehen werde —, daß umgekehrt die Gewährung eines Zugangs zum Benuë- und Nigergebiet an Frankreich in

England als eine wenig freundliche Handlung unsererseits angesehen worden sei. Ich entgegnete, daß beide Fälle zu verschieden geartet seien, um einen Vergleich zu gestatten.

Unsere Unterredung kam schließlich auch auf die Zeitungsnachricht, daß die streitigen Fragen des jüngsten Abkommens einer Konferenz der Mächte unterbreitet werden sollen. Ich bemerkte dem Botschafter, daß die Nachricht wohl im französischen Interesse lanciert worden sei, und Frankreich eventuell Gelegenheit nehmen werde, auf der Konferenz die ägyptische Frage in ihrer Gesamtheit den Mächten zu unterbreiten. Marschall

Nr. 2043

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

K 101 Berlin, den 9. Juni 1894

[abgegangen am 10. Juni]

Mit Bezug auf den gefälligen Bericht Nr. 347 vom 6. d. Mts. * beehre ich mich Ew. pp. beifolgend den Entwurf einer an Lord Kimberley zu richtenden Note zu übersenden, mit dem Ersuchen, dieselbe nach Ausfüllung der dort üblichen Kurialien am Schluß an den Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten gelangen lassen zu wollen**.

Mit Ew. pp. gefälligen Ausführungen, daß wir in der Kongofrage unsere Interessen nachdrücklich wahren müssen, kann ich mich nur einverstanden erklären. Marschall

Anlage

Note. Entwurf von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser***

Eurer Exzellenz gefällige Note vom 5. d. Mts.† habe ich zur Kenntnis meiner Regierung gebracht. Namens derselben nehme ich

* Mit Bericht Nr. 347 vom 6. Juni hatte Graf Hatzfeldt die englische Note vom 5. Juni (vgl. Nr. 2042, Fußnote †) übersandt. Der Bericht ist abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 31 f.

** Siehe Anlage.

*** Die Note wurde vom Grafen Hatzfeldt am 11. Juni übergeben. Sie ist bereits abgedruckt in „Das Staatsarchiv" Bd. 57, S. 32 f. Zu dem Entwurf hatte Graf von Caprivi am 8. Juni vermerkt: „Ich möchte die Note etwas höflicher in der Form haben, und habe an ein paar Stellen Bleimilderungen angedeutet. — Sachlich scheint es mir bedenklich, von Unterbrechung unserer Handelsbeziehungen zum Kongostaat zu sprechen. Man kann uns erwidern, daß die Kongoakte uns, auch wenn England Besitzer jenes Streifens würde, Handelsfreiheit garantiert. — Bei der Wichtigkeit der Sache würde ich für rätlich halten, vor Abgang der Note die Zustimmung Seiner Majestät einzuholen."

† Vgl. Nr. 2042, Fußnote †.

davon Akt, daß die Königlich Großbritannische Regierung in Übereinstimmung mit der Kaiserlichen Regierung der Ansicht ist, daß eine Änderung der zwischen dem Deutschen Reich und dem Kongostaat bestehenden Grenzen nicht ohne Zustimmung Deutschlands eintreten kann.

Eine Änderung dieser Grenzen wird nach Artikel III des zwischen Großbritannien und dem Kongostaat unter dem 12. Mai d. Js. abgeschlossenen Übereinkommens von den vertragschließenden Teilen beabsichtigt. Denn die daselbst als „lease“ bezeichnete Überlassung eines Landstreifens kommt bei der Unbestimmtheit der Zeitdauer und ihrer unabsehbaren Ausdehnung im Effekt einer völligen Abtretung gleich. Hierdurch würden die Rechte des Deutschen Reichs beeinträchtigt werden, und die vorerwähnte Abmachung seiner Zustimmung ebenso bedürfen, als wenn die Überlassung des Streifens durch Zession erfolgt wäre. Der Charakter dieser Überlassung wird dadurch nicht geändert, daß die Königlich Großbritannische Regierung sich bezüglich dieses Landstreifens dem Deutschen Reich gegenüber verbindlich macht, die hierüber vertragsmäßig bestehenden Verpflichtungen des Kongostaats zu übernehmen. Das ist schon nach den Grundsätzen des internationalen Rechts selbstverständlich und folgt übrigens auch ausdrücklich aus dem zwischen dem Deutschen Reich und dem Kongostaat geschlossenen Vertrage vom 8. November 1884, wonach im Fall einer Zession der Erwerber in die Pflichten des Kongostaats gegenüber dem Deutschen Reich einzutreten hat.

Hiernach ist zu den Abmachungen in Artikel III des Abkommens vom 12. Mai d. Js. die Genehmigung Deutschlands erforderlich.

Diese Genehmigung wird seitens der Kaiserlichen Regierung erst erteilt werden, nachdem ihre durch jenes Abkommen verletzten Interessen ihre volle Befriedigung erhalten haben werden. Bereits bei den Verhandlungen, welche zu dem deutsch-englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 geführt haben, hat Deutschland den von seiten Großbritanniens gestellten Wunsch auf Überlassung eines derartigen Streifens zurückgewiesen, weil dadurch seine politische Lage verschlechtert und seine unmittelbaren Handelsbeziehungen zum Kongostaat unterbrochen werden würden. Diese ungünstige Lage Deutschlands wird unter allen Umständen herbeigeführt, gleichgültig, ob sich der an Großbritannien überlassene Streifen unmittelbar an der deutschen Grenze befindet, oder sich von ihr einige Kilometer entfernt hält. Durch den Artikel III des mehrerwähnten Abkommens wird der Versuch gemacht, zur Benachteiligung Deutschlands den im Jahre 1890 nicht erreichten Zweck zu verwirklichen.

Aus diesen Gründen hat die Kaiserliche Regierung gegen das Abkommen vom 12. Mai d. Js. Einspruch eingelegt; sie wird dasselbe nicht eher anerkennen, bis ihre dadurch verletzten Rechte und Interessen volle Genugtuung erfahren haben.

Nr. 2044

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 London, den 11. Juni 1894

Nachdem ich Lord Kimberley, welcher mir wegen der Kammer heute nur kurze Zeit geben konnte, unsere Auffassung der Sache klar und deutlich, aber in freundschaftlicher Form erläutert hatte, zeigte er sich zuerst entgegenkommend und ließ die Äußerung fallen, daß eine Verständigung über die von uns gewünschten Garantien nicht ausgeschlossen erscheine, wenn wir unsere Wünsche bezeichnen wollten. Er schien dabei anzunehmen, daß wir für unsere Zustimmung zum Vertrag koloniale Vorteile beanspruchen würden. Ich erwiderte, daß ich vorläufig nicht beauftragt sei, Vorschläge zu formulieren, sondern nur unsere Auffassung in Erwiderung auf seine Note geltend zu machen; vielleicht sei er in der Lage, Vorschläge zu machen, die wir in Erwägung ziehen könnten.

In diesem Augenblick wurde dem Minister die Note gebracht, die ich heute in Übereinstimmung mit der Anlage zu Erlaß K 101* an ihn gerichtet, und nach aufmerksamer Durchlesung derselben erschien seine Stimmung wesentlich verändert. Mit offenbarer Gereiztheit bemerkte er, hiernach hätten wir nicht nur unsere bisherige Auffassung verändert, da wir die bisher verlangte Verlegung der England eingeräumten Straße nicht mehr für genügend hielten, sondern nähmen überhaupt einen noch unfreundlicheren Standpunkt gegen England ein, als er erwartet habe. Die englische Regierung hätte ebenfalls Verwahrung einlegen können, als wir das letzte Kolonialabkommen mit Frankreich abschlossen, dies jedoch nicht getan, obwohl dasselbe hier als eine Unfreundlichkeit unsererseits besonders empfunden worden sei. Jetzt schienen wir sogar in der vorliegenden Frage gemeinsame Sache mit Frankreich zu machen.

Ich erwiderte, daß er von einer solchen Gemeinsamkeit nicht sprechen könne, da Frankreich gegen ganz andere Punkte des Abkommens mit dem Kongostaat Widerspruch erhebe, über die wir unsererseits kein Wort gesagt hätten. Unser letztes Arrangement mit Frankreich, über welches er klage, sei aus der Notwendigkeit hervorgegangen, uns endlich gegen die Übergriffe der Niger-Kompagnie, nicht gegen die englische Regierung, zu schützen. Auf Grund welchen Titels England gegen jenes Abkommen hätte Einspruch erheben können, sei mir nicht klar. Mit der Gesellschaft, deren Verfahren selbst hier mannigfachen Tadel erfahren habe, werde sich die Regierung wohl nicht in allem identifizieren wollen. Der Minister erwiderte ziemlich scharf, das Nigergebiet sei allerdings englisches Protektorat, und die Regierung sei daher dem Auslande für das Verfahren der Gesellschaft allein verantwortlich.

---

* Siehe Nr. 2043 mit Anlage.

Ich bemerkte dazu, daß wir uns gerade deshalb mehrfach bei der englischen Regierung über das Verfahren der Gesellschaft beklagt hätten, leider ohne die gewünschte Abhülfe zu finden.

Hier brach der Minister das Gespräch ab, weil er im Hause der Lords erscheinen mußte, und bemerkte schließlich, daß er unsere heutige Note zunächst in Erwägung zu ziehen und zu überlegen habe, ob dieselbe zu beantworten, oder was sonst zu tun sei. Heute habe er nicht die Absicht gehabt, auf eine Diskussion der Frage selbst einzugehen, sondern nur unsere Auffassung derselben zu erfahren. Dieser ebenfalls in gereiztem Ton gemachten Äußerung gegenüber beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß ich zu seiner Verfügung stehen würde, falls er mich zu sprechen wünsche.

Es dürfte meines gehorsamsten Erachtens jetzt zunächst abzuwarten sein, ob sich die Gereiztheit des Ministers nach näherer Überlegung abkühlt, und er den Wunsch nach weiterer Besprechung zeigt[1].

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden. W.

Nr. 2045

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 79 Berlin, den 12. Juni 1894

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 86*.

Ew. pp. Ausführungen und Absicht, daß Lord Kimberley die Initiative zu neuem Gespräch nehmen müsse, billige ich völlig. Bei einem solchen Gespräch bitte ich aufmerksam zu machen, daß Änderung unserer Haltung nicht vorliegt. Unsere erste Note an Kongostaat**, wovon Kimberley durch Ew. pp. Kenntnis erhielt, wahrte unseren Rechtsstandpunkt und behielt uns volle Freiheit der Aktion vor. Kongoregierung ging auf die Note nicht ein, sondern stellte Antwort, „au moment opportun" in Aussicht***. Englands Antwort† bewegte sich in allgemeinen Phrasen, ohne auf den Inhalt unserer Ansprüche materiell einzugehen. Außerdem brachte Grey im Parlamente die unrichtige

---

* Siehe Nr. 2044.
** Vgl. Nr. 2040.
*** Siehe den Text der Antwortnote der Kongoregierung vom 7. Juni in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 30.
† Vgl. Nr. 2042, Fußnote †.

Tatsache vor, daß Deutschland sich in Brüssel und London auf die ihm gemachten Zusicherungen für befriedigt erklärt habe. Erst jetzt sind von uns die scharfen Erwiderungen an Kongostaat* und England ergangen.

Wenn Deutschland jedesmal wegen Unfreundlichkeiten Englands in Kolonialsachen hätte Einspruch einlegen wollen, so wäre der Protest zu einem dauernden Institut in dem Verkehr beider Kabinette geworden. Unser Einspruch gründet sich auf eine Rechtsverletzung.

Marschall

Nr. 2046

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 68 Berlin, den 12. Juni 1894

Herbette überbrachte mir Abschrift der Antworten Englands und Kongostaats auf französischen Protest und bemerkte, daß Frankreich auf Bereitwilligkeit Englands zu Verhandlungen selbst bereit sei, über Streitfragen in Zentral- und Westafrika zu unterhandeln, ägyptische Frage später vorzubehalten. Außerdem habe Lord Dufferin dem dortigen Minister mitgeteilt, daß zwischen England und uns Einigung in den schwebenden Fragen erzielt sei.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, unverzüglich M. Hanotaux Abschrift der Antwortnote des Kongostaats vom 7. Juni und von Lord Kimberley vom 5. Juni** zu übergeben und dabei zu erklären, daß wir beide Noten unter Aufrechterhaltung unseres Einspruches in kategorischer Weise beantwortet hätten, und daß die Angabe Dufferins über Einigung in den schwebenden Fragen der Begründung entbehre. Bitte die dortigen Verhandlungen zwischen Frankreich und England nicht aus dem Auge zu verlieren und zu versuchen, über die Ansprüche Frankreichs etwas zu erfahren.

Marschall

Nr. 2047

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Neues Palais, den 11. Juni 1894

Ich habe neulich abend mit dem englischen Botschafter Sir E. Malet die Angelegenheit, den Kongostaat betreffend, besprochen. In kurzem

---

* Siehe die Note vom 9. Juni in: Das Staatsarchiv Bd. 57, S. 31.

** Vgl. Nr. 2042, Fußnote †.

zusammengefaßt verlief es wie folgt: Auf meine Frage, wie das letzte Gespräch mit dem Staatssekretär von Marschall verlaufen sei, erwiderte der Botschafter, wir haben uns etwas gestritten, oder vielmehr, der Staatssekretär hat mich ausgezankt, jedoch in aller Freundschaft. Der Botschafter fuhr fort, er fasse die Lage nicht so tragisch auf, da . . . .* zwischen Deutschland und England, seiner bestimmten Ansicht entsprechend, in aller Güte und in günstiger Weise sich erledigen lassen werde. Ich erwiderte, ich hoffte dasselbe. Bezüglich Frankreichs, meinte der Botschafter, sei das eine andere Sache. Die Franzosen seien sehr aufgeregt, und was daraus entstände, könnte kein Mensch wissen. Auf Sir E. Malets Frage, wie ich diese Angelegenheit ansehe, erwiderte ich folgendes: In die Abtretung des Landstreifens seitens des Kongostaates an England könne ich unter keinen Umständen willigen. Ich hätte daher beim Kongostaat augenblicklich Protest dagegen erhoben und würde denselben auch aufrechterhalten; er müsse das doch eigentlich ganz natürlich finden, da im Jahre 1890 bei dem Sansibar-Helgoland-Vertrag Sir Percy Anderson ein gleichlautendes Verlangen gestellt habe, welches auf meinen Befehl rundweg abgeschlagen worden sei. England habe sich damit zufrieden gegeben, und er sei Zeuge dieser Verhandlungen gewesen. Der Botschafter gab mir das unumwunden zu. Ich könnte also das jetzige Vorgehen nur als illoyal betrachten, um so mehr als im Jahre 1890 gleichfalls der König von Belgien mir mündlich genau denselben Vertrag angeboten habe, welches Anerbieten ich mit Entrüstung als Illoyalität gegen England zurückwies. Die gleiche Behandlung sei seitens Lord Salisburys Vorschlägen ähnlicher Art von belgischer Seite durch Mr. Mackinnon zuteil geworden. Hierdurch habe der englische Premier die gleiche Loyalität Deutschland und mir gegenüber an den Tag gelegt. Daß Lord Rosebery von diesen bewährten Grundsätzen seines Vorgängers abgewichen, bedauerte ich; es überraschte mich aber nicht, da ich wohl gemerkt hätte, wie wenig freundschaftlich derselbe dem Deutschen Reich und meiner Regierung gegenüber gesonnen sei. Politisch werde dieser Schritt in Afrika möglicherweise unberechenbare Komplikationen in Europa schaffen. Da der Kongostaat seine neutrale Basis durch diesen Vertrag verlassen und sich in Widerspruch mit den übrigen seine Neutralität garantierenden Mächten gesetzt habe, könnte es leicht dahin kommen, daß wir anderen seine Neutralität in Frage zögen. Durch Bar-el-Ghazal sei die ägyptische Frage angeschnitten, in Europa spreche man schon von einer Konferenz. Ich gebe daher Seiner Exzellenz zu bedenken, was für eine Wendung der Dinge für England in Aussicht stände, falls der Vorschlag gemacht würde, auf einer europäischen Konferenz neben der afrikanischen vor allen die ägyptische Frage zu prüfen und zu ergründen. Es würde mir sehr leid tun, wenn ich bei dieser Gelegenheit, durch illoyales Verhalten

---

* Gruppe fehlt in der Entzifferung.

Englands mir gegenüber gezwungen, dessen Wünsche nicht in der Weise wie bisher wohlwollend anderen Staaten gegenüber zu unterstützen in der Lage sein könnte. Der Botschafter machte ein außerordentlich betroffenes Gesicht, bekam einen dunkelroten Kopf und war sichtlich so überrascht, daß er mir nicht zu antworten imstande war.

Abschrift dieses Gesprächs an Grafen von Hatzfeldt telegraphisch mitzuteilen.

Wilhelm, I. R.

Nr. 2048

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 London, den 12. Juni 1894

Telegramm Nr. 76* erhalten und unendlich dankbar für die von Seiner Majestät befohlene Mitteilung der Unterhaltung mit Sir E. Malet.

Lord Kimberley machte gestern, als ich auf die von Sir E. Malet unzweifelhaft erstatteten Berichte hinwies, den Versuch, die Sache so darzustellen, als ob Seine Majestät danach nur oder doch besonders Interesse für die aus dem Abkommen für unseren Handel erwachsenden Nachteile an den Tag gelegt hätten. Ich bezeichnete dies gleich als höchst unwahrscheinlich, weil, wie ich dann ausführte, nicht nur kommerzielle, sondern unsere auf frühere Abmachungen gegründeten vertragsmäßigen Rechte und schließlich auch politische Erwägungen in Frage kämen. Ich sprach dabei bestimmt aus, daß der Fall ähnlich liege wie früher infolge der Gerüchte bezüglich Mozambique, wo wir hier keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß wir keine Umklammerung unserer Gebiete durch England ohne vorherige anderweitige Abmachungen und Garantien zugeben könnten.

Hierauf bezog sich offenbar die von mir gemeldete Frage des Ministers, ob und welche Vorschläge wir bezüglich solcher Garantien machen könnten.

Im ersten Teil unserer Unterhaltung und nach eingehender Erörterung der Rechtsfrage gab Earl of Kimberley auch gesprächsweise zu, daß die an England erteilte lease des Streifens (welcher übrigens nur zur Anlage einer Telegraphenleitung verwertet werden solle) wegen ihrer unbestimmten Dauer tatsächlich einer Abtretung gleichkomme, und suchte mich nur zu überzeugen, daß die von uns befürchteten Nachteile durch die von Belgien bereits zugestandene Verlegung und die von England anerkannte Freiheit unseres Verkehrs über den Streifen hinaus vollständig aufgehoben seien, eine Auffassung, die ich als richtig

---

* Durch Telegramm Nr. 76 vom 11. Juni war dem Grafen Hatzfeldt Kenntnis von dem Telegramme Kaiser Wilhelms II. über seine Unterredung mit Sir E. Malet (siehe Nr. 2047) gegeben worden.

anzuerkennen ablehnte. Lord Kimberley leugnete auch nicht, daß Sir Edward Grey sich in der Kammer unrichtig ausgedrückt habe, indem er den Schein erweckte, als ob wir durch die englischen Zusicherungen befriedigt seien.

Nach der Gereiztheit, die der Minister dann nach Durchlesung unserer Note* an den Tag legte oder zu empfinden vorgab, und nach seiner Erklärung am Schluß, daß seine Meinung nicht gewesen sei, in eine Erörterung unserer Einwendungen einzutreten, glaube ich nicht, daß es angemessen oder auch nur vorteilhaft sein würde, ihm gegenüber auf die Sache zurückzukommen, solange er nicht selbst den Anlaß dazu gibt. Ich werde ihm daher, wenn Euere Exzellenz nicht anders bestimmen, nur durch den Unterstaatssekretär sagen lassen, daß nach den mir zugegangenen Nachrichten meine Auffassung volle Bestätigung gefunden habe, daß Seine Majestät nicht allein die kommerzielle Seite der Frage ins Auge fasse, sondern Sir E. Malet gegenüber das gleiche Interesse für unsere vertragsmäßigen und politischen Rechte ausgesprochen habe.

Mein Eindruck aus der ganzen Situation und aus den gestrigen Erklärungen Sir Edward Greys ist, daß man hier inzwischen den Versuch machen will, sich mit Frankreich über afrikanische Fragen zu verständigen, wenn dasselbe dabei nur Ägypten aus dem Spiel lassen will, und uns dadurch zu isolieren. Ob mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die französische Regierung dieser Versuchung widerstehen wird, wenn sie auf unsere Mitwirkung in der vorliegenden Frage nicht glaubt rechnen zu können, werden Euere Exzellenz am besten beurteilen können. Wenn dies, wie ich fürchte, nicht der Fall ist, dürfte es sich jetzt vielleicht empfehlen, daß wir in Paris zu verstehen geben, daß wir, wenn Frankreich auf Berufung eines Kongresses bestände, zustimmen und auch einer Einbeziehung Ägyptens dann nicht im Wege stehen würden. Gleichzeitig möchte ich gehorsamst anheimstellen, ob nicht jetzt der Augenblick gekommen ist, die Kongoregierung zunächst freundschaftlich aber doch bestimmt darauf aufmerksam zu machen, daß wir nicht lange mehr eine Hinziehung des für unsere Interessen bedrohlichen Zustandes ansehen können, und daß sie einer vollständigen Veränderung der Beziehungen, auch der vertragsmäßigen, Deutschlands und vielleicht auch anderer ihm befreundeter Mächte mit dem Kongostaat entgegenzusehen haben würde, wenn sie nicht bald und bestimmt von dem durch uns beanstandeten Teil ihres Vertrags mit England zurücktrete.

Einen gewissen Eindruck würde es hier voraussichtlich auch machen, wenn wir einen Versuch Englands, sich mit uns über Haltung in Marokko zu verständigen, kühl aufnehmen und die Bemerkung hinzufügen, daß wir in dieser uns fernliegenden Frage keine Initiative nehmen

---

* Siehe Nr. 2043, Anlage.

können und jedenfalls in Übereinstimmung mit allen dabei interessierten Mächten zu bleiben wünschen*.

Nachträglich bemerke ich noch, daß Lord Kimberley gestern die Absicht aussprach, unsere Noten zu veröffentlichen, womit ich mich in Übereinstimmung mit Telegramm Nr. 71 bereits einverstanden erklärt hatte. Ich erwiderte, daß wir das Gleiche tun würden.

Hatzfeldt

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden W.

Nr. 2049

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 13. Juni 1894

Dem französischen Botschafter habe ich heute folgendes gesagt:

Dem Botschafter sei bekannt, daß Sir Edward Grey in einer der jüngsten Sitzungen des Unterhauses erklärt habe, England und der Kongostaat hätten die deutschen Einwendungen gegen das Abkommen vom 12. Mai d. Js. in einer Deutschland vollkommen befriedigenden Weise beantwortet. Auch habe mir der Botschafter selbst gestern mitgeteilt, daß Lord Dufferin dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine gleiche Erklärung über den Stand der deutsch-englischen Differenz gemacht habe. Umgekehrt scheine man in London geneigt, uns glauben zu machen, daß die zwischen England und Frankreich schwebenden Unterhandlungen im besten Gange seien. Diese Taktik sei durchsichtig; man spiele Frankreich gegen Deutschland und umgekehrt das letztere gegen das erstere aus, um beiderseits Mißtrauen zu erwecken und jede gemeinsame Aktion zu verhindern. Schließlich hoffe man den einen Teil durch größere oder geringere Konzessionen zu befriedigen und den anderen zu isolieren. Es frage sich, ob man dieser Taktik nicht entgegentreten solle. Die deutschen und französischen Interessen seien ja in den Detailfragen nicht identisch; wir könnten Frankreich nicht zumuten, sich wegen des Landstreifens vom Albert-Edwardsee zum Tanganika zu erhitzen, und wir selbst hätten an der Frage, wer die Provinz Bar-el-Ghazal verwalte, kein Interesse. Aber die Bedeutung des Abkommens vom 12. Mai sei prinzipieller Natur und tangiere die Basis, auf welcher der internationale Rechtszustand Zentralafrikas aufgebaut sei; insofern seien die Interessen Frankreichs und Deutschlands und selbst anderer europäischer Staaten gemeinsam. Die Tatsache, daß der Kongostaat, der auf Grund des Artikel X der Kongoakte die internationale Anerkennung seiner Neutralität in Anspruch

* Vgl. Kap. LIII, C.

nehme, einem Staate Privilegien und Rechte auf Kosten anderer Staaten gewähre bzw. sich gewähren lasse, bilde einen Präzedenzfall, dessen Bedeutung über die Einzelheiten der gegenwärtigen Streitpunkte hinausreiche. Die Regierung des Kongostaats habe uns bis jetzt eine materielle Antwort nicht gegeben, vermutlich weil man Direktive von London erwarte; bei eintretenden Komplikationen werde der Kongostaat wohl auch militärischen Schutz von England erwarten, da er allein zu schwach sei. Damit werde aber ein Zustand geschaffen, welcher den Absichten der Kontrahenten der Kongoakte entgegengesetzt sei.

Diese Verhältnisse legten den Gedanken nahe, ob es nicht angezeigt wäre, wenn Frankreich und Deutschland — ohne sich bezüglich der Details zu binden — als gemeinsamen Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit England die Erhaltung des status quo bezüglich des durch die Kongoakte geschaffenen Rechtszustands nähmen. Man habe in den Blättern von einer Konferenz der am Kongovertrag beteiligten Mächte gesprochen; ich wisse nicht, wie die französische Regierung darüber denke — einer solchen Konferenz werde ja voraussichtlich ein sehr umfassendes Programm zu unterbreiten sein —; aber auch wenn nur Frankreich und Deutschland ihre Übereinstimmung nach der obengedachten Richtung konstatierten und darnach handelten, werde die Wirkung in London nicht ausbleiben.

Herr Herbette nahm meine Mitteilung in lebhaftem Interesse entgegen und versprach, darüber nach Paris zu berichten. Er erging sich in bitteren Klagen über die englische Politik in Ägypten. Frankreich wolle Ägypten nicht besetzen, auch das Kondominium nicht wiederherstellen, auch nichts überstürzen, aber auf die Dauer sei die Besetzung Ägyptens durch England nicht erträglich. Noch weniger könne Frankreich dulden, daß England nun auch im Sudan über Gegenden disponiere, die zu Ägypten gehörten.

Marschall

Nr. 2050

Der Staatssekretar des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Brüssel Grafen von Alvensleben

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 45 Berlin, den 13. Juni 1894

Bitte Grafen de Grelle mündlich und freundschaftlich, aber mit vollem Ernst und Nachdruck um eine schleunige und befriedigende Antwort zu ersuchen. Angesichts der unfreundlichen Haltung Englands tritt mehr und mehr zutage, daß das Abkommen vom 12. Mai, indem es schwerwiegende europäische Verwickelungen schafft, mit der Neutralität des Kongostaats unverträglich ist. Die Regierung dieses Staates sollte Deutschland nicht zwingen, die letzte Konsequenz zu ziehen.

Marschall

Nr. 2051

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 87 Berlin, den 14. Juni 1894

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 90 vom 13. Juni*.

Nachdem Seine Majestät Ew. Vorschläge in Telegramm Nr. 88** gebilligt, habe ich die Ihnen telegraphisch übermittelte Unterredung mit Herbette*** gehabt.

Wir verlangen von England keine Kompensationen, sondern stehen auf dem Boden unseres Vertragsrechts. Sache Englands ist es, die Verletzung wieder gutzumachen. Hiernach dürfen wir jetzt keine Initiative ergreifen und auch Schritte befreundeter Diplomaten, welche auf ein Nachgeben Englands hinwirken, weder provozieren noch unterstützen, damit auch der Schein vermieden werde, als ob wir uns schwach fühlten und befreundete Mächte als Vorspann gegen England brauchten.

Bitte Graf Tornielli sofort mitzuteilen, daß Ew. auf die von Ihnen gemeldete Unterredung mit dem italienischen Botschafter die Instruktion erhalten hätten, nichts weiter in der Sache zu tun und zu veranlassen. Zu Ihrer Information bemerke, daß ich noch heut nachdrücklich Kongostaat habe unterrichten lassen, welche Gefahr er läuft, wenn er sich von der Vertragsgrundlage entfernt †.

Marschall

Nr. 2052

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Neues Palais, den 14. Juni 1894

Nach dem gestrigen Diner beim englischen Botschafter hatte ich Gelegenheit, mit ihm gesprächsweise verschiedene Gebiete der Politik zu berühren. Die Adresse des Storthings an den König von Schweden führte zu Erörterungen über Norwegens Lage, eventuelle Intrigen Rußlands über Kopenhagen in Norwegen und das von Norwegern wieder-

---

* Laut Hatzfeldts Telegramm Nr. 90 vom 13. Juni hatte der italienische Botschafter Graf Tornielli seine persönliche Vermittelung bei Lord Rosebery in der Kongo-Angelegenheit angeboten und wünschte zu wissen, unter welchen Bedingungen, eventuell gegen welche Kompensationen Deutschland dem englisch-kongolesischen Vertrage wegen des Landstreifens zustimmen würde.

** Siehe Nr. 2048.

*** Vgl. Nr. 2049.

† Vgl. Nr. 2050.

holt behauptete starke Rollen des russischen Rubels in Norwegen. Der Botschafter fragte, ob das ein Zeichen sei, daß Rußland im Balkan sich still verhalten wolle. Ich sagte, ich glaubte Rußland habe Zeit und würde seine Pläne wohl gleichzeitig überall reifen lassen. Zweifellos wäre es Rußlands Absicht, einmal bei guter Gelegenheit zu einem Kriegshafen in der Nordsee England gegenüber zu kommen. Dem Botschafter entfuhr dabei der Ausruf, das könne und werde England sich nie gefallen lassen. Nach Streifung des mysteriösen Sturzes von Stambulow kam der Botschafter proprio motu auf Afrika zu sprechen und beklagte ganz offen zu meinem nicht geringen Erstaunen das augenblickliche Verfahren der englischen Regierung, speziell Deutschland gegenüber; er fügte aber sofort hinzu, daß er trotzdem die feste Überzeugung habe, die Angelegenheit werde sich im guten lösen. Das Gespräch bewegte sich ziemlich in derselben Weise wie neulich abend*, mit dem Unterschied, daß der Botschafter den deutschen Standpunkt als vollkommen berechtigt anerkannte, den englischen dagegen scheinbar nur honoris causa vertrat. Er fügte aber hinzu eine ziemlich lebhafte Kritik über die schlechte auswärtige Politik der liberalen Partei Englands, dabei bemerkend, die Herren seien sehr unpraktisch und hätten eigentlich sehr wenig Ahnung, wie man das Geschäft handhaben müsse; denn Lord Rosebery verstehe in dieser Angelegenheit überhaupt nichts und traute ihm auch nicht. Auf meine Bemerkungen, der edele Lord habe uns eben nicht gern und sei Deutschland abhold, erwiderte der Botschafter, das sei doch nicht ganz der Fall, da Lord Rosebery, infolge der siamesischen Angelegenheit** gereizt, ihm im vorigen Sommer ex abrupto die Frage gestellt habe, ob er sich sehr wundern würde, wenn England in 4 Wochen Krieg mit Frankreich habe? Sir E. Malet habe in höchster Überraschung ihm geantwortet, der europäische Krieg sei gerade das, was zu vermeiden alle Staaten sich bemühten; darauf habe Lord Rosebery lachend leichten Herzens geantwortet, er denke ganz anders über diesen Punkt, und wenn er unserer Freundschaft trauen könne, mache er sich anheischig, die Franzosen zu Scherben zu schlagen, denn diese Nation verdiene es nicht besser.

Schließlich streifte der Botschafter die Nachrichten aus Marokko mit der Bemerkung, der Kaiser sei ihm sehr zur Unzeit dort gestorben*** und man könne noch nicht wissen, was da noch passieren werde. Ich erwiderte, solange die Kongo-Angelegenheit nicht in gewünschter Form erledigt sei, müßte ich mit meiner Politik England gegenüber vollkommen zurückhalten, und sei, wenn auch mit tiefem Bedauern, nicht in der Lage, irgendwelchen Wünschen Englands Rechnung zu tragen. Die Angelegenheiten dortselbst würden wohl am besten durch eine gemeinsame Regelung aller beteiligten Staaten, vor allen Frankreichs,

* Vgl. Nr. 2047.
** Vgl. Kap. LII.
*** Sultan Muley Hassan † 7. Juni 1894.

ihre Erledigung finden. Was die Kongo-Angelegenheit betreffe, würde ich, falls sie nicht bald geregelt, einem eventuellen Konferenzvorschlage zustimmen, und glaube ich, daß dieselbe England recht unbequem werden könnte. Lebhaft stimmte da der Botschafter ein und erwiderte mir als strengstes Geheimnis, daß er hierauf bezüglich soeben an Lord Kimberley telegraphiert habe, ungefähr des Inhalts: die Kongo-Angelegenheit bald beizulegen sehr dringend erwünscht. Er gebe dem Herrn Minister zu bedenken, daß, wenn er so fortfahre, unter Nichtachtung jedweden Rechtsanspruchs eines anderen befreundeten Staats, in rücksichtslosester Weise allein die englischen Ansprüche zu vertreten, die Regierung England in Komplikationen verwickeln werde, die sie leichten Herzens nicht verantworten könnte, und vor denen dringend zu warnen er sich verpflichtet fühle. Mit zufriedenem Lächeln bemerkte der Botschafter dann: „That will frighten them."

Wilhelm

Hiervon ist ebenfalls Abschrift an Graf von Hatzfeldt zu schicken. Die Aussprüche des Herrn Botschafters sind als streng vertraulich, eigentlich nur für mich bestimmt, aufzufassen und zu bezeichnen.

Wilhelm

Nr. 2053

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 96 Berlin, den 15. Juni 1894

Lösung des Abkommens vom 12. Mai, und zwar ohne Verzug, ist das einzige Mittel, Komplikationen der europäischen Lage zu vermeiden. England wird die Lehre ziehen, daß es uns nicht alles bieten darf und Grund hat, unsere Freundschaft einem Übelwollen vorzuziehen. Wir fahren fort, König Leopold nachdrücklich zum Rücktritt vom Vertrage zu veranlassen. Gelingt dies nicht, namentlich weil er auf Unterstützung Englands hofft, so müssen wir die Verantwortung ablehnen, wenn die ägyptische Frage angeschnitten wird, und eine Konferenz sie in ihr Programm aufnimmt.

Kompensationen an uns schaffen die Schwierigkeiten nicht fort; die Opfer, welche dann England bringen müßte, würden sehr erheblich sein müssen.

Den Ihnen geeignet scheinenden Personen können Ew. pp. aussprechen, wie Sie persönlich Grund zur Befürchtung hätten, daß ohne sofortige Lösung des Vertrages die ägyptische Frage ins Rollen kommt.

Marschall

Nr. 2054

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Wien, den 15. Juni 1894

Graf Kálnoky teilt mir soeben folgendes mit: Lord Rosebery hat Graf Deym gesagt, daß ihn Deutschlands Haltung in der Kongofrage wegen Englands Zusicherungen bezüglich der Meerengen und Konstantinopels* in Verlegenheit setze. Er fühle sich in letzterer Hinsicht gebunden und werde loyal erfüllen, was er versprach, doch könnte er durch ein weiteres Vorgehen Deutschlands in der Kongofrage genötigt werden, eine Revision der englischen Politik vorzunehmen. Hierzu gehöre auch eine Änderung der Beziehungen zu Italien. Lord Rosebery suchte am folgenden Tage wiederum Graf Deym auf und ließ bei nochmaliger Erörterung der Lage die Bemerkung fallen, daß Deutschlands Zusammengehen mit Frankreich ihn auf den Gedanken bringe, daß es Punkte gäbe, wo sich England und Frankreich verständigen könnten.

Graf Kálnoky konstatiert eine Aufregung Roseberys und glaubt, daß er sich vor England gebunden fühle. Der Graf hofft, daß auf der Basis einer Verlegung des gepachteten Streifens eine Verständigung möglich sei, die er im Interesse des mühsam zugunsten des Dreibundes hergestellten Einvernehmens mit England dringend erhofft.

Eulenburg

Nr. 2055

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept

Nr. 84 Berlin, den 15. Juni 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 97**.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser seine Willensmeinung dahin kundgegeben hat, daß die Wahrung geschlossener Verträge für Deutschland eine Frage der Würde ist, wird Seiner Majestät Regierung auf dieser Grundlage den durch das vertragswidrige Verhalten des Kongostaats und des Kabinetts Rosebery ihr aufgezwungenen Konflikt durch — und zu Ende führen, um so mehr, da wir trotz Lord Roseberys geschmackloser Drohungen von dem Festhalten an den bestehenden internationalen Verträgen keine nachteiligen Folgen für uns und unsere Freunde besorgen. Von „Zusicherungen Englands in der Meerengenfrage" bzw. einem in dieser Frage „zugunsten des Dreibundes her-

* Vgl. Bd. IX, Kap. LV, C.
** Siehe Nr. 2054.

gestellten Einvernehmen“ ist hier nichts bekannt, wir hörten nur, daß Lord Rosebery wiederholt die persönliche Absicht äußerte, die englischen Interessen im Mittelmeer eventuell selbst vertreten zu wollen*. Nötigenfalls würde eine „Revision der Politik“, soweit England in Frage steht, für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers erheblich leichter sein als für einen Minister, der bisher nichts geboten hat als seine eignen Absichten und Ansichten, und der offenbar zurzeit lediglich bemüht ist, vor den Augen seiner Landsleute einen politischen Fehler durch einen zweiten zu verdecken.

Marschall

Nr. 2056

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 London, den 16. Juni 1894

Der österreichische Botschafter** suchte mich heute auf, um mir vertraulich mitzuteilen, daß er eine Unterhaltung mit Lord Rosebery gehabt, welcher ihn ermächtigt habe, mir das Nachstehende daraus mitzuteilen.

Der Premierminister habe stets den Wunsch gehabt, die besten Beziehungen mit uns zu unterhalten und seine offenbare Neigung zur Anlehnung an den Dreibund sei ihm sogar von seinen Kollegen vielfach verdacht worden. Er würde deshalb in die schwierigste Lage kommen, wenn er unsere letzte Note*** vorlegen und damit den Gegnern des Dreibundes im Kabinett einräumen müsse, daß er gerade von uns so schlecht behandelt werde. Die Form dieser Note habe ihn auch zuerst tief gekränkt. Ein Fehler sei es aber allerdings hier gewesen, den er jedoch nicht persönlich verschuldete, daß man sich hier nicht vor Abschluß des Vertrages mit uns darüber verständigt habe.

Seitdem hat der Premierminister, wie Graf Deym hinzufügte, sich durch letzteren, welchem er unsere Note zeigte, überzeugen lassen, daß nichts Verletzendes darin zu finden sei.

Schließlich sagte mir der Botschafter, er wolle mir noch eine Äußerung des Premierministers mitteilen, wozu er aber nicht ermächtigt sei, und er könne dies daher nur im strengsten Vertrauen tun.

Als Graf Deym schließlich die Frage gestellt habe, wie der Minister aus der Verlegenheit zu kommen gedenke, habe derselbe erwidert: Das beste Mittel scheine ihm, daß König Leopold um die Zustimmung der englischen Regierung dazu bitte, den Vertrag nur mit Weglassung des Artikels III zu ratifizieren. Er habe dann allerdings hinzugefügt, daß er diesen Gedanken nicht in Brüssel suggerieren könne.

---

* Vgl. Bd. IX, Nr. 2159 nebst Fußnote.
** Graf Deym.
*** Vom 11. Juni; siehe Nr. 2043, Anlage.

Als Graf Deym mit Bezug hierauf mir gegenüber die Ansicht entwickelte, daß unser Interesse an der Sache durch diese Lösung gewahrt würde, und daß **wir** die fragliche Forderung in Brüssel stellen könnten, habe ich erwidert, daß wir seit dem Beginn der ganzen Differenz fortgesetzt dort den Rücktritt von der fraglichen Bestimmung verlangt hätten. Ob man sich, wenn die Sache hier und in Brüssel noch länger hingezogen würde, **damit** noch würde bei uns begnügen **können**, wisse ich nicht. Heute sei es vielleicht noch Zeit, morgen vielleicht nicht mehr. Die Entwickelung der Dinge könne es jeden Augenblick mit sich bringen, daß wir Schritten zustimmen müßten, die eine Aufrollung aller afrikanischen Fragen zur Folge hätten und sich dann nicht mehr rückgängig machen ließen.

Aus allen Äußerungen des Grafen Deym ging hervor, daß Lord Rosebery vor allem eine gemeinschaftliche Haltung Deutschlands mit Frankreich scheut, die, abgesehen von den sonstigen politischen Nachteilen, ihn persönlich und seine ganze bisherige Politik in der hiesigen öffentlichen Meinung und vor seinen Gegnern in und außerhalb des Kabinetts bloßstellen würde.

Ich habe mich selbstverständlich jeder Andeutung enthalten, daß die österreichische Regierung, wenn sie im eigenen politischen Interesse solchen Wert darauf legt, eine dauernde Verstimmung zwischen uns und England zu verhüten, dann auch in Brüssel den Gedanken suggerieren könnte, den Lord Rosebery angeblich dort auszusprechen Bedenken trägt.

Hatzfeldt

Nr. 2057

Der Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Brüssel, den 15. Juni 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 50*.

Hatte soeben Audienz. Auf meine Erklärung antwortete der König, er fühle sich mit England gebunden, könne nicht einseitig den Vertrag lösen, werde sich aber mit englischer Regierung über meine verschiedenen Demarchen in Verbindung setzen. Er fragte wiederholt, ob auch ähnliche Schritte in London von uns erfolgt seien; ich erwiderte, daß dort kein Zweifel über unsere Auffassung bestehen könne.

Auf mein Drängen, einen kurzen Termin für Mitteilung der definitiven Entschließung zu bestimmen, bemerkte der König, daß er keine solche Verpflichtung eingehen könne, da er von England abhänge.

---

* Durch Telegramm Nr. 50 vom 15. Juni hatte Graf Alvensleben Anweisung erhalten, eine neue Audienz bei König Leopold II. nachzusuchen und ihm ernstlich zu erklären, daß nur eine sofortige Lösung des Vertrages durch den König selbst das einzige Mittel zur Vermeidung schlimmer Folgen sei.

Ich bin vergeblich bemüht gewesen, eine die Absichten des Königs verratende Äußerung herbeizuführen, und bin daher nicht ohne Zweifel, ob er in London den Wunsch nach Aufhebung des Vertrags offen auszusprechen sich entschließen wird. Ich habe übrigens nicht verhehlt, daß die anscheinend dilatorische Haltung auf Kaiserliche Regierung einen ungünstigen Eindruck machen werde.

Alvensleben

Nr. 2058

Der Gesandte in Brüssel Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 Brüssel, den 16. Juni 1894

Graf de Grelle sagte mir soeben streng vertraulich und ohne Vorwissen des Königs, daß Seine Majestät unverzüglich mit englischer Regierung in Unterhandlung treten werde, um Artikel III des Vertrags aufzuheben und Deutschland dadurch vollständige Genugtuung zu geben. Er wünschte zu wissen, ob, wenn England zustimmte, unser Einspruch gegen Vertrag aufhören würde.

Alvensleben

Nr. 2059

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 16. Juni 1894

Der englische Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir folgendes mitgeteilt:

Vor einigen Tagen habe die Königin ihm wegen der Kongofrage geschrieben und sich besorgt über die Wendung der Dinge ausgesprochen; sie glaube, daß Deutschland England „unfriendly" behandle, und habe seine Meinung darüber verlangt, ob es nicht rätlich sei, daß sie Seiner Majestät dem Kaiser über die Frage schreibe. Sir Edward Malet habe in seiner Antwort der Monarchin dringend widerraten, diesen Schritt zu tun und in die Angelegenheit einzugreifen, worauf die Königin in einem zweiten Briefe ihn gebeten habe, irgendeinen Ausweg aus dieser peinlichen Situation vorzuschlagen. —

Auf die Frage, womit wir uns befriedigt erklären würden, entgegnete ich, der sicherste Ausweg sei, wenn die englische Regierung den König der Belgier seines Wortes entbinden und den ganzen Vertrag rückgängig machen würde. König Leopold habe, als er die Zustimmung zum Vertrage gab, gewiß nicht vorhergesehen, daß derselbe zu europäischen Komplikationen Anlaß geben werde, die selbst auf seine Stel-

lung in Belgien zurückwirken könnten. Eine Lösung des Vertrags in dieser Form werde in keiner Weise das berechtigte Selbstgefühl Englands und seiner Regierung verletzen. Sir Edward nahm diesen Gedanken ad referendum und frug mich dann — unter Hervorhebung, daß er hierzu keinen Auftrag habe —, ob wir befriedigt sein würden, wenn England auf den Landstreifen, d. h. auf Artikel III des Vertrags verzichte? Ich entgegnete, daß diese Bestimmung des Vertrags allerdings unsern wichtigsten Rechtsstandpunkt bilde, daß nebenher aber die Prinzipienfrage aufgeworfen sei, und ich mich zurzeit nicht in der Lage befände, ihm eine bestimmte Antwort auf die Frage zu geben.

Marschall

Nr. 2060

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 — Wien, den 17. Juni 1894

Graf Deym telegraphiert soeben an Graf Kálnoky, daß Lord Rosebery ihn zu sich gebeten und ihm gesagt habe, er, Lord Rosebery, sei zu dem Einsehen gekommen, „daß der Streifen von 25 Kilometern afrikanischem Territorium, welcher zum Teil Wüste sei, für England nicht genug Wichtigkeit besitze, um eine vollständige Änderung seiner Politik vorzunehmen. Auch habe ihn das wiederholte Studium der deutschen Note* überzeugt, daß sie nicht so beleidigend sei, als er zuerst gemeint habe.“ Lord Rosebery widerrufe also, was er an Graf Kálnoky habe sagen lassen, und bäte ihn nichts davon nach Berlin mitzuteilen.

Graf Kálnoky verbindet mit vorstehender Mitteilung die Bitte, seine letzten durch mich nach Berlin berichteten Angaben** über Lord Roseberys Äußerungen als streng vertrauliche ansehen zu wollen.

Eulenburg

Nr. 2061

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 17. Juni 1894

Der französische Botschafter übergab mir heute das anliegende Memoire, in welchem seine Regierung ihre Anschauungen über unsere neuliche Besprechung*** niedergelegt hatte.

Nach Durchsicht derselben machte ich Herrn Herbette auf folgende Punkte aufmerksam:

---

* Siehe Nr. 2043, Anlage.
** Siehe Nr. 2054.
*** Vgl. Nr. 2049.

Die im ersten Absatz befindlichen Worte „de sauvegarder le statu quo légal africain, tel qu'il résulte des actes internationaux“ gehe insofern erheblich über meine Anregung hinaus, als hier der gesamte afrikanische Rechtszustand mit allen den zahllosen internationalen Vereinbarungen, auf denen er beruhe, als Grundlage einer Verständigung bezeichnet werde, während ich den durch die „Kongoakte geschaffenen Rechtszustand“ als die eventuelle Basis fixiert hätte. Frankreich werde sich kaum für alle unsere speziellen Abmachungen mit England, Portugal und dem Kongostaat interessieren, während wir umgekehrt weder an der Ubangifrage, noch dem sogenannten droit de préférence, noch endlich an dem Streit darüber ein Interesse hätten, ob die Provinz Bar-el-Ghazal integrierender Bestandteil von Ägypten beziehungsweise des türkischen Reiches bildeten. „Le statu quo légal africain, tel qu'il résulte des actes internationaux“ sei ein so vager Begriff, daß ich ihn als eine brauchbare Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen nicht zu erachten vermöchte. Herr Herbette gab dies zu und bestritt nicht, daß meine Anregung sich auf die Kongoakte beschränkt hätte. —

Ich bemerkte weiter, daß auch die Rechtsausführungen des aide mémoire zu gewissen Bedenken Anlaß gäben. Ziffer 1 und Ziffer 2 gehe entschieden zu weit, wenn dem Kongostaat das Recht bestritten werde, sich über die Grenzen der in den Konventionen von 1884 und 1887 und der Kongoakte fixierten Gebiete auszudehnen. Die Kongoakte verbiete eine solche Ausdehnung nicht und beschränke nur in Artikel X die Verpflichtung der Signatarmächte zur Anerkennung der Neutralität auf die Gebiete in der durch die Akte festgesetzten Zone. —

Ziffer 3 gehe — abgesehen von dem Deutschland nicht berührenden droit de préférence Frankreichs — zu weit, wenn allgemein die Zustimmung der Signatarmächte zu jeder Veräußerung von Kongogebiet verlangt werde. Im Artikel IV unserer Konvention sei sogar die Möglichkeit einer Zession von Kongogebiet ausdrücklich anerkannt. Die Beschwerde gegen Artikel III des Vertrags am 12. Mai könne lediglich auf die Verletzung der Neutralität basiert werden, die darin bestehe, daß der Kongostaat einem Staate eine Gebietskonzession gemacht habe, welche für andere Staaten speziell Deutschland eine schwere Schädigung ihrer Interessen enthielte.

Ich erklärte Herrn Herbette ferner, eine Verabredung in dem Sinne, daß Frankreich und Deutschland sich verpflichten sollten, keinem definitiven Abkommen zuzustimmen, bevor nicht die beiderseitigen Beschwerden eine befriedigende Erledigung gefunden hätten, schiene mir nicht praktisch; man lege sich da gegenseitig eine Verpflichtung auf, deren Tragweite man im voraus gar nicht übersehen könne, während es mir geboten scheine, das Verhältnis zwischen uns so klar und bestimmt zu regeln, daß Empfindlichkeiten nicht entstehen könnten. Ich schlüge meinerseits vor, uns auf die Verpflichtung gegenseitig zu beschränken, den andern Teil au courant über die Sachlage zu halten und

ihm vor definitiver Annahme eines Vorschlags Kenntnis von dem Inhalte desselben und der bevorstehenden Annahme zu geben. —

Herr Herbette wollte in diesem Sinn nach Hause berichten. Von einer Konferenz war in unserer Besprechung nicht die Rede. —

Mein Eindruck ist der, daß die französische Regierung die Absicht hat, durch Erweiterung der ursprünglichen Anregung die Sache im Sande verlaufen zu lassen, um später ein gemeinschaftliches Vorgehen ableugnen zu können. Marschall

Anlage

Aide-Memoire

Vom französischen Botschafter in Berlin Herbette am 17. Juni dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall überreicht

Berlin, le 17 Juin 1894

En accord avec la proposition qui nous a été faite par la Chancellerie Impériale le 13 de ce mois, nous sommes prêts „à affirmer la communauté de vues des deux Gouvernements sur la nécessité de sauvegarder le statu quo légal africain, tel qu'il résulte des actes internationaux."

Ce point acquis, nous serions d'avis que les deux Gouvernements continuassent parallèlement les pourparlers engagés à Londres et à Bruxelles relativement à la Convention du 12 Mai. Ils ne seraient pas tenus de parler identiquement le même langage. Il suffirait qu'ils défendissent respectivement les points de vue particuliers de chacun d'eux, mais avec la certitude réciproque confirmée par la sincérité des déclarations échangées, que les deux Puissances n'adhéreront à un arrangement définitif que lorsqu'elles seront tombées d'accord pour reconnaître qu'elles ont obtenu respectivement une complète satisfaction. Ce serait seulement dans le cas où une négociation ainsi poursuivie tant à Londres qu'à Bruxelles n'aboutirait pas, qu'il pourrait y avoir lieu d'examiner, de concert avec les autres Puissances intéressées, l'éventualité d'une Conférence.

Notre programme vis-à-vis de l'Angleterre comme de l'Etat du Congo est de sauvegarder les droits en conciliant les intérêts et en ménageant les amours-propres.

Or, Lord Kimberley a déclaré à notre Ambassadeur à Londres (et une déclaration dans ce sens a été faite également au Parlement Britannique) que le Gouvernement de la Reine ne se proposait nullement d'établir la domination anglaise du Cap à Alexandrie. „C'est une politique, a-t-il dit, qu'il faut reléguer parmi les chimères absurdes."

Si l'Angleterre veut accepter sincèrement cette base de négociation, le recours à une Conférence ne serait pas, pour le moment, indispensable.

Il est certain que pour aboutir à un règlement satisfaisant, le procédé le plus convenable serait d'obtenir du Roi Léopold le retrait

de la Convention dans les conditions suivantes: — 1er point — L'Etat du Congo reconnaîtrait qu'il ne peut se développer hors des limites qui lui sont fixées par les Conventions de 1884, 1887 et en général par les Actes de Berlin, c'est-à-dire, au Nord, l'Oubanghi et le 4⁰ de latitude jusqu'à la limite du bassin du Congo, et à l'Est, les limites dont le Gouvernement Allemand réclame le maintien.

2me point: — L'Etat du Congo renoncerait, en conséquence, à tout projet de bail ou d'occupation de nature quelconque sur les territoires situés hors de ces limites.

3ème point: — L'Etat du Congo reconnaîtrait qu'il ne peut sans l'assentiment des Puissances et notamment de la France au point de vue des droits de préférence, concéder à une autre Puissance, à un titre quelconque, soit à titre gratuit ou onéreux, le bail ou l'administration de tout ou partie du territoire qui lui a été reconnu dans les actes antérieurs interprêtés conformément à ce qui est dit ci-dessus. Il ne pourrait concéder à aucune Puissance, ni à aucun particulier, des avantages ou privilèges contraires dont ne puissent jouir également soit une Puissance, soit les nationaux d'une des Puissances signataires des actes de Berlin.

Ces propositions paraîtraient devoir être acceptées plus facilement à Bruxelles qu'à Londres. Mais il est à craindre que le Roi Léopold, fort de l'appui de l'Angleterre, ne résiste à la pression qu'exercent sur lui en ce moment les protestations des Puissances intéressées.

Ce serait alors à Londres qu'il conviendrait de s'adresser pour vaincre ces résistances. Les Ambassadeurs d'Allemagne et de France pourraient faire dans ce sens une démarche commune, et par leur action simultanée obtenir l'adhésion du Cabinet de Londres à une formule qui serait souscrite finalement par le souverain du Congo.

Telles sont les appréciations du Gouvernement de la République sur les conditions propres à assurer le succès de la négociation pendante. Les sentiments de modération dont elles témoignent sont un sûr garant de la loyauté avec laquelle nous nous appliquerons à ne rien faire qui puisse être en contradiction avec le droit établi et les intérêts des autres Etats.

Nr. 2062

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

K 122 Berlin, den 17. Juni 1894
[abgegangen am 18. Juni]

pp. Nachdem die Regierung des Kongostaats amtlich angezeigt hat, daß sie die Großbritannische Regierung um Aufhebung des uns

beschwerenden Artikels III des Abkommens vom 12. Mai d. Js. ersucht habe*, darf ich annehmen, daß die englische Regierung dank der aufgewendeten Bemühungen, deren größeren Teil Ew. zugefallen ist, nunmehr das ihrige tun wird, um unsere Beschwerden aus der Welt zu schaffen. Der Weg, welchen Lord Rosebery dem Grafen Deym als auch für England gangbar bezeichnete**, ist vom König Leopold beschritten worden.

Ich kann nicht voraussetzen, daß Lord Rosebery die Sache länger hinziehen wird, da die französische Regierung immer geneigt sein wird, mit Deutschland zu gehen, wenn wir ihr in dem Aufrollen der ägyptischen Frage behülflich sind.

Marschall

Nr. 2063

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 — Rom, den 17. Juni 1894

Herr Crispi, mit welchem ich heute über die durch die englischen Übergriffe in Afrika geschaffene Sachlage sprach, sagte mir, er beklage die Differenzen zwischen uns und Großbritannien. Das Zusammengehen des Dreibundes mit England sei im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer eine Lebensfrage für Italien.

Unter eingehender mündlicher Verwertung des mir übersandten Materials setzte ich dem Ministerpräsidenten auseinander, wie an jenen Differenzen England allein die Schuld trage. Ich fügte hinzu, daß, wenn die italienische Regierung die Wiederherstellung des früheren Einvernehmens wünsche, sie einerseits England keinen Zweifel darüber lassen dürfe, daß sie eine gegen Deutschland gerichtete Aggressivpolitik in Afrika niemals unterstützen werde, andererseits es sich ernstlich angelegen sein lassen möge, Lord Kimberley und Rosebery zur Wiederherstellung unserer verletzten Rechte anzuhalten.

Herr Crispi versprach, er wolle in diesem Sinne auf die englischen Minister einwirken und denselben eine vernünftige und gerechte Haltung uns gegenüber anempfehlen. Im Laufe unserer Unterredung äußerte der Ministerpräsident motu proprio, daß Lord Rosebery weniger politischen Weitblick besitze als sein Vorgänger Lord Salisbury.

Bülow

---

* Laut Telegramm Alvenslebens Nr. 54 vom 17. Juni hatte die Kongoregierung durch Note das an die englische Regierung gerichtete Ersuchen wegen Aufhebung von Artikel III bestätigt.

** Vgl. Nr. 2056.

*** Vgl. Nr. 1765. Hier des Zusammenhangs wegen wiederholt.

Nr. 2064

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 London, den 17. Juni 1894

Earl of Kimberley hat mich eben rufen lassen, um mir jetzige Lage der Sache bezüglich Kongovertrag mitzuteilen. Er las mir zunächst ein Telegramm von Sir E. Malet über seine Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär* vor, wonach er auf seine Frage, wie die Sache geregelt werden könne, zur Antwort erhalten hätte, daß der beste Ausweg der Rücktritt des Königs Leopold vom Vertrage wäre. Auf seine Einwendung, daß dies zu viel wäre, da damit auch die von Frankreich beanstandeten Stipulationen fallen würden, während wir nur ein Interesse an Artikel III hätten, habe er die Auskunft erhalten, daß unser Interesse durch die Zurückziehung dieses Artikels gedeckt sein würde.

Der Minister las mir dann ein Telegramm von heute an Sir E. Malet vor, wonach er in Berlin mitteilen soll, daß England mit Wegfall des Artikels III einverstanden sei, wenn König Leopold dies hier anregen und eine Form dafür gefunden würde, welche die übrigen Bestimmungen in Kraft ließe und auch die Würde des Königs berücksichtigte; endlich noch ein eben eingegangenes Telegramm aus Brüssel, wonach der König die Zurückziehung wünscht und uns hiervon vertraulich benachrichtigt hat.

Ich erwiderte dem Minister, welcher die Formfrage mit mir zu besprechen wünschte, daß ich zunächst heut noch ohne Nachricht über die Lage der ganzen Sache sei. Wenn man sich bei uns mit Zurückziehung des Artikels III begnüge, erscheine mir persönlich, und soweit ich ohne reifliche Überlegung eine Ansicht aussprechen könne, die Formfrage — Note oder Protokoll — von untergeordneter Bedeutung, vorausgesetzt, daß wir eine amtliche Mitteilung über die Zurückziehung erhielten.

Der entscheidende Beweggrund für die englische Nachgiebigkeit ist in den gestrigen Nachrichten aus Brüssel über unsere dortige Sprache zu suchen, welche hier die Befürchtung erregt hat, daß wir jetzt den ganzen Vertrag zu Fall bringen, also mit Frankreich gemeinschaftliche Sache machen wollten. Earl of Kimberley hat mir heute selbst zugegeben, daß dies für England sehr unerwünscht und bedenklich gewesen wäre.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 2059.

Nr. 2065

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 18. Juni 1894

Der englische Botschafter machte mir heute folgende Mitteilung: Lord Kimberley bedaure lebhaft, daß der englisch-kongolesische Vertrag vom 12. Mai in Deutschland Anlaß zu dem Glauben gegeben habe, daß England in dieser Frage eine unfreundliche Gesinnung bekundet oder gar Schikanen gegen Deutschland geplant habe. Eine solche Absicht habe nie bestanden; wenn Artikel III des Vertrags eine Bestimmung enthalte, die seinerzeit von Deutschland bei den Verhandlungen von 1890 abgelehnt worden sei, so sei zu beachten, daß damals die Verhandlungen mündlich geführt worden seien, in den Akten des Foreign Office also darüber nichts enthalten sei. Nachdem nun König Leopold namens des Kongostaates an die englische Regierung die Bitte gerichtet habe, auf Artikel III des Vertrags zu verzichten, sei die englische Regierung geneigt, dieser Bitte zu willfahren, und wünsche zuvor zu wissen, ob wir diese Lösung des Zwischenfalls akzeptieren würden?

Ich habe dem Botschafter zugesagt, sofort die Befehle Seiner Majestät und des Herrn Reichskanzlers einzuholen.

Marschall

Nr. 2066

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 18. Juni 1894

Ich habe sofort nach dem Besuche Sir Edward Malets den französischen Botschafter aufgesucht und ihm vertraulich von der an uns gestellten Anfrage* und davon Kenntnis gegeben, daß wir in der Aufhebung des Artikels III des Vertrags vom 12. Mai d. Js. eine befriedigende Lösung erblicken würden, zumal unser Protest von Anfang an sich lediglich gegen diesen Artikel gerichtet habe und daher durch den Wegfall desselben gegenstandslos werde. Wir würden entsprechend dieser Haltung, die wir von Anfang an eingenommen, auch bei der formellen Erledigung der Sache die Grenze des Artikels III nicht überschreiten und keine Erklärung abgeben, die irgendwie präju-

---

* Siehe Nr. 2065.

diziell für die noch schwebenden Differenzen zwischen Frankreich und England sein könnte.

Herr Herbette erkannte an, daß Frankreich und Deutschland von Anfang an insofern von verschiedenen Gesichtspunkten ausgegangen seien, als ersteres gegen den ganzen Vertrag, wir dagegen nur gegen Artikel III protestiert hätten, und wir daher logisch konsequent handelten, wenn wir nach Wegfall des Artikels III unseren Protest für erledigt erachteten. Auch für Frankreich liege insofern eine Genugtuung in der Beseitigung des Artikels III, als der französische Protest sich auch auf diesen Punkt bezogen habe, der, wie er zugebe, vom Standpunkte des internationalen Rechts aus „le point le plus criant" sei. Bezüglich der von England an den Kongostaat à bail gegebenen Provinz Bar-el-Ghazal liege die Rechtsverletzung nicht so offenkundig vor, immerhin sei es ein irregulärer Zustand, daß ein neutraler Staat sich einen Gebietszuwachs verschaffe außerhalb der neutralen Zone, und damit die Möglichkeit entstehe, daß derselbe wegen dieses Gebietszuwachses mit dritten Staaten in einen bewaffneten Konflikt gerate; es würde vielleicht gut sein, wenn wir in Brüssel auf diesen Punkt aufmerksam machten.

M. Herbette sprach mir wiederholt seinen Dank für meine Mitteilung aus.

Marschall

Nr. 2067

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 London, den 18. Juni 1894

In heutiger Unterhaltung ergriff Earl of Kimberley Initiative zur Besprechung von zwei besonders Frankreich betreffenden, mit dem Kongovertrag zusammenhängenden Fragen:

1. wünsche man hier die französische Regierung, mit welcher noch schwierige Verhandlungen bevorständen, nicht durch einen manque de procédés zu verletzen, wenn sie die Verständigung mit uns erst durch die Zeitungen erfahre, und er wolle daher Lord Dufferin baldmöglichst mit einer vertraulichen Mitteilung beauftragen.

Ich erwiderte, daß wir unter allen Umständen wünschen würden, in diesem Fall jeder möglichen Verstimmung in Paris vorzubeugen und namentlich alle Formen der Courtoisie zu beobachten.

Von diesem Gesichtspunkt aus schiene es mir durchaus geboten, daß die englische Mitteilung keinenfalls vor der unsrigen stattfinde und Earl of Kimberley sich deshalb mit Euerer Exzellenz über den Zeitpunkt vorher verständige. Der Minister schlug schließlich vor, daß die beiderseitige Mitteilung in Paris nicht gemeinschaftlich, aber gleichzeitig statt-

finden solle, wenn allseitige Einigung über den Wortlaut der Deklaration erfolgt sei (auch mit der Kongo-Regierung), aber ohne die formelle Unterzeichnung dann noch abzuwarten.

2. regte der Minister die mir unerwartete Frage an, ob der Gedanke einer Konferenz unter den jetzigen Umständen ausführbar und ratsam sein würde. Er motivierte dies ganz vertraulich damit, daß er, falls sich die Kompetenz der Konferenz beschränken lasse, nicht abgeneigt sein würde, Herrn Hanotaux seine schwierige Stellung zu erleichtern und die französische Mißstimmung gegen England etwas zu mildern, indem er in Aussicht stelle, de causer amicalement sur la question d'une conférence.

Ich habe mich einer bestimmten Meinung enthalten und bemerkt, daß wir bei einer Konferenz wohl nichts zu verlieren hätten.

Die Absicht der englischen Regierung geht offenbar dahin, durch Aufhebung des Artikels III unsere eventuelle Unterstützung in einer Konferenz und namentlich auch für die Begrenzung ihrer Aufgabe zu gewinnen. Vielleicht würde uns aber diese unerwartete Geneigtheit Englands zu einer Konferenz überhaupt ein Mittel bieten, in Paris möglicher Verstimmung über unsere Ablehnung gemeinschaftlichen Auftretens in der Kongofrage vorzubeugen, indem wir hier den Gedanken einer Konferenz jetzt befürworten.

Hatzfeldt

Nr. 2068

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 124 Wien, den 18. Juni 1894

Ganz vertraulich

Die Berichte des Grafen Deym über seine Unterredungen mit Lord Rosebery sind nunmehr eingegangen und Graf Kálnoky las mir dieselben vor.

Der wesentliche Inhalt jener Unterredungen ist in meinen bezüglichen Telegrammen* enthalten gewesen, doch bieten die Berichte des Grafen Deym noch manches andere von Interesse.

In einem Privatbriefe schildert der Botschafter die hochgradige Aufregung Lord Roseberys: eine Aufregung, die so groß war, daß der Minister in der „kühlen und etwas streng" gehaltenen deutschen Note (wie Graf Deym sie bezeichnet) einen unerhörten Angriff auf sein Kabinett und England sah und sich gleichsam gezwungen vermeinte, eine Änderung der bisherigen Politik vorzunehmen.

---

* Vgl. Nr. 2054 und 2060.

Graf Deym glaubt, eine erste Veranlassung zu dem englischen Vertrag mit dem Kongostaate in einer großen Mißstimmung suchen zu sollen, welche das letzte deutsch-französische Abkommen in Afrika bei Lord Rosebery erzeugt habe — eine Art Rache für die darin scheinbar hervortretende Tendenz Deutschlands, sich mit Frankreich auf Kosten Englands in Afrika zu verständigen. Nachdem nun Lord Rosebery in letzter Zeit fast nur der inneren Politik nachgegangen war, wurde er, wie Graf Deym meint, durch die deutsche Note unangenehm aufgeschreckt. Der Minister sei daher, nachdem er zu der Einsicht seiner übertriebenen Aufregung gelangt war, geneigt, Lord Kimberley für den Zwischenfall verantwortlich zu machen.

Graf Deym schreibt, daß Lord Rosebery den Gedanken einer Verständigung mit Frankreich in der Form zum Ausdruck gebracht habe, daß er behauptete, England könne, unbeschadet seiner Stellung, Frankreich Siam überlassen, auch innerhalb Afrikas eine Basis der Einigung finden — ohne daß die ägyptische Frage berührt würde.

Eine Anfrage, ob Frankreich in Verhandlungen behufs Verständigung mit England eingehen würde, wenn Ägypten ganz aus dem Spiel bliebe, scheint ergangen zu sein, und Frankreich scheint auch zustimmend geantwortet zu haben.

Folgen hat diese Anfrage nicht gehabt, denn in seiner zweiten Unterredung mit Graf Deym wurde Lord Rosebery bezüglich der Bedeutung des Mittelmeeres für England so in die Enge getrieben, daß er dem Grafen zugestand, es sei für England eine Unmöglichkeit, seine bisherige Politik zu ändern.

Graf Deym hatte Lord Rosebery auf seine Bemerkung, daß England in der Lage sei, auf Konstantinopel zu verzichten und sich auf Ägypten zu beschränken, erwidert, daß die vereinigte russische und französische Flotte in der Lage sei, Ägypten derart zu blockieren, daß nicht nur Ägypten, sondern das ganze englisch-afrikanische Hinterland von illusorischer Bedeutung für England sein müsse.

Lord Rosebery gab diesen Erwägungen nach und gestand dem Grafen zu, daß er, ganz abgesehen von dem moralischen Zwang, den seine Österreich gemachten Zusicherungen ihm auferlegten, der Überzeugung Ausdruck verleihen müsse, wie England doch nur in der Lage sei, den eingeschlagenen Bahnen, das heißt in engem Anschlusse an den Dreibund, zu folgen.

Graf Deym hält diese Rückkehr des Ministers zu den natürlichen Anschauungen für ein Nachlassen des Fiebers, in welches er geraten sei. Darum habe auch die deutsche Note einige Tage später ein anderes Gesicht gezeigt als zu Anfang.

Von Interesse war eine Wendung in der Unterredung der beiden Staatsmänner, die sich auf die Haltung Deutschlands zu der orientalischen Frage bezog. Lord Rosebery sagte etwa: „Konstantinopel hat schließlich für den Dreibund als solchen keine so sehr wesentliche Be-

deutung, denn es ist Deutschland völlig gleichgültig. Deutschland betont ausdrücklich immer, daß es auf dem Balkan keine Interessen habe. Wenn allerdings Österreich sich mit Rußland bezüglich des Balkans und Konstantinopels verständigt, so würde das den Auseinanderfall des Dreibundes bedeuten.“

Graf Kálnoky knüpfte an diese Bemerkung mir gegenüber keine Betrachtung. Er kam nur immer wieder darauf zurück, daß es sehr wichtig sei, England in dem Fahrwasser weiter schwimmen zu lassen, in dem es sich nach den Zusicherungen Lord Roseberys bewege, und welche auch jetzt noch zu vertreten er nach wiederholt an Graf Deym gemachten Äußerungen für eine Ehrenpflicht halte.

Aus diesem Grunde hofft Graf Kálnoky, dem ungemein viel an der Aufrechterhaltung der Verbindlichkeiten Lord Roseberys gegenüber Österreich liegt, daß, nach der Rücknahme der lächerlichen Drohungen des Ministers, Deutschland keinen so schroffen Ton mehr in dem Zwischenfall anschlagen werde. Der Graf äußerte mir persönlich die Hoffnung, daß nunmehr der erste Schritt zur definitiven Aufgabe des Vertrages durch den Kongostaat geschehen möge, um nicht die ohnedies schwierige Lage Lord Roseberys — dem doch einmal die Zukunft Englands gehöre — noch komplizierter zu gestalten.

P. Eulenburg

Nr. 2069

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 127 Paris, den 25. Juni 1894

Herr Hanotaux ist durch den Verlauf der Kongoverhandlungen befriedigt. Meiner Meinung nach ist diese Befriedigung etwas verfrüht, denn er wird mit den Engländern größere Schwierigkeiten haben als wir.

Er scheint anzunehmen, daß er mit seinem Protest durchdringen wird, und daß dieser Erfolg eine gute Vorbedeutung für seine Stellung und Tätigkeit als auswärtiger Minister sein wird.

Er erkennt die Haltung der Kaiserlichen Regierung Frankreich gegenüber dankbarst an, wiederholt das bei jeder Gelegenheit und glaubt und wünscht, daß die Beziehungen zwischen unsern beiden Regierungen sich immer besser gestalten werden. Daß die Engländer uns gegenüber den Artikel III des Kongovertrages aufgegeben haben, hält der Minister für einen guten Anfang. Die Engländer würden, so meint er, danach gar nicht umhin können, auch die französischen Forderungen zu berücksichtigen. Trotz der schönen Redensarten Lord Dufferins schienen ihm aber jetzt die Engländer zu versuchen, die Sache hinzuziehen. Herr Hanotaux hat den Eindruck, als wolle Lord Kimberley nicht nachgeben, wogegen aber Lord Rosebery keine Schwierig-

keiten auf auswärtigem Gebiete wolle. Er werde daher versuchen, auf Lord Rosebery zu wirken, vor allem aber sein Augenmerk auf die Belgier und den König Leopold richten, und, falls nötig, mit Belgien ziemlich deutlich sprechen, denn die Engländer schienen sehr geneigt, die Belgier und den König vorzuschieben.

Auf der englischen Botschaft meint man, das Nachgeben Deutschland gegenüber bedinge kein Eingehen auf die französischen, viel weiter gehenden Forderungen, und sowohl Lord Rosebery als auch Lord Kimberley würden den § 2 des Kongoabkommens nicht aufgeben. Lord Dufferin ist mit seiner eigenen Regierung sehr unzufrieden und hat es sehr übelgenommen, daß, während er wegen mehrerer Übergriffe, deren sich französische Forscher schuldig machten, verhandelte, die Verhandlung mit Belgien geheim betrieben, er nicht um Rat gefragt und ihm erst durch die Presse das Kongoabkommen bekannt wurde.

Auch auf dem hiesigen Auswärtigen Amte herrscht eine sehr gereizte Stimmung gegen England.

Die neue Deklaration, die England mit Italien wegen des Harrargebietes vereinbart hat*, trägt namentlich zu dieser Verstimmung sehr bei. Herr Hanotaux sagte mir, die Unhaltbarkeit des Kongovertrages zeige sich immer mehr, und von seiten anderer Mächte würden Einwendungen dagegen erhoben. Als ich näher darauf einging und zu erfahren wünschte, welche Mächte es seien, nannte er erst die Pforte, dann Portugal, welches am meisten mitbeteiligt sei, kam aber schließlich damit hervor, daß auch Rußland sich in London und Brüssel gegen diesen Vertrag ausspreche. Als ich darauf bemerkte, ein direktes Interesse habe, so viel ich wisse, Rußland dabei nicht, auch habe, so viel ich wisse, Rußland sich bei den früheren Verhandlungen nicht beteiligt, erwiderte der Minister, das sei richtig, Rußland wolle aber vor allem die Aufrechterhaltung abgeschlossener Verträge[1], und müsse daher gegen alles sein, was diesen widerspreche.

Die russische Einmischung kommt meiner Meinung nach ganz einfach daher, daß es den Russen unangenehm und unheimlich ist, Frankreich und Deutschland zusammen wirken zu sehen[2].

Mit England ruhen, wie es scheint, die Verhandlungen. Lord Dufferin bekommt keine Instruktion und hat anscheinend keine Lust, sich der Sache sehr anzunehmen. Herr Hanotaux wartet immer noch auf eine Antwort auf seinen Protest. Er wird durch die belgische Regierung auf König Leopold zu wirken suchen.

Herr Hanotaux hat mir versprochen, mir den fernern Gang der Verhandlungen stets mitzuteilen. Münster

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Vertrag von Paris 1871?!
[2] richtig

---

* Vgl. Kap. LIV, A, Nr. 1991, Fußnote **.

Nr. 2070

Der Botschafter fn London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 402 London, den 26. Juni 1894

In einer vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit Lord Kimberley hatte, habe ich nicht unterlassen, ihn nach Anweisung des hohen telegraphischen Erlasses Nr. 117 auf die Bedenken aufmerksam zu machen, die gegen eine Konferenz in der Frage des Kongoabkommens sprechen, und gleichzeitig anzudeuten, daß wir eventuell von dem wiederholt von uns geltend gemachten Standpunkt, wonach der neutrale Kongostaat seine Grenzen auf Grund der Verträge nicht willkürlich verändern dürfe, nicht abgehen könnten.

Der Minister, welcher eine Erörterung des letzten Punkts vermied, zeigte sich im übrigen bereit, auf eine Besprechung der Frage einzugehen, indem er jedoch hervorhob, daß er nur persönliche Ansichten darüber aussprechen könne.

Im Widerspruch mit den Angaben des französischen Botschafters, über die ich anderweitig zu berichten mir gestattet habe, bemühte sich Lord Kimberley zu konstatieren, daß von einer eingehenden Verhandlung in Paris noch nicht die Rede gewesen sei. Im Vertrauen fügte er hinzu, daß Lord Dufferin gar nicht ermächtigt gewesen sei, irgendwelche Vorschläge anzuregen oder zu diskutieren. Man wünsche hier zunächst, die französischen Ansichten und Wünsche zu kennen, um sich danach ein Urteil zu bilden, und Lord Dufferin habe daher lediglich den Auftrag erhalten, diese Ansichten und Wünsche zu ermitteln und darüber zu berichten.

Im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung waren es offenbar zwei Punkte, die der Minister klarzustellen suchte. Während er auf der einen Seite auf die Gefahren hinwies, die aus einer gemeinschaftlichen Grenze in den streitigen Gebieten zwischen Engländern und Franzosen erwachsen würden, machte er andererseits geltend, daß England die formellen Ansprüche des Sultans, resp. Ägyptens, auf die früheren ägyptischen Provinzen keinen Augenblick bestritten habe. Wenn daher das Abkommen mit dem Kongostaate in bezug auf jene Provinzen auch wirklich zu Fall käme, so würden die Franzosen damit ihrerseits nichts gewonnen haben, da die Ansprüche des Sultans und Ägyptens damit keineswegs fortfielen, und nur der frühere Zustand, wie er vor dem letzten Abkommen bestanden, wieder eintreten würde.

Ob die vorstehenden Äußerungen, die der Minister ausdrücklich als seine rein persönliche Meinung bezeichnete, ernst gemeint waren und daher auf die wirklichen Absichten des englischen Kabinetts schließen lassen, muß ich dahingestellt sein lassen. Als feststehend

glaube ich betrachten zu dürfen, daß das englische Ministerium und speziell Lord Rosebery sich in einer großen Verlegenheit befinden und selbst noch nicht wissen, wie sie sich ohne Schaden herausziehen sollen. Nach allem, was ich von ihm weiß und gesehen habe, würde Lord Rosebery sich auch heute noch sehr ungern dazu bequemen, in ein näheres Verhältnis zu Frankreich zu treten und mit seiner ganzen bisherigen Auffassung: Anlehnung an den Dreibund (unter dem Vorbehalt, möglichst viel Vorteil daraus zu ziehen und möglichst wenig dafür zu bezahlen) unwiederbringlich zu brechen. Er hat noch neulich dem Grafen Deym gesagt, der dies auch nach Wien berichtet hat: „Après mûre réflexion je suis convaincu que le couloir cédé par le Congo n'a pas assez de valeur pour changer toute ‚ma' politique." Dazu tritt noch, daß ein einfacher Rückzug vor Frankreich in der vorliegenden Frage, wenn das Ministerium sich dazu entschließen müßte, von der hiesigen öffentlichen Meinung vielleicht nicht ganz so gleichmütig hingenommen werden würde, als es uns gegenüber geschehen ist, und Lord Rosebery muß sich sagen, daß sein Kabinett, welches er jetzt bis zum künftigen Jahre lebensfähig zu erhalten hofft, nicht stark genug ist, um sich vor der öffentlichen Meinung und der Kammer dem Vorwurf einer würdelosen Rekulade vor französischen Drohungen auszusetzen.

Da es aber, wie Eure Exzellenz wissen, hier auch im Kabinett selbst eine Partei gibt, die einer Annäherung an Frankreich auf allen Gebieten das Wort redet, so wird das Resultat der Verhandlungen in Paris nach meinem Gefühl wesentlich davon abhängen, ob die neue Regierung dort klug genug sein wird, in ihren Forderungen Maß zu halten und der englischen Regierung durch Bedingungen, welche sie ohne Preisgebung ihrer Würde vor dem Lande annehmen kann, eine Brücke zu bauen.

An eine politische Verständigung mit Frankreich im Anschluß hieran, glaube ich vorläufig nicht, auch abgesehen von der noch immer vorhandenen persönlichen Abneigung des Premierministers gegen eine solche Wendung der Dinge. Sie würde sich, wenn man ernstlich daran gehen wollte, wohl bald als unmöglich herausstellen, und die Erkenntnis würde sich hier aufdringen, daß dieses Bündnis nur durch einen zu hohen Preis im Mittelmeer und anderwärts erkauft werden kann.

P. Hatzfeldt

Nr. 2071

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 418 London, den 30. Juni 1894

Lord Rosebery benutzte ein geselliges Zusammentreffen, um die Kongoangelegenheit zur Sprache zu bringen. Er versicherte wiederholt,

daß man hier nie eine Unfreundlichkeit gegen uns im Sinne gehabt habe. Von unserem früheren Widerspruch gegen einen Durchgang längs der Kongogrenze habe man hier nichts gewußt, weil Lord Salisbury keinerlei Aufzeichnung darüber hinterlassen habe. In dieser Hinsicht müsse er mir aber noch einen Umstand mitteilen, der dazu beitragen werde, das Vorgehen des jetzigen Kabinetts in der Sache in einem anderen Licht erscheinen zu lassen: Lord Salisbury habe im Jahre 1892 ganz dasselbe Abkommen mit dem Kongostaat getroffen, und es sei ein darauf bezüglicher Notenaustausch erfolgt. Während Lord Salisbury denselben aber später nicht habe als verbindlich ansehen wollen, habe König Leopold darauf bestanden, ihn als solchen zu betrachten, und sei in Übereinstimmung damit in Afrika vorgegangen. Diese Lage der Dinge habe er, Lord Rosebery, vorgefunden, und es, wie die Dinge einmal lagen, für besser gehalten, einen regelmäßigen Vertrag über die einmal vorhandenen, nicht von ihm sondern von seinem Vorgänger getroffenen Abmachungen mit dem Kongostaat abzuschließen.

Einen Fehler, den er gern anerkenne, habe man hier allerdings gemacht, indem man uns nicht vertraulich von der Sache in Kenntnis gesetzt und sich mit uns darüber verständigt habe.

Der Premierminister bemerkte dann, er wisse aus meinen Äußerungen gegen Lord Kimberley und verstehe auch, daß wir das von uns aufgestellte Prinzip, wonach der Kongostaat seine Grenzen nicht willkürlich verändern dürfe, auf einer etwaigen Konferenz nicht fallen lassen könnten. Von einer Konferenz sei aber keine Rede mehr, und er hätte geglaubt, hoffen zu dürfen, daß, wenn es sich nur um die Frage handele, ob die fraglichen Territorien zur englischen Interessensphäre gehören, wir in dieser Frage in Übereinstimmung mit dem deutsch-englischen Abkommen auf seiten Englands stehen würden. Gleichzeitig deutete er an, daß es im allseitigen Interesse liege, die Franzosen nicht in die Nähe von Ägypten vordringen zu lassen.

Ich bin auf eine Erörterung dieser Fragen nicht eingegangen*.

Hatzfeldt

---

* Später, im Jahre 1900, hat Lord Rosebery noch einmal dem mit der Vertretung Hatzfeldts beauftragten Gesandten Grafen Metternich gegenüber sein Verhalten in der Kongo-Angelegenheit zu rechtfertigen gesucht. In dem Bericht des Grafen Metternich Nr. 103 vom 20. Februar 1900 (vgl. Nr. 1754, S. 111, Fußnote) heißt es darüber:

„Er [Lord Rosebery] bezeichnete sich als Opfer des inzwischen verstorbenen Unterstaatssekretärs Sir Percy Anderson. Als die englische Regierung mit dem Kongostaate ein Abkommen vorbereitete, habe Lord Kimberley, der damalige Minister des Äußern, die Gelegenheit für günstig gehalten, für England einen schmalen Streifen Weges entlang der deutschen Grenze auf kongolesischem Gebiet zu sichern. Lord Rosebery und Lord Kimberley hätten die Sache unter Zuziehung des Dezernenten Sir Percy Anderson, welcher seinerzeit der Kongokonferenz beigewohnt habe, beraten. Lord Rosebery, welcher zur Zeit der Kongokonferenz noch nicht im Amte gewesen, und der daher mit dem Gang der damaligen Verhandlungen nicht vertraut gewesen sei, hätte von dem Dezernenten Auskunft verlangt, ob nicht etwa deutsche Rechte in Frage kämen. Sir Percy

Nr. 2072

Der Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Berlin, den 4. Februar 1895
[abgegangen am 7. Februar]

Ew. pp. beehre ich mich auf den gefälligen Bericht vom 22. v. Mts.*, welcher auch Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegen hat, ergebenst zu erwidern, daß ich den Gedanken des Herrn Stillmann, wonach die Bedeutung der afrikanischen Streitfragen in keinem Verhältnis zum Werte der guten Beziehungen zwischen Deutschland und England ständen, nur als zutreffend bezeichnen kann, und daß es sehr wünschenswert sein würde, wenn Herr Stillmann die beabsichtigte publizistische Abhandlung in dem von ihm entwickelten Sinne veröffentlichen sollte.

Was insbesondere die kolonialen Fragen betrifft, so ist dasjenige, was wir in dieser Beziehung von England beanspruchen, in der Tat nur gering, und beschränkt sich in Afrika im wesentlichen darauf, daß der natürlichen Entwickelung und Ausdehnung unserer Schutzgebiete von England nicht hindernd und übelwollend in den Weg getreten wird, ein Anspruch, der bei den bescheidenen Grenzen, in welchen sich unsere Kolonialpolitik im Vergleich zu der englischen bewegt, wohl berechtigt erscheint. Leider haben wir aber — wie die Geschichte unserer Kolonialpolitik beweist — mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, die uns gerade von englischer Seite in den Weg gelegt worden sind. Schon bei unseren ersten Erwerbungen in Afrika und in der Südsee bedurfte es einer energischen diplomatischen Aktion, um den Widerstand Englands zu beseitigen, welches unter Benutzung der in den englischen Kolonien, insbesondere in der Kapkolonie und in den australischen Kolonien, betriebenen antideutschen Agitation die deutschen Erwerbungen zu hintertreiben suchte. Lehrreich in dieser Beziehung ist insbesondere das seinerzeit herausgegebene Weißbuch über Angra Pequena, von welchem ich ein Exemplar beifüge.

Das gleiche Schauspiel, wie bei diesen Erwerbungen, bietet sich auch gegenwärtig in der Samoafrage und bei der von der Kapkolonie

---

Anderson, in einem unbegreiflichen Anflug von Vergeßlichkeit, habe dies ausdrücklich verneint. Lord Rosebery sei dieses Irrtums erst durch den berechtigten Protest der deutschen Regierung gewahr geworden. Er habe sich so über Sir Percy Anderson geärgert, daß er ihn nie mehr gesprochen hätte.

Lord Rosebery habe später diesen Hergang Seiner Majestät dem Kaiser in Osborne erzählt. Er beschloß seine Rechtfertigung mit folgenden Worten: ‚I dare say, the Emperor did not believe a word of what I said, and I don't wonder, because the whole story seems to absurd; still it is the exact truth.'"

* In seinem Bericht Nr. 29 vom 22. Januar 1895 hatte Botschafter von Bülow einem Wunsche des römischen Korrespondenten der „Times", Stillmann, Ausdruck gegeben, für einen Aufsatz, der die Beziehungen Englands zu Deutschland in deutschfreundlichem Sinn behandeln sollte, einiges Material zu erhalten.

betriebenen, von der englischen Regierung begünstigten, südafrikanischen Politik, welche ein ausgesprochen antideutsches Gepräge trägt, und darauf hinausgeht, jeden deutschen Mitbewerb systematisch auszuschließen und die in deutschem Besitze befindlichen Gebiete lahmzulegen. Dies war auch die Tendenz des vorjährigen englischen Vertrages mit dem Kongostaate, bei welchem die englische Regierung sich sagen mußte, daß die dadurch herbeigeführte englische Umklammerung unseres Schutzgebietes den bestehenden Verträgen und ausdrücklich gemachten Zusicherungen widersprach. Wenn sie trotzdem zu einem derartigen Vertrage die Hand geboten hat, so zeigte ein solches Vorgehen wenig Rücksicht gegen Deutschland, und hätte eine dauernde Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England zur Folge haben können, welche dann auch in den großen Fragen der europäischen Politik sich fühlbar gemacht haben würde. Die Mißstimmung gegen England, welche der englisch-kongolesische Vertrag von 1894 in Deutschland hervorgerufen hat, ist auch jetzt noch nicht beseitigt und erhält neue Nahrung durch die wenig entgegenkommende Haltung Englands in der Frage des Hinterlandes unseres Schutzgebietes von Togo. Das Bestreben Englands geht hier offenbar dahin, Deutschland jeden Zugang zu dem schiffbaren Teile des Niger abzuschneiden, trotzdem die in Betracht kommenden Gebiete so umfangreiche sind, daß genügender Raum für die Ausbreitung beider Mächte vorhanden wäre, und trotzdem bei dem gegenwärtigen, voraussichtlich noch auf lange Jahre hinaus andauernden Zustande, die ganze Frage an sich betrachtet, kaum der Rede wert sein würde, wenn ihr eben nicht in Deutschland eine symptomatische Bedeutung für unsere Beziehungen zu England im allgemeinen beigelegt würde. Auch hier bestätigt sich, daß das Objekt, welches England uns vorzuenthalten sucht, in keinem Verhältnis zu der antienglischen Wirkung steht, welche dadurch in Deutschland erzeugt wird, und welche die deutsche Regierung in ihrer Gesamtpolitik nicht unberücksichtigt lassen kann.

Falls Ew. pp. demnächst wieder mit Herrn Stillmann zusammentreffen, so stelle ich ergebenst anheim, ihm die vorstehenden Bemerkungen mitzuteilen, welche den Gegenstand übrigens keineswegs erschöpfen.

Marschall







